

# HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

## Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
herausgegeben von  
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

16. Jahrgang  
2009



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

## Inhalt

### AUFSÄTZE

<i>Andreas Grau</i> . . . . .	1
Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt	
<i>Günther Heydemann</i> . . . . .	19
Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung im vereinten Deutschland zwischen Wachstums- und Schrumpfungprozessen	
<i>Kordula Kühlem</i> . . . . .	37
„Burgfrieden“: Die Bedeutung und Verwendung des Begriffs zwischen Bonn und Moskau 1958–1963	
<i>Günther Rüther</i> . . . . .	57
Thomas Manns Deutschlandbilder im Goethejahr 1949	
<i>Peter Rütters</i> . . . . .	81
Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus	
<i>Christian Schwießelmann</i> . . . . .	109
Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR	
<i>Tim Szatkowski</i> . . . . .	155
Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 – Ein Tag der geistig-moralischen Wende?	
<i>Rudolf Uertz</i> . . . . .	179
Christlich-soziale Gewerkschafter im DGB	
<i>Volker Wahl</i> . . . . .	195
Max Kolter (1900–1945) – der erste Repräsentant der Christlichen Demokraten in Thüringen 1945	

<i>Gerhard Wettig</i> . . . . .	199
Alois Mertes und die Haltung der CDU/CSU zu den Ostverträgen der sozialliberalen Bundesregierung	

#### KOLLOQUIUM FÜR GÜNTER BUCHSTAB

<i>Hans-Peter Schwarz</i> . . . . .	217
Zeitgeschichtsschreibung durch Zeitgenossen. Beobachtungen zu den Entwicklungsphasen neuerer und neuester deutscher Zeitgeschichte	
<i>Robert Kretzschmar</i> . . . . .	233
Archive als Dienstleister, Partner und Teil der Wissenschaft	
<i>Winfried Becker</i> . . . . .	247
Stand und Perspektiven der Erforschung christlicher Demokratie	

#### AUS DEM ACDP

<i>Christopher Beckmann</i> . . . . .	267
„... eigenwillig wie der Frankenwein!“ – Der Journalist, CSU-Abgeordnete und Zeitzeuge Max Schulze-Vorberg und sein Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik	
<i>Angela Keller-Kühne</i> . . . . .	293
Frauen in der CDU – Zur Überlieferung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik	
<i>Dorothea Oelze</i> . . . . .	305
Wiederentdeckt: Die Tagebücher des schleswig-holsteinischen Innenministers Paul Pagel (29.12.1894–11.8.1955)	

NEUERSCHEINUNGEN zur Christlichen Demokratie . . . . .	325
Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen . . . . .	343
Mitarbeiter dieses Bandes . . . . .	357

## AUFSÄTZE

### **Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauens- votums Barzel/Brandt**

Von Andreas Grau

Der Ausgang der Abstimmung am 27. April 1972 im Deutschen Bundestag wurde nicht nur im Parlament, sondern im ganzen Land mit Spannung erwartet. Als Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel um 13.22 Uhr das Ergebnis der geheimen Abstimmung verkündete, brachen die Abgeordneten der SPD/FDP-Koalition in frenetischen Jubel aus, während diejenigen der CDU/CSU-Opposition mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel schockiert und niedergeschlagen waren: Wider Erwarten war der von der CDU/CSU-Fraktion erstmals im Deutschen Bundestag eingebrachte Antrag nach Artikel 67 Grundgesetz (konstruktives Misstrauensvotum) knapp gescheitert. Statt der erforderlichen 249 hatten nur 247 Abgeordnete für den Misstrauensantrag gestimmt. Der Versuch, Willy Brandt zu stürzen und stattdessen Rainer Barzel zum Bundeskanzler wählen zu lassen, war fehlgeschlagen.<sup>1</sup> Damit waren, wie Barzel später schrieb, „ein seit langem gefaßter Entschluß und ein wohlberechneter Plan“ gescheitert.<sup>2</sup>

Im Frühjahr 1972 war die CDU/CSU-Fraktion durch Übertritte mehrerer Parlamentarier der FDP- und der SPD-Fraktion auf 246 Abgeordnete angewachsen. Durch den Parteiaustritt des FDP-Abgeordneten Wilhelm Helms am 23. April 1972 verfügte sie sogar über 247 Mandate. Darüber hinaus glaubte die Union mit den Stimmen der Mitglieder der FDP-Fraktion Knut von Kühlmann-Stumm und Gerhard Kienbaum sowie des SPD-Abgeordneten Günther Müller rechnen zu können, die der Bundesregierung schon längere Zeit überaus kritisch gegenüberstanden.<sup>3</sup> Angesichts der bevorstehenden Schlussabstimmung über den Moskauer und Warschauer Vertrag wollte die CDU/CSU-

---

1 Vgl. Sten. Ber. 6. WP, Bd. 79, 183. Sitzung, S. 10714.

2 Rainer BARZEL, *Auf dem Drahtseil*, München/Zürich 1978, S. 60.

3 Vgl. dazu Werner LINK, *Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik – in den Phasen der Regierungsverantwortung und der Opposition, 1966–1975*, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute*, München 2009, S. 115–139; Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47), Düsseldorf 2005, S. 279f.

Fraktion handeln und beschloss deshalb am 24. April 1972 einstimmig die Einbringung eines konstruktiven Misstrauensvotums.<sup>4</sup>

Da Helms, Kienbaum und Kühlmann-Stumm im Vorfeld des Misstrauensvotums versicherten, für den Antrag stimmen zu wollen, rechneten die meisten Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion mit einem erfolgreichen Ausgang der Abstimmung.<sup>5</sup> Umso größer war daher ihre Enttäuschung, als Bundestagspräsident von Hassel bekanntgab, dass „der von der CDU/CSU-Fraktion vorgeschlagene Abgeordnete Dr. Barzel die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht erreicht hat“.<sup>6</sup>

Wie konnte es dazu kommen? Wenn die zwei FDP-Abgeordneten und Helms sich an ihr Versprechen gehalten hatten, dann mussten mindestens zwei Abgeordnete der Union Barzel ihre Stimme verweigert haben. Sofort kamen Gerüchte auf. In der Fraktionssitzung, die wenige Minuten später begann, gab sich Rainer Barzel jedoch kampftschlossen und versuchte den CDU/CSU-Abgeordneten Mut zu machen: „Es gibt keinerlei Anlaß, an unserer Politik oder an den anderen Dingen den geringsten Zweifel zu haben. Wir haben eben gesehen, daß der Bundeskanzler Brandt, wenn Sie das zusammenrechnen, weniger Stimmen hat als der Führer der Opposition.“ Zum verlorenen Misstrauensvotum erklärte er, „daß die Ausgangsbasis für die Ratschläge, die Ihre Führung Ihnen gegeben hat, ganz klare verbindliche Zusagen für eine ausreichende Mehrheit waren. Punkt – aus – Ende! Wir können hier keine Interpolationsforschung betreiben. Und wollen dies auch nicht tun.“ Dass die Angelegenheit damit beendet wäre, glaubte aber nicht einmal Barzels Stellvertreter Richard Stücklen, der voraussagte: „Meine Damen und Herren, jetzt geht’s los. [...] Wer hat wie gestimmt? Das wird also jetzt sicherlich in den nächsten Stunden hier im Bundestag die ganze journalistische Gruppe beschäftigen.“<sup>7</sup>

Tatsächlich war der Ausgang der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum Anlass für zahllose Mutmaßungen und Verdächtigungen. Schon bald wurden Namen gehandelt. Die Führung der CDU/CSU-Fraktion sah sich daher gezwungen, noch am Abend des 27. April eine weitere Sitzung einzuberufen. Direkt zu Beginn konstatierte Barzel, dass „durch diese Fraktion Gerüchte geistern und alle möglichen Blicke des einen auf den anderen“ ausgetauscht würden. Er beschwor die Abgeordneten, „nicht eine Krise unter uns zu erzeugen“. Besonders schlimm sei es, wenn nun einzelne Abgeordnete genannt würden. So hätten Journalisten beispielsweise Ernst Majonica verdächtigt. Wenn das anfängt, so Barzel, „sind wir am Ende.“ „Diese Luft, die ich spüre

4 Vgl. EBD. S. 285f.

5 Vgl. EBD. S. 290. In seinen Erinnerungen hielt Barzel später fest, er habe in den Tagen vor der Abstimmung „Anlaß zu wachsender Zuversicht“ gehabt. BARZEL (wie Anm. 2), S. 70.

6 Wie Anm. 1.

7 Protokoll der Fraktionssitzung vom 27.4.1972, mittags, S. 1f., ACDP 08-001-1029/1, Bestand CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

seit heut Mittag, muß aus dieser Fraktion raus. Das Wichtigste ist immer, daß wir intakt sind.“<sup>8</sup> Der von Barzel angesprochene CDU-Abgeordnete Majonica meldete sich darauf persönlich zu Wort und erklärte: „Das Gerücht hat mich menschlich sehr stark getroffen“. Er gebe der „ganzen Fraktion“ sein Ehrenwort, „daß ich heute morgen mit Ja gestimmt hab (!)“.<sup>9</sup> Neben Majonica war offenbar auch der Hamburger Gerhard Orgaß in Verdacht geraten, da er dem Antrag für das konstruktiven Misstrauensvotum erst nach einigem Zögern zugestimmt hatte. Er habe von verschiedener Seite das Gerücht gehört, erklärte er in der Fraktionssitzung am 27. April, dass er „einer derjenigen sei, die nicht mit Ja gestimmt haben“. Dies habe ihn menschlich tief getroffen und er versichere ehrenwörtlich, Barzel seine Stimme gegeben zu haben.<sup>10</sup>

Als möglicher Abweichler wurde in der Presse außerdem der frühere FDP-Abgeordnete Wilhelm Helms genannt. Seit seinem Austritt aus der FDP werde Helms von allen Fraktionen heftig umworden und er führe mit allen Gespräche. Dabei sei nicht klar auszumachen, welcher Seite er letztlich zuneigen werde.<sup>11</sup> Die schwankende Haltung von Helms begründete den hartnäckigen Verdacht, er habe sich beim konstruktiven Misstrauensvotum der Stimme enthalten.<sup>12</sup>

Obwohl Rainer Barzel, dessen Lebenstraum vom Einzug ins Kanzleramt am 27. April 1972 geplatzt war, direkt nach der Abstimmung vor der Fraktion erklärt hatte, er wolle der Ursache für das gescheiterte Misstrauensvotum nicht weiter nachgehen, bemühte er sich insgeheim um Aufklärung. Gegenüber den CDU-Abgeordneten Johann Baptist Gradl und Richard von Weizsäcker äußerte er am 3. Mai 1972, dass er wegen „der Schüsse in den Rücken“ eigentlich noch am 27. April hätte zurücktreten müssen. Zwei der drei Enthaltungskarten seien nämlich mit einem diagonalen Strich gekennzeichnet gewesen, was auf ein verabredetes Zeichen hindeuten würde.<sup>13</sup> Als Barzel im Sommer 1972 von seinem Fraktionskollegen Josef Rösing den Hinweis erhielt, ein Kriegskamerad, der Mitglied der SPD sei, habe vermutlich nähere Informationen zum Misstrauensvotum, bat ihn Barzel, Nachforschungen anzustellen, da man alle Spuren verfolgen müsse. Von seinem Informanten erfuhr Rösing dann, dass der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Karl Wienand, dem

8 Vgl. ebd. abends, S. 1 und 3.

9 Ebd. S. 6. In seinem Tagebuch hielt Majonica am 27.4.1972 fest, dass er aus Loyalität zu Barzel mit Ja gestimmt habe. Vgl. ACDP 01-349-024/2, NL Majonica. Vgl. auch: *Ernst Majonica. Das politische Tagebuch 1958–1972* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 55), bearb. von Hans-Otto KLEINMANN/Christopher BECKMANN (im Druck).

10 Protokoll der Fraktionssitzung vom 27.4.1972, abends, S. 7, ACDP 08-001-1029.

11 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 29.4.1972.

12 Vgl. etwa Arnulf BARING, *Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel*, Stuttgart 1982, S. 421, oder Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 298.

13 Vgl. Vermerk Gradls über Gespräch mit Barzel am 3.5.1972, ACDP 01-294-054/3, NL Gradl.

CDU-Abgeordneten Julius Steiner über 200.000 DM gezahlt habe. Da der Informant aber nichts beweisen konnte und zudem noch Geld wollte, ging Barzel der Sache nicht weiter nach.<sup>14</sup> Wie sich ein Jahr später herausstellen sollte, war von Wienand tatsächlich der Versuch unternommen worden, Steiner im Vorfeld des konstruktiven Misstrauensvotums zu bestechen.

In der Öffentlichkeit hielt Barzel allerdings an der von ihm propagierten Linie fest, keine Nachforschungen über die Gründe für das Scheitern des Misstrauensvotums anzustellen. So erklärte er vor dem Bundesausschuss der CDU am 12. Juni 1972: Der Versuch, die Regierung Brandt/Scheel zu stürzen, sei gescheitert „aus Gründen, über die jeder spekuliert, die keiner kennt, keiner je kennen wird, und ich kann Ihnen nur alle den Rat geben, darauf keine Kraft zu verschwenden.“ Denn die Partei müsse jetzt wieder zu der Geschlossenheit zurückfinden, die sie in den Tagen des Misstrauensvotums besessen habe, sonst werde sie eine lange Schwächephase erleben.<sup>15</sup>

Anfang 1973 kam Barzel auf dem Parteitag der CDU Westfalen-Lippe erneut auf den 27. April 1972 zu sprechen. Er versicherte den Delegierten, dass Misstrauensvotum sei so abgesichert gewesen, „wie es bei Treu und Glauben nur abgesichert sein konnte“. Weil jedoch „drei gezinkte Karten“ im Spiel gewesen seien, sei das konstruktive Misstrauensvotum gescheitert. Auf die möglichen Ursachen für das Scheitern ging er in seiner Rede aber nicht ein.<sup>16</sup>

Aber nicht nur Oppositionsführer Rainer Barzel, sondern auch Bundeskanzler Willy Brandt thematisierte die Abstimmung vom 27. April 1972. Zu Beginn des Wahlkampfes für die vorgezogene Bundestagswahl 1972 äußerte er in einem „Spiegel“-Interview, wenn man die Abgeordneten, die aus der FDP- oder der SPD-Fraktion zur Union übergetreten seien, einzeln durchgehen würde, würde es „in dem einen oder anderen Falle auch unappetitlich“. Auf die anschließende Frage, ob denn Korruption im Spiel gewesen sei, antwortete Brandt: „Daran kann für mich kein Zweifel sein.“<sup>17</sup> In einer Pressekonferenz am gleichen Tage schwächte er diese Aussage dann etwas ab und erklärte, er sei der subjektiven Überzeugung, dass bei einigen Fraktionsübertritten auch finanzielle Anreize eine Rolle gespielt hätten. Konkrete Beispiele oder nähere Einzelheiten nannte Brandt allerdings nicht.<sup>18</sup>

14 Vgl. undatiertes, handschriftl. Vermerk von Barzel; Bundesarchiv Koblenz (BA) N 1371/110, NL Barzel. Von Eduard Ackermann wird dieser frühe Hinweis auf Julius Steiner bestätigt. Alle Nachforschungen seien aber unterblieben, um im Vorfeld der Bundestagswahl 1972 keinen Wirbel zu verursachen. Vgl. Eduard ACKERMANN, *Politiker. Vom richtigen und vom falschen Handeln*, Bergisch-Gladbach 1996, S. 65.

15 Barzel vor dem CDU-Bundesausschuss am 12.6.1972, ACDP 01-295-031/4, NL Amrehn.

16 Rede Barzels in Siegen am 12.1.1973, ACDP Dokumentation, AO Barzel/Reden.

17 „Der Spiegel“, Nr. 40 vom 25.9.1972, S. 28.

18 Vgl. „Die Welt“ vom 26.9.1972. Die „Bild“ machte daraus die Schlagzeile: „Skandal in Bonn: Brandt kann Korruptionsvorwürfe nicht beweisen“, „Bild-Zeitung“ vom 26.9.1972.

Mit seinen Äußerungen erzeugte der damalige Bundeskanzler einen gewaltigen Sturm im Wasserglas. Der CDU-Generalsekretär Konrad Kraske zeigte sich empört über die Korruptionsvorwürfe Brandts und meinte, wer zu solchen Verleumdungen greife, wolle offensichtlich von seinem eigenen Versagen ablenken. Auch der Vorsitzende des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen, Heinrich Köppler, erklärte, er werde Brandt solange einen Verleumder nennen, bis dieser seine Behauptungen beweisen könne.<sup>19</sup> Wegen der Korruptionsvorwürfe von Brandt wollte die Union auch das soeben ausgehandelte Wahlkampfabkommen der vier im Bundestag vertretenen Parteien nicht unterschreiben. Zuerst müsse Brandt von seinen Äußerungen abrücken oder diese beweisen.<sup>20</sup>

Offenbar um den Korruptionsverdacht des Bundeskanzlers zu untermauern, berichtete der SPD-Abgeordnete Hermann Dürr am 27. September 1972 im SPD-Pressedienst, es sei doch allgemein bekannt, dass bei verschiedenen Fraktionswechslern auch Geld eine Rolle gespielt habe. Beispielsweise habe sich der von der SPD zur CSU übergetretene Günther Müller damit gebrüstet, als Politiker mindestens eine Million DM wert zu sein. Und der aus der FDP ausgetretene Wilhelm Helms habe Ende April 1972 zur Begründung seines Abstimmungsverhaltens ausgerufen „Ich kann doch nicht anders – mein Hof, mein Hof!“<sup>21</sup> Der so zitierte Helms erstattete daraufhin einen Tag später Strafanzeige gegen Dürr wegen politischer Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung.<sup>22</sup>

Direkt nachdem Brandt im „Spiegel“ von Korruption gesprochen hatte, schaltete sich Bundestagspräsident von Hassel in die Angelegenheit ein. In einem Brief an den Bundeskanzler rügte er, dass durch „einen pauschalen und nicht belegten Vorwurf“ das gesamte Parlament ins Zwielficht geraten sei. Sicherlich habe Brandt „handfeste Unterlagen“ für seine Behauptung und könne damit seinen Verdacht konkretisieren. Für das Ansehen des Bundestages sei es „von entscheidender Bedeutung“ zu klären, „wer hier wen mit welchen Mitteln“ korrumpiert habe.<sup>23</sup> Daraufhin kam es am 1. Oktober zu seinem Treffen zwischen dem Bundestagspräsidenten und dem Bundeskanzler. Brandt erläuterte dabei von Hassel, dass er mit seinen Vorwürfen weder das gesamte Parlament noch eine bestimmte Gruppe von Abgeordneten gemeint habe. Im Zusammenhang mit den Übertritten einiger Abgeordneter habe er aber einen Verfall politischer Sitten feststellen müssen. Der von ihm dafür benutzte Ausdruck „Korruption“ beziehe sich nicht nur auf finanzielle Zuwendungen. Ohne

---

19 Vgl. „Rheinische Post“ vom 26.9.1972.

20 Vgl. „Rheinische Post“ vom 29.9.1972.

21 Vgl. SPD-Pressedienst vom 27.9.1972.

22 Vgl. „Rheinische Post“ vom 29.9.1972.

23 Brief von Hassels an Brandt vom 25.9.1972, FAZ vom 4.10.1972.

konkrete Beweise vorzulegen, nannte Brandt Abgeordnete, für die der Übertritt in eine andere Fraktion offensichtlich von Vorteil gewesen sei. Einschlägige Hinweise habe er außerdem von zwei SPD-Abgeordneten erhalten, die ihre Beobachtungen sicherlich auch dem Bundestagspräsidenten mitteilen würden.<sup>24</sup>

Da Brandt seinen Korruptionsverdacht aufrecht erhielt, aber keine Namen nannte, fühlte sich der Berliner Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Schulz persönlich betroffen. Schulz, der im Oktober 1971 aus der SPD aus- und in die CDU eingetreten war, erstattete deshalb am 5. Oktober Strafanzeige gegen den Bundeskanzler wegen vorsätzlicher und skrupelloser Verleumdung.<sup>25</sup> Anfang November wurde das Verfahren jedoch wieder eingestellt. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft habe Brandt sich im Wahlkampf zwar in scharfer Form geäußert, einen Verstoß gegen das Strafgesetzbuch könne sie darin aber nicht erkennen.<sup>26</sup> Auch wenn Schulz mit seiner Strafanzeige keinen Erfolg hatte, war doch Brandt offenbar bemüht, nicht noch weiter Öl ins Feuer zu gießen, denn am 6. Oktober stellte Kanzleramtsminister Horst Ehmke klar, daß der Bundeskanzler zu seinen Korruptionsvorwürfen keine weiteren Erklärungen abgeben werde.<sup>27</sup> Da in der Angelegenheit weder neue Vorwürfe erhoben, noch Beweise vorgelegt wurden, verlief diese danach sehr bald im Sande.

Ganz unerwartet stand das gescheiterte Misstrauensvotum dann 1973 wieder im Mittelpunkt des Interesses: Am 29. Mai 1973 bezichtigte sich Julius Steiner, ehemaliger CDU-Abgeordneter aus Baden-Württemberg, in einem Interview mit dem „Spiegel“, sich am 27. April 1972 der Stimme enthalten zu haben. Der „Spiegel“ titelte daraufhin, „der Mann der gegen Barzel stimmte. Watergate in Bonn?“ Nach Angaben des Nachrichtenmagazins habe Steiner die Ostverträge retten und einen Bundeskanzler Barzel verhindern wollen. Darüber hinaus gestand der frühere Hinterbänkler, als Doppelagent sowohl für bundesdeutsche Geheimdienste als auch für Ost-Berlin zu arbeiten.<sup>28</sup> Mit seinen Enthüllungen brachte Steiner eine gewaltige Lawine ins Rollen. Schon in seiner nächsten Ausgabe meldete der „Spiegel“, dass Steiner nicht nur aus idealistischen Motiven gehandelt habe, sondern vermutlich vom Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Karl Wienand, bestochen worden sei. Tatsächlich gab Wienand daraufhin zu, mehrfach mit Steiner zusammengetroffen zu sein. Über Geld sei dabei aber nie gesprochen worden.<sup>29</sup>

Nach diesen Enthüllungen sah sich die CDU veranlasst, sich mit der „Steiner-Wienand-Affäre“ zu beschäftigen. Am 4. Juni 1973 diskutierte das CDU-

24 Vgl. ebd., Brief von Brandt an von Hassel vom 2.10.1972.

25 Vgl. „Die Welt“ vom 6.10.1972.

26 Vgl. dpa-Meldung vom 3.11.1972.

27 Vgl. „Rheinische Post“ vom 7.10.1972.

28 „Der Spiegel“, Nr. 23 vom 4.6.1973, S. 24ff.

29 Vgl. „Der Spiegel“, Nr. 24 vom 11.6.1973, S. 21ff. sowie FAZ vom 8.6.1973.

Präsidium über die Affäre und sprach sich für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus. Mit Rücksicht auf die CDU/CSU-Fraktion wurde aber kein Beschluss gefasst.<sup>30</sup> In der Sitzung der Unionsfraktion am nächsten Tag gab der Fraktionsvorsitzende Karl Carstens zunächst einen kurzen Überblick für den Stand der Affäre Steiner. Außerdem habe der ehemalige Kollege Helms mitgeteilt, dass im Vorfeld der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum versucht worden sei, ihn zu bestechen. Um Licht in die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Misstrauensvotum zu bringen, schlage der Fraktionsvorstand die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vor. Für Carstens war „dies ein sehr ernster Vorgang nicht nur für uns als CDU/CSU-Fraktion und als CDU, sondern für unsere parlamentarische Institution insgesamt“. Außerdem ließen die Enthüllungen das gescheiterte Misstrauensvotum „in einem ganz neuen Licht erscheinen“.<sup>31</sup> In der anschließenden kurzen Diskussion warnte der CDU-Abgeordnete Claus Jäger davor, den Äußerungen Steiners zu viel Glauben zu schenken und ihn als Überzeugungstäter darzustellen. Hier sei entweder Korruption oder Erpressung im Spiel gewesen. Schließlich habe sich Steiner in den letzten Jahren immer stärker dem Alkohol ergeben.<sup>32</sup> Als an der Auszählung der Abstimmung vom 27. April 1972 beteiligter Stimmzähler schilderte danach Lorenz Niegel, dass von den drei Enthaltungen zwei mit einem diagonalen Strich versehen gewesen seien. Trotzdem seien diese Karten als gültige Stimmen gewertet worden.<sup>33</sup> Am Schluss stimmte die Fraktion einstimmig der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur „Steiner-Wienand-Affäre“ zu. Außerdem sprach sie sich für eine Überprüfung der Stimmkarten aus, die bei der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum benutzt worden waren.<sup>34</sup>

Was in der Fraktionssitzung noch Gegenstand von Spekulationen war, schien sich Tage später zu bewahrheiten: Am 12. Juni 1973 veröffentlicht die Presse das Geständnis Steiners, er sei 1972 von Karl Wienand bestochen worden. Für 50.000 DM habe er versprochen, gegen Barzel zu stimmen. Wie die Presse weiter berichtete, zahlte Steiner tatsächlich am 28. April 1972 50.000 DM auf ein Konto bei der Deutschen Bank in Bonn ein. Noch am gleichen Tag habe er sich drei Autos, darunter zwei Mercedes-Limousinen, gekauft.<sup>35</sup>

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stand bereits am 15. Juni 1973 auf der Tagesordnung des Bundestages. Pikanterweise wurde der Antrag durch den CSU-Abgeordneten Leo

---

30 Vgl. Protokoll der Sitzung des CDU-Präsidiums am 4.6.1973, ACDP 07-001-1406, Bestand CDU-Bundespartei.

31 Protokoll der Fraktionssitzung vom 5.6.1973, S. 1–3, ACDP 08-001-1032/2.

32 Vgl. ebd. S. 12.

33 Vgl. ebd. S. 12f.

34 Vgl. ebd. S. 18.

35 Vgl. „Münchener Merkur“ vom 16.6.1973 und „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 19.6.1973.

Wagner begründet. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion wurde im Jahre 2000 als DDR-Spion enttarnt und wird seitdem mit dem gescheiterten Misstrauensvotum von 1972 in Zusammenhang gebracht. In seiner Antragsbegründung erklärte er, die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland befinde sich durch den Skandal „in ihrer wohl schwersten Belastung“. Es bestehe der dringende Verdacht, dass beim konstruktiven Misstrauensvotum im Vorfeld der Entscheidung über die Ostverträge „massiv Einfluß auf die Entscheidung von Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages genommen wurde“. Nun erscheine das Wort des Bundeskanzlers, der vor der Bundestagswahl 1972 von Korruption gesprochen habe, „in einem völlig neuen Licht“. Bei der Beantragung eines Untersuchungsausschusses zum Fall Steiner sei sich die CDU/CSU-Fraktion durchaus bewusst, dass die Durchleuchtung ihres ehemaligen Mitgliedes für sie nicht nur angenehm sein könne. Wenn jedoch Steiner korrupt gewesen sei, dann sei diese Schwäche von anderen „für ihre parteipolitischen Zwecke hemmungslos ausgeschlachtet“ worden. Durch den Ausschuss wolle seine Fraktion nun „Klarheit in das Gewirr von Vermutungen, Vorwürfen und Verdächtigungen bringen“. Außerdem schulde der Bundestag „den Bürgern in unserem Land die vollständige Aufklärung eines Skandals, der sich um dieses Parlament rankt“. Es sei dringend erforderlich, „das Vertrauen in das Funktionieren und in die Rechtschaffenheit des Parlaments“ zurückzugewinnen.<sup>36</sup>

Nach kurzer Debatte stimmten die Abgeordneten der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, worüber sich inzwischen alle Fraktionen verständigt hatten, einstimmig zu.<sup>37</sup>

Der Untersuchungsausschuss, der direkt am 15. Juni 1973 zu einer ersten Sitzung zusammenkam, hatte den Auftrag herauszufinden, ob Entscheidungen von Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages im Zusammenhang mit dem konstruktiven Misstrauensvotum oder der Abstimmung über die Ostverträge beeinflusst worden waren oder versucht worden war, Abgeordnete zu beeinflussen. Außerdem sollte geprüft werden, ob einzelne Stimmkarten, die bei der Abstimmung über das Misstrauensvotum benutzt wurden, tatsächlich besonders gekennzeichnet waren. Ebenfalls sollte der Ausschuss klären, welche Rolle der Abgeordnete Wienand in der Affäre gespielt hatte, welche Beziehungen der Abgeordnete Steiner zu Geheimdiensten der Bundesrepublik Deutschland oder anderer Staaten hatte, und ob diese Beziehungen Auswirkungen auf sein Abstimmungsverhalten am 27. April 1972 hatten. Schließlich sollte noch untersucht werden, ob versucht worden war, Fraktionswechsler in irgendeiner Form zu beeinflussen.<sup>38</sup>

36 Sten. Ber. 7. WP., Bd. 83, 43. Sitzung, 2416f.

37 Vgl. EBD. S. 2419.

38 Vgl. BT-Drs. 7/780 und 7/796.

Dem Untersuchungsausschuss gehörten insgesamt neun Abgeordnete an; davon jeweils vier von der SPD- und der CDU/CSU-Fraktion und ein Abgeordneter der FDP-Fraktion. Für die SPD waren dies Alfred Emmerlich, Friedrich Schäfer, Hellmut Sieglerschmidt und Hans-Jürgen Wischniewski. Von der Union saßen Hans Hugo Klein, Wolfgang Schäuble, Friedrich Vogel und Fritz Wittmann im Ausschuss. Die FDP wurde durch Detlef Kleinert vertreten. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses war Friedrich Schäfer; stellvertretender Vorsitzender war Friedrich Vogel.<sup>39</sup>

Die Hoffnung, dass der Untersuchungsausschuss die offenen Fragen beantworten könne, wurde allerdings schnell enttäuscht. Zwar gab Karl Wienand zu, mit Steiner über die Ostverträge gesprochen zu haben, er bestritt aber energisch, diesen in irgendeiner Form bestochen zu haben. Der ehemalige CDU-Abgeordnete wiederum blieb bei seiner Behauptung, von Wienand am 27. April 1972 50.000 DM erhalten zu haben, konnte dafür aber keinerlei Beweise vorlegen. So stand Aussage gegen Aussage.<sup>40</sup> Anfang August 1973 berichtete die „Zeit“ über einen „Dschungel von widersprüchlichen Aussagen“ und darüber, dass die Glaubwürdigkeit des Hauptakteurs – Julius Steiner – „immer rapider verfallen“ würde. Obwohl die Tätigkeit Steiners sowohl für das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz als auch für Ost-Berlin feststand, konnte nicht eindeutig festgestellt werden, seit wann dieser für Ost-Berlin tätig war und wie sein Spionageauftrag lautete.<sup>41</sup> Immer deutlicher wurde den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, dass es ihnen nicht gelingen würde, herauszufinden, ob Wienand Steiner mit 50.000 DM dafür bestochen hatte, sich beim konstruktiven Misstrauensvotum der Stimme zu enthalten. Wie im „Spiegel“ im Sommer 1973 zu lesen war, würde im Untersuchungsausschuss kaum noch jemand damit rechnen „rasch fündig zu werden“ und die Abgeordneten hätten schon jetzt „die Lust verloren“.<sup>42</sup>

Während sich der Untersuchungsausschuss intensiv bemühte, Licht ins Dunkel der „Steiner-Wienand-Affäre“ zu bringen, geriet der „Fall Helms“ darüber in Vergessenheit. Obwohl Wilhelm Helms in mehreren Interviews im Juni und Juli 1973 darlegte, dass von Seiten der FDP im April 1972 wiederholt versucht worden sei, ihn zu bestechen, wurden diese Vorwürfe nicht vom Untersuchungsausschuss geprüft. Aus unbekanntem Gründen wurde Helms selbst als Zeuge nicht vorgeladen. Dabei hatte er mehrfach erklärt, genaue Angaben zu den Bestechungsversuchen machen zu können, die er aber nur gegenüber dem Untersuchungsausschuss darlegen wolle.<sup>43</sup>

39 Vgl. Bericht und Antrag des 1. Untersuchungsausschusses, BT-Drs. 7/1803, S. 6f.

40 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 12.7.1973, „Die Welt“ vom 19.7.1973 und „Der Spiegel“, Nr. 30 vom 23.7.1973, S. 19ff.

41 Vgl. „Die Zeit“ vom 10.8.1973.

42 „Der Spiegel“, Nr. 32 vom 6.8.1973, S. 24f.

43 Vgl. Interview mit dem ZDF-Magazin am 13.6.1973 und dpa-Meldung vom 26.6.1973.

Im März 1974 legte der Steiner-Wienand-Untersuchungsausschuss seinen Abschlussbericht vor. In den acht Monaten seiner Arbeit hatte er 49 Mal getagt, 50 Zeugen vernommen, u. a. Akten des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Landgerichts Hamburg, des Deutschen Bundestages und des ehemaligen Abgeordneten Steiner ausgewertet. Doch keiner der vom Ausschuss zu untersuchenden Fragenkomplexe konnte eindeutig geklärt werden. So konnte nicht nachgewiesen werden, ob Karl Wienand versucht hatte, Julius Steiner bei der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum im April 1972 mit 50.000 DM zu bestechen. Lediglich für die Vertreter der Union im Ausschuss bestand der dringende Verdacht, dass Steiner von Wienand bestochen worden war. Auch eine Beeinflussung Steiners durch Wienand im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Ostverträge wurde nur von den CDU/CSU-Abgeordneten des Ausschusses angenommen. Einig war sich der Untersuchungsausschuss hingegen darin, dass kein Zusammenhang zwischen der Tätigkeit Steiners für Nachrichtendienste der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und seinem Abstimmungsverhalten beim konstruktiven Misstrauensvotum festgestellt werden konnte. Nicht zu beweisen war außerdem, dass Steiner seine Stimmkarte bei der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum besonders gekennzeichnet hätte.<sup>44</sup> Obwohl einige Ergebnisse des Untersuchungsausschusses von den Mitgliedern der Regierungskoalition ganz anders bewertet wurden als von denen der Opposition, waren sich alle Abgeordneten darin einig, die Untersuchungen des Ausschusses nicht weiter fortzusetzen und den Ausschuss aufzulösen.<sup>45</sup>

Der Bundestag diskutierte den Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 7. Legislaturperiode am 27. März 1974. Als Berichterstatter der Minderheitsmeinung im Untersuchungsausschuss bedauerte der CDU-Abgeordnete Wolfgang Schäuble, dass es dem Ausschuss nicht möglich gewesen sei, zu einem einheitlichen Ergebnis zu kommen. Schließlich könne es in der Steiner-Wienand-Affäre „keine Sieger geben“, sondern nur Verlierer. Deshalb dürfe der Bundestag nicht die Vermutung aufkommen lassen, dass „hier eine Krähe der anderen kein Auge aushackt“.<sup>46</sup> Im Gegensatz zur Ausschussmehrheit hielten es die Abgeordneten der Union für sehr wahrscheinlich, so Schäuble, dass der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Karl Wienand, versucht habe, den ehemaligen Abgeordnete Steiner bei einem Gespräch in Schelklingen zu bestechen. Weiterhin bestehe bei den Abgeordneten der Union der dringende Verdacht, dass Wienand mit 50.000 DM Steiner dazu veranlasst habe, sich bei der Abstimmung über das Misstrauensvotum der Stimme zu enthalten. Auch wenn es für diese Behauptungen keine eindeutigen Beweise gäbe, so

---

44 Vgl. Bericht und Antrag des 1. Untersuchungsausschusses, BT-Drs. 7/1803, S. 8–10.

45 Vgl. EBD. S. 67.

46 Sten. Ber. 7. WP, Bd. 87, 90. Sitzung, S. 5970.

könne doch nur durch die Offenlegung aller im Untersuchungsausschuss ermittelten Fakten das durch die Affäre „geschädigte Vertrauen in die parlamentarische Demokratie und in die demokratischen Organe ein Stück weit“ repariert werden.<sup>47</sup> Er hoffe, so Schäuble am Schluss, das Ergebnis des Untersuchungsausschusses werde dazu beitragen, die demokratische Gemeinsamkeit im Bundestag zu stärken und „unsere Verantwortung für dieses Parlament und für diesen Staat ernst zu nehmen“.<sup>48</sup>

Die Ausführungen Schäubles wurden umgehend vom Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, zurückgewiesen. Seine Fraktion verwehre sich gegen die Vorwürfe der Union und stelle sich hinter ihre Mitglieder. Niemandem werde es gelingen, die SPD-Fraktion auseinanderzudividieren.<sup>49</sup> Auch der SPD-Abgeordnete Hans-Jürgen Wischnewski ging auf die Rede Schäubles ein und warf ihm vor, er wolle über Vieles reden, nur nicht über das ehemalige Mitglied der CDU/CSU-Fraktion, Julius Steiner. Dieser habe nicht nur ständig falsche Berufsangaben gemacht, unerlaubterweise den Dokortitel geführt und falsche Orts- und Zeitangaben gemacht, sondern außerdem für den Nachrichtendienst der DDR gearbeitet. Im Vergleich dazu seien die Aussagen des Kollegen Karl Wienand im Untersuchungsausschuss durch Zeugen nachprüfbar. Für den Tag des konstruktiven Misstrauensvotums sei der gesamte Tagesablauf Wienands belegt. Ein Bestechungsversuch Steiners durch Wienand könne hingegen nicht nachgewiesen werden.<sup>50</sup> Nach einer heftigen Debatte schlug der letzter Redner, der FDP-Abgeordnete Detlef Kleinert, wieder einen versöhnlichen Ton an. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses habe sich insgesamt doch gelohnt, so Kleinert. Es stehe zwar nicht fest, wie es gewesen sei, aber es sei in vielen Punkten klar, wie es nicht gewesen sei. Dadurch würden viele Beteiligte in Zukunft vor weiteren Verdächtigungen verschont. Das sei das eigentliche Ziel des Ausschusses gewesen und daran solle man sich auch in Zukunft halten.<sup>51</sup> Bei einer Enthaltung stimmte der Bundestag anschließend dem Antrag des Untersuchungsausschusses zu, seinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Ausschuss selbst aufzulösen.<sup>52</sup>

Mit dem Ende des Steiner-Wienand-Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag war die Untersuchung des Falles aber noch nicht abgeschlossen. Wegen der nachrichtendienstlichen Tätigkeit von Julius Steiner für die DDR hatte die Bundesanwaltschaft 1973 ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Obwohl feststand, dass Steiner für die Staatssicherheit der DDR gearbeitet hatte, zum Teil allerdings auf Weisung des Bundesnachrichten-

---

47 EBD. S. 5971f.

48 EBD. S. 5977f.

49 Vgl. EBD. S. 5979.

50 Vgl. EBD. S. 5997–6002.

51 Vgl. EBD. S. 6006.

52 Vgl. EBD.

dienstes und des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz, gelang es dem Bundesanwalt trotzdem nicht, Art und Umfang dieser Tätigkeit aufzuklären. Ende August 1974 legte deshalb auch die Bundesanwaltschaft den Fall Steiner zu den Akten.<sup>53</sup>

Zu einem Urteil kam hingegen ein Schöffengericht in Bonn. Die Staatsanwaltschaft Bonn hatte seit 1974 gegen Steiner wegen uneidlicher Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages ermittelt. Ende Dezember 1977 wurde Steiner zu einer Geldstrafe von 1.500 DM verurteilt, da seine Angaben über die angebliche Übergabe des Bestechungsgeldes durch Karl Wienand falsch gewesen seien. Steiner habe vorsätzlich und rechtswidrig vor dem Untersuchungsausschuss falsch ausgesagt.<sup>54</sup>

Doch nicht nur gegen Steiner, sondern auch gegen Wienand hatte die Staatsanwaltschaft Bonn ein Ermittlungsverfahren wegen uneidlicher Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuss eingeleitet. Das seit 1974 laufende Verfahren wurde allerdings im März 1977 eingestellt, da die Staatsanwaltschaft Karl Wienand keine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss nachweisen konnte.<sup>55</sup>

Ein Jahr zuvor war bereits ein weiteres Strafverfahren im Zusammenhang mit dem gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum zum Abschluss gekommen: Am 22. März 1976 entschied das Oberlandesgericht Köln, dass der SPD-Abgeordnete Wilderich Ostmann von der Leye seine Behauptung zurücknehmen und in Zukunft unterlassen müsse, dass der aus der FDP ausgetretene frühere Abgeordnete Wilhelm Helms nach der Abstimmung über den Etat des Bundeskanzleramtes am 28. April 1972 gesagt habe: „Ich konnte nicht anders, mein Hof, mein Hof“. Außerdem wurde Ostmann von der Leye dazu verurteilt, Helms alle Prozess- und Anwaltskosten zu erstatten. Seit 1972 hatte der SPD-Abgeordnete behauptet, den genannten Ausspruch von Helms gehört zu haben und diesem damit indirekt unterstellt, er habe für sein Abstimmungsverhalten möglicherweise finanzielle Gegenleistungen erhalten.<sup>56</sup> Mit dem Urteil hatte Wilhelm Helms zum ersten Mal in einem der von ihm angestregten Gerichtsverfahren recht bekommen.

Die nächste Runde auf der Suche nach den Bundestagsabgeordneten, durch deren Stimmverhalten das Misstrauensvotum 1972 gescheitert war, wurde von Rainer Barzel selbst eingeleitet: In seinem Erinnerungsbuch „Auf dem Drahtseil“, das 1978 erschien, schrieb er über die gescheiterte Abstimmung am 27. April 1972: „Da war nichts Flüchtliges zufällig oder unbedacht geschehen. Von keiner Seite. Da war ein anderer Wille am Werk. Eine andere Überzeu-

---

53 Vgl. „Weser-Kurier“ vom 27.8.1974 und „General-Anzeiger“ vom 27.8.1974.

54 Vgl. dpa-Meldung vom 22.12.1977 und „Die Welt“ vom 23.12.1977.

55 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 26.3.1977.

56 Vgl. „Die Welt“ vom 6.7.1976 und Deutschland-Union-Dienst vom 7.7.1976.

gung. ... Drei Männer und Frauen hatten Geschichte gemacht.<sup>57</sup> Barzels Hinweis auf Frauen ließ einen Redakteur des „Spiegel“ Nachforschungen anstellen. Dabei stieß er auf die ehemalige Bundestagsabgeordnete der CSU, Ingeborg Geisendörfer. Diese sei nicht nur eine Befürworterin der Ostverträge gewesen, sondern habe beim Misstrauensvotum auch nicht für Barzel gestimmt. Sich der Stimme enthalten zu haben, sei doch nichts Ehrenrühri- ges, erklärte Geisendörfer dem „Spiegel“-Redakteur freimütig. Schließlich sei ein Bundeskanzler Barzel mit seiner äußerst knappen Mehrheit gar nicht regie- rungsfähig gewesen.<sup>58</sup> Unmittelbar nach dem Erscheinen des entsprechenden „Spiegel“-Artikels zog Geisendörfer ihre Aussagen jedoch wieder zurück und teilte dem CSU-Vorsitzenden Strauß, dem CDU-Vorsitzenden Kohl sowie Rai- ner Barzel mit, sie habe 1972 „selbstverständlich für den Kandidaten unserer Fraktion votiert“.<sup>59</sup> Außerdem veranlasste sie den „Spiegel“ zum Abdruck ei- ner Gegendarstellung. Sie habe, so teilte Frau Geisendörfer dem „Spiegel“ mit, beim konstruktiven Misstrauensvotum dem CDU/CSU-Kandidaten ihre Stim- me gegeben und nie etwas anderes behauptet. Vom „Spiegel“ wurde diese Ge- gendarstellung von Frau Geisendörfer jedoch als „unwahr“ bezeichnet.<sup>60</sup>

Der Bericht des „Spiegel“ schien auch Barzel überrascht zu haben. Bereits einen Tag später schrieb er an Helmut Kohl, es sei „ausgeschlossen, die Sache auf sich beruhen zu lassen“. Die Aufregung in der Partei sei groß. Eine Unter- redung mit Kohl schein ihm daher „sehr dringend“. Obwohl Frau Geisendör- fer ihn um einen Termin geben habe, wolle er erst mit ihr sprechen, wenn sie den „Spiegel“ verklagen würde.<sup>61</sup> In gleicher Angelegenheit meldete sich der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß bei Barzel. Die Meldung des „Spiegel“ gehe auf das Buch Barzels „Auf dem Drahtseil“ zurück, so Strauß. Er kenne zwar Frau Geisendörfer als kritische Kollegin, traue ihr aber nicht zu, für Brandt gestimmt zu haben. Beim konstruktiven Misstrauensvotum 1972 habe Barzel die volle Unterstützung der CSU-Landesgruppe gehabt. Falls Barzel jedoch Anhaltspunkte dafür habe, dass Frau Geisendörfer oder ein anderer Kollege nicht für ihn gestimmt hätte, so möge er ihn bitte informieren.<sup>62</sup> Die Angelegenheit müsse restlos aufgeklärt werden, schrieb Rainer Barzel in sei- ner Antwort. Er halte es für richtig, wenn Frau Geisendörfer den „Spiegel“ verklage. Über das Thema müsse man sich einmal persönlich unterhalten.<sup>63</sup>

57 BARZEL (wie Anm. 2).

58 Vgl. „Der Spiegel“, Nr. 22 vom 29.5.1978, S. 31f. Siehe dazu auch die Schilderung bei Arnulf BARING (wie Anm. 12), S. 423f.

59 Brief von Geisendörfer an Strauß vom 1.6.1978; BA 1371/399, NL Barzel, und Pressemit- teilung der CSU-Landesgruppe vom 8.6.1978.

60 „Der Spiegel“, Nr. 26 vom 26.6.1978, S. 101.

61 Brief von Barzel an Kohl vom 30.5.1978; BA 1371/399, NL Barzel.

62 Vgl. ebd., Brief von Strauß an Barzel vom 1.6.1978.

63 Vgl. ebd., Brief von Barzel an Strauß vom 5.6.1978.

Wie von Barzel gewünscht, verklagte Ingeborg Geisendörfer den „Spiegel“ und erwirkte schon Mitte Juli 1978 eine einstweilige Verfügung des Landgerichts München. Danach war es dem „Spiegel“ unter Androhung einer Geldstrafe von 500.000 DM verboten, die Behauptung zu wiederholen, Frau Geisendörfer habe beim Misstrauensvotum 1972 nicht für Rainer Barzel gestimmt.<sup>64</sup>

Wie der „Fall Geisendörfer“ zeigt, war Rainer Barzel intern sehr daran interessiert, Näheres über die Ursachen für das Scheitern des Misstrauensvotums zu erfahren. Gegenüber der Öffentlichkeit gab er sich jedoch betont gelassen. In einem Interview mit dem „Stern“ erklärte er im Herbst 1978, er habe die Niederlage von 1972 inzwischen verarbeitet. Auf die Frage, ob er je nachgeforscht habe, wer außer Julius Steiner noch gegen ihn gestimmt habe, antwortete Barzel, er habe sich und der Fraktion verboten, Nachforschungen anzustellen. Er habe nie wissen wollen, wer gegen ihn gestimmt habe und auch jetzt interessiere ihn das nicht.<sup>65</sup>

Bis zum Untergang der DDR und der Wiedervereinigung 1989/1990 gab es dann keine neuen Enthüllungen mehr über das gescheiterte Misstrauensvotum von 1972. Anlässlich des 10. Jahrestages brachte nur „Die Bunte“ einen längeren Bericht über die Vorgänge vom April 1972 und über Julius Steiner, der sich seine Stimme hatte abkaufen lassen. Als weitere Abgeordnete, die damals „in schlimmen Verdacht“ gerieten, wurden Ernst Majonica, Ingeborg Geisendörfer und Wilhelm Helms genannt.<sup>66</sup>

Helms machte 1982 außerdem noch durch einen Gerichtsprozess von sich reden. Durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Bonn untersagte er der Deutschen Verlagsanstalt, das Buch von Arnulf Baring „Machtwechsel. Die Ära Brandt–Scheel“ weiter zu verbreiten.<sup>67</sup> In der Erstaufgabe seines Werkes hatte Baring nämlich geschrieben, Wilhelm Helms sei am 27. April 1972 von der Rede Walter Scheels so beeindruckt gewesen, das er sich spontan entschlossen habe, „sein Barzel gegebenes Wort zu brechen und sich statt dessen der Stimme zu enthalten.“<sup>68</sup> Aufgrund des Gerichtsbeschlusses hieß es daraufhin in den folgenden Auflagen: „Wilhelm Helms, der Landwirt aus Bissenhausen, hat Autor und Verlag durch einstweilige Verfügung verbieten lassen, wie in der Erstaufgabe zu behaupten, er habe sich später selber zu seiner Stimmenthaltung bekannt.“<sup>69</sup>

Ähnlich wie Baring erging es einige Jahre später auch Altkanzler Willy Brandt. In der Erstaufgabe seiner „Erinnerungen“, die 1989 erschienen, schrieb

64 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.7.1978.

65 Vgl. „Der Stern“ vom 28.9.1978.

66 Vgl. „Die Bunte“ vom 22.4.1982.

67 Vgl. dpa-Meldung vom 19.3.1982.

68 Vgl. BARING (wie Anm. 12), S. 421.

69 Vgl. BARING (wie Anm. 12), 3. Aufl., Stuttgart 1992, S. 421.

er, bei einem Gespräch am 28. April 1972 habe ihn Wilhelm Helms mit Tränen in den Augen um Verständnis dafür gebeten, dass er mit der Opposition stimme: „er könne nicht anders – wegen des Hofes“.70 Gegen diese Formulierung klagte Helms und erreichte beim Landgericht München eine einstweilige Verfügung, mit der die weitere Auslieferung des Buches gestoppt wurde.71 Infolgedessen verzichtete Brandt bei den weiteren Auflagen auf die Erwähnung des Gesprächs am 28. April 1972 und sogar auf die Nennung von Helms.72 Über das konstruktive Misstrauensvotum hielt der Altkanzler in seinen Memoiren ansonsten nur fest, dass er dem Ausgang der Abstimmung sehr gelassen entgegengesehen hätte. Eine innere Stimme habe ihm signalisiert, „daß Barzel kein Erfolg beschieden sein würde.“ Weshalb Barzel nicht die erforderlichen 249 Stimmen erhalten habe, wisse er nicht, allerdings habe es auch „kein überentwickeltes Interesse an voller Aufklärung“ gegeben.73

Der Untergang der DDR und die Öffnung ihrer Archive führten dann ab 1990 zu zahlreichen neuen Enthüllungen über die Beteiligung der Staatssicherheit der DDR am Scheitern des Misstrauensvotums von 1972.

Es war einmal mehr der „Spiegel“, der 1991 berichtete, das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) habe Julius Steiner 1972 mit 50.000 DM bestochen. Steiner habe das Geld in Ost-Berlin persönlich in Empfang genommen. Um das konstruktive Misstrauensvotum zu unterlaufen, habe das MfS außerdem den 1970 zur CDU übergewechselten ehemaligen FDP-Vorsitzenden Erich Mende unter Druck gesetzt. Mende sei im Vorfeld des Misstrauensvotums von einem IM der Staatssicherheit angerufen und aufgefordert worden, richtig abzustimmen. Dabei sei er an seine Besuche in Ost-Berlin im Jahre 1960 erinnert worden.74 Den Bericht des „Spiegel“ bestätigten ein Jahr später die ehemaligen MfS-Offiziere Günter Bohnsack und Herbert Brehmer in einem Buch über die Operationen des MfS in der Bundesrepublik Deutschland.75 Auch der langjährige Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, Markus Wolf, ließ keinen Zweifel daran, dass das MfS die 50.000 DM für Julius Steiner zur Verfügung gestellt hat. Falls Steiner auch von Karl Wienand Geld erhalten hätte, so habe er wohl zweimal kassiert. Den Erpressungsversuch gegenüber Erich Mende erwähnte Wolf allerdings nicht in seinen Büchern.76

70 Willy BRANDT, *Erinnerungen*, Frankfurt/M. 1989, S. 289.

71 Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 27.11.1989.

72 Vgl. Willy BRANDT (wie Anm. 70), 4. Aufl., Frankfurt/M. 1990, S. 289.

73 EBD. S. 290f.

74 Vgl. „Der Spiegel“, Nr. 29 vom 15.7.1991, S. 32f.

75 Vgl. Günter BOHNSACK/Herbert BREHMER, *Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte*, Hamburg 1992, S. 104f.

76 Vgl. Markus WOLF, *Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf/München 1997, S. 261. Wie aus den Akten der Staatssicherheit hervorgeht, stand Steiner von 1970/71 bis 1973 in Kontakt mit der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (HV A) und besuchte in dieser Zeit 10–15-mal Ost-Berlin. Im

Die Enthüllungen über die Machenschaften des MfS im Westen trieben auch Rainer Barzel um. In einem Brief an den CDU-Abgeordneten Rainer Eppelmann aus Brandenburg wollte er im Februar 1992 wissen, ob es sinnvoll sei, den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu fragen, welche Akten im Hinblick auf das konstruktive Misstrauensvotum von 1972 dort vorhanden seien. Schließlich gebe es „ein objektives, öffentliches Interesse an der Beteiligung“ der DDR daran.<sup>77</sup> 1994 forderte Barzel auch öffentlich eine Aufdeckung der Aktivitäten der Staatssicherheit im Westen.<sup>78</sup>

Tatsächlich kamen in den nächsten Jahren immer neue Details über die Aktivitäten der Staatssicherheit der DDR im Westen ans Licht. So wurde der frühere parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Karl Wienand, 1994 von der Bundesanwaltschaft wegen geheimdienstlicher Zusammenarbeit mit dem MfS angeklagt. Nach den Ermittlungsergebnissen hatte Wienand von 1970 bis 1989 Kontakte mit dem MfS unterhalten. Zumindest ab 1976 seien diese Kontakte eindeutig geheimdienstlicher Art gewesen. Zwischen 1972 und 1989 habe Wienand, der vom MfS den Decknamen „Streit“ erhielt, insgesamt 512 Informationen nach Ost-Berlin gemeldet.<sup>79</sup> Im Juni 1996 wurde Wienand wegen seiner Tätigkeit für das MfS vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe und einer Geldstrafe von rund einer Million DM verurteilt.<sup>80</sup> Das Urteil wurde ein Jahr später vom Bundesgerichtshof nochmals bestätigt.<sup>81</sup>

Einen weiteren prominenten Informanten der Staatssicherheit aus den Reihen des Deutschen Bundestages enttarnte die Bundesanwaltschaft im Jahre 2000: Der ehemalige parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, der CSU-Abgeordnete Leo Wagner, habe unter dem Decknamen „Löwe“ von 1976 bis 1983 Interna aus CSU und CDU nach Ost-Berlin gemeldet. Wie der „Spiegel“ darüber hinaus berichtete, sprächen Anhaltspunkte dafür, dass Wagner zu denjenigen Abgeordneten gehöre, die beim konstruktiven Misstrauensvotum nicht für Barzel gestimmt hatten. Ein für das MfS arbeitender Journalist habe Wagner 1972 Geld angeboten, falls er für Brandt stimme. Tatsächlich habe Wagner wenig später 50.000 DM aus unbekannter Quelle erhalten.<sup>82</sup>

---

Februar/März 1973 legte die HV A einen eigenständigen IM-Vorgang über Steiner an und gab ihm den Decknamen „Simon“. Vgl. Georg HERBSTTRITT, *Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie*, Göttingen 2007, S. 136f.

77 Brief von Barzel an Eppelmann vom 17.2.1992, ACDP 01-676-034/2, Bestand Eppelmann.

78 Vgl. „Die Woche“ vom 20.1.1994.

79 Vgl. HERBSTTRITT (wie Anm. 76), S. 139f.

80 Vgl. FAZ vom 27.6.1996.

81 Vgl. „Die Welt“ vom 29.11.1997.

82 Vgl. dpa-Meldung vom 25.11.2000 und „Der Spiegel“ Nr. 48 vom 27.11.2000, S. 17.

Für diesen Bestechungsvorwurf gibt es allerdings keinen eindeutigen Beweis.<sup>83</sup>

Doch trotz aller Aktenfunde und Verdachtsmomente konnten die Hintergründe des gescheiterten Misstrauensvotums vom 27. April 1972 letztlich nie geklärt werden. Resigniert schrieb deshalb Rainer Barzel 2001 in seinen Memoiren, es sei ihm weder gelungen, Unterlagen des MfS dazu ausfindig zu machen, noch „das Interesse amtlicher Bonner Stellen an diesen Vorgängen zu wecken.“ Von öffentlicher Seite habe sich bisher auch niemand bemüht, herauszufinden, was Markus Wolf, Karl Wienand oder Leo Wagner noch alles über das Misstrauensvotum wüssten. Fest stehe nur, so Barzel, „Stimmenkauf und Landesverrat waren im Spiel, als es zum Patt zwischen Brandt und mir im Deutschen Bundestag am 27. April 1972 kam. So wurde Politik gestaltet. Ohne diese Rechtswidrigkeit hätte die deutsche Geschichte – und auch mein persönliches Leben – einen anderen Verlauf genommen.“<sup>84</sup>

Auch wenn es bis heute nicht gelungen ist, die Gründe für das Scheitern des Misstrauensvotums von 1972 aufzuklären, so lässt sich doch festhalten, dass Julius Steiner bestochen wurde, damit er sich am 27. April 1972 der Stimme enthielt. Die ersten Aussagen von Ingeborg Geisendörfer deuten darauf hin, dass auch sie beim Misstrauensvotum nicht für Rainer Barzel gestimmt hat. Bei Wilhelm Helms gibt es hingegen keine klaren Anhaltspunkte, die auf eine Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag schließen lassen. Der Lebenswandel und die hohen Schulden von Leo Wagner wiederum legen die Vermutung nahe, dass er zu den Abgeordneten gehörte, die sich beim Misstrauensvotum von 1972 der Stimme enthalten haben.

Insgesamt stehen nur zwei Tatsachen ganz einwandfrei fest: Zum einen „haben Geld und geldwerte Leistungen bei der Abstimmung am 27. April 1972 eine maßgebliche Rolle gespielt“. Zum anderen war dieser Vorgang nicht „das letzte Mal, daß die DDR tief in die innere Entwicklung der Bundesrepublik eingriff.“<sup>85</sup>

---

83 Vgl. HERBSTTRITT (wie Anm. 76), S. 138f.

84 Rainer BARZEL, *Ein gewagtes Leben. Erinnerungen*, Stuttgart/Leipzig 2001, S. 296f.

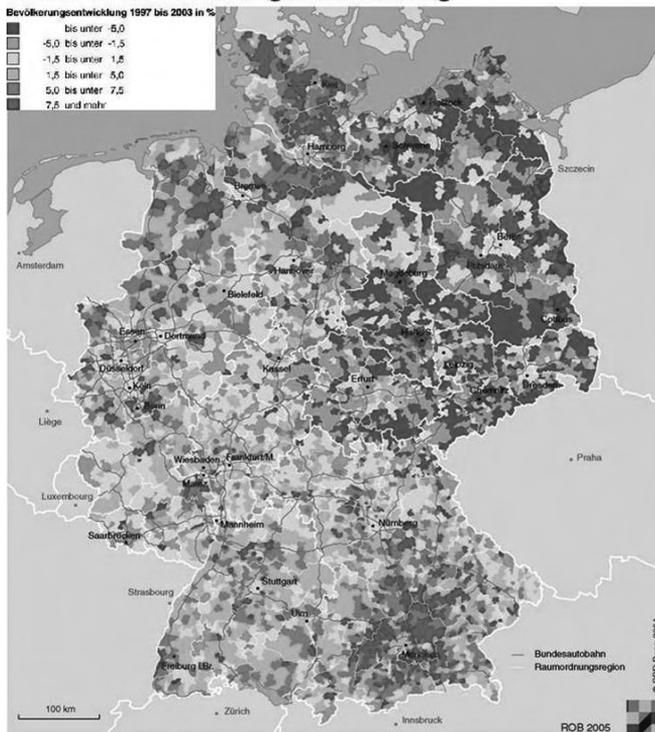
85 WINKLER (wie Anm. 12), S. 299.

# Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung im vereinten Deutschland zwischen Wachstums- und Schrumpfungsprozessen

Von Günther Heydemann

Wäre ein Satellit in der Lage, die Wanderungsströme von Menschen aufzuzeichnen und im Zeitraffer wiederzugeben, so würde das vereinte Deutschland in der Mitte Europas sofort auffallen. In der Tat weist kein anderes europäisches Land in den letzten 20 Jahren „großflächig so starke regionale demographische und wirtschaftliche Verwerfungen auf wie Deutschland.“<sup>1</sup>

## Aktuelle Bevölkerungsentwicklung



1 Vgl. Steffen KRÖHNERT/Iris HOSSMANN/Reiner KLINGHOLZ, *Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern*, München 2008, Artikel: Deutschland. Vorreiter in Sachen demografischer Wandel, S. 156–171; dort S. 157.

Aber auch die Mikroperspektive ergibt ein ähnliches Bild, insbesondere, wenn der Fokus auf einige Städte in den neuen Bundesländern gerichtet wird: Seit der Wiedervereinigung hat z.B. Dessau, das noch zu DDR-Zeiten über 100.000 Einwohner zählte, mehr als 23.000 Bürger verloren. Allein zwischen 2000 und 2004 haben Stadt und Region 6,4 % der Bevölkerung eingebüßt. Noch in den 1920er Jahren eine aufstrebende Stadt mit hoch entwickelter Industrie (Chemie; Flugzeugbau) und weltweit führend in Architektur und Design, gelten Stadt und Region inzwischen als Negativ-Beispiele für den massiven demographisch-ökonomischen Wandel, der sich seit der „Wende“ in Ostdeutschland vollzogen hat.<sup>2</sup>

Doch die drittgrößte Stadt Sachsen-Anhalts und ihre z. T. desaströse Entwicklung stellt noch nicht einmal das schlimmste Beispiel jüngster ostdeutscher Stadtgeschichte dar. Noch stärker als Dessau wurde das sächsische Weißwasser vom fundamentalen sozioökonomischen Wandel betroffen, der nach 1990 erfolgte. Zählte der ehemalige industrielle Vorzeigestandort der DDR im Jahre 1987 noch mehr als 37.000 Einwohner, so wies die ostsächsische Stadt 2003 nur noch 23.000 Menschen auf. Ist dieser Aderlass schon rein quantitativ kaum mehr kommunalpolitisch verkraftbar, schlägt weiter erschwerend zu Buch, dass es in soziologischer und demographischer Hinsicht vor allem die jüngeren Personengruppen sind, welche die Stadt inzwischen zu Tausenden verlassen haben und weiter verlassen. Jährlich verliert Weißwasser rund 4 % seiner Einwohner, wobei diese hohe Durchschnittszahl zu vier Fünfteln durch Abwanderung bedingt ist.<sup>3</sup>

Eine Folge ist die sukzessive Überalterung der Stadt, so dass immer mehr Rentner in ihr leben; ebenso bleiben aber auch eine hohe Zahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zurück. Daher hat man im Verwaltungsdeutsch inzwischen den Begriff „A-Gruppe“ eingeführt, nämlich für „Arbeitslose, Arme und Ausländer“<sup>4</sup>. Währenddessen hat der Abriss von mehr als 4.000 Wohnungen in Plattenbausiedlungen begonnen und soll bis 2010 fortgeführt werden, weil sie z. T. schon seit Jahren leer stehen.<sup>5</sup> Doch die hohe Abwanderung zeitigt auch in technisch-infrastruktureller Hinsicht ganz unvorhergesehene, bislang unbekannte Folgen: Durch den geringeren Verbrauch von Abwasser z. B. aufgrund der schrumpfenden Einwohnerzahl verringert(e) sich auch dessen Abflussgeschwindigkeit in den Röhren, was wiederum zu Ablagerungen im bestehenden Leitungssystem und Verstopfungen führt, die kostenaufwän-

2 Vgl. EBD. S. 156.

3 Matthias BERNT/Andreas PETER, *Bevölkerungsrückgang und Alterung als maßgebliche Entwicklungsdeterminanten: der Fall Weißwasser*, in: Raumforschung und Raumordnung 3 (2005), S. 216–222; s. S. 217f. Vgl. dazu auch Ulrike BIEHOUNEK, *Schrumpfen statt sterben*, in: Bild der Wissenschaft 8 (2006), S. 72–76.

4 BIEHOUNEK, EBD. S. 76.

5 Vgl. EBD. S. 74.

dig beseitigt werden müssen. Wird die einstige Energiehochburg wieder zum Heidedorf?<sup>6</sup> Diese (Rück-)Entwicklung ist nicht völlig ausgeschlossen. In anderen ehemaligen Industriezentren des Arbeiter- und Bauernstaates, die zu DDR-Zeiten mit hohem Aufwand ausgebaut wurden, wie Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda, Wolfen, aber auch in Guben und Wittenberg, ist die Situation kaum anders. Doch nicht nur dort. Bis 2020 werden den Prognosen zufolge zahlreiche ostdeutsche Landkreise gegenüber 1990 über die Hälfte ihrer Einwohner verloren haben.<sup>7</sup>

Was sind die Ursachen für diesen dramatischen demographischen und sozioökonomischen Wandel in den neuen Bundesländern, von dem indes nicht nur die Kommunen, sondern vor allem auch ländliche Regionen betroffen sind? Sind hier seit dem „annus mirabilis“ 1989 neue Ungleichheiten entstanden? Wie zumeist, liegt dem ein ganzes Bündel von Faktoren zugrunde, die keineswegs nur auf den seit der Wiedervereinigung einsetzenden Transformationsprozess zurückgeführt werden können.

## II

In der Tat hat sich die demographische Entwicklung in West- und Ostdeutschland schon seit dem Kriegsende 1945 unterschiedlich entwickelt.<sup>8</sup> Insgesamt waren es im Jahr 1949 68 Millionen Menschen, welche in den beiden neu gegründeten deutschen Staaten lebten, davon 19 Millionen in der DDR. Schon bei der Zuwanderung von Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches mit rund 12 Millionen hatte die junge Bundesrepublik stärker profitieren können als die DDR.<sup>9</sup> Der nachkriegsbedingte Baby-Boom bis Mitte der 1960er Jahre mit einer hohen Fertilitätsrate über 2,1 Kinder pro (Durchschnitts-)Frau, die für eine stabil bleibende Bevölkerungszahl entscheidend ist, brach jedoch ab 1964 ein, so dass „bereits ab 1970 der Schwellenwert für eine stationäre Bevölkerung, das Bestandserhaltungsniveau, unterschritten wurde. Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erreichte damit als eine der ersten Staaten weltweit das Stadium des Zweiten Demographischen Übergangs. Ab 1975 pendelte sich die durchschnittliche Kinderzahl bei etwa 1,4 ein.“<sup>10</sup> Weil inzwischen jede Müttergeneration etwa um ein Drittel kleiner

---

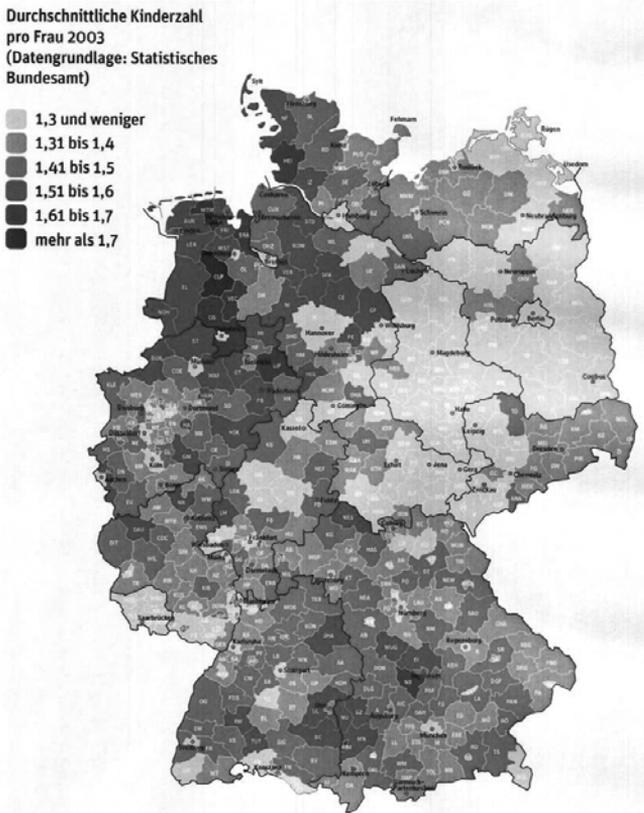
6 EBD. S. 72.

7 Vgl. KRÖHNERT/HOSSMANN/KLINGHOLZ (wie Anm. 1), S. 157.

8 Zur deutsch-deutschen Bevölkerungsentwicklung in den 1950er und 1960er Jahren siehe jüngst auch Jörg ROESLER, *Das Zusammenspiel von innerdeutscher und transnationaler Migration nach Deutschland. Von der Mitte der 1950er- bis Mitte der 1960er Jahre*, in: DA 41 (2008), H. 3, S. 447–455.

9 Vgl. KRÖHNERT/HOSSMANN/KLINGHOLZ (wie Anm. 1), S. 161, da sich 8 Millionen der Vertriebenen in der Bundesrepublik und 4 Millionen in der DDR niederließen.

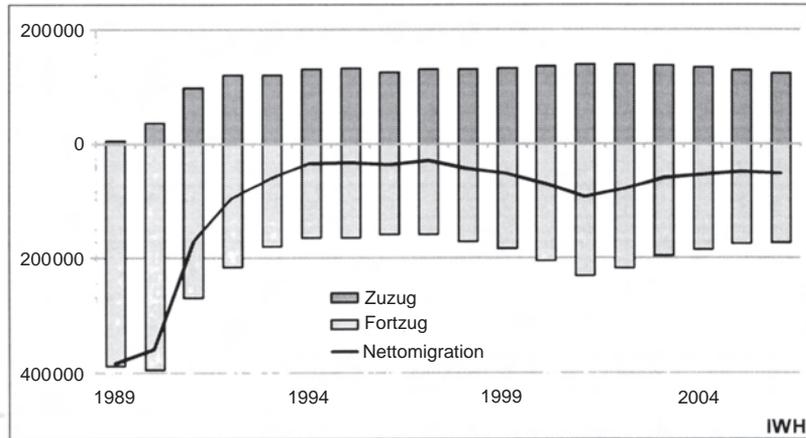
10 So Hansjörg BUCHER, *Raumordnungsprozesse und demographischer Wandel*, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 32 (2007), H. 1–2, S. 123–136; dort S. 126.



ist als die vorherige, d. h. seit ca. 30 Jahren 100 Frauen nur noch 60–70 Töchter bekommen, sind die Bedingungen für einen „exponentiellen Schrumpfungsprozess der Bevölkerung“ erreicht.<sup>11</sup>

Der seither einsetzende demographische Rückgang der westdeutschen Bevölkerung ist jedoch auch deshalb von der Politik übersehen worden, weil die Einwohnerzahl in der alten Bundesrepublik trotzdem zunächst nicht ab-, sondern zunahm. So ist es insbesondere auf drei Gründe zurückzuführen, dass heute fast 10 % mehr Menschen in den alten Bundesländern leben als 1970. Dies war zunächst bedingt durch eine günstige innere Zusammensetzung der Bevölkerung, sodann durch eine steigende Lebenserwartung und schließlich durch den Umstand, dass die Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg faktisch

<sup>11</sup> Vgl. EBD.

Zu- und Fortzüge sowie Nettomigration nach Ostdeutschland 1989 bis 2006<sup>a</sup>

<sup>a</sup> Ostdeutschland vor 1991 ohne West-Berlin, Nettomigration = Zuzug - Fortzug (nur Binnenmigration)

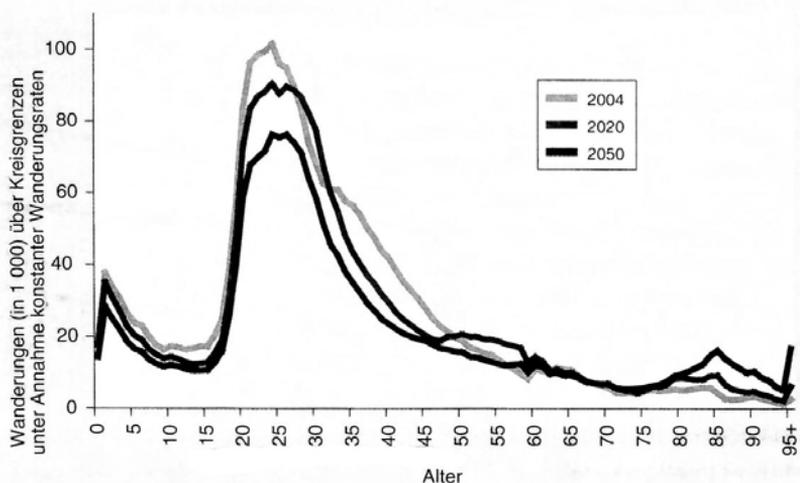
Quellen: Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

ein Einwanderungsland war. Erst „seit 2003 sind die Wanderungsgewinne nicht mehr hoch genug, um die Sterbeüberschüsse ausgleichen zu können.“<sup>12</sup>

Anders verlief die Bevölkerungsentwicklung in der DDR. Auch nach dem Auslaufen der Immigration der Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten bis in die 1950er Jahre hinein hielt die innerdeutsche Ost-West-Wanderung weiter an. Bis zum Mauerbau verließen 2,6 Millionen Menschen die DDR. Um den bereits eingetretenen demographischen Schwund zu kompensieren, entwickelte die SED zwar ein breites, sozialpolitisches Programm, allerdings mit wenig Erfolg: „Obwohl in der DDR in fast jedem Jahr mehr Personen geboren wurden als verstarben und das Land insgesamt einen Geburtenüberschuß erzielte, hatte es zum Fall der Mauer etwas weniger Einwohner als bei deren Bau. (...) Der Rückgang der Bevölkerung in Ostdeutschland ist somit ein Prozeß, der seit über einem halben Jahrhundert andauert. Die DDR war das einzige Land der Welt, das in diesem Zeitraum durchgängige Bevölkerungsverluste zu verzeichnen hatte.“<sup>13</sup> Diese sollten sich bald nach dem Fall der Berliner Mauer noch einmal dramatisch steigern, als die Geburtenrate unmittelbar nach

<sup>12</sup> Vgl. EBD. S. 126f.

<sup>13</sup> Vgl. KRÖHNERT/HOSSMANN/KLINGHOLZ (wie Anm. 1), S. 161.



Datenbasis: Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung der Wanderungsstatistik 2004, 11 Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1-W2)

© BBR Bonn 2008

der Friedlichen Revolution in der DDR von 1,3 % im Jahr 1990 auf 0,77 % absank.<sup>14</sup>

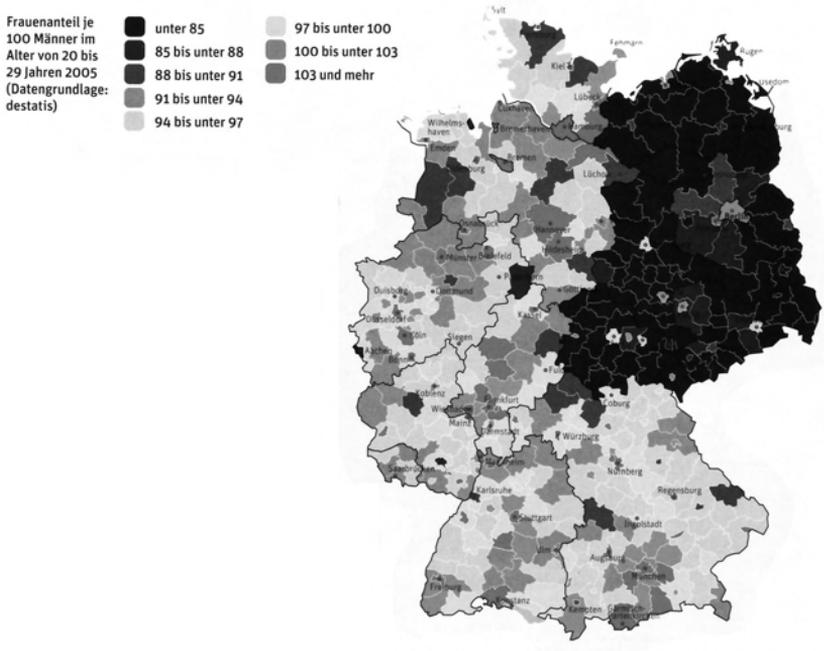
Seit 1990 beträgt der ostdeutsche Nettoverlust der dort bisher ansässigen Bevölkerung bis zum Jahre 2006 insgesamt 1,74 Millionen Menschen; im Schnitt haben jährlich ca. 50.000 Bürger die neuen Bundesländern verlassen. Während die dortige Abwanderung der Bevölkerung „die Schrumpfung insgesamt verstärkten, trugen sie in Westdeutschland zum Wachstum der Bevölkerung bei.“<sup>15</sup> Auch der Zuzug von Westdeutschen nach Ostdeutschland während dieses Zeitraums hat den eingetretenen Bevölkerungsschwund nicht ausgleichen können.<sup>16</sup>

Immerhin, so die jüngste, gesamtdeutsche Entwicklung, ist die Zahl der Neugeborenen erstmals seit 1997 wieder gestiegen. Gegenüber 2006 (684.865 Geburten) wurden im Jahr 2007 12.141 Kinder mehr geboren, ein Anstieg um 1,8 %. Dadurch erhöhte sich auch die bundesdeutsche Geburtenrate leicht von

14 Vgl. Thorsten ERDMANN, *Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 402–409, dort S. 406.

15 So Ralf MAI, *Die altersselektive Abwanderung aus Ostdeutschland*, in: Raumforschung und Raumordnung 5 (2006), S. 355–369, dort S. 355.

16 Vgl. die Angaben bei Alexander KUBIS/Lutz SCHNEIDER, *Im Fokus: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen*, in: Wirtschaft im Wandel 14 (2008), H. 4, S. 128–131, dort S. 128.



1,33 auf 1,37 Kinder pro (Durchschnitts-)Frau. Gleichwohl sank die Einwohnerzahl in den neuen Bundesländern im Jahre 2007 erneut um rund 107.000 Menschen.<sup>17</sup>

### III

Da die innerdeutsche Migration von Ost- nach Westdeutschland jedoch nicht gleichmäßig über alle Alterskohorten erfolgt(e), sondern vor allem von den sogenannten „Berufs- und Bildungswanderern“ im Alter zwischen 18 und 30 Jahren getragen wird, ist der Bevölkerungsverlust in den neuen Bundesländern umso gravierender, zumal gerade jene Generation ihrer Heimat den Rücken kehrt, welche die größte Fertilität aufweist. So geht die negative Wanderungsbilanz Ostdeutschlands seit 1991 zu 54 % auf die Verluste gerade dieser Generation zurück.<sup>18</sup> Weil es in dieser jungen Alterskohorte aber wiederum vor allem junge Frauen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren sind, die stärker als

<sup>17</sup> Vgl. „Mehr Kinder – aber trotzdem weniger Deutsche“, in: FAZ vom 27.6.2008, S. 9.

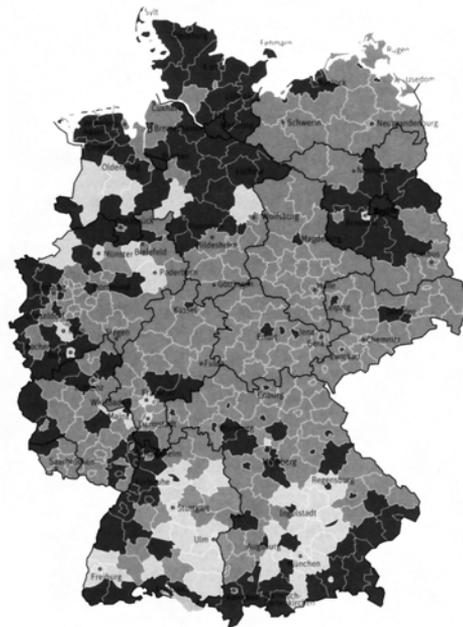
<sup>18</sup> Vgl. KUBIS/SCHNEIDER (wie Anm. 16), S. 129.

## Land im Umbruch

Bevölkerungsveränderung nach Ursachen für alle deutschen Landkreise und kreisfreien Städte 2005

- Geburtenüberschuss/Wanderungsgewinn (46)
- Geburtenüberschuss/Wanderungsverlust (14)
- Sterbeüberschuss/Wanderungsverlust (223)
- Sterbeüberschuss/Wanderungsgewinn (156)

(Datengrundlage: Statistische Landesämter)



Männer im gleichen Alter die neuen Bundesländer verlassen,<sup>19</sup> stellen sie „als potentielle Mütter eine besonders kritische Gruppe im Hinblick auf die langfristige demographische Entwicklung einer Region“ dar.<sup>20</sup> So sind in absoluten Zahlen in geschlechtsspezifischer Hinsicht zwischen 1991 und 2004 aus den neuen Bundesländern rund 364.000 Männer abgewandert, im gleichen Zeitraum jedoch 536.000 Frauen.<sup>21</sup> Insgesamt hat die Ost-West-Binnenmigration somit nicht nur zu einer Schrumpfung, sondern auch zu einer Alterung der Bevölkerung und damit auch des Erwerbspotentials in den neuen Bundeslän-

19 Gründe hierfür sind u. a., dass viele junge Frauen bereits nach der Schulausbildung, junge Männer hingegen erst nach der Berufsausbildung ihre Regionen verlassen; hinzu kommt, dass für junge weibliche Erwerbstätige eine höhere Migrationsbereitschaft aufgrund der schlechteren Lehrstellensituation besteht, vgl. Günter HERFERT, *Regionale Polarisierung der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland – Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse?*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 5 (2007), S. 435–455, dort S. 449.

20 Vgl. Alexander KUBIS/Lutz SCHNEIDER, „Sag mir, wo die Mädchen sind...“ *Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen*, in: *Wirtschaft im Wandel* 13 (2007), H. 8, S. 298–307; Zitat S. 298.

21 Siehe MAI (wie Anm. 15), S. 360. Die Abwanderung aus ostdeutschen Regionen lief dabei nach Mai in drei Phasen ab: 1991–1993, 1994–1997 und 1998–2001. Insgesamt setzt sie sich, wenn auch vermindert, weiter fort; vgl. EBD. S. 364f.



dern geführt. Entsprechend ist der Altersdurchschnitt der dort lebenden Menschen von 38,6 Jahre im Stichjahr 1991 auf 42,6 Jahre im Jahr 2002 angestiegen.<sup>22</sup> Von der Abwanderung besonders junger Ostdeutscher, die eine klare Präferenz in die alten Bundesländer aufwiesen, profitierten diese „mit einem Anteil von 84 % weit überproportional an den Wanderungsgewinnen“ innerhalb Gesamtdeutschlands.<sup>23</sup>

22 Vgl. Joachim RAGNITZ/Lutz SCHNEIDER, *Demographische Entwicklung und ihre ökonomischen Folgen*, in: *Wirtschaft im Wandel* 6 (2007), S. 195–202; dort S. 195. Entsprechend wird auch „die Größe der Altersgruppen der 15–20-Jährigen und der 20–40-Jährigen ... bis 2020 mit –46 % bzw. –28 % dramatisch abnehmen“, EBD.

23 So BUCHER (wie Anm. 10), S. 128.

## IV

Auch wenn sich diese jüngsten demographischen Entwicklungsprozesse auf die Regionen Gesamtdeutschlands sehr unterschiedlich auswirken, so haben sich grundsätzlich zwei Entwicklungen vollzogen: einerseits eine großräumige Migration von den neuen in die alten Bundesländer seit 1990. Andererseits bildeten sich in Ostdeutschland seither kleinräumige siedlungsstrukturelle Gefälle zwischen den Kernstädten und ihrem Umland heraus.<sup>24</sup>

Kurz zum historischen Kontext: Schon bald nach 1990 wies das wieder vereinte Deutschland eine Zweiteilung in Boom- und Schwundregionen auf – und zwar in demographischer wie in sozioökonomischer Hinsicht. Dies hat sich bis heute nicht verändert, sondern eher noch verstärkt: So zählen die neuen Bundesländer im gesamtdeutsch-regionalen Vergleich fast ausnahmslos zu den Schwundregionen, da vor allem die wirtschaftsstarken Gebiete im Süden und Südwesten Deutschlands, in Bayern und Baden-Württemberg, aber auch im Norden und Nordwesten, in Hamburg, im westlichen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, einen kontinuierlichen Zuzug junger Menschen, vornehmlich aus Ostdeutschland, erfahren und dadurch in jeder Hinsicht profitieren. Für die neuen Bundesländer wiederum bedeutet das im Gegensatz dazu nicht nur eine schrumpfende Fertilität, verbunden mit sukzessiver Überalterung der dort verbleibenden Menschen, sondern Kommunen und Gemeinden werden dort auch zunehmend mit einer reduzierten Steuerleistung und nachlassender Kaufkraft zu kämpfen haben – z. T. ist das jetzt schon der Fall. Hält dieser Trend an, wobei der Alterungseffekt hinzukommt, wird die Bevölkerung in den neuen Bundesländern im Jahre 2020 nur noch bei 14,5 Millionen liegen statt bei 15,1 Millionen wie gegenwärtig. Das bedeutet gleichzeitig, dass sich die Abhängigkeit Ostdeutschlands von finanziellen Transferleistungen aus Westdeutschland nicht vermindert, wobei offen bleibt, was nach dem Ende des Solidarpakts II im Jahre 2019 sein wird. Nach wie vor hängen davon rund 850.000 Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern ab.

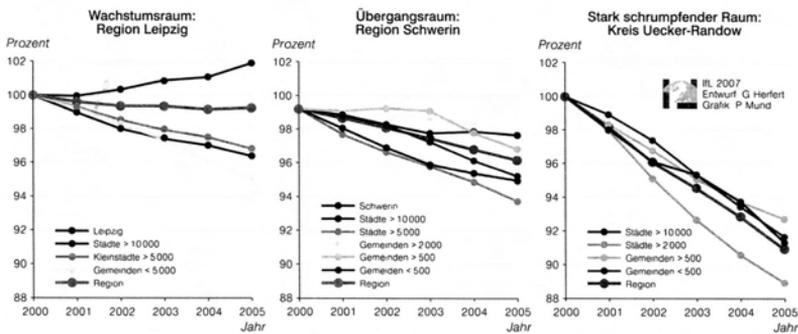
Im gleichen Zeitraum haben sich in den neuen Bundesländern, bedingt durch die Abwanderung von Bevölkerungsteilen in den Westen, „zwei polarisierte Raumtypen“ herausgebildet, nämlich „die Wachstumsinseln Berlin/Potsdam, Dresden, Leipzig und die thüringische Städtereihe mit Jena, Weimar und Erfurt einerseits und großflächige Regionen mit stark schrumpfender Bevölkerung andererseits.“<sup>25</sup>

Trotz einer leicht abgeschwächten Abwanderung in den Jahren 2003 bis 2005 blieben diese regionalen Raummuster bestehen, d. h. die bereits genannte

---

24 Vgl. EBD. S. 129.

25 So HERFERT (wie Anm. 19) S. 441.



Auseinanderentwicklung hat sich weiter stabilisiert.<sup>26</sup> Im Rahmen dieser sich fortsetzenden Polarisierung unterscheidet die sozio-demographische Raumforschung in den neuen Bundesländern zwischen drei geographisch-demographischen Grundmustern:

- Wachstumsräume, in denen Kernstädte<sup>27</sup> mit Wanderungsgewinnen dominieren, im Umland nach dem Auslaufen der Suburbanisierungswelle jedoch zunehmend Sterbefallüberschüsse zu registrieren sind;
- Übergangsräume, hier dominiert in den Kernstädten (Greifswald, Stralsund, Chemnitz, Zwickau, Magdeburg, Halle) infolge zurückgehender Wanderungsverluste ein Sterbefallüberschuss, während in den peripheren Räumen Wanderungsverluste dominant bleiben;<sup>28</sup>
- Stark schrumpfende Räume, in welchen sowohl hohe Wanderungsverluste, etwa in den Kernstädten (Neubrandenburg, Frankfurt/Oder, Dessau, Gera, Cottbus), als auch im peripheren Raum zu verzeichnen sind.

Obwohl die Entwicklung noch keineswegs abgeschlossen ist, hat sich in der Raumforschung gegenwärtig folgender Forschungsstand herauskristallisiert:

Vor dem Hintergrund massiver Wanderungsverluste aus den neuen Bundesländern wird davon ausgegangen, „dass Reurbanisierungsprozesse in Ost-

<sup>26</sup> Vgl. EBD. S. 443.

<sup>27</sup> Selbst ostdeutschen Städten gelingt es inzwischen, in die Top Ten europäischer Städte vorzustoßen, wie das Beispiel Leipzig zeigt, obwohl die Arbeitslosigkeit dort nach wie vor doppelt so hoch ist wie in westdeutschen Städten; so gelang es der Messestadt, im Rahmen einer europaweiten Untersuchung von 31 Städten Platz 5 einzunehmen; vgl. *Urban Audit Perception Survey – local perceptions of life in 31 European cities*, (2008); www.urbanaudit.org.

<sup>28</sup> Vgl. HERFERT (wie Anm. 19).

deutschland aktuell nur in den Wachstumsinseln stattfinden werden.<sup>29</sup> Dieser Reurbanisierungsprozess wird vornehmlich von sehr mobilen, jungen Altersgruppen getragen, das bedeutet vorwiegend von Singles und kinderlosen Partnerschaften, während Familien eher eine untergeordnete Rolle spielen.<sup>30</sup>

Im Unterschied dazu bleibt in den stark schrumpfenden Räumen hingegen eine demographische Entwicklung des „kollektiven Abgleitens“ in allen Gemeindegrößengruppen erhalten. Hier ist kaum eine Abschwächung der Abwanderung zu konstatieren; erschwerend kommt hinzu, dass der Anteil der jungen, zwischen 19 und 35 Jahre alten Menschen daran in einigen Randgebieten zwischen 70 und 80 % beträgt.<sup>31</sup> Besonders hoch bleibt der Wanderungsverlust in den bereits genannten Städten wie z. B. Weißwasser, Hoyerswerda, Wolfen, Guben und Wittenberg, die vom ökonomischen Transformationsprozess besonders stark betroffen wurden. Hier verlassen „neben den jungen Mobilen auch Familien mittlerer und höherer Altersgruppen die Stadt.“<sup>32</sup> In den Übergangsräumen schließlich ist die demographische Schrumpfung zwar reduziert, bleibt aber problematisch.<sup>33</sup> Ihre weitere Bevölkerungsentwicklung hängt von ihrer Lage zu Wachstumsinseln, auch und nicht zuletzt zu westdeutschen, ab, etwa Hamburg, Lübeck oder Hannover.

Fasst man die bisherige Entwicklung zusammen, so kommt man an der Feststellung nicht vorbei, dass es in den neuen Bundesländern aufgrund der dargelegten Wachstums- und Schrumpfungsprozesse zu beidem gekommen ist. In der Tat konnte der bisherige sozioökonomische Transformationsprozess auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bislang nur in einigen Wachstumsinseln und dem dazu gehörigen Umland, aber nicht flächendeckend, Erfolge zeitigen. Die enorme staatliche und privatwirtschaftliche Wirtschafts- und Infrastrukturförderung in Ostdeutschland<sup>34</sup> hat zwar beträchtliche Erfolge aufzuweisen, die nicht leichtfertig unterschätzt werden sollten, in der Fläche ist sie aber bisher gescheitert. Strukturschwache, bevölkerungsarme und zugleich überalterte Regionen auf dem Lande und an der Peripherie werden einigen ökonomisch starken Regionen in Ostdeutschland gegenüberstehen, die zukünftig die Funktion von „Wachstumskernen“ ausüben (sollen). Tatsächlich gleichwertige Arbeits- und Lebensbedingungen konnten im vereinten Deutschland bislang noch nicht realisiert werden, trotz massiver Finanz- und Investitionsleistungen seit fast

---

29 EBD. S. 445.

30 Vgl. EBD. S. 446.

31 Vgl. EBD. S. 448.

32 EBD. S. 449.

33 Vgl. EBD.

34 Schon seit längerem gibt es daher eine Diskussion über die „Fehlfinanzierung Ost“; vgl. jüngst Manfred SCHWERES, *Fehlfinanzierung Aufbau Ost. Für eine offene Diskussion der Abgrenzung von Förderregionen in der Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik*, in: DA 41 (2008), H. 3, S. 408–415.

zwei Jahrzehnten, besonders von West- nach Ostdeutschland.<sup>35</sup> Daraus resultieren die eigentlichen Ursachen für den bisher nicht gestoppten innerdeutschen Migrationsprozess von Ost nach West, der fast ausschließlich in den neuen Bundesländern negativ zur Auswirkung kommt und dort in demographischer Hinsicht bereits eine Situation „30 Jahre nach 12“ geschaffen hat.

## V

Was sind die eigentlichen Ursachen für die in demographischer wie in sozio-ökonomischer Hinsicht nach wie vor problematische Entwicklung in den neuen Bundesländern?

Zuallererst sind es die noch immer nachwirkenden Folgen der von der SED geschaffenen zentralen Planverwaltungswirtschaft und ihrer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die von den politischen und wirtschaftlichen Eliten der alten Bundesrepublik offenkundig unterschätzt, wie andererseits die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Marktwirtschaft überschätzt worden ist.<sup>36</sup> Schlagwortartig zusammengefasst gehören dazu i. E. vor allem folgende Faktoren: Der weiter bestehende Mangel an Arbeitsplätzen – nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern im Schnitt doppelt so hoch wie in den alten; der teilweise noch immer bestehende Produktivitätsrückstand, der auch auf eine zu geringe Forschungsintensität und mittelständische Kapitalknappheit zurückgeht, der zu langsam wachsende Industrieanteil der Wirtschaft, die Kleinteiligkeit der Produktionsstätten sowie fehlende Konzernzentralen.<sup>37</sup> Diese Probleme haben sich nach der Transition der zentralen Planverwaltungswirtschaft in eine Soziale Marktwirtschaft teilweise verschärft oder konnten auf makro- und mikroökonomischer Ebene bisher nur partiell gelöst werden.

Solche Feststellungen behalten grundsätzlich an Gewicht, obwohl sich in den neuen Bundesländern bereits auf volks- wie betriebswirtschaftlicher Ebene ein umfassender Modernisierungsprozess vollzogen hat: Denn bereits nach der Jahrtausendwende befand sich die Wirtschaft in Ostdeutschland auf dem Weg zu einer modernen, postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft. Schon 2004 war der Beschäftigtenanteil in der Land- und Forstwirtschaft (primärer Sektor) von 9,0 % (1989) auf 3,3 % (2004) gesunken, und der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) von 45,9 %

---

35 Das schlägt sich auch im Bruttoinlandsprodukt zwischen den alten und neuen Bundesländern nieder; selbst im wirtschaftlich stärksten der neuen Bundesländer, in Sachsen, beträgt dessen Durchschnittswert nur 78 % des Bundesdurchschnitts. Vgl. „Freiberg wächst am stärksten“, in: „Leipziger Volkszeitung“ vom 9.7.2008, S. 6.

36 Vgl. SCHWERES (wie Anm. 34), S. 408.

37 Vgl. UDO LUDWIG, *Mittel- und langfristige Wachstumsprojektionen für Ostdeutschland*, in: *Wirtschaft im Wandel* 6 (2007), S. 210–218, dort S. 210.

(1989) auf 26,3 % (2004) gefallen, während die Beschäftigung im tertiären Sektor, den Dienstleistungen, von 45,1 % (1989) auf 70,4 % (2004) gestiegen war.<sup>38</sup> In diesem Zusammenhang sollte auch nicht übersehen werden, dass die privaten Haushalte in Ostdeutschland, die noch 1989 nur dem Standard eines durchschnittlichen westdeutschen Haushalts zu Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre entsprachen, bereits Mitte der 1990er Jahre das westdeutsche Niveau von 1992 erreicht hatten. Das bedeutet einen Wohlfahrtssprung von 30 Jahren innerhalb von einem Jahrzehnt!

Greift man nur eines der vielen gravierenden Defizite der DDR-Wirtschaft heraus, so wird rasch deutlich, mit welchen ökonomischen Problemen der Transitionsprozess von Anfang an behaftet und belastet war: Stichwort Arbeitsproduktivität. In der DDR ohnehin durchweg niedriger als in der Bundesrepublik, befand sich der SED-Staat im Jahr der Wende „auf einem Entwicklungsstand bei Produktion und Beschäftigung, wie er für die alte Bundesrepublik in den sechziger Jahren anzutreffen war.“<sup>39</sup> Entsprechend belief sich die Arbeitsproduktivität in der DDR-Wirtschaft im Jahr 1983 nur noch auf 47 % im Vergleich zur Bundesrepublik; zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war sie noch niedriger. De facto war die DDR-Wirtschaft bis zu ihrem Zusammenbruch nur noch in der künstlichen Abschottung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe überlebensfähig gewesen, gemessen an den Anforderungen einer globalen Konkurrenzwirtschaft war sie das schon seit längerem nicht mehr. Erschwerend kam hinzu, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ab 1991 auch ihr wichtigster Handelsmarkt größtenteils wegfiel. Es verwundert daher nicht, dass nach der Wiedervereinigung und der Öffnung der internationalen Märkte in der Noch-DDR-Wirtschaft Beschäftigung und Produktionsausstoß der ostdeutschen Betriebe auf ca. ein Viertel des Standes vom Jahr 1989 gesunken waren. Die Mehrzahl von ihnen war nicht mehr in der Lage, „marktgängige Güter zu kostendeckenden Preisen“ auf einem globalen Markt anzubieten.<sup>40</sup>

## VI

Diese grundlegenden ökonomischen Defizite konnten mittel- und langfristig nur durch eine ordnungspolitische Kehrtwende – die Privatisierung – und den raschen Abbau von defizitären industriellen Produktionsanlagen beseitigt werden.<sup>41</sup> Daraus resultierte allerdings unweigerlich ein ebenso rasanter Abbau

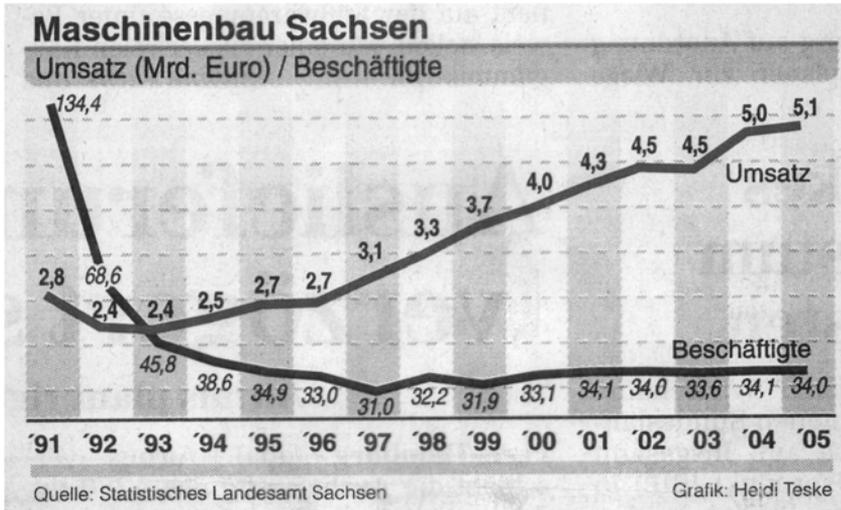
---

38 Vgl. DERS., *Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland*, in: DA 38 (2005), H. 3, S. 410–416; dort S. 413.

39 Vgl. EBD. S. 412.

40 Vgl. EBD. S. 414.

41 Vgl. Hans LUFT, *Die Treuhandanstalt. Deutsche Erfahrungen und Probleme bei der Transformation von Wirtschaftsordnungen*, in: DA 24 (1991), H. 12, S. 1270–1287.



von Arbeitsplätzen – mit sozialen und sozialpsychologischen Folgen bis hinein in die Gegenwart.

Doch die millionenfache Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen traf auf eine Gesellschaft, die darauf völlig unvorbereitet war. Denn bei allen Mängeln und Defiziten der Planwirtschaft in der DDR blieb eines immer sicher: Niemand verlor seinen Arbeitsplatz. Diese Arbeitsplatzsicherheit war in der ostdeutschen Gesellschaft tief verinnerlicht. Die völlige Veränderung der bisher gewohnten Beschäftigungsverhältnisse bedeutete daher auch meist einen massiven Umbruch von persönlichen Lebensverhältnissen. Hinzu kam, dass die nach 1990 einsetzenden außer- und innerbetrieblichen Umstrukturierungen der jahrelangen Propaganda der SED scheinbar Recht gaben: „Kommt der Kapitalismus, kommt die Arbeitslosigkeit.“ Die „Wahrheit“ dieser apodiktischen Feststellung erfüllte sich somit subjektiv für viele arbeitslos Gewordene. Dabei ist den zahlreichen Betroffenen meist nicht bekannt, dass ihre Entlassung auch eine Folge der in beiden deutschen Wirtschaften bereits vor 1989 bestehenden Beschäftigungsprobleme war, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichen Formen: in der Bundesrepublik durch die seit Ende der 1970er Jahre sukzessiv steigende Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt aufgrund des stetig ansteigenden Lohnniveaus; in der DDR eine systembedingte Beschäftigungskrise in Form „verdeckter Arbeitslosigkeit“, wie sie in allen Planwirtschaften auftritt. Diese doppelte Belastung hat den unumgänglichen Transformationsprozess der DDR-Ökonomie in eine Soziale Marktwirtschaft zweifellos erheblich erschwert.

In der Tat ist der in den neuen Bundesländern noch immer bestehende Mangel an Arbeitsplätzen der Hauptgrund für die massive Binnenwanderung, die sich seither von Ost- nach Westdeutschland ergeben hat und noch weiter ergibt. Vor allem jüngere Ostdeutsche haben ihre Städte und Dörfer verlassen und sind in jene westdeutsche Regionen oder in die Schweiz und Österreich abgewandert, die ihnen Arbeitsplätze anboten, nachdem sie in ihrer eigenen Heimat keine mehr vorfanden oder zu wenige davon.

Allerdings zeigt sich nach fast zwei Jahrzehnten erstmals etwas Licht am Ende des Tunnels: Hatte die Arbeitslosigkeit in Gesamtdeutschland im Februar 2005 ihren Höhepunkt mit 5,3 Millionen erreicht, so ist sie inzwischen (Stichdatum September 2008) auf ihren bisher niedrigsten Stand von 3,08 Millionen gefallen, wobei der Abbau der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland sogar noch höher ausgefallen ist als in Westdeutschland: in der Veränderung zum Vorjahr eine Reduzierung um 1,9 % im Unterschied zu den alten Bundesländern von 0,9 %. Insgesamt ist mit 7,3 % der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit 16 Jahren erreicht worden.<sup>42</sup>

Leider reicht das jedoch nach wie vor nicht aus, zumal die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern im Schnitt doppelt so hoch geblieben ist wie in den alten. Entsprechend ist Ostdeutschland weit davon entfernt, zu Westdeutschland aufzuschließen, wie der Jahresbericht 2007 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit ohne Beschönigung konstatiert.<sup>43</sup>

Zudem bedeutet die Ansiedlung hochmoderner Industrien keineswegs ein Allheilmittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen. So führte z. B. die völlige Modernisierung des traditionellen Chemiestandorts der DDR in den Landkreisen Merseburg-Querfurt und Bitterfeld – Stichwort „Leuna“ – zwar zu international in jeder Hinsicht konkurrenzfähigen Arbeitsplätzen. Schon auf nationaler Ebene liegt z. B. der Umsatzzuwachs in den neuen Bundesländern mit 5,7 % deutlich höher als in den alten mit 2,7 %.<sup>44</sup> Diese hoch modernen Arbeitsplätze sind jedoch so stark rationalisiert und produktionseffizient, dass sie „die Freisetzung nicht mehr benötigten Personals nicht kompensieren“ können.<sup>45</sup> Mit anderen Worten: Sie schaffen nur bedingt weitere Arbeitsplätze.

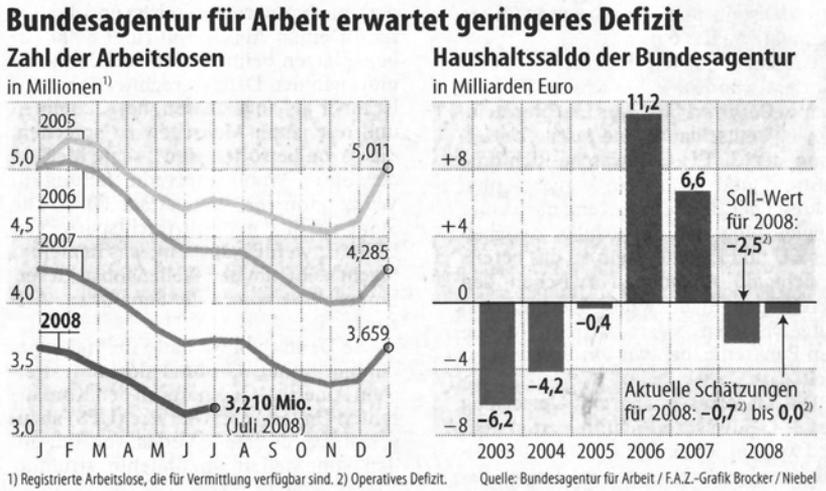
---

42 Vgl. „Arbeitslosenzahl nähert sich der 3-Millionen-Marke“, in: FAZ vom 1.10.2008, S. 13.

43 Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hg.), *Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007*, Berlin 2007, passim.

44 Vgl. „»Gefragt wie geschnitten Brot«. Ostchemie sucht Arbeitskräfte“, in: „Leipziger Volkszeitung“ vom 8.7.2008, S. 6. Inzwischen hat sich die chemische Industrie mit rund 81.000 Beschäftigten zum drittgrößten Industriezweig in den neuen Bundesländern entwickelt.

45 Vgl. Alexander KUBIS/Mirko TITZE/Matthias BRACHERT, *Leuchttürme und rote Laternen – Ostdeutsche Wachstumstypen 1996 bis 2005*, in: *Wirtschaft im Wandel* 4 (2008), S. 144–153, dort S. 145f.



Ein eventuelles Hilfsmittel des Abbaus von sozioökonomischen Ungleichheiten kann möglicherweise in einer noch differenzierteren Förderung einzelner Regionen liegen, wozu auch der „Stadtumbau Ost“ gehören dürfte.<sup>46</sup> Inwieweit das Erfolge zeitigt, bleibt allerdings abzuwarten. Letztlich stellt weiteres Wachstum nach wie vor den sichersten Garanten für die Schaffung von Arbeitsplätzen dar, auch und nicht zuletzt in den neuen Bundesländern. Das hängt aber nicht zuletzt vom weiteren Verlauf der internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Konjunktur ab, über die sich gegenwärtig jedoch zunehmend der dunkle Schatten einer weltweiten Finanzkrise legt.

<sup>46</sup> Siehe hierzu i. E. Claus MICHELSEN, „Stadtumbau Ost“ in Sachsen: Differenzierter Einsatz der Aufwertungsförderung notwendig, in: *Wirtschaft im Wandel 2* (2008), S. 62–71.

# „Burgfrieden“: Die Bedeutung und Verwendung des Begriffs zwischen Bonn und Moskau 1958–1963

Von Kordula Kühlem

„Burgfrieden“ ist immer noch ein vielgebrauchter Begriff, der in der Gegenwart sowohl in der Innen- wie Außenpolitik als auch im Bereich des Sports benutzt wird. Seit seiner Schöpfung im Mittelalter bezeichnet der prinzipiell positiv konnotierte Terminus dabei den freiwilligen Frieden der Bürger untereinander.

Eine Renaissance erlebte der Begriff im 20. Jahrhundert; für das bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs viel beschworene deutsche Einheitsgefühl bürgerte sich das „Schlagwort ‚Burgfrieden‘“<sup>1</sup> ein. Doch das Schlagwort hielt nicht, was sich viele nach dem Aufruf des Kaisers oder der gemeinsamen Bewilligung der Kriegskredite versprochen hatten. Schon Zeitgenossen urteilten negativ; der Historiker Arthur Rosenberg kam sogar zu dem vernichtenden Votum: „Mit Hilfe von Zensur und Belagerungszustand konnte die Regierung jede politische Meinungsäußerung im Volke unterdrücken. Das war der deutsche Burgfrieden von 1914.“<sup>2</sup>

Der freiwillige Aspekt fehlte bei der Verordnung von Reichspräsident Hindenburg „zur Sicherung des inneren Friedens“<sup>3</sup> vom Juli 1932 vollkommen. Es war ein Verbot politischer Versammlungen von Staatsseite. Trotzdem wurde es von der Regierung eine „Verordnung über einen Burgfrieden“<sup>4</sup> genannt, offensichtlich in dem Bemühen um eine positive Grundhaltung gegenüber dem Gebot.

Gut ein Vierteljahrhundert später, nach Krieg und Zusammenbruch, wurde in Westdeutschland als Reaktion auf das Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958 die Forderung laut, die Parteien sollten „angesichts der sowjetischen Bedrohung einen Burgfrieden schließen“<sup>5</sup>.

Doch ein Schulterschluss der Parteien kam nicht zustande. Bundeskanzler Konrad Adenauer bemühte sich vor allem intensiv um eine Abstimmung mit den westlichen Alliierten. Intern beauftragte er den Staatssekretär im Kanzler-

---

1 Michael SALEWSKI, *Der Erste Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 109.

2 Arthur ROSENBERG, *Entstehung der Weimarer Republik*, hg. u. eingel. von Kurt KERSTEN, 13. Aufl., Frankfurt/M. 1971, S. 71.

3 RGBl. I, 30.7.1932, Nr. 52, S. 389.

4 Karl-Heinz MINUTH (Bearb.), *Die Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen*, Band 1, Nr. 89, Ministerbesprechung 28.7.1932, Boppard a. Rhein 1989, S. 335.

5 Franz BARSIG, *Burgfrieden?*, SPD-Pressedienst, 16.12.1958, S. 5f. Der Autor wandte sich jedoch gegen eine solche Solidarität mit den Regierungsparteien.

amt, Hans Globke, einen Plan zur Herbeiführung der Wiedervereinigung zu entwerfen. Im Rückblick erwähnte Globke, aus den Überlegungen dieser Zeit „erwuchs dann der sogenannte Burgfriedensplan“<sup>6</sup>. Verwandt wurde dieser Name 1959 aber nicht, sondern die von Heinrich Krone kreierte Bezeichnung „Globke-Plan“.

Dieser enthielt spektakuläre Konzessionen der Bundesrepublik wie die Umwandlung Berlins in eine Freie Stadt, die Anerkennung der DDR, Wiedergutmachungsleistungen in Milliardenhöhe und eine implizite Anerkennung der Ostgrenzen. Am Anfang stand, sozusagen als Voraussetzung, ein Moratorium von fünf Jahren, währenddessen u. a. der DDR-Bevölkerung wichtige Grundrechte zugestanden werden und an dessen Ende Volksabstimmungen über die Wiedervereinigung stattfinden sollten<sup>7</sup>.

Diese Idee der Bewahrung des Status quo für ein paar Jahre bei gleichzeitiger Durchsetzung freierer Lebensbedingungen für die Bewohner der DDR erwähnte der Kanzler in dieser Zeit sowohl gegenüber dem amerikanischen Außenminister Dulles<sup>8</sup> als auch dem britischen Premierminister Macmillan<sup>9</sup>: Der Begriff „Burgfrieden“ fiel in diesem Zusammenhang nicht. Ebenso wenig wurde er in den darauffolgenden Monaten verwandt, in denen Adenauer hie und da auf seine Idee zurückkam, wobei er von einer „Stabilisierung für einige Jahre“<sup>10</sup>, „einem Ruhezustand“<sup>11</sup> oder einem „Stillhalteabkommen“<sup>12</sup> sprach.

Den Begriff des „Burgfriedens“ brachte Chruschtschow in seinem Schreiben an Adenauer vom 28. Januar 1960 in die öffentliche Diskussion<sup>13</sup>, indem

6 HANS GLOBKE, *Überlegungen und Planungen in der Ostpolitik Adenauers*, in: Dieter BLUMENWITZ u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Stuttgart 1976, S. 665–672, hier S. 667.

7 Abgedruckt: *Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung*, in: EBD. S. 202–209.

8 „Memorandum from Chancellor Adenauer to Secretary of State Dulles“ vom 30.1.1959, *Foreign Relations of the United States (FRUS)* 1958–60, Bd. 8, S. 310.

9 Englischs Protokoll des Gesprächs Adenauers mit Macmillan am 13.3.1959, zit. bei Volker ERHARD, *Adenauers deutschlandpolitische Geheimkonzepte während der zweiten Berlin-Krise 1958–1962. Eine Studie aus den Akten der westlichen Diplomatie*, Hamburg 2003, S. 148f.

10 Fraktionsvorstandssitzung am 16.3.1959, in: Reinhard SCHIFFERS (Bearb.), *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961*, 1. Halbbd. September 1957–Juni 1959 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe: Deutschland seit 1945, 11/III), Düsseldorf 2004, Nr. 118, S. 344.

11 Fraktionssitzung vom 17.3.1959, EBD. Nr. 119, S. 353.

12 Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Bruce in Cadenabbia am 25.4.1959, Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann*, Stuttgart 1991, S. 486, und im Schreiben an von Brentano vom 29.3.1959, Hans Peter MENSING (Bearb.), *Konrad ADENAUER, Briefe 1957–1959*, Paderborn 2000, Nr. 218, S. 227.

13 Das ist Konsens in der Forschung, vgl. z. B. ERHARD (wie Anm. 9), S. 212; Klaus GOTTO, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963*, in: Rudolf MORSEY/Konrad REPGEN (Hg.), *Adenauer-Studien III* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 10), Mainz 1971, S. 57; Hanns Jürgen KÜSTERS, *Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ulti-*

er schrieb: „Ihr Botschafter sagte mir, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sei nicht dagegen, einen, wie er sich ausdrückte, Burgfrieden herzustellen. Wir sind damit einverstanden, jedoch kann man einen solchen Frieden nur auf zweiseitiger Grundlage herstellen.“<sup>14</sup> Der gemeinte bundesdeutsche Botschafter in Moskau, Hans Kroll, war mit dem Begriff durchaus vertraut, er hatte sowohl den „Burgfrieden“ 1914 als auch das Burgfriedensgebot 1932 miterlebt. Im Mai 1949 hatte er gefordert, die entstehende Bundesrepublik Deutschland auf die „Grundlage eines interparteilichen Burgfriedens“ zu stellen.<sup>15</sup>

In einem Telegramm vom 18. November 1959 über eine Rede Chruschtschows einige Tage vorher griff Kroll den Begriff wieder auf. Chruschtschow hatte bezüglich Adenauer geäußert: „In meinen zwei jüngsten Reden hatte ich seinen Namen nicht erwähnt, und Journalisten hatten das bemerkt. Aber beim dritten Mal kann ich ihn nicht umgehen.“<sup>16</sup> Das interpretierte der Botschafter – etwas übertrieben – dahin, der sowjetische Ministerpräsident hätte angekündigt, den „Burgfrieden“ gegenüber der Bundesrepublik nicht mehr länger aufrecht zu erhalten.<sup>17</sup>

Die „Diplomatische Korrespondenz“ übernahm den Ausdruck des Botschafters und stellte einen Artikel über das Ende der vorübergehenden Einstellung der sowjetischen Angriffe auf den Bundeskanzler unter die Überschrift „Gestörter Burgfrieden“<sup>18</sup>. In seinem Tagebuch notierte der Botschafter gut einen Monat später noch einmal: „Die Angriffe in der Presse, die im Burgfrieden nach dem Augustbriefaustausch zw[ischen] Ch[ruschtschow] + Ad[enauer] ausgeblieben waren, mehren sich wieder.“<sup>19</sup>

---

*maturum und Bundespräsidentenwahl 1959*, in: VfZ 36 (1988), S. 723–768, hier S. 733; Michael LEMKE, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt* (Zeithistorische Studien 5), Berlin 1995, S. 259; Peter SIEBENMORGEN, *Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik*, Bonn 1990, S. 282.

14 „28. Januar 1960: Schreiben des Ministerpräsidenten Chruščëv an Bundeskanzler Adenauer“, in: Ernst DEUERLEIN/Gunter HOLZWEIBIG (Bearb.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (DzD), IV/4 (1960), 1. Halbbd., Frankfurt/M. 1972, S. 152.

15 Artikel Krolls „Friedensregelung in Etappen“, in: „Allgemeine Kölnische Rundschau“ vom 6.5.1949. Schon am 28.4.1949 überschreibt das „Steinfurter Tageblatt“ einen Artikel über einen Vortrag Krolls: „Mittler zwischen den Welten. Dr. Kroll fordert Burgfrieden von den Parteien“, *Archiv für Christlich-Demokratische Politik* (ACDP) 01-743-016/5, NL Kroll.

16 „14. November 1960: Aus der Rede des Ministerpräsidenten Chruščëv auf einem Empfang für sowjetische Journalisten im Kreml“, in: Ernst DEUERLEIN/Werner JOHN (Bearb.), *DzD*, IV/3 (1959), Frankfurt/M. 1972, S. 623.

17 Telegramm Krolls an das Auswärtige Amt vom 18.11.1959, *Politisches Archiv des Auswärtigen Amts*, Abt. 7, Bd. 518c.

18 Artikel „Gestörter Burgfrieden“, in: „Diplomatische Korrespondenz“, Nr. 20 vom 23.11.1959.

19 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 25.12.1959, ACDP 01-743-021/3.

Hier wird sehr deutlich, welche Bedeutung dem Begriff „Burgfrieden“ zugemessen wurde: Es ging um die Einstellung propagandistischer Angriffe, um einen Pressefrieden. Tatsächlich hatten die gegenseitigen verbalen Attacken im Herbst 1959 etwas nachgelassen, am Anfang der Korrespondenz zwischen Chruschtschow und Adenauer, die mit dem Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 18. August 1959<sup>20</sup> begann und mit dessen erwähnten Schreiben vom 28. Januar 1960 vorerst wieder endete.

Die Wiederaufnahme der sowjetischen verbalen Angriffe gegen die Bundesregierung im November 1959 verleitete Kroll offensichtlich dazu, in dem Gespräch mit Chruschtschow am 18. Januar 1960 auf dessen Forderung nach einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu entgegnen, das müsste auch „in den öffentlichen Reden und in der Presse zum Ausdruck kommen“. Woraufhin Chruschtschow sich mit einem erneuten „Burgfrieden“<sup>21</sup> einverstanden erklärte. Für beide Seiten war unstrittig, dass sich dieser nur auf die Einstellung von gegenseitigen verbalen Angriffen bezog.

Das wird auch deutlich aus einer Aufzeichnung der ostdeutschen Vertretung in Moskau, die vom sowjetischen Außenministerium über das Gespräch vom 18. Januar informiert wurde. Im Zusammenhang mit Vorwürfen Chruschtschows, die Bundesrepublik würde die Sowjetunion immer wieder verunglimpfen, hieß es dort, Bonn hätte damit die „Vereinbarungen zwischen Mikojan und dem Kanzler“<sup>22</sup> gebrochen. Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident hatte bei seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik im April 1958 Adenauer auf die öffentlichen Angriffe angesprochen und für eine Verbesserung der Atmosphäre plädiert.<sup>23</sup>

Kroll brachte nicht nur den Begriff „Burgfrieden“ in die interne Diskussion, er sorgte auch dafür, dass dieser in der offiziellen Übersetzung des Chruschtschow-Briefs vom 28. Januar 1960 überhaupt vorkam. Denn das Auswärtige Amt zweifelte Krolls Übersetzung der betreffenden russischen Wendung „гряданский мир“ als „Burgfrieden“ an<sup>24</sup>, konnte sich aber – offensichtlich – nicht durchsetzen.

20 „18. August 1959: Schreiben des Ministerpräsidenten Chruščëv an Bundeskanzler Adenauer“, DzD (wie Anm. 16), S. 32–45.

21 Telegramm Krolls an das Auswärtige Amt vom 19.1.1960, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, B 130, Bd. 3864.

22 Auszug aus einem Vermerk der ostdeutschen Botschaft in Moskau vom 2.2.1960 über Unterrichtung über Gespräch Chruschtschow–Kroll am 18.1.1960, BA Berlin DY 30/3497.

23 Betreffender Abschnitt des Gesprächs Adenauers mit Mikojan in: Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 385.

24 Dazu russischer Text „28 Januar 1960: Schreiben des Ministerpräsidenten Chruščëv an Bundeskanzler Adenauer“, DzD (wie Anm. 14), S. 144. Erklärung zu seiner Übersetzung des Begriffs in Krolls Telegramm an das Auswärtige Amt vom 1.2.1960, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Büro Minister, Bd. 127.

Eine inhaltliche Übereinstimmung des erörterten „Burgfriedens“ vom Januar 1960 mit Adenauers Überlegungen, den Status quo einzufrieren, ist nicht gegeben. Genauso wenig wie eine Inspiration<sup>25</sup>, geschweige denn eine Beauftragung<sup>26</sup>, Krolls in dieser Frage durch den Bundeskanzler oder seinen Staatssekretär nachweisbar ist. Denn in den nächsten Jahren liefen Krolls weitere Bemühungen um einen Pressefrieden und die deutschlandpolitischen Überlegungen im Kanzleramt parallel.

In einem Schreiben an Globke vom 5. April 1960 setzte sich der Botschafter weiter für einen „Burgfrieden auf dem Gebiet der Pressekampagne“ ein – ohne Resonanz aus Bonn. Auch gegenüber Chruschtschow kam Kroll in ihrem nächsten Gespräch am 18. Oktober 1960 auf die Einstellung der gegenseitigen verbalen Angriffe zurück. Er erreichte laut Protokoll wenigstens die Zusage des sowjetischen Ministerpräsidenten, in seiner nächsten Rede auf Attacken gegen den Bundeskanzler zu verzichten.<sup>27</sup>

Weniger wegen dieser vagen Zusage, als aufgrund der folgenden Spekulationen in der deutschen und internationalen Presse über eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bezeichnete der bundesdeutsche Botschafter in Paris, Herbert Blankenhorn, die Unterredung zwischen seinem Kollegen in Moskau und Chruschtschow als „Burgfrieden-Gespräch“<sup>28</sup>.

Kroll selbst erwähnte Anfang 1961 gegenüber dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Wladimir Semjonow ebenfalls einen neuen „Burgfrieden“, jedoch in einem Schreiben, in dem er gerade diesen schon wieder als gefährdet ansah.<sup>29</sup>

Auch im weiteren Verlauf des Jahres 1961 fand Kroll mit seinem Plädoyer für einen Pressefrieden in Bonn und Moskau kein Gehör. So nahm er diesen Vorschlag sogar in seinen Fünf-Punkte-Plan auf, den er in einem aufsehenerregenden Gespräch Chruschtschow am 9. November 1961 präsentierte. Der Begriff „Burgfrieden“ fiel dabei jedoch nicht.<sup>30</sup>

Weder zeigte sich Adenauer an der Verfolgung des von seinem Botschafter in Moskau vorgeschlagenen Pressefriedens interessiert, noch informierte er diesen über seine deutschlandpolitischen Gedankenspiele in dieser Zeit. Diese

---

25 So Klaus GOTTO (wie Anm. 13), S. 57.

26 Das nimmt LEMKE (wie Anm. 13), S. 259, an.

27 Schreiben Krolls an Globke vom 5.4.1960, ACDP 01-070-027/3. S. auch Kordula KÜHLEM, *Hans Kroll. Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 53), Düsseldorf 2008, S. 433.

28 Telegramm Blankenhorns an das Auswärtige Amt vom 2.11.1960, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Abt. 7, Bd. 472.

29 Schreiben Krolls an Semjonow vom 17.1.1961, Abschrift als Anlage zu Schreiben an Globke, Nr. 3 vom 17.2.1961, ACDP 01-070-027/3.

30 KÜHLEM (wie Anm. 27), S. 486.

äußern sich in der Überarbeitung des „Globke-Plans“<sup>31</sup> und Überlegungen Felix von Eckardts<sup>32</sup>. Im Bundeskanzleramt versuchte man darüber hinaus, mit dem österreichischen Außenminister Kreisky, dem indischen Regierungschef Jawaharlal Nehru oder dem norwegischen Außenminister Halvard Lange Vermittler zwischen Bonn und Moskau zu gewinnen.<sup>33</sup> Das Einfrieren der gegenwärtigen Verhältnisse für eine bestimmte Zeit war immer Bestandteil dieser Überlegungen.

Von anderer Seite wurde diese Idee ebenfalls präsentiert. Im Dezember 1960 schlug DDR-Staatschef Ulbricht vor, „einen Frieden für 10 Jahre abzuschließen“.<sup>34</sup> Im März 1961 kam während des Empfangs des Berliner Regierenden Bürgermeisters Brandt beim amerikanischen Präsidenten Kennedy ein „interim-arrangement“ für zehn Jahre zur Sprache.<sup>35</sup>

Wenige Monate später brachte der Mauerbau die „Stunde der großen Desillusion“<sup>36</sup>. Im Zuge seines daraufhin Ende 1961 angekündigten Vorhabens, „unser Verhältnis zu Russland in eine erträgliche Ordnung zu bringen“<sup>37</sup>, legte Adenauer am 6. Juni 1962 Moskau seine Überlegungen zur Festschreibung des Status quo offen – in einem Gespräch mit Botschafter Smirnow. Diesem schlug er vor: „Sollte man nicht einmal ernsthaft überlegen, zwischen den beiden Ländern ... für zehn Jahre eine Art Waffenstillstand, natürlich im übertragenen Sinne zu schließen. Dies würde bedeuten, die Dinge während dieser Zeitspanne so zu lassen wie sie sich jetzt darböten. Allerdings müsse dafür gesorgt werden, daß die Menschen in der DDR freier leben könnten, als es jetzt der Falls sei.“ Ziel wäre es „eine Atmosphäre der Beruhigung“ und schließlich „normale Verhältnisse“ zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion zu schaffen, um dann eine „Verständigung über die strittigen, noch ungeklärten Fragen“<sup>38</sup> zu finden.

31 Überarbeitete Fassung des Plans s. auch *Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung* (wie Anm. 7), S. 202–209.

32 Dazu Schreiben von Eckardts an Adenauer vom 21.6.1960, zit. bei Felix von ECKARDT, *Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf 1967, S. 615–619.

33 GLOBKE (wie Anm. 6), S. 670f.

34 „11. Tagung des ZK der SED. 15.–17. Dezember 1960: Bericht des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht“, in: Gunter HOLZWEIBIG (Bearb.), *DzD, IV/5* (1960), Frankfurt/M. 1973, S. 615.

35 „Memorandum of Conversation“ vom 13.3.1961, FRUS, 1961–63, Bd. 14, S. 40.

36 Eintrag 18.8.1961, Heinrich KRONE, *Tagebücher. Erster Band: 1945–1961*, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28), Düsseldorf 1995, S. 524.

37 Eintrag vom 7.12.1961, Heinrich KRONE, *Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966*, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44), Düsseldorf 2003, S. 6.

38 „6. Juni 1962: Aus einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über eine Unterredung des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Botschafter der UdSSR in Bonn, Smirnov“, in: Hannelore NATHAN (Bearb.), *DzD, IV/8* (1962), 1. Halbbd., Frankfurt/M. 1977, S. 625.

Zwar fand sich auch Krolls Bemühen um eine Verbesserung der bilateralen Atmosphäre in diesem Vorschlag wieder, aber er ging über den Vorschlag des Botschafters hinaus. Hinter dem „Globke-Plan“ blieb Adenauers Vorstoß dagegen weit zurück. Denn die Stillhaltephase war dort nur ein Detail und sicherlich dasjenige, das „den rechtlichen und politischen Grundsätzen der offiziellen Bonner Deutschlandpolitik“<sup>39</sup> am wenigstens entgegenlief.

Einzelheiten des „Globke-Plans“ waren im Februar 1962 eben durch Hans Kroll der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. Wohl mit Wissen Adenauers hatten Globke und Krone den Botschafter über die deutschlandpolitischen Überlegungen im Kanzleramt informiert.<sup>40</sup> Kroll plauderte unerlaubterweise darüber nicht nur auf einer Botschafterkonferenz am 9./10. Februar, sondern auch gegenüber Journalisten am 13. Februar 1962. Der Botschafter erwähnte dabei auch die Überlegung, den Sowjets „ein Moratorium für die nächsten 10 Jahre vorzuschlagen“.<sup>41</sup> Damit bestand eine – wenn auch sehr schwache – Verbindung zwischen Adenauers Vorschlag vom 6. Juni 1962 und Krolls Äußerungen „ein halbes Jahr vorher“<sup>42</sup>. Doch diese war von Seiten des Kanzleramts sicherlich ungewollt. Gerade Krolls Gang an die Öffentlichkeit führte zu dem Beschluss, ihn im Rahmen des nächsten Revirements aus Moskau abzu-berufen.

Im Juni 1962 war Kroll also nur noch Botschafter auf Zeit, und doch war sein Schicksal mit dem Waffenstillstandsvorschlag indirekt verwoben. Sein Vertrauter Globke erklärte ihm am Telefon, das Tauziehen zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt um den Zeitpunkt seiner Abberufung sei noch nicht entschieden, und fügte laut Krolls Tagebuch geheimnisvoll hinzu: „Er könne mir erst schreiben, wenn er einen ‚gewissen Punkt‘ geklärt habe. Was er damit meinte, wollte er über Telefon nicht sagen.“<sup>43</sup>

Doch am 20. Juli 1962 beschloss das Kabinett die definitive und zeitnahe Abberufung Krolls und einigte sich auch auf einen Nachfolger.<sup>44</sup> Sonderminister Krone notierte dazu in sein Tagebuch: „Ich verstehe den Kanzler nicht. Und das umso weniger, als er vor kurzem dem sowjetischen Botschafter in Bonn seinen Vorschlag in der deutschen Frage gemacht hat.“<sup>45</sup>

39 ERHARD (wie Anm. 9), S. 210.

40 Zu Folgendem genauer, KÜHLEM (wie Anm. 27), S. 515ff.

41 So in der Botschafterkonferenz am 9.2.1962, zit. EBD. S. 518.

42 Werner KILIAN, *Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien* (Zeitgeschichtliche Forschungen 7), Berlin 2001, S. 322.

43 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 14.7.1962, ACDP 01-743-021/5.

44 Protokoll der 37. Kabinettsitzung am 20.7.1962, *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 15: 1962, bearb. von Uta RÖSSEL und Christoph SEEMANN, unter Mitwirkung von Ralf BEHRENDT, Ulrich ENDERS und Josef HENKE, München 2005, S. 347.

45 Eintrag vom 21.7.1962, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 79.

Auf diesen „Vorschlag“, offensichtlich das Waffenstillstandsangebot vom 6. Juni, hatte der sowjetische Botschafter dem Bundeskanzler inzwischen, am 2. Juli, eine abschlägige Antwort seiner Regierung überbracht,<sup>46</sup> in der betont wurde, es brächte nichts, „die Probleme von heute ... um zehn, oder auch nur um ein Jahr zu verschieben“<sup>47</sup>. Diese Absage konnte nicht überraschen, da hier schließlich „ohne substantielle Gegenleistungen“ der „Sowjetunion Konzessionen und Vorleistungen“<sup>48</sup> abverlangt wurden – oder zumindest im Singular die Konzession, der DDR-Bevölkerung freiere Lebensbedingungen zuzugestehen.

Globke unterrichtete am 31. Juli 1962 Kroll ganz allgemein von dem Vorstoß Adenauers und fügte hinzu: „Leider war das Ergebnis völlig negativ. ... Der Kanzler konnte sich danach aber nicht mehr versprechen, dass Deine weitere Anwesenheit in Moskau einer Entspannung förderlich sein würde.“<sup>49</sup> Damit war die Sache entschieden. Zwar wurde Kroll nicht wegen des Scheiterns von Adenauers Waffenstillstandsangebot von Moskau abgezogen,<sup>50</sup> möglicherweise hätte eine positive Reaktion der sowjetischen Seite aber seinen Aufenthalt noch einmal verlängert.

Seinen Waffenstillstandsgedanken verfolgte Adenauer trotz der sowjetischen Absage weiter. Wichtig war ihm dabei die Verbesserung der Lebensbedingungen in der DDR. Diesen Aspekt betonte er in seiner Bundestagsrede am 9. Oktober 1962<sup>51</sup> auch in der Öffentlichkeit.

Nicht öffentlich machte der Bundeskanzler seine Bereitschaft, den Status quo vorübergehend zu akzeptieren. Aber entweder im Juni über Außenminister Rusk<sup>52</sup> oder im Oktober durch Botschafter Dowling<sup>53</sup> informierte der Kanzler die amerikanische Regierung von seinem Vorstoß. Für seinen Staatsbesuch in Washington im November 1962 ließ er sowohl im Bundeskanzleramt, von Horst Osterheld, als auch im Auswärtigen Amt, von Staatssekretär Karl Cars-

---

46 Aufzeichnung des Gesprächs Adenauers mit Smirnow vom 2.7.1962, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH) III/48.

47 „11. Oktober 1963: Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zu dem Vorschlag eines ‚zehnjährigen Burgfriedens‘“, Gisela BIEWER/Werner JOHN (Bearb.), *DzD*, IV/9 (1963), I. Halbbd., Frankfurt/M. 1978, S. 783, wo die Antwort vom 2.7.1962 wörtlich wiedergegeben wird.

48 Christoph KLEBMAN, *Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1955–1963*, in: Josef FOSCHEPOTH (Hg.), *Adenauer und die Deutsche Frage*, Göttingen 1988, S. 61–79, hier S. 68.

49 Schreiben Globkes an Kroll vom 31.7.1962, ACDP 01-743-17/1.

50 So stellt er es selbst dar, in: Hans KROLL, *Lebenserinnerungen eines Botschafters*, Köln 1967, S. 562.

51 „9. Oktober 1962: Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer vor dem 4. Deutschen Bundestag“, *DzD* (wie Anm. 38), S. 1203.

52 GLOBKE (wie Anm. 6), S. 671.

53 ERHARD (wie Anm. 9), S. 240.

tens, ein umfassendes Stillhalteabkommen ausarbeiten; dabei war das Außenministerium über Adenauers Angebot vom 6. Juni nicht informiert.

Carstens Ausarbeitung wurde schließlich der amerikanischen Regierung übergeben,<sup>54</sup> die auf den Vorschlag aber nicht weiter einging. Zum einen sah Präsident Kennedy keine Chance, diesen zu verwirklichen. Gegenüber Adenauer erklärte er sehr bestimmt: „The Soviets would not buy the idea ...“<sup>55</sup> Zum anderen war man sich in Washington auch nicht über die tatsächliche Seriosität des Vorschlags im Klaren, denn das Stillhalteabkommen wurde auf einem formlosen Papier in englischer Sprache übergeben.<sup>56</sup> Auf jeden Fall fiel im Bezug auf den Waffenstillstandsvorschlag der Begriff „Burgfriede“ nicht, weder im Herbst gegenüber der amerikanischen Regierung<sup>57</sup> noch im Januar 1963, als Adenauer dem französischen Staatspräsident de Gaulle die Überlegung unterbreitete, sich „mit Rußland für eine Reihe von Jahren über den Status quo [zu] einigen“<sup>58</sup>.

Eine ganz andere Idee besprach der Kanzler ebenfalls Anfang 1963 mit Kroll, der inzwischen als Berater der Bundesregierung für Ostfragen im Auswärtigen Amt tätig war. Nach dem Tagebuch des Diplomaten überlegten die Gesprächspartner, „dass man zu gegeb[enem] Zeitp[un]kt überlegen müsse, mich als inoff[iziellen] Vermittler nach M[oskau] zu schicken“<sup>59</sup>.

Schon wenig später lud der sowjetische Botschafter, der möglicherweise von der erneuten Zusammenkunft des Kanzlers mit Kroll gehört hatte,<sup>60</sup> sein ehemaliges Pendant in Moskau zu einem Frühstück. Bei diesem betonte Smirnow das Interesse seines Landes an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Kroll erklärte daraufhin, der Bundeskanzler hätte nach der Rückweisung seines Angebots vom 6. Juni 1962 auf ein Desinteresse Moskaus an einer Entspannung der Beziehungen geschlossen und „sich von meiner weiteren Be-

54 Horst OSTERHELD, „*Ich gehe nicht leichten Herzens...*“. *Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht*. Adenauer-Studien V, hg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 44), Mainz 1986, S. 156f.

55 „Memorandum of Conversation“ vom 14.11.1962, FRUS 1961–63, Bd. 15, S. 438.

56 ERHARD (wie Anm. 9), S. 243.

57 Frank A. MAYER, *Adenauer and Kennedy. A Study in German-American Relations, 1961–1963*, Houndmills 1996, S. 74, berichtet zwar, Adenauer „share[s] his own thoughts with JFK concerning a *Bürger Friedensplan*“. Aber dieser Begriff ist die eigene Übersetzung des Autors des in Klammern angeführten englischen Terminus „peace plan“.

58 „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris“, 21.1.1963, AAPD 1963, Nr. 37, S. 121.

59 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 3.3.1963, ACDP 01-743-021/1. Aus dem Zusammenhang des Eintrags kann nicht eindeutig geschlossen werden, ob Adenauer, oder Globke im Anschluss, dies äußerte.

60 In seinem Tagebucheintrag vom 3.3.1963, ebd., erwähnte Kroll, dass die Presse über seine Zusammenkunft mit dem Bundeskanzler berichtet hatte.

lassung als Botschafter in der Sowjetunion keinen Nutzen mehr versprechen können“<sup>61</sup>.

Nach Rücksprache mit Moskau suchte Smirnow am 23. April 1963 Kroll in dessen Privatwohnung auf und erklärte, Chruschtschow wäre zu einem Gespräch über die Normalisierung der Beziehungen und zur Prüfung eventueller bundesdeutscher Vorschläge bereit. Kroll antwortete darauf, nicht die Bundesrepublik, sondern die Sowjetunion sollte Vorschläge vorlegen oder zumindest eine angemessene Reaktion auf den Vorstoß Adenauers vom Juni des letzten Jahres.<sup>62</sup>

Doch der Bundeskanzler, den sein ehemaliger Botschafter durch eine Aufzeichnung unterrichtete, wollte keine offiziellen Gespräche,<sup>63</sup> sondern eher einen inoffiziellen Besuch Krolls in der Sowjetunion.<sup>64</sup> Trotzdem gestattete er Kroll am 4. Juni 1963, wenige Tage nachdem dieser in den Ruhestand versetzt worden war, Smirnow eine Antwort zu überbringen.<sup>65</sup> Jetzt erst informierte das Bundeskanzleramt Kroll durch das Gesprächsprotokoll ausführlich über das Waffenstillstandsangebot Adenauers vom 6. Juni 1962<sup>66</sup>, worüber dieser in seinem Tagebuch recht enttäuscht vermerkte: „[Es] ist vager als ich dachte + als mir Gl[obke] s[einer] Z[ei]t berichtet hatte.“<sup>67</sup> Der Botschafter war demnach bis zu diesem Zeitpunkt von einem konkreteren Vorstoß – möglicherweise analog des „Globe-Plans“ – des Bundeskanzlers ausgegangen.

Hinzu kommt, dass Kroll selbst Stillhalteplänen kritisch gegenüber stand. Im Sommer 1956 hatte er, damals Botschafter in Japan, in einem Bericht an Außenminister Heinrich von Brentano erklärt, „dass der Kreml immer noch, wenn auch vielleicht erst nach 10 oder 20 Jahren, die Einbeziehung Deutschlands in den sowjetischen Block in dieser oder jener Form zu erreichen hoffe und bis dahin am Status quo festhalten wolle“<sup>68</sup>. Während seiner Tätigkeit als Botschafter in Moskau betonte Kroll immer wieder, er wollte Bewegung in die bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen bringen.

61 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 29.4.1963, AAPD 1963, Nr. 155, S. 503.

62 EBD.

63 So Eintrag vom 1.5.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 187.

64 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 5.6.1963, ACDP 01-743-021/1. Dieses Gespräch meint Boris MEISSNER, *Die sowjetische Deutschlandpolitik unter Chruschtschow*, in: DERS./Alfred EISFELD (Hg.), *50 Jahre sowjetische und russische Deutschlandpolitik sowie ihre Auswirkungen auf das gegenseitige Verhältnis* (Studien zur Deutschlandfrage, Band 14), Berlin 1999, S. 55–74, hier S. 71, wohl mit seiner Bemerkung, Adenauer habe Kroll bei dessen Abgang ermutigt, die Sondierungen mit Moskau fortzusetzen.

65 „Aufzeichnung des Bundeskanzlers Adenauer“, 4.6.1963, AAPD 1963, Nr. 186, S. 603f. Möglicherweise auch, weil Smirnow selbst am 28.5.1963 bei einem Zusammentreffen den Kanzler darauf ansprach.

66 Kroll erhielt das Dokument am 4. und brachte es am 19.6.1963 wieder zurück, Vermerk StBKAH III/77.

67 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 5.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

68 Schreiben Krolls an von Brentano über ein Gespräch mit dem indischen Botschafter in Tokio, Shri Binay Ranjan Sen vom 10.7.1956, BA Koblenz N 1239/165.

Dessen ungeachtet teilte Kroll am 11. Juni 1963 Smirnow mit, eine „Fortsetzung des bisherigen unverbindlichen Gedankenaustausches“ käme in Frage, aber nur wenn die Sowjetunion bereit wäre, den Vorschlag Adenauers vom 6. Juni 1962 zu diskutieren.<sup>69</sup> Zehn Tage später übergab Smirnow Kroll ein „formloses Papier“<sup>70</sup>, in dem die Kremelführung zwar ihre Gesprächsbereitschaft betonte, aber auf ihrer Absage des „sogenannten zehnjährigen ‚Burgfrieden‘“<sup>71</sup> beharrte.

Erst jetzt, nachdem schon mehrere Wochen wieder über den Waffenstillstandsvorschlag diskutiert worden war, brachte nun die sowjetische Seite die Bezeichnung „Burgfrieden“ dafür ins Spiel. Kroll übernahm diesen Begriff auf jeden Fall sowohl in seiner offiziellen Aufzeichnung<sup>72</sup> als auch in seinem Tagebuch<sup>73</sup>. Ebenso enthielt die deutsche Übersetzung der Mitteilung Moskaus, die Ost-Berlin zur Information übermittelt wurde, diesen Terminus.<sup>74</sup> Welcher Begriff im russischen Original verwandt wurde, ist dagegen nicht nachzuvollziehen.<sup>75</sup> Schon drei Tage später bediente sich auch Adenauer des Begriffs „Burgfrieden“<sup>76</sup> im Zusammenhang mit seinem Vorschlag vom 6. Juni 1962.

Das Waffenstillstandsangebot hatte damit einen neuen Namen bekommen, die Ablehnung der Sowjetunion blieb aber bestehen. Die Bundesregierung, so hieß es in dem Papier Moskaus, verfolgte damit nur die „Absicht, die Lösung der aktuellen Aufgabe zur deutschen Friedensregelung zu umgehen und die gegenwärtige unregelmäßige Situation mit allen Gefahren, die sie in sich birgt, unverändert zu lassen“. Die Sowjetunion plädierte zwar für eine „Gesundung der Beziehungen“ zu Bonn, doch nur „unter Berücksichtigung der bestehenden realen Situation“. Unter dieser Voraussetzung wäre man sowohl zu Gesprächen mit Kroll als auch „auf höchster Ebene“ bereit.<sup>77</sup>

69 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 644f.

70 EBD. S. 645.

71 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o. D., BA Berlin DY 30/3509.

72 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 645.

73 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 24.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

74 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o. D., BA Berlin DY 30/3509.

75 Wie oben dargestellt benutzte Chruschtschow in seinem Schreiben an Adenauer vom 28.1.1960 die Wendung „гжданский мир“. In der offiziellen Stellungnahme der „Pravda“ vom 12.10.1963, Nr. 285, S. 1, zu Adenauers Bekanntmachung des Angebots vom 6.6.1962 ist dagegen von „Перемирие“, also Waffenstillstand, die Rede. Trotzdem übersetzte das „Neue Deutschland“ vom 13.10.1962, 18. Jg., Nr. 281, bei der Wiedergabe dieser Verlautbarung dieses mit „Burgfrieden“.

76 „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy“ vom 24.6.1963, AAPD 1963, Nr. 206, S. 662.

77 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o. D., BA Berlin DY 30/3509.

Bei der Übergabe des Papiers machte Smirnow, der möglicherweise einer Regelung mit Bonn positiver gegenüberstand als seine Regierung,<sup>78</sup> dagegen eine etwas abweichende Erklärung. Laut seines Tagebuchs fragte Kroll seinen sowjetischen Kollegen, ob die „S[owjet]reg[ierung] von Ad[enauer] vorgeschlagenen ‚Burgfrieden‘ als Diskussionsthema akzeptiere. Sm[irnow] bejahte es ausdrücklich.“<sup>79</sup> Daraufhin betonte Kroll in seiner Aufzeichnung über das sowjetische Papier vor allem die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft Moskaus, die auch „den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers über einen zehnjährigen ‚Burgfrieden‘“ einschlieÙe.<sup>80</sup>

Als am 23. Juni 1963 Präsident Kennedy zum Staatsbesuch in der Bundesrepublik eintraf, war das Papier der Sowjetregierung Adenauer noch nicht bekannt, da die deutsche Übersetzung erst am 25. Juni vorlag.<sup>81</sup> Der Kanzler war auf die Aufzeichnung Krolls angewiesen, die aufgrund der zusätzlichen mündlichen Information Smirnows und auch der Interpretation des deutschen Diplomaten viel positiver ausfiel.

Adenauer teilte dem Staatsgast schon auf der Fahrt vom Flughafen die Neugierkeit mit, „daß Chruschtschow an ihn herangetreten sei“<sup>82</sup>. Im Vier-Augen-Gespräch am nächsten Tag ließ der Kanzler nähere Erläuterungen folgen, allerdings erzählte er dem amerikanischen Präsidenten nichts von der konkreten Aufzeichnung der Sowjetunion, sondern deutete – nach einer recht langatmigen Darstellung der Vorgeschichte – nur die Möglichkeit an: „Vielleicht bestehe aber eine gewisse Chance, in der deutschen Frage mit der Sowjetunion einen Fortschritt zu erzielen.“

Kennedy hielt nichts von der vorübergehenden Festschreibung der gegenwärtigen Verhältnisse und glaubte auch nicht, dass Chruschtschow dazu bereit wäre, wie er ausführlich erläuterte. Deutlich betonte er am Ende seiner Ausführungen: „Er sehe deshalb keinen Grund für irgendeine sowjetische Bereitschaft, dem Burgfrieden zuzustimmen.“<sup>83</sup> Trotzdem wären Kontakte über Kroll durchaus nützlich, wobei man „auf das Schlimmste gefasst [sein] ... und das Beste erhoffe[n]“ sollte. Adenauer ruderte daraufhin wieder etwas zurück und kam auf seine ursprüngliche Idee zurück, Kroll sollte „als freier Mann privat auf Einladung Chruschtschows in die Sowjetunion reisen“<sup>83</sup>. Damit nahm er

78 Nachdem Adenauer am 6.6.1962 Smirnow seinen Waffenstillstandsvorschlag unterbreitet hatte, notierte Osterheld in sein Tagebuch, er hätte den Eindruck gehabt, der sowjetische Botschafter persönlich würde wohl auf den Vorschlag eingehen, OSTERHELD (wie Anm. 54), S. 122.

79 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 24.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

80 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 645.

81 Als Anlage zur „Aufzeichnung des Botschafter Kroll“ vom 25.6.1963, EBD. Nr. 212, S. 682f.

82 Erwähnt in „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy“, 24.6.1963, EBD. Nr. 206, S. 662.

83 EBD. S. 665f.

Abstand von den – sowohl vom ehemaligen Botschafter als auch der sowjetischen Seite geforderten – offiziellen Sondierungen.

Festgelegt hatte Adenauer sich allerdings noch nicht. Über Globke ließ er offensichtlich noch Ende Juni Kroll sein Einverständnis übermitteln, wie dieser in seinem Tagebuch notierte, „meine nächste Antwort, in der gleichen Weise wie die andere Seite, schriftlich zu fixieren“<sup>84</sup>. Der ehemalige Botschafter legte bis zum 4. Juli 1963 einen Textentwurf vor und befürchtete sogar: „Hoffentlich werden mir meine Sommerpläne durch die weitere Entwickl[un]g nicht über den Haufen geworfen.“<sup>85</sup> Unterstützt wurde er in seinen Bestrebungen nicht nur von Globke, sondern auch von Krone. Dieser notierte zur gleichen Zeit in seinem Tagebuch über direkte Verhandlungen mit der Sowjetunion: „Man kann und darf das Gespräch nicht ablehnen. Es müsse auf der Basis geführt werden, die ich den „Globke-Plan“ nenne“<sup>86</sup>. Dieser umfasste laut der folgenden Definition aber nur noch die beiden auch im Waffenstillstandsplan enthaltenen Aspekte, Hinnahme des Status quo für zehn Jahre und Humanisierung der Lebensbedingungen in der DDR, sowie darüber hinaus eine abschließende Volksabstimmung.

Während seine Mitarbeiter sich auf weitere Sondierungen vorbereiteten, bekamen Adenauers Bedenken Nahrung durch die Fertigstellung der deutschen Übersetzung der sowjetischen Aufzeichnung. Die Zurückweisung eines zehnjährigen Waffenstillstands oder „Burgfriedens“ hatte der Kanzler jetzt schwarz auf weiß. Da half auch die erneute Beteuerung Krolls in einer der Übersetzung beigelegten Aufzeichnung nichts, Smirnow hätte zugesagt, diesen diskutieren zu wollen.<sup>87</sup>

Der Kanzler musste außerdem erkennen, dass das sowjetische Schriftstück der seinem Vorschlag vom 6. Juni 1962 zugrundeliegenden Absicht die Grundlage entzog. Schließlich hatte der Vorstoß des Kanzlers vor allem auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung der DDR gezielt. Doch das Moskauer Papier betonte nicht nur die altbekannte sowjetische Haltung, sich nicht in innerdeutsche Fragen einzumischen, sondern forderte darüber hinaus, die Bundesrepublik müsse „der Tatsache der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Rechte, die ihr als selbständiger souveräner Staat zustehen, Rechnung“<sup>88</sup> tragen.

---

84 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 1.7.1963, ACDP 01-743-21/1.

85 Ebd. Krone notierte ebenfalls: „Kroll hat ein Papier entworfen, das beim Kanzler liegt.“ Eintrag vom 4.7.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 198.

86 Dieser Eintrag vom 25.6.1963 referiert ein Gespräch mit Globke, der sich offensichtlich ähnlich begeistert geäußert hatte, EBD. S. 197.

87 „Aufzeichnung des Botschafter Kroll“ vom 25.6.1963, AAPD 1963, Nr. 212, S. 682.

88 „Text einer Mitteilung für Kroll zur Übermittlung an Adenauer“, o.D., BA Berlin DY 30/3509.

Kroll hatte dagegen in seiner Aufzeichnung geschrieben, Smirnow hätte ihm mitgeteilt, „dass eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau unausweichlich auch zu einer positiven Änderung der Lage in der ‚DDR‘ führen würde“<sup>89</sup>. Während sich die mündliche Zusage des sowjetischen Botschafters bezüglich des Waffenstillstandsangebots wenigstens in seinem Tagebuch findet, musste Kroll selbst in seine persönliche Aufzeichnungen notieren, Smirnow hätte angesprochen auf Erleichterungen für die Bevölkerung der DDR nur hingewiesen „auf formelle Schwierigkeiten ..., mit B[undes]R[epublik] über Zone zu verhandeln“<sup>90</sup>.

Die Ernüchterung Adenauers über den tatsächlichen Inhalt des sowjetischen Schriftstücks zeigte sich zum einen in einem Schreiben an Kennedy am 8. Juli 1963, dem er mitteilte, er hätte die „Fühlungnahme ... augenblicklich gestoppt“<sup>91</sup>. Zum anderen spiegelte sie sich auch in seinem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle vier Tage vorher. Der Kanzler erwähnte seinen Vorstoß vom Vorjahr und auch die Kontakte zwischen Kroll und Smirnow eher flüchtig, von Sondierungen oder gar Verhandlungen war keine Rede, nur noch von der Möglichkeit, Kroll sollte in der Sowjetunion „in privater Eigenschaft ... Gespräche führen“. Insgesamt hätte er aber, so Adenauer weiter, „sehr wenig Hoffnung, daß ein solcher Weg wirklich zum Erfolg führen würde“.<sup>92</sup> Auch de Gaulle beurteilte die Aussichten eines solchen Vorgehens eher skeptisch, sprach sich aber nicht dagegen aus.

Auf die konkrete Nachfrage Adenauers nach dem Abschluss eines „zehnjährigen Burgfriedens in der deutschen Frage“ antwortete der französische Staatsgast: Es könnte „zwar einen Burgfrieden, eine Verlangsamung der Bösarbeiten, vielleicht sogar eine gewisse Entspannung geben, doch glaube er nicht, daß eine echte Regelung überhaupt möglich sei“.<sup>93</sup> De Gaulle fasste den Begriff „Burgfrieden“ also eher in Krolls Sinne als Einstellung von Angriffen und Verbesserung der Atmosphäre auf, nicht als Festlegung des Status quo, was Adenauer mit dem auf sein Waffenstillstandsangebot übertragenen Begriff verband.<sup>94</sup> Bei einem weiteren Gespräch am nächsten Tag erklärte Adenauer sei-

89 „Aufzeichnung des Botschafters Kroll“, 21.6.1963, AAPD 1963, Nr. 200, S. 646.

90 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 24.6.1963, ACDP 01-743-21/1.

91 „Bundeskanzler Adenauer an Präsident Kennedy“, 8.7.1963, AAPD 1963, Nr. 220, S. 728.

92 „Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle“, 4.7.1963, EBD, Nr. 216, S. 693.

93 EBD, S. 695.

94 Dabei muss man berücksichtigen, dass das für die Übersetzung von „Burgfrieden“ ins Französische benutzte „trêve“, dazu *Documents Diplomatiques Français Tome II* (1963), Nr. 6/I, Paris 1993, S. 26, eine Ruhepause oder Waffenruhe bezeichnet.

nem Gast schließlich, mit dessen anschließender Zustimmung, er hielt im Moment nichts davon, Kroll nach Russland zu schicken.<sup>95</sup>

Das Auswärtige Amt, das zuerst nur von einem angeblich belanglosen Gespräch zwischen Kroll und Smirnow wusste,<sup>96</sup> war inzwischen auch misstrauisch geworden. Am 22. Juli forderte Carstens Globke auf, „den H[ern] B[undes]K[anzler] zu bitten, uns über die Botschaft, die er im Juni 1962 an Chruschtschow hat ergehen lassen, zu unterrichten“.<sup>97</sup> Die daraufhin dem Außenministerium übersandte Aufzeichnung Adenauers vom 4. Juni 1963<sup>98</sup> reichte dem Staatssekretär jedoch nicht aus. Carstens mahnte direkt weitere Unterlagen an, von denen er offensichtlich wusste. Nach der umfassenden Information<sup>99</sup> vermerkte der Staatssekretär schließlich für Außenminister Schröder über das sowjetische Papier: „Ich finde keinen sachlichen Anknüpfungspunkt“.<sup>100</sup>

Umgehend sprach sich der Außenminister vehement gegen weitere Sondierungen aus. Krone erläuterte in einem Gespräch am 31. Juli: „Schröder und der von diesem informierte v[on] Brentano seien sehr böse geworden, als sie von den Überlegungen des Bundeskanzlers erfahren hätten. Kroll werde nun nicht nach Moskau gehen.“<sup>101</sup>

Die Reaktion der Union auf die Aufdeckung der Kontakte und des Waffenstillstandsvorschlags setzten den Kanzler unter Druck. In seinem Tagebuch berichtete Kroll: „Offenbar haben seine [Adenauers] ‚Enthüllungen‘ über seine im Juni 1962 gestartete Aktion ‚Ost‘, die er ohne Wissen + Billigung des Kabinetts unternahm + auf die er im April d. J. erneut zurückkam, den CDU-Vorstand wie einen Hühnerhof aufgescheucht.“<sup>102</sup>

Globke dagegen, unterstützt von Krone, erklärte Kroll, dessen Presseäußerungen hätten zur Aufregung in CDU und CSU nicht unerheblich beigetra-

95 „Tête-à-tête entre le Général de Gaulle et le Chancelier Adenauer“ vom 5.7.1963, EBD, Nr. 6/VIII, S. 53.

96 Hs. Aufzeichnung Carstens vom 8.6.1963, über Gespräche mit Adenauer und Kroll, BA Koblenz 1337/630. Am 1.5.1963 hatte Krone notiert: „Schröder weiß von diesem Vorgang nichts“, und am 25.6.1963 noch einmal bestätigt, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 187 und S. 197.

97 Hs. Vermerk Carstens vom 22.7.1963, BA Koblenz N 1337/637.

98 Adenauers Aufzeichnung vom 4.6.1963 ging am 25.7.1963 dem AA zu, AAPD 1963, Nr. 186, S. 603, Anm. 1.

99 Die Aufzeichnungen Krolls vom 29.4., 21.6. und 25.6.1963 sandte das Bundeskanzleramt am 30.7. bzw. 29.7.1963 an das Auswärtige Amt, EBD, Nr. 155, S. 502, Anm. 1, EBD, Nr. 200, S. 644, Anm. 1, und EBD, Nr. 212, S. 682, Anm. 1.

100 Vermerk von Carstens für Schröder, o. D., EBD, Nr. 200, S. 645, Anm. 4.

101 Vermerk Abeleins, 12.8.1963, über Erläuterungen Krones am 31.7.1963 ihm und Wagner gegenüber, ACDP 01-028-33/4.

102 Tagebuch Kroll, Eintrag 30.7.1963, ACDP 01-743-21/1.

gen.<sup>103</sup> Tatsächlich hatten mehrere Interviews<sup>104</sup> des ehemaligen Botschafters für Aufsehen gesorgt. In diesen betonte Kroll die Möglichkeit von Direktgesprächen mit der Sowjetunion. Außerdem entfaltete er seine „Kleine Lösung“, die 1. die endgültige Sicherung Berlins, 2. die Erleichterung der Lage der ostdeutschen Bevölkerung, 3. eine Durchlöcherung der Mauer und 4. die Anerkennung des Rechts auf Wiedervereinigung enthielt.

Diese Punkte waren zum einen vage, zum anderen sicherlich auf der Linie der offiziellen Bundespolitik mit Ausnahme des dritten Punktes, der auf mögliche deutsch-deutsche Kontakte verwies. Brisanz erhielt die „Kleine Lösung“ durch das gleichzeitige Bekanntwerden der Sondierungen Krolls mit Smirnow. Dabei spielte dieser Plan des deutschen Diplomaten in seinen Gesprächen mit seinem sowjetischen Kollegen keine Rolle.<sup>105</sup> Im Gegenteil hatte Moskau besonders kritisiert, dass die Bundesregierung ohne Entgegenkommen auf ihren Positionen beharrte – nichts anderes war die „Kleine Lösung“ Krolls.<sup>106</sup> Doch selbst solche allgemeinen Forderungen wie in der „Kleinen Lösung“, natürlich gewürzt mit der Andeutung deutsch-deutscher Kontakte und der Möglichkeit deutsch-sowjetischer Direktgespräche, führten in der Öffentlichkeit und den Regierungsparteien der Bundesrepublik zu Aufruhr. Ein Brückenschlag von Bedingungen, die die bundesdeutsche Bevölkerung akzeptieren würde, zu Konditionen, die für Moskau hinnehmbaren wären, war – noch – nicht möglich.

Für den Kanzler gab es auf jeden Fall genug Gründe, die Sondierungen über Kroll zu beenden. Der Diplomat notierte dazu enttäuscht in sein Tagebuch: „Er [Adenauer] ist also wieder einmal und – zum ? Mal eigentlich schon? – umgefallen + hat, wie üblich, mich erneut im Stich gelassen.“<sup>107</sup> Das aufkommende Gerücht, Adenauer wollte durch die Verhandlungen mit Moskau seinen Rücktritt hinauszögern, bestärkte den Kanzler noch in seinem Entschluss;<sup>108</sup> auch wenn in diesem „Bitterkeit ... über die ungenutzte Chance“<sup>109</sup> lag.

103 Eintrag 4.7.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 197.

104 „5. Juli 1963: Interview des Botschafters a. D. Kroll für die Wochenzeitung ‚Rheinischer Merkur‘“, DzD (wie Anm. 47), S. 556–564. Interview Krolls mit August Hoppe im WDR vom 25.7.1963, und mit Kurt Wessel in „Münchener Merkur“ vom 27./28.7.1963, ACDP 01-743-15/2.

105 KROLL (wie Anm. 50), S. 582, vermittelt zu Unrecht den Eindruck, die „Kleine Lösung“ wäre Bestandteil bei den Gesprächen mit Smirnow gewesen.

106 Nicht öffentlich hatte Kroll gegenüber Chruschtschow in dem erwähnten Gespräch am 9.11.1961 konkretere Vorschläge gemacht: ein Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, die Verpflichtung der DDR, dieses einzuhalten, ein Abkommen zwischen Berlin und der DDR über „technische Fragen“, ein „pactum de contrahendo“ bezüglich eines Friedensvertrags und die Einstellung propagandistischer Angriffe, dazu KÜHLEM (wie Anm. 27), S. 486.

107 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 30.7.1963, ACDP 01-743-21/1.

108 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1959–1963. Fragmente*, Stuttgart 1968, S. 226.

109 Anneliese POPPINGA, *„Das Wichtigste ist der Mut“. Konrad Adenauer – die letzten fünf Kanzlerjahre*, Bergisch Gladbach 1994, S. 516.

Die Situation ließ Adenauer jedoch weiterhin keine Ruhe. Zum einen erwog er möglicherweise, die Sondierungen mit Moskau als Zaunpfahl zu benützen, mit dem er in der folgenden Aufregung um die Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens<sup>110</sup> und der Diskussion über den Beitritt der beiden deutschen Staaten winken könnte. Anfang August erwähnte er gegenüber dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara Chruschtschows Bereitschaft, nach Bonn zu kommen.<sup>111</sup> Zum anderen schienen Gerüchte über Weizeneinkäufe der Sowjetunion in Nordamerika in Adenauer die Hoffnung auszulösen, Moskau wäre dadurch konzessions- und verhandlungsbereit geworden.

Am 27. August 1963 notierte Krone in sein Tagebuch: „Der Kanzler hat Globke gebeten, erneut zu prüfen, ob wir nicht doch zu Moskau die direkte Verbindung aufnehmen sollten.“<sup>112</sup> Wenige Tage später berichtete auch Kroll, Globke hätte ihn informiert, der Kanzler plane nach seinem Rücktritt, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU, ihn nach Moskau zu senden.<sup>113</sup> Schließlich erwähnte Adenauer am 21. September gegenüber de Gaulle, es schiene der Tag gekommen, an dem die Sowjetunion sich mit dem Westen arrangieren müsste.<sup>114</sup>

Öffentlich kam Adenauer in einem Interview, das am Tage der Regierungsübergabe an Ludwig Erhard gesendet wurde, auf seine Bemühungen von 1962 zurück. Allerdings war er nicht sehr exakt: Zum einen sprach er fälschlicherweise von einem Brief, den er Chruschtschow gesandt hätte. Zum anderen beschrieb er seinen Vorschlag mit der Frage, „ob wir nicht einen Burgfrieden für 10 Jahre schließen sollten“, währenddessen sollten die Menschen in der DDR größere Freiheiten bekommen und anschließend müsste eine nicht näher beschriebene Abstimmung erfolgen.<sup>115</sup>

Nur im „Globke-Plan“, nicht aber im Waffenstillstandsvorschlag findet sich eine Abstimmung, mit der die bundesdeutsche Öffentlichkeit wohl vor allem ein Votum über die Wiedervereinigung verband. Das war genauso positiv besetzt wie die Forderung nach Verbesserungen für die DDR-Bewohner. Den

110 Die bundesdeutsche Diskussion über den Beitritt zum Teststoppabkommen zieht sich von der Information durch Hillenbrand am 23.7. bis zur Unterzeichnung am 19.8.1963, dazu Kapitel „Die Kontroverse um das Teststoppabkommen“ bei Tim GEIGER, *Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969*, München 2008, S. 223–238.

111 Zum Gespräch Adenauers mit McNamara am 5.8.1963: SCHWARZ, (wie Anm. 12), S. 851.

112 Eintrag vom 27.8.1963, KRONE, *Tagebücher II* (wie Anm. 37), S. 216.

113 Tagebuch Kroll, Eintrag vom 2.9.1963, ACDP 01-743-21/1.

114 „Ausführungen des Bundeskanzlers Adenauer in Rambouillet“ vom 21.9.1963, AAPD 1963, Nr. 355, S. 1187f. Gleichzeitig brachte Adenauer die Möglichkeit eines Handelsboykotts gegen Moskau ins Gespräch.

115 „3. Oktober 1963: Aus einem Interview des Bundeskanzlers Adenauer für das Zweite Deutsche Fernsehen“, DZD (wie Anm. 47), S. 750.

kritischen Aspekt des Vorstoßes vom Juni 1962, die Einfrierung des momentanen Zustands, verbrämte Adenauer durch die Benutzung des Begriffs „Burgfrieden“. Für die deutsche Bevölkerung hatte „Burgfrieden“ einen positiven Klang, zudem suggerierte der Begriff vor allem die Verbesserung der Atmosphäre.

Doch die sowjetische Seite ließ sich die öffentlichkeitswirksame Schau nicht stehen. In einer langen Erklärung des Außenministeriums wurde der Hergang im Jahr 1962 ausführlich dargestellt, nicht ohne die Bitte des Kanzlers um Geheimhaltung sowohl gegenüber dem Auswärtigen Amt als auch gegenüber der Presse zu erwähnen. Offensichtlich wörtlich wiedergegeben – durch Einsetzen von Anführungszeichen deutlich gemacht – wurde die Antwort der sowjetischen Regierung, die Smirnow am 2. Juli 1962 Adenauer überreicht hatte.

Die eigene Frage nach den Gründen für Adenauers Bekanntgabe der Ereignisse beantwortete die Verlautbarung mit Vorwürfen: Der scheidende Kanzler beabsichtigte, „die Friedenspolitik der Sowjetunion zu verunglimpfen, die Notwendigkeit einer Fortführung seines bankrotten außenpolitischen Kurses zu begründen und gleichzeitig sich selbst als einen Kanzler hinzustellen, der angeblich für den Frieden und die Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft hat“.<sup>116</sup>

Damit waren die bundesdeutsch-sowjetischen Sondierungen definitiv beendet. Zudem betonte der neue Kanzler Erhard direkt zu Anfang seiner Regierungszeit, ein „Burgfriedensplan“ würde ihm nicht genügen, da er sich nicht mit dem Status quo abfinden wollte.<sup>117</sup> Im Antrittsgespräch sprach ihn Smirnow trotzdem auf die Sondierungen mit Kroll an.<sup>118</sup> Boris Meissner zeigt sich im Rückblick sogar überzeugt, die Kontakte hätten der Einladung an Chruschtschow ein Jahr später den Weg geebnet.<sup>119</sup>

Die Begriffe „Burgfrieden“ oder „Burgfriedensplan“ sind seit 1963 nicht mehr aus der Diskussion und schließlich Forschung über die Deutschland- und Ostpolitik Adenauers weg zu denken. Ihre Definition ist dabei viel schwieriger und ungenauer als der anderen Begriffe wie Waffenstillstandsvorschlag, Stillhalteabkommen oder Bewahrung des Status quo. Trotzdem übernimmt Adenauer im Juni 1963 unverzüglich die Bezeichnung „Burgfrieden“ für sein Angebot an die Sowjetunion vom 6. Juni 1962, sogar in seiner offiziellen Bekanntmachung dieses Schritts im Oktober 1963.

116 „Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zu dem Vorschlag eines ‚zehnjährigen Burgfriedens‘“ vom 11.10.1963, EBD, S. 785.

117 Klaus HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4), Stuttgart 1984, S. 90.

118 „Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow“ vom 6.12.1963, AAPD 1963, Nr. 454, S. 1560.

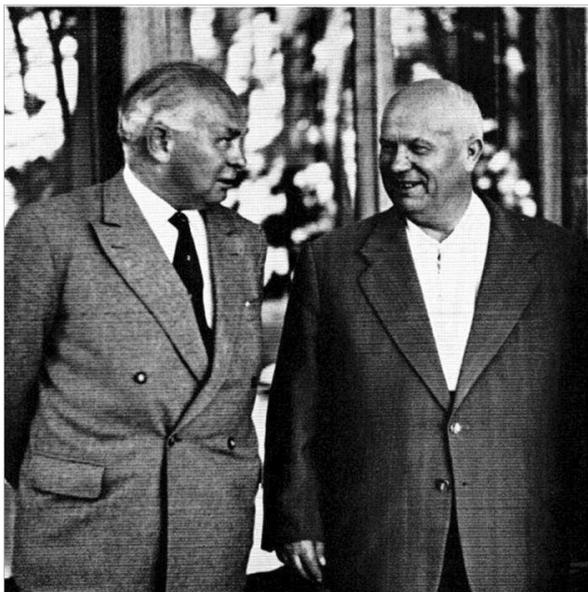
119 MEISSNER (wie Anm. 54), S. 72.

Oder ist gerade die ungeklärte Definition des Begriffs „Burgfrieden“ ein Argument für seine Verwendung durch den scheidenden Kanzler? Die bundesdeutsche Öffentlichkeit verband damit langfristig eine positive Bedeutung, kurzfristig war der Terminus schon einmal in den bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen verwandt worden, wenn auch in einem anderen Sinn. Streng genommen kann es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion keinen Burgfrieden geben, da sie nicht Mitglieder derselben Gemeinschaft, derselben „Burg“ sind. Was von dem Begriff „Burgfrieden“ dann noch bleibt, ist das Wort Frieden, die Andeutung, dass es auch in den Beziehungen zum ehemaligen Feindstaat und Führungsstaat des gegnerischen Blocks sowie des anderen deutschen Staates einmal zu einem Frieden kommen könnte.

Mit der Bekanntgabe seines Waffenstillstandsvorschlags bekannte sich Adenauer öffentlich zu seinem Versuch, die Spannungen im Verhältnis zur Sowjetunion abzubauen.<sup>120</sup> Durch die Verwendung des Begriffs „Burgfrieden“ nahm er diesem etwas von seiner realen Schärfe, von möglichen politischen Folgen und appellierte mehr an die mitenthaltene und mitschwingende Konnotationen. Schon seit 1914 und im Prinzip bis heute beinhaltet schließlich der Begriff „Burgfrieden“ mehr, als das Wort aussagt.

---

120 Der Waffenstillstandsvorschlag, der tatsächlich Moskau unterbreitet wird, widerspricht auf jeden Fall der Annahme, dass in Adenauers „auf Spannung angelegt[en]“ Außenpolitik der „Konflikt mit Moskau ein konstitutives Element“ war, so Josef FOSCHEPOTH, *Einleitung: Adenauer und die Deutsche Frage*, in: DERS. (wie Anm. 48) S. 7–28, hier S. 18.



Der sowjetische Regierungs- und Parteichef Nikita S. Chruschtschow im Gespräch mit dem bundesdeutschen Botschafter in Moskau, Hans Kroll.  
Foto: Dr. Peter Kroll, entstanden zwischen 1958 und 1962

## Thomas Manns Deutschlandbilder im Goethejahr 1949

von Günther Rüter

*Deutschlands Zukunft war 1949 noch völlig ungewiss. Wie fragil sie war, hatte im Jahr zuvor die Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion gezeigt. Niemand ahnte, dass mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes und der Verfassung der DDR, der Wahl Konrad Adenauers zum ersten Bundeskanzler und der Gründung der DDR wenig später zwei deutsche Staaten entstanden, die die deutsche Teilung für 40 Jahre besiegeln sollten. Weder die in Deutschland Lebenden noch die Emigranten vermochten zu beurteilen, welche der beiden gegensätzlichen Auffassungen, die von Demokratie oder die „Diktatur des Proletariats“, sich letztlich durchsetzen würde. Jedoch fehlte es nicht an eindeutigen Signalen dafür, dass sich in der entstehenden DDR eine stalinistische Diktatur zu etablieren begann. Dennoch suchten viele aus dem Exil nach Deutschland zurückkehrende Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler ihre neue politische Heimat in der DDR. Thomas Mann aber sah die Zukunft Deutschlands mit Skepsis. Würde ein Neuanfang gelingen und Deutschland die im Nationalsozialismus aufgetragene Schuld und verlorene Würde zurückgewinnen? Die Feierlichkeiten anlässlich des 200. Geburtstages Johann Wolfgang von Goethes eröffnete ihm die Möglichkeit, beide Teile Deutschlands zu besuchen und sich ein Urteil über das zerrissene Land zu bilden.*

Es sind nicht viele unter den deutschen Geistesgrößen, die den Vergleich mit Goethe suchen und glauben, nicht scheuen zu müssen. Einer von ihnen ist Thomas Mann.

Nach den bedeutenden und einflussreichen Lehrmeistern der frühen Jahre – Richard Wagner, Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche – ist es mit zunehmendem Alter Goethe, an dem er in seinen Essays und Romanen Maß nimmt.

Mit der Hinwendung zu Goethe, die 1932, dem hundertsten Todestag, mit dem Essay „Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters“<sup>1</sup> augenfällig wird, wächst die Distanz zu den früheren Lehrmeistern. Sie nimmt in der sich ausformenden Beziehung zu Goethe weitere Gestalt an, jedoch ohne dass ihr Einfluss gänzlich erlöschen würde. Deutlich tritt dies in dem 1939 im Exil entstandenen Roman „Lotte in Weimar“ hervor, indem er an Goethe erinnernd, zu den Deutschen spricht und mit den Worten: „Deutschtum ist Freiheit, Bil-

---

1 Thomas MANN, *Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters*, in: DERS., *Essays 1926–1933*. Bd. 3: *Ein Appell an die Vernunft*, hg. von Hermann KURZKE und Stephan STACHORSKI, Frankfurt 1994, S. 307–342.

„Allseitigkeit und Liebe“<sup>2</sup> einen beschwörenden Kontrast zum Kultur, Humanität und Moral vernichtenden Nationalsozialismus formuliert. Thomas Mann verändert mit seiner Annäherung an Goethe seine Sichtweise auf Deutschland und die Deutschen und zu den ihn über Jahrzehnte prägenden geistigen Mentoren. In der „Verschmelzung Thomas Manns mit der Gestalt Goethes geht es auch ihm um die eigene schöpferische Erneuerung“<sup>3</sup> um den Weg Thomas Manns von seiner Vorstellung eines von Deutschland geprägten Europas, „dieser Schreckensaspiration des deutschen Nationalismus“, zu einem weltbürgerlichen europäischen Deutschland.<sup>4</sup>

Die Feierlichkeiten des 200. Geburtstages in Frankfurt und Weimar sind ihm 1949 der gegebene Anlass dazu, nach 16 Jahren wieder deutschen Boden zu betreten. „Willkommen oder nicht, ich hätte es als einen Flecken in meinem Leben empfunden, wenn ich dem Genius Goethe’s nur auswärts gehuldigt und auch dabei Deutschland gemieden hätte“.<sup>5</sup> Ganz ähnlich formuliert er auch in seinem Reisebericht: „Unmöglich konnte ich in England, in Schweden und in der Schweiz mein Scherflein beitragen zur festlichen Ehrung dieses weltgewinnenden Glücksfalls deutscher Größe und auch dabei Deutschland meiden. Es wäre ein unheilbarer Affront, eine Kundgebung der Unversöhnlichkeit und überdauernden Feindschaft gewesen, die weder im Einklang mit meinem Herzen noch mit meiner Vernunft gestanden hätte.“<sup>6</sup>

### *Thomas Mann und die Deutschen*

Mit der vernichtenden Niederlage des Nationalsozialismus und der bedingungslosen Kapitulation vor den Siegermächten im Mai 1945 endet Thomas Manns Leiden an Deutschland und seinen Landsleuten nicht. Es beginnt mit der ebenso katastrophalen wie für ihn unerwarteten Niederlage am Ende des „Großen Krieges“, den er 1914, als er ausbricht, enthusiastisch begrüßt und in seinen Kriegsschriften auch mit propagandistischen Zutaten als Krieg der Kulturen gerechtfertigt hat.<sup>7</sup> Die deutsche Niederlage wird auch zu seiner eigenen.

2 Thomas MANN, *Lotte in Weimar*, Frankfurt 2003, S. 328.

3 Hans MAYER, *Thomas Mann. Werk und Entwicklung*, Berlin 1950, S. 297.

4 Thomas MANN, *Goethe und die Demokratie*, in: DERS., *Essays 1945–1955*. Bd. 6: *Meine Zeit*, hg. von Hermann KURZKE und Stephan STACHORSKI, Frankfurt 1997, S. 104–130, hier S. 106.

5 Zit. n. Klaus HARPPRECHT, *Thomas Mann*, Hamburg 1996, S. 1736.

6 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 131–143, hier S. 131.

7 Hervorzuheben sind hier vor allem Thomas Manns Essays *Gedanken im Kriege und Friedrich und die große Koalition* in: DERS., *Essays 1893–1918*. Bd. 1: *Frühlingsturm*, hg. von Hermann KURZKE und Stephan STACHORSKI, Frankfurt 1993, S. 188–205 und S. 210–268. Vgl. auch Günther RÜTER, „Viel Gutes, viel Menschliches“, in: „Rheinischer Merkur“ vom 6.11.2008 zu Thomas Manns Sichtweise auf das Ende des Ersten Weltkriegs.

Nach seinem Verständnis hat Deutschland diesen Krieg nicht nur militärisch und politisch, sondern vor allem auch kulturell gegen die westliche demokratische Zivilisation verloren. So tut er sich verständlicherweise schwer, als überzeugter Monarchist und gefeierter Repräsentant des wilhelminischen Obrigkeitsstaates, dem er gerne seine Reverenz erwies und dessen Nationaldichter er sich anschickte zu werden, die Weimarer Republik als neue, der noch bis vor kurzem bekämpften, westlichen Zivilisation geschuldete Staatsform anzuerkennen. Obwohl die Weimarer Republik für ihn nie zu einer Herzensangelegenheit wird, überwindet er schon 1922 seine Vorbehalte, indem er sich in einer bedeutenden öffentlichen Rede im Schaufenster Berlin aus Anlass des 60. Geburtstages von Gerhart Hauptmann zum jungen Weimarer Staat und seinen führenden Repräsentanten bekennt. Er tut dies nicht als überzeugter Demokrat sondern als „Vernunftrepublikaner“,<sup>8</sup> weil er im Gegensatz zu vielen Deutschen und der Mehrzahl der Intellektuellen erkennt, dass diese junge Republik nur eine Zukunft haben würde, wenn sich die führenden Köpfe des geschundenen Landes in Politik, Wissenschaft und Kultur zu ihr öffentlich bekannten. Trotz seiner nationalkonservativen geistigen Grundausrichtung stellt sich Thomas Mann wie nur wenige Persönlichkeiten der damaligen Zeit dem aufkommenden Nationalsozialismus mit aller Kraft entgegen, weil er seine zerstörerische Macht vorhersieht. Davon zeugt seine „Deutsche Ansprache“ aus dem Jahr 1930.

Für diese Entschiedenheit zahlen er und seine Familie mit dem bitteren Los des Exils, auch wenn es ihm dort besser ergeht als den allermeisten Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern. Mit wachsendem Zuspruch und Erfolg der nationalsozialistischen Bewegung wächst seine geistige Distanz zu denen in der Heimat, die „mitgetanzt und Herrn Urian“ aufgewartet haben.<sup>9</sup> Besonders beklagt er die Verleugnung der Solidarität bei der deutschen Intelligenz, die das Ausmaß der Schande erkennen konnte.<sup>10</sup> Mit der Befreiung Deutschlands durch die Truppen der alliierten Siegermächte und dem wenig später einsetzenden „Kalten Krieg“ überdenkt Thomas Mann seine Haltung zu den Deutschen und zum geteilten Deutschland.

Kaum ein anderer deutscher Schriftsteller hat sich mit so viel Nachdruck wie Thomas Mann als unpolitischer Betrachter apostrophiert, seine besondere Rolle als deutscher Künstler betont, um sich gerade in den Jahren der Zeiten-

---

8 Diese Formulierung geht auf den Historiker Friedrich Meinecke zurück, der ebenso wie Thomas Mann für die Weimarer Republik aus Gründen der Vernunft eintrat, obwohl er mit dem Herzen Monarchist war. Vgl. Friedrich MEINECKE, *Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik*, in: DERS., *Politische Schriften und Reden*, hg. von Georg KOTOWSKI, Darmstadt 1958, S. 280–298.

9 Thomas MANN, *Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 33–42, hier S. 36.

10 Vgl. Fritz STERN, *Das feine Schweigen. Historische Essays*, München 1999, S. 158–173.

wende in die öffentliche politische Diskussion mit prononcierten Beiträgen einzubringen und seine Gedanken in Reden, Beiträgen, Briefen und Tagebüchern dazu festzuhalten.<sup>11</sup> Er schlüpft dabei nicht in die Rolle des Politikers, das Politische bleibt ihm weitgehend eine verschlossene Welt, auch wenn er die deutschen Interessen vertritt. Er mischt sich in die Politik als Künstler ein, im Glauben, für eine humane Staatsform zu werben. Dabei geht es ihm fast immer um das deutsche Volk. „Es ist nicht einfach, ein Deutscher zu sein“, bekennt er bereits in den „Gedanken im Kriege“.<sup>12</sup> Das „Volk hat es schwer mit sich selbst, es findet sich fragwürdig, es leidet zuweilen an sich bis zum Ekel“, um dann mit nationalem Pathos festzuhalten: Unter Individuen und Völkern „waren diejenigen die wertvollsten, die es am schwersten hatten“.<sup>13</sup>

Nimmt man Thomas Manns öffentliches Auftreten zum Maßstab, scheinen ihn Selbstzweifel nur selten zu überfallen. Er wirkt stets selbstgewiss und souverän. Aber die der deutschen Seele inhärenten Schwankungen zwischen Selbstpreisgabe und Welteroberung, zwischen philosophischen Höhenflügen und Mangel an pragmatischer Weltdeutung und Welterfahrung, diese dem deutschen Wesen innewohnenden Spannungen sind ihm nicht nur aus Betrachtungen der eigenen erlebten wechselvollen Zeit allzu gut vertraut, sie entsprechen stärker als er es vielleicht selbst wahrgenommen hat, seinem eigenen Wesen und seinem politischen Urteil über Deutschland und die Deutschen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es ist sicherlich kein Zufall, dass diese Schwere, sich einerseits als Repräsentant des deutschen Volkes zu fühlen, ihm aber andererseits fremd und fern gegenüberzustehen, gerade in den letzten Kriegsjahren und den ersten Jahren nach den beiden großen deutschen Katastrophen sichtbar wird.

Interesse, Zu- und Abneigung bestimmen seine Empfindungen und rühren an seinem Selbstverständnis als deutscher Dichter und Patriot. Genugtuung, Verzweiflung und Mitgefühl wechseln einander ab. Mit Deutschlands Ruin, seinem allumfassenden moralischen, geistigen, militärischen und wirtschaftlichen Bankrott sieht er alles Deutsche erschüttert, „auch de[n] deutsche[n] Geist, de[n] deutsche[n] Gedanke[n], das deutsche Wort, und man fragt sich, wie überhaupt noch in Zukunft ‚Deutschland‘ in irgendeiner seiner Erscheinungen es sich soll herausnehmen dürfen, in menschlichen Angelegenheiten den Mund aufzumachen“.<sup>14</sup> Er fürchtet, dass Deutschland zu einer „Kolonie fremder Mächte“ und ihm von seinen Nachbarn „ringsum furchtbar aufgelaufener Hass“ entgegenschläge.<sup>15</sup> Andererseits verteidigt er die ihm wohl nicht

11 Philipp GUT, *Thomas Manns Idee einer deutschen Kultur*, Frankfurt 2008, S. 368f.

12 Thomas MANN, *Gedanken im Kriege*, in: DERS. (wie Anm. 7), S. 204.

13 EBD.

14 Thomas MANN, *Das Ende*, in: DERS., *Gesammelte Werke*, Bd. 15, hg. von Peter DE MENDELSSOHN, Frankfurt 1986, S. 683–690, hier S. 689.

15 EBD. S. 690.

bis ins Detail bekannten Pläne von Henry Morgenthau, dem Finanzminister des von ihm besonders geschätzten amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt.<sup>16</sup> Diese Pläne sehen nicht nur die Teilung Deutschlands, sondern auch seine Verwandlung in einen Agrarstaat vor.<sup>17</sup>

Thomas Manns Haltung zu Deutschland und den Deutschen ist in den ersten Nachkriegsjahren überaus ambivalent. Sie schwankt zwischen der Forderung nach einer harten Bestrafung und Erbarmen. Seinem Tagebuch vertraut er an, dass eigentlich rund eine Million Menschen „ausgemerzt“ werden müssten, auch schreckt er nicht davor zurück, einzelne Namen wie den Schriftsteller Hanns Johst zu nennen, der dem NS-Regime als Präsident der Reichsschrifttumskammer von 1935 bis 1945 gedient<sup>18</sup> und mit dem ihn in früheren Tagen eine gewisse Zuneigung verbunden hat. Andererseits ist ihm durchaus bewusst, dass die Siegermächte nicht Massenhinrichtungen vornehmen können, „ohne die Methoden der Nazis nachzuahmen“<sup>19</sup>.

Am schwersten lastet auf ihm die Frage, ob es eine Kollektivschuld der Deutschen gäbe. In seinen Rundfunkreden, die er von 1940 bis 1945 im Auftrag der BBC unter dem Titel „Deutsche Hörer“ an das deutsche Volk richtet, klingt diese selbst noch in seiner letzten Ansprache im November 1945 an, wenn er dort auf die „furchtbare nationale Gesamtschuld“ zu sprechen kommt und hervorhebt, „daß alles, was deutsch heißt, darin eingeschlossen sei“.<sup>20</sup> Und ist nicht auch sein großer Faust-Roman so zu interpretieren: Faust als Inkarnation der deutschen Schuld? Bezeichnet er ihn doch selbst als einen deutschen Roman, „die Geschichte einer infektiösen Inspiration mit dem Collaps am Ende“, die „Geschichte vom kranken Deutschen, beinahe vom Deutschtum als Krankheit“.<sup>21</sup>

Von ähnlicher Härte sind auch seine Anmerkungen im Brief an Walter von Molo in der Debatte um Exil und Innere Emigration zu deuten, wenn er die entsetzlichen Worte festhält, dass in seinen Augen allen Büchern, die in der Zeit des Nationalsozialismus gedruckt werden konnten, ein „Geruch von Blut und Schande“ anhafte und sie alle eingestampft werden sollten.<sup>22</sup> Andererseits

16 S. MANN (wie Anm. 14), S. 690–693, Thomas Manns Essay *Franklin Roosevelt*. Thomas Mann vergleicht ihn hier mit Julius Caesar und sieht in seiner Politik „die abendländische Kulturidee aufgehen in einer Weltzivilisation mit der Atmosphäre des religiösen und sozialen Humanismus“ (S. 690).

17 Zum Morgenthau-Plan vgl. Wolfgang BERGSDORF, *Von Jalta bis zur Spaltung. Besetzung und Wiederaufbau Deutschlands 1945–1949*, Sankt Augustin 1979, S. 19ff.

18 Thomas MANN, *Tagebücher 1944–1946*, hg. von Inge JENS, Frankfurt 1986, S. 199.

19 EBD.

20 Thomas MANN, *Deutsche Hörer! Radiosendungen nach Deutschland aus den Jahren 1940–1945*, Frankfurt 1987, S. 155.

21 Zit. n. HARPPRECHT (wie Anm. 5), S. 1485f.

22 Thomas MANN, *Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 33–42, hier S. 37.

schließt auch dieser Brief mit einer durchaus versöhnlichen Note, indem er einen Besuch in Deutschland in Aussicht stellt und mit den Worten: „Auf Wiedersehen also, so Gott will“, schließt.<sup>23</sup>

Auch wenn Thomas Mann in den Kriegsjahren zum Ausdruck bringt, nicht mehr nach Deutschland zurückkehren zu wollen, selbst dann nicht, wenn es nicht mehr gefährlich sein sollte,<sup>24</sup> so ist er doch als Schriftsteller deutscher Sprache und Herkunft viel zu sehr mit diesem Angst einflößenden und anziehenden Land verbunden, als dass er es auf Dauer meiden könnte. Sein Vortrag „Deutschland und die Deutschen“ aus dem Jahre 1945 zeugt ebenso wie der vier Jahre später entstehende „Goethe und die Demokratie“ von seinen aufrecht gehaltenen, unzerreißbaren Banden zur deutschen Kultur und Tradition.<sup>25</sup>

Das Ende der deutschen Geschichte sieht er trotz der nationalen Katastrophe nicht erreicht. Den Zeitgenossen und Nachfahren schreibt er die bis heute oft bei Seite geschobenen Worte ins Gedächtnis: „Deutschland ist nicht identisch mit der kurzen und finsternen geschichtlichen Epoche, die Hitlers Namen trägt. Es ist auch nicht identisch mit der selbst nur kurzen Bismarck'schen Ära des Preußisch-Deutschen Reiches. Es ist nicht einmal identisch mit dem auch nur zwei Jahrhunderte umfassenden Abschnitt seiner Geschichte, den man auf den Namen Friedrichs des Großen taufen kann. Es ist im Begriffe, eine neue Gestalt anzunehmen, in einen neuen Lebenszustand überzugehen, der vielleicht nach den ersten Schmerzen der Wandlung und des Überganges mehr Glück und echte Würde verspricht ...“.<sup>26</sup>

Diese neue Gestalt ist aber für Thomas Mann im September 1945, als er diese Zeilen schrieb, noch nicht sichtbar. Er notiert und kommentiert die Ereignisse der Nachkriegsgeschichte, aber letzten Endes interessieren ihn vor allem die kulturhistorischen Traditionen und geistesgeschichtlichen Zusammenhänge. Auf den Spuren Goethes glaubt er die deutsche Diskrepanz „zwischen Geist und Macht, Gedanke und Tat, den Widerspruch zwischen kulturellem Rang und politischer Misere“ aufzulösen, mit ihm wünscht er den „welt-

23 EBD. S. 42.

24 Zit. n. Donald A. PRATER, *Thomas Mann. Deutscher und Weltbürger. Eine Biographie*, München/Wien 1995, S. 449; ähnlich auch Thomas Mann im Briefwechsel mit Theodor W. Adorno: „Nach Deutschland bringen mich keine zehn Pferde. Der Geist des Landes ist mir widerwärtig“, in: Theodor W. ADORNO/Thomas MANN, *Briefwechsel 1943–1955*, hg. von Christoph GÖDDE und Thomas SPRECHER, Frankfurt 2002, S. 67.

25 Vgl. Thomas MANN, *Deutschland und die Deutschen*, in: DERS., *Essays 1938–1945*. Bd. 5: *Deutschland und die Deutschen*, hg. von Hermann KURZKE und Stephan STACHORSKI, Frankfurt 1996, S. 260–281 und *Reisebericht* (wie Anm. 4), S. 131–143.

26 Thomas MANN, *Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 33–42, hier S. 40f.

fremden Theoritzismus des deutschen Charakters“ überwinden zu können.<sup>27</sup> Hier liegen die tieferen Beweggründe für seinen Besuch in Deutschland.

*Die „vertrackte Weltkonstellation“*

Nach 16 Jahren der Entfremdung im Exil erscheint ihm die Reise in das zerbombte Deutschland als ein „gespenstisches Abenteuer“ und eine außergewöhnliche Prüfung.<sup>28</sup> Er fühlt sich, „alsob (sic) es in den Krieg ginge“.<sup>29</sup> Er weiß, dass er auf Grund seiner prononcierten Beiträge mit ihren ebenso aufrüttelnden wie anklagenden Appellen bei der Mehrzahl der Deutschen nicht auf breite Zustimmung hoffen darf. So wie das Aufkommen des Nationalsozialismus eine Folge des „feinen Schweigens“ gewesen ist, das mit Hitlers Machtergreifung zum „feigen Schweigen“ wird,<sup>30</sup> so übt sich die große Mehrzahl seiner Landsleute nun in der Kunst des Verschweigens. Thomas Mann beklagt ihre Gleichgültigkeit und früh wiedererweckte Selbstzufriedenheit, die durch den Kalten Krieg und die gescheiterte Entnazifizierung begünstigt worden sind.

Die Weltlage entwickelt sich nicht so, wie er erhofft hat. Statt einer Annäherung der antagonistischen politischen Systeme kommt es zu ihrer wachsenden Entzweiung. Es stellt sich nun das ein, was er schon nach dem Ersten Weltkrieg prognostiziert hat, eine Teilung der Welt in eine westliche kapitalistische und eine östliche kommunistische Hälfte, ohne zu ahnen, dass dessen Grenze einmal mitten durch Deutschland verlaufen würde. Thomas Mann begrüßt den Abschluss des Nordatlantikpaktes am 4. April 1949 nicht, weil dieser nach seinem Verständnis die Aufspaltung der Welt in Ost und West begünstige. Er fordert deshalb gemeinsam mit 500 anderen Unterzeichnern in einem Brief an den Kongress der Vereinigten Staaten, unverzüglich Verhandlungen mit der Sowjetunion aufzunehmen, um die sich zuspitzende weltpolitische Lage zu beruhigen.<sup>31</sup> Wenn er zuvor, die tatsächlichen Konsequenzen nicht ahnend, die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz ablehnt mit der Ausdehnung Polens bis an die Oder und die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten,<sup>32</sup> so beklagt er nun, dass Deutschland aus dieser „vertrackten Welt-Konstellation“<sup>33</sup> unerwartet Gewinn ziehen kann, weil sich ihm die beiden neuen Weltmächte jeweils zu einem Teil zuwenden. Aus dem gehassten Deutschland ist unverse-

27 Thomas MANN, *Goethe und die Demokratie*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 104–130, hier S. 107.

28 Zit. n. PRATER (wie Anm. 24), S. 557.

29 Thomas MANN, *Tagebücher 1949–1950*, hg. von Inge JENS, Frankfurt 1991, S. 82.

30 STERN (wie Anm. 10).

31 PRATER (wie Anm. 24), S. 559.

32 Manfred GÖRTEMAKER, *Thomas Mann und die Politik*, Frankfurt 2005, S. 207f.

33 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 131–143, hier S. 132.

hens das „Vorzugskind der Welt“ geworden.<sup>34</sup> Es sei so, dass „jede Besserung hintanhält, den schlechten Elementen in Deutschland zugute kommt, die guten schädigt und in einen defensiven Nachteil setzt, der schon wieder dem der dreißiger Jahre gleichkommt.“<sup>35</sup>

Thomas Mann denkt dabei vor allem an Westdeutschland. Er glaubt, dass der Nationalsozialismus den Anlagen und dem Wesen der Deutschen nach wie vor entspreche und er in Westdeutschland auf eine geistige Haltung treffe, die der von 1930 ungefähr entspreche. Zwar möge sich durch die negativen politischen Erfahrungen mit der NS-Diktatur die Zahl derer vergrößert haben, die etwas dazu gelernt hätten. Er selbst würde aber als „undeutsch, antideutsch, als Vaterlandsverräter beschimpft von breiten, verstockten, zu einem dreisten Nationalismus längst zurückgekehrten Massen bei denen die Parole gilt: ‚Unter Hitler war es doch besser!‘“.<sup>36</sup> Thomas Mann vermag sich nicht vorzustellen, dass es den westlichen Alliierten, allen voran den Vereinigten Staaten, gelingen könne, die Deutschen für die Demokratie zu gewinnen. Er ist bis in die fünfziger Jahre hinein davon überzeugt, dass es zu einer nationalsozialistischen Renaissance käme. Er glaubt, dass der Kalte Krieg das zerstört, was er vor der Diktatur bewahren will: Freiheit und Demokratie. Die liberale Demokratie unterliege der Versuchung, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben und „den Faschismus zum Waffengefährten zu nehmen, ihn zu stützen und wieder groß-zuziehen“.<sup>37</sup> Seinem Tagebuch vertraut er an: „Die Entwicklung geht rapide in Richtung der Renazifikation, unter anglo-amerikanischem Schutz und Schirm. In zwei Jahren, denke ich, werden wir ein völlig faschistisches Westdeutschland haben ...“.<sup>38</sup> Ausschlaggebend für diese Einschätzung ist für ihn wohl der wachsende Antikommunismus in den USA zur Zeit der Kommunistenverfolgung in der McCarthy-Ära gewesen, unter der er selbst und seine Familie sehr leiden.<sup>39</sup> Er befürchtet, dass die USA aus machtpolitischen Gründen ein von nationalsozialistischen Kräften unter deutscher Vorherrschaft stehendes Westeuropa in Kauf nehmen würden, um den Kommunismus einzudämmen.<sup>40</sup> Tho-

34 MANN (wie Anm. 24), Brief an Adorno vom 1. Juli 1950, S. 67.

35 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 131–143, hier S. 133.

36 EBD. S. 132.

37 Thomas MANN, *Meine Zeit*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 160–182, S. 178f.

38 MANN (wie Anm. 29), S. 451.

39 Thomas Mann bezeichnet den republikanischen Senator Joseph McCarthy in seinen Tagebüchern als „den wilden Mann“ und die Ende der vierziger Jahre einsetzenden Repressionen der Behörden gegenüber den in den USA lebenden Kommunisten und solchen, die dafür gehalten werden, als „Schreckensherrschaft“, s. MANN (wie Anm. 29), S. 181 und 226. Zum Schutz der inneren Sicherheit in den USA wird im September 1950 das „Anti-Kommunisten-Gesetz“ verabschiedet.

40 Im September 1947 schreibt Thomas Mann an Felix Bertaux: „Meiner Meinung nach ist es unangebracht, alle Furcht vor Deutschland in Mitleid zu verwandeln ... Man kann Rußland im eigenen Lande nicht besiegen, aber man kann es, samt den Polen ..., aus Deutschland wieder hinauswerfen. Und man erinnert sich, daß schon Hitler, wäre er nur

mas Mann blendet dabei die durch verschiedene Kommunal- und Landtagswahlen einsetzende Demokratisierung ebenso aus wie den Sachverhalt, dass bei den Wahlen alte nationalsozialistische politische Kräfte keine nennenswerte Rolle spielen, was sich schließlich auch bei der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag am 14. August 1949 wenige Wochen nach seinem Deutschlandbesuch bestätigt. Mit Konrad Adenauer an der Spitze bildet sich eine rein bürgerliche Regierung. Zudem ist die aus den Trümmern entstandene Bundesrepublik Deutschland alles andere als ein souveräner Staat. Nach wie vor haben die westlichen Militärgouverneure bzw. Hohen Kommissare, hoch auf dem Petersberg über Bonn, die Politik, wenn nicht wesentlich vorgegeben, so doch maßgeblich mitbestimmt.

Einzuräumen ist Thomas Mann sicherlich, dass weiterhin die nationalsozialistische Ideologie das Denken vieler Menschen in den ersten Nachkriegsjahren bestimmt hat und es erst beginnend in den späten fünfziger Jahren zu einer intensiveren Auseinandersetzung mit den im Dritten Reich begangenen Taten gekommen ist. Jedoch wurden die fortbestehenden braunen Inseln in der Bevölkerung von Jahr zu Jahr kleiner und isolierter, ohne dass diese völlig an Bedeutung verloren. Thomas Mann hat die ihn aus Westdeutschland erreichenden anerkennenden, wohlwollenden Stimmen für einen politischen und geistigen Neuanfang unterbewertet und die ewigestrigen, ihn persönlich beleidigenden in ihrer politischen Bedeutung überschätzt. Zudem hätte es ihn stützig machen sollen, dass er nur aus Westdeutschland Wutbriefe erhält. Sind die Ostdeutschen weniger als ihre Landsleute im Westen vom Nationalsozialismus infiziert gewesen?

Ob Thomas Mann die Furcht vor einer Renazifizierung Westdeutschlands kultiviert hat, um seine Milde und Nachsichtigkeit gegenüber Stalins Machtpolitik zu legitimieren, bleibt eine psychologisch interessante Erwägung, sie kann hier aber nicht weiter ausgeführt werden. Den wahren Charakter des „verordneten Antifaschismus“ in der SBZ als Gründungslegende der DDR hat er auf der anderen Seite des atlantischen Ozeans offenkundig ebenso wenig durchschaut wie die Hintergründe des Restaurationsvorwurfs. Als negative Gründungslegende diente er nicht nur in den Anfangsjahren der Bundesrepublik zur Destabilisierung der neuen politischen Ordnung. Nimmt man noch die ganz unterschiedlichen Ratschläge aus seiner Familie und seinem Freundes- und Bekanntenkreises hinzu, so lässt sich gut nachvollziehen, warum Thomas

---

etwas manierlicher gewesen, alles hätte haben können, was er wollte ... so ist nicht undenkbar, daß wir in relativ kurzer Frist trotz allem ein Deutsch-Europa haben werden ... Auf Macht und Suprematie wird es wieder hinauslaufen, und mir graut vor deutscher Macht“, in: Thomas MANN, *Fragile Republik. Thomas Mann und Nachkriegsdeutschland*, hg. von Stephan STACHORSKI, Frankfurt 1999, S. 117f.

Mann lange gezögert hat, ob er Deutschland in dieser Zeit<sup>41</sup> überhaupt besuchen sollte. Warum er es schließlich doch getan hat, ist sicherlich nicht in einem Wort zu sagen. Seine wachsenden Vorbehalte gegenüber Amerika und die zunehmenden Beschwernisse dort für seine Familie haben dabei eine ebenso zentrale Rolle gespielt wie die Tatsache, dass er als der Repräsentant der deutschen Emigration einen historischen Auftrag darin gesehen hat, Goethe aus Anlass seines 200. Geburtstages auch in seiner Heimat zu ehren. So begibt er sich schließlich mit Goethe im Gepäck am 10. Mai auf den langen Weg über New York, Oxford, London, Stockholm, Kopenhagen, Lund und Bern nach München, um am 25. Juli zunächst in Frankfurt Goethe zu ehren und selbst geehrt zu werden.

### *Einladung und Besuch*

„Zweihundert Jahre nach Goethes Geburt, hundertundsiebzehn nach seinem Tode, tut man gut, einen Vortrag über ihn mit dem Satz zu beginnen: Ich habe Ihnen nichts Neues zu sagen.“<sup>42</sup> Mit diesen Worten eröffnet Thomas Mann seinen umfangreichen Goethe-Vortrag, den er neben den genannten Städten auf seiner Europareise auch noch an verschiedenen Orten in der Schweiz gehalten hat; in Deutschland aber nur in München und nicht aus Anlass der offiziellen Goethe-Veranstaltungen in Frankfurt und Weimar.<sup>43</sup>

Mit diesen einleitenden und den folgenden Worten hätte Thomas Mann sicher nicht die Stimmungslage der Deutschen erreicht. Sein Vortrag entwickelt einige interessante geistesgeschichtliche Bezüge zu Christentum und Demokratie, etwa wenn er herausarbeitet, warum die Demokratie der politische Ausdruck des Christentums sei,<sup>44</sup> oder wenn er das deutsche Provinzlerium mit der goethischen und eigenen Welterfahrung kontrastiert.<sup>45</sup> Doch sagt er nur wenig zu den geistigen und moralischen Konflikten, der politischen Verantwortung, inneren Zerrissenheit Deutschlands und seiner Zukunft aus, die er in einem europäischen Deutschland im Gegensatz zu einem nationalistischen sieht, ohne dies näher zu erläutern. Sein Goethe-Vortrag ist zu akademisch, beinahe zeitlos und ohne unmittelbare, die Menschen in Deutschland ansprechende Bezüge.<sup>46</sup> Thomas Mann spürt diesen Mangel und entscheidet sich während seines Aufenthaltes in der Schweiz, für die Ehrungen in Frankfurt und Weimar

41 Thomas MANN, *Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 33–42, hier S. 33.

42 Thomas MANN, *Goethe und die Demokratie*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 104–130, hier S. 104.

43 Georges MOTSCHAN, *Thomas Mann – von Nahem erlebt*, Nettetal 1988, S. 113ff.

44 Thomas MANN, *Goethe und die Demokratie*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 104–130, hier S. 119.

45 EBD. S. 105ff.

46 Vgl. z. Kommentierung der Rede in den Medien HARPPRECHT (wie Anm. 5), S. 1745f.

einen anderen, neuen Vortrag auszuarbeiten. Nachdem er sich nach langem Hin und Her aus familiären Gründen – Thomas Mann hat im Sommer 1949 den Tod seines Bruders Victor und seines Sohnes Klaus zu beklagen, der an einer Überdosis Schlaftabletten in Cannes stirbt – und politischen Gründen endgültig entscheidet, beide Städte zu besuchen, beginnt er im Juli mit der Ausarbeitung. Er möchte einen Beitrag dazu leisten, die Einheit Deutschlands zu wahren und dessen gegenwärtige Spaltung nicht zur Kenntnis nehmen. Auch hofft er darauf, denjenigen eine moralische Stütze sein zu können, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben.<sup>47</sup> In Gesprächen wird Thomas Mann vermittelt, dass diejenigen wieder obenauf seien, die dem Nationalsozialismus beiseite gestanden hätten.<sup>48</sup>

Genau diese Befürchtung ist es gewesen, die es ihm so bitter gemacht hat, Deutschland nach 16 Jahren wieder zu besuchen. Deshalb bedurfte es mehr als eines Vermittlungsversuches durch den Rektor der Frankfurter Universität Walter Hallstein, den späteren Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und engen Weggefährten Konrad Adenauers, der 1949 eine Gastprofessur in Georgetown, Texas, ausübte,<sup>49</sup> und diverser Briefe des sozialdemokratischen Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Walter Kolb, der schließlich sogar Verständnis für den Wunsch Thomas Manns aufgebracht hat, die Goethe-Feier nicht am Geburtstag selbst zu begehen, sondern auf den 25. Juli vorzuverlegen.<sup>50</sup>

Besonders schwer ist ihm die Entscheidung gefallen, auch die sowjetische Zone zu besuchen. Johannes R. Becher lädt ihn bereits im Dezember 1948 zu den „Goethe Feiern“ nach Weimar ein. Doch Thomas Mann hält ihn hin, gibt aber zu erkennen, dass er den „Goethe Nationalpreis“ ggf. in Abwesenheit entgegenzunehmen bereit wäre.<sup>51</sup> Jedoch zögert er bis zum letzten Augenblick, weil er befürchtet, dass er und seine Familie einmal mehr einer prokommunistischen Haltung im Zuge der McCarthy-Ermittlungen verdächtigt würden und

47 Thomas MANN, *Briefe 1948–1955 und Nachlese*, hg. von Erika MANN, Frankfurt 1965, S. 95.

48 Vgl. MOTSCHAN (wie Anm. 43), S. 113f.

49 MANN (wie Anm. 29), S. 54f. Thomas Mann trifft Walter Hallstein am 3. Mai unmittelbar vor seiner Abreise nach Europa in Washington.

50 EBD. S. 415f. Am 9.6.1949 schreibt Thomas Mann dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb: „Ich möchte schon Mitte Juli nach Frankfurt kommen, dort einige Tage verbringen; einen Vortrag halten, wie ich es versprochen, und zwar einen Vortrag, der sich natürlich in erster Linie mit Goethe beschäftigen muß, aber auch Persönlicheres und Allgemeineres einschließen soll ... Auf diese Weise würde das meiner Seelenverfassung so unangemessene Hinziehen meines europäischen Aufenthaltes vermieden und ich könnte mit dem Gefühl, Deutschland meine unzerstörbare Verbundenheit bewiesen zu haben, nach Hause zurückkehren.“ Vgl. zur Diskussion auch: Niels HANSEN, *Franz Böhm mit Ricarda Huch. Zwei wahre Patrioten* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 57), Düsseldorf 2009, S. 235–239.

51 S. Brief an Johannes R. Becher vom 2.1.1949, in: Rolf HARDER (Hg.), *Briefe an Johannes R. Becher 1910–1958*, Berlin/Weimar 1993, S. 353f.

die ostdeutschen Machthaber seinen Besuch propagandistisch ausnutzen könnten. Andererseits reizt ihn die Aussicht, Ehrenbürger von Weimar zu werden und den dortigen Goethe-Nationalpreis zu erhalten so sehr, dass er beim Oberbürgermeister in Weimar nachfragt, um sich zu vergewissern, ob die Presseberichte zutreffen, die er den Zeitungen entnimmt. Er signalisiert mit dieser ungewöhnlichen, fast möchte man hinzufügen, undiplomatischen Vorgehensweise den Verantwortlichen in Weimar und darüber hinaus sein bevorzugtes Interesse an den geplanten Auszeichnungen. Diese Vorgehensweise will so gar nicht zu den Bedenken passen, die ihn noch auf seiner Vortragsreise durch Europa bewegt haben, ob er überhaupt nach Deutschland kommen solle. Wenige Tage später erreicht ihn die offizielle Einladung, die aus den Vereinigten Staaten nachgesandt wurde. „Aus Weimar kam endlich Nachricht wegen des Ehrenbürgerrechts“, notiert er in seinem Tagebuch am 11. Juni offensichtlich erleichtert.<sup>52</sup> Nur zwei Tage später sendet er die Bestätigung zu. Thomas Mann hätte sicherlich zurückhaltender reagiert, wenn ihm bewusst gewesen wäre, dass der ihm zugedachte Geldpreis von 20.000 Mark weit unter der Summe des Nationalpreises lag, den sein Gastgeber, Johannes R. Becher, einen Monat später verliehen bekam. Er war mit 100.000 Mark dotiert. Thomas Mann spendete sein Preisgeld für den Wiederaufbau der Herderkirche in Weimar, eine Geste, die seinen Gastgebern keineswegs willkommen war.<sup>53</sup>

„Königliche Hoheit auf Reisen“, so kommentiert Klaus Harpprecht zusammenfassend Thomas Manns Aufnahme, Empfänge, Ehrungen und sein persönliches Auftreten in Deutschland.<sup>54</sup> Die Familie reist mit elf Koffern und wird von dem Schweizer Verehrer Georges Motschan in einer geräumigen amerikanischen Limousine durch Deutschland chauffiert. Seinen ursprünglichen Plan, in Frankfurt ganz Deutschland seinen Besuch abzustatten, weitet er schließlich aus. Es kommen Stuttgart, München, Nürnberg, Bayreuth und Weimar hinzu, wo er von seinem Dichterkollegen Johannes R. Becher in seiner Eigenschaft als Präsident des Kulturbundes und von Klaus Gysi, ebenfalls hoher Repräsentant des Kulturbundes und ab 1949 für die SED Mitglied der Volkskammer, empfangen wird. In allen Städten wird ihm ein triumphaler Empfang bereitet und es ist gut zu verstehen, dass Thomas Mann seine Ehrungen genießt und als ein Stück Wiedergutmachung empfindet. Am stärksten beeindruckt ihn die Aufmerksamkeit, die er in Weimar und auf der Rückfahrt über Eisenach nach Wartha zur innerdeutschen Grenze erfährt. Zwar fragt er sich, wie viel Blut

<sup>52</sup> MANN (wie Anm. 29), S. 66.

<sup>53</sup> Vgl. Bernhard VOGEL, „Eine Kluft überbrücken“ – *Thomas Manns Reisen nach Weimar*, in: *man erzählt Geschichten, formt die Wahrheit. Thomas Mann – Deutscher, Europäer, Weltbürger*, hg. von Michael BRAUN/Birgit LERMEN, Frankfurt 2003, S. 49–58, hier S. 54.

<sup>54</sup> HARPPRECHT (wie Anm. 5), S. 1762.

wohl an den Händen klebe, die er in Deutschland geschüttelt habe,<sup>55</sup> und ob die ihn grüßenden Menschen in den Dörfern und Städten in der Sowjetischen Besatzungszone wirklich aus freiem Herzen dort standen, um ihm zuzujubeln, oder ob sie nicht vielmehr von den Behörden dorthin beordert worden sind. Auch wenn er in seinem Reisebericht behutsam andeutet, dass die „äußeren Formen der Volksdemokratie eine fatale Ähnlichkeit aufwiesen mit der Regie des Hitlerstaates“,<sup>56</sup> so entsteht doch der Eindruck, dass diese Aussage vor allem den kritischen Lesern seines Beitrages in der *New York Times* geschuldet ist, als dass sie seinem wahrhaftigen, persönlichen Empfinden entspricht. Thomas Mann vermerkt die bohrenden Fragen, die ihm von den westlichen Journalisten gestellt werden ebenso aufmerksam wie die zum Teil verletzenden, unverschämten Leserbriefe. Aber er steht der ungeteilten Begeisterung der Menschen in der SBZ unreflektiert gegenüber. Zum Teil führt er sie auf erste Erfolge der Volkserziehung zurück, die im Osten offenbar eingreifender als im Westen sei.<sup>57</sup>

Soweit zu erkennen ist, hat Thomas Mann niemals erfahren, welche Turbulenzen sein Besuch in Weimar im Vorfeld bei den Beratungen des Stadtparlaments hervorgerufen hat. Die dort versammelten politischen Kräfte haben sich alles andere als einmütig für eine Einladung an ihn ausgesprochen. Abgeordnete aller Fraktionen machen zum Teil erhebliche Bedenken geltend. Ein Abgeordneter der SED bezeichnet ihn als „Knecht der Wallstreet“. Im Zuge der hitzig geführten Debatte ist es zeitweise zu tumultuarischen Auseinandersetzungen gekommen. Die Abstimmung führt mit nur drei Ja-Stimmen und vielen Enthaltungen bei drei Gegenstimmen zu keinem eindeutigen Votum. Erst die Niederschrift der Ereignisse des mit der Planung und Vorbereitung des Goethe-Jahres Beauftragten Heinz Winfried Sabais, die dieser dem damaligen Vorsitzenden des Deutschen Goethe-Ausschusses Johannes R. Becher zukommen lässt, hilft die vorhandenen Widerstände zu überwinden. Seine Direktive eröffnet die Möglichkeit, Thomas Mann mitzuteilen, dass es der einmütige Wunsch der Bevölkerung sei, ihn als Mit- und Ehrenbürger auszeichnen zu wollen.<sup>58</sup>

### *Die Rede*

„Nun also, ich stelle mich, der Freundschaft, dem Haß“,<sup>59</sup> so lautet eine der Kernaussagen der beiden übereinstimmenden Ansprachen, die Thomas Mann

55 Vgl. MOTSCHAN (wie Anm. 43), S. 96.

56 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 131–143, hier S. 142.

57 EBD. S. 138.

58 S. im Einzelnen: Heinz Winfried SABAIS, *Thomas Mann in Weimar. Ein Bericht*, hg. von der Gesellschaft Hessischer Literaturfreunde e. V., Darmstadt 1982, S. 94–120, hier 98f.

59 Thomas MANN, *Ansprache im Goethejahr 1949*, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 11, hg. von Peter DE MENDELSSOHN, Frankfurt 1990, S. 481–497, hier S. 487.

aus Anlass des Goethejahres in Frankfurt und durch einen Vorspann ergänzt in Weimar hält. Die Ansprache geht im Gegensatz zum Vortrag „Goethe und die Demokratie“ unmittelbar auf die „Abenteuerlichkeit der Stunde“ und der ihr inwohnenden Tragik ein.<sup>60</sup> Dies geschieht dadurch, dass Thomas Mann schon zu Beginn zum Ausdruck bringt, die „Verschiedenartigkeit der Lebenswelten“,<sup>61</sup> seine Lebenswelt, die Lebenswelt des Exils und die Lebenswelt der zuhause Gebliebenen versöhnen zu wollen. Er spricht dann über die Umstände seiner Abreise am 11. Februar 1933 und den Sturz der Ereignisse, die zur NS-Herrschaft und nach Monaten des Wanderlebens zu seiner Emigration führten. Er habe jedoch die Treue zur deutschen Sprache bewahrt und es sei ihm nie in den Sinn gekommen auch als Schriftsteller zu emigrieren. Er habe die „Verderber Deutschlands und Europas gehaßt“,<sup>62</sup> „Jedes heiße Wort des Zornes und des Abscheus“ habe nur den „machthabenden Verführern Deutschlands und ihren Untaten“ gegolten.<sup>63</sup>

Hier nun weicht Thomas Mann von früheren Äußerungen ab, wo er von einer kollektiven Verantwortung und Schuld der Deutschen ausgeht, ohne expressis verbis von einer Kollektivschuld zu sprechen.<sup>64</sup> Allerdings scheut er auch in dieser Ansprache nicht davor zurück, auf das kollektive Versagen des deutschen Bürgertums und des deutschen Volkes abzuheben, in dem er begründet, worauf sein Hass zurückgeht.<sup>65</sup>

„Ich weiß, daß der Emigrant in Deutschland wenig gilt“,<sup>66</sup> in dieser unmittelbaren und unmissverständlichen Form nimmt Thomas Mann Bezug auf die Debatte einiger Intellektueller über die Vor- und Nachteile der Inneren Emigration und des Lebens im Exil, kaum dass die Waffen ruhen und ohne dass die Trümmer beiseite geräumt worden sind. Sie ist der Versuch der Daheimgebliebenen, von ihren Verstrickungen abzulenken und der Frage nach der Mitverantwortung aus dem Wege zu gehen. Thomas Mann hat sich dazu in deutlicher Weise in seinem Brief an Walther von Molo u. a. geäußert,<sup>67</sup> verzichtet hier aber darauf, seine zentralen, in dem einen oder anderen Punkt sicherlich auch überzogenen Argumente zu wiederholen. Allerdings nimmt er diese Debatte zum Anlass, auf die Verschiedenartigkeit der Lebenserfahrungen und Lebensstandpunkte zu verweisen und zu erklären, warum es ihm so schwer fällt, zurückzukehren.

60 EBD. S. 482.

61 EBD. S. 481.

62 EBD. S. 482.

63 EBD. S. 484.

64 Vgl. GÖRTEMAKER (wie Anm. 32), S. 172.

65 MANN (wie Anm. 59), S. 484.

66 EBD. S. 485.

67 Vgl. Thomas MANN, *Warum ich nicht nach Deutschland zurückgehe*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 33–42.

Sein Bekenntnis zu Deutschland gipfelt in den Worten: „Ich kenne keine Zonen. Mein Besuch gilt Deutschland selbst, Deutschland als Ganzem, und keinem Besatzungsgebiet. Wer sollte die Einheit Deutschlands gewährleisten und darstellen, wenn nicht ein unabhängiger Schriftsteller, dessen wahre Heimat ... die freie, von Besatzungszonen unberührte deutsche Sprache ist?“<sup>68</sup>

So wohlklingend diese Sätze auch gewählt worden sind und wie sehr sie den zuhörenden Menschen aus dem Herzen gesprochen haben mögen, so sehr zeugen sie doch von einer befremdenden Wirklichkeitsblindheit. Die Teilung Deutschlands, nicht nur die zwischen den entstehenden beiden deutschen Staaten, sondern auch die unter polnischer und sowjetischer Verwaltung stehenden Ostgebiete, war nicht durch die Kraft der deutschen Sprache und die anerkannte Autorität Thomas Manns zu überwinden. Der Kalte Krieg hatte sich längst auch der deutschen Sprache bemächtigt und politische Realitäten geschaffen, die nicht mit gutem Willen und ehrenvollen Absichten zu überwinden waren. Thomas Mann sollte dies noch im Zuge seines Besuches in Weimar selbst erfahren.

Im letzten Teil seiner Ansprache wendet er sich dann schließlich Goethe zu, dem hohen Standpunkt des Dichters, „das Schauen, der geöffnete Blick für die Widersprüche, für das Böse im Guten, die Verderbnis der Idee durch ihre Verwirklichung, die fundamentale Tragik des Menschenlebens“.<sup>69</sup> In Goethe manifestiert sich für ihn die Synthese des Deutsch-Volkhaften mit dem Mediterran-Europäischen. Damit weist er seinen Landsleuten den Weg in die Zukunft. Denn, nie hätte „Goethe sich dazu hergegeben, gegen ein Neues, das kommen wollte oder schon da war, überalterte und schon heuchlerisch gewordene Ideale auszuspielen, denn er wußte, daß sich die Welt beständig erneuert“.<sup>70</sup>

Die Weimarer Vorrede zu seiner Ansprache begründet noch einmal, warum er auch in die Ostzone reist. Thomas Mann benennt drei Gründe dafür:

- Weimar und Frankfurt seien nun einmal die zentralen Lebensstätten Goethes gewesen. Der Verzicht des Besuches auf eine der beiden käme einer Treulosigkeit gleich.
- Ost- und Westdeutschland hätten mit ihren Goethepreisen ein Zeichen kultureller Übereinstimmung gesetzt, „abseits und oberhalb von allen Unterschieden ihrer staatlichen Regimente“.<sup>71</sup>
- Trotz aller politischer, ökonomischer und ideologischer Unterschiede dürfe die Freiheit, das Recht und die Würde des Individuums nicht untergehen,

68 MANN (wie Anm. 59), S. 488.

69 EBD. S. 494.

70 EBD. S. 495.

71 THOMAS MANN, *Ansprache in Weimar*, in: *Gesammelte Werke*. Bd. 13, hg. von Peter DE MENDELSSOHN, Frankfurt 1990, S. 791–794, hier S. 792.

vielmehr müsse sie „heilig bewahrt und in die Zukunft überführt werden“.<sup>72</sup>

Thomas Mann tritt in beiden Reden sehr behutsam und zurückhaltend auf. Er verlangt nicht, Rechenschaft abzulegen, noch rechnet er selbst mit Deutschland und den Deutschen ab. Mit keinem Wort geht er konkret auf die Taten des Nationalsozialismus ein. Er meidet jeden Hinweis auf die Konzentrationslager und den Holocaust, wie er es etwa wenige Tage nach der Kapitulation im Mai 1945 mit einem in Deutschland weit verbreiteten Beitrag getan hat.<sup>73</sup> Thomas Mann möchte nicht als Besserwisser dastehen, noch als moralische Autorität auftreten, eine Rolle, die ihm aber letztlich nur wenige abzusprechen gewillt waren. Diese Zurückhaltung, Distanz zu suchen und über den Dingen zu stehen, mit Goethe den hohen Standpunkt einzunehmen, wird für ihn zu einer großen Hypothek, als er mit Weimar nicht nur die Stadt Goethes und Schillers sondern auch Buchenwalds besucht.

#### *Mit zweierlei Maß? Der Buchenwald-Komplex*

Thomas Mann ist sich der politischen Problematik, in Weimar Goethe zu ehren, von Anfang an bewusst. Jedoch dürfte ihm erst nach seinem Aufenthalt in Deutschland die volle Tragweite dieser Entscheidung klar geworden sein. Friedrich Sieburg schreibt in der Zeitschrift „Die Gegenwart“: „Der Weg von Frankfurt nach Weimar ist kurz, aber er wird für den Dichter des ‚Doktor Faustus‘ ein Kreuzweg sein“.<sup>74</sup> Er ist zu einem Kreuzweg geworden, weil er Thomas Manns Glaubwürdigkeit und seine moralische Autorität gefährdete. Offenkundig hat sich Thomas Mann jenseits der ihn überkommenden Zweifel, ob es ratsam sei, diese Reise anzutreten, seiner inneren Stimme folgend schon dafür entschieden, bevor er definitiv von der Schweiz aus zusagte. Schließlich ist er selbst es gewesen, der in einem Brief vom 14. November 1948 an den Leipziger Germanisten und Ordinarius Hans Mayer den Gedanken äußert, über die verhängnisvolle Zweiteilung Deutschlands eine Brücke bilden zu wollen. Er nennt dies einen schönen, wenngleich einen vermessenen Ehrgeiz, „denn wer hält die Belastung aus?“<sup>75</sup> Johannes R. Bechers Brief und seine Einladung vom 27. Dezember, den neu gestifteten Goethe-Nationalpreis entgegenzunehmen, steht vermutlich mit Thomas Manns Signal an Hans Mayer nicht nur in zeitlichem Zusammenhang.

Das Ausmaß des öffentlichen Widerstandes wird ihm zuerst durch den Offenen Brief von Eugen Kogon sichtbar geworden sein, der in verschiedenen

72 EBD. S. 794.

73 Vgl. Thomas MANN, *Die deutschen KZ*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 11–13.

74 Zit. n. HARPPRECHT (wie Anm. 5), S. 1732.

75 MANN (wie Anm. 47), S. 59.

Tageszeitungen publiziert wurde. Mit Kogon äußert sich zudem eine Persönlichkeit, dessen moralische Integrität über jeden Zweifel erhaben ist. Als ehemaliger NS-Häftling in Buchenwald und Autor des Bestsellers „Der SS Staat“ genießt er darüber hinaus öffentliches Ansehen und in hohem Maße Glaubwürdigkeit, wenn er Thomas Mann ins Gewissen redet. Seine Kernaussage lautet: „Sollten Sie in Weimar sprechen, so stellen Sie sich der Freundschaft oder dem Haß von 12000 politischen Gefangenen im bloß acht Kilometer entfernten Konzentrationslager Buchenwald, ‚armen, leidenden Menschen‘ ... Schon einmal, ... haben deutsche Schriftsteller in Weimar, dem Geiste Goethes huldigend, gegen die Unmenschlichkeit gesprochen ... Wollen Sie ... sich und die 12000 Gefangenen von heute in eine ähnliche Lage bringen?“.<sup>76</sup> Kogon schließt seinen Appell mit der Bitte, in Weimar um der Humanität willen zumindest öffentlich zu schweigen.

Ungleich schärfer äußert sich im Namen der Buchenwaldhäftlinge der Leiter der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, Rainer Hildebrandt, indem er hervorhebt, dass es gegenüber der „Unmenschlichkeit keine Neutralität“ gäbe, gleichgültig von wem sie verübt würde. Man dürfe sie nicht mit zweierlei Maß messen.<sup>77</sup>

Thomas Mann nimmt zu diesen schwerwiegenden Vorwürfen nicht dezidiert Stellung, sondern wiederholt stattdessen in verschiedenen Pressegesprächen lediglich seinen Standpunkt, dass sein Besuch „Deutschland als Ganzem“ gelte und dass es keinen Sinn mache, politische Forderungen an die ostdeutschen Behörden zu richten, die von den sowjetischen Besatzern nicht erfüllt würden.<sup>78</sup> Er flüchtet sich stattdessen in ein humanitäres Sendungsbewusstsein als international anerkannter deutscher Schriftsteller, dass er nicht nur in seinen beiden Reden in Frankfurt und Weimar zum Ausdruck bringt, sondern bereits in seinem Zusageschreiben im Juni 1949 an Heinz Winfried Sabais, den damaligen Generalsekretär des Deutschen Goethe-Ausschusses in Weimar und späteren Oberbürgermeister in Darmstadt. Hier formuliert er wolkig, dass man die Humanität am besten kultiviere, wenn man sich nicht gegen das Neue stemme, sondern dem Leben gegenüber offen bleibe und „ohne Preisgabe der Persönlichkeit sich freund- und dienstwillig“ erweise.<sup>79</sup>

Was will Thomas Mann damit zum Ausdruck bringen? Seine Bereitschaft, den politischen Neuanfang in der SBZ zu unterstützen, weil es zum Sozialismus keine wahrhaftige Alternative gäbe? In einem vorangehenden Brief an Heinz Winfried Sabais vom 9. Februar 1948 schreibt er amerikakritisch, wenn

---

76 Zit. n. MANN (wie Anm. 29), S. 430.

77 EBD. S. 431.

78 PRATER (wie Anm. 24), S. 569.

79 MANN (wie Anm. 47), S. 90.

es der Welt nicht gelänge, den Sozialismus abzukaufen, bliebe nur die Atom-Bombe.<sup>80</sup>

Thomas Mann erkennt offenkundig nicht den Gleichklang der Interessen zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und den neuen Herren in der Ostzone unter der Führung von Walter Ulbricht. Seine Argumente sind gleichermaßen unzureichend wie idealistisch, weil sie jeden konkreten Bezug zur politischen Realität vermissen lassen. Andererseits ist ihm die Rigorosität des Kommunismus wohl bewusst. So notiert er in einem Brief an Hans Mayer, der gerade aus politischer Überzeugung von der Westzone nach Leipzig umgezogen ist, dass „die Moskauer Kunsturteile und -vorschriften aufs Haar mit denen der Nazis übereinstimmen, und dass die russische Revolution dieselben Führer der modernen Kunst diffamiert, die von Goebbels verfolgt, verjagt, verboten wurden – im Namen des Volkes“.<sup>81</sup>

Schon auf der Rückreise von Weimar über Frankfurt nach Amsterdam äußert Katja Mann, die Ehefrau von Thomas, erhebliche Zweifel, ob es richtig gewesen sei, die Einladung anzunehmen. Sie zieht Parallelen zwischen den Inszenierungen und Liedern der HJ und der FDJ, die sie in Weimar unterbrochen von Jubelrufen wie: „Wir grüßen unseren Thomas Mann“ vernommen haben. In einem Brief an ihre Tochter Erika zeigt sie sich nachdenklich, ob sie den neuen Machthabern nicht als „überaus fetter Bissen“ für ihre Propaganda gedient haben.<sup>82</sup>

Thomas Mann verteidigt jedoch weiterhin seinen Auftritt. Im Gegenteil, er sieht die politische Entwicklung im Westen Deutschlands kritischer als die im Osten. Den amerikanischen Lesern seines Reiseberichts in der *New York Times* vermittelt er den Eindruck, dass es in Westdeutschland um die politische Kultur ungefähr so bestellt sei wie 1930, d. h. der Nationalsozialismus klopfe erneut an die Tür. Die Massen seien längst zu einem dreisten Nationalismus zurückgekehrt, von der Demokratie wollten sie nichts wissen und mit der re-education sei schon zu Beginn das Fundamentalste misslungen, nämlich deutlich zu machen, dass der nationale Ruin eine Folge der Schandtaten des Nazi-Regimes sei.<sup>83</sup>

Sein Blick auf die sowjetische Zone fällt freundlicher aus. „Der russische Kommunismus weiß die Macht des Geistes wohl zu schätzen“, fasst er seine Eindrücke zusammen, „und wenn er ihn reglementiert und in den Schranken des Dogmas hält, so muß man eben darin einen Beweis dieser Schätzung sehen.“<sup>84</sup> Diese Bemerkung klingt zynisch. Der russische Kommunismus hat

80 EBD. S. 19.

81 EBD. S. 58.

82 Zit. n. Hermann KURZKE, *Thomas Mann. Das Leben als Kunstwerk*, Frankfurt 2002, S. 544.

83 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 131–143, hier S. 132.

84 EBD. S. 137.

zahlreiche Intellektuelle in den Tod getrieben. Thomas Mann wird das Schicksal zumindest der bekanntesten unter ihnen nicht unberührt gelassen haben. Oder sollte er weder von den Moskauer Schauprozessen noch von der Vernichtung seiner russischen Schriftstellerkollegen Isaak Babel, Ossip Mandelstamm, Sergej Tretjakow oder Pawel Florenskij gehört haben, die alle im Gulag ums Leben kamen? Thomas Mann dürfte es kaum entgangen sein, dass sich die SED mit der Genese des Kalten Krieges zu einer stalinistischen Kaderpartei entwickelt hat, die das politische Leben ebenso dominiert wie die Kultur. Im Zuge der Formalismuskampagne, die 1948 einsetzte, werden in der SBZ/DDR die Arbeiten namhafter Künstler von Kafka bis Musil, von Picasso bis Käthe Kollwitz öffentlich desavouiert, verboten, Bücher zensiert und Gemälde zerstört.<sup>85</sup>

Thomas Mann bedurfte sicherlich keiner Aufklärung darüber, was im Großen und Ganzen in der sowjetischen Zone Ende der vierziger Jahre vor sich ging; ihm ist bekannt gewesen, dass sich dort ein sozialistisches System etablierte.<sup>86</sup> Wenn er allerdings aus der Tatsache, dass in Thüringen zwar mit Werner Eggerath ein kommunistischer Ministerpräsident im Amte sei, aber in der Regierung auch Repräsentanten anderer Parteien mitsprächen und in Weimar ein christdemokratischer Oberbürgermeister an der Spitze der Stadt stünde, meint schließen zu dürfen, dass in Thüringen kein reines „Ein-Parteien-System“ die Macht in den Händen halte, so ist dies gewiss formal zutreffend. Es wird allerdings den tatsächlichen Machtverhältnissen nicht gerecht. Die SED hielt dessen ungeachtet gemeinsam mit der sowjetischen Besatzungsmacht die Zügel fest in der Hand.

Deshalb ist die öffentliche Anfrage des schwedischen Journalisten Paul Olberg im Zürcher „Volksrecht“ nur verständlich. Er möchte verstehen, wie Thomas Mann, der die Methoden der Gewalt und Unterdrückung im nationalsozialistischen Deutschland aufs Schärfste verdammt habe, „die Einladung eines Regimes annehmen konnte, das in nicht minder brutaler Weise Freiheit und Humanität mit Füßen tritt“.<sup>87</sup>

Thomas Mann rechtfertigt sich im Wesentlichen mit zwei Argumenten: Erstens: Er habe in Thüringen Persönlichkeiten angetroffen, die wie Ministerpräsident Werner Eggerath unter Hitler Schlimmstes durchlitten hätten und nun vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ihr Amt mit Überzeugungstreue ausübten.<sup>88</sup> Darüber hinaus habe er in Gesichter geschaut, „denen ein angestrengt guter Wille und reiner Idealismus an der Stirn geschrieben“ gestan-

---

85 Vgl. Günther RÜTHER, „Greif zur Feder Kumpel“. *Schriftsteller, Literatur und Politik in der DDR. 1949–1990*, Düsseldorf 1991, S. 53–61.

86 Vgl. MANN (wie Anm. 29), S. 443.

87 EBD.

88 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 137.

den habe.<sup>89</sup> Diese Menschen würden achtzehn Stunden am Tage arbeiten und sich aufopfern, um die Wirklichkeit so zu gestalten, dass ein Rückfall in Krieg und Barbarei verhindert werde.<sup>90</sup>

Besonders beeindruckt hat ihn der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung in der SBZ, Paul Wandel, „ein ernst und leidend aussehender Mann“, der ihm von den Leistungen beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung berichtet. Er spricht über die Bodenreform, die „demokratische Umerziehung“, die Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum, über die Beschlüsse zur Förderung des geistigen Lebens und die Bildungsreform, die mit der engagierten Förderung der „Söhne von Bauern und Arbeitern“ einen neuen Studententyp hervorbrächte.<sup>91</sup>

Thomas Mann hört aus diesen Worten die „Ehre des alten Kontinent“ sprechen, der nicht aus dem Geldsack Amerikas – eine Anspielung auf den Marshallplan – seine Würde wiederfände, „indem es nach eigenem Sinn, eigenen Gesetzen und Notwendigkeiten seinen Weg verfolgte“.<sup>92</sup>

Paul Wandel wird nach Gründung der DDR ihr Volksbildungsminister und von 1953–1957 Sekretär für Kultur und Erziehung des Zentralkomitees der SED. Er zeichnet für die kommunistische Erziehung der Gesellschaft verantwortlich und für die Ausgrenzung und Verfolgung Andersdenkender. In seiner Eigenschaft als ZK-Sekretär nimmt er den Künstlern und Kulturschaffenden jegliche Freiräume und sorgt dafür, dass die Parteidoktrin des Sozialistischen Realismus zur verbindlichen Richtschnur für Literatur und Kunst wird.

Thomas Mann kann – nach eigenem Bezeugen – diesen Persönlichkeiten nur schwerlich widerstehen. Er ist von ihnen und ihren uneigennütigen Absichten angetan. Heinrich Graf von Einsiedel stellt jedoch in der amerikanischen Presse die Frage, ob es solche politisch einflussreichen Menschen nicht auch im Dritten Reich gegeben habe? Im Stalinismus hätten viele von ihnen nur durch den Verrat ihrer Ideale und durch die fortgesetzte, sklavische Bezeugung ihrer Loyalität überleben können.<sup>93</sup>

Genau an diesem Punkt ist Thomas Mann jedoch anderer Auffassung. Er macht einen energischen Unterschied zwischen dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Er sieht ihn im „Verhältnis des Kommunismus zum Menschheitsgedanken – und der absoluten Niedertracht des Faschismus“.<sup>94</sup>

89 MANN (wie Anm. 47), S. 97.

90 EBD. S. 97f.

91 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 131–143, hier S. 139f.

92 EBD. S. 139.

93 Zit. n. HARPPRECHT (wie Anm. 5), S. 1771f.; vgl. auch die englische Fassung des Beitrages von Heinrich von EINSIEDEL, in: MANN (wie Anm. 29), S. 432f.

94 MANN (wie Anm. 47), S. 96.

Schließlich sei die Zukunft der modernen Welt ohne kommunistische Züge ja längst nicht mehr vorstellbar.<sup>95</sup>

Thomas Mann betont in seinen Essays immer wieder den Idealismus und die Menschenfreundlichkeit der kommunistischen Grundidee. Nur so ist es zu verstehen, dass er beispielsweise seinen Bruder Heinrich durchaus ermuntert, die Einladung in die SBZ aufzugreifen und das ihm angetragene, ehrenvolle Amt des Präsidenten der Akademie der Künste in Berlin anzutreten. Er kann oder will sich nicht vorstellen, dass die den Menschen zugewandte Idee des Kommunismus zwangsläufig in eine totalitäre Diktatur einmündet, wie sie unter Stalin bittere Realität geworden ist. Offenkundig ist er sogar dazu bereit, gewisse Einschränkungen des autoritären Volksstaats hinzunehmen, da es das unvermeidliche Schicksal der Idee auf Erden sei, schuldig zu werden. Schließlich bringe er die Wohltat mit sich, „dass Dummheit und Frechheit, endlich einmal, darin das Maul zu halten haben.“<sup>96</sup>

Gemessen an diesen Formulierungen, die ja keineswegs im privaten Kreise erfolgen, sondern einer breiten Öffentlichkeit zugänglich geworden sind, erscheinen die Entgegnungen in den Medien, die er vor allem aus Deutschland und den USA erhält, maßvoll und respektvoll im Ton. Dies gilt umso mehr in Bezug auf seine Rechtfertigung, warum er Weimar besucht, aber nichts zum sowjetischen Speziallager in Buchenwald gesagt habe.

Zweitens: In der SBZ/DDR bestehen bis zu Beginn der fünfziger Jahre fünf derartige Internierungslager, in denen mehr als 150.000 Menschen gefangen gehalten werden. Viele von ihnen sterben. Uwe Johnson schildert in seinem Roman „Jahrestage: Aus dem Leben der Gesine Cresspahl“ die Situation in Fünfeichen. Er nutzt dabei das Mittel der Kontrafaktur, indem er auf Thomas Manns Schilderung des Sanatoriums „Einfried“ in seiner Tristan-Novelle anspielt, vermutlich, um dessen verzerrtes „Bild von Buchenwald“ zu korrigieren: „Hier liegt Fünfeichen, das Sanatorium! ... Die Kapos hielten ihn in einer Strafzelle des Nordlagers bis zum nächsten Mittag, immer vier wechselten einander ab, sie benutzten Peitschen. ... Als die Sowjets ausgiebig geprüft hatten, wozu die Deutschen untereinander imstande sind, befanden sie den Abbruch der Vernehmung. Die Kapos der letzten Schicht schluckten sauer daran, daß sie in Person das reichlich blutende Bündel über die Lagerstraße schleppen mußten. ... Verwachsen waren die Wunden erst im nächsten Sommer, gehen konnte er Anfang Dezember. ... Die Toten sahen aufgeschwemmt aus, viel Gewicht hatten sie nicht mehr. ... Ihnen graute gar nicht vor der Aufgabe, die Leichen zu entkleiden vor dem Verscharren, eher traute er sich das Ausschachten der Gräber nicht zu, vorerst. ... Es gab Abwechslungen. Das waren die Verschickungen in die Konzentrationslager Mühlberg, Buchenwald, Sachsenhausen, Baut-

---

95 EBD.

96 EBD. S. 96f.

zen, gut bekannt durch Zugänge. Wie Fünfeichen waren sie Ewigkeiten, die standen still. Auch den Tod konnte Einer sich vornehmen, freiwillig im Hunger, freiwillig im Zaun“.<sup>97</sup>

Thomas Mann waren vermutlich keine näheren Informationen über diese Lager zugänglich. Den mahnenden Hinweisen von Eugen Kogon ist er offensichtlich nicht nachgegangen. In seinem „Reisebericht“ gibt er vor, unter der Hand über die Zustände dort informiert worden zu sein. Möglicherweise bezieht er sich mit dieser Andeutung auf ein Gespräch, das seine Frau Katja während einer Autofahrt mit dem Organisator der Weimarer Feierlichkeiten Heinz Winfried Sabais geführt hat.<sup>98</sup> Diese Ungewissheit hindert ihn aber nicht daran festzustellen: „Ich hörte, die Belegschaft dort bestehe zu einem Drittel aus schlechthin asozialen Elementen und verwilderten Landfahrern, zum zweiten Drittel aus Übeltätern der Nazi-Zeit und nur zum dritten aus Personen, die sich manifester Quertreibereien gegen den neuen Staat schuldig gemacht und notwendig hätten isoliert werden müssen. Folter, Prügel, Vergasung, sadistische Erniedrigung des Menschen, wie in den Nazi-Lagern, gebe es dort nicht. Aber die Sterbeziffer sei hoch infolge von Unterernährung und Tuberkulose“.<sup>99</sup>

Diese Sätze sind wahrhaft entsetzlich. Sie sprechen für sich und werden auch dadurch nicht besser, dass Thomas Mann halb entschuldigend ergänzt, wenn insgesamt wenig zu essen da sei, treffe es die „Ausgeschiedenen“ eben am stärksten. Nun gab es in der SBZ/DDR zwar noch lange Lebensmittelmarken, aber die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln war in vollem Umfange gegeben. Aber darum geht es gar nicht. Schon die Inhaftierung der sogenannten „Quertreiber“ gegen den neuen Staat, die für ihre andere politische Auffassung mit dem Tode rechnen mussten, hätte Thomas Mann allerspätestens als er wieder zurück in Amerika war, zu einem öffentlichen Protest veranlassen müs-

97 Uwe JOHNSON, *Jahrestage 3. Aus dem Leben der Gesine Cresspahl. April 1968–Juni 1968*, Frankfurt/Main 1973, S. 1287 und 1294–1297; vgl. Thomas Manns Darstellung des Sanatoriums „Einfried“ in seiner Tristan Novelle: „Hier ist ‚Einfried‘, das Sanatorium! Weiß und geradlinig liegt es mit seinem langgestreckten Hauptgebäude und seinem Seitenflügel inmitten des weiten Gartens, der mit Grotten, Laubengängen und kleinen Pavillons aus Baumrinde ergötzlich ausgestattet ist, und hinter seinen Schieferdächern ragen tannengrün, massig und weich zerklüftet die Berge himmelan.

Nach wie vor leitet Doktor Leander die Anstalt. Mit seinem zweispitzigen schwarzen Bart, der hart und kraus ist wie das Roßhaar, mit dem man die Möbel stopft, seinen dicken, funkelnden Brillengläsern und diesem Aspekt eines Mannes, den die Wissenschaft gekälteht, gehärtet und mit stillem, nachsichtigem Pessimismus erfüllt hat, hält er auf kurz angebundene und verschlossene Art die Leidenden in seinem Bann, – alle diese Individuen, die, zu schwach, sich selbst Gesetze zu geben und sie zu halten, ihm ihr Vermögen ausliefern, um sich von seiner Strenge stützen lassen zu dürfen.“ Thomas MANN, *Tristan*, in: DERS., *Die Erzählungen*, Erster Band, Frankfurt/Main 1975, S. 163.

98 Vgl. SABAIS (wie Anm. 58), S. 106.

99 Thomas MANN, *Reisebericht*, in: DERS. (wie Anm. 4), S. 131–143, hier S. 140f.

sen. Mussten nicht er und sein Bruder neben vielen anderen Deutschland 1933 verlassen, weil sie der neue Staat als „Quertreiber“ einschätzte? Wenn er in seinen Reden in Frankfurt und Weimar hervorhebt, die „freie, von Besatzungen unberührte deutsche Sprache“ des Schriftstellers, seine Muttersprache, als nationales Bindeglied nutzen zu wollen,<sup>100</sup> musste er sie dann nicht auch für politisch Verfolgte einsetzen, die eine andere politische Vorstellung von der Zukunft Deutschlands gehabt haben?

Jorge Semprun, der selbst im KZ Buchenwald gelitten hat, verweist zu recht darauf, dass eine linguistische, semantische Analyse der Sätze von Thomas Mann „ihre schreckliche und gefährliche Ambiguität“ beweisen, da alle Diktaturen und totalitären Systeme die Nonkonformisten zu asozialen Elementen oder heruntergekommenen Vagabunden abstempeln. Sie glauben nur so, ihre Ideologien und ihre Macht vor ihren Gegnern schützen zu können.<sup>101</sup>

Es mag noch nachzuvollziehen sein, dass Thomas Mann Weimar besucht hat und zu Buchenwald schwieg. Seine Absichten sind gewiss ehrenvoll gewesen. Sicher spielt dabei auch seine Überzeugung mit, die er 1938 zu Beginn seines amerikanischen Exils äußert: „Wo ich bin, ist Deutschland“.<sup>102</sup> Er möchte damit seinen unteilbaren Anspruch auf die deutsche Sprache, die deutsche Kultur, die Geschichte und Tradition seines Volkes und seines Heimatlandes zum Ausdruck bringen.

Andererseits, was wäre geschehen, wenn er sich in der Feierstunde in Weimar in aller Form für die Auflösung der fortbestehenden Lager eingesetzt hätte? Sicher, es bleibt zu bezweifeln, ob dadurch den Inhaftierten tatsächlich geholfen worden wäre. Eine solche Bitte aus seinem Munde an diesem Ort aus gegebenem Anlass hätte ganz gewiss ein weltweites Echo gefunden. Die Tatsache aber, dass er auch noch – nach Amerika zugekehrt – in seinem Reisebericht in einer kalten distanzierten Sprache abwiegelt, rechtfertigt und verständnisvoll erläutert, was in Buchenwald geschieht, wirft bis heute einen dunklen Schatten auf seinen Deutschlandbesuch. Daran vermag auch sein persönlicher Brief an Walter Ulbricht 1951 nichts zu ändern. In diesem Brief tritt er für die ca. 3.000 Menschen ein, die zum größten Teil zuvor bereits in den Internierungslagern gelitten haben, nach deren Auflösung aber im Zuge der Waldheimer Prozesse ohne ein rechtmäßiges Verfahren abgeurteilt worden sind. Thomas Mann hat darauf verzichtet, diesen Brief zu veröffentlichen.<sup>103</sup> Es steht zu

100 MANN (wie Anm. 59), S. 488.

101 Jorge SEMPRUN, „Ihr Grab ist in den Wolken, da liegt man nicht eng“, in: FAZ vom 10.10.1994.

102 Zit. n. Hermann KURZKE, *Thomas Mann. Das Leben als Kunstwerk*, Frankfurt 2001, S. 451.

103 Im Einzelnen s. Thomas MANN, *An den Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht* und Kommentar in: DERS. (wie Anm. 4), S. 211–218 und 518–521.

vermuten, dass dieses Schreiben in Zusammenhang mit seinem Verhalten in Weimar und mehr noch zu seinen Äußerungen zu Buchenwald steht.

### *Schlussbetrachtung*

Politische Fehleinschätzungen und Irrtümer, wie sie Thomas Mann begangen hat, teilt er mit vielen seiner Zeitgenossen. Bei ihm handelt es sich dabei aber nicht nur um politisches Versagen, sondern auch um „Symptome einer gewissen Unsensibilität der moralischen Wahrnehmung“, um einen Mangel „an ethischer Feinhörigkeit“. Das ändert freilich nichts an Manns Größe als Künstler,<sup>104</sup> schreibt Arthur Koestler, ein Zeitgenosse und Schriftstellerkollege, der aus dem Irrweg des Kommunismus in die Freiheit fand.

---

104 S. Arthur KOESTLER, *Die Geheimschrift. Ein Bericht eines Lebens, 1932–1940*, Wien/München/Basel 1955, S. 398.

## Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus\*

Von Peter Rütters

„In ihrer Ablehnung des jüdischen Einflusses, im leidenschaftlichen Kampf gegen den Marxismus und in einer durch und durch sozialen Haltung deckten sich die Grundlagen des Nationalsozialismus mit dem Gesetz, nach dem der DHV angetreten war.“<sup>1</sup> Max Habermann – in der Weimarer Republik einer der maßgebenden Spitzenfunktionäre des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes –, der diese Charakterisierung in seiner unveröffentlichten Geschichte des DHV anbietet<sup>2</sup>, pointierte die Beziehung zwischen beiden Organisationen dahin, dass der DHV, bezogen auf den Nationalsozialismus, „am meisten Fleisch von seinem Fleisch und Blut von seinem Blut“<sup>3</sup> war. Auch wenn die Kennzeichnung des DHV als deutschnationaler und antisemitischer Angestelltenverband ebenso ohne Einschränkungen zutrifft wie dessen Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, bietet das Habermann-Zitat doch keine zufriedenstellende Bewertung für dessen Beziehung zum Nationalsozialismus. Immerhin unterlag auch der DHV nach der ‚Machtergreifung‘ des Nationalsozialismus einer personellen Gleichschaltung, in deren Verlauf langgediente Spitzenfunktionäre des DHV, unter ihnen auch Max Habermann, ihre Funktionen im Verband verloren. Und auch der DHV, obwohl er zunächst als organisatorisches Auffangbecken für alle männlichen kaufmännischen Angestellten im Zuge der Bildung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ab Mai 1933 diente, wurde noch im Sommer 1933 organisatorisch gleichgeschaltet, bis er schließlich 1934/35 spurlos in der DAF aufging.

Die Bewertung der Beziehung zwischen dem Angestelltenverband und dem Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik und in der Phase der

---

\* Der nachfolgende Text ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags auf der Tagung „Die deutschen Gewerkschaften zwischen 1933 und 1945. Kapitulation und Anpassung. Wartestand und Widerstand“, die vom 29.6.–1.7.2007 in der Gedenkstätte Sachsenhausen stattfand.

- 1 Max HABERMANN, *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933. Ein Zeugnis seines Wollens und Wirkens*, Februar 1934, S. 65. Es handelt sich bei dieser Darstellung um ein Typoskript, von dem sich eine Fassung (Abschrift) im Archiv des heutigen DHV in Hamburg befindet.
- 2 Habermanns Geschichte des DHV sollte, folgt man dem Duktus des Textes, der Rechtfertigung der Politik des DHV vor dem Nationalsozialismus und seiner, allerdings verweigernden, persönlichen Rehabilitation dienen
- 3 EBD. S. 79. – Die Charakterisierung von Elfriede NEBGEN, *Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer*, Mainz 1967, S. 96, Habermanns „Bildungswille für seinen Verband [war] aber fern von völkischer und nationallistischer Haltung, wie sie manchen Vertretern seiner damaligen Organisation eigen war“, bedarf sicher einer Korrektur.

nationalsozialistischen Machtergreifung variiert in der insgesamt geringen Literatur zum DHV.<sup>4</sup> Michael Prinz kommt in seiner Angestelltenstudie: „Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen“ zu der Feststellung, dass es 1932 angesichts der Wahlempfehlung des DHV für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl „zum endgültigen Bruch zwischen der Führung des Verbandes und der Partei kam“.<sup>5</sup> In der Phase der nationalsozialistischen Machtergreifung sieht er die Beziehung zwischen dem Verband und dem Nationalsozialismus dadurch gestaltet, dass es ab April 1933 zu einem „personalpolitischen Revirement“ kam, „bei dem die alte Führung stets die entscheidenden Fäden in der Hand behielt“, um den Angestelltenverband zu bewahren.<sup>6</sup> Dass dies letztlich nicht gelang, vielmehr „der Nationalsozialismus den Gleichschaltungsprozeß der Angestelltenverbände bis zu jenem Punkt weiterverfolgte, an dem diese – wie zuvor schon die Arbeiterverbände – vollständig in dem neu geschaffenen Betreuungssystem der DAF aufgingen, lagen letztlich in der Furcht vor der Kon-

---

4 Das mag verwundern, da sich der DHV während der Weimarer Republik zu einer tarif-, sozial- und gesellschaftspolitisch einflussreichen Angestelltengewerkschaft entwickelt hatte und Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre – trotz seiner Beschränkung auf männliche kaufmännische Angestellte und des Ausschlusses von Juden von einer Mitgliedschaft – zum mitgliederstärksten Angestelltenverband geworden war. Der DHV gehörte seit 1919 dem christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund und dessen Angestellten-säule, dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) an. Bereits aufgrund seiner Mitgliederstärke spielte der DHV in beiden Organisationen eine maßgebende Rolle. – Als wichtigste Literatur zum DHV wären zu nennen: Walter LAMBACH, *Deutscher Handlungsgehilfenverband (DHV)*, in: Ludwig HEYDE (Hg.), *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 1, Berlin 1931, S. 393–399; Iris HAMEL, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933*, Frankfurt/M. 1967; Dieter FRICKE/Werner FRITSCH, *Deutscher Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 1893–1934*, in: Dieter FRICKE u. a. (Hg.), *Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945)*, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 457–475; Michael PRINZ, *Vom neuen Mittelstand zum Volksgenossen. Die Entwicklung des sozialen Status der Angestellten von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Zeit*, München 1986; Larry E. JONES, *The Crisis of White-Collar Interest Politics: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband and Deutsche Volkspartei in the World Economic Crisis*, in: Hans MOMMSEN/Dietmar PETZINA/Bernd WEISBROD (Hg.), *Industrielles System und Politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Bd. 2, Düsseldorf 1977, S. 811–823; Fritz IRWAHN, *60 Jahre DHV. Deutscher Handlungsgehilfen Verband 1893 bis 1953. Ein historischer Auftrag*, Hamburg o. J. [1953]; Richard HAMILTON, *Die soziale Basis des Nationalsozialismus. Eine kritische Betrachtung*, in: Jürgen KOCKA, *Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert*, Göttingen 1981, S. 354–375; Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982. – Eine sozialhistorisch fundierte Geschichte des DHV ist nach wie vor ein Desiderat.

5 PRINZ (wie Anm. 4), S. 72.

6 EBD. S. 106f.

servierung gewerkschaftsähnlicher Strukturen.<sup>7</sup> Iris Hamel, die in den sechziger Jahren die bislang einzige Monographie zur Geschichte des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes vorgelegt hat, stellt hingegen die ideologische Nähe zwischen Angestelltenverband und nationalsozialistischer Partei ins Zentrum, was dazu führte, dass „schließlich die Mehrheit der Mitglieder mit dieser Partei“ sympathisierten. Auf diese Weise, so Hamel, trug der DHV „zur Errichtung eines Herrschaftssystems bei, das in der Verwirklichung seines Totalitätsanspruches dem Verband kein Existenzrecht mehr einräumte“.<sup>8</sup>

### *I. DHV und NSDAP vor 1933*

Auch wenn zwischen dem rassistischen Antisemitismus der NSDAP und dem völkisch-kulturellen Antisemitismus, wie er durch den DHV verbreitet wurde, in letzter Konsequenz gewichtige Unterschiede bestanden,<sup>9</sup> dürften diese für die Nähe zwischen beiden Organisationen zunächst keine Rolle gespielt haben. Eine gemeinsame Basis gab es ohne Zweifel in der nationalistischen Programmatik mit den bekannten Forderungen nach Revision des Versailler Vertrages, Wegfall von Beschränkungen für die Rüstung, Gebietsrevisionen und in geopolitischen Vorstellungen eines auf Mitteleuropa ausgerichteten Hegemonialanspruches des Deutschen Reiches (als „Volk ohne Raum“).<sup>10</sup> Vermutlich fühlten sich führende DHV-Funktionäre bei der radikalen Rhetorik der NSDAP an die Frühzeit des DHV erinnert. Gleichwohl praktizierten Spitzenfunktionäre im DHV wie Hans Bechly, Max Habermann, Otto Gerig, Walter Lambach oder Otto Thiel trotz antiparlamentarischer Polemik eine pragmatische Interessenpolitik, die darauf ausgerichtet war, auch im Rahmen der parlamen-

---

7 EBD. S. 142. – Max Habermann hatte diesen Zusammenhang bereits 1933/34 erkannt, als er in seiner unveröffentlichten Geschichte des DHV (S. 84) resümierte: „Die Gewerkschaften, in der Ausnutzung der Konjunkturen erzogen, hätten als Partner des freien Arbeitsmarktes Störungsfaktoren bleiben müssen. Die Einrichtung der Treuhänder der Arbeit nahm daher den Gewerkschaften folgerichtig die lohnpolitischen Funktionen, die sie ein halbes Jahrhundert lang in der freien kapitalistischen Wirtschaft ausgeübt hatten. Die in der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung geübten Mitglieder des DHV wären einem lohnpolitisch aktionsfähigen Verband stets im Nacken gesessen.“ Vgl. auch Willy MÜLLER, *Das soziale Leben im neuen Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen Arbeitsfront*, Berlin 1938, S. 77 und 85; Müller stellte bezogen auf den Umbau der DAF von einer nach Arbeiter-, Angestellten- und Unternehmerverbänden gegliederten Organisation zu einem Einheitsverband fest: „Eine Verbandsgliederung nach Arbeitern, Angestellten und Unternehmern trägt jedoch die Spuren der Gewerkschaftsform in sich; und die Gefahr der Entwicklung einer einseitigen gewerkschaftlichen Mentalität ist nicht von der Hand zu weisen.“ (S. 77).

8 HAMEL (wie Anm. 4), S. 269.

9 Vgl. hierzu EBD. S. 157–166.

10 Vgl. z. B. Max HABERMANN, *Stand und Staat. Eine Rede an die junge Mannschaft des DHV*, Hamburg o. J. [1932], S. 32f.

tarischen Demokratie der Weimarer Republik sozialpolitischen Forderungen der Angestellten Geltung zu verschaffen.<sup>11</sup> Nicht zuletzt aufgrund der eigenen Entwicklung und der erfolgreichen Interessenpolitik in der Weimarer Republik bestanden bei den führenden DHV-Funktionären Erwartungen an eine Mäßigung der NSDAP mit der Übernahme von Regierungsverantwortung.<sup>12</sup>

Da der DHV über keine privilegierte Parteibeziehung verfügte, versuchte er seine sozialpolitischen Anliegen auf parlamentarischer Ebene über Verbindungen zu verschiedenen Parteien (Zentrum, DVP, DNVP, NSDAP u. a.) zu vertreten. Mit dem Konzept der „Querverbindung“ unterstützte und koordinierte er das politische Engagement von DHV-Mitgliedern, indem den Parteien formelle Wahlabkommen angeboten wurden. In der Regel handelte es sich um langjährige DHV-Mitglieder, die hauptamtliche Funktionen im Verband innehatten. Im Reichstag saßen 1931 mit Unterstützung des DHV u. a. Otto Gerig für das Zentrum, Otto Thiel und Frank Glatzel für die DVP, der auch Hans Bechly angehörte; Walter Lambach für die Konservative Volkspartei (bis zu seinem Austritt 1929 gehörte er der Reichstagsfraktion der DNVP an) und Otto Rippel für den Christlichen Sozialdienst.

Mit der NSDAP verbanden den DHV – seit Mitte der zwanziger Jahre<sup>13</sup> – verschiedene personelle Beziehungen. Sie entstanden überwiegend aus den politischen Ambitionen von DHV-Mitgliedern, die über längere Zeit hauptamtlich für den Handlungsgehilfen-Verband tätig waren. So unterstützte der DHV seit Mitte der zwanziger Jahre den langjährigen DHV-Funktionär Franz Stöhr, der 1925 der NSDAP beigetreten war und für diese Partei im Reichstag saß. Mit der Reichstagswahl von 1930 gehörte dem Parlament als weiterer vom DHV unterstützter NSDAP-Vertreter Albert Forster an. Forster war zu dieser Zeit beim DHV angestellt, jedoch vorrangig als Propagandist für die NSDAP tätig.<sup>14</sup> Beziehungen zur NSDAP bestanden durch die Parteimitgliedschaft hauptamtlicher DHV-Funktionäre wie Friedrich Stanik, der 1931 für die Hamburger Bürgerschaft kandidierte, oder August Haid, der seit mehr als zwei

11 Vgl. PRINZ (wie Anm. 4), S. 73.

12 Max Habermann meinte noch Mitte Februar 1933 erwarten und empfehlen zu sollen: „Die Nationalsozialisten aber werden lernen, daß in der Staatsführung alle großen Entscheidungen voller schmerzlicher Opfer sind und selten den Rausch ihrer begeisternden Wahlsiege entfachen werden.“, in: „Deutsche Handels-Wacht“ (DHW) 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933 – „Reichskanzler Adolf Hitler“.

13 Vgl. FRICKE/FRITSCH (wie Anm. 4), S. 467.

14 EBD. S. 466f. Vgl. PRINZ (wie Anm. 4), S. 65–77; – Dass die Unterstützung von NSDAP-Reichstagskandidaten nicht immer den vom DHV erhofften Effekt brachte, beschrieb Albert KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei*, Stuttgart 1959, S. 29: „Die Aufstellung Forsters erwies sich als völliger Fehlschlag. Innerhalb der Reichstagsfraktion spielte er keine Rolle, so daß sich mit ihm praktische Sozialpolitik nicht betreiben ließ. (...) 1932 wurde er wegen wüster Beschimpfungen Hindenburgs aus dem DHV ausgeschlossen.“

Jahrzehnten DHV-Mitglied war, als er 1928 Parteimitglied wurde und eine führende Position in der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) erlangte.<sup>15</sup> Ende 1931 verzeichnete der DHV auf allen politischen Ebenen 1.088 „parlamentarische Mitarbeiter“, von denen 210 der NSDAP zugerechnet wurden.<sup>16</sup> Dieses personale Netzwerk erwies sich jedoch für den Handlungsgehilfen-Verband als wenig belastbar, da sich die Parteiaktivisten bei Loyalitätskonflikten zugunsten der NSDAP entschieden.

Über die personellen Verbindungen des DHV zu den Nationalsozialisten und den Bemühungen, die Partei in das politisch-parlamentarische DHV-Konstrukt der „Querverbindung“ einzubeziehen, hinausgehend sah der Handlungsgehilfen-Verband – in erster Linie Max Habermann und Hans Bechly, die die politische Linie der Angestelltengewerkschaft bestimmten – seit 1930 in der NSDAP eine regierungsfähige Partei entstehen. Bereits nach dem Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen im September 1930 trat Hans Bechly für eine Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Regierungsbildung ein.<sup>17</sup> Damit sollte eine parlamentarische, die politische Krise überwindende Einbindung der NSDAP erreicht und gleichzeitig eine erneute Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten verhindert werden. Ein Zusammengehen Heinrich Brüningers mit Hitler, des Zentrums mit der NSDAP, wurde bis 1933 von führenden DHV-Funktionären wiederholt propagiert und noch im Krisenjahr 1932 als Chance gesehen, zu einer stabilen, mit parlamentarischer Mehrheit gestützten Regierung zu kommen.<sup>18</sup> – Mit Blick auf diese *Wunschkoalition* und gerichtet gegen den von ihm weit überschätzten Einfluss Franz von Papens und Alfred Hugenburgs begrüßte Habermann im Februar 1933 den „Reichskanzler Adolf Hitler“, nicht ohne bedauernd festzustellen, dass man „Hitler einen anderen Beginn seiner Staatsführung gewünscht“ hätte als dieses Bündnis.<sup>19</sup> Dass diese politische Entscheidung und der Ausgang der Reichstagswahl am 5. März 1933 auch den DHV als Gewerkschaft gefährden könnten, mag Max Habermann vielleicht geahnt haben, wenn er gleichzeitig heftig gegen die sozialde-

15 In der Phase der Machtergreifung reklamierte der Handlungsgehilfen-Verband u. a. die Verbindung zu regional einflussreich gewordenen NSDAP-Funktionären wie Wilhelm Murr oder Willy Marschler für sich, deren hauptamtliche DHV-Funktionen meist schon etliche Jahre zurücklagen.

16 *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Jahr 1931. Rechenschaftsbericht erstattet von seiner Verwaltung*, Hamburg 1932, S. 20; HAMEL (wie Anm. 4), S. 191.

17 DHW 37 (1930), Nr. 18 vom 25.9.1930 – „Ein Wendepunkt?“.

18 Insbesondere Max Habermann versuchte wiederholt eine Kooperation von Brüning und Hitler zu vermitteln. Zu den Intentionen im Zentrum, 1932 zu einer politischen Zusammenarbeit mit der NSDAP und mit Hitler zu gelangen, um eine parlamentarisch abgestützte ‚autoritäre Demokratie‘, d. h. eine Neuaufgabe oder Variation des Brüningerschen Präsidialkabinetts zu erreichen, vgl. Rudolf MORSEY, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/33*, Stuttgart 1977.

19 DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933 – „Reichskanzler Adolf Hitler“.

mokratische Gewerkschaftstradition und den Einfluss des Marxismus als „artfremdes Lehrgebäude“ polemisierte und die Gewerkschaften als „ein uraltes Erbteil des germanisch-deutschen Genossenschaftsgedankens“ deklarierte.<sup>20</sup>

Seit den Septemberwahlen 1930 hatte der Handlungsgehilfen-Verband wiederholt versucht, seine Beziehung zur NSDAP zu klären. Der DHV war insbesondere daran interessiert, eine eindeutige Stellungnahme der NSDAP zur Gewerkschaftsfrage zu erhalten und eine Erklärung zu erlangen, dass auf die Bildung einer parteiabhängigen Angestelltengewerkschaft verzichtet würde. Eine Aussprache zwischen Bechly und Habermann auf der einen, Hitler und Rudolf Heß auf der anderen Seite fand am 6. November 1931 in München statt. Aber es scheint durchaus zweifelhaft, ob in den Erklärungen Hitlers – wie es Albert Krebs vorsichtig andeutete – „das Versprechen zur Erhaltung der Gewerkschaften, der Tarifverträge und des staatlichen Schlichtungswesens in einem nationalsozialistischen Staat enthalten gewesen“ war.<sup>21</sup> – Es handelt sich hier um die vom DHV wiederholt formulierten gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen, deren Anerkennung der Angestelltenverband auch noch in den ersten Monaten nach der Machtergreifung von der NSDAP – wenngleich vergeblich – forderte.<sup>22</sup>

Die ideologische Nähe zwischen DHV und NSDAP sowie die vom DHV propagierte politische Regierungsfähigkeit der Nationalsozialisten scheinen Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre mit einer wachsenden Zahl von DHV-Mitgliedern zu korrespondieren, die der NSDAP beigetreten waren oder zumindest mit ihr sympathisierten und zu ihren Wählern zählten.<sup>23</sup> Gleich-

20 DHW 40 (1933), Nr. 5 vom 13.2.1933 – „*Der Spruch des Volkes*“.

21 KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP* (wie Anm. 14), S. 33; ferner HAMEL (wie Anm. 4), S. 249f.

22 Beispielsweise hob Hans Bechly auf dem Verbandstag des DHV im Juni 1932 hervor: „Daher ist für alle Staatsumwälzungen, neue Verfassungen, neue politische Führungen in Deutschland entscheidend die Stellung zu den Gewerkschaften. An der Frage der Stellung zu den Gewerkschaften werden sich die Geister im politischen Kampf scheiden.“, in: DHW 39 (1932), Nr. 9 vom 16.6.1932: „*23. Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 in Hamburg*“, S. 4.

23 Eindeutige Angaben über die politische Orientierung der DHV-Mitglieder liegen nicht vor. Iris Hamel (s. Anm. 4, S. 12) hebt in ihrer Monographie über den DHV jedoch hervor: „Die Mehrheit der Mitglieder [des DHV] sympathisierte mehr oder weniger offen mit der NSDAP und schränkte die Handlungsfreiheit der Verbandsleitung erheblich ein.“ Diese seit dem Bruch mit der DNVP (endgültig im März 1930) und vor allem auf die Endphase der Weimarer Republik bezogene Feststellung kann sich auf zeitgenössische Einschätzungen wie die von Max HABERMANN in seiner DHV-Geschichte (wie Anm. 1, S. 77) und Rudolf KÜSTERMEIER (*Die Mittelschichten und ihr politischer Weg*, Potsdam 1933, S. 45) stützen, vgl. PRINZ (wie Anm. 4), S. 70, Anm. 36. In welchem Maße die DHV-Mitglieder parteipolitisch engagiert und bei welchen Parteien sie gegen Ende der Weimarer Republik eingeschrieben waren, darüber gibt es in der Literatur keine verlässlichen Informationen. Wie erwähnt, berichtete der DHV in seinem Rechenschaftsbericht von 1931, S. 20, ferner HAMEL (wie Anm. 4), S. 191, von einem breiten parteipolitisch-parlamentarischen Enga-

wohl gibt es abgesehen von zeitgenössischen Einschätzungen keine zuverlässigen und nachprüfbaren Daten, mit denen diese zunehmende Affinität der DHV-Mitglieder zum Nationalsozialismus quantitativ gemessen werden kann. Diese Entwicklung zog jedoch keine vorbehaltlose Hinwendung des DHV zum Nationalsozialismus nach sich. Nicht zuletzt deshalb sah sich der Handlungsgehilfen-Verband seit Ende der zwanziger Jahre mit zahlreichen Versuchen aus den Reihen der NSDAP konfrontiert, die Angestelltengewerkschaft entweder zu übernehmen oder die Mitglieder zum Austritt aus dem Verband zu bewegen, als sich zeigte, dass die Verbandsleitung nicht gewillt war, den DHV den Interessen der Partei unterzuordnen. Gegen Versuche aus den Reihen der NSDAP, den DHV personell zu unterwandern und Parteizellen in ihm zu etablieren, reagierte die Verwaltung des DHV (d. i. der Vorstand) bereits 1928/29 mit Organisationsausschlüssen.<sup>24</sup>

Eine Zuspitzung und Verschärfung erfuhren diese punktuelle Konfrontationen zwischen DHV und Teilen der NSDAP, als sich Hans Bechly – dessen Position von der Verwaltung des DHV unterstützt wurde – im Februar 1932 für die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident aussprach. Intendiert war keineswegs eine grundsätzliche Ablehnung Hitlers und des politischen Einflusses der NSDAP, vielmehr verband Bechly mit der Wahlempfehlung die Vorstellung, Hitler in eine Personalkonstellation mit Hindenburg und Brüning politisch-parlamentarisch einbinden zu können.<sup>25</sup> Auf die kampagnenartigen Angriffe der NSDAP, die diese Wahlempfehlung zur Folge hatte, antwortete die Verbandsleitung mit Verbandsausschlüssen und der Entlassung auch prominenter NSDAP-Mitglieder wie Albert Forster und Friedrich Stanik<sup>26</sup>, die zu dieser Zeit beim DHV angestellt waren.

---

gement seiner Mitglieder/Funktionäre. Von den für Ende 1931 erwähnten 1.088 DHV-Mitgliedern mit einem parlamentarischen Amt im Reichstag (10), in Landtagen (25) und auf den verschiedenen Ebenen der Regional- und Kommunalvertretungen (1.053) hielt die NSDAP fast 20 % der Mandate (210), das Zentrum fast 11 % (112), ebenso die DVP (118), die Volkskonservative und die Christlich-Soziale Partei zusammen etwa 10,3 % (112) und bürgerliche Einheitslisten vor allem auf kommunaler Ebene die Mehrzahl mit 41,4 % (451). Diese Daten geben nur in Ansätzen einen Hinweis auf die parteipolitische Orientierung der DHV-Mitglieder und der DHV-Spitze. Sie unterstützen aber die für Anfang der dreißiger Jahre festgestellte Tendenz einer wachsenden Hinwendung von DHV-Mitgliedern zur NSDAP. Deutlich wird aber auch, dass von den politisch aktiven DHV-Mitgliedern, die politische Mandate innehatten, noch Ende 1931 etwa 80 % in anderen Parteien als der NSDAP diese Mandate vertraten, was gegen eine Dominanz der NSADP im DHV spricht.

24 Vgl. KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP* (wie Anm. 14), S. 16–18.

25 Vgl. Hans BECHLY, „*Unsere politische Haltung*“, in: DHW 39 (1932) Nr. 9 vom 16.6.1932 – „23. Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 in Hamburg“, S. 4.

26 Vgl. HAMEL (wie Anm. 4), S. 251f.

Dennoch führte auch dieser Konflikt nicht zu einer grundsätzlichen Abwendung des DHV von der NSDAP.<sup>27</sup> Der Handlungsgehilfen-Verband bewahrte seine ideologische und politische Affinität zur NSDAP, ohne sich indes zu einer parteiabhängigen oder der NSDAP untergeordneten Organisation zu transformieren. Deutlich hat diese Position Hans Bechly, Vorstandsvorsteher des DHV, auf dem Verbandstag im Juni 1932 vertreten, als er ausführte:

„Ein Anschluß an die NSDAP wäre auch nicht möglich, weil sie einen rücksichtslosen Kampf gegen andere Parteien führt, in denen große Teile der deutschen Kaufmannsgehilfen Mitglieder sind. (...) Das tun wir nicht aus irgendwelcher Liebedienerei zu politischen Kraftzentralen, sondern weil wir in unserer Bewegung stets die Einheit des deutschen Volkes repräsentiert haben. (Stürmischer Beifall)“<sup>28</sup>.

Und er stellte die Frage:

(...) Wie können wir zu einer Partei in ein vertrautes Verhältnis kommen, deren Organe durch Anweisung, ja, durch Befehl Mitglieder des DHV zu veranlassen suchen, den Verband für die Partei zu erobern. Wenn wir feststellen mußten, daß einige Mitglieder sich durch diese Anweisungen haben verleiten lassen, treulos zu handeln und unseren Verband zu verraten, indem sie Berichte aus geschlossenen Sitzungen der Gliederungen oder ihrer Vorstände an die Partei auslieferen. Wenn sie ferner in geheimen Sitzungen von DHV- und Parteimitgliedern vorher bereden und beschließen, welche Anträge sie stellen wollen, welche Personen sie wählen wollen und wie debattiert werden soll, so ist das der Einbruch einer Partei in den Verband, gegen den wir uns mit allen Mitteln wehren (Stürmischer Beifall), ebenso wie wir uns zur Wehr setzen, wenn man bei Standeswahlen verlangt, daß wir Parteimitglieder bloß wegen ihrer Parteizugehörigkeit auf die Wahlliste setzen oder uns damit droht, daß man uns sonst Gegenlisten mit Verbandsmitgliedern entgegenstellen wird. (Lebhafte Zustimmung)“.

Auch wenn Bechly auf dem DHV-Verbandstag 1932 die organisatorische Distanz zur NSDAP betonte und die Versuche der Partei, den Handlungsgehilfen-Verband personell zu unterwandern und organisatorisch zu instrumentalisieren, verurteilte, bleibt die Frage, ob der wachsende politische und innerorganisatorische Druck aufgrund der Erfolge der NSDAP bei Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen<sup>29</sup> eine personelle Anpassung des Führungspersonals an die (anscheinend) veränderte politische Orientierung der Mitglieder verlangte und zu einer ‚Nazifizierung‘ des Angestelltenverbandes führte. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, dass auch noch auf dem 23. (und

27 Vgl. hingegen PRINZ (wie Anm. 4), S. 71.

28 DHV 39 (1932), Nr. 9 vom 16.6.1932 – „23. Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 in Hamburg“, S. 4.

29 Vgl. Alfred MILATZ, *Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930–1933*, in: Erich MATTHIAS/Rudolf MORSEY (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960, S. 743–793.

letzten) ordentlichen Verbandstag des DHV am 5. Juni 1932 – also nach der Hindenburg-Wahl – das zentrale Führungsgremium des Verbandes, die Verwaltung, sich durch ein hohes Maß an Kontinuität auszeichnete: Keines der Mitglieder der bestätigten Verwaltung kam neu in dieses Gremium. Ebenso bemerkenswert ist – angesichts der vorausgegangenen Konflikte – die einstimmige Wiederwahl von Hans Bechly zum Vorstandsvorsteher.<sup>30</sup> Anscheinend war der Einfluss von NSDAP-Mitgliedern und -Aktivisten im Angestelltenverband geringer, als häufig angenommen wird. Zumindest konnte er sich nicht so weit innerorganisatorisch verfestigen, um auf die Delegiertenwahl für den Verbandstag und die Bestellung von Vorstandsmitgliedern einwirken zu können. Eine gewisse Anpassung an die politischen Verhältnisse bestand allein in der Wahl Hermann Miltzows – seit 1930 Mitglied der Volkskonservativen Vereinigung – zum stellvertretenden Vorstandsvorsteher und damit zum designierten Nachfolger Hans Bechlys. Zwar bedeutete dies keinen grundsätzlichen Wechsel in der DHV-Führung, zumal Miltzow langjähriges DHV-Mitglied war und seit 1926 dem Vorstand angehörte. Aber es war insofern ein Signal, als sich Miltzow politisch weniger exponiert hatte als Max Habermann, der bisher als Bechly-Nachfolger galt. Gleichfalls bemerkenswert an diesen Personalentscheidungen im Jahr 1932 ist das Fehlen von NSDAP-Mitgliedern unter den neun Mitgliedern dieses Führungsgremiums (Verwaltung),<sup>31</sup> obwohl Parteiabstinenz von ihnen keineswegs erwartet wurde. Die bei den Spitzenfunktionären des DHV auch 1932/33 vorhandene Distanz zur NSDAP zeigte sich auch darin, dass keiner von ihnen vor 1933 der NSDAP beitrug, obwohl einige von ihnen – Habermann, Lambach (beide DNVP), Bechly, Thiel, Glatzel (alle DVP) – 1929 bzw. 1932 ihre bisherige Parteimitgliedschaft in der DNVP bzw. in der DVP aufgegeben hatten.

Um gewerkschaftspolitische Eigenständigkeit – auch gegenüber der NSDAP – war der DHV noch in den ersten Monaten nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 bemüht, auch wenn in der „Deutschen Handelswacht“ (DHW) die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begrüßt worden war.<sup>32</sup> Auch zu diesem Zeitpunkt verfolgte der Angestelltenverband weiterhin

30 Vgl. Abschrift des notariell beglaubigten Protokolls des Verbandstages des DHV am 5.6.1932, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn (AdsD), DGB-Bestand, Bundesvorstand, Abt. Vorsitzender (5/DGAI001540), Bl. 91–115.

31 Nicht einmal NSDAP-Anhänger, die bereits seit längerem dem DHV angehört und 1933 nach dem ‚Ausscheiden‘ der alten Führung im Handlungsgehilfenverband oder in der „Angestelltensäule“ der DAF maßgebende Funktionen einnahmen (August Haid, Georg Schloder), finden sich unter den neun Mitgliedern der (engeren) Verwaltung (Direktoren). Allein das NSDAP-Mitglied Georg Schloder, der im Mai 1933 zum Stellvertreter von Albert Forster reüssierte, gehörte vor 1933 aufgrund seiner Funktion als Gauvorsteher von Bayern zur erweiterten DHV-Verwaltung.

32 Vgl. Max HABERMANN: „Reichskanzler Adolf Hitler“, in: DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933, S. 29ff.

eine eigenständige Interessenvertretungspolitik und war nicht gewillt, seine organisationspolitische Eigenständigkeit aufzugeben und sich der NS-Bewegung ein- und unterzuordnen. In direktem Konflikt mit NSBO-Ambitionen geschah dies bei den Betriebsrätewahlen in den ersten Monaten des Jahres 1933. Deutlich betonte Otto Thiel die Distanz zur NSBO bei den Betriebsrätewahlen in einem Artikel in der „Deutschen Handelswacht“, als er forderte:<sup>33</sup> „Von dieser Linie“ – gemeint sind akzeptierte gemeinsame Listen mit Gedag-Verbänden – „dürfen sich unsere Mitglieder auch nicht durch irgendwelche parteipolitische Erwägungen abbringen lassen“. Daher erinnerte er an die Beschlüsse des Kölner (1930) und des Hamburger (1932) Verbandstages des DHV<sup>34</sup>:

„Wer sich in der Arbeit für den Verband von Parteigrundsätzen oder Parteigesichtspunkten leiten läßt, stellt sich in Gegensatz zu den Beschlüssen des Verbandstages und gefährdet die Einheitlichkeit und Stoßkraft des Verbandes. Das gilt insbesondere für alle Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete. Der Verbandstag erneuert die Verpflichtung aller Mitglieder zur unbedingten Verbandsdisziplin bei allen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Arbeiten. Wahllisten zu Angestellten- oder Betriebsratswahlen und zu sonstigen sozialen Wahlen von politischen oder bündischen Bewegungen oder Betriebsgruppen, die von diesen gebildet werden, sind ungewerkschaftlich.“

Wenn Otto Thiel in diesem Artikel darauf verwies, dass auch diese Betriebsrätewahlen Anlass seien, um „erneut unter Beweis [zu] stellen, daß die vierzigjährige gewerkschaftliche Erziehungsarbeit des DHV an allen Orten genügend zielsichere Führer hervorgebracht hat, die sich (...) von ihrem klaren Kurs nicht ablenken lassen“, dann lag auch hier die Betonung auf „gewerkschaftlich“ in Abgrenzung zu parteipolitisch.

Mit ähnlicher Selbstgewissheit schrieb auch Max Habermann Mitte Februar 1933, 14 Tage nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler: „Wir [der DHV] werden unsere Eigenart und unsere Aufgabe auch gegenüber einem siegenden Nationalsozialismus als eine politische und gesellschaftliche Notwendigkeit zur Geltung zu bringen wissen.“<sup>35</sup> In Verkennung des Machtanspruchs und der Voraussetzung für die machtpolitische Stabilisierung des NS-Regimes meinte Habermann darauf rechnen zu können: „Je näher der Nationalsozialismus an die Welt der Tatsachen heranrückt, desto wichtiger werden ihm Erfahrungen und Einsichten sein, die eine nationale und eine soziale Bewegung wie der DHV im Ringen mit dieser Welt der Tatsachen gewonnen hat.“ In gleicher Verkennung erwartete er: „Das politische verantwortliche Handeln des Nationalsozialismus kann nicht die Augen vor der ungeheueren Mannigfaltigkeit des deutschen Lebens verschließen und wird ständische Gestaltungskräfte

33 EBD. S. 31f. – „Die Betriebsrätewahlen 1933“.

34 EBD. S. 32.

35 DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933 – „Reichskanzler Adolf Hitler“.

nicht ausschließen können, die mit ihm die Wurzel einer nationalen und sozialen Gesamtverantwortung gemeinsam haben.“

Trotz der ideologischen Nähe zwischen DHV und NSDAP und trotz der Erwartung bei den Spitzenfunktionären des Handlungsgehilfen-Verbandes an Überwindung der politischen Krise und an eine „nationale“ Erneuerung Deutschlands durch eine Regierungsbeteiligung der NSDAP bestanden Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre erhebliche Differenzen zwischen beiden Organisationen. Auch noch gegen Ende der Weimarer Republik vertraten DHV-Mitglieder ein viel breiteres Spektrum politischer Positionen, als der Nationalsozialismus anbot, und waren Mitglieder des DHV in verschiedenen Parteien vom Zentrum bis zur NSDAP organisiert. Differenzen zur NSDAP bestanden im Politikverständnis des DHV, der bei aller anti-demokratischen Rhetorik einen pragmatischen Umgang mit den politischen Institutionen der Weimarer Republik pflegte. Zwar ging es dem DHV nicht um die Rettung des politischen Systems der Weimarer Demokratie, doch propagierte er zur Überwindung der politischen Krise eine mit parlamentarischer Mehrheit ausgestattete Koalitionsregierung insbesondere von Zentrum und NSDAP, orientiert am autoritären Brüning'schen Präsidialkabinett und am Rande der Weimarer Verfassung. Vor allem aber beharrte der DHV darauf, eine eigenständige Gewerkschaftsorganisation zu sein.

Aufgrund seiner Gewerkschaftsfunktion konnte ein organisatorisch eigenständiger Handlungsgehilfen-Verband vom NS-Regime nicht akzeptiert und nicht ohne personelle und organisatorische Gleichschaltung absorbiert werden. Der DHV war daher bereits im April 1933 mit Eingriffen der NSDAP und der NSBO konfrontiert. Sie betrafen sowohl die Spitzenfunktionäre als auch die Organisationsstruktur des Handlungsgehilfen-Verbandes, erfolgten aber nicht, wie Michael Prinz vermutet, als eine wohlkalkulierte Übergabe des Verbandes in die Hände langjähriger und erfahrener DHV-Funktionäre mit NSDAP-Bindung, um den Angestelltenverband zu retten.<sup>36</sup> Vielmehr war das Ergebnis dieser Eingriffe eine rasche und weitreichende personelle und organisatorische Gleichschaltung, so dass der DHV nach dem 2. Mai 1933 für die nächsten eineinhalb Jahre als organisatorisches Sammelbecken der männlichen kaufmännischen Angestellten(organisationen) innerhalb der Nationalsozialistischen Angestelltenschaft (NSA) bzw. des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten und der Deutschen Arbeitsfront dienen konnte, bis schließlich das verbliebene Organisationsfragment in die DAF überführt wurde.<sup>37</sup>

---

36 PRINZ (wie Anm. 4), S. 106f.

37 Zu den Eingriffen und zum Verlauf des Wandels von Funktion und Struktur des DHV vgl. EBD. S. 101–143.

## II. Gleichschaltung

Die Gleichschaltung des DHV, die seit April 1933 in zwei Schritten erfolgte, zielte auf die Durchsetzung des Totalitätsanspruches des NS-Regimes, den ein eigenständiger DHV – trotz ideologischer Affinität zum Nationalsozialismus – in Frage gestellt hätte. Aufgrund ihrer Organisationsgeschichte und ihres Charakters als Interessenvertretung von Arbeitnehmern hätten NS-unabhängige Gewerkschaften die am 10. Mai 1933 gegründete DAF mit einer genuinen Gewerkschaftstradition konfrontiert.

Bereits der *erste Schritt* – der Rücktritt der DHV-Funktionäre Hans Bechly, Max Habermann, Karl Bott und Otto Thiel am 9./10. April 1933 – verlief unter Druck der NSDAP. Abgelöst wurde Bechly als Vorstandsvorsteher von dem auf dem letzten Verbandstag als Nachfolger designierten Hermann Miltzow. Beide, Miltzow und Bechly, wurden veranlasst, Mitglied der NSDAP zu werden. Damit sollte ein Zeichen der Akzeptanz des neuen Regimes für die DHV-Mitglieder und die NSBO gegeben werden. Nach den Angaben in der „Deutschen Handelswacht“ beschloss der Aufsichtsrat des DHV am 9. April 1933, Miltzow die Vollmacht zu erteilen, „alle personellen und sachlichen Maßnahmen durchzuführen, die von der nationalen Regierung zu einer Einordnung des DHV in den nationalen Staat gefordert werden“<sup>38</sup>. Grundsätzlich wurde mit dieser „Ermächtigung“ der bislang geltende formal-demokratische innerverbandliche Entscheidungsprozess aufgehoben. Als Vorstandsvorsteher verfügte Hermann Miltzow, in enger Absprache mit der NSDAP, vertreten durch Franz Stöhr, der im direkten Auftrag von Reichsinnenminister Wilhelm Frick handelte, eine Verkleinerung der Verwaltung und einen personellen Wechsel.<sup>39</sup> Anstelle der entlassenen Funktionäre traten das langjährigen DHV- und NSDAP-Mitglied Franz Stöhr, ohne jedoch Verwaltungsfunktionen zu übernehmen, sowie Benno Ziegler, der Leiter der Hamburger Verlagsanstalt, dem Hausverlag des DHV.<sup>40</sup> Der Einfluss Max Habermanns im DHV wurde durch Hausverbot, Kontaktsperre für DHV-Mitarbeiter sowie die Überwachung seines Hauses unterbunden.<sup>41</sup>

38 DHW 40 (1933), Nr. 7 vom 20.4.1933, S. 96.

39 Folgt man der ungedruckten Biographie von Albert KREBS über Max Habermann (*Max Habermann – eine biographische Studie*, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ungeedr. Ms., S. 69), wurde dieser Anfang April „zu einer ‚Gleichschaltungsverhandlung‘ zur Parteileitung nach München befohlen. Im Laufe dieser Verhandlung wurde ihm verboten, das Verbandshaus nochmals zu betreten und sich weiterhin um Verbandsangelegenheiten zu kümmern.“

40 Benno Ziegler war seit 1910 Mitglied des DHV, seit 1913 ‚berufsamtlich‘ im DHV tätig, u. a. als DHV-Gauvorsteher der Nordmark, seit 1931 leitete er die Verlagsunternehmen des Verbandes, DHW 40 (1933), Nr. 8, 28.4.1933, S. 109.

41 Vgl. Brief Habermanns an Guido Kolbenheyer vom 12.7.1933, zit. in: Siegfried LOKATIS, *Hanseatische Verlagsanstalt. Politisches Buchmarketing im „Dritten Reich“*, in: Archiv

Auch wenn Hermann Miltzow bemüht war, den Gleichschaltungsanforderungen nachzukommen – mit der Unterstellung des DHV am 4. Mai 1933 unter das „Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit“ hatte der Verband seine Eigenständigkeit verloren –, so war er offensichtlich doch noch zu sehr Gewerkschafter und zu wenig NSDAP-Partei-Soldat, um diesen Erwartungen zur Genüge zu entsprechen.

Bei der im April/Mai 1933 vorgenommenen Neu- oder Wiederbesetzung von Gauvorstehern in acht DHV-Bezirken erfolgte überwiegend eine Bestätigung bisheriger Wahlfunktionäre des DHV. Auf diesen Gautagen zeigte sich noch eine ausgeprägte personelle Kontinuität, auch wenn auf dem Gautag von Nordmark bereits das Wahlverfahren durch die Berufung nach dem „Führerprinzip“ ersetzt wurde. Eine Ausnahme stellte der Vorsteher des Gaus Westmark, Alois Knabl, dar, der – folgt man seinem Antrag auf Wiedergutmachung vom 24. Mai 1948 – aufgrund seiner politischen Haltung im Mai 1933 „auf Verlangen der Gauleitung der NSDAP-Köln [seines] Amtes als Gauvorsteher enthoben“ wurde.<sup>42</sup> Nach seiner eigenen Darstellung war der Grund seiner Entlassung „die Tatsache, daß ich der NSDAP als Mitglied nicht angehörte, mich als positiver Katholik zur Zentrumsparterie bekannte, den Angestelltenbeirat der Rheinischen Zentrumsparterie nebenamtlich führte, in der Reichspräsidentenwahl Hindenburg/Hitler viele Wahlversammlungen für Hindenburg gehalten hatte und auf meinen Antrag mehrere führende Mitglieder der Gauleitung der NSDAP wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Verband ausgeschlossen wurden“<sup>43</sup>.

Ein an der bisherigen Verbandstradition orientiertes Organisationsverständnis kam in der Rede des Gauvorstehers Erich Stolt (Niedersachsen) auf dem Gautag zum Ausdruck:<sup>44</sup> „Auch in einer neuen Wirtschaft werden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Interessengegensätze bestehen.“ Selbst wenn er eine Milderung dieses Gegensatzes durch das Wirken des Staates und in einer von ihm initiierten „Arbeitsgemeinschaft“ erwartete, stellte er zugleich fest: „Der DHV ist eine Gewerkschaft, aber er ist gewiß kein Tarifautomat.“ Es mag auch dieses relativ offene Beharren auf *gewerkschaftlicher* Interessenvertretung und die Publikation solcher Position in der DHV-Ausgabe gegen Ende des Monats Zweifel daran geweckt haben, ob Hermann Miltzow die Erwartungen in der NSDAP und DAF hinsichtlich „politischer“ Gleichschaltung des Handlungsgehilfenverbandes erfüllen würde.

---

für Geschichte des Buchwesens, Bd. 38, 1992, S. 1–189, hier S. 173, Anm. 93; vgl. auch Albert KREBS, *Max Habermann* (wie Anm. 39).

42 In: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie, Wiedergutmachungsakte Alois Knabl.

43 Schreiben Alois Knabl an den Leiter der DAK vom 24.5.1948, in: ebd.

44 DHV 40 (1933), Nr. 9/10 vom 27.5.1933, S. 123.

Im Mai 1933 charakterisierte Werner Luckow – zu dieser Zeit in der „Bankenabteilung“ des DHV beschäftigt<sup>45</sup>, Mitglied der NSDAP und Truppführer des SA-Sturms 12/45 – in einem Aktenvermerk<sup>46</sup> die internen Kräfteverhältnisse unter dem Vorsitzenden Miltzow. Er kam zu dem Schluss, dass „praktisch (...) beim Verband noch alles beim Alten geblieben“ sei, die „im Betrieb tätigen alten Parteigenossen (...) in keiner Weise irgendwo an verantwortlicher Stelle eingesetzt sind“ und „außerdem bereits Bemühungen im Gange [wären], Herrn Habermann wieder in den Verband hineinzubringen“.

Bis Ende Juni 1933 änderten sich die politischen Rahmenbedingungen, als es – im zweiten Schritt – zur „Amtsenthebung“ von Hermann Miltzow unter nicht ganz geklärten Bedingungen kam<sup>47</sup> und August Haid, ein altgedienter DHV-Funktionär, aber durch seine NSDAP- und NSBO-Mitgliedschaft dem Handlungsgehilfenverband weniger loyal zugewandt, dessen Nachfolge antrat. In dieses Amt berufen wurde Haid von Albert Forster in seiner Funktion als „Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Angestellten“ und von Robert Ley als Führer der DAF.<sup>48</sup> Das Scheitern von Robert Leys Ambitionen, die DAF auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Juni 1933 als unabhängige Gewerkschaftsorganisation anerkennen zu lassen, führte nicht nur zur Verhaftung von Wilhelm Leuschner bei seiner Rückkehr aus Genf, sondern auch zu einem kampagnenartigen Vorgehen gegen christliche Gewerkschafter, die in großer Zahl fristlos entlassen wurden.<sup>49</sup> Im DHV traf diese Entlassungswelle Otto Gerig, der am 25. Juni 1933 noch von Hermann Miltzow aus den DHV-Diensten entlassen wurde, und anschließend Miltzow selbst.

Als neuernannter Verbandsvorsteher kündigte August Haid dann auch in der „Deutschen Handelswacht“ an: „Mein erster Auftrag lautet: Sämtliche Führerstellen im Verband mit Nationalsozialisten zu besetzen. Das bedeutet praktisch, daß an der Spitze der 13 Bezirke, der Kreise und Ortsgruppen Führer stehen, die unbedingt zuverlässige Nationalsozialisten sind.“

Dieses Programm eines „Umbau[es] der Führerschaft“ verband Haid mit der Zurückweisung des „Habermannschen Geist[es]“ im DHV.<sup>50</sup> Abgelehnt wur-

45 In der DHW (Nr. 16 vom 25.8.1933, S. 226) findet sich ein Hinweis, dass Werner Luckow, inzwischen „Leiter unserer Bankenabteilung“ – offensichtlich anstelle von Friedrich Stoffers – von Albert Forster in seiner Funktion als Führer des Gesamtverbandes der deutschen Angestellten zu „dessen Stellvertreter für den Bezirk Nordmark ernannt“ wurde.

46 Vgl. „Gleichschaltung des DHV“, Abschrift eines Originaldurchschlags der von Werner Luckow verfassten Aktennotiz; Friedrich Stoffers, in dessen Besitz sich ein Originaldurchschlag befand, bestätigt am 15.4.1957 die Richtigkeit der Abschrift, in: DAG-Restarchiv, Hamburg. – Friedrich Stoffers war im April/Mai 1933 Leiter der „Bankenabteilung“ des DHV in Hamburg.

47 DHW 40 (1933), Nr. 13 vom 15.7.1933, S. 170.

48 Vgl. Abschrift der Vollmacht in: LA Berlin, Akte K 231/41, Bl. 316.

49 Vgl. Michael SCHNEIDER (wie Anm. 4), S. 762.

50 DHW 40 (1933), Nr. 13 vom 15.7.1933, S. 170.

den eine Jugend- und Bildungsarbeit und eine innerverbandliche Personalpolitik, die von NSDAP-Funktionären wie Haid als gegen die NS-Bewegung gerichtet wahrgenommen wurde. Aber auch Entscheidungen Hermann Miltzows, die anscheinend nicht nationalsozialistischen Prinzipien verpflichtet waren, unterzog August Haid als Vorstandsvorsteher einer Revision, wenn er Abfindungsregelungen für entlassene DHV-Funktionäre auf Kosten der Entlassenen verschlechterte oder die im April/Mai 1933 erfolgte Besetzung bzw. Bestätigung von Gauleitern seit Juli 1933 korrigierte.

Den Abschluss dieser Phase der Gleichschaltung und der Durchsetzung des „Führerprinzips“ bildete der zum 14. Juli 1933 einberufene außerordentliche Verbandstag des DHV. Beauftragt vom Zentralbüro der DAF rief August Haid diesen Verbandstag ein, wobei er sich über die satzungsmäßig vorgeschriebenen Fristen hinwegsetzte. Auf diesem statutenwidrigen Verbandstag mit nur 14 Teilnehmern – üblicherweise waren auf den DHV-Verbandstagen etwa 300 Delegierte vertreten –, wurde eine neue Satzung für den DHV ‚beschlossen‘: Das Führerprinzip wurde verankert und die gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele aus der Satzung gestrichen.<sup>51</sup>

Den sich auch aus dieser Statutenänderung ergebenden Personalwechsel zeigt ein Vergleich der Mitglieder der Verwaltung und des Aufsichtsrats des DHV des Jahres 1932/33 mit dem Personenkreis, der in die mit Satzungsänderung vom 14.7.1933 neugeschaffenen Gremien, Führerring (zehn Mitglieder außer Haid und Forster) und Beirat (neben den Mitgliedern des Führerrings und den Bezirksvorstehern 15 Mitglieder), berufen wurde. Von den zehn Mitgliedern des Führerrings und den 15 Mitgliedern des Beirates, die in der DHV benannt wurden,<sup>52</sup> waren nur Georg Schloder (Führerring), Arthur Becker und Otto Wiesenfarth (beide Beirat) bereits 1932 in den zentralen Gremien des DHV (Vorstand, Aufsichtsrat) vertreten.

---

51 Vgl. Abschrift der notariell beurkundeten Versammlung in: AdsD (wie Anm. 30), Bl. 133, 135, 137. – Nach der noch bis zum Juli bestehenden Satzung war der außerordentliche Verbandstag satzungswidrig einberufen worden. Auf die zu wahrende Einberufungsfrist (§ 40,1) wurde „auf Anordnung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Herrn Dr. Ley, verzichtet“, vgl. Abschrift des Einladungsschreibens der Verwaltung des DHV vom 8.7.1933, in: ebd. Bl. 141. Zweifelhaft ist auch, ob der Aufsichtsrat, wie es die Satzung verlangte (§ 29,2), der Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zugestimmt hatte. – Vgl. die „Satzung des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes“, die als „Anlage zum Protokoll“ der Abschrift des außerordentlichen Verbandstages vom 14.7.1933 beigelegt ist, in: ebd. Bl. 143–153.

52 Vgl. DHV 40 (1933), Nr. 21 vom 10.11.1933, S. 300f.; Nr. 23/24 vom 20.12.1933, S. 356.

*Mitglieder der Verwaltung\* des DHV 1933*

<b>Mitglieder der Verwaltung (gewählt 1932)</b>	<b>erzwungener Rücktritt: 9./10.4.1933</b>	<b>späteres Ausscheiden</b>	<b>Mitglied des Führerrats oder des Beirats (Satzung vom 14.7.1933)</b>
Hans Bechly	Rücktritt		–
Karl Bott	Rücktritt		–
Georg Brost		?	–
Robert Fedisch		?	–
Max Habermann	Rücktritt		–
Hermann Miltzow		erzwungene Amtsaufgabe: 30.6.1933	–
Anton Tarnowski		3.12.1933: Rücktritt als Leiter der DHV-Kranken- kasse – unklar, wann er aus der DHV- Verwaltung ausschied	–
Otto Thiel	Rücktritt		–
Christian Winter		Selbstmord 1.7.1933	–

\* Die Zahl der vom Verbandstag zu wählenden Verwaltungsmitglieder war 1932 auf neun festgelegt und vom Verbandstag am 5.6.1932 gewählt worden; vgl. Abschrift des notariellen Protokolls (1622/1932) des Notars Dr. O. Bartels, Hamburg, in: AdsD (wie Anm. 30).

Die Amtsenthebung Miltzows und dessen Ersetzung durch August Haid stellte die entscheidende Veränderung des DHV dar. Sie führte zu einer nationalsozialistisch geprägten Personal- und Organisationspolitik, die den DHV seines in der Weimarer Republik angenommenen Gewerkschaftscharakters entledigte und eine Politik ermöglichte, die nicht mehr durch Willensbildungs- und Entscheidungsgremien innerhalb des DHV entschieden oder kontrolliert wurde.

Mit der Satzungsänderung und der personellen Gleichschaltung sollte der potentielle Widerstand, den eine selbstbestimmte Massenorganisation für die ‚Machtergreifung‘ und den Totalitätsanspruch der NSDAP darstellte, ausgeschaltet werden. Aus ihr resultierte letztlich, wie Michael Prinz feststellte, die „Furcht vor der Konservierung gewerkschaftlicher Strukturen“.<sup>53</sup> Aus dieser prinzipiellen Unvereinbarkeit unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen mit dem NS-System ist es zu erklären, dass der DHV trotz ideologischer Nähe und politischer Annäherung vom NS-Regime aufgelöst wurde.

53 PRINZ (wie Anm. 4), S. 142.

### III. Ausgrenzung, Verfolgung und Widerstand ehemaliger DHV-Funktionäre

Dass ehemalige DHV-Funktionäre im NS-Regime sozial ausgegrenzt und politisch verfolgt wurden und dass sich einige von ihnen im Umfeld von Widerstandsaktivitäten gegen das NS-Regime finden, mag überraschen angesichts der ideologischen und politischen Nähe zwischen DHV und NSDAP, angesichts der partiellen Kooperation im Rahmen der Politik der „Querverbindung“ des DHV, schließlich angesichts des Eintretens des DHV für eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten. Systematische Untersuchung zu Verbindungen ehemaliger DHV-Funktionäre zu Oppositions- und Widerstandsgruppen liegen nicht vor, so dass weder quantitative Angaben über die Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären des Handlungsgehilfen-Verbandes noch qualifizierende Aussagen über den Weg zu Opposition und Widerstand möglich sind. Am Beispiel von Otto Gerig und Max Habermann soll versucht werden, Ausgrenzung, Verfolgung und Widerstand von DHV-Funktionären während des NS-Regimes zu skizzieren, ohne den Anspruch zu erheben, dadurch bereits generalisierende Aussagen über Umfang, Motivation und Intensität der Widerstandsbeteiligung gewinnen zu können.

#### *Otto Gerig*

Der am 9. Juni 1885 in Rosenberg (Baden) geboren Otto Gerig war sein Leben lang dem Katholizismus verbunden und im politischen Katholizismus des Rheinlandes engagiert und integriert. Als Versicherungskaufmann arbeitete er bis 1921, unterbrochen durch seine Kriegsteilnahme (1915–1918), für verschiedene Versicherungsgesellschaften. Vom 1. Juli 1921 bis zu seiner fristlosen Entlassung im Juni 1933 war er hauptamtlich für den DHV, dem er seit 1907 angehörte, tätig. Zunächst fungierte er als Geschäftsführer des Gaus Niederrhein mit Geschäftssitz in Köln. 1926 wurden er und Georg Brost „auf Vorschlag der Verwaltung vom Aufsichtsrat zu stellvertretenden Verwaltungsmitgliedern ernannt“.<sup>54</sup> Schließlich bekleidete er noch von 1930 bis 1933 die Funktion eines nebenamtlichen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes im christlichen DGB.<sup>55</sup> Die gewerkschaftlichen Funktionen, die Gerig in den zwanziger und dreißiger Jahren einnehmen konnte, wurden ergänzt durch sein politisches Engagement. Für das Zentrum war er von 1921 bis 1924 Mitglied

---

54 *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Jahr 1926. Rechenschaftsbericht erstattet von seiner Verwaltung*, Hamburg 1927, S. 339.

55 Vgl. Georg BROST, *Deutscher Gewerkschaftsbund*, in: Ludwig HEYDE, *Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens*, Bd. 1, Berlin 1931, S. 363–365; Werner FRITSCH: *Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 1919–1933*, in: Dieter FRICKE (wie Anm. 4), S. 90–97.

des Preußischen Landtags,<sup>56</sup> von 1923 bis 1933 war er als Abgeordneter des Wahlkreises 23 bzw. 20 (Köln-Aachen) Mitglied des Reichstags<sup>57</sup>.

Zwar wurde Otto Gerig Ende Juni 1933 aus dem Verband entlassen, doch scheinen die Abfindungsregelungen, die ihm Hermann Miltzow als geschäftsführender Verbandsvorsteher in einem Schreiben vom 25. Juni 1933 zusicherte, wenigstens eine materielle ‚Abfederung‘ zu gewähren. Ohne auf die Gründe einzugehen, teilte Miltzow Gerig in wenigen Worten seine Entlassung mit unter Einhaltung bestehender Kündigungsfristen und finanzieller Regelungen, einschließlich einer gemessen am Gehalt zwar geringen, aber dem Durchschnittsverdienst mittlerer Angestellten<sup>58</sup> entsprechenden und vor allem zeitlich uneingeschränkten Pensionszahlung.<sup>59</sup>

Die Entlassung bedeutete trotz der in Aussicht gestellten Abfindungen und Pensionsleistungen für einen zu jener Zeit 48-jährigen Spitzenfunktionär des DHV einen dramatischen Karriereeinbruch, ohne dass eine realistische Chance bestand, beruflich und politisch Alternativen finden zu können. Ausschlaggebend für Gerigs Möglichkeit, die zugesagten Gehaltszahlungen und Pensionsleistungen auch tatsächlich vom DHV und der DAF zu erhalten, wurde die Absetzung Miltzows und dessen Ersetzung durch August Haid. Mit Schreiben vom 30. August 1933 hob August Haid im Namen des Deutschen Handlungsgelhilfenverbandes und im Auftrag der DAF die Kündigungs-, Abfindungs- und

56 Das Interesse Gerigs, zunächst ein Landtagsmandat zu erlangen und damit die Grundlage für ein erstrebtes Reichstagsmandat zu schaffen, wurde vom DHV anfangs skeptisch und ablehnend beurteilt, weil nach dessen Ansicht bei den Parlamenten der Länder keine verbandsrelevanten Entscheidungskompetenzen lagen. In einem Schreiben des DHV, gez. Christian Krauß, an Gerig vom 28.1.1921 wurde diese Position dargestellt und darüber hinaus Gerig mehr oder weniger deutlich die Einbuße an Verbandsunterstützung angedroht, wenn er weiterhin zunächst ein Landtagsmandat anstreben würde – was Gerig allerdings weiterhin tat und was den DHV kurze Zeit später nicht davon abhielt, ihn als Gau-Geschäftsführer einzustellen, in: ACDP 01-087-001/1, NL Otto Gerig.

57 Gerig wurde am 28.5.1923, in der 1. Wahlperiode, als Nachfolger des am 18.5.1923 verstorbenen Wilhelm Busch erstmals Mitglied des Reichstages. In den folgenden Reichstagswahlen bis einschließlich der Märzwahl von 1933 wurde er regelmäßig wiedergewählt. – Der DHV versuchte Anfang der zwanziger Jahre Einfluss auf das Zentrum zu nehmen, damit eine Kandidatur Gerigs zustande kam und unterstützte im weiteren Verlauf Gerigs Reichstagsaktivitäten finanziell und organisatorisch.

58 Vgl. Dietmar PETZINA/Werner ABELSHAUSER/Anselm FAUST, *Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945* (Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, 3), München 1978, S. 100.

59 Schreiben Hermann Miltzow, DHV, an Otto Gerig, 25.6.1933, in: ACDP 01-087-001/1: „Wir kündigen Ihnen hiermit Ihre Stellung als Angestellter des Verbandes. Sie erhalten unter Berücksichtigung des Kündigungsschutzes Ihr Gehalt in der heutigen Höhe weiter bis zum 30.6.1934. Von da ab zahlen wir Ihnen auf Grund und unter den Bedingungen des § 11 der „Wohlfahrtseinrichtung des DHV für die Alters- und Hinterbliebenenversicherung seiner Angestellten (sowie sie bis zum 31.12.1912 in den Dienste des Verbandes getreten sind) vom 1.–31.12.1912 ein Ruhegeld von monatlich M. 322,- (i. B. RM Dreihundertzweiundzwanzig) unter Zugrundelegung eines Grundgehaltes von M. 1250,-.“

Pensionsregelungen auf. Die von Haid dargebotene Begründung produzierte eine Argumentation, die vom DHV in den nächsten Jahren gegenüber anderen Leistungsforderungen in Variationen immer wieder angewandt wurde. Nach dem Hinweis auf die angeblich völlig zerrütteten Finanzverhältnisse des „alten“ DHV wurden denjenigen, denen hierfür die Verantwortung zugewiesen wurde, sämtliche Leistungen gesperrt und in Zweifel gezogen, ob überhaupt eine Zahlungsverpflichtung für den Deutschen Handlungsgehilfenverband bestehe:<sup>60</sup> „Die Geschäftsführung und die Art, wie mit den Spargeldern und mit den Beiträgen der Mitglieder des alten Verbandes umgegangen wurde, veranlaßt die Deutsche Arbeitsfront, Anweisung zu geben, daß sämtliche Gehälter und Pensionen der alten Verwaltungsmitglieder und damit auch Ihre Bezüge gesperrt werden. Sie haben also Ihr Verhältnis zum alten Verband mit dessen Auflösung am 30. Juni 1933 als gelöst zu betrachten. Der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband lehnt es ab, Verpflichtungen zu übernehmen, die aus Ihrem Vertragsverhältnis mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband entstanden sind.“

Als eingesetzter Verbandsvorsteher exekutierte August Haid Weisungen der DAF. Die fehlende Entscheidungsfreiheit des DHV kommt in einem Passus des Schreibens zum Ausdruck, in dem Haid „mit Rücksicht auf die soziale Lage des Einzelnen“ eine begrenzte „Unterstützung“ in Aussicht stellte. Auch diese Entscheidung konnten weder Haid noch der DHV treffen, sondern müssten „noch mit dem Führer der Deutschen Arbeitsfront, dessen Genehmigung hierzu notwendig ist, besprochen werden“.

Eine materielle Entschädigung konnte Otto Gerig in den nächsten Monaten nicht erreichen, auch wenn er gegen die Zahlungseinstellung des DHV seine prekäre soziale Situation als Vater von vier Kindern anführte, der zudem noch Erziehungsbeihilfen für Kinder seiner „gefallenen und an den Kriegsfolgen gestorbenen Brüder“ leistete.<sup>61</sup> Erst Mitte November erhielt Gerig auf seine Einsprüche eine abweisende Antwort von Haid. Allerdings ergänzte Haid seine bisherige Begründung, die auf die vermeintliche Misswirtschaft der ehemaligen Verbandsleitung abstellte, durch Hinweise auf die gegen die NS-Bewegung gerichteten politischen Aktivitäten des DHV und die damit verbundene Zweckentfremdung von DHV-Geldern:<sup>62</sup> „Aber nicht nur die Finanzpolitik des alten Verbandes und die dem neuen Verband hinterlassenen Schulden sind für meine Stellungnahme maßgebend, sondern auch der Umstand, daß die alte Verwaltung Unsummen ausgegeben hat für parteipolitische Zwecke und für den Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung und damit gegen das

---

60 Schreiben DHV, August Haid, an Otto Gerig vom 30.8.1933, in: ACDP 01-087-001/1.

61 Abschrift des Schreiben von Otto Gerig an August Haid, DHV, vom 10.9.1933 und 15.11.1933, ebd.

62 Abschrift des Schreibens von August Haid, DHV, an Otto Gerig vom 16.11.1933, ebd.

heutige nationalsozialistische Deutschland. Aus der alten Satzung geht klar und eindeutig hervor, daß der Verband parteipolitisch neutral sein müsse und daß er die Aufgabe habe, für die sozialen und wirtschaftlichen Belange der deutschen Kaufmannsgehilfen einzutreten. Gegen diese Satzungsbestimmungen hat die alte Verwaltung verstoßen und sie hat damit das Recht verwirkt, an den neuen Verband irgendwelche Ansprüche zu stellen.“

Auf ein sehr unbestimmtes Angebot von Haid – „im Einvernehmen mit Pg. Dr. Ley, dem Führer der Deutschen Arbeitsfront“ –, „ohne Anerkennung von Rechtsansprüchen den alten Verwaltungsmitgliedern Lebensunterhaltungszuschüsse so lange zu bezahlen, bis sie sich wieder eine neue Existenz geschaffen haben“, wollte Gerig sich nicht einlassen. Statt dessen zog er es vor, mit Hilfe der Rechtsanwälte Dr. Heinz Johlen und Dr. Adolf Süsterhenn die ihm von Miltzow zugestanden Ansprüche erneut vom DHV einzufordern.<sup>63</sup> Haid wies auch die mit Hilfe der Rechtsanwälte erhobenen Forderungen gegen den DHV ab.<sup>64</sup>

Erst das ab Januar 1934 von Otto Gerig angestrebte Verfahren gegen den DHV vor der Kammer für Streitigkeiten der Angestellten des Hamburger Arbeitsgerichts<sup>65</sup> führte am 5. April 1934 zu einem außergerichtlichen Vergleich. Otto Gerig akzeptierte, dass er (1) ein Gehalt von 700,- RM monatlich für die Zeit vom 1. August 1933 bis 31. Dezember 1934 und (2) zur Abgeltung von Pensionsansprüchen vom 1. Januar 1935 bis 30. Juni 1936 monatliche Zahlungen in Höhe von 300,- RM erhalten sollte, womit sämtliche Gehaltsansprüche abgegolten sein sollten.<sup>66</sup>

Ob dieser Vergleich vom DHV tatsächlich erfüllt wurde, lässt sich aus dem Nachlass von Otto Gerig nicht ersehen. Martin Schumacher erwähnt in seinem biographischen Handbuch zu den Reichstagsabgeordneten eine schriftliche Auskunft von Hanna Gerig, in der sie mitteilte, dass eine „Pensionszusicherung in Höhe von 700 RM“ im Klageweg erstritten wurde, aber „nicht zur

63 Vgl. den Hinweis auf ein entsprechendes Schreiben in der Abschrift des Schreibens von August Haid, DHV, vom 29.12.1933 [in der Abschrift irrtümlich mit 29.12.1934 datiert], in: ACDP 01-087-001/1.

64 Es verdeutlicht die Beliebigkeit und Willkürlichkeit der Argumente, wenn Haid in seiner Antwort (Schreiben vom 29.12.1933, in: ACDP 01-087-001/1) nunmehr auch meinte, Gerigs Rechtsansprüche aufgrund von Miltzows Schreiben vom 25.6.1933 seien schon deshalb ungerechtfertigt, weil Miltzow nicht die satzungsmäßig notwendige „Zustimmung der übrigen Verwaltungsmitglieder (...) eingeholt“ hätte.

65 Vgl. die Mitteilung im Schreiben von Otto Gerig an Max Hegewald vom 17.1.1934, in: ACDP 01-087-001/1.

66 Vgl. Vergleich vom 5.4.1934 sowie Schreiben des DHV an Gerig, 10.4.1934, ebd.

Auszahlung kam“; Otto Gerig erhielt daher nur eine monatliche Arbeitslosenunterstützung von 54 RM.<sup>67</sup>

Hanna Gerigs rückblickende Schilderung der Lebensumstände der dreißiger Jahre (undatiert, vermutlich 1945 oder 1946)<sup>68</sup> zeichnet eine eher dramatische finanzielle Situation der Familie. Sie war in den ersten Jahren dadurch bestimmt, dass Otto Gerig als „politisch unzuverlässig“ eingestuft und für jede Tätigkeit gesperrt wurde. Hausdurchsuchungen und Überwachungen durch die Gestapo traten hinzu, so dass auch Unterstützungen aus dem kirchlichen Umfeld Gerig in den ersten Jahren nicht zu einer noch so bescheidenen Arbeitsstelle verhelfen konnten. Und „da er es ablehnte, in die Arbeitsfront einzutreten, war jedes Bemühen, eine neue Beschäftigung zu finden, vergeblich.“<sup>69</sup> Erst 1937 erhielt Otto Gerig aufgrund eines Gesetzes zum Schutz älterer Angestellter eine Anstellung als Leiter der Werkzeugabteilung bei den Kölner Ford Werken, allerdings zu einem untertariflichen Gehalt (295,- RM im Monat), was der vielköpfigen Familie ein bescheidenes Auskommen sicherte.

Trotz politischer Verfolgung und sozialer Diskriminierung blieben Hanna und Otto Gerig in den dreißiger und vierziger Jahren im Umfeld eines oppositionellen katholischen Milieus verwurzelt, das sich um das Kölner Ketteler-Haus mit Bernhard Letterhaus, Joseph Joos, Otto Müller und Nikolaus Groß im Mittelpunkt gruppierte.<sup>70</sup> Aufgrund seiner früheren Funktionen als Gewerkschafter und als Zentrumsabgeordneter, verbunden mit der aufrechterhaltenen Ablehnung des NS-Regimes und sicherlich aufgrund der – nicht unzutreffenden – Vermutung, dass Gerig auch weiterhin Kontakte zu politischen Weggefährten aus der Weimarer Republik unterhielt, wurde er am 23. August 1944 im Verlauf der Aktion „Gewitter“ nach dem gescheiterten Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 von der Gestapo verhaftet. Vom Gestapo-Gefängnis in Köln wurde Gerig in das Arbeitserziehungslager in den Messehallen Köln-Deutz verbracht. Trotz intensiver Bemühungen der Familie und des Freundeskreises gelang es nicht, seine Entlassung zu erreichen, bevor Otto Gerig am 16. September 1944 in einem zweitägigen Transport nach Buchenwald verlegt wurde. Geschwächt von den Strapazen des Transportes und den Belastungen der Inhaftierung starb Otto Gerig am 3. Oktober 1944 im Konzentrationslager Buchenwald.

---

67 Martin SCHUMACHER (Hg.), *M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation*, 3. Aufl., Düsseldorf 1994, S. 439.

68 Hanna GERIG, *Mein Mann* (undatiert, maschinenschriftl. Ms.), in: ACDP 01-087-002/3.

69 Clemens SIEBLER, *Otto Gerig*, in: *Badische Biographien*. Neue Folge. Band II, hg. von Bernd OTTNAD, Stuttgart 1987, S. 97f., hier S. 98.

70 Vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986, S. 220.

*Max Habermann*

Max Habermann<sup>71</sup> nahm sich, nachdem er von der Gestapo verhaftet worden war, am 30. Oktober 1944 das Leben, „um nicht diejenigen zu verraten, die ihm Hilfe und Obdach gegeben hatten“.<sup>72</sup> Seit 1935 gehörte er zum sogenannten Leuschner-Kaiser-Kreis, der mit Verbindungen zu Goerdeler Konzeptionen für einen Neuaufbau der Gewerkschaften nach dem Ende des NS-Regimes erarbeitet hatte. Nach dem am 20. Juli 1944 gescheiterten Attentat auf Hitler war Habermann zunächst untergetaucht.

Nach dem erzwungenen Ausscheiden aus dem DHV war Max Habermann anfangs bemüht gewesen, seine Rehabilitierung zu erreichen. Er stand dem NS-Regime keineswegs ablehnend gegenüber, vielmehr sah er in ihm, wie seine DHV-Geschichte erkennen lässt, den gegen die Weimarer Republik gerichteten, von ihm erhofften und erstrebten politischen Neuanfang, für den er schon vor 1933 eine Bündnis zwischen Brüning und Hitler zu vermitteln versucht hatte. Die Abgrenzung gegenüber politischen Positionen, die Habermann im und mit dem DHV zu vertreten versuchte und für die ihm vom NS-Regime der organisatorische Boden entzogen wurde, umreißt eine Bemerkung August Haid in seinem Artikel zum „Umbruch“ im DHV:<sup>73</sup> „Wir alle kennen den Habermannschen Geist, der sich in den letzten Jahren so unglücklich für die deutsche Kaufmannsgehilfenbewegung ausgewirkt hat. Wir alle wissen, daß auch gegen den Willen einzelner Mitglieder der alten Verwaltung durch Max Habermann (...) statt unbedingt nationalen Geist sich internationale Gedanken im Sinne des Zentrums und der Leute um Kaas und Brüning eingeschlichen haben.“ Die Verbandspolitik Habermanns sah Haid darauf gerichtet, „die Nationalsozialisten innerhalb des Verbandes mit Ausnahme einiger weniger, die man als ‚Verbindungsmänner zur Partei‘ brauchte“, kaltzustellen, und folgerte daraus: „Zukünftig ist die Führung nationalsozialistisch, und Aufgabe dieser Führung ist es, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß der unselige Geist jener Männer verschwindet, die Max Habermann heute noch seine Freunde nennt“, und er charakterisiert sie als „getarnte[n] Gegner des Nationalsozialismus in unserer Bewegung“.<sup>74</sup>

Angesichts dieser Gegnerschaft verwundert es nicht, dass von Seiten der nationalsozialistischen DHV-Führung neben dem Hausverbot für Max Habermann auch eine Kontaktsperre für DHV-Mitarbeiter verhängt wurde. Über die sozialen Auswirkungen dieser Kontaktsperre berichtete Habermann in einem Brief an Erich Guido Kolbenheyer vom 12. Juli 1933: „... allen Angestellten

71 Vgl. zum folgenden Peter RÜTTERS, *Max Habermann und der „Führerkreis“ der Gewerkschaften*, in: *IWK* 37 (2001), H. 2, S. 201–211.

72 Annedore LEBER (Hg.): *Das Gewissen steht auf*, Mainz 1984, S. 102.

73 *DHW* 40 (1933), Nr. 13 vom 15.7.1933, S. 170.

74 EBD.

des DHV ist offenbar unter Androhung der Entlassung jeder Verkehr mit mir verboten. Da sich seit 28 Jahren mein ganzer menschlicher Verkehr im Rahmen meines Arbeitskreises abspielt, trifft dieses Verbot so ungefähr alle Menschen, die mir irgendwie wichtig sind.“<sup>75</sup>

Auch ehemals von Habermann geförderte Mitarbeiter im DHV-Verlag Hanseatische Verlagsanstalt (HAVA) waren offensichtlich „sorgsam darauf bedacht, den Anschein politischer Kontakte zu Habermann zu meiden“.<sup>76</sup> Ausführlich schilderte Wilhelm Stapel in einem Brief an Kolbenheyer (20. November 1934) die ihm peinliche Begegnung mit Habermann und verdeutlicht mit seiner Schilderung zugleich die sozialen Mechanismen von Ausgrenzungen: „Mit Ziegler<sup>77</sup> hatte ich mich für gestern nachmittag in der Teestube des Café Vaterland verabredet. Wie ich hinkomme, sitzt Habermann dort. Ich konnte billigerweise nicht an ihm vorüber. Auch der nachher kommende Ziegler mußte sich zu uns setzen. Mir schadet’s ja nicht. Aber wenn jemand Herrn Haid hinterbringt, Ziegler sei mit Habermann zusammen gesessen, so hat Ziegler wieder gegen neu aufbrechendes Mißtrauen zu kämpfen. Habermann weiß das doch. Ich hoffte, er würde gleich gehen. Aber nein, er blieb ... Er war offenbar glücklich, Gesellschaft zu haben. Ich kann das ja verstehen. Aber – hoffentlich hat es niemand beobachtet. Hätten wir gewußt, daß Habermann dort ist, wir wären nicht in das Lokal gegangen. Wozu die zwecklosen Gefährdungen! So gerät man in das Dilemma zwischen menschlicher Höflichkeit und Werkfürsorge.“<sup>78</sup>

Max Habermanns finanzielle Abfindung für seinen Ausschluss aus dem DHV scheint Grenzen gehabt zu haben. So sorgte sich der HAVA-Leiter Benno Ziegler Anfang 1936, dass, nachdem den DHV-Funktionären Max Habermann und Christian Krauß die Mittel ausgegangen waren, sich „beide (...) an ihn klammern und Stellung im Verlag erbitten werden“.<sup>79</sup> Habermann konnte in der Firma des ehemaligen DHV-Funktionärs Karl Bott, der auch im April 1933 als Mitglied der Verwaltung abgesetzt worden war, unterkommen.

75 Zit. n. LOKATIS (wie Anm. 41).

76 EBD. S. 173.

77 Es handelt sich um Benno Ziegler, seit 1931 Leiter der Hanseatischen Verlagsanstalt, der im April 1933 anstelle von Karl Bott in die Verwaltung des DHV berufen wurde.

78 LOKATIS (wie Anm. 41), S. 173, Anm. 94. – Vgl. Albert KREBS, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP* (wie Anm. 14), S. 38: Krebs, der sich 1933 auch mit der Forderung konfrontiert sah, eine Erklärung abzugeben, dass er „mit Herrn Habermann weder in Verbindung stehe noch jemals eine Verbindung wieder aufzunehmen gedächte“, reagierte nach seiner eigenen Schilderung in der Weise, dass er erklärte, „daß unsere Familien seit Jahren befreundet seien“ und er „an eine Lösung dieses Verhältnisses nicht denke“. Weiter erwähnt Krebs: „Man nahm diese Erklärung hin; man nahm auch die Tatsache weiterer Besuche hin, die von den vor Habermanns Haus in Hamburg-Rahlstedt postierten Aufpassern sicher gemeldet wurden“.

79 Stapel an Kolbenheyer, 5.1.1936, zitiert nach LOKATIS (wie Anm. 41), S. 173.

Zu einer politischen Neuorientierung kam Habermann erst, folgt man den Angaben in Annedore Lebers ‚Das Gewissen steht auf‘, „als er in den Maßnahmen vom 30. Juni 1934 die Manifestation des Gewaltstaates erkannte“.<sup>80</sup> Nach Angaben von Elfriede Nebgen nahm Habermann Anfang 1935 Kontakt mit Jakob Kaiser auf und beteiligte sich ab 1936 an den Diskussionen und Planungen von Leuschner und Kaiser.<sup>81</sup>

Was machte nun Max Habermann zu einem Kooperationspartner von Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner? Und wie weit gingen Habermanns gesellschaftspolitische und gewerkschaftliche Vorstellungen in die vom Leuschner-Kreis vertretenen Konzeptionen für ein Deutschland „nach Hitler“ ein? – Eine fundierte Antwort auf diese Frage scheint angesichts fehlender Vorstudien und einer dürftigen Quellenlage zur Zeit nicht möglich. Doch war Habermann keineswegs ohne Einfluss in dieser Gruppe. Darauf verweist nicht zuletzt die Personalplanung für die „Deutsche Gewerkschaft“, die die DAF nach Überwindung des NS-Regimes ersetzen sollte. Habermann war nach den Angaben im Kaltenbrunner-Bericht als einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden vorgesehen. In der Reichsleitung dieser mit Zwangsmitgliedschaft ausgestatteten Organisation sollte er für drei Abteilungen verantwortlich sein: Finanzen, Angestelltenfragen sowie Schulung und Bildung.<sup>82</sup>

Welche gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen vertrat Max Habermann? Und waren diese mit Leuschners Vorstellungen über eine Neuordnung nach Hitler vereinbar?

In „Stand und Staat“<sup>83</sup>, einer programmatischen Schrift von 1931, entwickelt Habermann ein gegen die „Massendemokratie“ der Weimarer Republik, gegen Parteien und Parlamentarismus gerichtetes organizistisches Gesellschafts- und Staatsverständnis.<sup>84</sup> In dessen Mittelpunkt stehen als „Organe einer natürlichen Volksordnung (...) die Stände, in die das soziale Leben der Nation gespannt“ sei.<sup>85</sup> Eine in Stände gegliederte Gesellschaft bedurfte bei Habermann eines starken Staates, der die Stände „in seine Zucht nehmen

80 LEBER (wie Anm. 72), S. 100.

81 Vgl. NEBGEN (wie Anm. 3), S. 50ff.

82 Vgl. Hans-Adolf JACOBSEN (Hg.), „Spiegelbild einer Verschwörung“. *Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt*, Bd. 1, Stuttgart 1984, S. 383–386.

83 Max HABERMANN, (wie Anm. 10); DERS., *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Kampf um das Reich 1918–1933. Ein Zeugnis seines Wollens und Wirkens*, Februar 1934. – Diese DHV-Geschichte ist der Versuch einer Loyalitätserklärung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, indem die Gemeinsamkeit zwischen DHV und NS-Bewegung hervorgehoben und zugleich ein als zwangsläufig gedeutetes Scheitern des DHV begründet wird. Zu „Stand und Staat“ vgl. HAMEL (wie Anm. 4), S. 246ff.

84 In seiner DHV-Geschichte (S. 20) pointiert Habermann diese Position dahin: „Aus den vielen Zeugnissen des DHV von 1919 bis 1933 läßt sich seine Geringschätzung des demokratischen Parteienregiments beweisen.“

85 HABERMANN (wie Anm. 10), S. 8.

kann“. Ziel dieser Konstruktion sollte es sein, „aus dem Massenvolk der Zivilisation ein Staatsvolk zu machen, indem alle Kräfte letzten Endes hingeführt werden auf das eine Ziel: Größe und Ehre des deutschen Volkes und des deutschen Staates.“<sup>86</sup>

Eingebettet war diese antiparlamentarische Konzeption eines Beziehungsgefüges von Stand – Staat – Volk – Nation in eine gegen die Moderne gerichtete Zivilisationskritik und verbunden mit einem „völkisch-kulturellen Antisemitismus“.<sup>87</sup> Die freien Gewerkschaften wurden unter dem Einfluss eines „artfremden Literatentum[s]“ gesehen, während für den DHV hervorgehoben wurde, dass er sich „ohne den Beistand eines artfremden Lehrgebäudes und ohne jüdisches Ressentiment“ habe entwickeln können.<sup>88</sup> Zu noch drastischeren Formulierungen fand Habermann in seiner DHV-Geschichte, in der er hervorhob, dass die sozialistische Angestelltenbewegung nach dem Weltkrieg „unter die Fuchtel des (...) Juden Aufhäuser“ geriete.<sup>89</sup> Mit solchen Vorstellungen sah Habermann im Februar 1933 „die freien Gewerkschaften am Scheidewege: Leipart oder Aufhäuser“<sup>90</sup>.

Zweifelhaft ist, ob Max Habermann diese Positionen in der Zusammenarbeit mit Leuschner und Kaiser aufgegeben hat.<sup>91</sup> Anzunehmen ist, dass Leuschner die Leipart-Variante des „Scheidewegs“ von 1933 vertrat. Vorstellbar ist auch, dass Ausgangspunkt und Grundlage der Zusammenarbeit die Vereinbarung des „Führerkreises“ von April 1933 war, auch wenn in dieser Erklärung die Elemente überwiegen, die, so Gerhard Beier, „den Text zu einem Dokument der freiwilligen Gleichschaltung und limitierten Unterwerfung“ machen<sup>92</sup>. Forderungen nach: parteipolitischer Ungebundenheit der Einheitsge-

86 EBD. S. 30.

87 Zur Form des Antisemitismus des DHV in der Weimarer Republik vgl. HAMEL (wie Anm. 4), S. 157–167, Zitat S. 165; auch Heinrich August WINKLER, *Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus als „Blitzableiter“*, in: Wolfgang BENZ/Werner BERGMANN (Hg.), *Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus*, Bonn 1997, S. 341–362, hier S. 354f.

88 HABERMANN (wie Anm. 10), S. 19.

89 HABERMANN, *Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband* (wie Anm. 83), S. 12, 53. – In dieser Publikation finden sich eine Vielzahl antisemitischer Formulierungen, mit denen Habermann den DHV bewusst in die Nähe der nationalsozialistischen Bewegung zu stellen bemüht war.

90 HABERMANN, „*Reichskanzler Adolf Hitler*“, in: DHW 40 (1933), Nr. 3 vom 13.2.1933, S. 30.

91 Wie wenig sich Max Habermann auch während der NS-Zeit von der völkisch-nationalistischen Ideologie, die er jahrzehntelang mit vertreten und propagiert hatte und die er 1933/34 im Nationalsozialismus verwirklicht glaubte, entfernt hatte, mag vielleicht ein biographisches Detail illustrieren. In seiner Habermann-Biographie erwähnt Albert Krebs, dass Habermann zwei seiner Söhne auf einer „Napola“ erziehen ließ. Vgl. KREBS, *Max Habermann* (wie Anm. 39), S. 75.

92 Gerhard BEIER, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933*, Frankfurt/M. 1975, S. 41; mit etwas anderer Akzentuierung DERS., *Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften*

werkschaft, Unterordnung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung unter das Ziel der „Förderung eines gesunden Staates und Volkes“, Anerkennung der christlichen Grundlagen von Gesellschaft und Staat waren Kernpunkte<sup>93</sup> der Führerkreis-Vereinbarung, die Kaiser und Leuschner im April 1933 mitgetragen hatten und die für Max Habermann Mitte der dreißiger Jahre akzeptabel gewesen sein könnten, zumal sie nicht sehr weit von seinen Ausführungen in „Stand und Staat“ entfernt waren.

Hans Mommsen hat im Hinblick auf die von Leuschner vertretenen Vorstellungen einer Einheitsgewerkschaft als „Auffangorganisation für die Deutsche Arbeitsfront“ bereits festgestellt: „Leuschner scheint (...) ernsthaft den Gedanken verfolgt zu haben, der Gewerkschaft in der neuen staatlichen Ordnung eine ausschlaggebende Stellung zu verschaffen und auf eine politische Parteibildung zu verzichten.“<sup>94</sup> Anscheinend war Leuschner auch gegenüber Vorstellungen, die „in Richtung eines demokratischen Ständestaates“ gingen, aufgeschlossen.<sup>95</sup> Derartige Vorstellungen stehen keineswegs konträr zu Habermanns Ablehnung der parlamentarischen Parteiendemokratie und zu dessen Vorstellungen zu „Stand und Staat“. Sie können sogar Eckpunkte einer gewerkschaftspolitischen Konzeption und eines gemeinsamen Gesellschafts- und Verfassungsverständnisses gewesen sein, das sich von der Parteiendemokratie der Weimarer Republik ebenso distanzierte, wie es von der späteren Konzeption des Grundgesetzes entfernt war.

### *Fazit*

Die vermutete Nähe zwischen DHV und Nationalsozialismus – das „Blut vom Blute“, wie es Max Habermann 1934 affirmativ ausdrückte – erweist sich bei näherer Betrachtung als Konstruktion. Die Beziehung zwischen dem Handlungsgehilfenverband und der NSDAP weist erhebliche Differenzen und Konflikte auf. Die ideologische Nähe beider Organisationen, die sich u. a. in nationalistischer und antisemitischer Rhetorik und in antiparlamentarischer Propaganda äußerte, schien die Grundlage für eine Kooperation bilden zu können. Doch kam auf dieser Basis keine kontinuierliche Zusammenarbeit zustande, abgesehen von einer (mitunter langjährigen) Unterstützung einiger DHV-Funktionäre, die als NSDAP-Mitglieder ein politisches Mandat anstrebten und

---

1933–1945, Köln 1981, S. 23; ferner Willy BUSCHAK, „Arbeiten im kleinsten Zirkel“. *Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Hamburg 1993, S. 41.

93 Das Dokument in: Peter JAHN (Bearb.), *Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930–1933* (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4), Köln 1988, S. 909–911.

94 Hans MOMMSEN, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*, in: Hermann GRAML (Hg.), *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*, Frankfurt/M. 1994, S. 14–91, hier S. 77.

95 EBD. S. 78.

die die Politik der „Querverbindung“ des DHV insbesondere im Reichstag unterstützen sollten.

Trotz manch radikaler nationalistischer und antisemitischer Rhetorik war der DHV eine etablierte Standesorganisation männlicher kaufmännischen Angestellten, die sich in der Weimarer Republik (auch im Eigenverständnis) zu einer Gewerkschaft entwickelte, Tarifpolitik und staatliche Schlichtung als unverzichtbare Mittel der Interessenvertretung ansah und anerkannt wissen wollte. Der DHV war in der Weimarer Republik ein mitgliederstarker Verband, der erfolgreiche Selbsthilfeeinrichtungen unterhielt und über ein verzweigtes Netz von Nebenorganisationen und Unternehmensbeteiligungen verfügte. Die Spitzenfunktionäre des DHV zeigten sich daher gegen Ende der Weimarer Republik keineswegs bereit, ihre etablierte Organisation der jungen NS-Bewegung mit ihrer radikalen Rhetorik, ihrem gewalttätigen Auftreten und ihrer politischen Unkalkulierbarkeit vorbehaltlos anzuschließen und den Weisungen der Parteiführung unterzuordnen.

Die Differenzen des DHV und seiner Spitzenfunktionäre wie Hans Bechly und Max Habermann zur NSDAP bestanden: (1) im organisatorischen Selbstverständnis als gewerkschaftliche Interessenorganisation, deren Anerkennung und Garantie der DHV wiederholt, wenn auch erfolglos, meinte von der NSDAP fordern zu können, (2) aufgrund des breiteren politischen Spektrums zwischen Zentrum und NSDAP, das von den Mitgliedern und Funktionären des DHV vertreten wurde und das sich auch gegen Ende der Weimarer Republik nicht konfliktfrei auf die Politik der NSDAP reduzieren ließ, (3) aufgrund politischer Angriffe, organisatorischer Instrumentalisierungsversuche und personeller Unterwanderungsbemühungen durch die NSDAP und ihre Nebenorganisationen, die vom DHV als Angriff auf die organisatorische Selbstbestimmung abgewehrt wurden, (4) aber auch hinsichtlich der politischen Praxis einer auch vom DHV geforderten „nationalen Erneuerung“ in Deutschland. Bei aller radikalen Rhetorik gegen die Weimarer Demokratie, die insbesondere darauf gerichtet war, den politischen Einfluss von Sozialdemokraten und Kommunisten auszuschalten, hatte der Verband doch einen pragmatischen Umgang mit den Institutionen der Republik gelernt. Darauf glaubten die DHV-Spitzenfunktionäre letztlich auch die NSDAP verpflichten zu können, nach Möglichkeit in einem Bündnis mit dem Zentrum und in der Form einer ‚autoritären Demokratie‘ Brüning'scher Präsidialkabinette.

Nicht zuletzt war es diese Ambivalenz in den Beziehungen des DHV zur NSDAP, verbunden mit einem übersteigerten Selbstverständnis, dass der DHV „die nationale Bewegung der Dauer“ sei, im Gegensatz zu Parteien, „die aufsteigen und wieder vergehen“ (Bechly), die dazu führte, dass die Spitzenfunktionäre des Handlungsgehilfen-Verbandes den totalitären Charakter der NSDAP verkannten. Deren Machtanspruch aber konnte weder autonome Massenorganisationen noch konkurrierende Deutungsinstanzen für ein „neues

Deutschland“ neben sich dulden. Die aus dieser Differenz resultierende politische und soziale Ausgrenzung führender DHV-Funktionäre durch das NS-Regime im Zuge der Gleichschaltung war daher nur konsequent und bildete schließlich bei einigen von ihnen den Ausgangspunkt für Resistenz gegenüber dem NS-Regime und für die Beteiligung am politischen Widerstand.

# Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR

Von Christian Schwießelmann

## 1. Einleitung

Über die Rolle der CDU in der SBZ und DDR hat sich die politische Öffentlichkeit manch ein Scharmützel geliefert. Je nach politischem Lager pendelten die Bewertungen zwischen zwei Extremen: die unionsnahe Publizistik betonte die Opferrolle aufgrund einer gewaltsamen Gleichschaltung in den Jahren 1948 bis 1952; unionsferne, betont „linke“ Journalisten und manche Sozialdemokraten stellten die Mittäterschaft einer bereitwilligen Blockpartei im SED-Staat heraus. Die Urteile der Historiker fielen differenzierter aus; sie haben auf der Grundlage der offenen Parteiarchive die Mosaikstücke der Parteigeschichte mittlerweile bis zum Mauerbau 1961 zusammengefügt und die Einseitigkeiten der DDR-Historiographie korrigiert.<sup>1</sup> Dabei entstand ein überaus differenziertes Bild der Ost-CDU, das zusehends auch regional- und lokalgeschichtlich an Farbe gewinnt.

Während die Unionsgeschichte im Süden Mitteldeutschlands mit beachtlichen biographischen Schattierungen<sup>2</sup> und organisationsgeschichtlichen Nuancen<sup>3</sup> nachgezeichnet wird, muss für den Norden bislang mit dem apologetischen Schrifttum der DDR-CDU vorlieb genommen werden.<sup>4</sup> Erst in jüngster

---

1 Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), 2. korr. Aufl., Düsseldorf 1991; Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998; Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch-besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 36), Düsseldorf 2001; Stephan ZEIDLER, *Die CDU in der DDR vor dem Mauerbau (1953–1961)*, Bonn 2001.

2 Vgl. Thomas SPECKMANN, *Lebensweg in zwei deutschen Diktaturen. Der Eichsfelder Christdemokrat Hugo Dornhofer*, in: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik, III/2008, S. 11–13. Ausführlich dazu bei: DERS., *Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896–1977*, Rudolfstadt 2003.

3 Mike SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ – Die Junge Union in Sachsen 1945–1950*, mit einem autobiographischen Essay von Wolfgang MARCUS, Göttingen 2004.

4 Vgl. Hans KOCH, *Dem Fortschritt zugewandt. Eine Untersuchung über die Mitarbeit des CDU-Landesverbandes Mecklenburg in der antifaschistisch-demokratischen Revolution und bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (1945 bis 1949)*, Berlin-Ost 1974; DERS., *Von der Erkenntnis zur Tat. Zur Geschichte des Landesverbandes Mecklenburg der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands von der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Bildung der Bezirke (1949 bis 1952)*, Berlin-Ost 1975. Vgl. auch Friedrich KIND, *Christliche Demokraten im Ringen um eine neue Demokratie. Zur Entwicklung und zum Beitrag des Landesverbandes Brandenburg der CDU*

Zeit gibt es zumindest für die CDU Mecklenburg-Vorpommern – ab 1947 nur noch Mecklenburg – Versuche, die „weißen Flecken“ der postmarxistischen Parteigeschichtsschreibung zu tilgen.<sup>5</sup> Anders als in der CDU Thüringen oder Sachsen vollzog sich die Gleichschaltung des mecklenburgischen Landesverbandes auf leiseren Sohlen, weil hier von Anbeginn ein nachgiebiger Landesvorstand um den höheren Ministerialbeamten Reinhold Lobedanz wirkte. Die geräuschlose Kollaboration des mecklenburgischen CDU-Führungszirkels, der im Wesentlichen aus Mitgliedern der früheren Schweriner DDP-Ortsgruppe bestand, mit der SED-Landesparteiorganisation und der Sowjetischen Militäradministration Mecklenburgs hatte subkutan einer sanften Kompromisslinie des Landesverbandes Vorschub geleistet. Im vorauseilenden Gehorsam beseitigten neben Lobedanz die langjährigen Landesvorstandsmitglieder Carl Garz, Heinrich Albert, Werner Pöhls und Hans Wittenburg jeden Widerstand gegen den Anpassungskurs.

Opposition regte sich vor allem im Wirtschaftsministerium unter Siegfried Witte und in der Landtagsfraktion. Während die Landtagsfraktion bereits bei der Absetzung des CDU-Zonenvorsitzenden Jakob Kaisers Ende 1947/Anfang 1948 mit ihrem unbeugsamen Fraktionsvorsitzenden Werner Jöhren – zugleich Usedomer Landrat – einen wichtigen Opponenten der SED verlor, konnte der Widerstand des Wirtschaftsministeriums erst 1950 gebrochen werden. Der Sturz Siegfried Wittes als Wirtschaftsminister hatte durchaus Symbolkraft; er war das Signal zu einer Säuberungskampagne der SED, die sich gegen alle „reaktionären Elemente“ in den bürgerlichen Landesparteien richtete.

Nach 1950 erfolgte der Umbau der CDU zu einer zentralistischen Kaderpartei nach dem Vorbild der SED.<sup>6</sup> Der seit 1949 amtierende Generalsekretär Gerald Götting riss die Kompetenzen an sich, wohingegen dem Parteivorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke nur noch Repräsentationsaufgaben verblieben. Auf Landesebene wiederholte sich diese Entmachtung der Vorstände. Für den reibungslosen Befehlsfluss von oben nach unten sorgte in Mecklenburg der Landessekretär Hansjürgen Rösner; der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz, der als einziger Landesparteichef die Parteisäuberung 1950 überstanden hatte, fungierte im Amt des Länderkammerprä-

---

*innerhalb der politischen Organisation der Gesellschaft während der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945–1949)*, Berlin-Ost 1984.

5 Vgl. Christian SCHWIEßELMANN, *Norddeutsch, protestantisch, liberal – Gründerpersönlichkeiten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern*, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 13 (2006), S. 25–46. Vgl. auch DERS., *Die CDU in Mecklenburg und Vorpommern 1945 bis 1952. Von der Gründung bis zur Auflösung des Landesverbandes. Eine parteiengeschichtliche Darstellung*, Diss., Rostock 2008 (Druck 2010: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 58).

6 Vgl. Stephan ZEIDLER, *Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952–53*, Hamburg 1996.

sidenten als altväterliches „Aushängeschild“ der mecklenburgischen Union. Als die SED auf ihrer II. Parteikonferenz im Juli 1952 den Aufbau des Sozialismus beschloss und die verfassungsmäßige Ländergliederung mit einem Federstrich beseitigte, wurden die bürgerlichen Parteien gar nicht erst gefragt. Ohne Gegenwehr übernahmen die Blockparteien die Bezirksgliederung und verankerten diese sowie den „demokratischen“ Zentralismus als neues Organisationsprinzip in ihrer Satzung. Der Landesverband Mecklenburg wurde aufgelöst, an seine Stelle traten nun die Bezirksverbände Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.

Im Nachfolgenden geht es weniger darum, die Entwicklungslinien der CDU in den drei Bezirksverbänden im Norden in chronologischer Folge zu skizzieren.<sup>7</sup> Vielmehr soll in einem systematischen Aufriss der Frage nach der Bedeutung der christlichen Blockpartei im sozialistischen Mehrparteiensystem der DDR nachgegangen werden. Hinzu kommen weitere erkenntnisleitende Fragen: Welche Mechanismen und Instrumentarien benutzte die SED zur Anleitung und Kontrolle der CDU-Bezirksverbände? Änderte sich die Funktion der Satellitenparteien im Verlauf der DDR-Geschichte auf Bezirksebene? Als Arbeitshypothese steht im Raum, dass es sich bei der Ambivalenz zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung der CDU und der anderen kleinen Blockparteien um ein Phänomen handelte, das systemimmanent war und aus dem auszubrechen erst nach der Herbstrevolution 1989 gelang.

## *2. Anleitung- und Kontrollmechanismen der SED*

Im Gegensatz zu den reinen kommunistischen Einparteiensystemen in der UdSSR, Rumänien und Ungarn war die Einparteienherrschaft der SED in der DDR durch die Existenz mehrerer kleinerer Parteien camouffiert. CDU und LDP wurden mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht von eigenständigen Parteien zu SED-abhängigen Blockparteien transformiert, DBD und NDPD waren dies von Anfang an. Letztere verdankten ihre Gründung 1948 dem sowjetischen Wunsch nach Schwächung des bürgerlichen Lagers, das der Sowjetisierung von Staat und Gesellschaft immer noch wirksamen Widerstand entgegengesetzte. Die nichtkommunistischen Parteien hatten dreierlei Funktionen im politischen System der DDR: (1) eine Alibifunktion zur Verschleierung der SED-Diktatur, (2) eine gesamtdeutsche Funktion zur politischen Arbeit in der Bundesrepublik und (3) eine Transmissionsfunktion, die sich bei der CDU vor

---

<sup>7</sup> Siehe dazu Christian SCHWIEBELMANN, *Die CDU im Norden der DDR 1952 bis 1961. Ein Blick hinter die Kulissen einer Blockpartei in den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin*, in: *Zeitgeschichte Regional 1* (2009), S. 37–57.

allem auf die Transmission der SED-Politik in die christlichen Bevölkerungskreise beschränkte.<sup>8</sup>

#### Der Parteiapparat der SED als Anleitungsorgan

Wegen dieser systemstabilisierenden Funktionen gehörten die kleineren Blockparteien neben den Massenorganisationen und dem vollkommen kommunistisch penetrierten Staatsapparat zu den wichtigsten Machtstützen der SED. Zur Kontrolle der „Blockpartner“ und „befreundeten Organisationen“ hatten die Einheitssozialisten spezielle innerparteiliche Anleitungsmechanismen entwickelt, die alle Parteigliederungen durchzogen. In ihrem ZK-Apparat existierten Abteilungen, ohne deren Einwilligung keine wichtige Personal- und Sachentscheidung in den Blockparteien gefällt werden durfte. Spiegelbildlich zum ZK richtete die SED in ihren Bezirks- und Kreisleitungen Abteilungen für „Leitende Organe der Partei und Massenorganisationen“ ein. Innerhalb dieser Abteilungen war ein Sektor „Befreundete Organisationen“ dafür zuständig, sich „mit den Problemen der ideologischen, politischen und organisatorischen Arbeit der Blockparteien“<sup>9</sup> zu beschäftigen. Die dort beschäftigten Instruktoren waren gut vernetzt, trafen sich zu regelmäßigen Arbeitsberatungen und sollten die „befreundeten“ Parteien und Organisationen direkt anleiten. So sah der Arbeitsplan des Instruktors Günter Wroblewski in der Rostocker SED-Bezirksleitung regelmäßige Aussprachen mit den Vorsitzenden der anderen Blockparteien vor. Der SED-Instrukteur sollte die einzelnen Kreise visitieren und das Sekretariat der Bezirksleitung sowie das ZK darüber informieren.<sup>10</sup>

Die SED verfügte damit über ein Sensorium, um die politischen Einstellungen in den kleineren Blockparteien zu erfassen. Bei der Überprüfung des Kreises Ribnitz-Damgarten konstatierte Wroblewski beispielsweise, dass die Verhaftung des CDU-Außenministers Georg Dertinger im Januar 1953 die innere Lage der Union verändert habe. Die Mitglieder äußerten ihre Meinungen nur noch zurückhaltend, da sie mit weiteren Verhaftungen rechneten.<sup>11</sup> In den Kreisen Grimmen, Wolgast und Rügen war die CDU nach Ansicht des Instruktors sogar zu offener „Feindtätigkeit“ übergegangen. Die Einheitspartei währte die Ostbüros der West-CDU und West-SPD am Wirken und ließ vom Staatssicherheitsdienst vier CDU-Funktionäre festnehmen. Angesichts der

8 Vgl. Hermann WEBER, *Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 16–17/96, S. 3–11.

9 LAG (Landesarchiv Greifswald) Rep. IV/2/15/1366, Bl. 34, Direktive des ZK der SED über die Arbeitsweise der Abteilung Leitende Organe der Partei- und Massenorganisationen beim ZK und den Landesleitungen vom 18.2.1952.

10 Vgl. LAG Rep. IV/2/15/1368, Bl. 1–31, Arbeitspläne für das Fachgebiet „Befreundete Organisationen in der Bezirksleitung, hier: Bl. 3.

11 Vgl. LAG Rep. IV/2/15/1366, Bl. 39–41, Bericht des Instruktors für befreundete Organe vom 15.1.1953.

Agentenhysterie zeigte sich selbst der CDU-Bezirkstagsabgeordnete Anton Lorenz aus Wismar verunsichert: „Jetzt ist Dertinger dran, wann wird Nuschke dran sein? Dann sind wir fertig“.<sup>12</sup>

Aufmerksam registrierte die SED im Bezirk Rostock zudem die Reaktion der Union auf die Enteignung der Ostseehotellerie im Rahmen der Aktion „Rose“ 1953. Diese Willkürmaßnahmen, eine Variation des stalinistischen Terrors jener Zeit, hatten die CDU-Mitgliedschaft ebenso verängstigt wie die Bevölkerung. Massenhaft kehrte sie ihrer ohnmächtigen Partei den Rücken. Die SED-Bezirksleitung sah die CDU im Krisenjahr 1953 in einer ernsten Situation, prangerte die „Inaktivität“ der Unionsbasis und die „Dominanz reaktionärer Kräfte“ an. Zielstellung der SED-Instrukteure war es deshalb, die „Reaktionäre“ unschädlich zu machen und „progressive Funktionäre“ zu stärken. Um diese Differenzierungstaktik durchzusetzen, sollten sie Einfluss auf die Kaderpolitik der CDU nehmen. Zuvor musste sie in Erfahrung bringen, „wen kann man durch progressive Kräfte in den Kreis- bzw. Bezirksvorstand lancieren“.<sup>13</sup> Bei der vom CDU-Hauptvorstand forcierten Auswechslung „unzuverlässiger Funktionäre“ musste der SED-Apparat Obacht geben, dass nicht die falschen, „positiven“ Kräfte ihr Amt verloren.

Insbesondere in den 1950er Jahren fielen die Einschätzungen der SED-Sektorenleiter über die „befreundeten“ Parteien wenig freundlich aus. Das Misstrauen der Einheitssozialisten gegenüber den anderen Blockparteien saß noch tief. Im Bezirk Schwerin rieb sich z. B. die NDPD an der Bezeichnung als „kleinbürgerlich-demokratische Partei“, die sich innerhalb der Staatspartei für die kleinen Parteien eingebürgert hatte. Die SED musste sich eingestehen, dass es den Blockparteien nicht gelang, die bürgerlichen Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Der Hauptvorwurf lautete, dass es die Funktionäre der Blockparteien nicht verstünden, in der Sprache dieser Schichten zu sprechen und deshalb ihr Einfluss so gering wäre. Statt sich um ihre Aufgaben zu kümmern, träten CDU und LDP in Konkurrenz zur SED bzw. DBD und würben verstärkt um Arbeiter und Bauern.<sup>14</sup>

Die SED-Bezirksleitungen waren im Bilde über die Mitgliederentwicklung der Blockparteien, die Stärkeverhältnisse in den Volksvertretungen sowie über deren soziale Zusammensetzung. Insbesondere das Interesse an der sozialen Schichtung der Blockparteimitglieder verriet, dass bei aller Suprematie der Einheitspartei ein gewisses politisches Konkurrenzdenken immer noch vorhanden war. CDU und LDP standen dabei unter stärkerer Beobachtung als

---

12 Ebd. Bl. 57, Bericht über die Tätigkeit der befreundeten Organisationen im Bezirk Rostock vom 21.3.1953.

13 Ebd. Bl. 217, Auswertung der Arbeitsberatung der Instrukteure für befreundete Organisationen beim ZK der SED am 24.11.1953. Anmerkung: „Gen. Mewis zur Kenntnis“.

14 Vgl. LHAS (Landeshauptarchiv Schwerin) 10.34-3-1653, Bericht für Parteiinformation vom 28.5.1954.

NDPD und DBD. In den Agrarbezirken Neubrandenburg und Schwerin ließ die SED eruieren, wie viele Großbauern mit über 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche der CDU angehörten. Stärkeren Einfluss beider Parteien vermutete sie in den Altbauerndörfern der Landkreise Perleberg und Hagenow im Bezirk Schwerin. Allerdings war auch der SED nicht verborgen geblieben, dass das Parteileben der Christdemokraten Mitte der 1950er Jahre in Apathie verfallen war.<sup>15</sup>

Die Kontrollsucht der Einheitspartei ging so weit, dass sie selbst die Zusammensetzung der Orts- und Kreisvorstände der Blockparteien mitbestimmen wollte. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin, Bernhard Quandt, forderte alle 1. Sekretäre der Kreisleitungen im November 1959 unmittelbar vor den Kreisdelegiertenkonferenzen der anderen Blockparteien dazu auf, dass deren neu zu wählenden Kreisvorstände vorab mit den SED-Parteistellen „durchzuberaten“ seien. Nur Mitglieder mit einer positiven „Einstellung zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat“ dürften in den Kreisvorstand gelangen. Zu jeder Partei hatte die Bezirksleitung einen Fragekatalog, der von den Kreisleitungen abzuarbeiten war. Im Falle der Union wollte die SED-Bezirksleitung Schwerin wissen, ob es Tendenzen gab, „daß die CDU (besonders auch in den Ortsgruppen) als Interessenvertreter bestimmter Schichten (z. B. Kirche, Großbauern usw.) auftritt“. Zudem stellte sich die Frage nach der „Opposition in der Mitgliedschaft gegen die politische Linie der CDU“.<sup>16</sup> Damit war klar, dass selbst die Zusammensetzung des ehrenamtlichen CDU-Kreisvorstandes einer Genehmigung durch die SED bedurfte. In Zweifelsfragen hatten die Kreisleitungen Beurteilungen anzufertigen, die der Bezirksleitung dann als Entscheidungshilfe dienten.<sup>17</sup>

Partiell drangen die örtlichen Probleme bis zum ZK der SED vor. Die SED-Bezirksleitungen waren verpflichtet, an den Bezirksdelegiertenkonferenzen der anderen Blockparteien teilzunehmen und eine Grußadresse an die Delegierten zu richten. Im Ergebnis dieses Freundschaftsrituals entstanden Berichte über die Konferenzen, die der für Blockparteien zuständigen ZK-Abteilung vorgelegt wurden. Über die VII. Bezirksdelegiertenkonferenz der CDU in Neubrandenburg 1964 berichtete der SED-Bezirkssekretär Heinz Hermann kritisch nach Berlin: „Die Notwendigkeit einer stärkeren Wirksamkeit des Bezirksverbandes unter der gesamten christlichen Bevölkerung wurde zwar ange-

---

15 Vgl. LHAS 10.34-3-1655, Zusammenstellung von Fragen der Arbeit der Blockparteien auf dem Lande.

16 LHAS 10.34-3-1657, Schreiben der SED-BL Schwerin an alle KL im Bezirk Schwerin vom 16.11.1959.

17 Vgl. LHAS 10.34-3-1666, Bl. 87, Schreiben der SED-KL (Kreisleitung) Parchim an die BL, Büro Quandt, 17.4.1956. Vgl. ebd. Bl. 94, Schreiben der SED-KL Bützow an die BL, Büro Quandt, 2.5.1956. Es enthielt die Einwilligung der Bützower Genossen, dass der Bützower Pastor Schmidt in den CDU-Bezirksvorstand gewählt wurde.

sprochen, musste aber noch einmal im Diskussionbeitrag des Genossen Hermann bekräftigt werden“<sup>18</sup>. Wie die handschriftliche Glosse des ZK-Bearbeiters offenbarte, hatte man in der SED-Zentrale eine andere Auffassung dazu: „Das ist nicht die Aufgabe der CDU – das müssten die Genossen der BL [Bezirksleitung] eigentlich wissen!“<sup>18</sup>

In den 1970er und 1980er Jahren nahm die unmittelbare Intervention der SED in die parteiinternen Angelegenheiten der CDU und anderer Blockparteien tendenziell ab. Dies war vor allem der Selbstdisziplinierung der Blockparteien geschuldet. Nicht mehr die SED, sondern die linientreuen Funktionäre sorgten für die Ausschaltung von Dissidenten und Nonkonformisten in den eigenen Reihen. Beispielsweise zog die CDU 1967 den Berliner Theologie-Professor Hans-Hinrich Jenssen als Volkskammerkandidaten zurück, nachdem dieser auf einer CDU-Mitarbeiterkonferenz den Kirchentag der Evangelischen Landeskirche Greifswald anders beurteilte, als es die Parteilinie vorsah. Jenssen hatte sich für den scharf attackierten Landesbischof Friedrich-Wilhelm Krummacker starkgemacht und den staatlichen Organen Versagen vorgeworfen, weil sie den Kirchentag bei der Essenversorgung und der Bereitstellung von Omnibussen boykottiert hatten. Damit war er als CDU-Volkskammerabgeordneter in den Augen des Parteivorsitzenden Gerald Götting nicht mehr tragbar.<sup>19</sup>

Natürlich ließ sich die Einheitspartei auch in der Spätphase der DDR weiterhin über die Blockparteien berichten. Den entsprechenden Abteilungen und Sektoren der Einheitspartei standen bis zum Zusammenbruch des Realsozialismus 1989 sämtliche vertrauliche Dokumente, Protokolle und Berichte der Blockparteien zur Verfügung. Es gab nichts von Belang, was nicht über den Tisch des SED-Bezirkssekretariats – und sei es nur auf Referentenebene – ging. Geheimniskrämerei innerhalb der Blockparteien war der SED ein Dorn im Auge. So notierte der Mitarbeiter des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg in Vorbereitung eines Gespräches von Johannes Chemnitzer mit den Bezirksvorsitzenden: „Wichtige Aufgabe ist die Information. Unsere Kreisleitungen sind daran interessiert, dass sich der Informationsfluss von den Kreisvorständen zu den Kreisleitungen kontinuierlicher gestaltet. Es gibt Auffassungen bei Kreissekretären der befreundeten Parteien, dass sie ohne Aufforderung keine Informationen geben. Einige Kreissekretäre der befreundeten Parteien tun oft so, als gäbe es gegenüber den Kreisleitungen Geheimnisse. Solche Auffassungen dürften den Einschätzungen von der kameradschaftlichen

---

18 SAPMO-BArch (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv) DY 30/IV A 2/15/63, Bericht der SED-BL Neubrandenburg (Nbg.) über die VII. Bezirksdelegiertenkonferenz des CDU-BV Nbg., o. D.

19 Vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV A 2/15/50, Schreiben des CDU-Parteivorsitzenden Gerald Götting an das ZK der SED, Gen. Köhler, 15.6.1967.

Zusammenarbeit mit der SED entgegenstehen“.<sup>20</sup> Gemeint waren damit vor allem die CDU-Kreissekretäre in den Kreisverbänden Altentreptow, Demmin, Malchin, Pasewalk, Teterow und Waren. In Waren und Altentreptow weigerten sich die CDU-Funktionäre, den Mitarbeitern der SED-Kreisleitung Auskunft über die Mitgliederbewegung innerhalb der CDU zu geben. Besonders befremdete die SED, dass die CDU aufnahm, „wer aufgenommen werden will und wenn es Bürger sind, die bereits das Rentenalter erreicht haben“.<sup>21</sup>

### CDU-eigene Kontrollinstrumente

1950 hatte die CDU nach dem Vorbild der SED damit begonnen, die Partei mithilfe von Instruktoren auf die Linie des gleichgeschalteten Hauptvorstandes zu bringen. Das Instruktorswesen war Ausdruck der Parteientransformation der Union zu einer Kaderpartei. Noch während der Parteisäuberung setzte die Hauptabteilung Organisation Oskar Amthor als Chefinstrukteur ein, der in dieser schwierigen Phase allerdings relativ planlos agierte. Im Februar 1953 strukturierte der Generalsekretär das Instruktorswesen um. Er richtete ein Referat „Operativer Einsatz“ ein, das Aribert Konieczny leitete, welchem wiederum die Parteiinstruktoren Franz Lukowiak und Oskar Amthor unterstellt waren. Zur besseren Planbarkeit der Einsätze wurde das Gebiet der DDR in drei Instruktorsbezirke eingeteilt: (1) Rostock – Schwerin – Neubrandenburg – Suhl – Berlin; (2) Potsdam – Frankfurt – Cottbus – Dresden; (3) Magdeburg – Halle – Erfurt – Gera – Leipzig. Nach der Überprüfung der Kreis- bzw. Bezirksverbände hatten die Instruktoren nach einem verbindlichen Schema Berichte zu verfassen, die vor allem auf die Beseitigung von Mängeln in der Parteiarbeit abstellten.<sup>22</sup>

In den CDU-Bezirksverbänden des Nordens ließ die Parteileitung vermehrt 1953/1954 solche Instruktoreinsätze durchführen, weil sich die Parteiarbeit auf einem Nullpunkt befand. Der Instrukteur Franz Lukowiak fungierte dabei als der verlängerte Arm der SED-Politik, die er gegen den Widerwillen der meisten Mitglieder durchsetzen sollte. Als Lukowiak im März 1954 den Bezirk Rostock inspizierte, traf er wie in Greifswald auf zahlreiche kompromisslose Kreisfunktionäre: „Der Kreisvorsitzende Ufrd. [Unionsfreund] [Walter] Lehmann hat scheinbar noch nicht begriffen, was die führende Rolle der Arbeiter-

---

20 LHAS IV/C/2.15/565, Papier des Mitarbeiters des 1. Sekretärs der SED-BL Nbg., Gen. Fröse, zur Vorbereitung des Treffens mit den Bezirksvorsitzenden der Blockparteien, o. D.

21 LHAS IV/C/2.15/564, Information der SED-BL Nbg. über die Mitgliederbewegung in den befreundeten Parteien, Gen. Fröse, 3.4.1973.

22 Vgl. ACDP (Archiv für Christlich-Demokratische Politik) 07-011-1365, Bericht der CDU-Hauptabteilung Organisation über die Tätigkeit der Instruktoren der Parteileitung, 21.9.1953. Vgl. auch ebd., Schema des Instrukteur-Berichts.

klasse bedeutet, denn bei dem Vorschlag des Instruktors, eine Grußadresse an den IV. Parteitag der SED zu verfassen und den Kreissekretär der SED zur Kreisdelegiertenkonferenz einzuladen, meinte Ufrd. Lehmann, dann geben wir die Selbstständigkeit unserer Partei auf. An diesem Ausspruch erkennt man, welche Unklarheit selbst im Kreisvorstand vorhanden sein muß und hier muß eine intensive Aufklärungs- und Schulungsarbeit geleistet werden, um die Unionsfreunde von der Richtigkeit des Weges der CDU zu überzeugen“.<sup>23</sup>

Gerade in den krisenhaften 1950er Jahren glichen die Instruktureinsätze der CDU-Parteileitung mehr den Löscheinsätzen der Feuerwehr als einem weitsichtigen, strategischen Vorgehen. Im August 1953 musste der Instrukteur Aribert Konieczny bei seiner Inspektion des Kreisverbandes Wolgast deeskalierend eingreifen, nachdem der CDU-Stadtrat Kotte aufgrund angeblich staatsfeindlicher Äußerungen in der Einwohnerversammlung inhaftiert worden war. Der Vorfall hatte sich mit den üblichen Verzerrungen und Ausweitungen bis in die SED-Bezirksleitung Rostock herumgesprochen, so dass der 1. Sekretär Karl Mewis im Bezirksblockausschuss beklagte, die CDU habe zur Sabotage der Ablieferung auf der Insel Usedom aufgerufen. Da der Kreissekretär Holthoth nicht intervenierte, wurde er abberufen.<sup>24</sup> Ein ähnlicher Sondereinsatz war zwei Monate später im Kreisverband Malchin in der Ortsgruppe Gielow vonnöten, weil der Bezirksvorstand Neubrandenburg 70 Mitglieder wegen Passivität aus der Partei ausgeschlossen hatte. Diese hatten seit 1950 keine Beiträge mehr gezahlt und sich geweigert, an den Parteiveranstaltungen teilzunehmen. Sie opponierten gegen den offiziellen Kurs der CDU unter Otto Nuschke. Die Ursache dafür suchte die Partei im Wirken des geflüchteten ehemaligen Kreissekretärs Schwäbig und des Ortsgruppenvorsitzenden Mamerow. Ernüchternd hieß es dazu im Instruktorsbericht: „Die Parteiarbeit ist vollkommen eingeschlafen und es muß schnellstens eine Aktivierung der Parteiarbeit erfolgen“.<sup>25</sup>

Die Instruktureinsätze wiederholten sich in späteren Jahrzehnten unter der Bezeichnung „Brigadeeinsätze“. Dabei erfuhr die Parteileitung manches Mal, was ohnehin schon jeder wusste, nämlich dass einige Kreissekretäre ihre Mitgliederbilanzen „frisieren“. Eine solche Manipulation fiel der Brigade Erfurth z.B. bei der Untersuchung der Jahresstatistik 1975 des Bezirksverbandes Schwerin ins Auge. In Lübz hatte der Kreissekretär 1973/1974 insgesamt 35 Neuaufnahmen fingiert. Der Kreissekretär wurde vom Bezirkssekretariat mit einer Disziplinarstrafe belegt und seine Absetzung nach Rücksprache mit dem

---

23 Ebd., Bericht von Franz Lukowiak über seinen Einsatz vom 4.3. bis 26.3.1954 in verschiedenen Bezirken, 1.4.1954.

24 Vgl. ebd., Instruktorsbericht von der Überprüfung des KV Wolgast am 12.8. u. 14.8.1958, 17.8.1953.

25 Ebd., Instruktorsbericht über den Sondereinsatz im BV Nbg. am 5. u. 9.10.1953, 9.10.1953.

Sekretariat des Hauptvorstandes vorbereitet. Vom Gadebuscher Kreissekretär Manfred Schöwe trennte sich der Bezirksverband aufgrund unseriöser Werbemethoden sofort. Der Schweriner Bezirksvorsitzende Hans Koch veranlasste, dass die Regeln des Aufnahmeverfahrens strikter eingehalten wurden.<sup>26</sup> Im Kreisverband Hagenow kritisierten die Instrukteure der Parteileitung 1984 falsche statistische Angaben im Hinblick auf die Veranstaltungsdurchführung und die Mitgliederbeteiligung daran. Der Kreissekretär Gerhard Schwarz wurde „eindringlich“ aufgefordert, „exakte und wahrheitsgetreue Angaben zu machen“.<sup>27</sup>

Die Berichte der Brigadeeinsätze in den 1970er und 1980er Jahren fingen zunehmend auch die kritischen Stimmen der Basis zu den realsozialistischen Alltagsproblemen ein, den Versorgungsmängeln und Vernachlässigungen des Straßenbaus sowie der Altbausubstanz. In christlichen Kreisen und unter Pfarrern waren sogar Zweifel an der Richtigkeit des sozialistischen Menschenbildes, der Allmacht des SED-Politbüros sowie an den Einschränkungen der Bürger- und Menschenrechte zu vernehmen.<sup>28</sup>

Die Brigadeeinsätze ermöglichten der Parteileitung im Kontrast zur parteiinternen Berichterstattung einen ungeschönten Blick auf die Parteiarbeit vor Ort. Nach Einsätzen im Bezirksverband Schwerin 1984 bilanzierte die zuständige Abteilung Parteiorgane beim CDU-Hauptvorstand die Mängel: Tatsächlich versammelten sich manche CDU-Ortsgruppen nur einmal pro Jahr anstatt quartalsweise, wie es vom Sekretariat des Hauptvorstandes vorgeschrieben war. Die „gesellschaftliche Mitverantwortung“ lastete zumeist auf den Schultern weniger hauptamtlicher „Multifunktionäre“, während sich die Parteibasis völlig passiv verhielt. Die Maßnahmepläne der Kreisverbände glichen oft denen des Vorjahres und auch die Verbindungen in den kirchlichen Raum waren in den meisten Fällen formeller Natur.<sup>29</sup>

Als Instrument zur „ideologischen Klärung“ und Steuerung der CDU darf das Instrukteurswesen nicht unterschätzt werden. Dies gilt umso mehr, als die vertraulichen Berichte wichtiger CDU-Brigadeeinsätze wie z. B. während der Vollkollektivierung der Landwirtschaft um 1960 der Abteilung „Befreundete Organisationen“ im ZK-Apparat der SED zugespielt wurden.<sup>30</sup>

---

26 Vgl. ACDP 07-011-5690, Mitteilungen der Brigade Erfurth an Ufr. (Unionsfreund) Lechtenfeld betr. Einsatzes im BV zur Untersuchung einiger Ergebnisse der Jahresstatistik 1974 vom 26.3.1975. Vgl. auch ebd., Schreiben des CDU-Bezirksvorsitzenden Hans Koch an alle KV vom 7.1.1975.

27 Ebd., Bericht über die Wirksamkeit der Brigade im KV Hagenow vom 10. bis 21.9.1984.

28 Vgl. ebd., Bericht des Brigadeeinsatzes des SHV, Abt. Parteiorgane, vom 27.3. bis 30.3. im Bezirksverband Schwerin zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 1979, 6.4.1979.

29 Vgl. ebd., Schreiben des SHV, Abt. Parteiorgane, Sektorenleiter Ruminski, „Hinweise, die sich aus dem Brigadeeinsatz im Bezirksverband Schwerin ergeben“, 19.11.1984.

30 Vgl. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/15/44, Bl. 310–312, Bericht über den Einsatz einer Brigade der CDU-Parteileitung im Kreisverband Hagenow, Bezirk Schwerin, 13.8.1959. Der

## Demokratischer Block und Nationale Front

Die „antifaschistischen Einheitsfrontausschüsse“, in die die Parteien in der SBZ gewissermaßen hineingegründet waren, wurden 1949 in „Demokratischer Block“ umbenannt. Der „antifaschistische“ Gründungsmythos der DDR bezog seine Legitimation zu einem Großteil aus der Existenz dieser Blockausschüsse. Nach dem Einstimmigkeitsprinzip herrschte hier 1945 zunächst Parität zwischen den vier Parteien, die aber schon 1946 durch die Bildung der Einheitspartei aufgehoben wurde. Infolge der Einbeziehung der 1948 gegründeten Konkurrenzparteien DBD, NDPD und der Massenorganisationen verschmälerte sich der Spielraum von CDU und LDP zusätzlich.

Ursprünglich als vorparlamentarische Institutionen vorgesehen, blieben die Blockausschüsse auch nach der Konstituierung der Landesparlamente 1946 und der Einrichtung von Bezirkstagen 1952 bestehen. Hier wurden wichtige Entscheidungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation der SBZ/DDR im Sinne der SED präjudiziert. Wenngleich die Bedeutung der Ausschüsse nach Gründung der DDR und der Nationalen Front 1949 zurückging, waren die regelmäßigen Blocksitzungen ein wesentliches Instrument der SED zur Kontrolle der nichtkommunistischen Parteien. Insbesondere in den 1950er Jahren waren diese Disziplinierungsmechanismen in den drei Nordbezirken noch sichtbar.

Nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 musste sich z. B. der CDU-Bezirksvorstand Rostock im Bezirksblockausschuss scharfe Kritik gefallen lassen. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl Mewis kritisierte heftig, dass der Vorstand untätig blieb, als Mitglieder in Grevesmühlen und Wolgast zum Sturz der „Volksmacht“ aufriefen.<sup>31</sup> Für die Einheitspartei sprach die Union mit doppelter Zunge: Während in den Kreisverbänden sogar die Blockpolitik in Frage gestellt worden sei, würden die CDU-Vertreter in den Bezirksblocksitzungen stets „positive Erklärungen“<sup>32</sup> abgeben. Eine solche Erklärung des CDU-Bezirksvorsitzenden Otto Sadler nutzten die DBD- und NDPD-Blockvertreter im Oktober 1953 zu weiteren Attacken gegen die Union, die immer noch „Provokateure“ beherberge. Diese Reibereien unter den „kleinen“ Parteien setzten sich in den Folgejahren fort. Der stellvertretende Rostocker Bezirksvorsitzende Johannes Jüsgen protestierte bei der SED-Bezirksleitung gegen das Auftreten der NDPD, die der CDU ihre Rolle als Mittelstandspartei streitig machen wollte und den Vorsitz in der Handwerkskammer und der IHK auf Bezirksebe-

---

Bericht wurde der SED-Bezirksleitung Schwerin vom ZK zur Verfügung gestellt. Siehe dazu Bl. 309, Schreiben der BL Schwerin an das ZK der SED vom 10.11.1959.

31 Vgl. LAG (Landesarchiv Greifswald) Rep. IV/2/15/1368, Bl. 46–48, Sitzungsprotokoll des Demokratischen Blocks im Bezirk Rostock vom 3.9.1953.

32 LAG Rep. IV/2/15/1366, Bl. 148, Gesamteinschätzung der vier Bezirksvorstände der befreundeten Organisationen im Bezirk Rostock vom 13.7.1953.

ne für sich beanspruchte.<sup>33</sup> Die SED befand sich als „führende“ Partei in der komfortablen Situation eines Schiedsrichters wieder.

Sowohl im Bezirksblockausschuss Rostock als auch im Schweriner Pendant hatte die SED im Sommer 1953 Entschließungen eingebracht, um die Blockpolitik auf Kreisebene zu revitalisieren. Eine SED-interne Mängelanalyse hatte ergeben, dass in erster Linie die Grundorganisationen und Kreisleitungen der Einheitspartei die „Arbeit mit den anderen Parteien“ unterschätzten. So habe es die SED verabsäumt, den progressiven Kräften in den anderen Parteien die nötige Unterstützung zu geben. Die Einheitspartei sagte vor allem jenen Genossen den Kampf an, die Blockparteien generell missachteten oder abwerteten. In Hagenow maßregelte die SED-Kreisleitung ihren Parteisekretär Kubat, der in Gegenwart des CDU-Stadtrates Max Christiansen erklärt hatte, dass man die Unionsmitglieder bei Abstimmungen nicht gebrauchen könne, da die gesamte Partei ein „unzuverlässiger Haufen“<sup>34</sup> sei. Immer wieder ist in den Blockprotokollen der 1950er Jahre von „sektiererischen“ Erklärungen einzelner SED-Genossen gegenüber den Blockparteien die Rede, die es auszumerzen gelte.

Unter dem Dach der Nationalen Front waren neben den Parteien und Massenorganisationen weitere gesellschaftliche Träger, Vereinigungen und Verbände versammelt, so dass die SED dieses noch umfassendere bündnispolitische Machtinstrument zur „sozialistischen Volksbewegung“ und zu einem „untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Demokratie“<sup>35</sup> stilisieren konnte. Die Mitarbeit der CDU in den örtlichen Ausschüssen der Nationalen Front ließ in den 1950er Jahren aus Sicht der Einheitspartei zu wünschen übrig. Der Kreissekretär der Nationalen Front Ludwigslust beklagte sich 1954 in einer Schweriner Konferenz des Bezirksblocks über die Teilnahmslosigkeit der Union: „Der Zustand in der CDU ist so, daß in einem dreiviertel Jahr jetzt der 3. Kreissekretär da ist und daß wir als Kreisausschuss der Nationalen Front durch die CDU so gut wie gar keine Unterstützung haben“.<sup>36</sup> Faktisch lastete die Mitarbeit in der Nationalen Front auch hier wieder auf dem Rücken des hauptamtlichen Kreisfunktionärs.

33 Vgl. LAG Rep. IV/2/15/1367, Schreiben der SED-BL Rostock an das ZK der SED vom 2.12.1954.

34 LHAS 10.34-3-1653, Beschluss der SED-BL Schwerin zur Verwirklichung des Beschlusses des Politbüros über die Verbesserung der Blockarbeit, o. D.; vgl. ebd., Scheiben des ZK an die 1. Sekretäre der BL und KL vom 25.8.1953 betr. Maßnahmen zur Aktivierung der Blockpolitik. Siehe auch Bericht über die „Lage in den Blockparteien im Bezirk Schwerin und die Verbesserung derselben“.

35 *Kleines Politisches Wörterbuch*, Berlin (Ost) 1973, S. 576.

36 LHAS 10.34-3-1654, Sitzungsprotokoll der Bezirksblockkonferenz vom 24.6.1954 im Haus der Pioniere Schwerin.

Durch die Bildung der Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ in der Nationalen Front versuchte die SED Mitte der 1950er Jahre auf dem Feld der Kirchenpolitik an Boden zu gewinnen, nachdem die CDU ihre Transmissionsaufgabe nur unzureichend erfüllte. Allerdings zeigte sich auf regionaler Ebene auch, dass die Arbeit der Nationalen Front auf eben die gleichen Schwierigkeiten stieß, mit denen auch die CDU im kirchlichen Raum zu kämpfen hatte. Die Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ kamen in den Nordbezirken oft erst Anfang der 1960er Jahre zustande, ihre Aktivitäten beschränkten sich – wie die Bezirksorganisation der Nationalen Front Neubrandenburg einschätzte – „vornehmlich auf Mitglieder der CDU“.<sup>37</sup> Im Bezirk Schwerin war z. B. der Pastor Dietrich Scheidung aus Boizenburg über Jahre hinweg Vorsitzender dieser Arbeitsgruppe der Nationalen Front.

Die Strukturen von Blockpolitik und Nationaler Front verknöcherten in den 1970er und 1980er Jahren zunehmend. Das Treffen der Blockparteien auf Bezirksebene war Ende der 1980er Jahre zu einem formellen Ergebnisritual verkommen, das kaum noch steuernde oder anleitende Wirkung hatte.<sup>38</sup> Mit Sorge beobachtete die SED die schwindende Bindungskraft der CDU bei Theologen und kirchlichen Mitarbeitern. Im Bezirksverband Schwerin ging die Anzahl der Pastoren mit Unionsparteibuch im Zeitraum von 1980 bis 1986 von 12 auf 11 zurück, rückläufig waren auch der Anteil kirchlicher Mitarbeiter (von 31 auf 24) und der Anteil ehrenamtlicher Kirchgemeinderäte bzw. Pfarrvorstände (449 auf 352, in Prozent: 7 auf 4,9) an der Mitgliedschaft. Dies war umso erstaunlicher, als der Bezirksverband im selben Zeitraum um 800 auf 7.237 Mitglieder anwuchs.<sup>39</sup> Die SED-Bezirksleitung Schwerin erklärte sich die Erosion der christlichen Milieuverankerung nicht mit dem systemischen Defekt der Block- und Bündnispolitik, sondern mit einer gewissen „Oberflächlichkeit“ in der politischen Arbeit: „Pastoren halten wenig von der Partei und ihren Funktionären, die in der CDU organisierten Pastoren haben häufig nicht das beste Ansehen bei ihren Amtsbrüdern“.<sup>40</sup>

#### Das Ministerium für Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit war nach der sowjetischen Besatzungsmacht wohl eine der wichtigsten Stützen der SED-Herrschaft. Schon recht frühzeitig nach seiner Gründung 1950 hatte es mit der Beobachtung der Block-

37 Zit. n. Georg DIEDERICH, *Nationale Front und SED-Kirchenpolitik 1949–1961. Regionalstudie an Beispielen aus dem Norden der ehemaligen DDR*, Schwerin 1999, S. 102.

38 Vgl. Klaus SCHWABE, *Ende einer Illusion. Hoffnungen und Enttäuschungen aus 40 Jahren DDR*, Schwerin 1999, S. 144–146.

39 Vgl. LHAS 10.34-3-4933, Bl. 17, Schreiben der Abt. Staat, Recht und Eingaben, Gen. Erich Langschwager, an Gen. Heinz Ziegner, 27.5.1987.

40 Ebd. Bl. 13, Schreiben der Abt. Staat, Recht und Eingaben vom 30.6.1987.

parteien begonnen. Die CDU geriet vor allem wegen der Tätigkeit des Ost-Büros ins Visier des Staatssicherheitsdienstes. Das Ost-Büro ging aus dem West-Berliner Büro des abgesetzten SBZ-CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser hervor, das er als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen nach Kräften unterstützte. Das MfS betrachte das Kaiserministerium als „Bonner Sabotageministerium“ und wollte die „Schädlingsarbeit“ des Ost-Büros unterbinden. Da brisante Informationen über das Unrechtsregime vor allem von geflüchteten Funktionären über die Staatsgrenze transportiert wurden, beauftragte es seine Landesverwaltungen im November 1950 damit, alle geflüchteten CDU-Funktionäre listenmäßig zu erfassen.<sup>41</sup> Ein Jahr später weitete das Ministerium die geheimpolizeiliche Erfassung auf alle Landesvorstände der Blockparteien aus. Das MfS beobachtete nun parallel zum SED-Apparat die Struktur- und Personalveränderungen einschließlich der Mitgliederbewegungen bei ihren Blockpartnern.<sup>42</sup> Innerhalb von CDU und LDP schien der Geheimdienst eine besondere Feindtätigkeit zu vermuten, da diese beiden Blockparteien gemeinsam mit den Kirchen und Sekten gemäß einer Dienstanweisung des damaligen Staatssekretärs Erich Mielke vom September 1952 von der Abteilung VI in die Abteilung V umgruppiert wurden.<sup>43</sup>

Aus dem Juni-Aufstand 1953 zog der Staatssicherheitsapparat, der nach Moskauer Vorbild zum Staatssekretariat zurückgestuft und dem Ministerium des Innern angegliedert wurde, die Konsequenzen, das Netz von qualifizierten Geheimen Mitarbeitern (GM) und Geheimen Informatoren (GI) – die Vorläuferbezeichnungen für Inoffizielle Mitarbeiter (IM) – noch engmaschiger zu knüpfen. Eine interne Analyse im August 1953 hatte ergeben, dass die bürgerlichen Parteien im Vorfeld nicht genügend bearbeitet wurden, „wodurch es feindlichen Kreisen innerhalb dieser Parteien möglich war, ihre Positionen zu festigen und in einigen Bezirken Untergrundbewegungen zu entwickeln“.<sup>44</sup> Unmittelbare Folge war, dass das Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) die Anwerbungen innerhalb der Blockparteien intensivierte. Dies bereitete zu Beginn der 1950er Jahre zwar einige Mühe, aber zur Mitte der Dekade hatten die SfS-Bezirksverwaltungen in allen drei CDU-Bezirksverbänden im Norden der DDR einige effektive Spitzel installiert.

---

41 Vgl. BStU (Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik) MfS-ZA, Dok. Nr. 002366, Dienstanweisung aus der MfS-Zentrale, Richtlinie I/IVa/50, 9.11.1950.

42 Vgl. BStU MfS-ZA, Dok. Nr. 002062, Dienstanweisung der Abteilung VI MfS-Zentrale, Nr. 1/51.

43 Vgl. BStU MfS-ZA, Dok. Nr. 002071, Dienstanweisung des MfS-Staatssekretärs Mielke an alle BV vom 17.9.1952.

44 Zit. n. Jürgen SCHMIDT-POHL, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Sichtbare und geheime Parteitransformation der CDUD in der SBZ und Mitverantwortungs-Diktatur DDR*, Band II/Teil III–V: *Die geheime Transformation der CDUD-Parteileitung Berlin/BV Schwerin 1950–1989*, Schwerin 2003, S. 43f.

Wie sehr sich der Staatssicherheitsdienst der DDR als „Schild und Schwert“ der Einheitspartei verpflichtet wusste, zeigte sich darin, dass er auch im Umgang mit den Blockparteien die SED-Strategie fortsetzte. 1957 wies der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Rostock, Alfred Krauss, die Kreisdienststellen an zu eruieren, warum die Transmissionsfunktion der Blockparteien in die „kleinbürgerlichen Schichten“ versagte.<sup>45</sup> Die Rostocker Bezirksverwaltung überwachte die Blockparteien 1959/1960 ferner unter dem Aspekt, ob sie die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in dem agrarisch geprägten Bezirk in ausreichendem Maße unterstützten. Dabei fiel den MfS-Leuten auf, dass der CDU-Kreisverband Wolgast die Politik der Vollkollektivierung hemmte: „In diesem Kreis war es zum Schluß schwierig, die Bauern, die Mitglieder der CDU sind, für die LPG zu gewinnen. Das war besonders auf eine mangelhafte Arbeit des Kreisvorstandes der CDU zurückzuführen.“<sup>46</sup> Aus diesem Grunde sollten die MfS-Dienststellen die Kandidaten für die neuen Kreisvorstände „aufklären“, Einschätzungen verfassen und „negative“ Kandidaturen durch Rücksprache mit den Bezirksvorständen verhindern.

Die geheimpolizeiliche Kontrolle und die Anleitung der Blockparteien seitens der SED waren eng miteinander verwoben und vollzogen sich nach dem Prinzip „kommunizierender Röhren“. Der jeweilige Leiter der Bezirksverwaltung war kraft Amtes Mitglied der SED-Bezirksleitung und stellte dadurch sogar einen persönlichen Informationsfluss sicher. In mehreren Fällen lassen sich vom MfS erstellte Analysen und Einschätzungen in den Unterlagen der SED-Landes- bzw. Bezirksparteiorganisationen nachweisen. Einen ersten aktenkundigen Bericht über den CDU-Landesverband Mecklenburg verfasste der zuständige Offizier Kluth für die MfS-Landesverwaltung Mecklenburg im August 1950. Danach sei die mecklenburgische Union nach dem Rücktritt des Wirtschaftsministers Siegfried Witte auf einen „fortschrittlichen“ Kurs eingeschwenkt. Misstrauisch vermerkte der MfS-Berichterstatter, dass der Landesvorsitzende Reinhold Lobedanz die CDU nicht mehr als eine bürgerliche, sondern als eine sozialistische Partei herausstrich. Die Stimmungsanalyse des MfS zeigte indessen, dass der Prozess der Parteisäuberung im Sommer 1950 noch nicht abgeschlossen war. Sie listete elf verschiedene Vorkommnisse oppositionellen Verhaltens von CDU-Funktionären im gesamten Land auf und wurde vom Chefinspekteur der MfS-Landesverwaltung Mecklenburg Otto Last der SED-Landesleitung vorgelegt.<sup>47</sup>

---

45 Vgl. BStU Ast. Rst. BdL Nr. 763, Dienstanweisung der MfS-BV Rostock vom 29.3.1957.

46 BStU Ast. Rst. BdL Nr. 400, Arbeitsrichtlinie zur operativen Arbeit in den Blockparteien unter schwerpunktmäßiger Berücksichtigung der sozialistischen Landwirtschaft, MfS-BV Rostock, 9.6.1960.

47 Vgl. BStU MfS-ZA AS 563/67, Bl. 321–322, Bericht der MfS-Landesverwaltung Schwerin, betr. CDU, gez. Kluth, 5.8.1950. Der Bericht findet sich als Durchschlag und

Ganz ähnlich verhielt es sich mit den Einschätzungen und Charakteristiken des Neubrandenburger CDU-Bezirkssekretariats durch den Vorsitzenden der parteieigenen Bezirksuntersuchungskommission Otto Brockmann. Zwar hatte Brockmann den Auftrag zur Charakterisierung seiner Parteikollegen vom 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Johannes Chemnitzer 1964 erhalten; er verschaffte der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg in seiner Eigenschaft als GI „Roland“ aber eine Nachschrift davon.<sup>48</sup> Man kann angesichts dieser Umstände von einer doppelten Herrschaftssicherung gegenüber den Blockparteien sprechen, die einerseits auf offiziellem Wege im Rahmen der Bündnispolitik und andererseits subtil durch geheimpolizeiliche Infiltration geschah.

### *3. Fallbeispiele der geheimpolizeilichen Infiltration der CDU im Norden der DDR*

#### Bezirksverband Neubrandenburg

Im Bezirksverband Neubrandenburg war einer der ersten und wichtigsten GI der Finanzfachmann Otto Brockmann. Brockmann war gelernter Bankkaufmann und schon vor dem Zweiten Weltkrieg in Grabow ansässig, wo er später für die CDU u. a. als Bürgermeister amtierte. 1950 übernahm er kommissarisch den Vorsitz des Kreisverbandes Ludwigslust. Brockmann ließ sich im August desselben Jahres in seinem Ludwigsluster Amtszimmer – er war Kreisrat für Finanzen und stellvertretender Landrat des Kreises Ludwigslust – mit der Begründung für das MfS anwerben, dass er für sein hohes staatliches Gehalt eine Gegenleistung erbringen müsse. Unter dem Decknamen „Roland“ spionierte er zunächst im Kreisvorstand der Union, auf dem Landesparteitag 1952 und in der oppositionellen Grabower Ortsgruppe.<sup>49</sup> Nach der Bildung der Bezirksverbände wurde Otto Brockmann nach Neubrandenburg delegiert, wo der Kontakt zum MfS kurzzeitig abbrach. Die Bezirksverwaltung Neubrandenburg stellte die Verbindung aber bald wieder her, da Brockmann als Mitglied des Bezirksvorstandes und Vorsitzender der Bezirksuntersuchungskommission wertvolle

---

paraphiert von Otto Last, dem Chefinspekteur der MfS-Landesverwaltung, in den Unterlagen der SED-Landesleitung zur CDU Mecklenburg 1946 bis 1952 wieder. Vgl. LHAS 10.34-1, Nr. 591, Bl. 97–98.

48 Vgl. LHAS IV/1/00/1563, handschriftliche Charakteristiken des CDU-Bezirkssekretariats Nbg. von Otto Brockmann, o. D. [1964]; vgl. dazu BStU Außenstelle (Ast.) Nbg., AIM 236/69, Arbeitsvorgang, Bd. IV, Bl. 115–118, handschriftliche Charakteristiken des CDU-Bezirkssekretariats Nbg. von GI „Roland“, voranstehende Bemerkung: „Der Bezirksleitung – Gen. Chemnitzer – erarbeitete ich auf Anforderung nachstehende Einschätzungen“.

49 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 236/69, Bl. 17, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Otto Brockmann, 15.8.1950. Siehe auch Arbeitsvorgang, Bd. 1, Bl. 83, Bericht über den Landesparteitag vom 5./6.7.1952.

Informationen zur „Absicherung des Objektes CDU“ geben konnte.<sup>50</sup> In einer Abschlussbeurteilung des MfS aus dem Jahre 1957 hieß es, Brockmann sei frei von kirchlichen Bindungen, weshalb er keine Hemmungen bei Beurteilungen habe.<sup>51</sup>

Seine Charakteristiken über alle hauptamtlichen Mitglieder des CDU-Bezirkssekretariats nutzte die SED-Bezirksleitung Neubrandenburg als kaderpolitische Entscheidungshilfe. Schließlich sammelte Brockmann Material gegen mehrere Wirtschaftsfunktionäre des Bezirks. Er wusste auch um die NSDAP-Belastung seines Parteifreundes Willi Holland-Moritz, der ebenfalls inoffiziell mit dem MfS kooperierte.<sup>52</sup> Holland-Moritz war wegen seiner dominanten Persönlichkeitsstruktur der vielleicht wichtigste Agent des MfS im CDU-Bezirksverband Neubrandenburg in den 1950er und 1960er Jahren. Im neugegründeten Bezirksverband hatte der Templiner Kreisvorsitzende schnell entscheidende Ämter inne. Von 1953 bis 1955 amtierte Willi Holland-Moritz als stellvertretender Bezirksvorsitzender, nach seinem Zerwürfnis mit der Bezirksvorsitzenden Emma Heinrich wechselte er in eine Leitungsposition der Wirtschaft, wobei er sich gleichzeitig als ehrenamtliches Mitglied im Rat des Bezirks engagierte. Das MfS gewann ihn 1953 als GI und baute ihn zielstrebig zu einem Geheimen Hauptinformator (GHI) – später als Führungs-IM bezeichnet – auf.<sup>53</sup> Wahrscheinlich fügte sich Holland-Moritz auch deshalb in diese Rolle, weil die Staatssicherheit herausgefunden hatte, dass ihr Agent in seiner Heimatstadt Oschersleben seit 1933 NSDAP-Aktivist gewesen war. 1967 wurden dem Hauptinformator, der unter dem Decknamen „Simon“ den Bezirksverband ausspionierte, der GI „Alfred Holz“ zur Führung übergeben.<sup>54</sup>

Hinter dem GI „Alfred Holz“ verbarg sich ein weiterer CDU-Funktionär aus dem Bezirk Neubrandenburg, nämlich der langjährige Neustrelitzer Kreissekretär (1953 bis 1965) Heinz Spieß, der später als Instrukteur für Finanzen im Bezirkssekretariat tätig war. Spieß war von Beruf Buchhalter und nach dem Kriege in der Kasse der Kreisverwaltungen Anklam, Rostock und Malchin tätig. Er wurde 1952 „unter Verwendung kompromittierenden Materials“ vom MfS zwangsverpflichtet und nach seiner Invalidisierung 1987 von der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg für 35jährige Zusammenarbeit mit einer

---

50 Vgl. ebd. Bl. 32, Perspektive für den GI Roland, Abt. V/3, MfS-Bezirksverwaltung Neustrelitz, 21.2.1957.

51 Vgl. ebd. Bl. 35, Abschlussbeurteilung vom 1.8.1957.

52 Vgl. ebd. Bl. 62, Aktenvermerk von GHI Lampe, 7.8.1962. Brockmann stellte die inoffizielle Zusammenarbeit nach Krankheit und Ausscheiden aus den Parteifunktionen 1969 ein.

53 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 258/80, Bl. 16, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Willi Holland-Moritz, 16.2.1953.

54 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bd. 4, Bl. 139, Treffbericht vom 23.10.1967. An diesem Tag fand unter Aufsicht zweier MfS-Mitarbeiter die Zusammenführung der beiden Informatoren in der konspirativen Wohnung „Richard“ statt.

Treueprämie von 500 Mark bedacht. Sein Einsatz als GI erfolgte „zur politisch operativen Absicherung und Aufklärung des Personalbestandes des Bezirksvorstandes sowie zur Erarbeitung operativ bedeutsamer Informationen über die Situation innerhalb der CDU und kirchlich gebundener Personenkreise“.<sup>55</sup> Heinz Spieß' Berichterstattung stattete das MfS mit einem gewaltigen Fundus an Detailwissen aus; da sie fast den gesamten Bestehenszeitraum des Bezirksverbandes Neubrandenburg umfasst, liest sie sich wie ein personal- und organisationspolitisches Panoptikum – freilich aus der begrenzten Perspektive eines Instruktors.

Bei Weitem nicht alle CDU-Funktionäre taten sich so leicht bei der inoffiziellen Zusammenarbeit mit den „Organen“ der Staatssicherheit. Dem Organisationsleiter des Neubrandenburger CDU-Bezirkssekretariats Wenzel Laube z. B. bereitete seine seit 1953 währende Agententätigkeit unter dem Decknamen „Walter“ offenkundig nervliche Probleme. 1955 kritisierte das SfS seine „unehrliche“ Haltung, die positive Beurteilung aller Menschen und seine Tendenz, „negative Diskussionen als harmlos hinzustellen“.<sup>56</sup> Die Versuche des SfS, Laube aufgrund seiner sudetendeutschen Herkunft – er war in seinem Heimatort zunächst SPD-Gemeindevorsteher und dann NSDAP-Bürgermeister – für die Ausspionierung der westdeutschen Landesmannschaft zu gewinnen, scheiterten an der Arbeitslast des Bezirksfunktionärs.<sup>57</sup> Nachdem Laube aus dem Dienst der CDU ausgeschieden war, hieß es im Abschlussbericht der Staatssicherheit lakonisch, der GI sei „nervlich fertig“, habe beim letzten Treff geweint und bat, von der Zusammenarbeit entbunden zu werden.<sup>58</sup>

Es gab allerdings auch CDU-Funktionäre, die sich den Werbungsversuchen des MfS entzogen. Der Demminer Kreissekretär, später Instrukteur für Wirtschaft im Bezirkssekretariat Neubrandenburg, war nicht zu einer geheimen Mitarbeit bereit. Im Werbegespräch 1961 erklärte er dem MfS-Offizier, er sei stets ehrlich durchs Leben gegangen und möge nicht über Kollegen berichten.<sup>59</sup> Auch der CDU-Bezirkssekretär für Agitation und Propaganda, der zuvor als Kreissekretär in Güstrow, Templin und Neustrelitz tätig war, lehnte eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS ab. Das Kontaktgespräch fand 1965 unter der Legende statt, eine feindliche Organisation interessiere sich für ihn.

---

55 BStU Ast. Nbg., AIM 640/87, Bl. 16, Auskunftsbericht vom 5.3.1974. Vgl. ebd. Bl. 36, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Heinz Spieß, 15.2.1952; Bl. 190, Aktenvermerk der Abteilung XX, MfS-BV Nbg., Treffbericht vom 4.2.1987; Bl. 192, Auszeichnung für 35jährige Zusammenarbeit; Bl. 198, Abschlussvermerk vom 10.6.1987.

56 BStU Ast. Nbg., AIM 83/59, Bl. 32, Beurteilung durch SfS-Leutnant Seiler, 20.10.1955. Vgl. auch Verpflichtungserklärung von Wenzel Laube, 14.2.1953.

57 Vgl. ebd. Bl. 34, Bericht über die bisherige Zusammenarbeit mit dem GI „Walter“, Abt. V/3, MfS-BV Nbg., 30.8.1957.

58 Vgl. ebd. Bl. 39, Abschlussbeurteilung vom 2.6.1959.

59 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 385/62, Bericht des Werbegesprächs der Abt. V/3, MfS-BV Nbg., 29.11.1961.

Der Sekretär war in den vorangegangenen Jahren bereits fünfmal angesprochen worden, betrachtete sich aber als ungeeignet für die Spionagetätigkeit.<sup>60</sup>

Noch hartnäckiger, aber ebenso erfolglos ging das SfS im Falle des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Kreises Ueckermünde vor. Der Vorschlag zur Anwerbung erfolgte 1954, weil sich das SfS versprach, über den gelernten Kaufmann an seine Amtsvorgängerin heranzukommen. Diese war 1950 nach West-Berlin geflohen, engagierte sich in der Exil-CDU und arbeitete laut Spitzelbericht in der Flüchtlingsstelle des West-Berliner Senats. Das SfS wollte durch ihre Bekanntschaft in das CDU-Ostbüro eindringen und es langfristig unschädlich machen.<sup>61</sup> Der CDU-Mann kannte seine Amtsvorgängerin bereits aus Kindertagen und hatte mit ihr die Schulzeit verbracht. Aus diesem Grunde und wegen belastender Informationen der SED-Kreisleitung wurde Tesch vom SfS seit 1953/1954 überwacht.<sup>62</sup>

Bei der Anwerbung als GI blieb der CDU-Funktionär stur; als Mitglied im Rat des Kreises war er bereit zu kooperieren, weigerte sich aber schriftliche Berichte über seine Schulfreundin und das CDU-Ostbüro abzugeben.<sup>63</sup> Bezeichnend für den zwiespältigen Mittelweg zwischen passiver Mitarbeit und aktiver Verweigerungshaltung war, dass er keine Verpflichtungserklärung unterschrieb und die Bezirksverwaltung Neubrandenburg ihn mit dem Decknamen „ohne“ ausstattete. Entsprechend groß war die Unzufriedenheit mit dem „unfreiwilligen“ Agenten: Er gab lediglich informatorische Berichte ab, die er mit seinem „Klarnamen“ und unter Angabe seiner Dienststelle unterzeichnete. Pikanterweise war der CDU-Mann auch Eigentümer des Gebäudes, in dem die SfS-Kreisdienststelle Ueckermünde residierte. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die angeblichen Verbindungen zum Ostbüro nur auf Verleumdungen basierten, brach das SfS den Kontakt ab.<sup>64</sup>

Durch die gezielte Anwerbung junger Hochschulabsolventen konnte das MfS in den 1970er und 1980er Jahren ihre Informanten sogar in den höchsten Ämtern des Neubrandenburger Bezirkssekretariats platzieren. Einer von ihnen war Bernd Hillmann, der ab 1978 als stellvertretender Bezirksvorsitzender fungierte, bevor er 1981 Dietrich Lehmann im Amt des CDU-Bezirksvorsitzenden nachfolgte. Lehmann trat nach 15 Dienstjahren aus persönlichen Grün-

---

60 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 1294/65, Bl. 31, Kontaktgespräch des MfS mit Legende am 8.7.1965; vgl. auch Bl. 35, Kontaktgespräch am 13.7.1965.

61 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 490/57, Arbeitsvorgang, Bl. 5, Vorschlag zur Anwerbung, Abt. V/3, SfS-BV Nbg., 3.12.1954.

62 Vgl. ebd., Personalakte, Bl. 35, Eigenbericht des Oberleutnants Voss vom 6.8.1953; vgl. auch Bl. 40, Aktenvermerk.

63 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bl. 8, Treffbericht vom 17.2.1955; Bl. 12, Treffbericht vom 19.11.1955.

64 Vgl. ebd., Personalakte, Bl. 45, Perspektive für den GI „ohne“, Kreisdienststelle (KD) Ueckermünde, 14.2.1957; Bl. 65, Abschlussbericht der KD Ueckermünde, 11.10.1957. Vgl. ebd. Bl. 71, Abschlussbericht der KD Ueckermünde 28.10.1958.

den von seinem Posten zurück<sup>65</sup> über die das MfS dank seiner Zuträger im Funktionsapparat der CDU natürlich informiert war. Die Umstände der Verpflichtung Hillmanns als IM „Vindevogel“ werfen ein trübes Licht auf die perfide Werbepaxis des MfS, aber auch auf die menschlichen Abgründe dahinter. Bernd Hillmann wurde 1966 als Student an der Universität Rostock geworben, nachdem das MfS den angehenden Ingenieur-Ökonom der beabsichtigten Republikflucht verdächtig hatte. Hinter einer zufälligen West-Berliner Reisebekanntschaft aus dem Jahre 1964 vermuteten die Staatssicherheitsorgane einen professionellen Schleuser.<sup>66</sup>

Das MfS misstraute Hillmann von Anfang an und ließ ihn operativ überwachen, selbst nachdem er 1968 Mitglied der CDU geworden war und über seine Kommilitonen bzw. nach dem Studium über seine Kollegen im VEB Bezirksbaumechanik Neubrandenburg Berichte geliefert hatte. Als er seinen Führungsoffizier auf eine eventuelle Postkontrolle ansprach, log dieser: „Dem IM wurde gesagt, dass eine Postkontrolle durch unser Organ unmöglich ist“.<sup>67</sup> Das MfS beglückwünschte Bernd Hillmann bei einem konspirativen Treffen im Oktober 1982 im Beisein seiner mittlerweile eingeweihten Ehefrau zu seiner Wahl als CDU-Bezirksvorsitzendem, blieb aber skeptisch im Hinblick auf seine Ehrlichkeit.<sup>68</sup> Die Treffberichte und Quittungsbelege lassen es möglich erscheinen, dass die inoffizielle Zusammenarbeit des CDU-Bezirksvorsitzenden mit dem MfS bereits 1985 endete, also ein bis zwei Jahre vor seinem freiwilligen Rücktritt vom Amt.<sup>69</sup>

Hillmanns Rückzug im Dezember 1986 ging ein lange währendes Intrigenspiel mit seinem persönlichen Kontrahenten und Stellvertreter Winfried Vonholdt voraus, das zu einer regelrechten Spaltung des Bezirkssekretariats führte.<sup>70</sup> Winfried Vonholdt stand seinerseits seit 1985 als IM „Wolfgang Meier“ in inoffiziellen Diensten des MfS. Bei seiner Verpflichtung am 12. Dezember 1985 offenbarte er sich als Überzeugungstäter: „Diese Entscheidung treffe ich,

65 Vgl. ACDP 07-011-4221, Personalakte Dietrich Lehmann, hs. Schreiben von Dietrich Lehmann an Gerald Götting, o.D.; vgl. ebd., Dankschreiben von Götting an Lehmann vom 29.9.1980. Weitere Einblicke in das Bezirkssekretariat Neubrandenburg verdankt der Autor zeitgeschichtlichen Interviews mit Hans-Jürgen Beich am 16.12.2004 und Winfried Vonholdt am 10.1.2005.

66 Vgl. BStU Ast. Nbg., AIM 57/86, Personalakte, Bl. 21, hs. Verpflichtungserklärung von Bernd Hillmann, 25.10.1966; Bl. 22, Bericht über die durchgeführte Werbung, Abt. XVI-II, MfS-BV Nbg., 2.11.1966.

67 Ebd., Bl. 149, Aktenvermerk zur Treffdurchführung mit dem IMV „Vindevogel“, Abt. XVIII, 7.8.1978.

68 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bd. 2, Bl. 380, Aktenvermerk zum Treffen mit dem IMS „Vindevogel“, Abt. XVIII, 6.10.1982.

69 Vgl. ebd. Bd. 3, Quittungen 1967 bis 1985. Allein bis 1970 hatte Bernd Hillmann für seine Agententätigkeit über 2.000 Mark Prämien vom MfS erhalten.

70 Vgl. ACDP 07-011-4183, Personalakte Bernd Hillmann, Schreiben von Bernd Hillmann an Gerald Götting vom 3.12.1986.

um einen Beitrag zur Sicherung unseres sozialistischen Staates zu leisten. Mir geht es darum, auch innerhalb der CDU als befreundete Partei und Bündnispartner der Partei der Arbeiterklasse eine auf Frieden und Sozialismus gerichtete Politik zu gewährleisten“.<sup>71</sup> Unwissend, dass auch der CDU-Bezirksvorsitzende als IM verpflichtet war, versuchte Vonholdt seinen Vorgesetzten beim MfS zu denunzieren.

Schließlich schaltete sich auch das Sekretariat des CDU-Hauptvorstandes in den Konflikt zwischen dem Bezirksvorsitzenden und seinem Stellvertreter ein. Vonholdt hatte gegenüber dem Sekretär des Hauptvorstands Ulrich Fahl und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Heyl 1985 Erklärungen abgegeben, dass er jede weitere Zusammenarbeit mit Hillmann ablehne. Der studierte Diplomingenieur hatte seinem Dienstvorgesetzten Konzeptionslosigkeit und Leitungsprobleme vorgeworfen.<sup>72</sup> Nachdem Gerald Götting im September 1985 persönlich den Bezirksverband Neubrandenburg besuchte und Bernd Hillmann das Vertrauen aussprach, wollte Winfried Vonholdt seine Parteifunktion als dessen Stellvertreter niederlegen.<sup>73</sup> Die Parteileitung führte eine versöhnende Aussprache zwischen Hillmann und Vonholdt herbei, vermutlich auch weil man auf Vonholdts administrative Fähigkeiten, die er im Rat des Kreises Neustrelitz erworben hatte, nicht verzichten konnte.<sup>74</sup>

Als Hillmann 1986 nervlich völlig aufgegeben zurücktrat, rückte nicht sein Stellvertreter Vonholdt an die Bezirksspitze, sondern der Architekt Wolfgang Mäder, der bisher als CDU-Mitglied im Rat des Bezirks für Energiefragen zuständig war.<sup>75</sup> Nach der Abkehr der Union vom Sozialismus im Wendeherbst 1989 sagte sich Mäder von der CDU los und räumte den Platz des Bezirksvorsitzenden für Winfried Vonholdt. Vonholdt blieb bis zur Bildung des Landesverbandes Mecklenburg und Vorpommern im März 1990 im Amt.

Das MfS war über die Rivalenkämpfe im CDU-Bezirksverband Neubrandenburg in den 1980er Jahren aus mindestens drei verschiedenen Quellen – Heinz Spieß, Bernd Hillmann und Winfried Vonholdt – informiert. Wie Vonholdt seinem Führungsoffizier im August 1986 mitteilte, hatte insbesondere Ulrich Fahl – selbst lange Jahre als GI „Rolf“ tätig – starke Vorbehalte gegen ihn und verdächtigte ihn der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS. Fahl hielt die Vorwürfe Vonholdts für Konstruktionen des MfS, die selbst von der

---

71 BStU Ast. Nbg. III 265/85, Personalakte, Bd. 2, hs. Verpflichtungserklärung von Winfried Vonholdt, 12.12.1985.

72 Vgl. ACDP 07-011-4306, Personalakte Winfried Vonholdt, Bericht zur Situation im CDU-Bezirkssekretariat Nbg. vom 11.11.1985.

73 Vgl. ebd., Sitzungsprotokoll des CDU-Bezirkssekretariats Neubrandenburg am 11.11.1985.

74 Vgl. ebd., Aktenvermerk des Abteilungsleiters des SHV Gerhard Quast vom 26.11.1985.

75 Vgl. ACDP 07-011-4229, Personalakte Wolfgang Mäder, Berufungsurkunde zum 1.3.1987.

SED-Bezirksleitung so nicht mitgetragen wurden.<sup>76</sup> Im November 1986 hatte sich Fahl als Vertreter der Parteileitung allerdings auf die Seite Vonholdts geschlagen. Er empörte sich, dass der Bezirksvorsitzende Bernd Hillmann sklavisch zur SED laufe und sich nicht um die Mitglieder kümmere.<sup>77</sup> Damit war der Stab über Bernd Hillmann gebrochen.

Inwiefern das MfS an der Demontage von Hillmann als Bezirksvorsitzenden beteiligt war, lässt sich aus der Aktenlage nicht mehr rekonstruieren. Fakt ist, dass es Hillmann trotz seiner IM-Tätigkeit misstraute und Winfried Vonholdt durch die persönlichen Animositäten für seine Zwecke instrumentalisieren konnte. Der IM „Wolfgang Meier“ erhielt nach der Auswechslung des Bezirksvorsitzenden eine Prämie im Zusammenhang „mit seinem personenbezogenen Einsatz zur Person Hillmann“.<sup>78</sup> Er versorgte die MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg bis 1989 mit Informationen zu kirchlichen Kreisen und systemkritischen Funktionären im CDU-Bezirksverband Neubrandenburg.

### Bezirksverband Rostock

Ein umfangreiches Netzwerk inoffizieller Mitarbeiter konnte das MfS in den 1950er Jahren auch im CDU-Bezirksverband Rostock installieren. Mit wenigen Ausnahmen geschahen die meisten Anwerbungen Ende der 1950er Jahre. Einer der frühesten Informanten des „Mielkekonzerns“ im Bezirksverband war Johannes Metzner, der 1950 aus Parchim nach Rostock versetzt worden war. Der Baumeister Metzner hatte sich im Juli 1950 zur Zusammenarbeit mit dem MfS bereit erklärt und als Kreisvorsitzender bei der Ausschaltung der oppositionellen CDU-Ortsgruppe in Plau hervorgetan. Das MfS charakterisierte Metzner als typischen Opportunisten: „In fachlicher Hinsicht besitzt Metzner wenig Qualitäten. Herr Metzner vertritt bürgerliche Ideologie, richtet sich in seinen politischen Handlungen nach den Vorteilen seiner Familie. Er ist keine Kämpfernatur und wird immer auf der Seite stehen, wo die politische Macht ist“.<sup>79</sup>

In Rostock war Metzner zunächst beim Rat des Kreises und dann beim Rat der Stadt als Bauleiter beschäftigt, zugleich besaß er als Mitglied im Bezirksvorstand in den Augen des MfS allerbeste Möglichkeiten, die Bezirksparteiorganisation der Union auszuleuchten. Seine Aufgabe als GI bestand daher darin,

76 Vgl. BStU Ast. Nbg. III 265/85, Arbeitsvorgang, Bd. 1, Bl. 32, Tonbandmitschnitt, Abt. XX, 18.8.1986.

77 Vgl. ebd. Bl. 53, Informationen zu Bernd Hillmann, Tonbandabschrift, Abt. XX, Quelle: IM der Abt., 24.11.1986.

78 Ebd. Bl. 68–70, Treffbericht der Dienst Einheit XX mit dem IMS Wolfgang Meier am 5.3.1987.

79 BStU Ast. Rst. AGI 158/56, Personalakte, Bl. 21, Charakteristik, 12.6.1950; Bl. 26, hs. Verpflichtungserklärung von Johannes Metzner, 5.7.1950.

Informationen über die Organisationsstärke der CDU, die Mitglieder im Vorstand und die Teilnehmer an den Delegiertenversammlungen und Parteitag zu beschaffen. Unter seinem Decknamen „Johannes“ berichtete Metzner beispielsweise, dass im Rahmen der Enteignungsaktion „Rose“ an der Ostseeküste auf den Inseln Rügen und Usedom ca. 40 Parteifreunde verhaftet worden seien. Beim stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Johannes Jüsgen erschienen MfS-Mitarbeiter und verlangten Listen der gewerbetreibenden CDU-Mitglieder, deren Aushändigung dieser aber verweigerte.<sup>80</sup>

Der damalige Rostocker Kreisvorsitzende Andreas Voß ließ sich ebenfalls vom Sicherheitsdienst der DDR ködern. Voß war Pastorensohn und als Gymnasiallehrer für Deutsch und Französisch seit 1920 an mecklenburgischen Oberschulen tätig. Das SfS warb ihn im Februar 1955 an, um die Lehrerschaft der Rostocker Goethe-Oberschule zu überwachen und von seinen zahlreichen Parteifunktionen zu profitieren. Unter dem Decknamen „Parchim“ wollte Voß zwar über eine feindliche Tätigkeit von Schülern und Kollegen berichten, war aber nicht bereit, sie zu überwachen.<sup>81</sup> Missvergnügen des Führungsoffiziers hat zudem seine Weigerung hervorgerufen, eine Verwandtschaftsaufstellung anzufertigen. Der Sicherheitsdienst schätzte ihn daher als scharfsinnig ein; im Hinblick auf die CDU und Kirche bleibe er aber unter seinen Möglichkeiten. Als Andreas Voß seine Parteiämter aufgab – er war zwischenzeitlich stellvertretender Oberbürgermeister Rostocks –, stellte das MfS die Verbindung ein. Laut Abschlussbericht sei keine „flüssige, aktive und gute Zusammenarbeit“<sup>82</sup> zustande gekommen, da der GI zu viele Treffen absagt habe.

Eine beliebte Zielgruppe der Staatssicherheitsorgane bei der Anwerbung waren die CDU-Funktionäre im Staatsapparat. Da die CDU wie die anderen Blockparteien in jedem Rat des Kreises und in den größeren Räten der Städte über haupt- oder ehrenamtliche Staatsfunktionäre verfügte, konzentrierten sich die Werbeanstrengungen bereits in den 1950er Jahren hierauf. Fast jedes CDU-Mitglied in einer solchen Stellung dürfte mit den Wünschen des MfS zu einer inoffiziellen Kooperation konfrontiert worden sein, zumal die hauptamtlichen Funktionäre oft auch die Kernerarbeit in den „scheintoten“ Orts- und Kreisvorständen verrichteten.<sup>83</sup> Im Rat des Kreises Wismar nahm das MfS beispielswei-

---

80 Vgl. ebd., Arbeitsvorgang, Bl. 42, Bericht von GI „Johannes“ über die Verhaftungen an der Ostseeküste im Rahmen der Aktion Rose.

81 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 790/59, Personalakte, Bl. 24, hs. Verpflichtungserklärung von Andreas Voß, 25.2.1955; Bl. 25, Bericht über die durchgeführte Verpflichtung am 25.2.1955.

82 Ebd. Bl. 38, Einschätzung des GI „Parchim“ vom 25.3.1957; Bl. 43, Beschluss über das Abbrechen der Verbindung vom 18.12.1959.

83 Vgl. Situationsbericht August 1958, „aufgestellt von der Flüchtlingsstelle des Ostbüros der CDU auf Grund von Befragungen der CDU-Flüchtlinge aus der Zone“, Bestand der Bibliothek zur Geschichte der DDR, Haus der Geschichte, Bonn.

se die CDU-Kreisrätin 1957 aufgrund des engen Kontaktes zur Pastorenschaft Wismars und ihrer Tätigkeit im Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) sowie im Friedensrat der Nationalen Front „als legale Residentur innerhalb der CDU“ in Augenschein. Sie sollte so etwas wie ein gesellschaftlicher Mitarbeiter auf „politisch-ideologischer Ebene“ sein, musste sich nicht direkt verpflichten und erhielt keinen Decknamen.<sup>84</sup> Die gelernte Schneidermeisterin, die bereits dem CDU-Landesvorstand angehört hatte, sträubte sich dagegen; entnervt von den dauernden Absagen der Treffen stellte die MfS-Bezirksverwaltung Rostock die Zusammenarbeit 1958 ein.<sup>85</sup>

Im Rat des Kreises Ribnitz-Damgarten bekundete die MfS-Kreisdienststelle Interesse an der Anwerbung des CDU-Bezirkstagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden im Rat des Kreises Adolf Knipper. Die Anwerbung fand unter folgender Zielsetzung statt: „Um die politische Arbeit in den bürgerlichen Parteien in Erfahrung zu bringen, im besonderen diejenigen Kräfte, die unserem Arbeiter- und Bauernstaat negativ gegenüberstehen, machte es sich notwendig, geeignete Agenturen zu schaffen“.<sup>86</sup> Tatsächlich ließ sich der frühere CDU-Landtagsabgeordnete 1954 unter dem Decknamen „Emil“ zu einer inoffiziellen Zusammenarbeit verführen.<sup>87</sup> Statt andere zu bespitzeln, geriet er dann aber selbst in den Verdacht, Verbindungen zum westlichen Geheimdienst zu haben. Das Sfs kappte daraufhin die Verbindung und ließ Knipper im operativen Vorgang „Perten“ beschatten. Der Verdacht erwies sich als völlig haltlos.<sup>88</sup> Knipper erreichte später als stellvertretender Vorsitzender im Rat des Bezirkes Rostock trotz weiterer Überwachungsmaßnahmen des MfS die höchste Staatsfunktion, die ein „Unionsfreund“ auf Bezirksebene erreichen konnte.

Einen der Nachfolger Knippers im Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Rats des Kreises Ribnitz-Damgarten konnte das MfS besser in sein Spitzelsystem einbinden. Ulrich Stahl hatte in der „gleichgeschalteten“ Union der 1950er Jahre als Kommunalfunktionär (Bürgermeister in Jarmen und Krakow am See) Karriere gemacht und bekleidete zum Zeitpunkt seiner Anwerbung 1958 Knippers ehemaliges Amt. Unter den Unionsmitgliedern galt er als sozialistischer Hardliner und war entsprechend unbeliebt. Der ehemalige Berufsfeuerwehrmann, der kurzzeitig Referent der CDU-Parteileitung war (1952 bis 1953), übergab dem MfS nach seiner Werbung als Vertrauensbeweis wichtige Parteiunterlagen. Mit der inoffiziellen Zusammenarbeit unter dem Decknamen

84 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 30/59, Bl. 25, Werbevorschlag vom 8.11.1957. Vgl. auch Bl. 27, hs. Schweigeverpflichtung; Bl. 28, Verpflichtungsprotokoll vom 14.11.1957.

85 Vgl. ebd. Bl. 39, Ablagebeschluss vom 29.12.1958.

86 BStU Ast. Swn. AP 596/59, Bl. 20, Vorgang des operativen Mitarbeiters Harry Worgall über Adolf Knipper.

87 Vgl. ebd. Bl. 21, hs. Verpflichtungserklärung von Adolf Knipper, 6.8.1954.

88 Vgl. ebd., Abschlussbericht der MfS-BV Schwerin vom 8.4.1958.

„Bernhard Winter“ bezweckte das MfS vor allem die „Aufklärung und Bearbeitung von negativen Kräften in der CDU“.<sup>89</sup> Diese Rechnung ging jedoch nicht auf, weil Stahls Karriere nach der Flucht seines Sohnes in die Bundesrepublik Deutschland einen Dämpfer erhielt und er von seiner verantwortungsvollen Position abgesetzt wurde.<sup>90</sup>

Neben den Staatsfunktionären ließ die Einheitspartei durch das MfS auch den alten bürgerlichen „Mittelstand“ ausforschen, der nach ihrer Ansicht in den 1950er Jahren immer noch eine Domäne von CDU und LDP war. Es war daher eine Selbstverständlichkeit, dass auch diese christdemokratische Einflussphäre mit geeigneten IM geheimpolizeilich gesichert werden musste. Einer davon war das CDU-Mitglied Walter Zörn aus Satow, das vom Staatssicherheitsdienst wegen seiner Leiterfunktion in der Feuerwehr und den Verbindungen in alle Bevölkerungsschichten geworben wurde.<sup>91</sup> Unter dem Decknamen „Feierabend“ sollte der Vorsitzende der PGH „Metall“ auf der „bürgerlichen Linie“ tätig sein. Anfangs hatte Zörn nach Einschätzung der MfS Angst davor, negative Dinge auszusprechen und für Verhaftungen verantwortlich zu sein.<sup>92</sup> Wirklich interessant wurde Zörn jedoch erst, nachdem ihn die SED-Bezirksleitung 1963 für das Amt des Vorsitzenden der Bezirkshandwerkskammer Rostock vorgeschlagen hatte. Zörns plötzlicher Tod 1970 setzte dem weiteren beruflichen und parteilichen Aufstieg ein frühes Ende.<sup>93</sup>

Wie in den anderen beiden Bezirksverbänden der CDU im Norden der DDR erreichte das Überwachungssystem im Ostseebereich in den 1970er und 1980er Jahren flächendeckende Ausmaße, wengleich man die „latent vorhandene Unzufriedenheit mehr oder weniger großer Teile der Parteibasis gegenüber ihrer SED-konformen Parteiführung“ schon in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nicht mehr als „ernsthafte sicherheitspolitische Bedrohung“<sup>94</sup> einschätzte. Trotzdem hatte sich die Rostocker MfS-Bezirksverwaltung in den 1980er Jahren das Ziel gesetzt, eine ständige politisch-operative „Lagebeherrschung“ in den Blockparteien zu gewährleisten. Dies sollte durch eine „Durchdringung der Kreisvorstände“ auf inoffizieller Grundlage geschehen. Es galt dabei, „Tendenzen des ideologischen Aufweichens“ rechtzeitig zu erkennen, „gegne-

89 BStU Ast. Rst. AIM 683/66, Bl. 33, Vorschlag zur Anwerbung von Ulrich Stahl als GI, 30.9.1958.

90 Vgl. ebd. Bl. 62, Abschlussbeurteilung der KD Ribnitz-Damgarten über den GI Bernhard Winter.

91 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 3143/65, Personalakte, Bl. 33, Vorschlag der KD Bad Doberan zur Werbung eines GI vom 11.10.1954.

92 Vgl. ebd. Bl. 35, hs. Verpflichtungserklärung von Walter Zörn, 12.1.1955; Bl. 44, Beurteilung des GI „Feierabend“ durch die KD Bad Doberan vom 5.9.1957.

93 Vgl. ebd. Bl. 80, Auskunftsbericht der Abt. XVIII/2 der MfS-BV Rostock, 11.11.1965; Bl. 147, Einstellungsbeschluss des IMS-Vorgangs vom 13.2.1970.

94 Thomas AUERBACH, *Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«*, Berlin 2008, S. 82.

rischen Argumenten“ und der „Überbetonung der Eigenständigkeit der Blockparteien“<sup>95</sup> entgegenzutreten. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Im Oktober 1988 hatte die Bezirksverwaltung allein in den Blockparteien 370 inoffizielle bzw. gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) verankert. Davon waren 72 im Bezirksverband der CDU aktiv, 66 in der LDP. Bezeichnenderweise war die Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS in der NDPD mit 120 und in der DBD mit 112 IM deutlich höher.<sup>96</sup>

Ähnliche Proportionen wies die inoffizielle Basis der MfS-Kreisdienststelle Rostock innerhalb der Blockparteien ihres Zuständigkeitsbereiches auf. NDPD (15) und DBD (8) waren wesentlich stärker von Spitzeln durchdrungen als CDU (7) und LDPD (5). Wie das MfS jedoch klagend eingestand, waren ca. ein Viertel dieser IM/GMS zahlende Mitglieder, die aus „verschiedenen persönlichen Gründen“ nicht an Parteiveranstaltungen teilnahmen und somit nicht auf der „Grundlage des ständigen Informationsbedarfes“<sup>97</sup> eingesetzt werden konnten.

Ein letztes Beispiel aus dem Rostocker Bezirksverband der CDU mag illustrieren, wie weit das MfS in den 1970er und 1980er Jahren in die Blockparteien einzudringen vermochte. 1973 warb es den Sekretär für Agitation und Propaganda Heinz-Peter Scholz auf der Grundlage einer handfesten Erpressung. Der gelernte Bäcker und Konditor, der seit 1970 hauptamtlich in der CDU tätig war, ließ sich per Handschlag unter dem Decknamen „Bäcker“ zur inoffiziellen Zusammenarbeit verpflichten. Er sollte vor allem zur Aufklärung evangelischer und katholischer Kreise im Rostocker Umland eingesetzt werden.<sup>98</sup> Das MfS bescheinigte seinem IM in den 1970er Jahren eine positive Entwicklung; es richtete eine konspirative Wohnung ein, verlieh ihm 1979 die Medaille für treue Dienste in der NVA in Bronze und prämierte die präzise Auftragserfüllung bis in den Wendeherbst 1989 mit Geld sowie Präsenten im Wert von mehreren Tausend DDR-Mark.<sup>99</sup>

Heinz-Peter Scholz berichtete dem MfS nicht nur verlässlich und tatsachengenau über die im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit geführten Gespräche mit Pfarrern, Studenten und Angehörigen kirchlicher Kreise, sondern er war auch beteiligt an operativen Personenkontrollen (OPK) von vermeintlich oppo-

---

95 Geheime Verschlusssache der MfS-BV Rostock Nr. 0043-515/88, zit. n. Thomas AMMER/Hans-Joachim MEMMLER, (Hg.): *Staatsicherheit in Rostock. Zielgruppen – Methoden – Auflösung*, Köln 1991, S. 90.

96 Vgl. ebd. S. 174. Vgl. auch BStU Ast. Rst., Abt. XX, Nr. 659, gez. Leiter der Abteilung XII Schubert, 6.10.1988.

97 Zitiert nach AMMER/MEMMLER (wie Anm. 95), S. 91.

98 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 136/91, Bl. 4, Anwerbungsvorschlag von Heinz-Peter Scholz, Abt. XX/4, 14.9.1973; Bl. 12, Bericht über die durchgeführte Werbung des Kandidaten Scholz, Abt. XX/4, KD Rostock, o. D.

99 Vgl. ebd. Bl. 39, Beurteilung des IMV „Bäcker“.

sitionell gesinnten Kollegen wie dem stellvertretenden Bezirksvorsitzenden und einem Instrukteur. Insbesondere das Vorgehen gegen den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden war ein Lehrstück geheimpolizeilicher Perfidie. Der Inoffizielle Mitarbeiter mit Feindverbindung (bis 1979 IMV) freundete sich im Auftrag des MfS auch privat mit seinem Kollegen an, um seinem Führungsoffizier hinterher detaillierte Auskünfte über dessen ideologisch-abweichende Positionen geben zu können. Als das MfS erfuhr, dass der stellvertretende CDU-Bezirksvorsitzende die Schriften des Systemkritikers Rudolf Bahro las, sollte Heinz-Peter Scholz diese über ihn für das MfS beschaffen.<sup>100</sup> Bei einer Instruktion rüffelte der für die Blockparteien zuständige Mitarbeiter der SED-Bezirksleitung, Reinhard Brüssow, den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden der CDU wegen politisch zweideutiger Witze. Schließlich berief das Sekretariat des CDU-Hauptvorstandes ihn als stellvertretenden Bezirksvorsitzenden ab. Nach Andeutungen von Ulrich Fahl hatte die Parteileitung dabei den Forderungen des MfS nachgegeben.<sup>101</sup>

Nachdem der Rostocker Bezirksvorsitzende Otto Sadler 1982 nach fast 30 Jahren in den Ruhestand eingetreten war, kam es zu einer Umbesetzung des Bezirkssekretariats, von der auch Heinz-Peter Scholz profitierte. Er wurde Stellvertreter des neuen Bezirksvorsitzenden Dieter Klemm, der zuvor als Bürgermeister in Hainichen tätig war.<sup>102</sup> Scholz setzte auch danach seine Spitzeltätigkeit für MfS fort. Seine Berichte konzentrierten sich auf dissidentes Verhalten im Bezirkssekretariat und Nonkonformismus in Kreisverbänden wie Greifswald, wo seiner Ansicht nach „eine bürgerlich-demokratische, teilweise nicht sozialistische Politik betrieben“<sup>103</sup> wurde. Die Ereignisse des Herbstes 1989 erschütterten das sozialistische Weltbild von Heinz-Peter Scholz gründlich. Angesichts der unbeherrschbaren Lage bemerkte der IM „Bäcker“ gegenüber seinem Führungsoffizier, dass das MfS möglicherweise seine Aufgaben nicht erfüllt habe. Ihn beunruhigte, dass der CDU-Bezirksvorsitzende Dieter Klemm sich politisch völlig inaktiv verhielt, hingegen war er bereit, selbst in die Offensive zu gehen. Ein letzter Treff zwischen dem IM und dem MfS fand am 23. November 1989 statt.<sup>104</sup>

---

100 Vgl. BStU Ast. Rst. TA 2271, Bd. 1, Bl. 119, Bericht des IMV „Bäcker“ am 3.7.1978.

101 Vgl. ebd. Bl. 454, Tonbandabschrift des IMV Bäcker vom 30.6.1980.

102 Vgl. LAG Rep. IV/E/2.15/474, Kurzbiographie Dieter Klemm.

103 BStU Ast. Rst. TA 5873, Bd. 3, Bl. 145, Bericht zur Person der Kreisvorsitzenden Greifswald, 15.7.1982.

104 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 136/91, Bd. 4, Bl. 17, Bericht des Treffens am 24.10.1989, 25.10.1989; Bl. 22, Treffbericht vom 10.11.1989; Bl. 27, Treffbericht vom 23.11.1989.

## Bezirksverband Schwerin

Die MfS-Landesverwaltung Mecklenburg hatte bereits im Jahre 1950 versucht, in die Schweriner Unionskreise einzudringen und geeignete „Agenturen“ unter den Mitgliedern des damaligen Landesvorstandes zu schaffen. In Aussicht genommene Vorstandsmitglieder wie Ulrich Kuss oder Heinrich Albert entzogen sich dem MfS allerdings durch berufliche Veränderungen oder Flucht in die Bundesrepublik. Auch der CDU-Landesschatzmeister Hans Wittenburg, der sich unter dem Decknamen „Schulz“ als Informator ködern ließ, stand nur ein dreiviertel Jahr in den Diensten der Staatssicherheit. Der leitende Postbeamte trat aus gesundheitlichen Gründen von seinen Parteiämtern zurück und war infolgedessen für das MfS unbrauchbar.<sup>105</sup>

Erst nach Gründung des Bezirksverbandes Schwerin konnten sich die „Organe“ der Staatssicherheit mit geheimen Informatoren fester verankern. Auffällig war, dass in Schwerin sogar die höchsten CDU-Funktionäre sehr früh zu einer Form der Zusammenarbeit mit dem MfS bereit waren, die über die offiziell notwendigen Kontakte weit hinausgingen. Der Schweriner Bezirksvorsitzende Hansjürgen Rösner, der seit 1950 als Landessekretär bei der Gleichschaltung der Landespartei eine zentrale Rolle spielte, ließ sich beispielsweise 1954 als geheimer Mitarbeiter von der Staatssicherheit werben. Rösner orientierte seinen neuen Auftraggeber über die Zusammensetzung und Funktionsweise des Bezirksvorstandes und lieferte Einschätzungen über die politische Zuverlässigkeit der ehrenamtlichen Mitglieder. Er verfuhr dabei rücksichtslos, drohte offen mit seinen „guten Beziehungen“ zum MfS und lieferte manchen oppositionell gesinnten CDU-Anhänger ans Messer. Die inoffizielle Verbindung mit Rösner stellte das MfS im Juli 1957 ein, da aufgrund seiner Funktion als Bezirksvorsitzender ohnehin ein ständiger Kontakt bestand.<sup>106</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatte das MfS Rösners Stellvertreter Hans Wilder als geheimen Informanten gewonnen. Wilder war bereits im mecklenburgischen Landesverband als Kraftfahrer beschäftigt und wechselte 1953 beim Schweriner Bezirksverband in eine Funktionärslaufbahn als Referent für staatliche Verwaltung und Kaderpolitik. Er folgte 1954 Edmund Schulz in dessen Amt als Organisationsleiter und 1955 als stellvertretender Bezirksvorsitzender nach, blieb in dieser Funktion allerdings nur bis 1956, da er den administrativen Anforderungen dieser Stelle nicht gewachsen war.<sup>107</sup> Die Staatssicherheit hatte ihn im September 1954 als GI unter dem Decknamen „Peter“ zur inoffiziellen Zusammenarbeit verpflichtet. Aufgrund seiner Verbindungen zur katholischen

105 Vgl. BStU Ast. Swn. AIM 348/51, Bl. 10, Verpflichtung durch das MfS am 7.12.1950, beendet am 28.9.1951.

106 Vgl. Jürgen SCHMIDT-POHL (wie Amn. 44), S. 188ff.

107 Vgl. ACDP 03-044-111/3, Sitzungsprotokolle des Bezirkssekretariats der CDU Schwerin 1955 bis 1957, hier: Protokoll vom 25.6.1956.

Kirche und seiner Tätigkeit in der christlichen Blockpartei sollte er in erster Linie die CDU und zweitens westdeutsche Personenkreise im Sinne des SED-Geheimdienstes „aufklären“. Z. B. wurde er damit beauftragt, anlässlich einer privaten Reise nach Hamburg 1956 Verbindungen mit den republikflüchtigen ehemaligen Landesvorstandsmitgliedern bzw. -mitarbeitern Heinrich Albert, Helmut Löscher und Fritz Zanger aufzunehmen. Sogar in seiner späteren Funktion als Sekretär des CDU-Kreisverbandes Schwerin-Stadt blieb er eine verlässliche Informationsquelle des MfS.<sup>108</sup>

Damit befand sich der Kreisverband Schwerin-Stadt in guter Nachbarschaft zum Kreisverband Schwerin-Land, dessen hauptamtlicher Parteisekretär Hans-Joachim Brebach ebenfalls seit 1955 für den Staatssicherheitsdienst spitzelte. Brebach stammte aus der Nähe Greifswalds und arbeitete nach dem Krieg dort zuerst als CDU-Außensekretär und dann als Bürgermeister der Gemeinde Züsow. Bis zur Werbung als GI „Raudi“ 1955 war er als Kreissekretär in Güstrow eingesetzt, dann wechselte Brebach als hauptamtlicher Kreisvorsitzender in den Kreisverband Schwerin-Land. Das MfS registrierte den GI „Raudi“ in den 1960er Jahren zum GI „Zonka“ um. Nach einem landwirtschaftlichen Fachschulstudium, das Brebach gemeinsam mit dem Schweriner Bezirksvorsitzenden Hans Koch absolvierte,<sup>109</sup> verschaffte ihm sein einflussreicher Studienfreund 1971 eine Anstellung als Instrukteur im Bezirksverband Schwerin. Es folgte ein kurzes Intermezzo als Bürgermeister in Brüel, bevor Brebach als Kreissekretär nach Bad Doberan übersiedelte. Von seinen jeweiligen Dienstpositionen aus berichtete Hans-Joachim Brebach über staatsfeindliche Einstellungen von Mitgliedern, Personalinterna der CDU und charakterisierte sogar Weggefährten wie Hans Koch negativ.<sup>110</sup>

Mit Hans Koch gelang es der MfS-Bezirksverwaltung Schwerin, einen weiteren geheimen Mitarbeiter mit „hervorragender Entwicklungsperspektive“ zu rekrutieren. Bereits in seiner Zeit als hauptamtlicher Kreisvorsitzender der CDU in Perleberg 1953 bis 1956 attestierte ihm die SED-Kreisleitung eine fortschrittliche Gesinnung: „Der Freund Koch ist uns als einer der positivsten Kräfte seiner Partei bekannt, daher sind wir der Meinung, daß man den Freund in den Bezirksvorstand der CDU wählen kann“.<sup>111</sup> Der Bauernsohn aus Groß Breese wurde 1956 zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden bestellt und trat 1958 die Nachfolge des Bezirksvorsitzenden Hansjürgen Rösner an, der in die

108 Vgl. SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 223ff.

109 Die gemeinsame Staatsexamensarbeit an der Agraringenieursschule Güstrow-Bockhorst wurde in der von der CDU herausgegebenen Reihe „Beiträge zur Geschichte“ veröffentlicht. S. Joachim BREBACH/Hans KOCH, *Die erste Bewährung. Der CDU-Landesverband Mecklenburg in der demokratischen Bodenreform 1945/46*, Berlin (Ost) 1972.

110 Vgl. SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 237ff.

111 LHAS 10.34-3-1666, Bl. 104, Schreiben der SED-KL Perleberg an die BL, Büro Quandt, o.D., betr. Beurteilung des Freundes Hans Koch – Kreisvorsitzender der CDU.

Parteil Leitung wechselte. Bei den Mitgliedern stand Koch in keinem hohen Ansehen – das bemerkte sogar die SED-Bezirksleitung –, da er sehr „impulsiv“ wirkte und sich „ab und zu im Ton“ vergriff. Schon bald bezeichnete man ihn als „roten Koch“ oder „rote[n] Christ[en]“. <sup>112</sup> Seit Februar 1958 kooperierte Hans Koch inoffiziell mit dem MfS unter dem Decknamen „Ebel“. Die Staatssicherheit nutzte dabei die mit seiner gehobenen Dienststellung verbundenen Weisungsbefugnisse, um anderen geheimen Mitarbeitern im CDU-Bezirkssekretariat größere Bewegungsfreiheit zu verschaffen.

Die Kooperation zwischen Koch und der Staatssicherheit nahm bald solche Ausmaße an, dass sich die Angestellten über die häufigen und langen Besuche des zuständigen MfS-Offiziers Tiegs beschwerten. Allerdings weigerte sich Koch, Berichte unter seinem Decknamen zu verfassen oder unterzeichnete sie mit seinem Klarnamen. Deshalb hielt das MfS den GI „Ebel“ für ungeeignet, konspirative Aufträge auszuführen. Er wurde im Juli 1961 und im Februar 1963 jeweils an einen neuen Führungsoffizier übergeben, ehe die Bezirksverwaltung die inoffiziellen Kontakte im Juni 1963 gänzlich einstellte. Die Begründung dafür lautete, dass Koch in seiner besonderen Funktion als CDU-Bezirksvorsitzender den Organen der Staatssicherheit „obligatorisch Informationen zur Auswertung“ <sup>113</sup> übergeben müsse.

Während der langen Amtszeit des Bezirksvorsitzenden Hans Koch von 1958 bis zu seinem unerwarteten Freitod 1979 standen ihm mehrere Stellvertreter zur Seite, bei denen zumindest für Kurt Schöwe eine IM-Tätigkeit belegbar ist. Schöwe stammte aus Hinterpommern, schlug eine mittlere Beamtenlaufbahn bei der Deutschen Reichsbahn ein und war 1937 sogar NSDAP-Mitglied geworden. Er trat 1947 in die CDU ein und war u. a. beim Rat der Stadt Rehna beschäftigt, bevor er 1955 eine politische Karriere als hauptamtlicher Kreisvorsitzender der CDU in Gadebusch begann. Wegen seiner herausragenden Agitation für die LPG-Gründung während der Vollkollektivierungskampagne der SED wurde Schöwe 1960 die Verdienstmedaille der DDR und die Ernst-Moritz-Arndt-Medaille der Nationalen Front verliehen. <sup>114</sup> 1965 berief ihn das Sekretariat des Hauptvorstandes zum stellvertretenden CDU-Bezirksvorsitzenden nach Schwerin, wo er 1971 durch den Jungfunktionär und späteren Bezirksvorsitzenden Bodo Kohagen abgelöst wurde. <sup>115</sup> Bis zu seiner Pensionierung 1978 war Kurt Schöwe Sekretär im Kreisverband Schwerin-Stadt.

112 Ebd. Bl. 185, Schreiben des 1. Sekretärs der BL Schwerin Bernhard Quandt an das ZK der SED vom 28.4.1960.

113 SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 264ff.

114 Vgl. ACDP 02-237-002/2, Chronik des KV Gadebusch 1958 bis 1980, Bd. 1.

115 „Dank an Ufr. [Unionsfreund] Kurt Schöwe. Bezirksvorstand der CDU wählte gestern Ufr. Bodo Kohagen zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden unserer Partei“, in: „Der Demokrat“ vom 29.10.1971.

Das MfS hatte Schöwe bereits nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 als GI unter dem Decknamen „Hamburg“ angeworben, um die Rehnaer Stadtverwaltung „aufzuklären“. Seiner Rolle als Geheimer Hauptinformator (GHI) wurde er nicht gerecht, da er die ihm anvertrauten GI nicht zu führen vermochte. Mit Aufnahme der Funktionärstätigkeit in der CDU änderte sich für Kurt Schöwe das Auftragsgebiet. Laut Auskunftsbericht der MfS-Kreisdienststelle Gadebusch von 1960 hatte der GI vor allem über seine eigene Partei Informationen gesammelt und dabei eine Menge von Personen belastet. Schöwe zeigte sich vielfältig einsetzbar: Er übermittelte Stimmungen aus der Bevölkerung, aus christlichen Kreisen und der Pastorenschaft, er nahm an operativen Vorgängen sowie an Spionageeinsätzen in Westdeutschland teil. Seine IM-Tätigkeit währte bis 1988 und reichte somit zehn Jahre über die Pensionsgrenze hinaus.<sup>116</sup>

Nicht in jedem Fall verlief eine inoffizielle Zusammenarbeit aus Sicht des MfS in solch „fruchtbaren“ Bahnen. Manchem CDU-Funktionär setzte die nervenaufreibende geheimpolizeiliche Nebentätigkeit so zu, dass aus gesundheitlichen Gründen ein Abbruch der Verbindung erfolgen musste. Ein Beispiel dafür war die stellvertretende Vorsitzende im Rat des Bezirkes Schwerin, Charlotte Hallscheidt. Die Staatsfunktionärin war der MfS-Bezirksverwaltung durch den GI „Hans-Jürgen“ (Rösner) bekannt. Nach einer routinemäßigen Überprüfung im Rat des Bezirkes Schwerin nahm der Mitarbeiter der zuständigen Abteilung V, Leutnant Kannberg, die CDU-Funktionärin als GI in Aussicht. Die examinierte Volkspflegerin, die seit 1952 dem Landes- bzw. Bezirksvorstand der Schweriner CDU angehörte, ließ sich am 6. September 1954 in ihrem Dienstzimmer von den Unterleutnanten Winter und Cziborr zu einer inoffiziellen Kooperation mit der Staatssicherheit verpflichten.<sup>117</sup> Sie wählte sich den Decknamen „Berlin“ und erklärte sich bereit, bei der Entlarvung von „Agenten“ mitzuhelfen.

Die Zusammenarbeit entwickelte sich aber nicht nach den Vorstellungen der Staatssicherheitsleute. Aufgrund ihrer beruflichen Belastungen erschien Hallscheidt nicht zu den vereinbarten Treffs, sandte ihre Berichte lediglich per Post und bat bald um Entbindung von der Zusammenarbeit. Zudem weigerte sie sich, über CDU-Mitglieder und parteiinterne Sitzungen zu informieren. Die MfS-Bezirksverwaltung Schwerin überlegte deswegen, sie entweder als Spitzel lediglich auf den Rat des Bezirkes anzusetzen oder sie perspektivisch ganz abzuschreiben.<sup>118</sup> Als die Bezirksrätin ein Fernstudium an der Akademie für Rechtswissenschaften aufnahm und sich bei ihr Krankheits- und Überlastungs-

116 Vgl. SCHMIDT-POHL (wie Anm. 44), S. 292ff.

117 Vgl. BStU Ast. Swn. AIM 460/56, Personalakte, Bl. 17, Bericht der Abt. V, Ref. III vom 7.9.1954 über durchgeführte Werbung; Bl. 18, hs. Verpflichtungserklärung von Charlotte Hallscheidt, 6.9.1954.

118 Vgl. ebd., Beurteilung des GI Berlin durch die Abt. V, Referat 3, 4.2.1955; vgl. auch Einschätzung der Abt. V, Ref. 3, 29.2.1955.

symptome einstellten, brach das SfS die Verbindung kurzerhand ab.<sup>119</sup> Der bei jedem aktiven IM angelegte Arbeitsvorgang enthielt lediglich verharmlosende und positive Berichte über ihre Funktionärskollegen.<sup>120</sup>

### CDU-Spione im kirchlichen Raum

Die evangelischen und katholischen Kirchen in der DDR gingen im Verlauf der DDR-Geschichte immer weiter auf Distanz zur Blockpartei mit der christlichen „Spezifik“. Während viele Geistliche beiderlei Konfessionen auch in Mecklenburg und Vorpommern am Gründungsgeschehen der Union aktiv beteiligt waren, stellte die gleichgeschaltete Kaderpartei der 1950er Jahre keinen attraktiven Dialogpartner für kirchliche Stellen in den Nordbezirken dar. Die CDU bemühte sich indessen, als politische Interessenvertretung der christlichen Staatsbürger zwischen Staat und Kirche zu vermitteln. Dies hatte zu Beginn der DDR in der kirchenkampfartigen Situation um die Auseinandersetzungen mit der Jungen Gemeinde und der Jugendweihe durchaus einen realen Hintergrund, wenngleich die Möglichkeiten der CDU unter Otto Nuschke sehr begrenzt blieben. Als sich die evangelische Kirche in den 1960er und 1970er dem SED-Staat annäherte – durch die Spaltung der EKD und die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR begünstigt –, verlor die CDU weiter an kirchenpolitischem Gewicht. Die evangelischen Kirchen verhandelten lieber direkt mit den staatlichen Stellen als mit einer relativ einflusslosen Blockpartei.<sup>121</sup>

Auf katholischer Seite waren die Vorbehalte gegen die DDR-CDU noch größer. Abschreckende Beispiele wie der katholische Pfarrer in Neustrelitz, Karl Fischer, der für CDU ein Volkskammermandat wahrnahm und als GI unter dem Namen des babylonischen Rachegottes „Marduk“ gegen seinen katholischen Dienstherrn spionierte, bestärkten die katholische Kirche in ihrem Distanzkurs.<sup>122</sup> Die Bischofsweihe des Schweriner CDU-Mitbegründers Bernhard Schröder ließ diesen wieder zu einem begehrten Gesprächspartner der Prestige erheischenden Union werden. Hinter den Kontaktversuchen des CDU-Bezirksvorsitzenden Hans Koch vermutete der Bischöfliche Kommissar nicht zu Unrecht den Büttel der SED-Kirchenpolitik, so dass viele Gesprächsangebote gar nicht erst verfangen. Koch erklärte nach der Wahlenthaltung katholischer Amts-

119 Vgl. ebd. Bl. 27, Beschluss über das Abbrechen der Verbindung am 1.10.1956 durch das SfS.

120 Siehe z. B. ebd., Arbeitsvorgang, Bl. 32, Beurteilung des Bezirksvorsitzenden Hansjürgen Rösner.

121 Siehe dazu Gerhard BESIER, *Auf der kirchenpolitischen Neben Bühne des SED-Staates. Evangelische Kirche und Ost-CDU*, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze*, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 191–270.

122 Vgl. Bernd SCHÄFER, *Die Kirchenpolitik der Ost-CDU und die katholische Kirche in der SBZ/DDR*, in: HPM 5 (1998), S. 145–165, hier: S. 150ff.

träger im November 1971, dass der katholischen Kirche „die Schonzeit nicht bekomme und daß man eine solche Abstinenz in Zukunft nicht mehr mit Kirchenneubauten honorieren“<sup>123</sup> werde.

In den Beziehungen der CDU zu den evangelischen Landeskirchen im Norden der DDR lassen sich graduelle Unterschiede ausmachen, die im CDU-Bezirksverband Rostock besonders augenfällig waren. Wie eine Einsatzbrigade der CDU-Parteileitung 1984 aus dem Ostseebezirk berichtete, bestanden zur staatsnahen Greifswalder Landeskirche sehr gute Beziehungen. Das Bezirkssekretariat der CDU beriet sich regelmäßig mit kirchlichen Amtsträgern und Pastoren. Zudem führte der Bezirksvorsitzende mindestens einmal im Jahr ein sogenanntes Rundtischgespräch mit Vertretern des Konsistoriums und Professoren der Sektion Theologie der Universität Greifswald durch, unter denen sich einige CDU-Mitglieder befanden. Dagegen stießen CDU-Funktionäre „bei Mitarbeitern der Mecklenburgischen Landeskirche vielfach auf Ablehnung“.<sup>124</sup> Die Union verzeichnete es deshalb als Erfolg, dass 1985 erstmals die Superintendenten der mecklenburgischen Kirchenkreise Rostock-Stadt (Günter Goldenbaum), Rostock-Land (Traugott Ohse) und Wismar (Christoph Pentz) einer Einladung des Bezirksvorsitzenden Dieter Klemm gefolgt waren.<sup>125</sup>

Diese deutlich wahrnehmbaren Differenzen zwischen mecklenburgischer und pommerscher Landeskirche hatten ihren Ursprung im speziellen „Greifswalder Weg“, den die 1968 zwangsumbenannte Evangelische Kirche Pommerns unter ihrem Landesbischof Horst Gienke (IM „Orion“) eingeschlagen hatte. Dieser Weg basierte auf Kompromissbereitschaft gegenüber dem SED-Staat und führte entlang des schmalen Grates zwischen offener und verdeckter Kollaboration mit den sozialistischen Machthabern. Der Preis für die staatlichen Vergünstigungen z. B. bei der Zuteilung von Baumaterialien war für die Greifswalder Landeskirche sehr hoch: Zahlreiche kirchenleitende Repräsentanten ließen sich mit dem MfS ein und gaben dadurch ihre persönliche und die zumindest ebenso wertvolle kirchliche Unabhängigkeit preis. Unter diesen Amtsträgern waren auch CDU-Mitglieder wie der Präses der Landessynode Dietrich Affeld (IM „Dietrich“), der Greifswalder Kreissekretär Manfred Bertling (IM „Heinrich Schade“) und der Pfarrer Gunnar Fischer (IM „Nikolaus“) aus Ueckermünde.<sup>126</sup>

123 Zit. n. Heinrich-Theissing-Institut (Hg.): *Chronik des Bischöflichen Kommissariates 1946 bis 1973. Bd. 1: Katholische Kirche in Mecklenburg 1933 bis 1989. Eine Dokumentation*, Schwerin 2003, S. 265ff.

124 ACDP 07-011-5690, Bericht der Abt. Parteiorgane beim SHV über einen Einsatz im BV Rostock, Beschlussvorlage des SHV am 22.5.1984.

125 Vgl. ebd., Bericht der Abt. Parteiorgane beim SHV über einen Einsatz im KV Rostock-Stadt vom 19. bis 22.3.1985.

126 Vgl. Rahel VON SASS, *Der „Greifswalder Weg“. Die DDR-Kirchenpolitik und die Evangelische Landeskirche Greifswald 1980 bis 1989*, Schwerin 1998, S. 47f.

Im Gegensatz dazu entwickelte die mecklenburgische Landeskirche Abwehrstrategien gegen die Vereinnahmungsversuche von staatlicher Seite und seitens der CDU. Dahinter verbarg sich die Einsicht der integeren mecklenburgischen Nachkriegsbischöfe Niklot Beste, Heinrich Rathke und Christoph Stier, dass fremde Interessen nur durch innere Geschlossenheit von der Landeskirche ferngehalten werden konnten. Dieser Gedanke einer „Wagenburg“<sup>127</sup> stärkte die Widerstandskräfte innerhalb der kirchlichen Reihen. Dennoch fand das MfS auch hier „menschliche Schlupflöcher“, wie zwei Fälle aus dem CDU-Bezirksverband Rostock belegen.

Wie so oft sahen die Täter zuerst wie Opfer aus. Bei Überprüfung des Männerkreises um den Pastor Günther Gloede aus Neubukow 1957/1958 war die MfS-Kreisdienststelle Bad Doberan auf den stellvertretenden CDU-Bürgermeister Kurt Paetz und den Theologiestudenten Gert Wendelborn aufmerksam geworden. Insbesondere Paetz wurde als „geschickter“ Sachverwalter der CDU- und Kircheninteressen eingeschätzt, der sich tarnte und negativ diskutierte.<sup>128</sup> Er war für das MfS als Mitglied der evangelisch-lutherischen Landessynode und Ortsgruppenvorsitzender in Neubukow von doppeltem Interesse. Nach obligatorischer Auskundschaftung des persönlichen Umfeldes konnte das MfS Paetz am 25. Oktober 1958 erfolgreich werben.<sup>129</sup>

Unter dem Decknamen „Patriot“ bespitzelte der Buchhalter beinahe 18 Jahre lang die Tagungen der Landessynoden und anderen kirchenleitenden Gremien, denen er als Laie angehörte. Aufgrund seiner Kontakte zum Landesbischof Niklot Beste und seinem Nachfolger Heinrich Rathke und konnte er dem MfS kircheninterne Materialien übergeben und es über die politische Einstellung von Pastoren, Synodalen und Laienchristen orientieren. Später erweiterte sich Paetz' „Einsatzfähigkeit“ als IM durch die Wahl zum 2. Stellvertreter der Bundessynode der Evangelischen Kirchen in der DDR und in seiner Funktion als Alterspräses der mecklenburgischen Landessynode.<sup>130</sup> Dabei geriet er Anfang der 1960er Jahre mehrfach in einen Widerspruch zur DDR-Kirchenpolitik, was sowohl vom MfS als auch von seiner Partei missbilligt wurde. 1963 stimmte er mit anderen Synodalvertretern für das Amtszuchtgesetz, das die

127 Rahel FRANK, „Realer – exakter – präziser“? *Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989*, Schwerin 2004, S. 490.

128 Vgl. BStU Ast. Rst. AOP 7/60, Bl. 13, Sachstandsbericht der KD Bad Doberan vom 7.11.1957; Bl. 49, Abschrift einer Beurteilung von Kurt Paetz durch GI Müller vom 3.2.1958.

129 Vgl. BStU Ast. Rst. AIMP 930/80, Bl. 27, handschriftliche Verpflichtungserklärung von Kurt Paetz, 25.10.1958.

130 Vgl. ebd. Bd. 5, Bl. 93, Wahl von Paetz am 15./16.3.1973 durch die Landessynode der BEK. Die kirchenpolitische Linie von SED/MfS im Bezirk Rostock lautete: Den staatsloyalen Greifswalder Bischof Gienke hofieren, den kritischeren Schweriner Bischof Rathke ausgrenzen.

Einheit der EKD festigte. Nachdem Paetz einen Artikel des Schweriner CDU-Bezirkvorsitzenden Hans Koch im „Demokrat“ vom 7. November 1963 als kontraproduktiv betrachtete, entband ihn die CDU von seinen Parteifunktionen. Die Union war sich nach Beratungen mit der SED-Bezirks- und Kreisleitung darüber einig, „dem Ufrd. Paetz eine neue Chance zu geben und ihn gesellschaftspolitisch weiter arbeiten zu lassen“.<sup>131</sup>

Das zweite große „Schlupfloch“ im kirchlichen Raum war der CDU-Theologe Gert Wendelborn, der ebenfalls durch eine Äußerung im evangelischen Männerkreis in Neubukow „negativ“ aufgefallen war. Wendelborn stammte aus einem christlichen Haushalt und ließ sich nach seinem Theologiestudium in Rostock 1959 vom MfS anwerben. Unter seinen Kommilitonen war der ehrgeizige Theologe mit seiner sozialistischen Gesinnung weitgehend isoliert. Ohne den Pakt mit dem MfS wäre dem Außenseiter wohl kaum seine steile Karriere an der Rostocker Alma Mater gelungen. Es war bei der Beschaffung der gewünschten Assistentenstelle behilflich und ebnete seinen Aufstieg als Hochschullehrer bis zur außerplanmäßigen Professur für Ökumenik und Kirchengeschichte an der Wilhelm-Pieck-Universität 1977.<sup>132</sup> Im Gegenzug berichtete Wendelborn nicht nur über seine Kollegen und Studenten der Theologischen Fakultät/Sektion, sondern auch über den Bezirksverband der CDU, der er sich angeschlossen hatte und für die er im Bezirksvorstand und bald auch in der Volkshammer mitwirkte. Gert Wendelborns Spitzelberichte unter dem Decknamen „Heinz Graf“ fielen durch ihre Weitschweifigkeit, Detailtreue und einen staatsloyalen Geist auf; noch Ende November 1989 informierte er das MfS über die außerordentliche Hauptvorstandssitzung der CDU, auf der die Götting-Ära endete und Lothar de Maizière zum neuen Parteivorsitzenden bestimmt wurde.<sup>133</sup>

Dass sich das MfS „progressiver“ CDU-Mitglieder bediente, um die Kirchen auszukundschaften, war kein Zufall. Bereits im Gründungsjahr 1950 hatte sich die MfS-Landesverwaltung Mecklenburg neben den Parteien einen Überblick über die Kirchen verschafft. In einem Bericht über regimekritische Äußerungen Schweriner Geistlicher vom 23. April 1950 hieß es lapidar: „Bei

131 LAG Rep. IV/A/2.15/968, Bl. 1, vertrauliches Schreiben des BV Rostock an die Parteileitung der CDU, Abt. Kader, 4.12.1963 betr. Kaderfragen.

132 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 240/91, Bd. 1, Bl. 8, Aktenvermerk der Abt. V/4, SfS-BV Rostock, 12.8.1954. Vgl. ebd. Bl. 11, Einschätzung des IMS Heinz Graf durch Abt. XX/4, 10.8.1978; Bl. 14, Kurzbiographie; Bl. 33, Bericht über die Aussprache mit dem Theologen Gert Wendelborn am 12.8.1959; Bl. 39, handschriftliche Schweigeverpflichtung vom 12.8.1959.

133 Siehe dazu auch Ernst-Rüdiger KIESOW, *Theologen in der sozialistischen Universität. Persönliche Erinnerungen und Dokumente 1965–1991*, Rostock 2000, S. 98ff.

de Konfessionen stehen gegen die Deutsche Demokratische Republik“.<sup>134</sup> Die SfS-Bezirksverwaltung Rostock informierte 1954 alle Kreisdienststellen nicht nur über die „feindliche“ Tätigkeit der Landeskirchen; sie gab ihnen zugleich einen Maßnahmenkatalog zur „Abwehrarbeit“ an die Hand. Danach sollten Spannungen innerhalb der Kirche und persönliche Unzufriedenheiten von Geistlichen dazu genutzt werden, um „Agenturen“ des Staatssicherheitsdienstes zu installieren. Punkt 5 des Maßnahmenkataloges sah ausdrücklich vor, „Umsiedler“ und CDU-Leute „aufzuklären, die zur Kirchenüberwachung verwendet werden können“.<sup>135</sup>

Keineswegs darf jedoch der Eindruck entstehen, die Union wurde ausschließlich für kirchenpolitische Zwecke der SED vom MfS missbraucht. Es gab so etwas wie ein parteiliches Eigeninteresse daran, die Staat-Kirchen-Beziehungen zu verbessern. Deshalb verwendete sich die CDU beispielsweise 1969 für die Sicherung von Kunstschatzen wie für das Fresko der Rostocker Christuskirche, nachdem deren Abriss von der SED beschlossen worden war.<sup>136</sup> Aus eigenem Antrieb sammelte sie Informationen über die Synoden der Landeskirchen oder beobachtete ganze Kirchentage.<sup>137</sup> Die Kirchentage der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs 1976 in Rostock und der Greifswalder Landeskirche 1978 in Stralsund begleitete die CDU generalstabsmäßig. In Rostock waren CDU-Funktionäre aus allen drei nördlichen Bezirksverbänden im Einsatz, vermutlich weil die mecklenburgische Landeskirche in alle drei Territorien hineinragte. Sie besuchten die verschiedenen Diskussionsforen, Andachtsformen, Gottesdienste und Arbeitsgemeinschaften, um hinterher umfangreiche Berichte für die Parteileitung darüber zu verfassen.<sup>138</sup> Wie sich die Unionsfunktionäre beim Veranstaltungsbesuch zu verhalten hatten, schilderte ein Einsatzplan, der im Vorfeld des Kirchentages in Stralsund entwickelt wurde: Sie sollten sich nicht provozieren lassen, keine Agitationsreden schwingen, Positives wie Negatives mitschreiben, auf „Be-

134 BStU MfS-ZA AS 563/67, Bl. 196–198, Bericht der MfS-Landesverwaltung Mecklenburg vom 23.4.1950 betr. Kirche, gez. Last; vgl. ebd. Bl. 228–229, Tätigkeit der evangelischen Kirche, oD., gez. Kluth.

135 BStU Ast. Rst. BdL Nr. 459, Bl. 1–8, Auskunftsbericht der SfS-BV Rostock an alle Leiter der KD über die Situation und Tätigkeit der Kirchen in der DDR und Maßnahmen zur Bearbeitung dieses Objektes, GVS, 27.8.1954, gez. Oberstltn. Mühlpforte. Beigefügt sind Strukturpläne der EKD, ELLM, PEK und der Freikirchen.

136 Vgl. ACDP 03-043-059/3, Schreiben des SHV der CDU an den OB der Stadt Rostock vom 30.4.1969 betr. Eingabe von Irma Lang-Scheel an den CDU-Vorsitzenden Gerald Götting.

137 Vgl. ebd., vertraulicher Aktenvermerk über die außerordentliche Synode der Greifswalder Landeskirche am 3. u. 4.5.1969; vgl. auch, Sonderinformation über den 5. ev. Landeskirchentag vom 29. bis 31.5.1970 in Greifswald.

138 Vgl. ACDP 03-043-059/2, Kirchentag der Mecklenburgischen Landeskirche vom 11. bis 13.6.1976 in Rostock. Berichte lagen von weit über 25 haupt- und ehrenamtlichen CDU-Funktionären der drei Nordbezirksverbände vor.

schattung“ durch kirchliche Jugendliche achten und im Sinne der CDU-Programmatik argumentieren.<sup>139</sup>

Im Bezirk Schwerin trat das ambivalente Verhältnis zwischen Kirche und CDU nach der Selbstverbrennung des Pastors Oskar Brüsewitz aus dem sächsischen Kreis Zeitz 1976 nochmals deutlich zutage. Der CDU-Bezirksvorsitzende Hans Koch hatte einen Monat nach dem über die Grenzen der DDR hinaus beachteten Suizid Briefe von Unionsfreunden an die Schweriner Kirchenleitung „organisiert“, die zur Besonnenheit mahnten.<sup>140</sup> Den Fall Brüsewitz nahm Koch zudem zum Anlass, um im Dezember 1976 mit dem Chefredakteur der mecklenburgischen Kirchenzeitung Werner Schnoor ins Gespräch zu kommen. Während Schnoor die Briefaktion kritisierte, zeigte sich Koch über die Teilnahme des Schweriner Oberkirchenrates an der Beerdigung von Brüsewitz verärgert. Der Kirchenrat Schnoor – als IM „Schütz“ beim MfS registriert – wies noch einmal auf den Ugrund der Antipathie zwischen Geistlichkeit und DDR-Union hin: „Eine Reihe von Pfarrern mögen die CDU nicht, weil diese immer beansprucht, für die Christen politische Erklärungen abzugeben. Das müssen die Kirchenleitungen sich vorbehalten“. Koch erwiderte, dass die CDU Sprachrohr ihrer Mitglieder sei und nicht das kirchenamtliche Vertretungsmonopol der Christen brechen wolle. Schnoor war sich der „unterschiedlichen Aufgaben von CDU und Kirche“ bewusst, artikuliert aber die Befürchtungen seiner Amtsbrüder, „die CDU wolle die Kirche vereinnahmen“.<sup>141</sup> Diese Angst hielt die evangelische und katholische Kirche bis zur Wende 1989 auf Distanz zur Ost-CDU.

MfS-Zuträger in der Redaktion des „Demokrat“

„Der Demokrat“ war als Presseorgan des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern im Dezember 1945 erstmals erschienen. Die chronische Papierknappheit im Nachkriegsdeutschland und die besonderen Bedingungen sowjetischer Presselizenzen ließen nur einen allmählichen Ausbau zu einer vollwertigen Tageszeitung zu, der mit der organisatorischen Entwicklung der CDU im Lande nicht Schritt hielt. Bis 1953 befand sich die Hauptredaktion des CDU-Blattes am Sitz des Landes- bzw. Bezirksverbandes in der Schweriner Schlossstraße 12, wobei in Rostock eine Lokalredaktion eingerichtet war.

139 Vgl. ACDP 03-043-059/1, Kirchentag der Evangelischen Landeskirche Greifswald vom 16. bis 18.6.1978 in Stralsund, Einsatzplan: „Für Stralsund Juni 1978“. Auf 12 Seiten findet sich ein ganzer Leitfaden mit Verhaltensanweisungen und Argumentationshilfen. Vgl. ebd., Schreiben von Otto Sadler an Gerald Götting vom 20.6.1978 betr. Informationen.

140 Vgl. ACDP 03-044-045/3, Schreiben von Hans Koch an den stv. Parteivorsitzenden Wolfgang Heyl, 28.9.1976.

141 Ebd. Bl. 37, Gespräch zwischen dem Chefredakteur der Mecklenburgischen Kirchenzeitung Werner Schnoor und dem CDU-Bezirksvorsitzenden Hans Koch am 1.12.1976.

1954 zog die Chefredaktion komplett nach Rostock um, während in den Bezirksstädten Schwerin und Neubrandenburg Bezirksredaktionen eingerichtet wurden.

In der Geschichte des „Demokrat“ erlaubten sich die Sowjetische Militäradministration in Mecklenburg und die SED mehrfach den Eingriff in die Redaktionspolitik. So untersagten die sowjetischen Presseoffiziere dem zweiten Chefredakteur Arthur Janßen das Betreten der Redaktionsräume, nachdem er sich auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen der SMAD und dem CDU-Zonenvorsitzenden Jakob Kaiser im Dezember 1947 geweigert hatte, einen distanzierenden Artikel zu veröffentlichen. Janßen blieb nur die Flucht in die westlichen Besatzungszonen. Auf Anraten der SED-Landesleitung wurde im Oktober 1949 dem Redakteur Ernst August zu Münster wegen systemkritischer Äußerungen gekündigt. Im September 1953 kam der ehemals festangestellte Redakteur, der als freier Mitarbeiter weiterhin für den „Demokrat“ arbeitete, mit seiner Frau für zwei Tage in Haft, weil er angeblich Falschgeld eingelöst hatte. Im Dezember setzte er sich daraufhin in den Westen ab.<sup>142</sup> Während der Parteisäuberung 1950 verhaftete der sowjetische Geheimdienst die freie Redaktionsmitarbeiterin Ursula Wöllert. Das Sowjetische Militärtribunal Berlin-Lichtenberg klagte sie gemeinsam mit dem Studenten Peter Püschel und dem 3. CDU-Landesvorsitzenden Joseph Küchler wegen Spionage an und verurteilte die Lehrerin zu 25 Jahren Arbeitslager. Als sie 1955 aus den sibirischen Lagern zurückkehrte, floh sie nach West-Berlin.<sup>143</sup>

Nach der totalen Unterwerfung der CDU 1952 führte die SED einen weiteren Wechsel in der Chefredaktion herbei: Janßens Nachfolger Dr. Hugo Reinhart musste Ende 1952 seinen Posten räumen, weil er die Kritik der SED-Presse an CDU-Funktionären im „Demokrat“ als „unrichtig“ und „undemokratisch“ zurückgewiesen hatte.<sup>144</sup> In der kurzen Interimsperiode nach der Absetzung Reinharts amtierte sein bisheriger Stellvertreter Fritz Zanger als Chefredakteur. Es dauerte allerdings nicht lange, bis auch er den Zorn der SED auf sich zog. Unter Zangers Verantwortung ereignete sich ein journalistischer Fauxpas, der sogar die MfS-Bezirksverwaltung Schwerin auf den Plan rief. In der Ausgabe des „Demokrat“ vom 28. April 1953 erschien neben der Titelüberschrift „Heraus zur Mai-Demonstration!“ ein Fotoausschnitt, der u. a. ein Bündel Hakenkreuzfahnen abbildete und sich auf einen Artikel über die kriminelle Hortung eines Großhändlers bezog. Die tendenziösen Ermittlungsergeb-

142 Vgl. Günter BUCHSTAB (Hg.), *Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine Dokumentation*, Düsseldorf 1998, S. 399.

143 Vgl. EBD. S. 312.

144 Vgl. „SED fordert Entlassung eines CDU-Chefredakteurs“, in: „Informationsbüro West“ vom 7.8.1954, Bl. 4.

nisse des MfS unterstellten, dass die Redaktion das Bild absichtlich zurechtgeschnitten hatte, damit die Hakenkreuzfahnen ins Auge fielen.<sup>145</sup>

Der ermittelnde MfS-Offizier Kluth beanstandete in derselben Ausgabe einen zweiten Artikel zur „Frage der Lebensmittelkarten“, der mit der Unterzeile „Die Fortsetzung des Romans erfolgt in unserer nächsten Ausgabe“ versehen war. Kluth forderte einen Überprüfungsvorgang für den Chefredakteur. Für ihn als MfS-Vertreter war es unverständlich, dass das CDU-Presseorgan vor dem Druck keiner Zensurstelle vorlegt wurde und die Setzer in der Druckerei des SED-Organs „Schweriner Volkszeitung“ keine inhaltliche Kontrolle vornahmen.<sup>146</sup> Noch im Juni 1953 wurde der interimistische Chefredakteur Fritz Zanger von Xaver Kugler abgelöst, da auch das Schweriner Bezirkssekretariat der CDU mit der „unpolitischen“ Haltung der Zeitungsredaktion, ja des gesamten Verlages unzufrieden war. Hansjürgen Rösner war in den 1950er Jahren bestrebt, mehr Einfluss auf die Redaktion des „Demokrat“ zu gewinnen. Ein ganzes Maßnahmenbündel sollte die Wogen zwischen Partei und Redaktion glätten: Die CDU-Funktionäre wurden zur Redaktionskonferenz eingeladen und verpflichtet sich, einmal pro Monat einen Artikel zu schreiben. Außerdem mussten die Redakteure an der innerparteilichen Schulung teilnehmen.<sup>147</sup>

Doch gerade die Einbeziehung der CDU-Funktionäre brachte einen neuen Eklat. Im September 1953 erschien ein Namensartikel des Kreisvorsitzenden Ernst Sulimma.<sup>148</sup> Darin plädierte der hauptamtliche Parteisekretär des Kreisverbands Schwerin-Land nach den Ereignissen des 17. Juni in der DDR für eine realistischere Sicht auf die Bundesrepublik. Bei seinem Besuch habe er mit eigenen Augen gesehen, dass es keine Verelendung der Massen gebe und man Dinge des täglichen Bedarfs günstiger kaufen könne als in der DDR. Sulimma beging in der Hoffnungsstimmung des Neuen Kurses das Sakrileg, die Massenflucht aus der DDR endogen, dh. mit Fehlern der DDR-Regierung zu erklären. Die Gerichte, Verwaltungen und Parteien der DDR müssten die Bevölkerung vor Gewaltmaßnahmen und Ungerechtigkeiten schützen. Solche Sätze alarmierten die SED, die wiederum das SfS einschaltete. Die zuständige Abteilung V der SfS-Bezirksverwaltung unter Leitung des Majors Kluth fand heraus, dass der anstößige Artikel Sulimmas durch die Redaktion verändert wurde.<sup>149</sup>

145 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 116/54, Bl. 3, Bericht über die Ausgabe des Demokrat vom 28.4.1953, S. 1, Zeitung der CDU für den Bezirk Schwerin, 5.5.1953.

146 Vgl. ebd. Bl. 7, Ermittlungsbericht vom 30.4.1953, gez. Kluth.

147 Vgl. ACDP 07-011-1434, Protokoll der außerordentlichen Sitzung des CDU-Bezirksvorstandes Schwerin am 9.3.1953.

148 Vgl. Ernst SULIMMA, „Ich war in Westdeutschland“, in: „Der Demokrat“ vom 11.9.1953, S. 2.

149 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 116/54, Bl. 4, Ermittlungsbericht vom 13.9.1953, gez. Major Kluth.

Diesmal schlug der Vorfall höhere Wellen. Der Artikel war Gegenstand einer Aussprache mit dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Schwerin Bernhard Quandt im Bezirksausschuss der Nationalen Front. Er kam im Bezirksblockausschuss ein zweites Mal zur Sprache, weil die SED weitere Beanstandungen hatte. So war ein vom Parteivorsitzenden Otto Nuschke gezeichneter Beitrag mit der Überschrift „Die Imponderabilien der Macht“ ausgestattet worden. Unter Rechtfertigungsdruck setzte den CDU-Bezirksvorsitzenden Hansjürgen Rösner auch, dass die Bundestagswahlen in der Bundesrepublik 1953 im „Demokrat“ als störungsfrei bezeichnet wurden. Rösner versuchte Sulimma aus der Schusslinie der SED zu ziehen, die den Kreissekretär zum „Feind unseres Volkes“ erklärte.<sup>150</sup> Schließlich sagte er zu, in der Unionspresse persönlich zu dem Artikel Stellung zu nehmen und die Dinge im Sinne der Einheitspartei gerade zu rücken.<sup>151</sup>

Während Xaver Kugler aus der Affäre unbeschädigt hervorging und erst 1988 nach 35 Jahren als dienstältester Chefredakteur in der DDR aus der Redaktion ausschied, hatte Sulimma längere nachteilige Folgewirkungen zu verkraften. Der Schweriner Kreisblockausschuss hielt ihn auch fünf Monate später noch für „untragbar in der politischen Massenarbeit“.<sup>152</sup> Nachdem der Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem CDU-Ostbüro erhoben worden war, beurlaubte ihn das CDU-Bezirkssekretariat bis zur Klärung durch einen Untersuchungsausschuss. Im Nachgang schwelten weitere Konflikte zwischen dem CDU-Bezirksvorstand und der Redaktion. So hatte „Der Demokrat“ in der Wochenendausgabe vom 14./15. November 1953 über eine angebliche Zeitungsente des West-Berliner „Telegraf“ berichtet, wonach es in Fischkombinaten der DDR zu Rotbarschvergiftungen gekommen wäre. Dem widersprechend erschien eine Agenturmeldung, dass ein Serum gegen Rotbarschvergiftungen entwickelt worden sei. Das MfS vermutete hinter dieser Konterkarikatur eine „Provokation“ des Chefredakteurs Xaver Kugler;<sup>153</sup> dieser entschuldigte sich vor dem Bezirksvorstand, indem er die Verantwortung auf die Redakteure Herbert Handke und Fritz Zanger abwälzte.<sup>154</sup>

Alle drei Redakteure standen hernach unter Beobachtung des Staatssicherheitsdienstes. Fritz Zanger entzog sich dem Verfolgungsdruck 1954 durch die Flucht nach Hamburg. Herbert Handke blieb als Bezirksredakteur zunächst in

---

150 LHAS 10.34-3-1654, Sitzungsprotokoll des Bezirksblockausschusses Schwerin am 25.9.1953.

151 Vgl. LHAS 10.34-3-1653, Bericht der SED-BL Schwerin über die Arbeit mit den befreudeten Parteien vom 27.10.1953.

152 ACDP 07-011-2652, Sitzungsprotokoll des CDU-Bezirkssekretariates Schwerin am 6.2.1954.

153 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 116/54, Bl. 6, Ermittlungsbericht vom 21.11.1953.

154 Vgl. ACDP 07-011-1434, Sitzungsprotokoll des CDU-Bezirksvorstandes Schwerin am 23.11.1953.

Schwerin. Als das SfS ihn für eine Zusammenarbeit gewinnen wollte, floh er Anfang 1958 gleichzeitig mit dem Volontär Hans-Peter Anderle und dem Neustrelitzer Bezirkssekretär Günther Kraack in den Westen.<sup>155</sup> Die weiteren Hintergründe dieser Flucht enthüllte der Bezirksvorsitzende Hansjürgen Rösner in einem Schreiben an die Parteileitung: Herbert Handke hatte den Umzug der Hauptredaktion nach Rostock als einziger Redakteur abgelehnt und stand mit Xaver Kugler in einer gewissen Rivalität. Als Kulturredakteur gehörte er eher zu den unpolitischen Menschen, weshalb ein heftiger Streit zwischen Handke und seinem Chef entbrannte, als dieser ihn zur Parteschule delegieren wollte.<sup>156</sup>

Die Staatssicherheitsbehörde war vor allem durch die inoffizielle Berichterstattung Hansjürgen Rösners auf der Hut. Rösner misstraute nicht nur der Redaktion, sondern auch dem Verlagsleiter Günter Lübke. Er forderte von Gerald Götting, dass sich der zentrale Untersuchungsausschuss mit dem „Demokrat“ befassen sollte, weil die Redaktion nicht an den Parteschulungen teilnahm und Stalins Tod nicht würdigte.<sup>157</sup> Der Bezirksvorsitzende versuchte auf die Besetzung der Redaktion Einfluss zu nehmen und beispielsweise zu verhindern, dass der Sohn Fritz Zangers in die Schweriner Bezirksredaktion versetzt wurde. Die „Republikfluchten“ bzw. die Verhaftung von zwei Anzeigenvertretern des „Demokrat“ wertete Rösner als ernste Anzeichen dafür, dass im Verlagswesen der Union nur eine „mangelnde Wachsamkeit“ vorherrsche.<sup>158</sup> Wie Herbert Handke im Interview des Senders Freies Berlin nach seiner Flucht mitteilte, waren insgesamt schon 13 ihm bekannte Kollegen aus der Demokrat-Redaktion in den Westen geflohen.<sup>159</sup> Allein 1956 verließen im Abstand von nur drei Monaten der Neubrandenburger Bezirksredakteur Ernst Diekmann und sein Nachfolger Hans Koosch ihren Dienstposten.<sup>160</sup>

Das MfS hatte sich vor allem um Herbert Handke bemüht, weil es die Verlässlichkeit des neuen Chefredakteurs Xaver Kugler prüfen wollte. Kugler hatte 1946 bis 1948 sein Volontariat beim „Demokrat“ absolviert und war vor der Übernahme des Chefpostens u. a. als Redakteur beim „Berliner Nachtexpress“ angestellt. Das MfS vermutete, dass Kugler illegale Kontakte nach West-Berlin unterhielt und ließ ihn gleich von mehreren IM („Werner Fuchs“, „Ullrich“,

155 Vgl. BStU Ast. Swn. AP 444/59, Bl. 19, Aktenvermerk der Abt. V/3 über den Werbeversuch Handkes vom 18.10.1956; Bl. 24, Bericht der Abt. V/3 betr. Ermittlungen wegen Verdachts auf Republikflucht des Bezirksredakteurs Herbert Handke, Schwerin.

156 Vgl. ebd. Bl. 32, Schreiben des CDU-Bezirksvorsitzenden Rösner an die Parteileitung betr. Republikflucht von Handke vom 11.1.1958.

157 Vgl. ebd. Bl. 36, vertrauliches Schreiben von Rösner an Gerald Götting vom 26.3.1953.

158 Vgl. ebd. Bl. 39, Schreiben von Rösner an die CDU-Parteileitung, Kaderabteilung, 6.1.1955.

159 Vgl. ebd. Bl. 60, Abschrift der Abteilung Information vom 17.1.1958, Interview des Senders Freies Berlin mit Herbert Handke vom 15.1.1958, gesendet um 19.30 Uhr.

160 Vgl. ACDP 07-011-1205, Republikflüchtlinge der CDU 1956 bis 1957.

„Peters“ und „Greifswald“) überwachen. Kugler, der vor seiner journalistischen Karriere den Kaufmannsberuf erlernte hatte und während des Zweiten Weltkriegs als Offizier diente, unternahm im Auftrag der CDU Reisen ins westliche Ausland. Für das MfS war er als Chefredakteur gleichzeitig eine „kriminalpolizeiliche Kontaktperson“. In dieser Eigenschaft waren aus Sicht des MfS Informationen über geflüchtete Redakteure wie den Sportredakteur Günter Augsburg interessant. Die Staatssicherheit registrierte das Trinkverhalten in der Redaktion ebenso wie eine abfällige Bemerkungen Kuglers nach einer Besprechung der Chefredakteure beim 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock. Diese Besprechungen fanden regelmäßig statt, zumal das SED-Bezirksorgan „Ostsee-Zeitung“ eine Art Leitmedium für den „Demokrat“ darstellte.<sup>161</sup>

Einer der IM des MfS in der regionalen CDU-Presse war der Kulturredakteur Hans Westphal. Das ehemalige DDP-Mitglied aus Stargard/Pommern ließ sich 1957 vom MfS werben. Unter dem Decknamen „Greifswald“ war der frühere freie Mitarbeiter konservativer Blätter wie „Stettiner Generalanzeiger“, „Berliner Morgenpost“ und „Vossische Zeitung“ bereit, „Anschläge auf die Republik“ zu vereiteln. Er scheute jedoch davor zurück, westdeutsche Journalisten, mit denen er im Auftrag des MfS Kontakt aufgenommen hatte, in die DDR zu locken.<sup>162</sup> Insgesamt spitzelte Westphal bis zu seiner Verrentung 1972 für das MfS. Er gehörte dabei dem Agentennetzwerk des Führungs-IM „Ullrich“ an, das in der „Demokrat“-Redaktion installiert worden war. Wie das MfS wusste, war die inoffizielle Kooperation des Kunstkritikers anderen Redaktionsmitarbeitern war nicht verborgen geblieben.<sup>163</sup>

Auf Hans Westphal war die Staatssicherheit bereits Mitte der 1950er Jahre aufmerksam geworden, weil er als Kulturredakteur im „Demokrat“ gegen den Abriss der Ruine der Rostocker Jakobikirche Stellung bezogen hatte. Der SED-Funktionär Karl Mewis hatte daraufhin in der Redaktion angerufen und seiner Empörung Luft verschafft.<sup>164</sup> Davon unbeschadet leistete Westphal dem MfS zahlreiche Dienste; er spionierte im kirchlichen Milieu und erhielt Aufträge zur Aufklärung westlicher Presseagenturen. Zudem versorgte er das Ministerium mit Charakteristiken seiner Berufskollegen aus der Redaktion. 1957 beschaffte Westphal Schriftproben aller Schreibmaschinen, nachdem er den Mu-

161 Vgl. BStU Ast. Rst. AKK 2724/76, Bl. 29, Treffbericht des MfS, Abt. V/3 mit Kugler als Kontaktperson, o. D.; Bl. 59, Bericht über Kugler vom 1.8.1962.

162 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 342/63, Personalakte, Bl. 13, Einschätzung des GI „Greifswald“, Abt. V/4, MfS-BV Rostock, 17.7.1957; Bl. 16, Schweigeverpflichtung, Losungswort: „Greifswald“; Bl. 21, Personalbogen; Bl. 38, Treffbericht vom 20.2.1957. Geworben wurde Hans Westphal durch den MfS-Offizier Thode.

163 Vgl. ebd. Bl. 141, Einschätzung des IMS „Greifswald“ vom 11.5.1971.

164 Vgl. ebd. Bd. 1, Teil II der Akte, Bl. 26, Aktenvermerk der Abt. V/4 vom 2.11.1956 betr. Gespräch mit IM „Greifswald“ in seiner Wohnung am 1.11.1956.

sikredakteur der Zusammenarbeit mit dem Ostbüro der CDU verdächtigt hatte.<sup>165</sup> Zweimal kam es zu Dekonspirationen. Versehentlich dekonspirierte ein MfS-Mitarbeiter Westphal vor seinem Chef Xaver Kugler; als ruchbar wurde, dass der Schweriner Bezirksvorsitzende Rösner ebenfalls inoffiziell mit dem MfS kooperierte, sprachen ihn Kugler und Westphal daraufhin an, wobei dieser zuerst seine IM-Tätigkeit leugnete, dann aber indirekt eingestand.<sup>166</sup>

Zum Leitungskollektiv des „Demokrat“ gehörte in den 1950er Jahren neben Xaver Kugler und Hans Westphal außerdem Kuglers Stellvertreter Franz Gerth, der später von Wolfgang Voß abgelöst wurde. Zwischen Kugler und Westphal bestanden Spannungen, die aus einem gewissen Konkurrenzverhältnis resultierten. Westphal vergalt dies auf seine Weise, indem er dem MfS z. B. über die geringe Kirchenbindung des katholischen Chefredakteurs berichtete. Viel schärfer ging er aber mit dem Schweriner CDU-Vorsitzenden Hansjürgen Rösner ins Gericht, den er verantwortlich für das personelle Ausbluten des „Demokrat“ in den 1950er Jahren machte.<sup>167</sup>

In den Reihen der CDU-Presse fanden sich weitere Zuträger des MfS. Ein minderschwerer Fall betraf den freien Mitarbeiter Karlheinz Ginnow, der sich seit 1960 als Informant andiente. Er war 1946 bis 1952 Mitglied der SED, trat dann aber 1953 in die CDU über und arbeitete seit 1949 für den „Demokrat“ und die „Neuesten Norddeutschen Nachrichten“. In seiner handschriftlichen Verpflichtungserklärung bezeichnete Ginnow es als „Fehler“, aus der „Partei der Arbeiterklasse“ ausgetreten zu sein. Durch die Zusammenarbeit wollte er einen Wiedereintritt durchsetzen.<sup>168</sup> Ginnows Spionagetätigkeit war allerdings mehr auf die Greifswalder Union und weniger auf die Demokrat-Redaktion ausgerichtet. Die CDU schloss Ginnow 1962 aus der Partei aus. Das MfS stellte die Verbindung zum GI „Buche“ 1970 ein. Es hatte „übersehen“, dass Ginnow bereits im Jahre 1953 wegen erfolgter Doppelagentschaft aus dem Agentennetz des sowjetischen Geheimdienstes ausgeschlossen worden war.<sup>169</sup>

#### 4. Fazit

Die Fallbeispiele für die geheimpolizeiliche Infiltration der CDU im Norden der DDR stellen lediglich die Spitze des Eisbergs dar. Das MfS hatte zum Ende der DDR fast alle Kreisvorstände mit geheimen Zuträgern unterwandert und

---

165 Vgl. ebd. Bl. 30., Treffbericht vom 14.2.1957.

166 Vgl. ebd. Bl. 389, Treffbericht vom 24.4.1957; Bl. 71, Treffbericht vom 14.11.1957

167 Vgl. ebd. Bl. 110–111, Bericht des GI „Greifswald“ über Hansjürgen Rösner, o. D.

168 Vgl. BStU Ast. Rst. AIM 997/70, Personalakte, Bl. 78, hs. Verpflichtungserklärung von Karlheinz Ginnow, 28.7.1960.

169 Vgl. ebd. Bl. 180, Schreiben des CDU-KV Greifswald an Karlheinz Ginnow vom 22.2.1962; Bl. 261, Bericht über die Einstellung der Verbindung zu IM „Buche“ vom 7.4.1970.

die CDU auf diese Weise fest „im Griff“. Dieser Befund trifft ohne Einschränkung auch auf das kirchenpolitische Handlungsfeld und das Pressewesen der Union zu.

Die geheimpolizeilichen Aktivitäten innerhalb der Blockparteien dokumentierten, dass die SED-Diktatur stets mit doppeltem Netz und Sicherungsleinen hantierte: Neben den Anleitungs- und Kontrollmechanismen des eigenen Parteiapparates und den innerparteilichen Selbstdisziplinierungsinstrumenten der Blockparteien glaubte die Staatspartei, nicht auf ein hocheffektives geheimes Überwachungssystem verzichten zu können. Dieses wurde in den 1960er Jahren nochmals verfeinert und in den 1970er und 1980er Jahren perfektioniert. Die in die „kleinbürgerlichen Parteien“ eingeschleusten inoffiziellen Mitarbeiter des MfS hatten nicht mehr nur Berichtspflichten, sondern sollten darüber hinaus tatkräftig beim Aufbau des Sozialismus mitarbeiten.<sup>170</sup>

Wie aus verschiedenen Quellen belegt ist, war die geheimpolizeiliche Einflussnahme den Spitzenfunktionären der CDU kein Geheimnis. Der langjährige Mitarbeiter der Parteileitung Ulrich Fahl brüstete sich als zeitweiliger CDU-Bezirksvorsitzender in Magdeburg damit, dass er zu 80 % wisse, wer berichtete und was an das MfS berichtet würde. Als GI „Rolf“ hatte sich Fahl, der bis 1953 in Rostock als Stellvertreter Otto Sadlers fungierte, mehrfach gegenüber Genossen der SED-Bezirksleitung dekonspiriert.<sup>171</sup> Trotz der unbestreitbaren Kontrollmacht des MfS lag die Weisungskompetenz bei der SED. Politisch verwertbare Informationen gelangten ohne Angabe der Quelle stets zur Auswertung in die Kreis-, Bezirksleitung oder in den ZK-Apparat der Einheitspartei. Das MfS war kein Staat im Staate, sondern der Geheimdienst der SED. Die Fremdsteuerung der DDR-CDU vollzog sich über die Anleitungs- und Kontrollmechanismen der SED, nicht über das MfS. Eine gleichgeschaltete Funktionärselite besorgte dann die Umsetzung der aufgezwungenen Politik in den eigenen zentralisierten Parteistrukturen.

In den drei CDU-Bezirksverbänden Neubrandenburg, Rostock und Schwerin lässt sich gerade in den 1950er Jahren eine stärkere direkte Anleitung durch die SED-Bezirksparteiorganisationen nachweisen. Diese direkten Anleitungsbestrebungen verloren im Zeitverlauf zugunsten indirekter Herrschaftsausübung und geheimpolizeilicher Kontrolle an Intensität. Die Einheitssozialisten konnten die „Leine“ in den 1960er und 1970er Jahren „locker“ lassen, da die Blockparteien gelernt hatten, „bei Fuß zu gehen“. Gerade in diesem Moment des Konformismus, der von der oberen Funktionsklasse bis zum Kreissekretär

---

170 Vgl. BStU Ast. Nbg. AIM 640/87, Bd. 3, Bl. 15, Komplexauftrag für IM, die Mitglied kleinbürgerlicher Parteien sind.

171 Vgl. BStU MfS-ZA AIM 3290/60, Bl. 46, Einschätzung des IM „Rolf“, Abt. V/3.

in der Regel mitgetragen wurde, liegt die systemstabilisierende „Mitverantwortung“ der DDR-CDU.

Demgegenüber hat der Begriff der „Fremdsteuerung“ vor allem aus dem Blickwinkel der Unionsgeschichte und von Teilen der nonkonformistischen Basis seine Berechtigung. Noch Mitte der 1950er Jahre registrierte der Staatssicherheitsdienst aufmerksam solche nonkonformistischen Verhaltensweisen von CDU-Mitgliedern: „Charakteristisch für das Verhalten vieler Mitglieder bürgerlichen Parteien im Bezirk Neubrandenburg ist das Verhalten des Bürgermeisters (CDU) von Burg Stardgard, der am 4.10.1954 noch die gesamte Propagandaliteratur, die er zur Verteilung bringen sollte, in seinem Büro liegen hatte“.<sup>172</sup> Insbesondere die Christdemokraten in den Ortsgruppen äußerten immer wieder Zweifel an der Einheitslistenwahl und Kritik an den allgemeinen demokratischen Defiziten des SED-Staates.<sup>173</sup>

Zwischen Teilen der Mitgliederbasis und dem linientreuen Funktionärstamm gab es in der Beurteilung des politischen Systems, der Repressalien gegenüber Christen und Andersdenkenden und des schleichenden wirtschaftlichen und ökologischen Niedergangs eine deutlich wahrnehmbare Kluft. Diese Kluft war konstitutiv für die Ambivalenz aus Fremdsteuerung und Mitbestimmung, die sich letztlich in den eingangs benannten unterschiedlichen Bewertungen der Rolle der Union im sozialistischen Parteiensystem niederschlug. Wer heute die Mitverantwortung der CDU für die SED-Diktatur überbetont, verkennt die Fremdsteuerung der Blockparteien. Und umgekehrt: Einmal konditioniert, liefen Teile der Basis, vor allem aber Funktionäre an der „lockeren Leine“ der SED, ohne daran zu zerren. Eine Auflösung des „Gefangenendilemmas“ gelang erst nach der Befreiung der CDU aus den Ketten des Demokratischen Blocks der Nationalen Front und im Repressionsapparat des Mielke-Ministeriums während der Herbstrevolution 1989.<sup>174</sup> Schließlich setzte dieser Emanzipationsprozess unter Lothar de Maizière viele personelle Bereinigungen und programmatische Häutungen voraus, mündete aber folgerichtig in die Fusion der Ost-CDU mit der CDU der Bundesrepublik unter Helmut Kohl ein. Von ihren geschichtlichen Wurzeln und demokratischen Ideen her waren Ost- und West-CDU Früchte desselben Baumes.

172 BStU MfS-ZA AS 9/57, Bd. 17, Bl. 306, Informationsdienst der SfS-Zentrale, 11.10.1954, S. 12.

173 Vgl. ebd., Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in der DDR, SfS, Nr. 2333, 7.10.1954, Bl. 328. Vgl. auch ebd., Bd. 15, Informationsdienst zur Beurteilung der Situation in der DDR, SfS, Nr. 2301, 23.8.1954, Bl. 9. Hier äußerten zwei Bauern aus der Gemeinde Jülchendorf bei Sternberg in Anwesenheit des CDU-Kreisvorsitzenden, in der DDR gäbe es „keine richtigen Wahlen mehr“.

174 Siehe dazu Christian SCHWIEBELMANN, *Die politische „Wende“ 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR*, in: *Zeitgeschichte Regional 2* (2008), S. 89–104.

## **Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 – Ein Tag der geistig-moralischen Wende?**

**Von Tim Szatkowski**

Am 23. Mai 1979, dem 30. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat, wählte die Bundesversammlung in der Beethovenhalle in Bonn den Christdemokraten Karl Carstens zum Bundespräsidenten. Die Wahl des fünften Staatsoberhauptes der Bundesrepublik war in doppelter Hinsicht ein besonderes Ereignis: Zum einen war Carstens der erste aus der Opposition heraus gewählte Präsident. In der Bundesversammlung verfügten die Unionsparteien über die Mehrheit, während SPD und FDP im Bund in der Regierungsverantwortung standen. Auch die Wahl des Sozialdemokraten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten 1969 lässt sich damit nicht vergleichen, bildete die SPD doch zusammen mit der CDU und CSU die Regierung der Großen Koalition. Zum anderen war die Integrität des Bundestagspräsidenten Carstens, der nun für das höchste Staatsamt kandidierte, in den vorangegangenen Monaten in einer Weise in Frage gestellt worden, wie es noch bei keinem Bewerber der Fall gewesen war.

Der Kandidat Carstens war aus drei Gründen umstritten. Erstens war er Mitglied der NSDAP gewesen. Zweitens wurde ihm vorgeworfen, vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in der Spionageaffäre Guillaume im Oktober 1974 wissentlich falsch ausgesagt zu haben. Drittens verkörperte er für viele den Typus eines rechtskonservativen Politikers.<sup>1</sup> Vor allem seine Mitgliedschaft in der NSDAP wog schwer. Viele radikale Stimmen waren in der öffentlichen Debatte zu vernehmen, die sich hauptsächlich auf diesen Punkt konzentrierten. Der „Spiegel“ eröffnete eine Kampagne gegen Carstens und beschäftigte sich vornehmlich mit dessen (angeblicher) Verstrickung in Waffengeschäfte des Bundesnachrichtendienstes.<sup>2</sup> Aber auch gemäßigte Beobachter sprachen sich gegen Carstens aus. So legte Kurt Becker in der „Zeit“ dar, dass die (rein formale) NSDAP-Mitgliedschaft des Bewerbers – wie die des amtierenden Bundespräsidenten Walter Scheel – als „tilgungsfähige ‚Jugendstunde‘“ bewertet werden könne. Gleichwohl hielt er die Kandidatur Carstens’ aus innen- wie außenpolitischen Gründen nicht für opportun.<sup>3</sup>

Mit der Wahl von Carstens werde der „Wegweiser“ aufgestellt: „Nicht durch Koalition, sondern durch harte Konfrontation an die Macht.“ Das war Mitte

---

1 Vgl. dazu Tim SZATKOWSKI, *Karl Carstens. Eine politische Biographie*, Köln u. a. 2007, S. 298–310.

2 Vgl. etwa „Der Spiegel“ vom 27.11.1978; 11.12.1978; 26.2.1979; 12.3.1979, „Carstens: Ein Fall für den Staatsanwalt?“; „BND: ‚Die Welt ist voller Wunder‘“; „Fall Carstens: Wer glaubt ihm noch?“; „Nichts für ungut, ehrlicher Mann“.

3 „Die Zeit“ vom 17.11.1978: Kurt BECKER, „Die Schatten der Vergangenheit“.

Februar 1979 die Einschätzung der „Frankfurter Rundschau“.<sup>4</sup> Der „Spiegel“ informierte seine Leser knapp einen Monat später folgendermaßen: „Carstens-Kenner prophezeien, der künftige Präsident sei [...] entschlossen, das hohe Amt, so elegant es eben geht, zugunsten seiner Union zu nutzen.“<sup>5</sup> Hinter solchen Aussagen steckte die Furcht vor einem politischen Machtwechsel. Was die einen befürchteten, das erhofften die anderen: „Sobald Carstens gewählt ist, wandert die Union bergauf.“<sup>6</sup> Es war vor allem der „Münchener Merkur“, der sich geradezu kämpferisch für ihn einsetzte: „Die Wahl des nächsten Bundespräsidenten wird eine politische Wahl sein. [...] Die Wahl eines Unionspolitikers ins höchste Staatsamt [...] bedeutet zugleich ein Stück ‚Machtwechsel‘.“<sup>7</sup>

Ganz richtig stellte der Abgeordnete Conrad Ahlers im Mai 1979 fest, kein Begriff sei im Zusammenhang mit der Wahl von Carstens häufiger verwandt worden als „Machtwechsel“.<sup>8</sup> Die Kommentatoren knüpften damit an Gustav Heinemann an, der kurz nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 – mit den Stimmen der Freien Demokraten – dieses Wort in umstrittener Weise gebrauchte.<sup>9</sup> Es hatte sich damals um eine prophetische Aussage gehandelt, denn im Oktober 1969 bildeten SPD und FDP eine neue Koalition in Bonn und verdrängten die beiden Unionsparteien erstmals seit 20 Jahren aus der Bundesregierung.

Doch lässt sich die Wahl eines Bundespräsidenten wirklich mit einer politischen Wende in Verbindung bringen? Schon Ahlers hatte 1979 seine Zweifel. Der Wechsel von Scheel zu Carstens könne „zweifellos“ einen Machtwechsel einleiten, führte er aus, um sogleich deutlich zu machen: „Vielmehr ist mit der Präsidentenwahl zunächst einmal das relative Gleichgewicht der innenpolitischen Kräfte bestätigt worden“. Es sollte nicht vergessen werden, „daß auf diesem Kräftegleichgewicht die innere Stabilität beruht“. Letztlich sprach Ahlers nur von einem „politischen Stilwechsel“.<sup>10</sup>

Das Ziel dieser Abhandlung besteht darin, der Frage nachzugehen, ob die Wahl von Carstens 1979 den Auftakt zur politischen Wende in Bonn 1982/83 darstellte. Die Untersuchung soll allerdings nicht auf den engen Rahmen des konkreten Machtwechsels – der Ablösung der sozialliberalen durch die christ-

4 „Frankfurter Rundschau“ vom 14.2.1979: Gerhard ZIEGLER, „Präsidenten fallen nicht vom Himmel“.

5 „Der Spiegel“ vom 12.3.1979: „Wieder Spaß“.

6 „Münchener Merkur“ vom 7.3.1979: Paul PUCHER, „Mit Carstens bergauf“.

7 „Münchener Merkur“ vom 29.11.1978: Karl Hugo PRUYS, „Carstens – ein Signal“.

8 „Wirtschaftswoche“ vom 26.5.1979: Conrad AHLERS, „Ein Stück Machtwechsel?“

9 *Das Gute fördern und das Böse abwehren. Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“, 8. März 1969, und Interview mit der Deutschen Presseagentur, 10. März 1969, in: Gustav W. HEINEMANN, Es gibt schwierige Vaterländer ... Reden und Aufsätze 1919–1969, hg. von Helmut LINDEMANN. Frankfurt/M. 1977, S. 349–360, hier S. 349f. u. 356–360.*

10 „Wirtschaftswoche“ vom 26.5.1979 (wie Anm. 8).

lich-liberale Koalition am 1. Oktober 1982, die in den Wahlen zum Bundestag am 6. März 1983 bestätigt wurde – beschränkt bleiben. Denn nicht nur in den Jahren 1978/79, sondern gerade auch im Rückblick auf seine fünfjährige Präsidentschaft ist Carstens immer wieder als Träger einer geistig-moralischen Erneuerung beurteilt worden. Wolfgang Jäger hat ihn als „Bundespräsident(en) der ‚Wende‘“ beschrieben: „Die Themen seiner Reden weisen einen Bundespräsidenten aus, der die Anliegen der [...] Grundwerte vertrat, die die CDU in ihrem Grundsatzprogramm von 1978 [...] formuliert hatte.“<sup>11</sup>

Das christdemokratische Grundsatzprogramm von 1978 war Teil einer Krisendiagnose, die „im Kampf um die politische Meinungsführerschaft bestehen konnte. Vordergründig betrachtet, errichtete das Wendekonzept eine starke Kampfstellung gegen die sozial-liberale Koalition. Denn deren rechts- und innenpolitische Reformgesetzgebung wurde als der Quell all jener Krisensymptome gedeutet, die eben eine grundlegende ‚Wende‘ erforderten.“<sup>12</sup> Obwohl das „Konzept der ‚geistig-moralischen Wende‘“ auf eigentümliche Weise konservative, liberale und fortschrittsorientierte Elemente miteinander verknüpfte, erwies es sich doch als „effizientes Instrument zur Erringung diskursiver Meinungsführerschaft und zur demokratischen Eroberung der Macht“.<sup>13</sup> Fasst man den Begriff der politischen Wende weiter, ist also auch nach der Einleitung eines Stimmungs-, Bewusstseins- und Wertewandels zu fragen.

### *1. Das Amtsverständnis des Bundespräsidenten Carstens*

Dass der 23. Mai 1979 nicht als Tag der Wende bezeichnet werden kann, wird rasch deutlich, wenn sich die Untersuchung auf das Amtsverständnis des Bundespräsidenten konzentriert – zumindest in verfassungsrechtlicher Hinsicht. Kritiker befürchteten, das Staatsoberhaupt könnte – ob unter Ausschöpfung oder sogar dem Versuch der Ausdehnung seiner rechtlichen Kompetenzen – im Sinne der CDU/CSU agieren. Carstens selbst stellte von Beginn an klar, dass ihm nichts ferner liege, als seine Wahl mit der Vorstellung eines Machtwechsels in Verbindung zu bringen. Vor den CDU-Mitgliedern der Bundesversammlung betonte er am 5. März 1979 weiter, dass er unter „striktter Beachtung der Regeln, die unser Grundgesetz für die Amtsführung des Bundespräsidenten aufstellt“, handeln werde.<sup>14</sup>

Und in der Tat hat Carstens während seiner fünfjährigen Präsidentschaft zu keiner Zeit den Versuch unternommen, die verfassungsmäßig verankerten Auf-

11 Wolfgang JÄGER: *Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Richard von Weizsäcker*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16-17 (1989), S. 33–47, hier S. 43.

12 Andreas WIRSCHING, *Die mediale „Konstruktion“ der Politik und die „Wende“ von 1982/83*, in: *HPM* 9 (2002), S. 127–139, hier S. 129.

13 EBD. S. 130.

14 Union in Deutschland, Informationsdienst der CDU, Nr. 10, 8. März 1979.

gaben des Staatsoberhauptes im Sinne einer politischen Amtsführung zu nutzen. In diesem Punkt knüpfte Carstens nicht an seinen Vorgänger Walter Scheel an, der noch im November 1976, als er schon fast zweieinhalb Jahre im Amt war, die Auffassung vertrat, jedes Verfassungsorgan – also auch der Bundespräsident – habe die Pflicht, seine Kompetenzen „voll auszuschöpfen“.<sup>15</sup> Neben Scheel war es – in der Reihe der Bundespräsidenten von Heuss bis Carstens – Heinrich Lübke, der das höchste Staatsamt immer wieder als ein politisches interpretierte.<sup>16</sup>

Sein Verständnis vom Amt des Bundespräsidenten legte Carstens bereits 1971 in seiner Abhandlung *Politische Führung* dar, die seine Erfahrungen als politischer Beamter in den 1950er und 1960er Jahren bündelte. Dabei beschäftigte er sich intensiv mit der Frage, wie der jeweilige Amtsträger Artikel 82 des Grundgesetzes, der die Ausfertigung von Bundesgesetzen zum Gegenstand hat, deuten müsse. Dies ist, neben Personalentscheidungen, der Bereich, an dem sich das Amtsverständnis eines Bundespräsidenten festmachen lässt. Carstens wies darauf hin, dass der Bundespräsident die „formelle Ordnungsmäßigkeit“ der ihm zugeleiteten Vorlagen prüfen dürfe und müsse. Aber die Argumente zugunsten eines „weitgehenden Prüfungsrechts“ hielt er nicht für „durchschlagend“. Die definitive Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen falle dem Bundesverfassungsgericht zu. Dem Bundespräsidenten die Prüfungspflicht aufzuerlegen, würde bedeuten, „den ohnehin schwerfälligen Regierungs- und Gesetzgebungsprozeß noch schwerfälliger“ zu machen. Zu den Fällen, in denen die Amtsträger Gesetze nicht verkündet hatten, weil sie diese für verfassungswidrig hielten, bemerkte Carstens, dass ihre Entscheidungen „falsch“ gewesen seien.<sup>17</sup>

Während Carstens' fünfjähriger Amtszeit wurde die Problematik vor allem beim Staatshaftungsgesetz akut, das vom Bundestag am 12. Februar 1981 verabschiedet wurde und dem der Bundesrat einen Monat später, am 13. März, die Zustimmung versagte. An seiner Verfassungsmäßigkeit hatte er „erhebliche Zweifel“, wie Carstens im Schreiben an den Bundeskanzler sowie an die Präsidenten von Bundestag und Bundesrat darlegte.<sup>18</sup> Insbesondere war umstritten, ob der Bund in diesem Fall überhaupt die Gesetzgebungskompetenz be-

---

15 *Im Geiste der Verfassung. Ansprache anlässlich des 25jährigen Bestehens des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe am 18.11.1976*, in: Walter SCHEEL, *Reden und Interviews 3. 1. Juli 1976–30. Juni 1977*, Bonn 1977, S. 103–110, hier S. 107.

16 Vgl. dazu Rudolf MORSEY: *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*. Paderborn u. a. 1996, vor allem S. 333–352, 418–441 und 457–478.

17 Karl CARSTENS: *Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung*. Stuttgart 1971, S. 103f.

18 Zur Unterzeichnung des Staatshaftungsgesetzes. Schreiben des Bundespräsidenten an den Bundeskanzler vom 26. Juni 1981, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 2.7.1981, 64 (1981), S. 545.

saß. Die Einwände wogen für Carstens „schwer“, sie genügten ihm gleichwohl nicht, um die Ausfertigung des Gesetzes zu verweigern.<sup>19</sup> So entsprach die Amtsführung des fünften Bundespräsidenten ganz den Vorstellungen vom Amt, die er beschrieben hatte. Es ist insoweit richtig, Carstens als einen unpolitischen Präsidenten anzusehen. Er habe nicht „auch nur den Anschein eines Eingriffs in die Politik“ entstehen lassen, urteilte 1984 Friedrich Karl Fromme.<sup>20</sup> Carstens habe seine rechtlichen Kompetenzen von sämtlichen Amtsinhabern „am engsten“ gedeutet und sich „am wenigsten“ in die Tagespolitik eingemischt, resümierte 1989 auch Wolfgang Jäger.<sup>21</sup>

## 2. Wertorientierung – Wertewandel in eine andere Richtung

Eine Untersuchung über das Amtsverständnis eines Bundespräsidenten muss aber nicht nur die Frage nach der Intensität des Ausschöpfens verfassungsmäßiger Befugnisse beantworten. Denn eine Einschränkung des Politikbegriffs auf die *machtpolitische potestas* eines Staatsoberhauptes würde zu kurz greifen. Von großer Bedeutung ist ebenso dessen *metapolitische auctoritas*, die Tatsache, dass der Amtsinhaber, vor allem in seinen öffentlichen Äußerungen, starke geistige, moralische und eben auch politische Akzente setzen kann, ohne das Grundgesetz nur im geringsten zu strapazieren. Es waren vornehmlich Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker, die als eminent „politische“ Präsidenten in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingegangen sind, ohne dass sie ihr Amt in verfassungsrechtlicher Hinsicht als ein politisches verstanden.

Carstens hat es als seine Aufgabe angesehen, „ein gewisses Maß an geistiger Führung“ auszuüben.<sup>22</sup> Er wollte „Leitlinien“ anbieten, die das Leben bestimmen können, und den Menschen die „Orientierung auf einen Lebenssinn“ vermitteln.<sup>23</sup> Es waren bürgerliche Tugenden wie Fleiß und Pflichtbewusstsein, auf die er abhob, aber auch christliche Tugenden wie die Nächstenliebe, der Dienst am Mitmenschen in der Gemeinschaft. Immer wieder kam er auf die Verantwortung des einzelnen für das Funktionieren des Ganzen (wie Familie, Gesellschaft und Staat) zu sprechen. Unmissverständlich wandte sich Carstens

19 Ebd.

20 Friedrich Karl FROMME: *Deuter ihrer Zeit oder deren Geschöpfe? Zum Amtsbeginn des sechsten Bundespräsidenten*, in: Die Politische Meinung 29 (1984), Heft 214, S. 4–19, hier S. 7.

21 JÄGER, *Die Bundespräsidenten* (wie Anm. 11), S. 42.

22 *Der Bürger hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Interview mit dem Hessischen Rundfunk* (7. Dezember 1980), in: Karl CARSTENS, *Reden und Interviews 2. 1. Juli 1980–30. Juni 1981*, Bonn 1981, S. 331–343, hier S. 331.

23 *Orientierung im christlichen Glauben. Ansprache bei der 100-Jahrfeier des CVJM-Gesamtverbandes in Deutschland in Kassel* (30. Mai 1982), in: Karl CARSTENS, *Reden und Interviews 3. 1. Juli 1981–30. Juni 1982*, Bonn 1982, S. 395–399, hier S. 397f.

gegen die Ausuferung der Emanzipationsideologie in den 1970er Jahren. Sein Programm bestand also durchaus in einer geistig-moralischen (Neu-)Orientierung.

Eine Frage ist, ob Carstens auf diese Weise eine Frontstellung insbesondere zu den politischen Zielen der SPD aufbaute. Die Programme der beiden großen Volksparteien – auf der einen Seite das Grundsatzprogramm der CDU von 1978, auf der anderen Seite der *Orientierungsrahmen* '85 der SPD, der 1975 verabschiedet wurde – wiesen jedenfalls „substantielle Differenzen“ auf.<sup>24</sup> So zielte der Wert der Freiheit im Sinne der SPD-Programmatik auf die Freiheitsrechte des einzelnen ab, während die CDU die Wahrnehmung dieser Rechte mit der Forderung nach Verantwortung für andere verknüpfte. Unter Gerechtigkeit verstand die SPD das Ideal gesellschaftlicher Gleichheit, die Union in erster Linie Chancengleichheit.<sup>25</sup> Der Vergleich der Bundespräsidenten Heinemann und Carstens an nur einem Beispiel ist bereits aufschlussreich. Beide beriefen sich wiederholt auf die freiheitlichen und demokratischen Traditionen in der deutschen Geschichte. Während Heinemann damit aber zu einer Ausweitung von Demokratisierung und Emanzipation aufforderte, lehnte Carstens insbesondere eine extensive Auslegung des Freiheitsbegriffs ab.

Die Frage nach der Abgrenzung zur SPD ist gleichwohl nicht leicht zu beantworten, denn letztlich waren Wähler, Mitglieder und Funktionäre aus den Reihen der Sozialdemokratie zu heterogen, als dass eine klare Gegenüberstellung möglich wäre. Eine Partei mit einer Spannbreite von Helmut Schmidt bis Peter von Oertzen kann nicht als Einheit begriffen werden, auch wenn ihr linker Flügel in den 1970er Jahren eine ganz beträchtliche, auch politische Aufwertung erlebte. Und noch etwas anderes muss berücksichtigt werden. Karl Dietrich Bracher hielt im fünften Band der *Geschichte der Bundesrepublik* fest, dass sich „binnen kurzem eine erhebliche Verschiebung und Veränderung der geistigen Landschaft“ vollzogen habe: „Wenn es eine konservative Welle gegen Ideen von 1969 war, so hieß das keineswegs, daß nun ein politischer Machtwechsel bevorstand. Das Neue war ja gerade, daß die bislang klaren Fronten sich verwischten. Die konservativen Züge der Tendenzwende sind so wenig eindeutig einem politischen Lager zuzuordnen wie der in Zweifel gezogene Fortschrittsgedanke.“<sup>26</sup> So war es kein Zufall, dass auch die öffentlichen Äußerungen des unmittelbaren Vorgängers von Carstens im Amt des Präsi-

24 Helmut STAHL, *Die Suche nach Grundwerten und Grundwertbestimmungen in den Parteien*, in: DERS. u. a., *Wertverzicht in der Industriegesellschaft?* (Untersuchungen und Beiträge zu Politik und Zeitgeschichte Bd. 23), Bonn 1976, S. 166–189, hier S. 181.

25 EBD. S. 183f.

26 Karl Dietrich BRACHER, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre*, in: DERS./Wolfgang JÄGER/Werner LINK, *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 285–406, hier S. 351.

dentem, Walter Scheel, in einem „tiefen Wertkonservatismus“ wurzelten.<sup>27</sup> Und es war Scheel, der 1977 die nicht unberechtigte Frage stellte: „Stimmt der alte Gegensatz zwischen Konservativen und Progressiven eigentlich noch?“<sup>28</sup>

Eine andere Frage ist, welche Wirkungen Carstens mit seinen Anliegen erzielte. Auffällig ist sicher die rasch steigende Zustimmung zu seiner Amtsführung in der westdeutschen Bevölkerung. Im Juni 1979, zu Beginn seiner Amtszeit, hatten nur 36 % der Befragten ein gutes oder ausgezeichnetes Urteil über ihn.<sup>29</sup> Im Januar 1983 erklärten sich dann 72 % der Befragten mit Carstens „einverstanden“.<sup>30</sup> Doch solche Werte sind letztlich natürlich nur ein sehr schwaches Indiz dafür, dass sich die Bundesbürger mit seinen Vorstellungen identifizierten, sie sich diese zu eigen machten.

Von einer (geistig-moralischen) Wende könnte gesprochen werden, wenn ein Wandel zugunsten der Werte eingetreten wäre, die in der Programmatik der CDU und in den öffentlichen Äußerungen des Bundespräsidenten anklangen. Das war nicht der Fall, im Gegenteil. Die sozialkulturellen Wandlungsprozesse, welche die Bundesrepublik seit der Mitte der 1960er Jahre und schließlich verstärkt in den 1970er Jahren erfassten, können mit der „Trias von Individualisierung, radikaler Pluralisierung und Entnormativierung“ beschrieben werden.<sup>31</sup> Die „Expansion von Selbstentfaltungswerten“<sup>32</sup> kennzeichnete eine „gesellschaftliche Revolution“.<sup>33</sup> Dabei erfuhren die Wertorientierungen, die Carstens in den Vordergrund stellte, etwa die religiöse Bindung sowie die Tugenden der bürgerlichen Arbeits- und Leistungsethik, eine klare Abwertung.<sup>34</sup> Zwar war der große „Wertwandlungsschub“<sup>35</sup> schon Mitte der 1970er Jahre beendet, „aber in den entscheidenden Punkten des Wertewandels zeigte sich keine Umkehr und auch keine Neuorientierung. Zwar war die Dynamik der späten sechziger und frühen siebziger Jahre vorbei [...], aber der Wertewandel selbst hatte noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht. Die Entwicklung ging

27 Wolfgang JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1974–1982*. In: DERS./ Werner LINK, *Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt*, Stuttgart 1987, S. 9–272, hier S. 145.

28 *Wir müssen uns entscheiden, wie wir in Zukunft leben wollen. Ansprache zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises in München (11. Februar 1977)*, in: SCHEEL, *Reden und Interviews* 3 (wie Anm. 15), S. 173–194, hier S. 192.

29 *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983*. Band VIII, hg. von Elisabeth NOELLE-NEUMANN und Edgar PIEL, München u. a. 1983, S. 230.

30 EBD. S. 233.

31 Andreas RÖDDER, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004, S. 30.

32 Helmut KLAGES, *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen*, Frankfurt am Main/New York, 2. Aufl. 1985, S. 21.

33 Elisabeth NOELLE-NEUMANN/Thomas PETERSEN, *Zeitenwende. Der Wertewandel 30 Jahre später*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 (2001) B 29, S. 15–22, hier S. 16.

34 Vgl. dazu die Zusammenstellung bei Karl-Heinz HILLMANN, *Wertewandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen*, Darmstadt 1986, S. 177–180.

35 KLAGES (wie Anm. 32), S. 21.

weiter in die Richtung, die in den sechziger Jahren eingeschlagen worden war.<sup>36</sup> Dieser Auffassung wird auch ein „Stagnieren der Wertwandlungsbewegung“ seit 1975 entgegengehalten, das allerdings mit dem Hinweis auf verhältnismäßig hohe Instabilität der Wertbezüge der Menschen.<sup>37</sup>

### 3. Umgang mit der NS-Vergangenheit

Als ein Bestandteil der (vermeintlichen) Wende ist immer wieder die (angebliche) „geschichtspolitische Offensive“ der Regierung Kohl interpretiert worden.<sup>38</sup> Im Zuge des Historikerstreits legte Jürgen Kocka 1986 dar, dass sich die Gründe des Interesses an Geschichte verschoben hätten: „Nicht so sehr Aufklärung [...] und Beiträge zur Emanzipation erwartet die öffentliche Diskussion von der Beschäftigung mit der Geschichte, vielmehr: Hilfen zur Identitätsfindung oder gar Beiträge zur Sinnstiftung. ‚Zustimmungsfähige Vergangenheit‘ ist gewünscht, Geschichte als Tradition zur Stärkung der kollektiven Identität und Konsensbildung.“<sup>39</sup> In diesem Zusammenhang kritisierte er scharf den Versuch, „die Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Verbrechen zwar nicht zu leugnen, aber doch zu relativieren und ihren Ort in der Geschichte neu zu definieren“.<sup>40</sup> Aber lässt sich wirklich von einem „grundlegenden historischen Paradigmenwechsel“ in der Bundesrepublik sprechen, und zwar in dem Sinne, dass die konstitutive Bedeutung der Erfahrungen der nationalsozialistischen Epoche für das historisch-politische Selbstverständnis der westdeutschen Gesellschaft geschmälert oder gar ignoriert wurde?<sup>41</sup> Rupert Seuthe jedenfalls kam, unter anderem mit Bezug auf die Pläne für ein *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* und ein *Deutsches Historisches Museum* sowie deren Verwirklichung, zu dem Ergebnis, dass die „sogenannte ‚geistig-moralische Wende‘ nur mehr [...] als eine Chimäre“ erscheine.<sup>42</sup>

Wie verhält es sich mit Carstens? Wie ging er mit seiner eigenen Vergangenheit und der nationalsozialistischen Geschichte im Allgemeinen um? Lässt ein

36 NOELLE-NEUMANN/PETERSEN (wie Anm. 33), S. 17f.

37 KLAGES (wie Anm. 32), S. 21f.

38 Aleida ASSMANN/Ute FREVERT, *Geschichtsvergessenheit. Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, S. 262.

39 „Frankfurter Rundschau“ vom 23.9.1986: Jürgen KOCKA, „Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren.“

40 Ebd.

41 Hans MOMMSEN, *Suche nach der „verlorenen Geschichte“? Bemerkungen zum historischen Selbstverständnis der Bundesrepublik*, in: „Historikerstreit“. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1987, S. 156–173, hier S. 156 u. 169.

42 Rupert SEUTHE, „Geistig-moralische Wende“? *Der politische Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Ära Kohl am Beispiel von Gedenktagen, Museums- und Denkmalprojekten*, Frankfurt/M. u. a. 2001, S. 310.

Vergleich mit seinen beiden Amtsvorgängern, Heinemann und Scheel, den Schluss zu, dass die oben genannten Vorwürfe auf ihn zutreffen? In welche Richtung tendierte die öffentliche Meinung Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre beim Umgang mit der NS-Diktatur?

Zunächst die Fakten, soweit sie Carstens betreffen: Im November 1937 stellte der Student der Rechtswissenschaften, der ein Jahr zuvor seine erste juristische Staatsprüfung abgelegt hatte und nun kurz vor seiner Promotion stand, einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP. Dieser Schritt ist auf den Zwang der äußeren Umstände zurückzuführen: Der Präsident des Landgerichts Bremen, an dem Carstens als Referendar tätig war, hatte ihn offen dazu aufgefordert und seiner Forderung mit dem Hinweis Nachdruck verliehen, dass die Zulassung zum Assessorexamen ansonsten gefährdet sein und ein Unterhaltszuschuss, auf den Carstens angewiesen war, nicht länger gewährt werden würde. In dieser Situation entschloss sich Carstens, der Partei beizutreten, aber nicht, ohne in geschickter Weise das Aufnahmeverfahren zu verschleppen. So wurde die Mitgliedschaft erst wirksam, als er bereits zur Wehrmacht eingezogen worden war. Sie blieb somit eine rein formale Angelegenheit. Das Entnazifizierungsverfahren endete 1948 mit der Einordnung Carstens' in die Gruppe der „Entlasteten“.<sup>43</sup>

Die Vorwürfe, die im Zuge seiner Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten gegen ihn erhoben wurden, haben Carstens zu schaffen gemacht. Die Memoiren von Friedrich Zimmermann zeigen, dass er überlegte, von seiner Bewerbung Abstand zu nehmen.<sup>44</sup> Aber der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, für den es zu dieser Zeit „nichts Wichtigeres als die Präsidentschafts-Kandidatur“ gab, weil die Wahl von Carstens „die Wende anzeigen“ konnte, riet ihm dazu, einige vertrauenswürdige Journalisten einzuladen und ihnen die Motive für seinen Beitritt zur NSDAP darzulegen, also offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen.<sup>45</sup>

In einer für Zimmermann „historische(n) Stunde“<sup>46</sup> ließ sich Carstens auf dessen Pläne ein. Die Artikel, die am 10. November 1978 in der „Welt“<sup>47</sup> und in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“<sup>48</sup> erschienen, verfehlten ihre Wirkung durchaus nicht, zumal um diese Zeit bekannt wurde, dass auch Walter Scheel Mitglied der NSDAP gewesen war. Selbst Rudolf Augstein vertrat drei

43 Vgl. zum gesamten Abschnitt SZATKOWSKI (wie Anm. 1), S. 22–46, hier insbesondere S. 36f. u. 40.

44 Friedrich ZIMMERMANN, *Kabinetstücke. Politik mit Strauß und Kohl 1976–1991*, München/Berlin 1991, S. 69.

45 EBD. S. 68 u. 73.

46 EBD. S. 73.

47 „Die Welt“ vom 10.11.1978: Manfred Schell, „Widerstand nach Maß seiner Kräfte“.

48 FAZ vom 10.11.1978: Karl FELDMEYER, „Wie Karl Carstens durch die Zeit des Nationalsozialismus kam“.

Tage später im „Spiegel“ die Meinung, dass Carstens in jedes, „auch in das höchste Amt“ gewählt werden könne.<sup>49</sup> Carstens legte die beiden erwähnten Artikel dann auch seinen Antworten auf Schreiben bei, welche er von Bürgerinnen und Bürgern erhalten hatte, die sich gegen seine Kandidatur aussprachen. Sein Tenor war folgender: „Ich war – wie fast alle meine Altersgenossen – in die damalige Entwicklung verstrickt. Niemand, der nicht aktiven Widerstand geleistet hat, und das heißt, sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, kann sich davon gänzlich frei zeichnen. Aber niemand kann mir nach meiner Ansicht zu Recht den Vorwurf machen, ich hätte die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unterstützt.“<sup>50</sup> Das war eine zutreffende Selbsteinschätzung. Carstens stand der nationalsozialistischen Ideologie fern, seine Mitgliedschaft in der NSDAP ruhte, eine aktive Rolle in der NS-Diktatur spielte er nicht.

Die heftigen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Wahl des Bundespräsidenten 1979 erscheinen als künstliches Produkt, vor allem im Vergleich mit Carstens' weitgehend ruhiger und unumstrittener fünfjähriger Präsidentschaft. Wie in der Bundesrepublik, so war zum Teil auch in Israel eine aufgesetzte Entrüstung erkennbar. Bei Carstens' dortigem Besuch vom 23. bis 28. Mai 1978 als Präsident des Bundestages war das Thema seines Verhaltens im Dritten Reich gar nicht präsent. Die Reise wurde von Likud-Vertretern als „äußerst positiv“ und „Wendepunkt“ im Dialog mit der Bundesrepublik bezeichnet.<sup>51</sup> Sie war besonders heikel, weil Ministerpräsident Menachem Begin – der nach den Wahlen im Mai 1977 eine Regierung gebildet hatte – zuvor niemals einen deutschen Politiker empfangen hatte.<sup>52</sup> Der Besuch wurde daher von Botschafter Klaus Schütz als „Durchbruch“ in den deutsch-israelischen Beziehungen seit der Amtsübernahme Begins bewertet.<sup>53</sup>

Als Carstens einige Monate später für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte, wandelte sich die Situation auffällig. Seine NSDAP-Mitgliedschaft geriet nun sehr viel stärker in das Blickfeld der israelischen Öffentlichkeit – und wurde zum Teil scharf angegriffen. Entsprechende Presseberichte waren bisweilen mit Abbildungen Hitlers versehen. Die kritischen Stimmen überwogen insgesamt.<sup>54</sup> Gleichwohl gab es in Israel und in ausländischen jüdischen Kreisen auch eine ganze Reihe von gemäßigten Kommentaren. So brachte die

49 „Der Spiegel“ vom 13.11.1978: Rudolf AUGSTEIN, „Nun ruht mal schön.“

50 Schreiben Carstens' an Pfarrer F. R. Kudis, Karlsruhe, vom 28.2.1979, in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Karl Carstens (N 1337), Band 98.

51 Drahtbericht Nr. 577 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, vom 26.5.1978, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Referat 011, Band 115278.

52 Ebd.

53 Drahtbericht Nr. 578 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, vom 29.5.1978, in: ebd.

54 Vgl. die Zusammenstellung von Presseausschnitten nach der Wahl zum Bundespräsidenten; Anhang zum Schriftbericht Nr. 687 der Botschaft Tel Aviv vom 7.6.1979, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Referat 310, Band 125006.

Tageszeitung „Yedioth Ahronoth“ am 18. Mai 1979 ein Interview mit Carstens und ein objektives Porträt des Kandidaten.<sup>55</sup> Auch der „Aufbau“ berichtete überaus positiv. Carstens’ „verzeihliche Jugendsünde“ sei „weggewischt und kein Argument gegen seine Präsidentschaft“.<sup>56</sup> Und die deutschsprachige Tageszeitung „Israel Nachrichten“ zeigte sich Carstens gegenüber mit einem Artikel von Robert Kempner ebenfalls sehr aufgeschlossen.<sup>57</sup>

Als Bundespräsident hat sich Carstens wiederholt mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt. Am prägnantesten formulierte er seine Intentionen in diesem Zusammenhang am 6. Oktober 1982 auf dem 34. Historikertag in Münster: „Zwölf Jahre dürfen sich nicht wie ein Riegel vor unsere ganze Geschichte schieben.“<sup>58</sup> Im Frühjahr 1976 übermittelte er dem Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, den von ihm redigierten Text einer „Wahlkampfplattform“, der im Abschnitt über „Geschichtsbewusstsein – Vaterland“ seine Absichten gleichfalls eindringlich widerspiegelt: „Wir wenden uns gegen alle Versuche, die gesamte deutsche Geschichte unter negativen Vorzeichen zu behandeln. Die dunklen Kapitel, vor allem der Jahre von 1933–1945, sollen nicht übergangen werden. Aber auch die große geschichtliche Überlieferung des 19. und 20. Jahrhunderts muß behandelt werden. Die junge Generation soll sich ein eigenes Urteil bilden können, um endlich wieder ein ungebrochenes Verhältnis zu Deutschland und zur deutschen Geschichte zu finden.“<sup>59</sup>

Es war aus Carstens’ Sicht eine „törichte Verfälschung“, das Streben der Deutschen nach Demokratie und Freiheit als eine Geschichte des Scheiterns erscheinen zu lassen.<sup>60</sup> Vielmehr wollte er eine „durchgehende geschichtliche Linie von 1832 über 1848, 1918/19, 1948/49 bis heute“ ziehen<sup>61</sup> und auf diese Weise die „Kontinuität der liberalen Tradition“ herausstellen.<sup>62</sup> Carstens’ Bestreben ging dahin, den Blick auf erfreuliche Entwicklungen in der deutschen

55 Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 635 der Botschaft Tel Aviv vom 21.5.1979, in: ebd.

56 „Aufbau“ vom 17.11.1978: Hans STEINITZ, „Die ich rief, die Geister ...“.

57 Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 949 der Botschaft Tel Aviv vom 3.8.1979, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, Referat 310, Band 125006; „Israel Nachrichten“ vom 3.8.1979: Robert M. W. KEMPNER, „Der neue Bundespräsident wird präsentiert: Rolf Vogel über Prof. Karl Carstens“.

58 *Geschichtsbewußtsein und nationale Identität. Rede auf dem 34. Deutschen Historikertag in Münster (6. Oktober 1982)*, in: Karl CARSTENS, *Reden und Interviews 4. 1. Juli 1982–30. Juni 1983*, Bonn 1983, S. 85–93, hier S. 89.

59 Schreiben Carstens’ an Kurt Biedenkopf vom 5.4.1976, in: Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Karl Carstens (N 1337), Band 216.

60 S. Anm. 58, S 91.

61 *Die Demokratie schützen. Rede beim Festakt anlässlich der 150. Wiederkehr des Hambacher Festes im Hambacher Schloß (27. Mai 1982)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews 3* (wie Anm. 23), S. 386–394, hier S. 391.

62 *Werte vorleben. Interview mit der Zeitschrift „Evangelische Kommentare“ (September 1980)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews 2* (wie Anm. 22), S. 287–299, hier S. 298.

Geschichte zu lenken, das heißt, der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur eine gute geschichtliche Tradition entgegenzusetzen, den Bundesbürgern so ein Angebot zu positiver Identifikation mit ihrem Land nahebringen.

Wenn Carstens die Geschichte dergestalt als identitätsbildenden Erfahrungsraum nutzte, fielen die Jahre 1933 bis 1945 aus seiner Betrachtung heraus. Doch von einer Relativierung wird trotz allem nicht gesprochen werden können. Carstens machte immer deutlich, dass die NS-Diktatur nicht vergessen werden dürfe, und betonte die Notwendigkeit ihrer weiteren (wissenschaftlichen) Aufarbeitung. Es ging ihm um die „Offenlegung der Ursachen, die zu dieser Entwicklung geführt haben, mit dem Ziel, solche Tiefen der Verblendung, des Hasses und der Gewalt für alle Zukunft [...] unmöglich zu machen“.<sup>63</sup> Carstens selbst betrieb eine solche Ursachenforschung in seinen öffentlichen Äußerungen allerdings kaum. Die Frage nach der Schuld behandelte er eher am Rande. Unrecht war für ihn „in deutschem Namen“ geschehen<sup>64</sup>, der Zweite Weltkrieg „von den damaligen Machthabern in Deutschland“ entfesselt worden.<sup>65</sup> Kollektive oder gar individuelle Zuweisungen von Schuld lehnte er ab.

Vergleicht man die Darlegungen Carstens' zum Nationalsozialismus mit denen der beiden anderen Bundespräsidenten, die in den Jahren der sozialliberalen Koalition amtierten, fällt zunächst auf, dass er sich insgesamt weniger mit diesem Thema beschäftigte als Heinemann und Scheel. Das ist mit Sicherheit kein Zufall – und nicht allein dem Umstand geschuldet, dass eine stärkere Profilierung angesichts nicht vorhandener „runder“ Jahrestage (Ausnahme: 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1979) nicht möglich war. Quantität sagt allerdings noch nichts über Qualität aus. Doch auch in letzterem Punkt fällt Carstens gegenüber Heinemann und Scheel ab – wenn intensivere Reflexionen über Gründe für die Entstehung einer Diktatur, speziell der nationalsozialistischen, sowie über Schuld und Verantwortung zur Leitlinie erhoben werden.

Heinemann suchte nach den Ursachen für den Erfolg der Nationalsozialisten und wies auf christliche Judenfeindschaft, gewalttätigen Nationalismus sowie

---

63 *Die deutsche Nation bleibt lebendige Wirklichkeit. Rede zum Gedenken an den 17. Juni 1953 vor dem Deutschen Bundestag (17. Juni 1983)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews* 4 (wie Anm. 58), S. 343–354, hier S. 348.

64 *Vermächtnis und Auftrag für die Zukunft. Rede bei der Gedenkfeier des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen in Bonn-Bad Godesberg (20. Juli 1981)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews* 3 (wie Anm. 23), S. 43–50, hier S. 43.

65 *Ansprache bei einem Empfang zu Ehren von Papst Johannes Paul II. auf Schloß Augustusburg in Brühl (15. November 1980)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews* 2 (wie Anm. 22), S. 97–101, hier S. 99.

blinden Obrigkeitseingebunden der Deutschen hin.<sup>66</sup> Als erster Bundespräsident benutzte er in einer Rede zum 20. Juli 1944 (am 19. Juli 1969) nicht die Formel, dass Unrecht „in deutschem Namen“ geschehen sei. Eine konkrete Schuldzuweisung aber nahm das Staatsoberhaupt nicht vor.<sup>67</sup> Scheel verwendete wieder das traditionelle Diktum, dass Verbrechen „in deutschem Namen“ (bzw. „in unserem Namen“) verübt worden seien, deutete allerdings mit anderen Formulierungen („wir nahmen es hin“) eine aktive Schuld von Deutschen an.<sup>68</sup> Am 17. Juni 1978 machte der Bundespräsident deutlich, dass es die Geistesverfassung eines Volkes sei, welche die Geschichte in eine bestimmte Richtung lenke, und dass es eben nicht die äußeren Umstände allein seien. Er forderte dazu auf, sich von Denk-, Gefühls- und Verhaltensweisen, welche die Deutschen „dem wilhelminischen und nazistischen ‚Reich‘ entgegengebracht“ hätten, endgültig zu verabschieden.<sup>69</sup> Einem Teil der damaligen Historiker und Geschichtslehrer an Schulen und Universitäten warf er vor, den Deutschen ein falsches historisches Bewusstsein vermittelt zu haben.<sup>70</sup> Mit dieser Aussage wies er einer bestimmten Personengruppe Schuld zu.

Carstens hat andere Akzente gesetzt. Diese lassen allerdings nicht den Schluss zu, er sei in der Reihe der Bundespräsidenten eine auffällige Ausnahme. Letztlich knüpfte Carstens – ohne die nationalsozialistische Vergangenheit zu verdrängen, ihre Bedeutung für die deutsche Geschichte zu beschränken oder Untaten in ihrem Ausmaß zu schmälern – an Theodor Heuss an, dem es ein besonderes Anliegen war, ein ausgewogenes Geschichtsbild zu vermitteln und eine Neubestimmung der nationalen Identität vorzunehmen.<sup>71</sup> Und dabei stand Carstens nicht quer zur öffentlichen Meinung.

Zwar bedeutete die Ausstrahlung des amerikanischen Fernsehfilms *Holocaust* im Januar 1979 „nicht so sehr einen Wendepunkt, sondern vielmehr einen ersten Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die

66 *Eine Flamme am Brennen halten. Ansprache zum 25. Gedenktag des 20. Juli 1944, gehalten in Berlin-Plötzensee am 19. Juli 1969*, in: Gustav W. HEINEMANN, *Reden und Interviews. 1. Juli 1969–30. Juni 1970*, Bonn 1970, S. 18–26, hier S. 19.

67 Vgl. EBD. S. 18–26.

68 *Wir haben gelernt. Ansprache zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges (6. Mai 1975)*, in: Walter SCHEEL, *Reden und Interviews 1. 1. Juli 1974–30. Juni 1975*, Bonn 1975, S. 231–243, hier S. 234.

69 *Von der Einheit Deutschlands. Rede zum 25. Jahrestag des „Tages der deutschen Einheit“ im Plenarsaal des Deutschen Bundestages (17. Juni 1978)*, in: Walter SCHEEL, *Reden und Interviews 4. 1. Juli 1977–30. Juni 1978*, Bonn 1978, S. 327–343, hier S. 331 u. 336.

70 *Das demokratische Geschichtsbild. Rede auf dem Deutschen Historikertag 1976 in Mannheim (22. September 1976)*, in: SCHEEL, *Reden und Interviews 3* (wie Anm. 15), S. 55–69, hier S. 60.

71 Vgl. dazu Ulrich BAUMGÄRTNER, *Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus*, Stuttgart 2001, S. 343–345.

sich im Generationenwechsel auch thematisch veränderte“.<sup>72</sup> Und die Fernsehserie bewirkte einen „kurzfristigen Meinungsausschlag: Innerhalb von drei Monaten sank die Zustimmung zur Verjährung der Massenmorde von 62 % auf 50 %, doch blieb diese Meinungsänderung nicht stabil.“<sup>73</sup> Im Zuge der (letzten) Verjährungsdebatte wollten im Februar 1979 nur noch 47 % der Befragten einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit ziehen, während es zehn Jahre zuvor, 1969, noch 67 % waren. Dementsprechend äußerten 40 % der Befragten Anfang 1979 die Auffassung, dass nationalsozialistische (Mord-)Verbrechen auch in Zukunft verfolgt werden sollten. 1969 waren es nur 23 %.<sup>74</sup>

Und mit Blick auf die neunziger Jahre, die Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands, kann festgestellt werden, dass sich „fortgesetzt und intensiviert“ hat, „was bereits in den achtziger Jahren begonnen hatte: eine breite, differenzierte, hochgradig politisierte Auseinandersetzung mit jenen zwölf Jahren deutscher Geschichte, die sich allen Versuchen historiographischer ‚Normalisierung‘ beharrlich und nachhaltig entziehen“.<sup>75</sup> Trotz allem: Auch wenn die Bereitschaft größer geworden ist, „die NS-Vergangenheit einschließlich des Mordes an den europäischen Juden genauer zur Kenntnis zu nehmen“, steht dieser Entwicklung doch eine „Schlußstrichtendenz“ gegenüber.<sup>76</sup> Mit anderen Worten: Das Interesse an Geschichte, gerade auch an der Geschichte des Dritten Reichs, hat seit den 1970er Jahren stark zugenommen, nicht aber die Bereitschaft, daraus konkrete, in welcher Form auch immer belastende Konsequenzen – individuelle oder kollektive, Folgen für die Bundesrepublik – in Kauf zu nehmen. So fällt der Bundespräsident in dieser Hinsicht ganz und gar nicht aus dem Rahmen. Eine Wende im Umgang mit der NS-Vergangenheit hat Carstens – genauso wenig wie die Regierungen unter Helmut Kohl – nicht eingeleitet.

#### 4. Das Verhalten der FDP

Ein womöglich viel deutlicheres Anzeichen für einen politischen Machtwechsel hat die FDP mit ihrem Abstimmungsverhalten in der Bundesversammlung am 23. Mai 1979 gesetzt. Die Bundesversammlung umfasste damals 1.036 Mitglieder, 531 der CDU/CSU, 438 Sozialdemokraten, 66 FDP-Mitglieder und einen fraktionslosen Abgeordneten des Bundestags. Am Wahltag waren 1.032

<sup>72</sup> Peter REICHEL, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute*, München 2001, S. 205.

<sup>73</sup> Werner BERGMANN, *Die Reaktion auf den Holocaust in Westdeutschland von 1945 bis 1989*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43 (1992), Heft 6, S. 327–350, hier S. 329.

<sup>74</sup> *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978–1983* (wie Anm. 29), S. 194.

<sup>75</sup> ASSMANN/FREVERT, *Geschichtsvergessenheit* (wie Anm. 38), S. 259.

<sup>76</sup> BERGMANN, *Die Reaktion auf den Holocaust* (wie Anm. 73), S. 350.

Mitglieder anwesend (530 CDU/CSU, 435 SPD, 66 FDP, ein Fraktionsloser). Auf Carstens entfielen 528 Stimmen, auf die Kandidatin der SPD, Annemarie Renger, 431. Es gab 72 Enthaltungen und eine ungültige Stimme. Offenbar haben sich sämtliche Mitglieder der FDP ihrer Stimme enthalten. Das ist sehr auffällig und ungewöhnlich, denn eigentlich hätte erwartet werden können, dass die Partei – als einer der beiden Partner der sozialliberalen Koalition – für die Kandidatin der SPD votiert.

Sozialdemokraten und Freie Demokraten hatten sich zunächst verständigt, für den ersten Wahlgang auf die Benennung eines Kandidaten zu verzichten. Für den Fall, dass Carstens nicht die erforderliche Mehrheit erreichen sollte, spekulierten sie, Walter Scheel für den zweiten Wahlgang zu nominieren.<sup>77</sup> Scheel hatte allerdings schon verkündet, nicht mehr zur Verfügung zu stehen – wohl auch in der Einsicht, dass die Union in der Bundesversammlung die Mehrheit besaß. Die Führung der SPD war vor allem daran interessiert, die Einheit der Koalition nicht zu gefährden, das heißt nicht einen Bewerber zu küren, der dann von der FDP nicht geschlossen unterstützt werden würde. Insbesondere Herbert Wehner äußerte sich in diesem Sinne.<sup>78</sup> Die Führung der FDP verfolgte das Ziel, keinen sozialdemokratischen Kandidaten wählen zu müssen, weil das ihr Image von der untrennbar mit der SPD verbundenen Partei weiter verfestigt und andere Koalitionsmöglichkeiten deutlich beschränkt hätte.<sup>79</sup> Insoweit war für beide Koalitionspartner der Verzicht auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten durchaus konsequent.

Aber in den letzten Tagen vor der Wahl änderte sich die Situation. Sowohl an der Parteibasis als auch unter SPD-Abgeordneten des Bundestags wurde immer lauter der Unmut darüber artikuliert, dass die SPD als große Volkspartei keinen eigenen Bewerber präsentierte.<sup>80</sup> Die Parteiführung sah sich daher gezwungen, von der mit der FDP vereinbarten Linie abzuweichen. Nach neuen Gesprächen wurde ein Kompromiss gefunden. Es sollte ein parteiloser Kandidat ins Rennen geschickt werden. Mit ihm hätte man noch – so die Hoffnung der SPD – Geschlossenheit demonstrieren können, und die Liberalen hätten keinen Sozialdemokraten wählen müssen. Gute Aussichten bestanden für Carl Friedrich von Weizsäcker und Marion Gräfin Dönhoff.<sup>81</sup> Beide lehnten jedoch ab, und am Ende trat die Vizepräsidentin des Bundestags, Renger, zu einer aussichtslosen Zählkandidatur an.

---

77 Vgl. FAZ vom 18.5.1979: „Mit Professor von Weizsäcker oder Gräfin Dönhoff gegen Carstens?“

78 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 17.5.1979: Hartmut PALMER, „Zu langes Zögern vor dem fahrenden Zug“.

79 Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 18.5.1979: „Taktische Manöver vor der Präsidentschaftswahl in Bonn“.

80 Vgl. EBD.

81 Vgl. FAZ vom 18.5.1979 (wie Anm. 77).

Der Minimalkonsens zwischen den Koalitionspartnern wurde in der Presse in aller Regel negativ vermerkt, das Scheitern der Kompromisslösung erst recht. Für viele Beobachter war die „Vertrauensgrundlage einer Ära endgültig ruiniert, die mit einer Regierung Brandt/Scheel begann“.<sup>82</sup> SPD und FDP gingen bei der Wahl des Staatsoberhauptes am 23. Mai 1979 „getrennte Wege“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ titelte<sup>83</sup>, und zahlreiche Kommentatoren erwarteten oder befürchteten, dass dies auch in Zukunft immer häufiger der Fall sein werde. Der Wahl kam „geradezu symbolische Bedeutung für die Position der FDP und den Zustand der Koalition“ bei: „Die FDP führte Äquidistanz vor, die nach Lage der Dinge nur als Distanzierung vom Bündnis mit den Sozialdemokraten interpretiert werden konnte.“<sup>84</sup> Sie demonstrierte die „Offenhaltung ihrer Optionen gewissermaßen symbolisch“.<sup>85</sup>

Das Stimmverhalten der Freien Demokraten in der Bundesversammlung war eine Reaktion auf die „tiefe Krise“<sup>86</sup>, in der sich die Partei Mitte 1978 befunden hatte. Bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen am 4. Juni 1978 erlitt sie klare Niederlagen. In der Hansestadt – wo die Partei auf eine Koalition mit der SPD gesetzt hatte – scheiterte sie mit 4,8 % an der Fünf-Prozent-Hürde (1974: 10,9 %). Die sozialliberale Koalition war Geschichte, fortan regierte die SPD in Hamburg mit absoluter Mehrheit. In Niedersachsen – dort hatte die FDP eine Fortführung der Koalition mit der CDU angestrebt – zog sie ebenfalls nicht in das Parlament ein (1978: 4,2 %; 1974: 7,0 %). Die Christdemokraten konnten in diesem Bundesland künftig alleine regieren. Die FDP reagierte auf diese Entwicklung mit einer „sozial-liberalen Renaissance“<sup>87</sup>, die in den nächsten Monaten eine gewisse Stabilisierung zur Folge hatte. In die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 1978 zog die Partei wieder mit klarer sozialliberaler Ausrichtung. Ihre Grundprobleme, die sich seit Mitte der 1970er Jahre angedeutet hatten, blieben allerdings bestehen.

Zu behaupten, die Koalition aus SPD und FDP sei schon 1973 „innerlich am Ende“ gewesen<sup>88</sup>, mag übertrieben sein. Richtig ist aber, dass die stärkste Klammer – der Wille zu einer neuen Deutschland- und Ostpolitik, die „einzige

---

82 „Süddeutsche Zeitung“ vom 23.5.1979: Robert LEICHT, „Zum Schaden des höchsten Amtes“.

83 FAZ vom 23.5.1979: „Die Koalitionsparteien gehen getrennte Wege bei der Wahl des Bundespräsidenten“.

84 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 121f.

85 Susanne MILLER/Heinrich POTTHOFF, *Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1990*, 7. Aufl., Bonn 1991, S. 252.

86 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 115.

87 EBD. S. 117.

88 Arnulf BARING, 1982: *Die Wende kam schon vor acht Jahren*, in: DERS., *Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stationen demokratischer Erneuerung 1949–1999*. Stuttgart 1999, S. 227–234, hier S. 233.

wirkliche Basis des sozialliberalen Bündnisses von 1969<sup>89</sup> – die beiden Partner nicht mehr zusammenhielt. Der Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973 bildete den Schlussakt dieser politischen Aufgabe. Die Aufbruchsstimmung aus den Anfangsjahren der Koalition war verflogen, fortan bestimmten unter dem Druck der Ölkrise 1973/74 Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die Regierungstätigkeit. In diesen Bereichen gab es vermehrt unterschiedliche Auffassungen zwischen den beiden Bündnispartnern – zumal angesichts des Erstarkens des wirtschaftsliberalen Flügels der FDP. Eine wichtige Rolle spielte für die Freien Demokraten auch der Zustand der SPD: Diese hatte nach den Bundestagswahlen 1976, bei denen sie 42,6 % der Stimmen erzielte (1972: 45,8 %), „allen Grund, beunruhigt zu sein“.<sup>90</sup> Erstmals seit 1953 gewann die SPD bei Bundestagswahlen keine Stimmen dazu. Aus verschiedenen Gründen befand sich die Sozialdemokratie wenn auch nicht in einer Krise, so doch in einer nicht günstigen Verfassung. Allerdings konnte die SPD diese letztlich leichter verkraften, im Gegensatz zur FDP. Die liberale Partei mit ihrem nur geringen Anteil an Stammwählern drohte im Strudel einer größeren Krise der SPD – und damit zwangsläufig der Regierungskoalition insgesamt – unterzugehen, ihre parlamentarische Existenz zu verlieren.

Um die Mitte der 1970er Jahre antwortete die FDP auf diese Situation zunächst mit „Tendenzen zur Auflockerung der koalitionspolitischen Fronten“<sup>91</sup>, mit einer „schrittweisen bündnispolitischen Umorientierung“.<sup>92</sup> Nach den Bundestagswahlen im Oktober 1976 unterbreitete der saarländische Ministerpräsident Franz Josef Röder (CDU) der FDP angesichts einer seit 1975 bestehenden Patt-Situation im Landtag ein Koalitionsangebot, das 1977 zur Bildung einer christlich-liberalen Koalition führte. Bereits Ende 1976 war eine Koalition zwischen CDU und FDP in Niedersachsen zustande gekommen, wo SPD und FDP seit den Landtagswahlen 1974 zwar über eine knappe Mehrheit verfügten (78 zu 77 Stimmen), Anfang 1976 dennoch Ernst Albrecht (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt worden war.

Eine durchaus spektakuläre Annäherung zwischen der FDP und der Union vollzog sich auch im Bereich der Außenpolitik: „Die neue Tendenz der FDP und die auf ein Bündnis mit den Liberalen zielenden Kräfte der CDU – sei es kurzfristig im Saarland und in Niedersachsen, sei es auf längere Sicht im Bund – trafen zu einem *do ut des* zusammen.“<sup>93</sup> Es waren nicht zufällig die Ministerpräsidenten Röder und Albrecht, die Bereitschaft zur Zustimmung für die umstrittenen deutsch-polnischen Vereinbarungen vom 9. Oktober 1975 erkennen

89 EBD. S. 229.

90 MILLER/POTTHOFF, *Kleine Geschichte der SPD* (wie Anm. 85), S. 237.

91 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 115.

92 Jürgen DITTBERNER, *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005, S. 55.

93 JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition* (wie Anm. 27), S. 45.

ließen.<sup>94</sup> Das war für die sozialliberale Koalition maßgeblich, denn Teile dieser Vereinbarungen waren im Bundesrat zustimmungspflichtig, und dort besaßen CDU und CSU mittlerweile die Mehrheit. Auch der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, hatte großes Interesse an einem Zugehen auf die Freien Demokraten, ergab sich daraus doch ein (weiterer) Riss im vermeintlich festgefügteten Block der beiden sozialliberalen Bündnispartner. Allerdings forderte er deutliche Nachbesserungen der bilateralen Vereinbarungen, die er schließlich mit Hilfe des FDP-Vorsitzenden, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, erreichen konnte.<sup>95</sup>

Genschers eher funktionales Verständnis von der FDP – in der Hauptsache als Mehrheitsbeschafferin für wechselnde Koalitionspartner, nicht als Partei mit fester programmatischer Prägung und eventuell der Bereitschaft, dafür in die Opposition zu gehen – ist immer wieder beklagt worden. Dabei sind unterschiedliche Phasen auszumachen: die Zeit der stärkeren koalitionspolitischen Auflockerung 1975/76 bis 1977/78, dann die erneute, unzweifelhafte Ausrichtung auf das Bündnis mit der SPD. Und schließlich das Stimmverhalten der FDP in der Bundesversammlung im Mai 1979, das wieder einen Umschlag andeutete. Unter diesen Umständen wird aber kaum von der Einleitung einer politischen Wende gesprochen werden können. Die Situation des Jahres 1979 unterschied sich doch beträchtlich von der des Jahres 1982, als die FDP tatsächlich den Koalitionspartner wechselte. Aber als einen nicht zu unterschätzenden Indikator für eine mögliche anderweitige Bündnisorientierung wird man die Abstimmung der Freien Demokraten am 23. Mai 1979 doch sehen müssen.

### 5. Außen- und Sicherheitspolitik

Der endgültige Bruch des Bündnisses aus SPD und FDP im September 1982 vollzog sich im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. An zweiter Stelle waren dafür Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik maßgeblich. Hier kam – zumindest theoretisch – auch der Bundespräsident ins Spiel. Bereits Ende Januar 1974, noch vor seiner Wahl, führte Walter Scheel in der „Frankfurter Rundschau“ aus, dass die Verteilung der Aufgaben und Gewichte zwischen dem Bundeskanzler und Bundespräsidenten in den 1950er Jahren das „Ergebnis einer historischen und persönlichen Konstellation“ gewesen sei. Er warf die Frage auf, ob Artikel 59 des Grundgesetzes, die völkerrechtliche Vertretung des Bundes durch den Präsidenten, damals „wirklich ausgeschöpft“ worden sei. Der Bundespräsident werde künftig ein „politischer Präsident“

<sup>94</sup> Vgl. dazu Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 264f.

<sup>95</sup> Vgl. zum gesamten Abschnitt, mit weiteren Literaturhinweisen, SZATKOWSKI (wie Anm. 1), S. 256–262.

sein, das Staatsoberhaupt beim (institutionellen) Ausbau der EG zur Union „Führung und Inspiration“ bieten können.<sup>96</sup>

Carstens knüpfte nicht an die Intentionen an, die Scheel mit solchen Aussagen verfolgte, und zwar das Amt des Bundespräsidenten in einem politischen Sinne zu interpretieren. Gleichwohl hat Carstens an seinen Auffassungen in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht den geringsten Zweifel gelassen. Um deren Stellenwert, und nicht zuletzt ihre potentielle Bedeutung für einen „Machtwechsel“ in Bonn, besser zu verstehen, ist es zunächst notwendig, den Bruch der sozialliberalen Koalition in diesem Punkt nachzuzeichnen.

Konkret ging es vor allem um die Einführung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen in verschiedenen westeuropäischen Staaten. In seiner Rede vor dem *International Institute for Strategic Studies* in London am 28. Oktober 1977 warnte Bundeskanzler Schmidt vor dem schnellen Anwachsen sowjetischer Waffensysteme im nuklear-taktischen Bereich, der weder von den SALT- noch den MBFR-Verhandlungen (Mutual and Balanced Force Reductions; „Verhandlungen über die gegenseitige Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängenden Maßnahmen in Europa“) erfasst wurde.<sup>97</sup> Die Nordatlantische Allianz reagierte auf die schon zuvor erkannte Bedrohung mit dem sogenannten Doppelbeschluss vom Dezember 1979, der ein umfangreiches Modernisierungsprogramm für ihre Nuklearsysteme vorsah, sollten Verhandlungen über Rüstungskontrollmaßnahmen zwischen den USA und der UdSSR scheitern. In der SPD geriet die eine Säule des Doppelbeschlusses – die Bereitschaft zur Verteidigung, der Stationierungsteil – jedoch zunehmend in das Kreuzfeuer der Kritik.

Für Andreas Rödder signalisiert die überaus scharfe Kritik Egon Bahrs an der Neutronenbombe im Juli 1977<sup>98</sup>, deren Einführung als Antwort auf die sowjetische Expansion im Mittelstreckenbereich zuerst diskutiert worden war, „die beginnende Erosion des Konsenses über die Abschreckung in der Bundesrepublik“.<sup>99</sup> Auf dem Parteitag der SPD in Köln im November 1983 sprachen sich von 400 Delegierten nur noch 14 für beide Elemente des NATO-Doppelbeschlusses aus.<sup>100</sup> In diesen gut sechs Jahren ging nicht nur der linke Flügel der Partei auf Konfrontationskurs zu Schmidt und einer „regierungstreue(n)

96 „Frankfurter Rundschau“ vom 31.1.1974: Walter SCHEEL: „Theodor Heuss und sein Amt. Zum 90. Geburtstag des ersten Bundespräsidenten“.

97 *Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit*, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 8.11.1977, 112 (1977), S. 1013–1020, insbesondere S. 1014f.

98 „Vorwärts“ vom 21.7.1977: Egon BAHR, „Ist die Menschheit dabei, verrückt zu werden? Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens“.

99 RÖDDER, *Die Bundesrepublik* (wie Anm. 31), S. 61.

100 Vgl. dazu Anton NOTZ, *Die SPD und der NATO-Doppelbeschluss. Abkehr von einer Sicherheitspolitik der Vernunft*, Baden-Baden 1990, S. 230–249.

Mitte-Rechts-Riege“.<sup>101</sup> Am Ende befand sich nahezu die gesamte Sozialdemokratie auf dem Weg der Ablehnung.

In der FDP war eine andere Entwicklung zu verzeichnen: Bis zu Beginn der 1970er Jahre nahm die Partei eine „kritische Haltung gegenüber einer vorrangig auf Nuklearwaffen gestützten Verteidigungspolitik“ ein.<sup>102</sup> Danach versuchte die Parteiführung, diese Position zu revidieren – auch, um Gemeinsamkeiten mit der CDU/CSU betonen zu können und sich von der SPD abzugrenzen. Doch die Zahl der Skeptiker und Kritiker blieb nicht gering.<sup>103</sup> Zu Beginn der 1980er Jahre änderte sich allerdings größtenteils deren Auffassung, wenn auch kaum aus innerer Überzeugung: „Die Partei schottet sich gegenüber der gesellschaftlichen Kritik fast völlig ab und versucht, keinen Zweifel an der Solidarität mit der jeweiligen NATO-Politik aufkommen zu lassen. Dies gelingt nur deshalb relativ problemlos, weil sich das Ziel ‚Herrschaftssicherung‘ nach 1980 immer mehr in den Vordergrund schiebt. Spätestens nach der Rücktrittsdrohung des Parteivorsitzenden vor dem Kölner Parteitag im Mai 1981 ist nicht mehr auszumachen, ob die FDP-Mehrheit den Doppelbeschluß [...] aus sicherheits- oder aus machtpolitischen Erwägungen unterstützt.“<sup>104</sup>

Es ist Helmut Schmidt zuzustimmen, wenn er in seiner Schrift *Menschen und Mächte* darlegt, Genscher habe beim Bruch der Koalition eine „durchaus aktive Rolle“ gespielt.<sup>105</sup> Dagegen hat der damalige FDP-Vorsitzende in seinen Memoiren auf den Zustand des Bündnispartners abgestellt und das entsprechende Kapitel mit der Überschrift „Die SPD wendet sich ab“ versehen.<sup>106</sup> Auch ihm ist zuzustimmen, denn die Krise der sozialliberalen Koalition in den Jahren 1980 bis 1982 resultierte eben auch aus einer Krise der SPD, in der große Teile die Position des Kanzlers und damit der Bundesregierung insgesamt unterminierten.

Ganz unverkennbar stand die Regierung Schmidt/Genscher quer zur öffentlichen (Mehrheits-)Meinung. Die moralischen Maßstäbe, die Vertreter der *Friedensbewegung*, der bis dahin größten Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, anlegten, kollidierten mit den sicherheitspolitischen Erfordernissen. Aber es war nicht die Frage der Nach- bzw. Umrüstung allein, an der sich die Geister schieden. Mit den Forderungen der *Friedensbewegung* gingen auch starke antiamerikanische und neutralistische Tendenzen einher, welche die Außenpolitik der Bundesrepublik mit ihren fundamentalen Prinzipien

101 EBD. S. 122.

102 Thomas RISSE-KAPPEN, *Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierungen und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland 1977–1984*, Mainz/München 1988, S. 253.

103 Vgl. EBD. S. 253–259.

104 EBD. S. 257.

105 Helmut SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 127.

106 GENSCHER, *Erinnerungen* (wie Anm. 94), S. 445–453.

der Westbindung bzw. atlantischen (und zugleich westeuropäischen) Orientierung vor eine schwere Belastungsprobe stellen.

In dieser Situation konnten die Stellungnahmen des Bundespräsidenten sehr wohl als klare politische Urteile verstanden werden. Eindringlich führte Carstens beim Überseetag in Hamburg im Mai 1982 aus: „Wenn wir heute vor der Notwendigkeit einer Nachrüstung stehen, so nur, um einem zunehmenden Ungleichgewicht in Mitteleuropa entgegenzuwirken. Freilich zielt der Nachrüstungsbeschluß zugleich in eine andere, mindestens ebenso wichtige Richtung. Die Mitgliedstaaten der NATO sind davon überzeugt, daß die einzige Chance für eine Vereinbarung über eine Rüstungsbegrenzung in dem sogenannten Doppelbeschluß liegt, der die Ankündigung der Nachrüstung mit der Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen verbindet. Dieser Zusammenhang wird von vielen Kritikern des Beschlusses übersehen.“<sup>107</sup> Des Weiteren legte der Bundespräsident in seiner Rede dar: „Ich warne davor, sich von Amerika abzuwenden. Das zu tun, hieße nichts anderes, als zum dritten Mal in unserer jüngeren Geschichte in den Fehler zu verfallen, die Bedeutung der Vereinigten Staaten für unser Schicksal zu mißachten. [...] Wer sich in Deutschland allen Ernstes mit dem Gedanken an einen Neutralismus befaßt, hat aus der Geschichte nicht gelernt. Neutralismus wäre der Versuch, Deutschland in seine alte kontinentale ‚Landbestimmung‘ zurückzuführen. Ein solcher Versuch entspricht nicht der heutigen Wirklichkeit, er verkennt, daß unser Schicksal im 20. Jahrhundert zugleich atlantisch bestimmt ist.“<sup>108</sup>

Für die „Frankfurter Rundschau“ griff der Bundespräsident mit seinen Ausführungen in die laufende innenpolitische Kontroverse ein.<sup>109</sup> Aus Sicht der „Welt“ gab Carstens ein rühmliches Beispiel an geistiger Führung.<sup>110</sup> Mit der öffentlichen Meinung ging der Bundespräsident jedenfalls nicht konform. Und es war kein Zufall, dass für ihn die Ereignisse bei der Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion am 6. Mai 1980 – anlässlich der 25-jährigen Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO – zu den schlimmsten Eindrücken seiner Präsidentschaft zählten.<sup>111</sup> Der Bundespräsident konnte wegen der Straßenschlachten nur in einem Hubschrauber zu der Veranstaltung gebracht werden. Aber Carstens befand sich eben in Übereinstimmung mit der politischen Führung, das heißt mit den Bundesregierungen unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl, also auch dem sozialdemokratischen Bundeskanzler. Wäre dem nicht so

107 *Unser Schicksal ist mit Amerika verwoben. Rede beim Überseetag in Hamburg (7. Mai 1982)*, in: CARSTENS, *Reden und Interviews 3* (wie Anm. 23), S. 339–352, hier S. 345f.

108 EBD. S. 347.

109 „Frankfurter Rundschau“ vom 8.5.1982: Eghard MÖRBITZ, „Bundespräsident wird deutlich – Carstens greift in innenpolitische Kontroverse ein“.

110 „Die Welt“ vom 8.5.1982: Friedhelm KEMNA, „Orientierung“.

111 Karl CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen*, hg. von Kai von JENA und Reinhard SCHMOECKEL, Boppard am Rhein 1993, S. 587.

gewesen, wäre seine Amtsführung insgesamt womöglich viel politischer erschienen, als es damals der Fall war bzw. heute der Fall ist. In einer anderen Konstellation hätten seine öffentlichen Äußerungen durchaus als Wegbereiter einer abweichenden außen- und sicherheitspolitischen Linie begriffen werden können.

### *Fazit*

Vor 25 Jahren hat Friedrich Karl Fromme auf die Frage, ob Bundespräsidenten „Deuter ihrer Zeit oder deren Geschöpfe“ seien, geantwortet, dass die jeweiligen Amtsträger einen Machtwechsel allenfalls anzeigen, „passiv wie eine Wetterfahne die Windrichtung weist“. Sie seien vom jeweiligen Zeitgeist determiniert, könnten jedoch nur in engen Grenzen gestaltend auf ihn einwirken, das geistig-politische Klima nur sehr eingeschränkt beeinflussen.<sup>112</sup> Fromme legte weiter dar: „Dafür, daß die Bundespräsidenten in die jeweilige Regierungsweise gepaßt haben, mit einigen zeitlichen Überlagerungen, gibt es jenseits jeden historischen Mystizismus eine Erklärung in der politisch ähnlichen Bestellung des Bundespräsidenten und der Bundesregierung durch politische Repräsentativ-Körperschaften.“<sup>113</sup>

Diese Einschätzung ist heute noch aktuell, und sie gilt ebenso für das Jahr 1979. Carstens hat weder die Hoffnungen noch die Befürchtungen derjenigen bestätigt, die eine politische Wende erwarteten. In verfassungsrechtlicher Hinsicht hatte er ein restriktives Amtsverständnis, und seine Amtsführung richtete sich exakt daran aus. Selbst die potentiell konfliktrichtigste Entscheidung, vor die er sich gestellt sah, die Auflösung des 9. Deutschen Bundestags, die er am 7. Januar 1983 in einer Fernseh- und Rundfunkansprache begründete<sup>114</sup>, ist von keiner Seite – obwohl sie rechtlich gesehen stark umstritten war – jemals in dem Sinne interpretiert worden, der Bundespräsident habe damit der Regierung Kohl den Weg freigemacht. Ganz im Gegenteil wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Carstens damit letztlich zur Stabilität und Kontinuität der politischen Ordnung beitrug.

Ein Bundespräsident, der die ihm nach dem Grundgesetz zufallenden Aufgaben eng deutet, kann allerdings in anderer Hinsicht politisch agieren. So ist Carstens wiederholt als Träger einer geistig-moralischen Erneuerung beschrieben worden, die (möglicherweise) eine politische Wende begleiten oder sogar fördern kann. Die Inhalte seiner öffentlichen Äußerungen lassen das Anliegen erkennen, in einem geistig-moralischen Sinne orientierend zu wirken. Doch einen Wandel zugunsten der Werte, die Carstens vertrat, hat es nicht gegeben. Der große Schub, der die Selbstentfaltung des Individuums von Mitte der

---

112 FROMME (wie Anm. 20), S. 19.

113 EBD. S. 12.

114 Vgl. dazu CARSTENS, *Reden und Interviews 4* (wie Anm. 58), S. 220–224.

1960er bis Mitte der 1970er Jahre in den Mittelpunkt stellte, hatte seinen Höhepunkt zwar überschritten, lief aber in milderer Form weiter.

Die These des Bundespräsidenten, dass sich die Jahre der nationalsozialistischen Diktatur nicht wie ein Riegel vor die ganze deutsche Geschichte schieben dürften, barg theoretisch hohes Konfliktpotential in sich, zumal angesichts der Vorwürfe gegenüber den Regierungen unter Helmut Kohl, eine amtliche Geschichtspolitik unter dem Signum der Verharmlosung und Verdrängung der NS-Vergangenheit zu betreiben. In der Tat hat Carstens Akzente gesetzt, die im Identitätsdiskurs seiner Zeit auf demokratische und freiheitliche Bewegungen abstellten, um Möglichkeiten zur positiven Identifikation der Bürger mit ihrem Staat anbieten zu können. Fragen von Schuld und Verantwortung behandelte dieser Bundespräsident anders als seine Vorgänger Heinemann und Scheel. Aber auffällig war sein Engagement ganz und gar nicht, und das ist auch während seiner Präsidentschaft nie so gewertet worden. Im Übrigen kam seit Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalsozialismus in Gang – das aber eben nur im Sinne des Interesses an Geschichte, nicht etwa im Sinne einer neuen „Entnazifizierung“.

Die stärksten politischen Akzente hat Carstens sicher im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik gesetzt. Sein festes, entschlossenes Eintreten für die Westbindung der Bundesrepublik, das enge Bündnis mit den Vereinigten Staaten, die europäische Integration, die NATO und die Bundeswehr, schließlich den Doppelbeschluss der Atlantischen Allianz, war mehr als Routine und ohne Zweifel mit den Ansichten eines Großteils der bundesdeutschen Öffentlichkeit, einschließlich der politischen Elite, nicht vereinbar. Diese Tatsache wurde offenbar bisweilen dadurch verdeckt, dass sich zumindest kein Gegensatz zu den Bundesregierungen von 1979 bis 1984 ergab.

Vielleicht gibt es andere, stärkere Anzeichen für einen politischen Wandel, die mit der Person von Karl Carstens in keinem Zusammenhang stehen. Hier ist etwa auf das Abstimmungsverhalten der FDP in der Bundesversammlung am 23. Mai 1979 hinzuweisen. Tatsächlich war es eine Demonstration an Distanzierung gegenüber dem Bündnispartner SPD, welche die FDP dort absolvierte. Aber es bleibt auch festzuhalten, dass bei der liberalen Partei Phasen der Abgrenzung mit solchen der erneuten Annäherung wechselten. 1979 gab es daher noch kein sicheres Indiz für einen Koalitionswechsel.

Der fünfte Bundespräsident hat von Beginn an darauf hingewiesen, seine Wahl und seine Amtsführung nicht mit einem Machtwechsel in Bonn in Verbindung bringen zu wollen. Dieses Versprechen hat er eingelöst. Das bedeutete nicht, dass Carstens in politischen und anderen Fragen der Zeit ohne Standpunkt gewesen wäre. Er hat es aber eben strikt vermieden, die dann wirklich eingetretene politische Wende 1982/83 als Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik herauszustellen, wie es Heinemann mit dem Regierungswechsel

1969 tat. Seine Fähigkeit zur Integration des Gemeinwesens, die vornehmste Aufgabe des Staatsoberhauptes, blieb gewahrt.

# Christlich-soziale Gewerkschafter im DGB

Von Rudolf Uertz

Zusammen mit der Entscheidung für die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes und für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Sozialordnung zählt die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 13. Oktober 1949 in München als Einheitsgewerkschaft zu den wichtigsten Grundlagen der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und des Aufstiegs Deutschlands unter die führenden Wirtschaftsnationen. Als stabilisierender, befriedender und zugleich innovativer Effekt erwies sich der Zusammenschluss der vor 1933 bestehenden Richtungsgewerkschaften, d. h. des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des christlich orientierten Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der sozialliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zur Einheitsgewerkschaft DGB.<sup>1</sup> Auf der Grundlage des Industrieverbandsprinzips – „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ – sollte die frühere Spaltung überwunden werden. Dennoch etablierten sich neben dem DGB als Dachverband von zunächst 16 (heute acht) Einzelgewerkschaften die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), der zahlenmäßig schwache Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband sowie der mitgliederstarke Deutsche Beamtenbund (DBB); später kam der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) hinzu.

Zweifellos stellt der DGB zusammen mit den Einzelgewerkschaften als mitgliederstarkes Organisationsgeflecht eine machtvolle Bewegung dar. Aber bezüglich der Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern und den parteipolitischen und staatlich-administrativen Lenkungs- und Entscheidungsträgern ergeben sich für die Gewerkschaftsbewegung eine Vielzahl von Problemen und Konfliktfeldern. Der relativen Einheitlichkeit und der arbeits- und gesellschaftspolitischen Kraft des DGB als Dachverband steht innergewerkschaftlich der Umstand entgegen, dass sich zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit und dem Minderheitsflügel der Christdemokraten immer wieder Reibungsflächen ergeben.

---

1 „„Deutscher Gewerkschaftsbund“, DGB, so hieß bis 1933 der Bund christlicher Gewerkschaften. Hans Böckler bewies historisches Bewußtsein, als er diesen Namen für die Einheitsgewerkschaften durchsetzte. Der Name DGB drückt den Respekt aus, den die sozialdemokratischen Gründer noch der großen Tradition der christlich-sozialen Bewegung entgegenbrachten. Dieser Name bezeugt noch heute den Willen der damaligen sozialdemokratischen Mehrheit zur Toleranz gegenüber der christlich-demokratischen Minderheit“, so Jürgen ARETZ, *DGB*, in: Themen. Beilage zur Sozialen Ordnung 44 (1985), S. XXXI.

Das Thema Christlich-Soziale<sup>2</sup> im DGB ist – ebenso wie die Geschichte der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) – noch nicht ausreichend erforscht. Es gibt drei einschlägige Arbeiten, die aus verschiedener Perspektive das Verhältnis von Christlich-Sozialen, DGB-Gewerkschaften und CDU behandeln, die im Wesentlichen nur die Entwicklung bis 1953, 1960 bzw. 1966 betreffen: Herlind Gundelach legt in ihrer Arbeit von 1983 das Schwergewicht auf das Verhältnis von Christlich-Sozialen zu DGB und CDU.<sup>3</sup> Diese Studie wurde als Dissertationsdruck ebenso wenig im Buchhandel vertrieben wie die Untersuchung von Helene Thiesen aus dem Jahre 1988, die sich mit der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft im Hinblick auf die Gewerkschaftsfrage befasst. Sie sieht die christliche Gewerkschaftsarbeit teilweise zu stark unter dem Gesichtspunkt antireligiöser Ressentiments der Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften.<sup>4</sup>

In den Jahren 1990 und 1992 legte Wolfgang Schroeder – zum Teil in kritischer Auseinandersetzung mit der genannten Untersuchung von Helene Thiesen – zwei umfangreiche Arbeiten zu unserem Thema vor.<sup>5</sup> Er konnte in seinen Arbeiten Interviews verwerten, die er unter anderem mit so gewichtigen Persönlichkeiten wie den DGB-Gewerkschaftern Bernhard Tacke, Maria Weber,<sup>6</sup> Adolf Müller und Rudi Nickels führte. Er interviewte ferner die Vertreter der Christlich-Sozialen Kollegenschaft<sup>7</sup> im DGB, Franz Heckhausen und Hermann

---

2 Vgl. Annette KUHN, *Was heißt „christlich-sozial“? Zur Entstehungsgeschichte eines politischen Begriffs*, in: Zeitschrift für Politik 10 (1963), S. 102–122; als Christlich-Soziale bezeichnet man diejenigen Christen, Katholiken und Protestanten, in den konfessionellen und interkonfessionellen Arbeitervereinen, Gewerkschaften, Parteien und Verbänden, die ihre Wirtschafts-, Arbeits-, Gesellschafts- und Gewerkschaftsideen an den Prinzipien der katholischen Soziallehre bzw. an der evangelischen Sozialethik ausrichten. Vom *christlich-sozialen Gedankengut* und der christlich-sozialen Bewegung zu unterscheiden sind das *christlich-demokratische Gedankengut* und die christlich-demokratische Bewegung (in Deutschland institutionell die CDU und CSU), wobei der Begriff *christlich-demokratisch* – im engeren Sinne verstanden – mehr die politischen, rechtlichen, verfassungs- und kulturpolitischen Ideen beinhaltet; vgl. auch Hans MAIER, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie*, 6. Aufl., München 2006, S. 303ff.

3 Herlind GUNDELACH, *Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB. Selbstverständnis und Rolle 1949–1966*, Diss. Bonn 1983.

4 Helene THIESEN, *Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsfrage 1945–1953*, Diss. Bonn 1988.

5 Wolfgang SCHROEDER, *Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945–1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews*, Köln 1990; DERS., *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992.

6 Vgl. Stefan REMEKE/Gerd MUHR/Maria WEBER, *Eine sozialpolitische Elite des DGB in den frühen Jahren der sozialliberalen Koalition (1969–1974)*, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 35 (2006), S. 207–223.

7 Vgl. Günter BUCHSTAB, *Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB*, in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 462f.

Pieperhoff, den Vorsitzenden der CDA, Hans Katzer; er sprach mit den katholischen Arbeitnehmervertretern Bernhard Winkelheide, Heiner Budde und Josef Hofmeister, ferner mit den bekannten Journalisten Walter Dirks und Alfred Horné sowie mit dem Sozialwissenschaftler Theo Pirker. Schließlich führte er auch ausführliche Gespräche mit den Jesuiten Oswald von Nell-Breuning, Hermann-Josef Wallraff und Franz Prinz, die als katholische Sozialethiker bis in die 1960er Jahre beträchtlichen Einfluss auf die Christlich-Sozialen im DGB ausübten.

Schon die genannten Interviewpartner und die herangezogenen Quellen deuten das Gewicht der Arbeiten von Schroeder an. Zweifellos hat er mit seinen beiden Publikationen das Thema CDA – DGB – Sozialkatholizismus zumindest für den Zeitraum 1945 bis 1960 am umfassendsten behandelt. Kritisch wird man gegenüber Schroeder anmerken müssen, dass er in seinen Untersuchungen zum Teil christlich-sozialethische und kirchliche Aspekte der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter so stark ins Zentrum gerückt hat, dass er folglich durch die theologisch-kirchlichen Umbrüche im Katholizismus und den katholischen Sozialverbänden seit Ende der 1950er Jahre zugleich auch die Rolle der christlich-sozialen Gewerkschafter in der CDA und im DGB geschwächt sieht.

Tatsächlich haben die CDA und die christlich-sozialen Gewerkschafter personell und ideell in beträchtlichem Maße von der enormen Zugkraft des christlich-sozialen und christlich-demokratischen Gedankenguts und selbstredend auch der spezifischen katholischen Arbeiter- und Sozialbewegung profitiert. Insbesondere die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) war eine bedeutende Stütze der sozialen und gewerkschaftlichen Arbeit der Christlich-Sozialen. Und doch sind die mehr innerkatholischen und -kirchlichen Entwicklungen seit Ende der 1950er Jahre nicht so ohne Weiteres auf die christlich-sozialen Gewerkschafter in der CDA und der CDU zu übertragen. Sie tätigten – wie im Übrigen schon die christlichen Gewerkschafter in der katholischen Zentrums- partei vor 1933 – ihre politisch-soziale und gewerkschaftliche Arbeit mit religiös-sittlichem Engagement und Eigenverantwortung, ohne sich dabei als Vollzugsorgane kirchenamtlicher Interessen zu verstehen, wie dies immer wieder von politischen und gewerkschaftlichen Kontrahenten unterstellt wurde.

Im Folgenden sollen die Grundlagen und Entwicklungslinien der Christlich-Sozialen Gewerkschafter im DGB und ihr Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft für den Zeitraum von 1945 bis 1960 vorgestellt werden, wobei nur die wichtigsten Problemstellungen und Entwicklungsstufen behandelt werden.

Der Umstand, dass es sich bei der christlich-sozialen Bewegung um eine Synthese von Religion und Politik handelt, hat immer wieder zu Missverständnissen, Vorwürfen und Polemiken gegenüber den Christlich-Sozialen geführt. Sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker wie auch Historiker und Sozialwissenschaftler haben offen oder latent immer wieder ihr Unbehagen

geäußert über die ihrer Meinung nach unverständliche oder unangemessene Verknüpfung von Religion und Politik im Konzept christlich-sozialer Politik. Dies gilt vor allem für die Konsolidierungsphase der deutschen Gewerkschaften im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, aber teilweise auch noch für die Zeit nach 1945. Viele Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter sahen in der christlichen Orientierung und der kirchlich-verbandlichen Vernetzung der Christlich-Sozialen eine unangemessene und unverständliche Haltung: Christentum und Arbeiterschaft seien unvereinbare Widersprüche, die christlichen Gewerkschafter spalteten und schwächten die Einheit der Arbeiterschaft gegenüber Kapital, Unternehmertum und Gesellschaft.

Dass der wissenschaftliche Sozialismus bzw. der Marxismus als Inbegriff einer betont sozial orientierten Politik und Programmatik nicht minder als das Christentum und die christliche Sozialethik auf weltanschaulichen Prämissen und ethischen Vorzugsregeln aufbaut, wurde von der gewerkschaftlichen und politischen Agitation im Umkreis der Sozialdemokratie und der freien bzw. sozialistischen Gewerkschaften im Zeitraum etwa zwischen der Jahrhundertwende und Anfang der 1930er Jahre zumeist ignoriert. Es galt für sie das Diktum August Bebel's aus dem Gründungsprogramm der Sozialdemokraten von Gotha (1875): „Religion ist Privatsache“,<sup>8</sup> ein Diktum, das zumeist laizistisch verstanden wurde.<sup>9</sup>

Die Christlich-Sozialen hatten sich andererseits auch kirchlicher Kritik und der Gegnerschaft konservativer katholischer Kreise, der sogenannten Integralisten, zu erwehren. Teile der katholischen Kirche fürchteten, dass die von der Arbeiter- und Sozialbewegung ausgehende Säkularisierung und Liberalisierung der Gesellschaft auch den binnenkirchlichen Raum erfassen würde. Die deutschen bzw. preußischen Bischöfe missbilligten deshalb in einem Pastoral Schreiben vom August 1900 die Mitgliedschaft von Katholiken in interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften. Dieses Verdikt, das den sogenannten *deutschen Gewerkschaftsstreit* (1900–1912 bzw. 1914) hervorrief, schwächte die Christlichen Gewerkschaften,<sup>10</sup> nicht zuletzt auch im Konkurrenzkampf mit den freien Gewerkschaften.<sup>11</sup> Auf der anderen Seite hatte das katholische

8 Vgl. Sebastian PRÜFER, *Sozialismus statt Religion. Die die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890*, Göttingen 2002.

9 Vgl. Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität*, Freiburg i. Br. 2008.

10 Die Christlichen Gewerkschaften widerstanden entschieden den bischöflichen Forderungen; vgl. Franz Josef STEGMANN/Peter LANGHORST, *Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus*, in: Helga GREBING (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, Essen 2000, S. 597–862, hier S. 694ff.

11 Der deutsche Gewerkschaftsstreit wurde durch die Enzyklika *Singulari quadam* Papst Pius X. 1912 gemildert, die die Mitgliedschaft von Katholiken in interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften unter bestimmten Bedingungen „duldet“, doch wurde er erst durch die Enzyklika *Quadragesimo anno* Papst Pius XI. 1931 zugunsten der christli-

Lehramt mit der Enzyklika *Rerum novarum: Über die Arbeiterfrage* von Papst Leo XIII. (1891) ein wegweisendes Dokument erlassen, das für den Aufbau und die Entwicklung des sozialen Katholizismus von größter Bedeutung war. Im Zentrum des Dokuments steht der Grundsatz, dass Arbeit und Kapital wechselseitig aufeinander angewiesen seien.<sup>12</sup> In der Konsequenz bedeutet dies, dass der politische und soziale Katholizismus die marktwirtschaftliche Ordnung grundsätzlich anerkennen, diese jedoch durch eine angemessene Arbeits- und Sozialpolitik flankieren möchte, ein Konzept, das in der Enzyklika *Quadragesimo anno: Über die gesellschaftliche Ordnung* Pius XI. (1931) weiter entfaltet wurde. In der Enzyklika von 1931 erfährt der Sozialismus kommunistischer Prägung eine entschiedene Absage, da dessen klassenkämpferische Haltung mit dem christlichen Weltbild unvereinbar sei.<sup>13</sup>

Angesichts der außerordentlichen Bedingungen nach der Kapitulation 1945 vertrauten die Christlich-Sozialen auf ein auskömmliches Verhältnis mit den Sozialdemokraten. Man hielt die Zeiten des antikirchlichen und antichristlichen Freidenkertums, das im 19. Jahrhundert viele katholische Arbeiter von der SPD abgestoßen hatte und das man als wichtigsten Grund für eine eigenständige christlich-soziale Bewegung vor 1933 ansehen kann, für weitgehend überlebt. Was zu einem Gesinnungswandel sozialistischer Gewerkschaftskollegen gegenüber dem religiösem Denken und christlichen Wertbegründungen sicherlich beigetragen hat, waren die Erfahrungen des Nationalsozialismus, unter dem in Konzentrationslagern und Zuchthäusern christliche und sozialdemokratische Gewerkschafter zusammen mit anderen ehemaligen Politikern des demokratischen Parteienspektrums der Weimarer Republik gelitten hatten.<sup>14</sup> Viele Politiker und Gewerkschafter aus SPD, Zentrum und liberalen Parteien zahlten ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus mit dem Tod. Allerdings bleiben auch nach 1945 Ressentiments gegenüber dem Christentum und der christlich-sozialen und -demokratischen Bewegung in Teilen des sozialistischen und sozialdemokratischen Spektrums weiterhin bestehen.

Wichtigste Basis für die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war die sogenannte Charta des „Führerkreises der Verei-

---

chen Gewerkschaften beendet; vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende*, in: Peter von OERTZEN (Hg.), *Festschrift für Otto Brenner*, Frankfurt am Main 1967, S. 19–32.

12 In der Enzyklika *Rerum novarum* Papst Leos XIII. (1891), heißt es in Nr. 15: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.“ (*Texte zur katholischen Soziallehre*. Mit einer Einführung von Oswald von NELL-BREUNING, hg. von der KAB Deutschlands, Kevelaer 1977, S. 41).

13 Vgl. Enzyklika *Quadragesimo anno* Papst Pius' XI (1931), Nr. 111ff., in: EBD S. 131ff.

14 Zur Geschichte der Sozialausschüsse und der Bedeutung der christlichen Gewerkschafter bei der Gründung der CDU und der Einheitsgewerkschaft vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1980.

nigten Gewerkschaften“ vom 28. April 1933. In ihr wurde – noch kurz vor der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten im Mai 1933 – „die Absicht (bekundet), die bestehenden Spitzen- und Berufsverbände mit dem Ziel der Umformung und Vereinheitlichung zusammenzuschließen“.<sup>15</sup> Die Idee der Einheitsgewerkschaft war also schon in der Zwischenkriegszeit unter den Mitgliedern der Richtungsgewerkschaften lebendig. Zu erinnern ist hier an einen Aufruf von Wilhelm Elfes 1926.<sup>16</sup>

Unterzeichner der Charta des sog. „Führerkreises“ vom April 1933 waren für den sozialdemokratischen ADGB: Theodor Leipart, Peter Graßmann, Wilhelm Leuschner und Franz Spliedt, für die christlichen Gewerkschafter im DGB: Fritz Baltrusch, Franz Behrens, Jakob Kaiser, Bernhard Otte, Theodor Brauer und Adam Stegerwald und für die national-liberalen Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereine Ernst Lemmer. Diese Charta des Führerkreises als das grundlegende Motiv für die Gründung der Einheitsgewerkschaft wurde überdies von den westlichen Besatzungsmächten nach 1945 favorisiert. Die Entscheidung zugunsten einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung hat demnach einen historisch-normativen als auch einen politisch-praktischen Grund.

Schon bei der Gründung des DGB der britischen Zone 1947 in Bielefeld zeigten sich sozialdemokratische und christlich-soziale Gewerkschafter bemüht, Verständnis für die jeweilige Gegenseite und die besondere Herausforderung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung aufzubringen. Hans Böckler unterstrich in seiner Rede den Willen, negativen politischen Einflüssen zu wehren und plädierte dafür, „die parteipolitische Neutralität unserer Gewerkschaften nachdrücklichst zu betonen“. Matthias Föcher forderte, entschieden der Gefahr zu begegnen, aufgrund der „zahlenmäßigen Überlegenheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ die CDU-Gewerkschafter als bloße „Beitragszahler“ oder „zweitrangige Mitglieder“ anzusehen. Es widerspräche den Tatsachen, „die heutigen Gewerkschaften in irgendeiner Form als Nachfolgerin der ehemals freien Gewerkschaften aufzufassen“.<sup>17</sup>

Auf dem Gründungskongress des DGB für die Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 14. Oktober 1949 im Deutschen Museum in München wurden Hans Böckler (SPD) als Vorsitzender und Matthias Föcher (CDU) als Stellvertretender Vorsitzender gewählt. Dort wurden auch acht hauptamtliche Vorstandsmitglieder sowie die Vorsitzenden der 16 (heute acht) Einzelgewerkschaften gewählt, die rund fünf Millionen Mitglieder vertraten. Hans Böckler galt den CDU-Gewerkschaftern als wichtigster Garant der Einhaltung des

15 Themen, hg. von der Stiftung für Christlich-Soziale Politik 1 (1996), S. 135f.

16 Vgl. Albert ESSER, *Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker*, Mainz 1990.

17 Zitiert nach: *Themen. Beilage zur Sozialen Ordnung* 44 (1985), S. XXXVI.

Neutralitätsprinzips und der kollegialen Zusammenarbeit von sozialistischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftern.<sup>18</sup>

Es waren von Seiten der Christlich-Sozialen in der Britischen Zone neben Matthias Föcher<sup>19</sup> in erster Linie Johannes Albers,<sup>20</sup> Bernhard Deutz, Karl Arnold<sup>21</sup> und in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone Jakob Kaiser (Jakob Kaiser und Ernst Lemmer bis 1947 bzw. 1949 bis zum erzwungenen Ausscheiden aus dem FDGB durch die Sowjetische Militäradministration),<sup>22</sup> die sich um den Gedanken der Einheitsgewerkschaft und die Gründung des DGB besonders verdient gemacht haben und dieses Konzept in den Reihen der CDA und der CDU förderten.<sup>23</sup> Der bekannteste und einflussreichste christliche Gewerkschafter nach 1945 war zweifellos Jakob Kaiser. Aber auch er strebte wie viele seiner Kollegen trotz entschiedenen Engagements für die Einheitsgewerkschaft im DGB kein Mandat an, sondern entschied sich für Partei- und Ministerämter in der Bundesrepublik – eine Entscheidung, wie sie auch Theodor Blank, Anton Storch, Karl Arnold und andere christliche Gewerkschafter trafen und die später dafür verantwortlich gemacht wurde, dass die CDA nicht durch ihre stärksten und markantesten Vertreter im DGB repräsentiert wurde.

Mit der Schaffung der auch von den christlichen Gewerkschaftern aktiv geförderten interkonfessionellen Volksparteien CDU und CSU<sup>24</sup> und der Gründung der Einheitsgewerkschaft waren die christlichen Gewerkschafter als homogene Gruppe buchstäblich „heimatlos“ geworden.<sup>25</sup> Gemäß einer Emp-

18 Vgl. Bernhard FORSTER, *Christliche Gewerkschaften*, in: BECKER (wie Anm. 7), S. 470–473.

19 Vgl. Klaus MERTSCHING, *Matthias Föcher: Ein christlicher Gewerkschafter in der Einheitsgewerkschaft*, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 35 (2006), S. 75–84.

20 Winfried HERBERS, *Johannes Albers (1890–1963)*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004, S. 72–80.

21 Rudolf UERTZ, *Karl Arnold (1901–1958)*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (wie Anm. 20), S. 81–89.

22 Vgl. Erich KOSTHORST, *Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer*, Stuttgart 1967; Tilman MAYER (Hg.), *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl*, Köln 1988.

23 Vgl. Rudolf UERTZ, *Christliche Arbeiterbewegung, Christlicher Sozialismus*, in: BECKER (wie Anm. 7), S. 469f., 477f.; zum Aufbau der Einheitsgewerkschaft vgl. Hans LIMMER, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, München 1966, S. 74f.

24 Der interkonfessionelle Gedanke der Unionsparteien war nicht zuletzt durch die christlichen Gewerkschafter gefördert worden, die die Interkonfessionalität unter Verweis auf die christliche Gewerkschaftstradition auch für die christlich-demokratische Partei forderten (vgl. die Rede von Adam Stegerwald auf dem X. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, in: Adam STEGERWALD, *Deutsche Lebensfragen*, Berlin 1921, S. 57ff.).

25 Bezeichnender Weise war die zentrale Bildungsstätte der christlichen Gewerkschafter, „Unser Haus“ in Königswinter – nachdem es die Nationalsozialisten in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt hatten –, dann zuerst in den Besitz des DGB übergegangen; Heinrich Böckler hat das „Adam-Stegerwald-Haus“, wie es bei der Feier zur Wiedereröff-

fehlung von Adam Stegerwald im Herbst 1945 in Walberberg bei Köln schlossen sich daher die ehemaligen christlichen Gewerkschafter in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zusammen, deren Aufbau Johannes Albers mit einem Rundschreiben vom 14. Dezember 1945 an die ehemaligen Gewerkschaftskollegen aus dem Rheinland, Westfalen und anderen Hochburgen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft initiiert hatte. Die CDA wurde gegründet als neue „Plattform“, um die christlich-sozialen Vorstellungen der Arbeits-, Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik in der Einheitsgewerkschaft, den Parteien, im Parlament und in den Betrieben wirksam zur Geltung zu bringen.<sup>26</sup>

Die CDA und die Christlich-Sozialen stehen in der Tradition der christlichen, vor allem der katholischen Sozialbewegung, die in den 1830er Jahren mit der Gründung karitativer, sozialer Verbände und Arbeitervereine und dem sozialpolitischen und sozialetischen Engagement katholischer Geistlicher und Laien ihren Anfang nahm. Bedeutende katholische Sozialreformer waren Franz Baader, Franz Joseph Buß, Pfarrer Adolf Kolping und Bischof Wilhelm von Ketteler, die – teilweise schon vor dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels (1848) – auf die Soziale und Arbeiterfrage verwiesen und die Bildung von Arbeiterassoziationen forderten. Selbstredend hatten auch die evangelischen Sozialetiker (Johann Hinrich Wichern, Adolf Stoecker u. a.) sowie die seit 1882 gegründeten evangelischen Arbeitervereine Anteil an der christlichen Gewerkschaftsbewegung; aber die evangelischen Mitglieder waren in dieser wesentlich schwächer vertreten. Außerdem waren ihre Arbeitervereine sehr konfessionsbewusst und anders als die katholischen Gewerkschafter eher Arbeitgeberpositionen zugeneigt. Der auf interkonfessioneller Basis beruhende Zusammenschluss der lokal gegründeten christlichen Arbeitervereine zum Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands erfolgte im Jahre 1899. Seit November 1919 firmierten diese unter dem Namen Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB).<sup>27</sup> Mit Heinrich Brüning, Adam Stegerwald und Pfarrer Heinrich Brauns waren christliche Gewerkschafter in hohe Ämter der Zentrumspartei und der Reichsregierung gelangt.<sup>28</sup>

---

nung im Herbst 1948 hieß, in einer Abmachung mit Jakob Kaiser den 1946 gegründeten Sozialausschüssen übergeben.

26 Vgl. Uwe SCHUMMER/Rudolf UERTZ, *Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)*, in: BECKER (wie Anm. 7), S. 445f.

27 Vgl. Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982; DERS., *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 2000.

28 Bedeutende praktische und theoretische Stützen der christlichen Gewerkschaften waren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Theodor Brauer (1880–1942) und Götz Briefs (1889–1974). Beide gehörten zusammen mit dem Bildungsleiter des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, Heinrich Rommen, Gustav Gundlach und

Schon früh zeigten sich die vielfältigen Facetten des Spannungsverhältnisses, in dem die Christlich-Sozialen nach 1945 im DGB stehen. Diese wirken einerseits auf die Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU und CSU ein, wobei die Arbeitnehmerinteressen oft mit den Zielen der Vertreter der Mittelstandsvereinigung und des Wirtschaftsflügels in Konflikt gerieten. Andererseits sind die christlich-sozialen Gewerkschafter in die Interessensphäre und Willensbildung der DGB-Gewerkschaften eingebunden, in denen sie allerdings eine Minderheit darstellen.

Die christlichen Gewerkschafter haben von Beginn der Einheitsgewerkschaft an immer wieder deren parteipolitische Neutralität angemahnt und Verstöße dagegen kritisiert. Auf der anderen Seite haben die Sozialausschüsse als „soziales Gewissen“ der Union insbesondere gegenüber dem Wirtschaftsflügel die Arbeitnehmerinteressen und eine marktkonforme Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung und von Sozialleistungen eingefordert. Gespeist waren diese Forderungen vor allem aus Konzepten der christlichen Soziallehre.<sup>29</sup>

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947. Das Manifest ist – auch wenn es ohne die Zustimmung Konrad Adenauers, der im Landtag von Nordrhein-Westfalen seinerzeit Vorsitzender der CDU-Fraktion war, nicht zustande gekommen wäre – zweifellos das Programm des Gewerkschaftsflügels. In Ahlen hatte die CDU 1947 noch gemeinwirtschaftliche Positionen, überregionale Wirtschaftsräte sowie Planungs- und Lenkungs Ideen vertreten.<sup>30</sup>

Diese Forderungen aus dem Arsenal der christlich-sozialen Bewegung ähneln dem Programm der SPD-Gewerkschafter, nämlich den Grundsätzen der „Wirtschaftsdemokratie“ (1928) wie sie Fritz Naphtali und andere sozialdemokratische Wirtschaftswissenschaftler vertraten. So enthalten die *Politischen Leitsätze der SPD* von 1946 im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil ganz

---

Oswald von Nell-Breuning sowie Paul Jostock, Franz H. Mueller u. a. zum *Königswinterer Kreis*, einer Vereinigung katholischer Sozialethiker und Sozialwissenschaftler, die im Haus der christlichen Gewerkschaften in Königswinter, „Unser Haus“, 1930/31 das gesellschaftspolitische Konzept für den politischen und sozialen Katholizismus in Deutschland vorbereitete. Wesentliche Grundsätze des Kreises wurden in die Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931) aufgenommen; vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Der Königswinterer Kreis und sein Anteil an „Quadragesimo anno“*, in: DERS., *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 99–115.

29 Vgl. Bruno DÖRPINGHAUS/Kurt WITT, *Politisches Jahrbuch der CDU/CSU. 1. Jahrgang 1950*, Frankfurt/M. (1950), S. 67–73.

30 Vgl. Rudolf UERTZ, *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschußtagung der CDU der britischen Zone und ihre Vorbereitungen*, in: *Die Politische Meinung* 1 (2007) 446, S. 47–52.

ähnliche Forderungen wie das Ahlener Programm von 1947.<sup>31</sup> Es ist nicht zu übersehen, dass christliche Gewerkschafter der Zentrumspartei sowie sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker 1919 in der Nationalversammlung ihre Zustimmung zum berühmten Räteartikel der Weimarer Reichsverfassung von 1919 (Art. 165 WRV) gaben. Er ist dort ergänzt durch die Garantie der Koalitionsfreiheit (Art. 159), den Schutz der Arbeitskraft (Art. 157), die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte (Art. 160), die Schaffung eines umfassenden Sozialversicherungswesens (Art. 161), aber auch die Förderung des selbständigen Mittelstandes (Art. 164).<sup>32</sup> Es gab also durchaus auch etliche wirtschafts- und sozialprogrammatische Grundsätze, die das Zusammengehen von Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten in der Einheitsgewerkschaft förderten.

Mit der Entscheidung der CDU und CSU für die Soziale Marktwirtschaft 1948 im Frankfurter Wirtschaftsrat und der Aufnahme dieses Wirtschafts- und Sozialprogramms in die Düsseldorfer Leitsätze der CDU und CSU vom Juni 1949, das auch die führenden CDA-Vertreter im Wirtschaftsrat, die Gewerkschafter Theodor Blank und Jakob Kaiser, guthießen, hatte sich die Union grundsätzlich für die freie Wettbewerbsordnung ausgesprochen. Diese gab wesentliche Impulse für den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik frei („Deutsches Wirtschaftswunder“). Dennoch hielten Teile der DGB-Gewerkschafter und die SPD auch nach 1949 weiterhin an Forderungen nach staatlicher Lenkung und Sozialisierung der Großindustrie fest. Die bisweilen klassenkämpferischen Parolen von DGB-Gewerkschaftern führten wiederholt zu öffentlichen Kontroversen zwischen SPD und CDU.

Besonders heftiger Kritik waren die christlich-sozialen Gewerkschafter wegen ihres wirtschaftspolitischen Schwenks vom Ahlener Programm zum Programm der Sozialen Marktwirtschaft in den Düsseldorfer Leitsätzen (1949) von Seiten der IG-Metall ausgesetzt. Diese Industriegewerkschaft ließ noch bis in die 1960er Jahren für ihre Bildungsveranstaltungen das Ahlener Programm der CDU nachdrucken, um den Gewerkschaftsmitgliedern, vor allem den sozialdemokratischen und sozialistischen unter ihnen, den Kurswechsel der christlich-sozialen Kräfte zu demonstrieren.

31 Vgl. *Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone (1947)* und *Politische Leitsätze der SPD (1946)*, in: Rainer KUNZ/Herbert MAIER/Theo STAMMEN (Hg.), *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, 2 Bde., 3. Aufl., München 1979, Bd. 1, S. 69–72; Bd. 2, S. 291–296; zum Konzept korporatistischer Wirtschaftsordnung vgl. Fritz NAPHTALI, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928; Ulrich von ALEMANN, *Korporatismus*, in: Wolfgang W. MICKEL (Hg.), *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, Bonn 1986, S. 265–267.

32 Vgl. Sigrid VESTRING, *Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/19*, Münster 1987, S. 231.

Schon bald nach Gründung der Einheitsgewerkschaft wuchs das Unbehagen christlich-sozialer Gewerkschafter an den einseitigen publizistischen und parteipolitischen Stellungnahmen des DGB zugunsten der SPD. So hatte z. B. der DGB 1951 mit Streik gedroht, um seine Position in der Frage der Montanmitbestimmung durchsetzen zu können. Ein Streik hätte den wirtschaftlichen Aufbau gefährdet und den sozialen Frieden in der Bundesrepublik nachhaltig gestört und möglicher Weise die gerade auflebenden positiven wirtschaftlichen Entwicklungen wieder zunichte gemacht. Die Frage, wie den christlich-sozialen Positionen im DGB besser Gehör verschafft werden könne, wurde kontrovers diskutiert. Eine Abspaltung der Christlich-Sozialen und die Gründung eigener Christlicher Gewerkschaften wurden jedoch im christlich-demokratischen und -sozialen Lager einhellig abgelehnt.

Anstelle gesamtwirtschaftlicher Körperschaften mit Lenkungsfunktionen (überbetriebliche Mitbestimmung, kollektives Arbeitsrecht u. a.) konzentrierte sich der DGB verstärkt auf das Konzept der innerbetrieblichen Mitbestimmung. Auch in der katholischen und evangelischen Arbeiterschaft fand diese Idee lebhaftes Interesse, so auf dem Bochumer Katholikentag 1949 und dem Evangelischer Kirchentag 1950.<sup>33</sup>

Konrad Adenauer und Hans Böckler gelang es, in dieser heiß umstrittenen Frage der Mitbestimmung Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Konsens zu bewegen und die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie einzuführen; zum wirtschaftlichen Aufschwung haben schließlich die Gewerkschaften auch durch ihre maßvolle Lohnpolitik in den 1950er und frühen 1960er Jahre beigetragen. Allerdings gingen dem DGB und manchen Einzelgewerkschaften die Regeln des Montan-Mitbestimmungsgesetzes, das im Juni 1951 in Kraft trat, nicht weit genug. Hans Böckler hat dessen Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag nicht mehr erlebt; er verstarb am 16. Februar 1951 in Köln.

Wie sehr jedoch die Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung Zustimmung fand, zeigen die Reaktionen auf den DGB-Wahlauf Ruf für den Deutschen Bundestag 1953 mit dem Slogan „Wählt einen besseren Bundestag“, mit dem der DGB – jedenfalls in den Augen der Unionsparteien und großer Teile der Wählerschaft – einseitig zugunsten der SPD in den Bundestagswahlkampf eingriff. Die *Verletzung der parteipolitischen Neutralität* kritisierten neben CDU und CSU auch viele kirchliche Verbände wie die KAB, Kolping sowie die Soziale Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland. Was die Wahlkampagne des DGB be-

---

33 Vgl. *Gerechtigkeit schafft Frieden. 73. Deutscher Katholikentag in Bochum 1949*, hg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholikentage, Paderborn 1949, S. 110–118, hier S. 114; ferner Matthias FÖCHER, *Von der Mitarbeit zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb*, in: EBD. S. 199–205.

sonders pikant machte, war im Übrigen die einseitige wirtschaftspolitische Festlegung auf planwirtschaftliche Modelle.

Will man die wichtigsten gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Positionen der Christlich-Sozialen in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik beschreiben, so kommt man um das Phänomen des Sozialen Katholizismus und der christlichen bzw. der katholischen Soziallehre nicht herum. Daran ändert auch nicht der Umstand, dass selbstverständlich von Anfang an evangelische Christen den Sozialausschüssen und den Unionsparteien angehörten, wenngleich – das gilt besonders für das Rheinland und Westfalen – nicht in der Größenordnung wie die Katholiken. Man wird aber trotz des zahlenmäßigen Übergewichts der Katholiken in der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung die CDA und die Unionsparteien nicht als Agentur der Römisch-Katholischen Kirche sehen dürfen, wie dies etwa der Evangelische Kirchenpräsident, Martin Niemöller, 1949 im „Wiesbadener Kurier“ getan hat. Niemöller war der Ansicht, der westdeutsche Staat sei ein vom Katholizismus geprägtes „Kind, das im Vatikan gezeugt und in Washington geboren wurde“.<sup>34</sup>

Solche Polemiken gehörten in den 1950er und 1960er Jahren zur politischen Agitation der Parteien und sozialen Verbände. Für die Christlich-Sozialen jedenfalls gilt: Sie standen als Christen und sozial engagierte Gewerkschafter und Politiker ganz selbstverständlich auf dem Boden der katholischen Soziallehre. Diese hatte – wenngleich nicht in enger kirchenamtlicher Auslegung – vor allem in den ersten zwei bis drei Jahrzehnten nach dem Kriege eine besondere programmatische Bedeutung für die CDA und die Unionsparteien insgesamt, nicht zuletzt auch bezüglich der anthropologischen und sozial-ethischen Begründungen von Staat, Verfassung, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur.<sup>35</sup>

Besondere Unterstützung erfuhr der politische und soziale Katholizismus<sup>36</sup> bis Anfang der 1950er Jahre vor allem von den Dominikanern in Walberberg, die führend am ersten Programm der CDU nach 1945, den Kölner Leitsätzen vom Juni 1945, beteiligt waren, in dessen sozial-, arbeits- und gewerkschaftspolitischer Tradition auch das Ahlener Programm stand. Nachhaltiger und intensiver jedoch war die Unterstützung durch die Jesuiten an ihrer Hochschule

34 „Wiesbadener Kurier“ vom 16.12.1949.

35 UERTZ, *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 14), S. 27–40, S. 89–97.

36 Vgl. Anton RAUSCHER (Hg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, 2. Bde., München 1982; ferner: Franz STEGMANN, *Geschichte der sozialen Ideen im Deutschen Katholizismus*, in: Helga GREBING (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, München 1969, S. 325–560; Günther RÜTHER (Hg.), *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung*, 3. Aufl., Bonn 1989.

in Frankfurt, Sankt Georgen. Insbesondere Oswald von Nell-Breuning ist hier zu nennen; als Sozialwissenschaftler, Publizist, Sozialethiker und als Berater des DGB, der IG Metall (deren Mitglied er war), verschiedener Bundesministerien und des deutschen Katholizismus hatte er beträchtliche Bedeutung für die Christlich-Sozialen wie auch für den Gewerkschaftskurs des DGB insgesamt. In der Auseinandersetzung um den ordnungspolitischen Kurs des DGB und einzelner Industriegewerkschaften wirkte er klärend, wie dies vor allem in seiner Kontroverse mit dem Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB (WWI), Viktor Agartz, deutlich wurde.<sup>37</sup> Außerdem sind von Seiten des Jesuitenordens zu nennen Hermann-Josef Wallraff, Johannes Hirschmann sowie Franz Prinz und Herbert Reichel.

Pater Reichels Engagement für die Einheitsgewerkschaft wurde zwar von Oswald von Nell-Breuning, Hermann-Josef Wallraff und anderen Ordensbrüdern gefördert, doch muss Reichels gewerkschaftlich-politische Arbeit gesondert betrachtet werden. Im Jahre 1951 hatte er über das Thema Einheitsgewerkschaft promoviert,<sup>38</sup> von 1952/53 bis 1960 war er für die Christlich-Soziale Kollegenschaft im DGB publizistisch und beratend tätig. Ihr Sprachrohr waren die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“.<sup>39</sup> Die Gründung der Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB und in den DGB-Gewerkschaften als loser Zusammenschluss von DGB-Gewerkschaftern in der CDA wurde nicht zuletzt durch den Aufruf des DGB 1953 „Wählt einen besseren Bundestag“ befördert. Schon zuvor empfanden viele Christlich-Soziale die Publikationstätigkeit und die parteipolitische Orientierung des DGB als zu einseitig und als Affront gegen die Idee der Einheitsgewerkschaft. Eine Abspaltung wie auch Versuche parteipolitischer Einflussnahme auf DGB-Positionen durch die Sozialausschüsse der CDA lehnten sie ab. Die Kollegenschaft verstand sich als lockerer Zusammenschluss – ohne parteipolitische wie auch ohne kirchliche Bindungen. Zu den Sozialausschüssen bestanden immer wieder Spannungen. Bei einer Versammlung am 8. und 9. Oktober 1960 in Mehlem bei Bonn erklärte die Mehrheit des Zentralausschusses der Christlich-Sozialen Kollegenschaft die Einheitsgewerkschaft als gescheitert und gab ihre DGB-Orientierung auf.

Mit den gleichen Argumenten hatten sich bereits 1955 die beiden CDU-Abgeordneten Johannes Even und Bernhard Winkelheide vom DGB getrennt und

---

37 Vgl. SCHROEDER, *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft* (wie Anm. 5), S. 169–173.

38 Herbert REICHEL, *Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung und die christliche Soziallehre. Eine gesellschaftspolitische Untersuchung*. Diss. Mainz 1951; die Arbeit erschien in der Schriftenreihe der KAB auch unter dem Titel: *Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort*, Köln 1952.

39 Zur Sozial- und Gewerkschaftsprogrammatik der Gesellschaftspolitischen Kommentare vgl. *Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB und in den DGB-Gewerkschaften. Werden – Selbstverständnis – Wollen*, in: Gesellschaftspolitischen Kommentare I (1960).

die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) gegründet, die sich 1959 in Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGD) umbenannte. Aber das Gros der Christlich-Sozialen Gewerkschafter verblieb im DGB – sehr zur Enttäuschung von Teilen der deutschen Bischöfe, die die Neugründung der Christlichen Gewerkschaften offiziell befürworteten. Aber auch Oswald von Nell-Breuning und andere Sozialethiker hielten an der Einheitsgewerkschaft fest. Im Jahre 1966 schlossen sich die Verbände der Gewerkschaft Christlicher Bergbau- und Energiearbeiter an der Saar der DGB-Gewerkschaft IG Bau und Energie an.<sup>40</sup> Von 1959 an bildeten sich Arbeitsgemeinschaften christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter in den Sozialausschüssen; sie fungieren als Zusammenschlüsse von Gewerkschaftern, die sowohl der CDA, als auch dem DGB verbunden sind und von führenden Mitgliedern des DGB-Vorstandes geleitet werden.

Die Entwicklung der Christlich-Sozialen und ihre Bedeutung für den DGB und die weitere Entwicklung der Gewerkschaften und des Wirtschafts- und Soziallebens der Bundesrepublik beschreibt Wolfgang Schroeder in seiner Arbeit von 1992 als „Niedergang des Sozialkatholizismus“. Man wird die gesellschaftlichen Veränderungen, die bereits in den späten 1950er Jahren erkennbar sind, vor allem unter dem Aspekt einer zunehmenden Individualisierung und Säkularisierung deuten können, die nicht zuletzt Folge und Ausdruck steigenden Wohlstands sowie veränderter Verhaltensweisen und Wertpräferenzen großer Teile der Bevölkerung sind. Die Öffnung und Auflösung der herkömmlichen Milieus betrafen aber nicht nur die noch stärker kirchlich geprägten Milieus des Katholizismus und des Protestantismus; sie betrafen nicht minder stark auch die klassischen Arbeitermilieus sozialdemokratischer Prägung. Die Erosionserscheinungen, die Schroeder für den sozialen Katholizismus im Umfeld des DGB und der Einzelgewerkschaften diagnostiziert, gelten also nicht weniger auch für die sozialdemokratischen Arbeitnehmer im DGB und in dessen Umfeld.

Im Kontext gravierender Umbrüche in Gesellschaft, Kultur, Kirche und Politik stehen denn auch die Veränderungen, die die katholische Sozialethik seit Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre betreffen. Seit der Soziallehre Johannes' XXIII. (1958–1963) – zu nennen sind hier insbesondere seine Enzykliken *Mater et magistra* und *Pacem in terris* – und den Beschlüssen des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) – werden in der katholischen Sozialethik stärker die *Person* sowie die Gesichtspunkte ihrer Verantwortung und ihrer sozialen und politischen Bedingungen ins Zentrum gerückt. Die katholische Sozialethik gewann damit zunehmend auch für die Sozialdemokratie an Interesse. Die SPD sieht seit dem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 die Grundlagen des demokratischen Sozialismus von den Wertgrundlagen der

40 Vgl. LIMMER, *Gewerkschaftsbewegung* (wie Anm. 23), S. 106.

christliche Ethik, der klassischen Philosophie und des Humanismus geprägt und anerkennt entsprechend auch die marktwirtschaftliche Ordnung – eine Um- und Neuorientierung des demokratischen Sozialismus, der auch für die Sozialdemokraten im DGB nicht ohne Folgen blieb. Nell-Breuning sieht im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms „nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“.<sup>41</sup> Der Sozialethiker Nell-Breuning war in die Programmberatungen der Grundsatzkommission einbezogen und hatte Anteil an der Annäherung der SPD an die christliche Ethik. Erstmals hatten Nell-Breuning und sein Ordensbruder Gustav Gundlach im Jahre 1958 öffentlich mit Sozialdemokratischen Vertretern in der Katholischen Akademie in München diskutiert und Annäherungsmöglichkeiten von Sozialdemokratie und christlicher Sozialethik ausgetestet.<sup>42</sup>

Aber die Umbrüche im Katholizismus und im kirchlichen Verbandswesen, zu denen auch die Neuorientierung der katholischen Theologie und Ethik zählt, wird man wohl kaum als „Niedergang des Sozialkatholizismus“ deuten können, wie dies Wolfgang Schroeder als Fazit seiner Untersuchungen sieht. Die Neuerungen in Theologie und Kirche (stärkere Betonung der personalen und Verantwortungsethik u. a.), die zweifellos auch das Verhältnis von Christlich-Sozialen und DGB sowie die Rolle des Katholizismus im politischen und gesellschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren betreffen, lassen sich aber kaum zutreffend beschreiben, ohne zugleich auch die gravierenden Veränderungen von Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Traditionen und Werten in der gesamten Gesellschaft zu berücksichtigen.

Diese Veränderungen betreffen jedoch die Einzelnen, die Familien, Schulen, Universitäten, Bildungseinrichtungen nicht minder als auch die tragenden gesellschaftlichen und politischen Institutionen wie die Verbände, Interessengruppen, Parteien und Gewerkschaften. Die Folgerungen, die Schroeder am Schluss seiner Untersuchung zieht, sind allzu selektiv, zumal er die Schwächung des christlich-sozialen Bereichs ohne tiefere Begründung pauschal der Sozialdemokratie und den SPD-Gewerkschaftern gutschreiben möchte.<sup>43</sup> Dass der demokratische Sozialismus aber seit 1959 mit seinen Rekursen auf die christliche Ethik und die Soziale Marktwirtschaft Positionen bezieht, die er bis dahin strikt vermieden hat, wird hierbei ignoriert. Die Geschichtsschreibung

---

41 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, (wie Anm. 28), S. 95.

42 Vgl. Rudolf UERTZ, *Annäherungen: Christliche Soziallehre und SPD*, in: HPM 13 (2006), S. 93–120.

43 Vgl. Regina GÖRNER, *Die CDA im Spannungsfeld von Parteipolitik und Gewerkschaften*, in: *50 Jahre Politik der CDA*, Königswinter 1996; Manfred WILKE, *Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971* (Forschungsbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 46), Melle 1985.

der Christlich-Sozialen in CDA und DGB und die Darstellung der Christlichen Sozialethik im politischen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich bedürfen daher noch wichtiger Korrekturen und Ergänzungen.

# Max Kolter (1900–1945) – der erste Repräsentant der Christlichen Demokraten in Thüringen 1945

Von Volker Wahl

*Auf der Suche nach Max Kolter\**

*Seit 1969 in Weimar wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Staatsarchiv, wurde ich als archivarischer Berufsanfänger mit der Erschließung neuerer Aktenbestände aus den Registraturen der thüringischen Landesregierung von 1945 bis 1952 betraut. Dabei gewann ich Interesse für das kaum erforschte Kriegsende 1945 mit der amerikanischen Besetzung des Landes (April bis Anfang Juli 1945) und die frühe thüringische Nachkriegsentwicklung nach dem Besatzungswechsel mit der Eingliederung in die Sowjetische Besatzungszone. Parallel zu meiner archivfachlichen Ausbildung von 1972 bis 1974 in Potsdam, begann ich auf eigene Faust das alliierte Besatzungsregime, Zusammenbruch und Neuaufbau der staatlichen Verwaltung und auch den Formierungsprozess gesellschaftlicher Kräfte in politischen Parteien in Thüringen aus den Quellen heraus zu untersuchen. Diese Forschungen mündeten 1975 in meine Diplomarbeit an der Humboldt-Universität Berlin (Sektion Geschichte, Bereich Archivwissenschaft) und 1976 in eine Dissertation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Sektion Geschichte) ein. Beide Arbeiten sind ungedruckt geblieben. Aus meinen frühen archivalischen Quellenstudien zur thüringischen Landesgeschichte nach 1945 im heutigen Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar sind die folgenden Ausführungen geschöpft.*

In der 1998 von Günter Buchstab herausgegebenen biographischen Dokumentation „Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besetzung und SED-Herrschaft 1945–1961“ hat auch Max Kolter Aufnahme gefunden<sup>1</sup>, der als 3. Vizepräsident und Landesdirektor des Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft in der thüringischen Landesver-

---

\* Als Manuskript unter diesem Titel in: *Actorum Princeps. Günter Buchstab in Zeugnissen von Zeitzeugen. Gesammelt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ACDP*, Sankt Augustin 2008, maschinenschriftl. Ms. in: ACDP.

1 Der kurze biographische Abriss dort, S. 376 ist unvollständig. Eine Kurzbiographie mit allen wichtigen Daten seiner Berufslaufbahn und seiner Parteizugehörigkeit befindet sich in: *Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995*, hg. von Bernhard POST und Volker WAHL, Redaktion Dieter MAREK (Veröffentlichungen aus Thüringischen Staatsarchiven 1), Weimar 1999, S. 597.

waltung von 1945 zu den frühen prominenten Opfern des sowjetischen Besatzungsregimes im Osten Deutschlands gehört.

Geboren wurde Max Serowicki (Kolter) am 16. Januar 1900 in Luttom (Westpreußen) als Sohn des Fabrikarbeiters Theophil Serowicki und seiner Ehefrau Maria, deren Geburtsnamen Kolter er nach 1933 annahm. Das Abitur legte er 1922 am Gymnasium im thüringischen Heiligenstadt ab. Als Bergmann und Fabrikarbeiter verdiente er seinen Lebensunterhalt, um das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Göttingen, Halle und Münster zu finanzieren. Während seiner beruflichen Tätigkeit schloss er sich den Christlichen Gewerkschaften an und trat 1926 in die Zentrumspartei ein. Nach großer zeitlicher Unterbrechung beendete er erst 1938 in Halle das Studium als Diplom-Volkswirt, die Promotion zum Dr. rer. pol. mit der Dissertation „Die klassische Lohntheorie und die Lohngestaltung in der staatliche sozial geordneten Wirtschaft“ erfolgte 1944. Beruflich war er von 1938 bis 1945 beim Landeshandwerksmeister in Halle/Saale, beim Reichskommissar für Preisbildung in Berlin, in der Preisüberwachungsstelle bei der Regierung in Posen und zuletzt in der Preisstelle beim Wirtschaftsministerium in Weimar tätig. Hier in der thüringischen Landeshauptstadt erlebte er das Kriegsende, zunächst ab 12. April 1945 die amerikanische Besetzung Thüringens und dann am 2./3. Juli 1945 den Besatzungswechsel mit der Einbeziehung des Landes in die Sowjetische Besatzungszone.

In der thüringischen Landeshauptstadt Weimar war die politische und staatsrechtliche Situation nach dem Ende des Dritten Reiches signifikant anders als in den anderen Städten des besetzten Landes. Dazu trug auch das befreite Konzentrationslager Buchenwald auf dem Ettersberg bei, aus dem das politische Führungspersonal von KPD und SPD in die Stadt einströmte, so dass diese Parteien schon im Mai/Juni 1945 ihre früheren Parteiorganisationen wieder aufbauen konnten. Mitglieder aus ehemaligen bürgerlichen Parteien fanden sich zunächst in unabhängigen lokalen Gründerkreisen zusammen, die im Juli 1945 neue Parteiorganisationen im Landesmaßstab gründeten: am 9. Juli 1945 die Demokratische Partei Thüringens (seit Dezember 1945 Landesverband Thüringen der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands) und am 22. Juli 1945 den Thüringer Landesverband der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Die besondere staatsrechtliche Situation in Weimar unmittelbar nach Kriegsende war dadurch gekennzeichnet, dass die Reichs- und Landesbehörden durch eine Verfügung der amerikanischen Militärregierung in Weimar seit dem 19. April 1945 dem kommissarischen Oberbürgermeister unterstellt waren, der sich von einem politischen Beirat aus Vertretern von KPD, SPD, ehemaligen Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei und ehemaligen Zentrumsmitgliedern in seinen Entscheidungen legitimieren ließ. In diesen Beirat wurde

am 26. April 1945 Dr. Max Kolter als ehemaliges Zentrumsmitglied berufen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Thüringischen Staatsministeriums (Landesregierung) betraute der neu berufene Oberbürgermeister am 7. Mai 1945 den ehemaligen sozialdemokratischen Buchenwaldhäftling Dr. Hermann L. Brill, der danach die Vorstände der Fachministerien neu besetzte: am 19. Mai 1945 wurde Max Kolter mit der kommissarischen Leitung des bisherigen Thüringischen Wirtschaftsministeriums beauftragt. Nachdem der frühere Ministerialdirektor Hermann L. Brill am 9. Juni 1945 von den Amerikanern zum Regierungspräsidenten für die neue Provinz Thüringen ernannt worden war, berief er Max Kolter am 21. Juni 1945 in die erste thüringische Nachkriegsregierung als Regierungsdirektor des neuen Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft.

Der Besatzungswechsel Anfang Juli 1945 schuf allerdings eine völlig neue Situation. Die Sowjetische Militäradministration des Landes Thüringen (SMATH) setzte am 16. Juli 1945 eine neue Landesverwaltung unter dem nunmehrigen Präsidenten Dr. Rudolf Paul (parteilos, vor 1933 DDP) ein, dem weitere drei Vizepräsidenten – 1. Ernst Busse (KPD), 2. Dr. Georg Appell (SPD), 3. Dr. Max Kolter (CDU) – beigegeben waren. Dieses Präsidium sollte in seiner Zusammensetzung an der Spitze der Landesverwaltung den Block der neuen „antifaschistisch-demokratischen“ Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone repräsentieren. Vizepräsident Kolter übernahm zugleich als Landesdirektor wiederum das Landesamt für Land- und Forstwirtschaft. Da die CDU auf Landesebene noch nicht konstituiert war, wurde er in der Ankündigung der SMATH über die Einsetzung der neuen Landesverwaltung vom 16. Juli 1945 noch als „Mitglied der Zentrumspartei und Sekretär der Christlichen Bergarbeitergewerkschaft“ bezeichnet. Am 22. Juli 1945 wurde Max Kolter auf der CDU-Gründungsversammlung<sup>2</sup> im Saal der Armbrust-Gesellschaft in Weimar zum ersten Landesvorsitzenden der CDU in Thüringen gewählt.

Am 5. November 1945 erließ der Chef der SMATH, Gardegeneraloberst Wassili Iwanowitsch Tschuikow, den Befehl Nr. 78 über die Dienstentlassung des Vizepräsidenten des Landes Thüringen Dr. Kolter, weil er „die Befehle der SMA systematisch nicht ausgeführt“ habe.<sup>3</sup> Die darin enthaltene Begründung dafür nimmt allerdings keinen Bezug auf die Durchführung der Bodenreform im Land Thüringen (für die in der thüringischen Landesverwaltung der 1. Vizepräsident von der KPD verantwortlich war), sondern führt lediglich die

---

2 Nach Aussage von Johannes Kucera wurde die Gründungsversammlung später auf den 20.7.1945, den ersten Jahrestag des Attentats auf Hitler, datiert.

3 Der Amtsenthebungsbefehl vom 5.11.1945 liegt in der deutschsprachigen Sammlung der Befehle der SMATH im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar unter den Nummern 78 und 79 in zwei unterschiedlichen deutschen Übersetzungen vor, die jedoch inhaltlich identisch sind.

Nichterfüllung von Befehlen zur Herbstbestellung, zur Inbetriebnahme der Zuckerfabriken und zur Sollablieferung von landwirtschaftlichen Produkten an und zieht daraus das Fazit: „Dies alles wurde dadurch ermöglicht, daß Dr. Kolter die Arbeit des Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft nicht beaufsichtigte und seinen Mitarbeiterstab zu 96 Prozent mit Nazi-Elementen besetzt hatte, die alle Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft in Thüringen sabotierten.“<sup>4</sup> Das war das übliche Totschlagargument der Besatzungsbehörden gegenüber missliebigen Personen in den deutschen Verwaltungsorganen.

Max Kolter, der offenbar schon zu dieser Zeit gesundheitlich angeschlagen war, bat noch am 5. November 1945 den Landespräsidenten, ihn von seinem Regierungsamt zu entbinden. „Mit Rücksicht auf meinen Gesundheitszustand bin ich jetzt nicht in der Lage die Geschäfte des Landesdirektors beim Landesamt für Land- und Forstwirtschaft wahrzunehmen.“ Noch am gleichen Tag antwortete ihm Landespräsident Dr. Rudolf Paul: „Ich habe mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß Ihr Gesundheitszustand Ihre Weiterarbeit in der Landesverwaltung unmöglich macht und entspreche darum Ihrem Wunsche, Sie Ihrer Ämter zu entheben. Ich danke Ihnen für Ihre dem Land geleistete Arbeit und wünsche Ihnen baldige Besserung.“<sup>5</sup>

Die gesundheitliche Besserung trat indessen nicht ein. Bis unmittelbar vor seinem Tod am 27. Dezember 1945 in der Universitätsklinik in Jena befand sich Max Kolter unter sowjetischer Bewachung. An seiner Stelle wurde am 27. November 1945 für die CDU Dr. Hans Lukaschek (1885–1960) aus Berlin zum 3. Vizepräsidenten der Landesverwaltung ernannt (am 10. September 1946 auf Befehl der SMATH amtsenthoben). Er war von 1949 bis 1953 in der ersten Regierung der Bundesrepublik Deutschland Bundesminister für Angelegenheiten der Vertriebenen. Das weithin vergessene Schicksal von Dr. Max Kolter gehört gewiss auch zur thüringischen und deutschen Nachkriegsgeschichte.

---

4 Ebd.

5 Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten Nr. 71 (Personalakte Max Kolter).

# Alois Mertes und die Haltung der CDU/CSU zu den Ostverträgen der sozialliberalen Bundesregierung

Von Gerhard Wettig

## *Ausgangslage*

Am 12. August 1970 schloss die sozialliberale Bundesregierung, die im vorangegangenen Herbst die Große Koalition abgelöst und die CDU/CSU in die Opposition geschickt hatte, den Moskauer Vertrag mit der UdSSR. Darin rückte sie von dem Standpunkt ab, den bis 1969 alle demokratischen Parteien in Bonn geteilt hatten, es könne eine Übereinkunft nur über wechselseitigen Gewaltverzicht geben, Vereinbarungen über Anerkennungs-, Grenz- und Gebietsfragen kämen dagegen nicht in Betracht. Der Vertrag verpflichtete die beteiligten Seiten, „sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten“, „keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand [zu] haben und solche auch in Zukunft nicht [zu] erheben“ und „heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich (nerušimyj)“ zu betrachten. Dieser Verzicht auf Infragestellung der bestehenden territorialen Verhältnisse bezog sich ausdrücklich auch auf die innerdeutsche Grenze und die Oder-Neiße-Linie<sup>1</sup> – eine Regelung, die im Warschauer Vertrag mit Polen am 7. Dezember 1970 nochmals bekräftigt wurde.<sup>2</sup>

Das Ausscheren der Regierung aus dem Allparteienkonsens stieß bei der parlamentarischen Opposition, der CDU/CSU, auf scharfe Kritik. Die Versicherungen der SPD und FDP, man habe das Recht des deutschen Volkes auf Wiederherstellung seiner nationalen Einheit nicht aufgegeben, erschienen nicht überzeugend, denn im Moskauer Vertrag war auch an anderen Stellen vom Status quo die Rede, während die Feststellung fehlte, dass damit kein neuer Rechtszustand geschaffen werde. So hieß es etwa, der Friede könne „nur erhalten werden“, „wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet“, und man verpflichtete sich, „die territoriale Integrität aller Staaten in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten“. Zwar war es dem Bonner Unterhändler gelungen, den Terminus „unverrückbare“ Grenzen zu verhindern, aber es blieb fraglich, ob der Ersatzformulierung, der zufolge sie „unverletzlich“ waren, eine sowjetische Akzeptanz der Option einer friedlichen Grenzänderung zu entnehmen war. Der Passus, man gehe bei den getroffenen Vereinbarungen

---

1 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, 12.8.1970, in: „Pravda“ vom 13.8.1970 (russische Fassung), *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 6: 29. Juni 1970–26. Januar 1971, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, S. 93–95 (deutsche Fassung).

2 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, 7.12.1970, in: EBD. S. 258–260.

„von der in diesem Raum [Europa] bestehenden wirklichen Lage aus“, brachte zwar keine rechtliche Anerkennung des Status quo zum Ausdruck, schloss diese aber auch nicht aus. Man mochte amtlicherseits noch so sehr beteuern, dass man an Wiedervereinigung und Selbstbestimmung festhalte – die Sorge, dass Moskau den Anspruch der Bundesrepublik bestreiten und jedes Bemühen in dieser Richtung als vertragswidriges Verhalten behandeln werde, war durchaus berechtigt.<sup>3</sup> Unter dem Druck der Opposition<sup>4</sup> hatte der westdeutsche Unterhändler die widerspruchslose Entgegennahme eines „Briefs zur deutschen Einheit“<sup>5</sup> zwar erwirkt, aber keine Bestätigung dafür erhalten.<sup>6</sup> Damit blieb zweifelhaft, ob die UdSSR damit wirklich die Bonner Auffassung als vertragskonform anerkannt hatte, es handele sich um einen bloßen Modus Vivendi, der den Status quo nicht rechtlich bestätigt und mithin das Streben nach Wiedervereinigung nicht verbiete. Die Unionsparteien nahmen auch Anstoß daran, dass die Bundesregierung mit der Kremelführung eine Übereinkunft über die Grenzen von Drittstaaten getroffen und auf diese Weise den sowjetischen Herrschaftsanspruch gegenüber den anderen sozialistischen Staaten vertraglich bestätigt hatte.

In der CDU/CSU bestand tief sitzendes Misstrauen gegenüber den Absichten nicht nur der UdSSR, sondern auch der Bundesregierung, nachdem diese von der gemeinsamen Forderung nach einem bloßen Gewaltverzichtsvertrag abgegangen war und sich zu Vereinbarungen über Grenz- und Territorialfragen

3 Nach internem Bekunden von Außenminister Gromyko hatte der Moskauer Vertrag friedensvertraglichen Charakter, vgl. Valentin FALIN, *Politische Erinnerungen*, München 1993, S. 189.

4 Alois Mertes hat immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass sich Egon Bahr nur durch das ständige Drängen der Unionsparteien veranlasst gesehen habe, den „Brief zur deutschen Einheit“ zum Gegenstand der Verhandlungen mit der UdSSR zu machen. Siehe u. a. Alois MERTES, *Die Rolle der Opposition in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Thesen des Vortrags vor dem Internationalen Club La Redoute e.V.*, 10.5.1977, in: Günter BUCHSTAB (Hg.), *Alois Mertes, Der Primat des Politischen. Reden und Aufsätze*, Düsseldorf 1994, S. 63–68, hier S. 65; Alois MERTES, *Der Moskauer Vertrag von 1970 und die CDU/CSU*, in: Deutschland-Union-Dienst Nr. 152 vom 11.8.1977, S. 3–6, hier S. 4, Unterlagen auch in Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), 01-403-070/3 NL Alois Mertes. Die Feststellung wird durch die Tatsache bestätigt, dass Bahr gegenüber Gromyko erklärte, der „Brief zur deutschen Einheit“ sei erforderlich, damit die Bundesregierung ein Argument gegen die Vorwürfe der Unionsparteien in der Hand habe.

5 Brief zur deutschen Einheit, 12.8.1970, in: *Texte zur Deutschlandpolitik* (wie Anm. 1), S. 96.

6 Nur mit Mühe hatte sich der sowjetische Außenminister Gromyko dazu bewegen lassen, die Formulierung des Briefs hinzunehmen, dass der Moskauer Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Der Brief wurde, wie sich erst sehr viel später herausstellte, in der Poststelle des sowjetischen Außenministeriums abgegeben; der Empfang wurde nur durch Abstempelung des allgemein üblichen Einlieferungsscheins bestätigt.

bereit gefunden hatte.<sup>7</sup> Der Argwohn gegenüber der Sowjetunion war darum besonders heftig, weil deren Propaganda der Bundesrepublik bis 1969 ständig rechtswidriges Verhalten in weitesten Bereichen ihrer Außen- und Innenpolitik vorgeworfen hatte. Die von den Siegern im Potsdamer Abkommen festgelegten vier D's – Denazifizierung, Demilitarisierung, Dekartellisierung und Demokratisierung – verpflichteten nach der 1946 formulierten These Moskaus die Deutschen im Westen zur gleichen politischen Ausrichtung wie die SBZ beziehungsweise DDR. Sie hatten demzufolge eine „wirkliche Demokratie“ zu praktizieren, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen und – statt sich in den Westen zu integrieren – alle über das nationale Territorium hinausgehende Ambitionen aufzugeben. Die staatliche Spaltung wurde als Konsequenz der Weigerung hingestellt, die Verpflichtungen von Potsdam zu erfüllen. Die innerdeutsche Grenze sei als unverrückbar zu akzeptieren, denn nur so lasse sich dem „revanchistischen“ Streben Bonns auf Inbesitznahme West-Berlins, der DDR und der Ostgebiete Einhalt gebieten. Als politische Waffe gegen die Bundesrepublik diente auch jene Artikel der UNO-Charta, die den Feindstaaten von 1945 Zwangsmaßnahmen androhten. Die Unionsparteien sahen den Verdacht, die Bundesregierung habe den westdeutschen Standpunkt gegenüber der UdSSR nicht gewahrt, weiterhin dadurch bekräftigt, dass diese ihr wiederholt Einblicke in den Verhandlungsverlauf verwehrte und dass Indiskretionen und Auszüge aus einschlägigen Akten diesbezügliche Zweifel weckten.<sup>8</sup>

Die Bundesregierung hatte bei Vertragsabschluss in Moskau geltend gemacht, angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse sei mit ausreichender parlamentarischer Unterstützung erst zu rechnen, wenn in Berlin, dem Schwachpunkt des Westens, eine „befriedigende Regelung“ erreicht sei. Der Umstand, dass die sowjetische Führung am Inkrafttreten der paraphierten Regelung großes Interesse hatte, förderte ihre Bereitschaft, mit den Westmächten das Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 abzuschließen, das einen die Westsektoren sichernden Modus Vivendi festlegte,<sup>9</sup> sowie die DDR zu Folgevereinbarungen zu bewegen, welche die Details der Durchführung fixierten.<sup>10</sup> Daraufhin leitete die Bundesregierung Anfang 1972 das Ratifizierungsverfahren ein. Inzwischen hatte sich aber die Lage im Bundestag zu Un-

---

7 Rainer BARZEL, *Auf dem Drahtseil*, München/Zürich 1978, S. 101.

8 Kurt PLÜCK, *Das Ringen um das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen*, in: Rainer BARZEL (Hg.), *Sternstunden des Parlaments*, Hamburg 1989, S. 43–69, hier S. 55.

9 Vier-Mächte-Abkommen, 3.9.1971, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 8: 30. Januar 1971–3. September 1971, Bonn 1971, S. 371–384.

10 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West), 11.12.1971, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 9: 4. September 1971–8. Februar 1972, Bonn 1972, S. 320–343; Vereinbarung zwischen dem Senat [von Berlin] und der Regierung der DDR über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs, 11.12.1971, EBD. S. 351–362; Vereinbarung

gunsten der Koalition entwickelt, weil sich eine kleine, aber wachsende Zahl ihrer Abgeordneten gegen die Ostverträge wandte, so dass die von Anfang an dünne Mehrheit dahinschmolz. Im Bundesrat, dessen Billigung ebenfalls erforderlich war, hatte die CDU/CSU nach Siegen in einigen Landtagswahlen die Majorität. Zudem ließ sich eine Klage beim Bundesverfassungsgericht nicht ausschließen, denn die Vereinbarkeit der Verträge mit der Wiedervereinigungspräambel des Grundgesetzes erschien fraglich. Es bestanden Zweifel, ob der Vertrag die Zweistaatlichkeit nur vorläufig hinnahm, ohne sie rechtlich anzuerkennen. Wenn das in Karlsruhe bestätigt wurde, war das Schicksal der sozialliberalen Ostpolitik besiegelt. Den Unionsparteien fiel aufgrund ihrer starken Stellung in beiden Häusern des Parlaments und als potenziellen Klägern beim Bundesverfassungsgericht unausweichlich eine äußerst wichtige Rolle im anlaufenden Ratifizierungsprozess zu.

#### *Beratung der Oppositionsparteien durch Alois Mertes*

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Rainer Barzel, und der Führer der Unionsmehrheit im Bundesrat, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl, sahen die Notwendigkeit, das abzugebende Votum auf soliden Rat zu stützen. Beide kannten Alois Mertes als hervorragenden Fachmann auf dem Feld der Beziehungen zur UdSSR. Dieser war seit 1952 im diplomatischen Dienst tätig, hatte nach verschiedenen Verwendungen im In- und Ausland, namentlich in Paris, als Botschaftsrat in Moskau gearbeitet, die russische Sprache erlernt und eine genaue Kenntnis der Politik des Kreml erworben. Danach war er unter anderem für ein Jahr zu einem Forschungsaufenthalt nach Harvard geschickt worden, wo er Kontakte zu Henry Kissinger knüpfte, der inzwischen dem amerikanischen Präsidenten als außenpolitisch äußerst wichtiger Leiter des Security Council diente. Seit 1969 leitete Mertes das Sowjetunion-Referat des Auswärtigen Amtes. Kohl holte Mertes Anfang 1972 in die Mainzer Landesregierung und schickte ihn als Staatssekretär für Bundesangelegenheiten nach Bonn, um dort dessen Expertise in der Auseinandersetzung um die Ostverträge für die Opposition zu nutzen.

Mertes war ein zutiefst überzeugter katholischer Christ, der die Politik als Aufgabe ansah, der er in Verantwortung vor Gott und den Menschen gerecht zu werden suchte. Sowohl durch sein Engagement in wichtigen kirchlichen Organisationen als auch durch vielerlei sonstige Kontakte hatte er ein umfangreiches Netzwerk persönlicher Beziehungen zu maßgebenden Persönlichkeiten im In- und Ausland. Seit seinem Studium, das ihn u. a. nach Paris geführt hatte, befürwortete er mit Nachdruck ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich. Das

---

zwischen dem Senat [von Berlin] und der Regierung der DDR über die Regelung der Frage von Enklaven durch Gebietsaustausch, 11.12.1971, EBD. S. 363–368.

Bündnis mit den USA betrachtete er als unverzichtbare Grundlage der westdeutschen Politik. Dieser Gesichtspunkt bestimmte seine Haltung gegenüber der sowjetischen Politik, die in ihrer eigenen Logik zu verstehen er stets bemüht war. Das trug ihm auch in Moskauer diplomatischen Kreisen Anerkennung und Respekt ein, wo man zugleich die Klarheit seiner Aussagen schätzte. In der CDU/CSU hatte er nicht nur Kohls Vertrauen, sondern stand auch in einem engen Verhältnis zu führenden Mitgliedern der Bundestagsfraktion.<sup>11</sup> Mit Barzel war er besonders eng verbunden.<sup>12</sup>

Mertes legte der Stellungnahme zum Moskauer Vertrag die Forderung nach unzweideutiger Klarheit zugrunde. Die UdSSR sei „eine Macht, die ihre Interessen sehr klar definiert, die sie offen darlegt“. Zu den Vorteilen, die man in den Beziehungen zu ihr habe, gehöre, dass sie berechenbar sei, Risiken ablehne und ihre Ziele sowie die Kriterien ihres politischen Urteils klar zum Ausdruck bringe. „Infolgedessen muss es immer ein vornehmes Ziel deutscher Außenpolitik sein, zur Sowjetunion ein klares, ein berechenbares Verhältnis zu haben. Dieses aber – Konrad Adenauer hat das schon immer gesagt – ist nur zu erreichen, wenn wir uns in ganz wesentlichen Punkten anders verhalten, als es die Koalition von SPD und FDP seit 1969 getan hat. Adenauer hat immer gesagt: Nach den Vertragsbrüchen Hitlers gegenüber dem Westen und gegenüber dem Osten muss eindeutige Vertragstreue oberstes Ziel deutscher Außenpolitik sein. Er hat hinzugefügt: Gerade weil auf Deutschland die Hypothek der Vertragsbrüchigkeit lastet, müssen deshalb aber auch die Verträge eindeutige Inhalte haben. Auf diesem Gebiet hat nach unserer Auffassung die Koalition von SPD und FDP entscheidend gesündigt.“ Der CDU/CSU musste es demnach um „[e]indeutige Vertragstreue“ und „eindeutige Vertragsinhalte“ gehen.<sup>13</sup> Mertes kritisierte auch den „Aberglauben an die friedensstiftende Wirkung von verbalen Formelkompromissen“ und den „Zauber dieser Wortmythen“, die man zur scheinbaren Herstellung von Einvernehmen benutze. Dabei stand ihm vor Augen, dass er seinerzeit im Auswärtigen Amt gesehen habe, wie maßgebende SPD-Politiker den Bundestag und die Verbündeten im Westen „namens

11 Näheres bei Michael MERTES, *Alois Mertes – Ein Lebensbild. Herkunft, Kriegsdienst, Ausbildung*, in: BUCHSTAB (wie Anm. 4), S. XI–XX. In vertrautem Kreis erzählte Alois Mertes, wie ihm ein sowjetischer Diplomat im Januar 1966 die – als Vergeltung für die Ausweisung eines bei Spionageaktivitäten ertappten Angehörigen der Bonner Sowjetbotschaft verfügte – Ausweisung aus der UdSSR mitteilte: „Sie – persona non grata, hat mit Person nichts zu tun!“

12 Das bezeugt u. a. ein zweiseitiger handschriftlicher Brief Barzels an Alois Mertes vom 25.8.1977 in: ACDP 01-403-130/1.

13 Alois Mertes rückblickend auf dem Mannheimer Parteitag der CDU 1975, in: 23. *Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift*. Mannheim, 23.–25. Mai 1975. Bonn o. J., S. 191 ([http://www.kas.de/upload/themen/programmatische\\_cdu/protokolle/1975\\_Mannheim\\_23\\_Bundesparteitag.pdf](http://www.kas.de/upload/themen/programmatische_cdu/protokolle/1975_Mannheim_23_Bundesparteitag.pdf)).

des ‚heiligen Zweckes Entspannung‘ nach Strich und Faden belogen und betrogen“ hätten.<sup>14</sup>

Die Unionsparteien im Bundesrat erhielten am 21. Januar 1972 von Außenminister Walter Scheel die Zusage einer Unterrichtung über Einzelheiten der Verhandlungen über den Moskauer Vertrag. Daraufhin bekamen Mertes und der schleswig-holsteinische Staatssekretär Joachim Dorenberg als ihre Vertreter in mehreren Sitzungen entsprechende Informationen, ohne dass sie Einsicht in die zitierten Protokolle nehmen konnten. Der Verdacht, dass dabei Wichtiges unterschlagen worden sei, verstärkte sich, als im April wörtliche Auszüge aus geheimen Niederschriften bekannt wurden, denen zufolge die UdSSR einen Friedensvertragersatz erreicht sah.<sup>15</sup> Der Bundesregierung wurde zum Vorwurf gemacht, sie habe „handstreichartig, nämlich ohne Vorberatung mit dem Parlament und den drei Westmächten“, die sowjetische Forderung nach Anerkennung der Zweistaatlichkeit in Deutschland erfüllt.<sup>16</sup> Auf dieser Basis formulierte Mertes für die CDU/CSU Einwände gegen die Ostverträge<sup>17</sup> und eine Erklärung, die im Auswärtigen Ausschuss des Bundesrates von Kohl abgegeben werden sollte.<sup>18</sup> Für dessen anschließende Ausführungen im Plenum des Länderparlaments legte er Korrekturvorschläge vor.<sup>19</sup> Die Gegenstellungnahme der Bundesregierung beantwortete er mit einem Papier, das er an Kohl und vier weitere wichtige Persönlichkeiten der CDU schickte.<sup>20</sup>

In einer weiteren Aufzeichnung für Parteifreunde bezweifelte Mertes, dass sich der Bonner Standpunkt, der Status quo stehe unter dem Vorbehalt einer späteren friedensvertraglichen Regelung, weiter aufrechterhalten lasse, wenn die Ostverträge in der bisherigen Form in Kraft träten. Die gegenteiligen Versicherungen von SPD und FDP hielt er für fragwürdig.<sup>21</sup> Wie zu vermuten ist, beriet er Barzel, bevor dieser bei der ersten Lesung des Ratifizierungsgesetzes Ende Februar als „zentrale Frage“ herausstellte, ob eine aktive Vereinigungspolitik möglich bleibe, und aufgrund seiner skeptischen Einschätzung erklärte: „So nicht!“ Der Vorsitzende der CDU knüpfte die Zustimmung an die Bedin-

14 Alois Mertes an Bundeskanzler Helmut Schmidt, 8.1.1980, S. 2 und 7, ACDP 01-403-086/3.

15 PLÜCK (wie Anm. 8), S. 55.

16 Alois MERTES, *Der Moskauer Vertrag von 1970 und die CDU/CSU*, in: Deutschland-Uni-on-Dienst (wie Anm. 4), S. 3.

17 Dokumentation zu den Ostverträgen (83 S.), o. D., ACDP 01-403-132/1; Gedanken zu den Verträgen von Moskau und Warschau (16 S.), o. D., ebd.

18 Entwurf für MP Kohl im Auswärtigen Ausschuss des Bundesrates am 19.1.1972 (15 S.), ebd.

19 Ministerpräsident Kohl im Plenum des Bundesrates am 9. Februar 1972 (24 S.), ebd. Es ist nicht klar, ob der maschinenschriftliche Text, in den Mertes die Änderungen von Hand eintrug, von ihm oder jemand anderem verfasst wurde.

20 Bemerkungen zur Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates vom 9. Februar 1972 zu den Ostverträgen (7 S.), ebd.

21 Hinweis darauf ebd. S. 1f.

gung, dass das Vertragswerk nur einen Modus Vivendi festlegen dürfe. Im einzelnen verlangte er, die UdSSR müsse den – langjährig von ihrer Propaganda geltend gemachten – Einspruch gegen die Beteiligung der Bundesrepublik an der Europäischen Gemeinschaft ausdrücklich widerrufen, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung anerkennen und eine stufenweise Herstellung der Freizügigkeit in dem geteilten Land verbindlich zusagen.<sup>22</sup>

#### *Zuspitzung der Auseinandersetzung über den Moskauer Vertrag*

Schon zur Jahreswende 1971/72 war sich die sowjetische Führung nicht mehr sicher, dass der Moskauer Vertrag eine Mehrheit in der Bundesrepublik finden werde.<sup>23</sup> Mit der Erklärung, die UdSSR werde das Vier-Mächte-Abkommen nur dann in Kraft setzen, wenn er ratifiziert werde, suchte sie den Kritikern klar zu machen, dass ein positives Votum auch im Bonner Interesse sei. Die CDU/CSU musste sich daher überlegen, ob sie sich eine Ablehnung des Vertrags im Blick auf Berlin leisten konnte. Zwar entsprach die für die Stadt getroffene Regelung den Wünschen der Unionsparteien nur unvollkommen, doch war man sich bei ihr darüber klar, dass ein wichtiger Fortschritt erzielt worden war, auf den man kaum verzichten wollte. Überdies machten die Westmächte deutlich, ihr Abkommen mit der UdSSR dürfe keinesfalls gefährdet werden. Obwohl sie den Verhandlungen der Bundesregierung mit dem Kreml zunächst nicht ohne Misstrauen gegenübergestanden hatten, drangen sie nunmehr mit großem Nachdruck auf Ratifizierung des Moskauer Vertrages.<sup>24</sup>

Die führenden Politiker der Unionsparteien sahen, dass sie sich kaum gegen sein Inkrafttreten stellen konnten. Sollten sie also um Berlins willen die Wiedervereinigungsoption aufgeben? Einige wenige CDU/CSU-Abgeordnete erklärten ihrem Fraktionsvorsitzenden vertraulich, dass sie sich dafür entscheiden würden. Dieser konnte sich jedoch nicht anschließen. Für ihn und alle anderen war unverzichtbar, dass die Möglichkeit der Wiederherstellung der Einheit in freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes weiter erhalten blieb. Zudem war Rücksicht auf die Überläufer aus den Reihen der SPD und FDP zu nehmen, die sich aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zu den Ostverträgen den Unionsparteien zuwandten. Wenn man sie halten wollte, durfte man sie nicht enttäuschen. Barzel hoffte, mit ihrer Hilfe an die Regierung zu kommen und dann Korrekturen am Moskauer Vertrag aushandeln zu können. Am 27. April glaubte er, eine Mehrheit zu haben, und suchte mit einem konstruktiven Misstrauensvotum das Amt des Bundeskanzlers zu gewinnen. Der Versuch scheiterte knapp – wie wir heute wissen, hatte dabei der Staatssicherheitsdienst der

---

22 BARZEL (wie Anm. 7), S. 155f.

23 FALIN (wie Anm. 3), S. 188.

24 Aufzeichnung von Alois Mertes, 1.3.1972 (S. 1–5, hier S. 2f.), ACDP 01-403-132/2.

DDR seine Hand im Spiel. Es entstand aber eine Pattsituation, in der keine Seite allein eine Entscheidung durchsetzen konnte.<sup>25</sup>

Barzel geriet in eine ungewöhnlich schwierige Lage. Die allgemein für notwendig erachtete Normalisierung des Ost-West-Verhältnisses in Deutschland hing nach Überzeugung des In- und Auslands davon ab, dass die CDU/CSU zu Verträgen ja sagte, die sie nicht billigte, weil sie nach ihrem Urteil eine künftige nationale Einheit unmöglich machten. Er wusste zugleich, dass er – anders als man ringsum meinte – gar nicht imstande war, die Annahme der Verträge zu verhindern, weil die Dissidenten in seiner Fraktion zu einem positiven Votum entschlossen waren. Wenn er die Dinge laufen ließ, würde allen die Uneinigkeit der Opposition und ihre daraus erwachsende Schwäche vor Augen geführt werden. Aus Gründen der Parteiraison durfte es dazu nicht kommen. Als einziger Ausweg aus der verfahrenen Situation blieb der Versuch, die irrige Einschätzung der Außenwelt zu nutzen, dass die Annahme der Verträge von der Haltung der Unionsführung abhängt, um das Recht zu einer Vertragsinterpretation zu gewährleisten, welche die Wiedervereinigungsoption weiterhin zuließ.

Ansätze dazu waren bereits vorhanden. Schon im Sommer 1971 war in beiden innpolitischen Lagern die Möglichkeit einer Entschließung erwogen worden – freilich in unterschiedlicher Absicht: Barzel wollte die Regierung durch einen Klarheit heischenden Entwurf nötigen, Farbe zu bekennen,<sup>26</sup> während Bundeskanzler Willy Brandt hoffte, die Opposition mit ihrer Kritik durch Präsentation einer politisch korrekten Haltung ins Unrecht zu setzen.<sup>27</sup> Hilfreich mochte auch sein, dass sich die sowjetische Führung seit dem ausgehenden Winter 1972 bemühte, den Vertragsbefürwortern durch ein flexibleres Verhalten den Rücken zu stärken. Sie sicherte insbesondere zu, den „Brief zur deutschen Einheit“ dem Obersten Sowjet als Unterlage des Ratifikationsverfahrens zuzuleiten, ihn mithin in aller Form zu notifizieren.<sup>28</sup> Auch hatte Botschafter Valentin Falin in amtlichem Auftrag bei Kohl vorgeschlagen und damit Kontakt zu einem der führenden Unionspolitiker aufgenommen.<sup>29</sup>

---

25 Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47), Düsseldorf 2005, S. 279–298; DERS.: Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972, in: HPM 16 (2009), S. 1–17.

26 PLÜCK (wie Anm. 8), S. 60.

27 FALIN (wie Anm. 3), S. 191f.

28 EBD. S. 190.

29 Vermerk von Ministerpräsident Kohl über den Besuch von Botschafter Falin (4 Seiten), 24.3.1972, ACDP 01-403-192/2. Unklar ist, ob die Unterredung von Michail Voslenskij, der in Bonn als Beauftragter des Kreml galt, auf sowjetischer Seite aber schon damals als Abtrünniger bezeichnet wurde, mit dem führenden CDU-Abgeordneten Werner Marx am 17.3.1972 offiziell veranlasst war. Die Tatsache, dass Voslenskij die Vertragsängste von

Die Einbeziehung der sowjetischen Seite war besonders wichtig: Nur wenn der Kreml den Inhalt der Gemeinsamen Entschließung der Bonner Parteien akzeptierte, war ein Modus Vivendi gewährleistet, der es der Bundesrepublik gestattete, am Friedensvertragsvorbehalt und damit an der Wiedervereinigungsoption festzuhalten. Andernfalls konnte die UdSSR ihre gegenteilige Interpretation für allein gültig erklären und verlangen, dass sich der westdeutsche Vertragspartner ihr anzuschließen habe, um nicht vertragsbrüchig zu werden. Barzel forderte deshalb, seiner Erinnerung zufolge, die Koalition müsse ihren im Bundestag wiederholt zu den Ostverträgen formulierten Standpunkt zusammenfassen und ihn dem Kreml zuleiten, damit der Oberste Sowjet ihn durch widerspruchslose Entgegennahme als nicht zu beanstandende abweichende Auslegung bestätige.<sup>30</sup> Das erklärten Unterhändler der SPD und FDP zunächst für nicht machbar, setzten sich dann aber auf beharrliches Drängen hin mit der Botschaft der UdSSR in Verbindung. Falin, der sich in seinen Memoiren zugute hält, schon vorher mit Moskau eine Absprache darüber getroffen zu haben, war zu „Konsultationen“ bereit. Die westdeutsche Seite konnte so ohne Zeitverlust sondieren, welche Interpretation ihr die UdSSR zugestehen bereit war.<sup>31</sup>

#### *Formulierung der Position von CDU/CSU unter Mertes' Einfluss*

Die Formulierung der Gemeinsamen Entschließung wurde Kommissionen aus Vertretern von Regierung und Opposition übertragen. Der erste Entwurf, den die CDU/CSU in kürzester Zeit unterbreitete, ging auf Mertes zurück.<sup>32</sup> Dieser wirkte von da an als Experte an der Festlegung der Interpretationsforderungen entscheidend mit. Sein generelles Urteil über den Moskauer Vertrag lautete, er verpflichte beide Seiten zu einer Politik der Entspannung und des Friedens, „ohne allerdings die Gegensätze im konkreten Verständnis von Entspannung und Frieden auszuräumen“. Für die UdSSR sei Artikel 3 über die uneingeschränkte Achtung der territorialen Integrität aller Staaten in Europa das Kernstück, weil es nach sowjetischer Auffassung die endgültige Anerkennung des derzeitigen Gebietsstandes und des politischen Status quo zum Inhalt habe. Die Auslegung, die unter anderem der Bundesaußenminister zum Ausdruck gebracht habe, es handele sich dabei lediglich um eine „Konkretisierung des Gewaltverzichts, bezogen auf die faktischen Grenzen“, werde vom Kreml zurückgewiesen. Auch in der Erwähnung des Deutschlandvertrages von 1954, der die Westmächte auf die Förderung der Wiedervereinigung festlege, sehe

---

Marx nicht beschwichtigte, sondern eher noch verstärkte, deutet darauf hin, dass er nicht im Auftrag seiner Regierung agierte (Aufzeichnung von Werner Marx, 19.3.1972, ebd.).

30 BARZEL (wie Anm. 7), S. 160.

31 FALIN (wie Anm. 3), S. 190–195.

32 PLÜCK (wie Anm. 8), S. 60.

man in Moskau keine Rechtsgrundlage für ein weiteres Streben nach gesamtdeutscher staatlicher Einheit. Der Vertrag enthalte eine Mehrdeutigkeit, aus der sich „das Risiko des künftigen russischen Vorwurfes mangelnder deutscher Vertragstreue“ ergebe.<sup>33</sup>

Die Folgerung war, man müsse Klarheit bei der Festlegung des eigenen Standpunkts mit der Bereitschaft zum *Modus Vivendi* verbinden. Demnach durfte die Differenz zwischen den Auffassungen nicht verwischt werden. Der Unterschied war im Gegenteil herauszuarbeiten, damit deutlich wurde, welches die Auslegungsdifferenzen waren, die man sich gegenseitig zugestand. Nur wenn man auf diese Weise Übereinstimmung über den erlaubten Dissens erzielte, konnte hinterher keine Seite der anderen vorwerfen, mit ihrer Interpretation die getroffene Vereinbarung zu verletzen.<sup>34</sup> Daher kam es auf die Beachtung der weithin unterschiedlichen Begriffsinhalte an. Aus westdeutscher Sicht war der Gewaltverzicht die entscheidende Vertragsbestimmung. Die kontrahierenden Partner sicherten sich demnach zu, im wechselseitigen Verhältnis keine Waffengewalt anzuwenden oder anzudrohen. Das sollte vor allem die Grundlage für die langjährige Anklage der sowjetischen Propaganda beseitigen, die „Revanchisten“ in der Bundesrepublik bedrohten das sozialistische Lager mit Krieg. Wie Mertes geltend machte, entsprach das nicht der Vorstellung im Kreml. Von der Möglichkeit eines militärischen Vorgehens von Seiten Bonns könne angesichts der Machtverhältnisse keine Rede sein. Notwendig sei dagegen, die ungelösten Streitfragen als politische Basis künftigen Gewaltgebrauchs zu beseitigen. Das Problem sei daher die Absicht zur Veränderung des Status quo, nicht die Art ihrer Herbeiführung. Ein konkreter, echter Gewaltverzicht müsse demnach die Aufgabe des westdeutschen Strebens nach friedlichem Wandel einschließen.<sup>35</sup>

Mertes wies weiter darauf hin, dass die UdSSR mit der widerspruchslosen Entgegennahme des „Briefs zur deutschen Einheit“ nicht die Ansicht aufgegeben habe, die Bundesrepublik müsse von ihrem Streben nach Wiedervereinigung ablassen. Sie bestreite den Deutschen nicht das Recht, in einem einzigen

33 Alois MERTES, *Der Moskauer Vertrag von 1970 und die CDU/CSU* [rückblickende Darstellung], in: Deutschland-Union-Dienst (wie Anm. 4), S. 4.

34 Vermerk VLR I Dr. Mertes, betr. die deutsche und sowjetische Verwendung des Begriffes „Gewaltverzicht“ zur Vorlage bei Herrn Staatssekretär (8 Seiten, hier S. 3), 19.11.1970, ACDP 01-403-129/2; Alois MERTES, *Der besondere Rang des deutsch-polnischen Verhältnisses. Memorandum für den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion* [Rainer Barzel] *aus Anlaß der Reise einer Delegation der Deutschen Bischofskonferenz nach Polen vom 11. bis 15. September 1980*, in: BUCHSTAB (wie Anm. 4), S. 103–117, hier S. 107f.; DERS., *Westeuropa – 40 Jahre nach dem 2. Weltkrieg. Rede zur 79. Generalversammlung des American Jewish Committee in New York*, EBD. S. 185–198, hier S. 191.

35 Vermerk VLR I Dr. Mertes, betr. die deutsche und sowjetische Verwendung des Begriffes „Gewaltverzicht“ zur Vorlage bei Herrn Staatssekretär (8 Seiten, hier S. 3–6), 19.11.1970, ACDP 01-403-129/2.

Staat zu leben. Was sie ihnen aber nicht zubilligen wolle, sei die Wiederherstellung der Einheit durch freie Wahlen nach westlichem Verständnis. Nach ihrer Auffassung sollten allein Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten – also eine Übereinkunft mit dem SED-Regime – zum Ende der Teilung führen können. Demnach war die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts nicht Sache des deutschen Volkes, sondern hing vom Konsens mit den kommunistischen Machthabern in der DDR ab. Nur auf dieser Basis akzeptiere die UdSSR eine Aufhebung der innerdeutschen Grenze. Selbstverständlich billige sie souveränen Staaten das Recht zu, in wechselseitigem Einvernehmen Grenzregelungen und Zusammenschlüsse vorzunehmen, soweit dem kein ausdrückliches Verdikt – wie das Anschlussverbot für Österreich – entgegenstehe. Im Verhältnis zur Bundesrepublik gehe es dem Kreml darum, die ihr zugeschriebene Expansionspolitik zu stoppen, indem man von ihr die endgültige Anerkennung der Grenzen in Deutschland sowie an Oder und Neiße erwirke. Mertes hielt es für dringend geboten, der UdSSR kein Schlupfloch für die Behauptung zu lassen, dass im Moskauer Vertrag derartigen Vorstellungen zugestimmt worden sei.<sup>36</sup>

#### *Formulierung und Annahme der Gemeinsamen EntschlieÙung des Bundestages*

Die Stadien der Formulierungsarbeit an der BundestagsentschlieÙung bis zum Entwurf vom 7. Mai, mit dem die Koalition das Ergebnis der vorherigen Diskussionen zusammenzufassen suchte, lassen sich nicht genau nachzeichnen. Mit Sicherheit lässt sich nur Folgendes sagen. In den Unionsparteien hatte man zwar in den beiden vorangegangenen Jahren vielfach AnstoÙ daran genommen, dass im Moskauer Vertrag auch Regelungen enthalten waren, die dritte Staaten betrafen, doch spielte dieser Punkt in den Auseinandersetzungen keine Rolle mehr. Der Grund dafür war nicht nur, dass keine Aussicht mehr bestand, dies zu ändern. Es hatte sich auch gezeigt, dass dieses Arrangement dazu führte, Gefolgschaftsstaaten der UdSSR, insbesondere die DDR, auf die sowjetische Generallinie der Verständigung mit der Bundesrepublik zu verpflichten, was natürlich im westdeutschen Interesse lag. Die CDU/CSU wollte dagegen das Recht auf weiteren Ausbau der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Mitgliedschaft in der NATO ausdrücklich anerkannt sehen und hielt eine Erörterung der Fragen der „innerdeutschen Normalisierung“ für geboten. Wenn die Beratungen in den Kommissionen stockten, wurden Gespräche mit dem Bundeskanzler, dem Außenminister und anderen Spitzenpolitikern der Regierung eingeschoben, um die Schwierigkeiten zu beheben. Das zentrale Problem bestand darin, Formulierungen zu finden, welche die Unionsparteien

---

<sup>36</sup> Ebd. S. 6f.

zufrieden stellten und zugleich für den Kreml annehmbar waren. Das wurde in Kontakten zu Botschafter Falin auszuloten gesucht, der, wenn er einen Wortlaut für vertretbar hielt, sich bei seinen Vorgesetzten in Moskau um Zustimmung bemühte.<sup>37</sup>

Barzel reichte das Koalitionspapier vom 7. Mai<sup>38</sup> sogleich an Mertes zur Durchsicht weiter. Dieser kritisierte, der Entwurf sei in einer „dissensbelasteten Sprache“ formuliert, „die das Risiko künftiger Auslegungskonflikte und sowjetischer Einmischung in unsere politische Willensbildung geradezu institutionalisiert“. Das „Selbstbestimmungsrecht in unserem Verständnis“, dem die Union zentrale Bedeutung beilege, sei nicht klar zum Ausdruck gebracht worden. Er verlangte, man müsse mit dem Hinweis auf die rechtliche Vorläufigkeit des Status quo in Deutschland und seine Ausübung durch das deutsche Volk „eindeutig“ bekräftigen, „dass die deutsche Frage bis zur friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland offen gehalten wird“ und „dass es sich beim Moskauer Vertrag um einen *modus vivendi* handelt, dessen Kernstück der Gewaltverzicht ist“. Die Bundesregierung müsse zu ihrem Wort stehen, wonach der Vertrag hinsichtlich der territorialen Verhältnisse „einen bestehenden Zustand beschreibt und keine Rechtsgrundlage für [nur] tatsächliche Grenzen schafft“. Mertes hielt es weiter für erforderlich, dass als – mit dem Moskauer Vertrag kompatibles – außenpolitisches Ziel der Bundesrepublik auch die Einheit der deutschen Nation genannt wurde, und legte größten Wert auf die ausdrückliche Feststellung, der Vertrag führe „einen *modus vivendi* herbei, der die deutsche Frage bis zu einer friedensvertraglichen Regelung für ganz Deutschland offenhält“ oder, wie es auch heißen könne, „nicht präjudiziert“. Dem müsse der Hinweis folgen, dass der Gewaltverzicht das „Kernstück“ sei. Keine Bedenken riefen die anschließenden Darlegungen hervor, die vor allem die uneingeschränkte Geltung der Westverträge von 1954, das Fortbestehen der Vier-Mächte-Kompetenzen in Bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin, das Engagement der Bundesrepublik in der NATO und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie die Bindungen zwischen West-Berlin und dem westdeutschen Staat betrafen.<sup>39</sup>

Auch von sowjetischer Seite kamen Einwände. Als Falin zur Beratung hinzugezogen wurde, fielen ihm beim Überlesen des Textes sogleich „Einseitigkeiten des Dokuments“ auf. Nach Bedenken gefragt, wies er jedoch nur Barzels Ansicht zurück, die Bundestagsresolution werde zum Bestandteil des Vertragswerks, und machte geltend, diese sei ein „einseitiger Akt“. Erst bei

37 GRAU, *Gegen den Strom* (wie Anm. 25), S. 298–316; FALIN (wie Anm. 3), S. 192–197. Grau stellt detailliert dar, welche Beratungen stattfanden, ohne die Sachpunkte und Argumentationen der jeweiligen Erörterungen näher zu verdeutlichen.

38 Entwurf einer Bundestagsentschließung, o.D. [7.5.1972], ACDP 01-403-130/1.

39 Vermerk Mertes für Barzel, 8.5.1972, Stand: 9 Uhr (S. 1–5), ebd.

genauerer Durchsicht fiel ihm später auf, dass ein Passus der sowjetischen Auffassung ganz besonders zuwiderlief. Darin hieß es, die Verträge nähmen „zu den Rechtsgrundlagen der bestehenden Grenzen nicht Stellung“ und „griffen einer zukünftigen Friedensregelung mit einem gesamtdeutschen Souverän nicht vor“. Dass er sich nicht sofort dagegen gewandt hatte, wurde dem Botschafter von seinen Vorgesetzten in Moskau sehr verübelt. In einem folgenden Gespräch mit Barzel und anderen führenden Persönlichkeiten der CDU/CSU unterstrich er daraufhin seine frühere Erklärung, der ihm vorgelegte Entwurf sei „ausgesprochen einseitig“ und in einigen Punkten gänzlich unausgeglichen. Er könne sich nicht anders äußern, denn sonst würde er mit den Fakten in Konflikt geraten. Eine Einigung schien ausgeschlossen. Die unnachgiebige Haltung bewahrte den Botschafter nicht vor heftigen Vorwürfen seines Außenministers. Kurz danach musste Andrej Gromyko einlenken, weil sein Chef, Leonid Brežnev, auf einer Übereinkunft als Gewähr für die Vertragsratifizierung bestand.<sup>40</sup>

Für die strittigen Textstellen wurden Kompromissformeln gefunden, die den Bedenken der Unionsparteien hinreichend Rechnung trugen. Dem Passus über den Gewaltverzicht wurde, wie Mertes verlangt hatte, ein Satz des Inhalts hinzugefügt, dass die Verträge von Moskau und Warschau „wichtige Elemente des Modus vivendi [sind], den die Bundesrepublik Deutschland mit ihren östlichen Nachbarn herstellen will“. Zugleich kam man Falin und Gromyko entgegen, indem nicht mehr vom „gesamtdeutschen Souverän“ die Rede war und betont wurde, eine einseitige Änderung der bestehenden Grenzen werde ausgeschlossen. Der CDU/CSU gelang es zwar nicht, das Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich auf das deutsche Volk zu beziehen, sie erhielt aber volle Genugtuung mit der Feststellung, dass die „Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen“ anstrebe, „nicht in Widerspruch zu den Verträgen“ stehe und dass diese „die Lösung der deutschen Frage nicht präjudizieren“. Der westdeutschen Seite wurde zugestanden, mit der Forderung nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts erhebe sie „keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch“, verhalte sich damit also vertragskonform.<sup>41</sup>

Das entsprach den Kriterien, die Mertes formuliert hatte. Der Bundesrepublik konnte folglich keine Vertragsbrüchigkeit vorgeworfen werden, wenn sie am Ziel der deutschen Einheit festhielt. Damit waren die Einwände beseitigt, welche die Unionsparteien gegen die beiden Ostverträge geltend gemacht hat-

40 FALIN (wie Anm. 3), S. 197–202.

41 Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zur 2. Beratung und Schlussabstimmung der Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR und der VR Polen, 10.5.1972, in: *Meinungen und Dokumente zur Deutschlandpolitik und zu den Ostverträgen*, Bonn 1972, S. 427–429. Ebenfalls abgedruckt bei GRAU, *Gegen den Strom* (wie Anm. 25), S. 323f.

te. Der Fraktionsvorsitzende zog daraus die Konsequenz, man müsse nunmehr dafür stimmen. Dagegen erhob sich unüberwindlicher Widerspruch. Nach langen und heftigen Auseinandersetzungen war das Äußerste, was Barzel zu erreichen vermochte, dass fast alle CDU/CSU-Abgeordneten sich enthielten. Damit ließen sie die Verträge passieren, ohne sich zu ihnen zu bekennen. Ablehnende Voten gab eine kleine Minderheit ab – 9 Abgeordnete der Union wandten sich gegen den Moskauer und 16 gegen den Warschauer Vertrag.<sup>42</sup> Außenminister Scheel übergab die Gemeinsame Entschließung als Auffassung der Bundesrepublik dem sowjetischen Botschafter, der sie ohne Widerspruch entgegennahm und versicherte, er werde sie an seine Regierung weiterleiten. Zudem werde sie dem Obersten Sowjet zur Kenntnis gebracht werden, wenn dieser die Ratifikation vornehme. Von polnischer Seite gab es ebenfalls keine Einwände, und die Bundestagsresolution wurde in Warschau als offizielle Unterlage publiziert.<sup>43</sup>

#### *Debatte in der CDU/CSU über die Ostpolitik in einer künftigen Regierung*

Der Weigerung eines großen Teils der CDU/CSU-Fraktion, die Ostverträge ausdrücklich zu billigen, zeigte, dass die Bedenken durch die Gemeinsame Entschließung oft nur vermindert, nicht jedoch völlig ausgeräumt worden waren. Nachdem Kohl, der Barzel im Partei- und Fraktionsvorsitz abgelöst hatte, 1976 fast mit absoluter Stimmenmehrheit zum Bundeskanzler-Kandidaten gewählt worden war, erschien es nötig, im Blick auf eine künftige Regierungsübernahme zu einer klaren und einheitlichen ostpolitischen Haltung zu gelangen. Mertes, inzwischen Bundestagsabgeordneter, sah im „Ausbau der Solidarität des freien Teiles Deutschlands und Berlins mit dem Westen“ die entscheidende „Voraussetzung unseres Überlebens als Demokratie“, und ergänzte dieses Bekenntnis mit der Erklärung, das schließe „gegenüber dem Osten weder modus-vivendi-Regelungen mit dem Ziel des Abbaus der Spannungsursachen noch konkrete Vereinbarungen über Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich noch Abkommen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auf der Grundlage unverminderter Sicherheit aus“. „Im Gegenteil: All dies bleibt ein Erfordernis der Friedenssicherung mittels einer Politik des begrenzten Ost-West-Ausgleichs“. Wenn die Unionsparteien an die Macht kämen, wären „die Vertragswerke mit Moskau und seinen Verbündeten wesentliche Bestandteile ihrer Außenpolitik“.<sup>44</sup>

In einem programmatischen Vortrag in Bonn erklärte Mertes, die Opposition erkenne an, dass die östlichen Partner Gegenleistungen erbrächten und es damit zu „begrenzten Erfolgen der Bundesregierungen“ komme. Gleichzeitig

42 EBD. S. 324–366.

43 EBD. S. 367f.

44 Alois Mertes an Bundeskanzler Schmidt, 8.1.1980 (S. 1–8, hier S. 3 und 6), ACDP 01-403-086/3.

jedoch achte sie darauf, dass die Zusagen auch erfüllt und von der Bundesrepublik nicht doppelt oder dreifach honoriert würden. In der Ostpolitik vertrete die CDU/CSU „in der Substanz die Linie der Bundesregierung“, setze „aber die Akzente wegen ihrer kritischen und kontrollierenden Funktion als Treuhänder der parlamentarischen Rechte und Pflichten anders“. Dies liege im Interesse nicht nur des Landes, sondern auch der Regierung, denn diese brauche „den Rückenwind einer kritischen Öffentlichkeit und Opposition“ als Stütze im internationalen Geschäft.<sup>45</sup> Diese Auffassung blieb in den Unionsparteien nicht unwidersprochen. Ein leitendes Mitglied der CSU, Fritz Zimmermann, wandte sich an Kohl mit der Beschwerde, Mertes trete für die gleiche Politik ein wie die sozialliberale Regierung, und bat darum, ihn zu bitten, er möge sich „künftig bei öffentlichen Auftritten vorsichtiger, differenzierter und politischer“ ausdrücken.<sup>46</sup> In seiner Antwort an Zimmermann widersprach Mertes der Forderung, die Union müsse sich in Konfrontation zur Bundesregierung um innerparteilichen Konsens bemühen. Der politische Gegensatz zur sozialliberalen Koalition dürfe nicht Selbstzweck sein. Vielmehr komme es auf die Sachgesichtspunkte an. Diese aber sprachen nach seiner Auffassung klar dafür, keine prinzipielle Gegenposition zur amtlichen Politik zu beziehen.<sup>47</sup>

Mit Kohls Einverständnis hin erhielt Mertes die Möglichkeit, seine Position im amtlichen Pressedienst der CDU darzustellen. Die zentrale Aussage lautete, eine „auf Entspannung angelegte Ostpolitik“ liege im Interesse der Bundesrepublik. Auch sei die Einhaltung abgeschlossener Verträge notwendig. Wenn die Unionsparteien die Führung in Bonn übernähmen, würden sie in fester Bindung an den Westen „gegenüber der Sowjetunion einen Kurs verfolgen, der verlässlich und berechenbar ist, der die gravierenden Gegensätze der Überzeugungen und Interessen nicht verharmlost und übertüncht, der aber die vorhandenen Felder gemeinsamer Interessen beider Seiten in guter Zusammenarbeit nutzt und auszuweiten sucht.“<sup>48</sup> Diese Stellungnahme stieß wieder auf Kritik in der CDU/CSU. Mertes bat daraufhin „aus dem Wunsch nach Klarheit über den g e m e i n s a m e n Kurs“ Kohl um Bestätigung, dass der Artikel die Haltung der Fraktion und beider Unionsparteien wiedergebe. Zum Erweis dessen, dass die CSU den gleichen Standpunkt einnehme, verwies er auf die Aussage ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß, dass geschlossene Verträge eingehalten

---

45 MERTES, *Die Rolle der Opposition in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland* (wie Anm. 4), S. 67f.

46 Fritz Zimmermann an Helmut Kohl, nachrichtlich an Franz Josef Strauß und Werner Marx (4 S.), 13.5.1977, ACDP 01-403-070/3.

47 Alois Mertes an Fritz Zimmermann (2 Seiten), 1.6.1977, ebd.

48 Alois MERTES, *Der Moskauer Vertrag von 1970 und die CDU/CSU*, in: Deutschland-Union-Dienst (wie Anm. 4), S. 3 und 6.

werden müssten.<sup>49</sup> Er wiederholte die Darlegung in einem kurzen Brief an Zimmermann.<sup>50</sup>

Der CSU-Politiker antwortete, es sei nicht seine „Aufgabe, die Meinungsäußerung einzelner Kollegen zu bestätigen“. Bei der Größe der Fraktion wäre das „wenig sinnvoll“. Zudem vertrete er „in der Sache eine andere Auffassung“. „Ohne auf einzelne – von Ihnen sicher gut gemeinte – Passagen einzugehen, erweckt Ihr Artikel den Eindruck, als ob die Union den Moskauer Vertrag nachträglich billigen würde“. Dieser bleibe „aber ein miserabler Vertrag, weil er deutsche Rechtspositionen preisgegeben oder zumindest interpretierbar gemacht“ habe. Es sei „politisch wenig zweckmäßig, zu einem Zeitpunkt, wo das Scheitern der Brandt/Bahrschen Ostpolitik von der Bevölkerung klar erkannt wird, mit missverständlichen Interpretationen zu versuchen, die Fronten zu verwischen“.<sup>51</sup> Diese Ausführungen bedeuteten, dass Zimmermann entweder ignorierte, dass die Gemeinsame EntschlieÙung das Recht der Bundesrepublik auf ihre Vertragsauslegung gewährleistet hatte, oder lediglich eine solche Vereinbarung akzeptierte, die auch die UdSSR auf den westdeutschen Standpunkt festgelegt hätte – ein Begehren, an dem jedes Bemühen um Einvernehmen notwendigerweise scheitern musste.

Den maßgebenden Außenpolitikern in der CDU/CSU kam es aber gerade darauf an, im Blick auf eine künftige Regierungsübernahme alle Hindernisse für ein Einverständnis mit Moskau aus dem Weg zu räumen, solange man dabei die eigenen Grundsatzpositionen wie namentlich das Festhalten an der Wiedervereinigungsoption aufrechterhalten konnte. Nachdem dies durch die Gemeinsame EntschlieÙung gesichert war, schien eine Zusammenarbeit in den Bereichen wechselseitigen Interesses angebracht. Mertes berief sich daher in seiner Erwiderung nicht nur auf die völkerrechtliche Verpflichtung, geschlossene Verträge einzuhalten, sondern machte zugleich klar, dass er nur seinen Standpunkt für vertretbar hielt, der „auf von uns durchgesetzten und verbindlichen Interpretationstexten“ beruhe. Während die Union von ihren politischen Gegnern der Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln geziehen werde, sei es unerlässlich, dass sie „eine geschlossene und sachlich unangreifbare Haltung“ einnehme. Er stimmte Zimmermann zwar darin zu, dass die Ostverträge „miserabel“ ausgearbeitet seien, war aber der Ansicht, dass dies nach der Bundestagsresolution nicht mehr störe. Nach seiner Auffassung war es entscheidend, dass im Gegensatz zu „Brandt & Co“ die CDU/CSU „nicht mit doppelter Zunge“ redete. Man müsse in allen Dingen „an beide Seiten der

49 Alois Mertes an Helmut Kohl (2 Seiten), 22.8.1977, ACDP 01-403-070/3.

50 Alois Mertes an Fritz Zimmermann (1 Seite), 23.8.1977, ebd.

51 Fritz Zimmermann an Alois Mertes (1 Seite), 13.9.1977, ebd.

Medaille denken“ und „sowohl außenpolitischer Gesprächspartner“ als auch „engagierter innenpolitischer Kämpfer“ sein.<sup>52</sup>

Als Kohl Ende 1982 die Sozialdemokraten in Bonn von der Macht verdrängte und durch ein konstruktives Misstrauensvotum Bundeskanzler wurde, glaubten einige Abgeordnete der CDU/CSU, dass nun der Moment zur Rückkehr zur Zeit vor 1970 gekommen sei, und wandten sich gegen eine Fortsetzung der Entspannung gegenüber den östlichen Staaten. Mertes, der aufgrund seiner ostpolitischen Expertise und als lautere Persönlichkeit in hohem Ansehen stand, wurde mit seinem Plädoyer für eine Politik auf der Basis der – durch die Gemeinsame EntschlieÙung zurechtgerückten – Ostverträge zu einer eminent wichtigen Stütze des Regierungschefs in der Fraktion. Es war nicht zuletzt auch auf seinen Einsatz zurückzuführen, dass Kohl die Verbindungen weiterführen konnte, die seine Vorgänger geknüpft hatten.<sup>53</sup> Auch als radikale Vertriebenenfunktionäre der Union den Bundeskanzler mit dem Verlangen nach Unterstützung des Anspruchs auf Rückkehr unter Druck setzten, war Mertes an seiner Seite. Beide Männer hatten dabei nicht nur vor Augen, dass der Warschauer Vertrag nicht-einvernehmliche Territorialveränderungen ausschloss, sondern lieÙen sich auch von der Überzeugung leiten, dass in der Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Lager nicht den Grenzen, sondern der Freiheit die entscheidende Bedeutung zukam.<sup>54</sup>

### *Fazit*

Die historische Leistung Barzels und seiner politischen Weggefährten war es, die Gemeinsame EntschlieÙung als tragfähige Grundlage der Beziehungen zur Sowjetunion durchgesetzt zu haben. Der Fraktionsvorsitzende wusste zwar, dass er die Annahme der Ostverträge wegen einer kleinen, aber für eine Regierungsmehrheit ausreichenden Zahl unbedingter Befürworter in seinen Reihen nicht verhindern konnte, nutzte aber den Anschein, dass er die Macht dazu habe. Auf diese Weise verschaffte er der Bundesrepublik die Gewissheit, an der Option der deutschen Einheit festhalten zu können, ohne dadurch in Widerspruch zu den getroffenen Vereinbarungen zu geraten. Dadurch wurde die ostpolitische Kontinuität in Bonn gesichert und verhindert, dass die Ostverträge zum Gegenstand steten innenpolitischen Streits wurden. Auch wenn die Kritik innerhalb der Unionsparteien, vor allem in der CSU, zuerst noch nicht ganz verstummte, konnte sein Nachfolger Kohl, der ebenfalls früh die Notwendigkeit der Vertragsratifizierung erkannt und auf Bedingungen dafür bestanden hatte, daraufhin nach der Regierungsübernahme von Ende 1982 die Ostpolitik

---

52 Alois Mertes an Fritz Zimmermann (1 Seite), 15.9.1977, ebd.

53 Karl-Rudolf KORTE, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998, S. 56.

54 EBD. S. 249–252.

der sozialliberalen Koalition bruchlos fortsetzen. Damals ahnte noch niemand, dass das Ziel der Wiedervereinigung, zu dem sich Kohl ausdrücklich bekannte, schon sieben Jahre später in politische Reichweite rücken würde. 1989/90 bestand aufgrund der Regelung, die Barzel 1972 erreicht hatte, Einvernehmen über das Recht der Deutschen auf nationale Einheit, so dass es darüber nicht zum Streit kam. Als Ideen- und Ratgeber bei der Formulierung des Konzepts, das die Voraussetzungen für diese Entwicklungen geschaffen hatte, und als politischer Kämpfer, dem die Geschlossenheit der Union bei der Durchführung des darauf gegründeten Entspannungskurses<sup>55</sup> mit zu verdanken war, hatte Mertes an alledem wesentlichen Anteil.

---

55 Mertes hatte bereits 1973 die Auffassung vertreten, dass die Geschlossenheit der Unionsparteien in den Fragen der Ostpolitik ein dringendes Erfordernis sei: Alois Mertes an Helmut Kohl (3 Seiten, hier S. 2), 16.7.1973, ACDP 01-403-069/3.

# KOLLOQUIUM FÜR GÜNTER BUCHSTAB

## **Zeitgeschichtsschreibung durch Zeitgenossen. Beobachtungen zu den Entwicklungsphasen neuerer und neuester deutscher Zeitgeschichte**

*Vortrag auf dem Symposion  
„Archiv und christliche Demokratie in Politik und Zeitgeschichte“  
zu Ehren von Günter Buchstab, 25. März 2009, Sankt Augustin*

**Von Hans-Peter Schwarz**

Unser Symposion hat ein weitgefasstes Thema, die bundesdeutsche Zeitgeschichtsforschung, und eine sehr verdiente Persönlichkeit, die heute damit geehrt werden soll, Dr. Günter Buchstab. Im Rahmen meines Vortrags wird an geeigneter Stelle, aber eher kursorisch, verschiedentlich auf das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) und die Leistungen von Herrn Buchstab einzugehen sein. Allerdings werde ich mich diesbezüglich zurückhalten, um den folgenden Rednern nichts vorwegzunehmen. Da ich aber nicht ganz auf das öffentliche Lob an die Adresse von des Geburtstagskindes Günter Buchstab verzichten möchte, sei es mir gestattet, aus einem längeren Brief, der ins „*liber amicorum*“<sup>1</sup> integriert worden ist, wenigstens eine kurze Passage zu verlesen, sie lautet: „Historiker oder Politologen, die sich dem Studium der Zeitgeschichte verschrieben haben, kennen den Wert von Zeitzeugen. Ich selbst darf in aller Bescheidenheit anmerken, dass ich ein solcher Zeitzeuge bin, der seit gut 30 Jahren das Wachstum des Archivs und aller damit verbundenen Bereiche von Anbeginn an als vergleichsweise fleißiger, ganz sicher aber dankbarer Benutzer verfolgen konnte. Somit mögen Sie mir glauben, lieber Herr Dr. Buchstab, dass ich Ihre langjährige Leistung an der Spitze des Archivs, auch das, was Sie in den vorangegangenen Jahren initiiert haben, schlicht und einfach bewundere. In diesen langen Jahrzehnten haben Sie ein Lebenswerk geschaffen, auf das Sie stolz sein können und ganz gewiß auch stolz sind.“

Zeitgeschichtsforschung bedarf nun einmal der riesigen Archive und an deren Spitze leidenschaftlicher Großmeister, die daran bauen. Sie, lieber Herr Dr. Buchstab, sind einer von diesen und deshalb ist Ihr Name auch unauflös-

---

<sup>1</sup> *Actorum Princeps. Günter Buchstab in Zeugnissen von Zeitzeugen. Gesammelt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ACDP, Sankt Augustin 2009, maschinenschriftl. MS in: ACDP.*

lich mit der deutschen Zeitgeschichtsforschung verbunden, der ich mich jetzt auftragsgemäß zuwende.

Fürchten Sie dabei, meine Damen und Herren, keinen ermüdenden, allseits abgewogenen Forschungsbericht, wie man ihn einer Evaluierungskommission zu Füßen legt oder einer vom Bund oder von der Industrie finanzierten Stiftung unterbreitet, die gleich dem Drachen Fafnir über den Zugang zu Geldtöpfen wacht. Wer selbst Forschung betreibt und auch sein Scherflein zum Editions-wesen beigetragen hat, ist vielleicht doch berechtigt, ohne großes methodologisches Wassertreten einfach zu skizzieren, was ihm heutigentags beim Blick auf die deutsche Zeitgeschichtsforschung auffällt, was erwähnenswert scheint und vielleicht auch optimierungsbedürftig.

Dabei möchte ich die klassischen Felder bundesdeutscher Zeitgeschichtsforschung im Geschwindigkeitsschritt durcheilen: Weimarer Republik, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg, die Besatzungszeit und die lange Geschichte der Bundesrepublik von Konrad Adenauer bis Angela Merkel. Zum Schluss will ich auf ein paar Forschungsdesiderate aufmerksam machen.

Da dieses Symposium von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet wird, mag es legitim sein, das Thema bundesdeutscher Zeitgeschichte auf das Archiv für Christlich-Demokratische Politik zu beziehen. Unnötig zu sagen, dass die Zeitgeschichtsforschung verschiedenste Zentren und individuelle Forscher hat, von wo aus – mit Max Weber zu sprechen – „auf einen stets wechselnden endlichen Teil des ungeheuren chaotischen Stromes von Geschehnissen, der sich durch die Zeit dahinwälzt“ Licht fällt.<sup>2</sup> Bewusst oder weniger reflektiert werden die Scheinwerfer des Erkenntnisinteresses immer auch von Wertvorstellungen geleitet. Aber man übertreibt nicht mit der Feststellung, dass die einstmalige Bundeshauptstadt Bonn im allgemeinen sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Archiv und mit den darauf gestützten oder dort angedockten Arbeiten im besonderen während der inzwischen schon langen Jahrzehnte der Bundesrepublik eine Art historiographischer Leuchtturm war und immer noch ist, von dem vieles erhellt wurde.

Warum muss man mit der Weimarer Republik beginnen? Wir alle wissen das. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik diente sie gewissermaßen als Negativfolie, wann immer sich Politik und Geschichtswissenschaft vor Gefahren für den Bestand der erneuerten Demokratie fürchteten oder sich der Erfolgsgeschichte vergewissern wollten. Tatsächlich hat die bundesdeutsche Zeitgeschichte mit den darstellerischen und analytischen Auseinandersetzungen zur Weimarer Republik begonnen.

Dafür waren aber nicht allein volkspädagogische Motivationen maßgeblich, an denen es allerdings nie gefehlt hat. Die Jahre 1950, 1955 oder 1960, als die

---

2 Max WEBER, „Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher Erkenntnis“ (1904), in: DERS., *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen. Politik*, Stuttgart 1956, S. 216.

wissenschaftlichen Untersuchungen und dann die Editionen über Weimar in Gang kamen, waren zugleich eine Epoche der Zeitgenossen. Die Historiker, die sich auf dieses neue Feld einließen, waren Zeitzeugen, und viele Politiker mittleren oder schon fortgeschrittenen Alters (auch die wenig zahlreichen Politikerinnen) waren ehemalige Weimaraner, die sich vorgenommen hatten, es diesmal besser zu machen als zwischen 1919 und 1933.

Der Zeitgenosse als Historiker und die Objekte seiner Historiographie als Zeitzeugen – dies unterscheidet die moderne Zeitgeschichte ganz wesentlich von der Geschichtsschreibung über frühere Phasen. Zeitgeschichte wird überwiegend von Zeitgenossen geschrieben, die mit dem Objekt und den Objekten ihrer wissenschaftlichen Darstellungen noch persönliche Erinnerungen verbinden, somit den einstmaligen Zeitgeist doch vergleichsweise zuverlässiger einzuschätzen vermögen als nachgeborene Generationen und die auch den großen Vorteil haben, frühere Akteure befragen können. Zugleich aber wird die Zeitgeschichte auch in starkem Maß für Zeitgenossen geschrieben, die von vergleichsweise objektiv urteilenden Historikern erfahren möchten, wie es eigentlich gewesen ist.

Dazu nur ein einziges Beispiel: Einer derer, die genau wissen wollten, warum die Weimarer Republik Anfang der dreißiger Jahre in den Orkus versank, war ein Mann aus dem Jahrgang 1918 – Helmut Schmidt. Einer derer, die dieser Erwartung entsprachen, war ein Mann aus dem Jahrgang 1922 – Karl Dietrich Bracher. In einem seiner Erinnerungsbücher schrieb Helmut Schmidt: „Brachers Erstlingswerk ‚Die Auflösung der Weimarer Republik‘, 1955 erschienen ... hat noch im gleichen Jahr einen tiefen Eindruck gemacht. Gestützt auf eine Fülle gut recherchierter Tatsachen, wurde hier zum allerersten Mal in Deutschland ausführlich und mit großer Sorgfalt vorgetragen, auf welche Weise, durch wessen Handeln, durch wessen Unterlassungen und durch wessen Schwäche es möglich war, daß der erste deutsche Demokratieversuch schon nach einem Dutzend Jahren scheiterte und Hitler und die Nazis die Macht an sich reißen konnten.“<sup>3</sup>

Mit diesen Worten ist bereits eine der leitenden Fragestellungen bundesdeutscher Weimar-Forschung umrissen – die Frage nach den Fehlern von SPD, USPD, Zentrum, DDP und DVP, auf denen anfangs die Weimarer Republik beruhte, aber auch die Rolle der Republik-Feinde: Kommunisten, Deutschnationale, Nationalsozialisten. Bekanntlich hat sich damit auch noch ein weiterer Fragenkomplex verbunden: Wie gewichtig und verhängnisvoll war das, was man den deutschen Sonderweg genannt hat? Dabei traten die vorhergehenden Jahrzehnte ins Blickfeld: der gescheiterte national-liberale Ansatz der Paulskirche, das Kaiserreich und der Erste Weltkrieg. Dazu kam eine dritte, gleichfalls erkenntnisleitende Fragestellung der Weimar-Forschung – die nach der Bedeu-

---

3 Helmut SCHMIDT, *Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 129.

tung der Generationsprägung: Generationsprägung durch Sozialisierung im Kaiserreich, Generationsprägung durch die Jugendbewegung und Generationsprägung durch den Ersten Weltkrieg.

Doch lassen wir die Fragestellungen und Thesen. Der Hinweis auf Helmut Schmidt und Karl Dietrich Bracher zeigt, dass selbst aus Personen, die während der dramatischen Vorgänge im Winter und Frühjahr 1933 erst 14 und 11 Jahre alt waren, nach einigen Jahrzehnten Zeitzeugen werden. Ihre Zeitgenossenschaft stützt sich dabei vielfach auf das, was man gelegentlich die Untergrunds-Geschichtsüberlieferung im Elternhaus genannt hat, doch auch auf Gespräche mit Älteren, die über Erfahrungen aus erster Hand zu berichten wussten. Wie prägend solche Berichte von Älteren sind, hat übrigens unlängst auch Helmut Kohl in Erinnerung gerufen, als er im ersten Band seiner Memoiren davon berichtete, wie stark ihn nach der Vernichtung des Dritten Reiches als 15 oder 16 Jahre alten Schüler die Erzählungen der Gebrüder Johannes und Albert Finck beeindruckten, die beide in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen waren und nun den Nachwuchs über deren Leistungen und Fehler instruierten.<sup>4</sup> Auch andere lange Zeit maßgebliche Weimar-Forscher – beispielsweise nenne ich nur Rudolf Morsey – wurzelten lebensgeschichtlich in der Weimarer Republik und in den Anfängen des Dritten Reiches. Sie lehrten und schrieben natürlich auch schon für eine jüngere Generation. Aber als Forscher bewegten sie sich doch noch stark unter Zeitgenossen, die deshalb ihre Studien auch mit besonderer Aufmerksamkeit lasen.

In diesem Kontext ist auch ein Hinweis auf das ACDP und auf die Akquisitionspolitik von Günter Buchstab geboten. Den personellen und weltanschaulichen Kontinuitäten (dies ungeachtet der wohlbekannten Unterschiede) zwischen dem Zentrum und der CDU trägt natürlich auch die archivalische Sammlungstätigkeit hier in Sankt Augustin Rechnung, ebenso die Einbeziehung entsprechender Darstellungen in die Reihe „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ oder in die HPM.

Wer die Mentalitäten, auch die politische Kultur der Frühzeit der Bundesrepublik, doch selbst noch der mittleren Periode bis in die Ära Kohl hinein angemessen verstehen möchte, wird jedenfalls die Lehren, die Traditionen und die personellen Kontinuitäten von Weimar nach Bonn in Betracht ziehen müssen. Welche Gefahren, so fragten die Historiker, die politische Klasse und sonst wie politisch bewusste Bürger, galt es zu vermeiden, die sich zwischen 1919 und 1933 als verhängnisvoll erwiesen hatten? Was musste anders, was besser gemacht werden? Weimar-Forschung und Renaissance der Demokratie in der jungen Bundesrepublik waren untrennbar miteinander verbunden.

Heute allerdings verschwimmt die Weimarer Republik in den bereits ferneren Epochen der neueren Geschichte. Bedeutende Werke jüngerer Forscher

---

4 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1932–1982*, München 2004, S. 50–53.

wie beispielsweise Wolfram Pytas *Hindenburg-Biographie*<sup>5</sup> fußen ganz und gar allein auf dem Aktenstudium und, im Falle Hindenburgs, auch auf den Bildquellen der damals schon als Propagandainstrument eingesetzten Kinematographie. Ohnehin hat die Forschung wieder und wieder gezeigt – ich habe das eben schon angedeutet – dass die Labilität der Demokratie von Weimar unverständlich wäre, würde man die existentiellen Erschütterungen der Weltkriegsjahre und der Inflationszeit nicht mit einbeziehen, aber auch die unterschiedlichen ideologischen Strömungen in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreichs. Die schwankenden, vielfach unsicheren Träger der Weimarer Demokratie, doch auch die noch nicht enttarnten politischen Monster, die ihr schließlich den Garaus machten, sind alle in den vorangegangenen Jahrzehnten sozialisiert worden und dann vom Kriegserlebnis nicht mehr losgekommen. Beim Blick auf diese Personen und Personengruppen tauchte und taucht das klassische Forschungsfeld „Weimar“ der bundesdeutschen Zeitgeschichte ganz selbstverständlich in die weiteren Horizonte der neueren Geschichte ein.

Wie aktuell die Erinnerung an Weimar jedoch plötzlich wieder werden kann, beweisen die letzten Monate. Jedermann schreibt nun oder spricht über den schwarzen Freitag der Wallstreet im Oktober 1929, fürchtet eine ähnlich induzierte langjährige Depression und denkt, man müsse dem schleunigst mit keynesianischen Konjunkturprogrammen begegnen. Ein schärferer Blick auf die damalige deutsche Wirtschaftsgeschichte könnte jedoch vor allem die Unterschiede erkennen lassen. Die amerikanische Bankenkrise vom Oktober 1929 brauchte eine längere Zeit, bis sie 1931 in Österreich angekommen war und von da an auch das deutsche Bankensystem in Mitleidenschaft zog. Doch auch die globale und europäische Zusammenarbeit der Regierungen ist heute – sagen wir: 10<sup>10</sup> mal – dichter als damals. Gerade der Vergleich mit Weimar lässt also erkennen, wie viel sich seither verändert hat – ob auf längere Sicht zum Besseren, bleibe dahingestellt.

Heute verhält es sich mit der öffentlichen Aufmerksamkeit auf die Geschichte der Weimarer Republik wie beim Blick auf die fernen Gebirgsmassive der Alpen. An normalen Tagen liegen sie weit, weit weg im Dunst. Doch wenn der Föhn einbricht, rücken sie urplötzlich ganz nahe – fast mit Händen zu greifen.

Anders als die im historiographischen Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit weitgehend verblassten 14 Jahre von Weimar wirken die zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur und der Zweite Weltkrieg wie aktuellste Gegenwart. In der Frühzeit bundesdeutscher Zeitgeschichte setzte die Forschung über die Weimarer Republik und über das Dritte Reich gleichzeitig ein, aus gutem Grund, denn beides hing untrennbar miteinander zusammen. Dementsprechend waren die ragenden Gestalten der zeitgeschichtlich arbeitenden His-

---

5 Wolfram PYTA, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2007.

toriker, die einer wissenschaftlichen Erhellung des Nationalsozialismus den Weg ebneten, weitgehend dieselben wie diejenigen, die über die Weimarer Republik arbeiteten. Die Beschäftigung mit dem Dritten Reich führte aber zugleich zu einer strukturanalytischen Ausweitung der Fragestellungen auf nicht-deutsche zeitgenössische politische Systeme. Was war das grundlegend Neue an den populistischen Diktaturen in Italien und Deutschland? Welche vergleichbaren Herrschaftstechniken und terroristischen Mentalitäten wiesen das Dritte Reich und die stalinistische Sowjetunion auf? Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede ließen sich beim Blick auf den italienischen Faschismus und die Phänomenologie der NS-Diktatur zwischen 1933 und 1939 erkennen? Überhaupt: War es nicht geboten, diese neuen Ausprägungen tyrannischer Herrschaft mit einer neuen Begrifflichkeit zu erfassen, für die sich der Terminus „Totalitarismus“ anbot?

Auch hier war es die Zeitgenossenschaft, von denen die Fragestellungen der Forschung gesteuert wurden – Zeitgenossenschaft der in den dreißiger Jahren emigrierten Politologen, Zeitgenossenschaft jüngerer Forscher, die familiär oder individuell eine NS-Geschichte mit sich herumschleppten, Zeitgenossenschaft jüngerer Historiker, die aus antinazistischen Zentrumsfamilien, SPD-Familien, liberalen oder konservativen Familien stammten, aber auch aus KPD-Familien, Zeitgenossenschaft der Hitlerjugend- und der Kriegsgeneration, die völlig desillusioniert und zu den Werten einer politisch moderaten Demokratie bekehrt aus Krieg und Gefangenschaft kamen. Ich erspare es mir, Namen zu nennen, möchte aber zumindest andeuten, dass ähnlich wie bei der Weimar-Forschung die existentiellen Antriebe der Zeitgenossenschaft auf die bundesdeutsche NS-Forschung beträchtlich gewesen sind.

Blickt man allein auf die Ereignisgeschichte, die Befunde der Strukturanalyse und der Organisationsgeschichte, die Ideologiekritik oder die Mentalitätsforschung, so ist die Feststellung wohl berechtigt, dass die NS-Forschung ein gutes Vierteljahrhundert brauchte, um in allen Dimensionen ein klares Bild zu ermitteln. Seither hat sie sich in alle Verästelungen der NS-Diktatur und der Gesellschaft in den fatalen zwölf Jahren ausgedehnt. Diesbezügliche Regional- und Lokalforschungen, Studien zu verschiedenen NS-Organisationen, zu den Unterdrückungs- und Vernichtungsapparaten, zur Justiz, zur Wehrmacht, zu den Kirchen, Universitäten, Vereinen, Schulen, Wirtschaftsunternehmen und Kommunen im Dritten Reich, Studien zu den Entwicklungsphasen der bis weit in den Krieg hinein von mehrheitlichem Konsens getragenen Tyranis – das alles füllt ganze Bibliotheken. Grundsätzlich neuer Erkenntnisgewinn ist seit Mitte der achtziger Jahre kaum mehr zu erbringen, es sei denn, man weist, wie das bis heute praktiziert wird, beim Blick auf jede Stadtverwaltung, jede Armee an der Ostfront, jedes Gymnasium, jede Fakultät, jeden Verband und jede Unternehmung detailliert nach, dass die dort tätigen Deutschen natürlich vielfach NS-kontaminiert, rassistisch,

opportunistisch, häufig zur Brutalität disponiert und für das Leid der Verfolgten unempänglich gewesen seien. Genauso hat die heute bis in die feinsten Verästelungen reichende Widerstandsforschung etwa seit Mitte der achtziger Jahre gleichfalls keine grundlegend neuen Erkenntnisse mehr erbracht.

Vergleicht man beispielsweise die konzise Gesamtdarstellung Michael Burleighs vom Ende des vergangenen Jahrhunderts, die neueste, ziemlich breitgetretene dreibändige britische Darstellung von Richard J. Evans oder die gleichfalls nicht mit umwerfend neuem Forschungsertrag aufwartende zweibändige Hitler-Biographie<sup>6</sup> von Ian Kershaw mit den, wie wir wissen, durchaus heterogenen 20 und 25 Jahre älteren Arbeiten von Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Martin Broszat, Joachim Fest, Hans Mommsen oder Hans Buchheim, so möchte man meinen, dass der Erkenntnissertrag der neueren NS-Forschung nicht mehr besonders hoch zu veranschlagen ist. Und vergleicht man die letzte Auflage des souveränen Grundrisses<sup>7</sup> von Klaus Hildebrand aus dem Jahr 2003 mit den früheren Auflagen, kommt man gleichfalls zum Schluss, dass die NS-Forschung im letzten Vierteljahrhundert zwar in die Breite gewachsen ist, ohne aber stark an Tiefe zu gewinnen. Wäre das Thema nicht so deprimierend, möchte man fast mit Goethe feststellen: „getretner quark / wird breit, nicht stark.“

Dennoch hat sich bezüglich der nationalsozialistischen Epoche nicht jene Entwicklung vollzogen, wie sie für die Weimar-Forschung zu beobachten ist. Der Geschichte des Dritten Reiches wird in der Forschung, in der akademischen Lehre, in den Medien und im politischen Raum ein sehr viel breiterer Raum eingeräumt als derjenigen anderer Epochen. Die Gründe dafür sind allbekannt und bedürfen keiner detaillierten Erörterung. Nur auf einen einzigen Aspekt sei hingewiesen.

In der Bundesrepublik hat die Erinnerung an die polit-kriminellen Untaten des Nationalsozialismus seit den achtziger Jahren bekanntlich Eingang in die Versuche gefunden, für die Bundesrepublik eine Art Zivilreligion zu konstruieren mit rituellem, jährlichem Gedenken, mit der Pflege und dem Bau von Erinnerungsorten, die von einer Klerisei von Historikern und Museumspädagogen gewartet werden, mit Heranziehung der Lehrer, die zur NS-Heimatkunde anregen, mit Medien-Gedenken, mit strafbewehrten Tabuisierungen analog einstmaligen Verboten des Frevels gegen religiöse Überzeugungen und vielem anderem mehr.

Seit den Tagen Rousseaus und Robespierres sind Zivilreligionen bekanntlich sehr problematische Konstrukte. Bald haben sie sich mit freien, bald mit unfreien politischen Systemen verbunden. Schlimmstenfalls – so war das bei

---

6 Ian KERSHAW, *Hitler*, Band 1–2, München 2002.

7 Klaus HILDEBRAND, *Das Dritte Reich* (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 17), 6. neu-bearb. Aufl., München 2003.

den italienischen Faschisten, bei den Leninisten und Stalinisten im Ostblock oder bei den Nationalsozialisten – sollen sie totalitären Verirrungen und Verbrechen quasi-religiöse Weihe verleihen. Doch selbst die Zivilreligionen von Demokratien (etwa die der Vereinigten Staaten) sind höchst ambivalente Phänomene, in denen es selten an Beimischungen von Narretei und Intoleranz fehlt.

An die Stelle der zivilreligiösen Verherrlichung der Totalitarismen ist heute im westlichen Europa, zumal in der Bundesrepublik, das wohlgemeinte Bestreben getreten, sich der eigenen zivilreligiösen Rechtschaffenheit zu versichern, indem man die polit-kriminellen Zivilreligion der Nationalsozialisten, Faschisten (mehr sotto voce auch der Kommunisten leninistischer Observanz) im Nachhinein verflucht. In unseren größtenteils säkularisierten Demokratien werden diese verworfenen Regime rituell verteufelt, so wie einstmals christliche Kirchen vor dem Teufel und den Dämonen gewarnt, diese aber eben zum Zweck des Exorzismus über die Jahrhunderte hinweg ikonographisch dargestellt haben. Mit wissenschaftlicher Forschung hat diese sogenannte „Erinnerungskultur“ natürlich allenfalls marginal zu tun. Der verehrte Dolf Sternberger hätte das wahrscheinlich als Hilfswissenschaft der „Dämonologie“ bezeichnet.

Natürlich sehen sich auch die NS-Forscher seit längerem schon aufgerufen, zur moralisch aufrüttelnden Zivilreligion ihren Beitrag zu leisten, etwa, indem sie im Auftrag schuldbewusster Vorstände von Großunternehmen, Banken oder staatlichen Einrichtungen in intensiver Detailarbeit herausarbeiten, dass jede Behörde von Nationalsozialisten durchsetzt und mehr oder weniger intensiv an polit-kriminellen Untaten beteiligt war oder dass jeder größere Betrieb und viele kleinere Firmen im Krieg Zwangsarbeiter eingesetzt und an diesen verdient haben, auch, dass nicht wenige von ihnen sich an geraubtem jüdischem Vermögen bereichert oder gar beim Judenmord irgendwie mitgewirkt haben.

Blickt man auf Institutionen und Individuen, die zu der aufs Dritte Reich und den Weltkrieg bezogenen Zivilreligion beitragen, so spielt die professionelle Zeitgeschichte allerdings nicht mehr die erste Geige. Medien, Verlage, Schulen, Lobbys, Regierungen und Parlamente, zahllose Basis-Organisationen mit vielen aktiven Individuen sind wichtigere Akteure. Somit beschränkt sich der Beitrag der Zeitgeschichtsforschung im Wesentlichen darauf, Vergangenes schlicht und einfach zu erinnern und analytisch einzuordnen – zweifellos eine Hauptaufgabe jeder Geschichtsschreibung, die auch vielfach erschütternde Vorgänge ins Bewusstsein ruft. Hingegen hält sich der spezifische Erkenntnissertrag, wie gesagt, eher in Grenzen.

Folgt die Zeitgeschichte zur Besatzungszeit! Die Anfänge und bald auch die Höhepunkte der Forschung fielen in die Jahrzehnte von Anfang der sechziger bis in die achtziger Jahre. Auch hier kam zweierlei zusammen. Zum einen stieg jetzt eine Generation in die Forschung ein, für welche die Kriegs- und Besat-

zungsjahre sowie die Frühzeit der Bundesrepublik prägend gewesen sind, somit auch das Erkenntnisinteresse steuernd. Das verband sich zum zweiten mit der politischen Neuorientierung im westlichen Deutschland. Über die Jahre 1945 bis 1955 zu forschen (mit dem Vorlauf der alliierten Nachkriegsplannungen und der Kriegskonferenzen), das hieß zugleich schildern, erklären, doch auch teilweise kritisch kommentieren: die Rolle der Besatzungsmächte bei der gegensätzlichen Entwicklung in West und Ost, die bundesdeutsche Außenpolitik der Westbindung und die Kontroversen darüber, die Faszination durch Amerika und die Europabewegung, die Parteinahme im Kalten Krieg, die Renaissance der Demokratie im Westen Deutschlands und die Streitfragen der Teilung Deutschlands.

Wie man weiß, liefen die Bewertungen der analysierten Vorgänge bei den einzelnen Autoren auseinander. Die Motive aber auch dieser Generation waren politisch, selbst wenn sie sich stolz mit Helmut Schelsky als „skeptische Generation“ bezeichnete, weil die ihr zuzurechnenden Wissenschaftler tatsächlich meist sachlich unterkühlt und ohne ein Übermaß an volkspädagogischem Belehrungswillen schrieben. Sie wollten einfach wissen, wie es zur Bundesrepublik und ihrer Neuorientierung kam, aber auch zur Teilung Deutschland. Nicht alle aus dieser Nachkriegs-Generation von Politologen, Historikern oder Soziologen sind jedoch lehrend oder forschend an den Universitäten verblieben. Die muntersten, gestaltungsfreudigsten unter ihnen sind in die Politik gegangen und haben nur gelegentlich oder aus der Vogelperspektive die frühe und mittlere Periode der Bundesrepublik in Erinnerung gerufen.

Wie bezüglich der vorhergehenden Epochen zeigte sich erneut ein Hauptmerkmal zeitgeschichtlicher Forschung: Diese wurde anfänglich in starkem Maß von Politologen vorangebracht. Wiederum interessierte auch diesmal die zeitgenössische Geschichte, deren Akteure sich noch auf dem politischen Turf befanden oder eben in den Ruhestand gegangen waren. Während das amtliche Archivgut, besonders die VS-Sachen, noch gesperrt war, lockte jetzt die Aussicht auf das rohe, noch nicht abgekochte Fleisch, das von früheren Akteuren aus ihren Büros herausgeschleppt worden war, doch nicht zur Aufbewahrung in Tiefkühltruhen, sondern in den heimischen Kellerräumen und Garagen, bis es in den politischen Archiven diverser Stiftungen entsorgt und somit für Forscher zugänglich wurde.

Wie ersichtlich, meine Damen und Herren, habe ich eben meiner angeborenen Spottsucht etwas die Zügel locker gelassen. Aber im Ernst: Die Forschung über die Frühgeschichte und die mittlere Geschichte der Bundesrepublik ist von dem Service der Politischen Stiftungen oder der Kanzler-Stiftungen überhaupt nicht zu trennen. Hier hat die erste und auch die zweite Generation von Forschern über die Geschichte der Bundesrepublik jene Quellen gefunden, die es erlaubt haben, noch vor Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist eine realistische, quellengesättigte Geschichte dieser geglückten erneuerten Demokratie,

ihrer Parteien, ihrer Parlamente und ihrer maßgeblichen Führungsgestalten zu schreiben. Dass sich auch bei anderen Institutionen große Gewölbe voller Quellen finden, bedarf in diesem Kreis keiner Unterstreichung.

Unnötig, auch diesmal zu unterstreichen, dass die Spur diesmal wieder zu Dr. Günter Buchstab und seinen Mitarbeitern im ACDP führt. In Bezug auf die Besatzungspolitik und die Adenauer-Jahre ist aber in diesem Kontext ein zweiter Name zu nennen – Professor Hanns Jürgen Küsters, auch er einer jener Forscher, die Fragestellungen der Politischen Wissenschaft mit den historiographischen Methoden zeitgeschichtlicher Forschung verbinden. Aus seiner souveränen Zusammenschau über die Viermächte-Verhandlungen 1945–1990 zur Friedensregelung mit Deutschland, für die er den treffenden Titel „Der Integrationsfriede“<sup>8</sup> gefunden hat, werden noch künftige Generationen von Forschern schöpfen, und wer über Adenauer oder die Anfänge der europäischen Einigung arbeitet, stößt an jeder Wegbiegung auf die von ihm akribisch bearbeiteten Quelleneditionen, auf seine Bücher und auf seine Aufsätze. Ausgestattet mit der Fülle seiner Kenntnisse tritt er jetzt die Nachfolge von Dr. Buchstab an und wird die Archivpolitik und die zeitgeschichtliche Forschung von den Anfängen der alliierten Deutschlandplanungen im Zweiten Weltkrieg bis ins frühe 21. Jahrhundert in der bereits gepflügten breiten Spur zu halten wissen.

Bekanntlich sind seit langem auch die professionellen Historiker in größeren Kolonnen auf die Felder Besatzungspolitik, Frühgeschichte und mittlere Geschichte der Bundesrepublik eingeschwenkt. Ich möchte in diesem Kreis nur einen von ihnen voller Respekt nennen, der heute sicher gerne hier dabei sein möchte: Klaus Hildebrand. Anfangs interessierte besonders die politische Geschichte, bald fand auch die Sozialpolitik starkes Interesse, schließlich die gesellschaftlichen Veränderungen, die Alltagsgeschichte, die Technikgeschichte und die Geistesgeschichte. Auch in der Zeitgeschichte ist der Nutzen von Großprojekten erkannt worden. Ich nenne nur die Bayern-Projekte des Instituts für Zeitgeschichte, die maßgeblich von Günther Schulz und Hans Günter Hockerts vorangetriebene „Geschichte der Sozialpolitik“<sup>9</sup> oder die Edition der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland<sup>10</sup>, die heute schon für die Jahre 1949–1953 und 1963–1978 eine verlässliche Quellenbasis

8 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000.

9 *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 3: Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1957. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität. Hg. von Günther SCHULZ, Baden-Baden 2005; Band 5: *Bundesrepublik Deutschland 1966–1974. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs*. Hg. von Hans Günter HOCKERTS, Baden-Baden 2006.

10 *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1968–1973*, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Haupthrg. Hans-Peter SCHWARZ, Wiss. Leiter Rainer A. BLASIUS, München 1999–2004.

erschlossen hat, möchte aber auch die „Rhöndorfer Ausgabe“<sup>11</sup> der Briefe und Teegespräche Adenauers nicht völlig unerwähnt lassen. Doch das breite Feld wird weiterhin von zahllosen Monographien abgedeckt. Viele von diesen sind Dissertationen.

Um nicht zu sehr im Allgemeinen zu verbleiben, nenne ich nur einige wenige Titel, die illustrieren, wie breit solche Tiefbohrungen streuen: Wilfried Mausbach, *Zwischen Morgenthau und Marshall* (1996); Michael Borchard, *Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion* (2000); Andreas Grau, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (2005); Stefan Marx, Heinrich Köppler (2006) oder Daniel Kosthorst, *Brentano und die deutsche Einheit* (1996) und Birgit Ramscheid, *Herbert Blankenhorn* (2005). Wer sich auskennt, mag bemerkt haben, dass dies alles Autoren sind, deren Arbeiten unter den derzeit 54 Titeln der „Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte“ Aufnahme gefunden haben, was uns wiederum zur Konrad-Adenauer-Stiftung und ganz besonders zu Günter Buchstab zurückführt.

Gegenwärtig hat die in voller Breite voranschreitende Forschung die Jahre des Bundeskanzlers Helmut Schmidt erreicht. Die Besatzungszeit interessiert die Zeitgeschichts-Forscher inzwischen kaum mehr und die Öffentlichkeit schon gar nicht, es sei denn, man fragt sich gelegentlich verwundert, weshalb es eigentlich zu den ziemlich willkürlich zusammengewürfelten Bindestrich-Ländern kam oder man möchte wissen, welche Rolle in der Geschichte der Print-Medien und E-Medien eigentlich die alliierte Lizenzpolitik und die Rundfunkpolitik gespielt haben. Das Berlin-Problem, die Schuldfrage für die Teilung Deutschlands oder den Kalten Krieg, auch das Problem der Stalin-Noten im Frühjahr 1952 – dies alles ist politisch gewiss nicht uninteressant geworden, aber doch weniger interessant als vor dem Umbruch der Jahre 1989/90. Das heißt aber: Auf vielen Felder, auf denen einstmal ein munterer Historikerstreit herrschte, ist es ruhiger geworden. Alles in allem, so möchte ich meinen, sind die Jahre 1945 bis 1980 kreuz und quer, in Längsschnitten, in Fallstudien, in Biographien und in Vergleichsstudien mit den Entwicklungen in anderen Ländern Westeuropas vergleichsweise gut erforscht, auch wenn natürlich noch vieles zu tun bleibt. Sogar zu den achtziger Jahren liegt schon viel vor. Ich denke etwa an die Gesamtdarstellung zu den Jahren 1982 bis 1990 von Andreas Wirsching<sup>12</sup> und oder eine Fülle quellengestützter Studien zur Deutschland-

---

11 ADENAUER, *Rhöndorfer Ausgabe*, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, hg. von Rudolf MORSEY/Hans-Peter SCHWARZ, Berlin/Paderborn 1983–2009.

12 Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, Stuttgart 2006.

politik, ganz besonders aber zur Geschichte der Wiedervereinigung 1989/90, neuerdings die Darstellung von Andreas Rödder<sup>13</sup>.

Dank dem Beitritt der DDR mitsamt ihren viele Kilometer langen Quellenbeständen zur Bundesrepublik gehört nun auch die Geschichte der DDR in den Forschungsbereich bundesdeutscher Zeitgeschichte. Manchmal wird dabei vergessen, dass sich Politologen, doch auch Historiker, auch schon vor 1989 unter Auswertung offener Quellen mit der DDR-Geschichte befasst hatten – manche lagen dabei durchaus richtig, wie die neueren Forschungen zeigen, andere krabbelten an der Fehllhalde herum, wenn sie in der DDR einen zweiten Weg zur sozialen und wirtschaftlichen Moderne erkennen wollten. Jetzt lässt sich auf lückenloser Quellenbasis im einzelnen dartun, weshalb die DDR durchgehend ein langer Weg in die Sackgasse gewesen ist, zudem eine Wiederauflage obrigkeitsstaatlicher Gängelei und Ausspähung, wie sie einstmals nur für besonders intolerante und infame, größere oder kleinere spätabsolutistische Territorien im Deutschland des 18. Jahrhunderts kennzeichnend gewesen ist und dann nochmals in der Metternich-Zeit der zwanziger, dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts.

Als sich Dutzende begabter zeitgeschichtlicher Doktoranden auf die Bonanza der weit geöffneten DDR-Archive warfen, haben das manche Historiker der „alten Bundesrepublik“ gelegentlich bedauert. Mehr als zehn Jahre nach der Wiedervereinigung drehten sich die öffentlichen Diskussionen zur Zeitgeschichte nun in starkem Maß vorwiegend um die DDR-Geschichte oder aber um die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Dass die Demokratie der Bundesrepublik und die bundesdeutsche Gesellschaft ihre eigene, inzwischen schon lang dauernde, durchaus des Erinnerns und der Erhellung würdige Geschichte besitzt, wurde etwas vergessen. Doch wer möchte es jungen, hungrigen Historikern und Historikerinnen verdenken, wenn sie Appetit auf rohes Fleisch haben, und das schien eben in den Archiven der DDR zu liegen!

Allerdings lässt sich heute nicht ganz verschweigen, dass verschiedenste Akteneeditionen und Monographien zur DDR-Geschichte genauso grau und deprimierend sind wie die alte DDR selbst. „Bonjour tristesse“ könnte man mit einem Buchtitel aus meinen jungen Jahren sagen. Alles in allem ist die DDR-Geschichte heute forschungsmäßig genauso kreuz und quer erhellt wie die westdeutsche Geschichte der Jahre 1945 bis 1980. Gewiss wird auch die DDR-Forschung nie aufhören. Überwältigende Entdeckungen oder ganz neuartige Forschungsperspektiven scheinen aber vorerst nicht mehr zu erwarten.

Auch in dieser Beziehung ist das ACDP mit Herrn Dr. Buchstab zu erwähnen. Mit den Archivalien der Ost-CDU ist ein nicht ganz unwichtiger Quellen-

---

13 Andreas RÖDDER, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, München 2009.

bestand nach Sankt Augustin gelangt und hat schon zu sehr aufschlussreichen Veröffentlichungen geführt. Pars pro toto nenne ich nur die Darstellungen der besonders dramatischen, doch auch bedrückenden Jahre der Ost-CDU 1948–1952 von Michael Richter (1991) und von Ralf Thomas Baus: *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der SBZ 1945 bis 1948* (2001).

Bleibt die Geschichte der Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung. Heute sind das schon mehr als 18 Jahre – länger als die Weimarer Republik, viel länger als die zwölfjährige Geschichte des Dritten Reiches. Ein Historiker oder Politologe ist vom Jahr 1990 zeitlich genauso weit entfernt wie einstmals, im Jahr 1964, die damaligen Forscher vom Jahr 1945. Dabei sind aber die Quellen bezüglich der Jahrzehnte seit 1990 um ein Vielfaches besser erschlossen und leichter zugänglich als sie dies 1945 in Bezug auf die Besatzungsjahre oder die Frühgeschichte der Bundesrepublik gewesen sind.

Wer nicht bloß in der Forschung, sondern zugleich in der akademischen Lehre tätig ist, kann und darf nie vergessen, dass er sich heute Studierenden gegenüber sieht, die 1990 noch in den Windeln lagen, jedenfalls kein politisches Bewusstsein besaßen. Diesen Studierenden gegenüber, doch genauso mit Blick auf eine breitere Öffentlichkeit, haben Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte eine Bringschuld bezüglich der Jahre 1990 bis 2009 – genauso wie meine Generation eine Bringschuld empfunden hat, als wir Mitte und Ende der sechziger Jahre unsere Vorlesungen und Seminare zur Zeitgeschichte von der Kriegszeit bis zum Ende der Adenauerzeit zu konzipieren hatten. Wie in den früheren Phasen sind die Politologen naturgemäß auch diesmal wieder zuerst am Ball. Aber man möchte doch wünschen, dass auch die historiographischen Profis zum einen ihre diesbezüglichen Aufgaben erkennen und zum anderen die archivalischen Schätze entdecken, die nicht zuletzt in den weiten Kellergewölben des ACDP auf sie warten.

Lassen Sie mich also nach diesem gerafften, fast verboten raschen und gewiss auch subjektiven Gang über die Felder bundesdeutscher Zeitgeschichte einige Desiderate für die Forschung ansprechen, dazu einige durchgehende Themen, die der gründlichen Untersuchungen harren, aber auch für die Lehre von Bedeutung sind.

Um Ihre Geduld nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, trage ich in geraffter Kürze eine diesbezügliche Punktation vor:

1. Unentbehrlich für die Forschung, doch genauso für die akademische Lehre sind weiterhin Werke mit Langzeitperspektive, also Gesamtdarstellungen wichtiger Bereiche, z. B. zum Parteiensystem und zur Entwicklung einzelner Parteien, zur Sozialpolitik, zur Außenpolitik, zur Technologiepolitik usw., auch Arbeiten über einzelne Bundesländer. Dabei verschlägt es nichts, wenn die Autoren von Längsschnittdarstellungen oder von Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik recht unterschiedliche Akzente setzen. Histo-

risches Erkennen ist perspektivisch. Wahre Zeitbilder ergeben sich nur im Licht verschiedenartiger Perspektiven.

Niemanden wird es erstaunen, wenn ich unter den Darstellungen mit Langzeitperspektive auch auf den Wert von Biographien verweise. Ich denke dabei nicht an Psycho-History und ähnliche Versuche, sondern an den klassischen biographischen Ansatz „The Life and Times“, der den Weg eines interessanten Menschen im Wandel der Zeiten zeigt und dabei auch auf die Geschichte der Epochen, die dieser durchschritten hat, einiges Licht fallen lässt. Dabei interessieren nicht allein die Biographien des politischen Großwilds, so wichtig diese auch sein mögen. Genauso reizvoll sind Biographien anderer interessanter Menschen – zum Beispiel Künstler und Künstlerinnen, Techniker, Manager, Schriftsteller, Journalisten oder Verleger. Ob Professoren wirklich zu den interessanten und somit biographiewürdigen Zeitgenossen gehören, wie manche aus dem Nachwuchs meinen, die das pralle Leben nicht kennen, selber nichts Ernsthaftes erlebt haben und an Studien über Gerhard Ritter, Hans Rothfels, Theodor Schieder und anderer Größen vergangener Jahrzehnte gar nicht genug kriegen können, möchte ich eher bezweifeln.

2. Zu den wichtigen Desideraten gehört sicherlich das Thema Globalisierung der bundesdeutschen Wirtschaft. Hier könnten vor allem Fallstudien weiterhelfen. Vielleicht reizt es einmal jene zahlreichen Historiker, die seit Jahren mit mikroökonomischen Studien über Konzerne, Banken oder große Privatunternehmen im Dritten Reich befasst sind, und das mit abnehmendem Erkenntnissertrag, ihre firmengeschichtlichen Kenntnisse endlich einmal auf die Jahre 1945 bis 2009 anzuwenden. Die 30-Jahre-Sperre auf amtliches Archivgut wäre dabei kein Hinderungsgrund. Nur die Inhaber und das Management müssten zustimmen.

Wie bereits erwähnt, hat sich auch die bundesdeutsche Zeitgeschichtsforschung von Anfang an durch die Sorge vor einem Wiederaufleben des Nazismus oder auch durch die Sorge vor den Einwirkungen des DDR-Kommunismus bzw. der Neo-Marxisten seit 1967ff. alarmiert gezeigt und bei ihren Forschungen bestimmen lassen. Heutzutage kommen die potentiellen Erschütterungen oder doch Probleme der heutigen Demokratie aus jenen Dimensionen, die man mit den Stichworten Globalisierung und Europäisierung bezeichnet. Auf diesen Feldern besteht Forschungsbedarf.

3. Lassen Sie mich einen weiteren Bereich nennen, auf den ich gerne aufmerksam mache, wenn von Forschungsdefiziten zur Geschichte der Bundesrepublik die Rede ist. Ich meine die Verfassungspolitik, überhaupt die Rechtspolitik, und in diesem Zusammenhang die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Diesbezüglich finden sich große weiße Flächen auf der historiographischen Landkarte: die Richterwahlen in den vergangenen drei Jahrzehnten, die Entscheidungsprozesse im Gericht selbst, die Rolle wichtiger Richterpersönlichkeiten –, das alles ist noch nicht systematisch erforscht wor-

den, genauso wenig wie die Wirkungsgeschichte, die die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung ausübt. Auch die Zusammenhänge zwischen dem jeweils in der Jurisprudenz vorherrschenden Zeitgeist und der Rechtsprechung bedürften der Untersuchung. Vielfach wird zwar registriert, dass die Bundesrepublik einem schleichenden Verfassungswandel unterliegt. Doch die deutschen Historiker lassen solche und andere rechtspolitischen Probleme mit ganz wenigen Ausnahmen kalt. Auch im öffentlichen Recht spielt die Verfassungsgeschichte, in der deutsche Staatsrechtler einstmals weltweit führend waren, leider nur eine nachgeordnete Rolle.

4. Zu den Forschungsdesideraten deutscher Zeitgeschichte gehört auch die Frage, wie stark die Europäisierung im vergangenen Vierteljahrhundert unser politisches System grundlegend verändert hat (Industriepolitik, Regionalpolitik, Landwirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Finanzpolitik, selbst die Reservatbereiche der Länder, wenn wir an den so genannten Bologna-Prozess denken). Die Auswirkungen der Europäisierung der Gesetzgebung wirken sich bis in die Bereiche privatester Lebensführung aus, wenn sich beispielsweise die EU-Kommission aufgerufen sieht, den Rauchern in 27 Ländern das Leben zu vergällen, also auch Günter Buchstab, angeblich, um Hunderttausende von Passivrauchern zu retten.

Zahlreiche Politologen und Europarechtler, die über die Brüsseler Entscheidungsebene arbeiten, informieren zwar bestens über die dortige Gesetzgebung im heutigen Mehrebenensystem. Doch dass die Europäisierung im letzten Vierteljahrhundert „eine andere Republik“ geschaffen hat, hat die deutsche Zeitgeschichtsforschung noch nicht richtig entdeckt, von vertiefter Erforschung ganz zu schweigen. Die zünftigen Historiker sollten sich stärker als bisher mit diesen zugegebenermaßen schwer zu erhellenden Zusammenhängen befassen und nicht alles nur den Politologen und den Europarechtlern überlassen. Hier besteht jedenfalls großer Forschungsbedarf.

5. In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu den Disziplinen, die Zeitgeschichte betreiben. Geschichte ist zu wichtig, als dass man sie allein den professionellen Historikern überlassen dürfte. Man mag über den Wert der heute hoch gelobten Großprojekte unterschiedlicher Meinung sein. Aber wenn schon von den Einrichtungen, die Forschungsförderung betreiben, zeitgeschichtliche Großprojekte gefördert werden, dann bitte noch viel konsequenter als bisher fächerübergreifend, also – je nach Thematik – unter Einbeziehung von Politologen, Wirtschaftshistorikern, Technik-Experten, Verfassungsrechtlern, Europarechtlern und – sofern diese noch empirisch arbeiten – auch von Soziologen. Neugieriger als bisher sollte die Zeitgeschichte die reale Welt dort aufsuchen, von wo aus sich direkte oder indirekte politische Einflüsse ergeben – also Unternehmen, Gewerkschaften, Parlamente, die international aktiven NGOs, die europäischen Institutionen oder die UN-Familie. Deutsche Historiker leisten der Vereinigung Europas oder der kosmopolitischen Orientierung zwar gerne

Lippendienste, wissen aber meist wenig Genaueres darüber zu sagen, wie die zahllosen äußeren Faktoren, die aus der EU oder aus der Welt globaler Organisationen stammen, unser Land beeinflussen und verändern.

6. Es mag deutlich geworden sein, dass die historische Aufarbeitung der deutschen Zeitgeschichte immer auch ein Generationenprojekt gewesen ist. Der Vorstoß auf neue Felder der neuesten Zeitgeschichte wurde meist von jüngeren Wissenschaftlern gewagt, die sich bei ihren Fragestellungen von den jeweils zeitgenössischen Problemen leiten ließen. Natürlich haben sich die Fächer Politische Wissenschaft, Neuere und Neueste Geschichte oder Wirtschafts- und Sozialgeschichte weiterhin mit der ganzen Breite der Zeitgeschichte zu befassen – vom Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik an bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Aber zu wünschen und zu hoffen bleibt doch, dass sich jüngere, ehrgeizige Zeithistoriker und auch einige der bereits etwas älteren an die neueste Zeitgeschichte der letzten 20 Jahre heranzuwagen. Ich habe dies in anderem Zusammenhang schon öfter ausgeführt, halte mich aber an den Rat Mephistos: „Du mußt es dreimal sagen!“ Viele der relevanten Archivalien sind – hier darf ich ein letztes Mal Herrn Dr. Buchstab rühmend nennen – im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung gesammelt, die Pressedokumentation ab 1994 sogar auf EDV-Dateien.

7. Und da wir uns hier in der Adenauer-Stiftung treffen, darf auch bei dieser Gelegenheit mit einigem Nachdruck angeregt werden, vor allem die Geschichte der CDU und der unionsgeführten Regierungen wie bisher schon zum Gegenstand der Forschung zu machen. Immerhin war die CDU jene Partei, die allein in den 19 Jahren seit der Wiedervereinigung zwölf Jahre lang den Bundeskanzler bzw. die Bundeskanzlerin gestellt hat, dazu viele Ministerpräsidenten der Länder – von den Heroenzeiten Adenauers oder Helmut Kohls ganz zu schweigen. Auch die Oppositionsjahre der CDU 1969 bis 1982 oder von 1998 bis 2005 sind, wie wir wissen, stets durchaus spannend gewesen. Wer also keine Scheu davor hat, sich bei der Beschäftigung mit der „Geschichte, die noch qualmt“ die Finger zu verbrennen oder verräuchert zu werden, der sollte auf dieses Feld einsteigen. Die Früchte der archivalischen Sammlerleidenschaft von Günter Buchstab und seinem Team warten darauf, dass man sie pflückt, zersäbelt, verkocht, schmackhaft zubereitet und anständig serviert.

# Archive als Dienstleister, Partner und Teil der Wissenschaft

Von Robert Kretschmar

Bei dem Titel meines Vortrags<sup>1</sup> werden sich viele von Ihnen fragen: Ist das nicht selbstverständlich? Natürlich sind Archive Dienstleister, Partner und ein Teil der Wissenschaft. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik hier in Sankt Augustin lebt das doch geradezu muster­gültig vor.

Das ist auch sicher so! Und Winfried Becker hat das 2001 in seinem Festvortrag anlässlich des 25-jährigen Jubiläums dieses Archivs aus der Sicht des Zeit­historikers detailliert bis in einzelne Veröffentlichungen hinein dargestellt.<sup>2</sup>

Andererseits aber ist das Verhältnis der Archive zur Wissenschaft und vice versa der Wissenschaft zu den Archiven in Deutschland keineswegs so deutlich strukturiert und nachvollziehbar wie hier vor Ort oder auch bei anderen Archiven politischer Stiftungen. Vielmehr unterliegt es einer laufenden Diskussion.

Als ich gefragt wurde, ob ich hier heute etwas Grundsätzliches zu diesem Verhältnis sagen könne, musste ich daher schon eine Weile darüber nachdenken, wie man es im Jahr 2009 allgemein fassen und beschreiben kann vor dem Hintergrund einer kontinuierlichen Berufsbilddebatte, die fast schon konstitutiv für den Beruf des Archivars geworden ist.

Es gibt ja – ich sage das bewusst mit etwas Selbstironie – wohl kaum eine Berufsgruppe, die sich nun schon seit zwei Jahrzehnten so intensiv mit sich selbst befasst wie die Archivare, die in diesem Maße laufend Standortbestimmungen vornimmt, ihr Selbstverständnis überprüft und diskutiert. Dabei ging und geht es auch immer wieder um das Verhältnis zur Wissenschaft. Und dabei werden auch immer wieder Stimmen laut, die das Archiv als Folge gesellschaftlicher und technologischer Veränderungen – ich nenne nur das Stichwort Digitalisierung – ganz oder weitgehend auf die Rolle des Dienstleisters beschränkt wissen wollen, die zudem das wissenschaftliche Engagement des Archivars auf die Archivwissenschaft als berufsspezifische Spezialdisziplin reduzieren möchten und für den Archivar den Auftrag negieren, selbst zu forschen.<sup>3</sup>

---

1 Der folgende Beitrag entspricht mit geringfügigen Überarbeitungen dem am 25. März 2009 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, gehaltenen Vortrag. Der Vortragsstil ist beibehalten.

2 Winfried BECKER: *Historische Bewußtseinsbildung im demokratischen Staat – 25 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik*, [http://www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag\\_Becker.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Vortrag_Becker.pdf) (Abruf: 1.6.2009).

3 Verwiesen sei nur noch einmal auf die schon „klassischen“ Beiträge der Berufsbild-Debatte der neunziger Jahre von Hartmut WEBER, *Der Archivar und die Technik im Archiv*, in: *Der Archivar* 47 (1994), Sp. 253–268; Wilfried SCHÖNTAG, *Der Auswertungsauftrag an die Archive – Fragen aus staatlicher Sicht*, in: *Der Archivar* 47 (1994), Sp. 31–40; Ernst

Nun verkörpert Günter Buchstab, dem ich heute nochmals herzlichst zu seinem ‚halbrunden‘ Geburtstag gratuliere, in vorbildlicher Weise den Historiker-Archivar, der sich eben nicht nur auf Dienstleistungen für andere beschränkt, sondern selbst wissenschaftlich arbeitet, Quellen ediert, Forschungsergebnisse publiziert, Ausstellungen gestaltet, kurzum: Archivgut auch auswertet und Erkenntnisse daraus vermittelt.<sup>4</sup> Sehr gerne habe ich deshalb sein persönliches Jubiläum zum Anlass genommen, das Verhältnis von Archiv und Wissenschaft etwas zu überdenken.

Dabei wurde mir deutlich, dass eine wesentliche Ursache für die fortgesetzte Berufsbilddebatte unserer Zunft darin liegt, dass wir auf verschiedenen Arbeitsfeldern in unterschiedlicher Weise Dienstleister, Partner und Teil der Wissenschaft sind. Und das dieses Mischungsverhältnis sich zudem von Archivsparte zu Archivsparte noch einmal variabel darstellt. Sicher ist der wissenschaftliche Anteil bei einem Archiv der politischen Stiftungen schon vom Auftrag des Trägers und vom eigenen Selbstverständnis her wesentlich höher als etwa bei einem staatlichen Archiv. Im Archiv einer politischen Stiftung gehören eigene Forschungen aus den verwahrten Beständen einfach substantiell dazu.<sup>5</sup>

Zur wissenschaftlichen Arbeit, die von einem Archiv zu leisten ist, zählen aber nicht nur historische Forschungen aus den eigenen Beständen, sondern vielmehr auch Tätigkeiten bei der Bildung, Erhaltung und Zugänglichmachung von Archivgut. Ich werde im Folgenden das Verhältnis Archiv und Wissenschaft differenziert für die verschiedenen Arbeitsfelder betrachten, die heute von Archivarinnen und Archivaren bestellt werden. Dabei werde ich natürlich das Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit seinem spezifischen Auftrag besonders in den Blick nehmen, um im Vergleich mit Archiven anderer Träger die allgemeinen Konturen deutlicher zu zeichnen. Unter Wissenschaft

---

Otto BRÄUNCHE u. a., *Auf dem Weg ins Abseits? Zum Selbstverständnis archivarischer Tätigkeit*, in: *Der Archivar* 48 (1995), Sp. 433–446; Norbert REIMANN, *Pflicht und Kür? Zum Verhältnis von „archivischen Kernaufgaben“ und „Auswertungsauftrag“ der Kommunalarchive*, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 39 (1994), S. 1–6. Auch wenn die Debatte im Kern abgeschlossen ist (vgl. dazu auch unten), lebt sie latent immer wieder auf. Zum aktuellen Diskussionsstand aus der Perspektive der Aus- und Fortbildung vgl. Karsten UHDE (Hg.), *Berufsbild im Wandel – Aktuelle Herausforderungen für die archivarische Ausbildung und Fortbildung* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg 43), Marburg 2005 und zuletzt Marcus STUMPF (Hg.), *Beruf und Berufsbild des Archivars im Wandel* (Westfälische Quellen und Archivpublikationen 25), Münster 2008.

4 Ohne hier Einzelnachweise anzuführen, sei nur allgemein verwiesen auf die Website des Archivs für Christlich-Demokratische Politik (<http://www.kas.de/wf/de/42.7/>), auf der – an verschiedenen Stellen – zahlreiche Publikationen und Editionen von Günter Buchstab genannt sind.

5 Michael SCHNEIDER, *Von zentraler Bedeutung für die Zeitgeschichtsforschung: Die Archive der politischen Stiftungen*, in: *Archive und Forschung. Referate des 73. Deutschen Archivtags 2002 in Trier*, *Der Archivar*, Beiband 8 (2003), S. 123–129.

verstehe ich – dazu nur diesen Satz, ohne das näher zu vertiefen – die methodische und zugleich auch die Methoden reflektierende Suche nach neuen Erkenntnissen sowie deren systematische Darstellung, sprich: Veröffentlichung in nachvollziehbarer Form.

Zugrunde legen werde ich meinen Überlegungen die klassischen Aufgabebereiche der Archive, nämlich die Bildung des Archivguts, seine physische Erhaltung, seine Erschließung und Bereitstellung für die öffentliche Nutzung sowie seine auswertende Vermittlung. In einer Art Fazit werde ich schließlich die Frage beantworten, welche Perspektiven sich daraus für die Archive und die Archivwissenschaft ergeben. Damit zum ersten Arbeitsfeld der Archive, zur Überlieferungsbildung.

### *Überlieferungsbildung*

Hier erbringen die Archivarinnen und Archivare eine grundlegende Dienstleistung für die Forschung. Durch die Übernahme von Unterlagen in das Archiv entstehen nutzbare Bestände. Verwaltungsschriftgut und persönliche Papiere, die zuvor in der Verfügungsgewalt einer Stelle oder Privatperson standen, wandeln sich in Archivgut. Als solches sind sie auf Dauer gesichert und für die interessierte Forschung geöffnet. Aus Parteischriftgut, aus dem Nachlass eines Politikers sind Archivalien geworden, die zu Forschungszwecken ausgewertet werden können.

Die Archive sind auf diesem Arbeitsfeld indes nicht nur Dienstleister für die Wissenschaft bzw. im weiteren Sinne für die Gesellschaft, sie sind zugleich auch ein Teil der Wissenschaft, denn ihre Dienstleistung erfolgt nach wissenschaftlichen Methoden, auf deren Grundlage die Entscheidung getroffen wird, ob etwas für die Ewigkeit aufbewahrt wird oder nicht. Denn die archivistische Bewertung von Unterlagen, wie dieser Entscheidungsprozess in unserer Fachsprache heißt, ist methodisch reflektiert und Gegenstand einer laufenden Fachdiskussion. Erkenntnisse werden publiziert und sind nachprüfbar. Archivistische Bewertung hat wissenschaftlichen Charakter.

Bezogen auf die Überlieferungsbildung insgesamt erfüllt dabei jedes Archiv seine bestimmte Rolle. Das Archiv für Christlich-Demokratische Demokratie hat die Aufgabe – so auch die Aussage auf seiner Website – die geschichtliche Entwicklung der christlichen Demokratie zu dokumentieren. Ich zitiere: „Nach den Vorstellungen der Gründer soll die Wissenschaft durch Zusammenführung der Quellen zur Geschichte der CDU ... in die Lage versetzt werden, die Wirksamkeit christlich-demokratischer Politik in der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte umfassend zu erforschen.“<sup>6</sup> Als 1973 die ersten Überlegungen zur Gründung des Archivs angestellt wurden, hat man dessen Notwen-

<sup>6</sup> <http://www.kas.de/wf/de/71.3762/> (Abruf: 2.6.2009).

digkeit wie folgt begründet (ich zitiere hier auszugsweise): „Während die anderen demokratischen Parteien [...] über gutausgebaute, renommierte und effektiv voll ausgewertete Parteiarchive verfügen, sind die historisch relevanten Materialien der CDU, ihrer Untergliederungen, ihrer führenden Mitglieder und ihr nahestehender Organisationen in einem für die Auswertung und Forschung desolaten Zustand. Es gibt keine verantwortliche Institution, die diese Materialien [...] systematisch sammelt [...]. Das Geschichtsbild der Bundesrepublik darf nicht allein von den Materialien [...] der anderen Parteien bestimmt werden. Die Entstehung, die Aufbauphase der Bundesrepublik und die gesamte Ära Adenauer sind bereits heute Zentrum heftiger publizistischer und wissenschaftlicher Diskussionen. Fragestellungen, Thesen und Wertungen dieser Diskussionen hängen von den Materialien ab, die die politischen Entscheidungsträger, insbesondere also die Parteien, zur Verfügung stellen“.<sup>7</sup> Hier ist auf den Punkt gebracht, dass das Archiv für Christliche Demokratie Teil einer multiperspektivischen Überlieferungsbildung werden sollte, die am Träger des Archivs orientiert ist.<sup>8</sup> Was es dann auch wurde: Die Materialien, die in Sankt Augustin archiviert werden, liefern aus der Perspektive der christlichen Demokratie Bausteine zu einer Gesamtüberlieferung der Archive unterschiedlichster Art. Ohne sie hätten wir eine für die Forschung schmerzliche Lücke im pluralistischen Archivwesen. Das Archiv bildet seine Überlieferung in diesem Bewusstsein und in Kenntnis dessen, was anderswo gesichert wird und der Forschung zur Verfügung steht. In den damit verbundenen Methoden fußt im Wesentlichen die Professionalität des Archivs, das eben nicht wahllos Unterlagen für die dauerhafte Zugänglichkeit bestimmt, sondern im Konzert mit anderen Archiven nach fachlichen Prinzipien, die wissenschaftlich überprüfbar sind.

So nimmt das Archiv der christlichen Demokratie auch eine aktive Rolle in der Fachdiskussion wahr, in der man sich über die Methoden und Ergebnisse archivischer Überlieferungsbildung austauscht. Es ist im Arbeitskreis „Archivische Bewertung“ des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare vertreten, der diese Diskussion gezielt führt, es berichtet auf Fachtagungen und in Veröffentlichungen über seine Arbeit, so jüngst in unserer Fachzeitschrift „Ar-

7 Überlegungen für die Einrichtung eines Archivs für Christlich-Demokratische Politik, 1973, in: ACDP 01-028-027/1, NL Heinrich Krone, [http://www.kas.de/upload/ACDP/Gotto\\_Brief.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/Gotto_Brief.pdf) (Abruf: 2.6.2009).

8 Vgl. dazu Robert KRETZSCHMAR, *Komprimierter Pluralismus. Methodische Ansätze zur Informationsverdichtung und Integration verschiedener Perspektiven in der archivischen Überlieferung*, in: „1968“ und die „Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er-Jahre“. *Überlieferungsbildung und Forschung im Dialog*, hg. von Robert KRETZSCHMAR/Clemens REHM/Andreas PILGER (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg A 21), Stuttgart 2008, S. 15–28.

chivar“ über seine Strategien bei der Sicherung audiovisueller Überlieferung<sup>9</sup> und seine grundlegenden Überlegungen zur Bewertung des Schriftguts der politischen Parteien.<sup>10</sup>

Auf dem Feld der Überlieferungsbildung – das wollte ich deutlich machen – ist das Archiv ein ganz spezifischer Teil der Wissenschaft. Nur so – auf wissenschaftlicher Grundlage – kann es überhaupt diese Dienstleistung erbringen.

Dass die Wissenschaft auf diesem Feld auch Partner ist, dass der Archivar bei der Überlieferungsbildung vom Dialog mit der Forschung nur profitieren kann, dass andererseits für die Forschung unmittelbare Informationen aus dem Archiv über neu gebildete Bestände von größtem Gewinn sind, das versteht sich von selbst. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik pflegt diese Kontakte, wenn ich das von außen recht sehe, so denn auch sehr intensiv. Insgesamt aber meine ich, dass dieser partnerschaftliche Dialog zwischen historischer Forschung und den Archiven in Deutschland zu Fragen der Überlieferungsbildung intensiviert werden muss. Wir haben ja vor einigen Jahren begonnen, solche Fragen auf dem Historikertag zu platzieren und in kleineren Tagungen ganz konkret zu einzelnen Forschungsthemen aufzugreifen.<sup>11</sup> Ich glaube, dass wir diesen Weg des Austauschs fortsetzen müssen. Die Archive erhalten dabei Hinweise auf aktuelle Forschungstrends und eventuell auch auf Lücken in der Überlieferung, die sie schließen sollten und der Forschung werden die Methoden archivischer Überlieferungsbildung transparent. Sie kann dann auch Anregungen geben, was besonders bei einer Überlieferungsbildung, die Nachlässe akquirieren muss, wertvoll sein kann.

### *Bestandserhaltung*

Ich komme zum zweiten Arbeitsfeld – zur Erhaltung. Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik liegen heute 17.000 Regalmeter Schriftgut, 20.000 Wahlplakate, über 200.000 Fotos sowie Filme, Tonbänder, Flugblätter und Werbemittel.<sup>12</sup> Das Archiv spiegelt Internetseiten und sichert digitale Daten.

9 Peter CRÄMER/Hans-Jürgen KLEGRAF, *Audiovisuelles Sammlungsgut. Online-Bestandsübersicht des Archivs für Christlich-Demokratische Politik*, in: *Archivar* 62 (2009), S. 34–38.

10 Angela KELLER-KÜHNE: *Was bleibt vom politischen Tagesgeschehen? Zur Überlieferungsbildung und Bewertung von Schriftgut der politischen Parteien im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung*, in: *Archivar* 62 (2009), S. 138–147.

11 Vgl. dazu die Einführung von Robert KRETZSCHMAR/Clemens REHM/Andreas PILGER (wie Anm. 8), S. 11–14.

12 Jeweils aktuelle Angaben zu den Beständen finden sich auf der Website des Archivs für Christlich-Demokratische Politik [www.kas.de/wf/de/71.3772/](http://www.kas.de/wf/de/71.3772/) (Abruf: 2.6.2009).

All dies ist – als Ergebnis der Überlieferungsbildung – Kulturgut und will erhalten sein.

Die dauerhafte Erhaltung nach konservatorischen Grundsätzen ist nun zweifelsfrei wieder eine zentrale Dienstleistung für die Wissenschaft. Sie ist es selbst dann, wenn das Archiv bestimmte Unterlagen für die Nutzung wegen ihres Erhaltungszustands sperren muss, solange nicht schützende oder restauratorische Maßnahmen erfolgt sind, denn keiner zukünftigen Wissenschaft ist gedient, wenn Unterlagen kaputt gehen. Doch dies nur nebenbei.

Viel wichtiger ist mir darauf hinzuweisen, dass das Arbeitsfeld der Bestandserhaltung seit den achtziger Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat.<sup>13</sup> Als ein Arbeitsbereich, der immer stärker naturwissenschaftliche und technische Spezialkenntnisse verlangt, entwickeln sich hier immer engere Verbindungen zu den entsprechenden Wissenschaften. Da stehen wir erst am Anfang und das wird unser Berufsbild noch sehr stark verändern. In den Archiven gibt es bundesweit schon einige wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die intensiv über Erhaltungsfragen forschen und publizieren: zu Konservierungs- und Restaurierungsverfahren, zur Speicherung digitaler Unterlagen über lange Zeiträume hinweg. Dies sind z. T. ausgebildete Archivarinnen und Archivare, vereinzelt aber auch Chemiker und Informatiker. Dass sich in dieser Dimension wissenschaftliche Arbeitsfelder für die Archive – als Kompetenzzentren für spezifische Erhaltungsfragen – entwickeln würden, war noch vor wenigen Jahren nicht absehbar. Es ist das Ergebnis der technologischen Veränderungen, die unsere Zeit tiefgehend prägen und auch für das Archivwesen eine Zeitenwende darstellen. Aktiv bearbeitet werden können diese Forschungsfelder freilich – schon angesichts hoher Investitionskosten – nur an einigen wenigen Stellen bzw. einzelnen Archiveinrichtungen mit hochspezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Von den Erkenntnissen ihrer Forschungsarbeit müssen dann möglichst viele Archive profitieren, die auf diesem Feld selbst nicht ein Teil der Wissenschaft sein können. Dass die hier aktiven Archive zunehmend auch geschätzte Partner der Wissenschaft sind, versteht sich wiederum von selbst. Es gibt z. B. immer wieder Projekte, die gemeinsam mit einem Fraunhofer-Institut durchgeführt werden.

### *Erschließung und Bereitstellung für die Nutzung*

Die neuen Technologien haben sich bereits gravierend auf die Erschließung und Bereitstellung für die Nutzung ausgewirkt. Ich bin damit beim dritten Arbeitsfeld: dem Arbeitsfeld, auf dem die Archive bisher am stärksten von der

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu jetzt: *Für die Zukunft sichern! Bestandserhaltung analoger und digitaler Unterlagen*. 78. Deutscher Archivtag 2008 in Erfurt (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 13), Fulda 2009.

Wissenschaft als Dienstleister wahrgenommen werden. Die sachgerechte Inventarisierung des Archivguts, die kompetente Beratung im Lesesaal, die Beantwortung von Anfragen aus den Beständen, all dies sind die Dienste, von denen der Nutzer unmittelbar profitiert, an denen aus seiner Sicht die Qualität eines Archivs zu bemessen ist.

Aus der Perspektive der Nutzer und der Forschung ist dies ja auch die Kernfunktion des Archivs: Unterlagen zugänglich zu machen. Schon deshalb wird es von außen in erster Linie als Dienstleister und weniger als wissenschaftliche Einrichtung gesehen. Mir ist auch bewusst, dass unseren Nutzern derzeit an nichts so viel gelegen ist wie am problemlosen Zugang zu Findmitteln und zu Archivgut im Netz. Dem entsprechen viele Archive ja auch mit ihren aktuellen Arbeitsschwerpunkten zur online-Bereitstellung.

In den Archiven wurde viel darüber diskutiert, ob die Erschließung von Archivgut als wissenschaftliche Tätigkeit zu sehen ist oder eine reine Dienstleistung nach bestimmten Regeln – vergleichbar der Titelaufnahme in den Bibliotheken – darstellt. Selbstverständlich trifft das auf Titelaufnahmen zu, die unter Anleitung nach vorgegebenen Richtlinien erfolgen. Indes wird niemand bestreiten wollen, dass die sachgerechte Erschließung bestandsbezogene Analysen des Entstehungszwecks im historischen Kontext erfordert, die den Charakter einer wissenschaftlichen Expertise haben. Dies gilt übrigens nicht nur für mittelalterliche Urkunden oder frühneuzeitliche Aktenbestände, sondern gerade auch für die Überlieferung des 20. und 21. Jahrhunderts. Mir sind jedenfalls jüngste Bestände bekannt, deren Bearbeitung ein weitaus höheres Maß an wissenschaftlicher Analyse erfordert als etwa eine Serie frühneuzeitlicher Amtsbücher.

Erschließung erfordert zudem nicht zuletzt hilfswissenschaftliche Kenntnisse, die für die Überlieferung des 19. bis 21. Jahrhunderts dringend weiterentwickelt werden müssen, da gibt es große Defizite. Deshalb hat sich jetzt im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare ein Arbeitskreis gebildet (ein *nota bene* von seiner Zielsetzung her wissenschaftlicher Arbeitskreis), der an die mittelalterliche Diplomatie und frühneuzeitliche Aktenkunde anschließt.<sup>14</sup> Die objektgerechte Beschreibung des Archivguts muss für alle Epochen wissenschaftlich fundiert sein. Die Beschreibung selbst ist nicht Teil des auswertenden Forschens, sie verlangt jedoch quellenkundliche Analysen hilfswissenschaftlicher Art. Es ist ja kein Zufall, dass die moderne Aktenkunde von einem Archivar – Heinrich Otto Meißner – entwickelt wurde. Sie muss jetzt den Anschluss an das digitale Zeitalter finden.<sup>15</sup>

14 Vgl. die Mitteilung in: *Archivar* 62 (2009), S. 96.

15 Vgl. dazu Robert KRETZSCHMAR, *Archivwissenschaft als Historische Hilfswissenschaft. Schnittstelle zur Forschung*, in: Norbert HOFMANN/Stephan MOLITOR, *Archivisches Arbeiten im Umbruch*, Stuttgart 2004, S. 11–34 sowie Robert KRETZSCHMAR, *Werkzeug*,

Völlig unverzichtbar sind und bleiben hilfswissenschaftliche Kenntnisse in der Übergangszone von der archivarischen Erschließung zur historischen Forschung: bei der Regestierung von Urkunden und bei besonders auch der wissenschaftlichen Quellenedition, wie sie Günter Buchstab in diesem Hause mustergültig leistet.

Erschließung und Bereitstellung für die Forschung – beides verlangt heute auch informationswissenschaftliche Kenntnisse. Ich möchte hier nicht die Frage vertiefen, wie die Informationswissenschaften zu definieren sind. Wer sich im Internet darüber informieren möchte, begegnet einer Vielfalt unterschiedlich ausgerichteter Studiengänge. Das Verhältnis der Informationswissenschaften zum Archivwesen bzw. zur Archivwissenschaft stellt sich dabei sehr differenziert dar. Mal ist die Archivwissenschaft eine Subdisziplin der Informationswissenschaften, mal wird sie gar nicht benannt. Eine klare Zuordnung findet sich im Fachbereich Informationswissenschaften der Fachhochschule Potsdam, der Studiengänge für Archivarinnen und Archivare anbietet.<sup>16</sup> Insgesamt ist hier – schon angesichts der rasanten Entwicklung in der Kommunikationstechnik – noch vieles im Fluss und grundsätzlich zu überdenken<sup>17</sup> und das muss jetzt auch geschehen. Denn die Erwartungen der Nutzer und der Wissenschaft an archivarische online-Dienste sind im Google-Zeitalter hoch und stetig steigend. Sie zu erfüllen, erfordert ein informationswissenschaftliches Know-how, das die Archivarinnen und Archivare laufend weiterentwickeln müssen. Dazu kommt die unaufschiebbare Anforderung, digitale Unterlagen dauerhaft zu erhalten. Ich verweise nur beispielhaft auf die Beteiligung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik an der Archivierung von Websites, über die 2007 auf dem Deutschen Archivtag berichtet wurde.<sup>18</sup>

Sowohl bei der Weiterentwicklung der Historischen Hilfswissenschaften als auch der Informationswissenschaften sind die Archive in besonderem Maße auf Partnerschaft angewiesen. Hier müssen sie ihre Kontakte zur historischen Forschung wieder verstärken (so bei den Hilfswissenschaften) oder in vielen

---

*Forschungsfeld, Lehrfach? Zur Bedeutung der Historischen Hilfswissenschaften für die Archive*, in: Karsten UHDE (Hg.), *Quellenarbeit und Schriftgutverwaltung – historische Hilfswissenschaften im Kontext archivierter Aufgaben* (Veröffentlichungen der Archivschule Marburg), Marburg 2009, S. 151–176.

16 <http://informationswissenschaften.fh-potsdam.de/2472.html> (Abruf 3.6.2009); vgl. auch Hartwig WALBERG, *Die archivarische Ausbildung an der FH Potsdam*, in: STUMPF, *Beruf und Berufsbild des Archivars im Wandel* (wie Anm. 3), S. 81–88.

17 Deutlich wurde dies auch auf der Berufsbildtagung des Fachbereichs Informationswissenschaften der FH Potsdam am 24. April 2009 in Potsdam; vgl. den Tagungsbericht von Hans-Christoph HOBOM, *Wir brauchen Info-Ökokrieger*, <http://iw.fh-potsdam.de/4235.html> (Abruf 3.6.2009).

18 Vgl. den Bericht von Renate HÖPFINGER über die Sitzung der Fachgruppe 6: *Archive der Parlamente, der politischen Parteien, Stiftungen und Verbände* auf dem 77. Deutschen Archivtag in Mannheim, in: *Archivar* 61 (2008), S. 90.

Fällen definitiv erst konstituieren (so bei den Informationswissenschaften). Wie sich dieses alles zueinander verhält, darauf sollten wir möglichst bald eine Antwort haben, die in der Fachwelt breit getragen wird.

In gemeinsamen Projekten punktueller Zusammenarbeit mit der Forschung liegt im Übrigen ein großes Potential für die Zukunft, das bei Weitem noch nicht hinreichend genutzt wird. Ich denke da an DFG-Anträge und kann mir sogar große Sonderforschungsbereiche zu historischen Fragestellungen vorstellen, in denen die Archive Partner sind. Ihr Part wäre es, die quellenkundlichen Aspekte zu bearbeiten und einschlägige Bestände zu erschließen und zu edieren. Die Rolle der Forschung läge – darauf aufbauend – in der Auswertung.

Dass die Zusammenarbeit zwischen der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung und dem Archiv in diesem Sinne verstärkt werden sollte, hat Günter Buchstab schon auf dem 73. Deutschen Archivtag 2001 in Trier vertreten. In der Einführung zu der von ihm geleiteten Sektion „Die Rolle der Archive im Netzwerk der Forschung“ hat er sogar aktive Vermarktungsstrategien der Archive für ihre Bestände angeregt. Die Archive sollten gezielt auf unausgewertete Bestände und unbearbeitete Themen aufmerksam machen.<sup>19</sup> Auf dem Archivtag wurden auch Beispiele dafür vorgestellt. So hat Thomas Bardelle aus Hannover über die Verzahnung archivischer und historischer Arbeit am Beispiel des DFG-Projekts „Finanzverwaltung und Judenverfolgung“ berichtet – unter dem vielsagenden Obertitel „Historische Quellen frisch auf den Tisch“.<sup>20</sup> Ich bin überzeugt, dass die Archive sich bei der Erschließung und Bereitstellung sehr viel stärker über solche Projekte mit der Forschung vernetzten sollten, als dies derzeit geschieht. Und ich sehe besonders die staatlichen Archive gefordert, auf diese Weise verlorengegangene Netzwerke mit der Forschung neu zu knüpfen.

### *Auswertung und Vermittlung*

Damit sind wir dann auch schon bei der Auswertung und Vermittlung. Dies ist das Arbeitsfeld, auf dem die Archive von der Öffentlichkeit und der historischen Forschung am stärksten als wissenschaftliche Einrichtung wahrgenommen werden. Hier erbringen sie ja auch keine Dienstleistung für die Wissenschaft, sondern sind Partner und Teil der historischen Wissenschaften. Ich verweise nur auf die zahlreichen Formen des Zusammenwirkens zwischen zeitgeschichtlicher Forschung und dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik, auf die Publikationen dieses Hauses, einschließlich der Editionen, aber

<sup>19</sup> *Archive und Forschung* (wie Anm. 5), S. 121f.

<sup>20</sup> Thomas BARDELLE, „Historische Quellen frisch auf den Tisch“. *Die Verzahnung archivischer und historischer Forschung am Beispiel des DFG-Projekts „Finanzverwaltung und Judenverfolgung“*, in: EBD. S. 131–142.

auch auf die Ausstellungen und populäreren Veröffentlichungen, die eine wissenschaftliche Grundlage haben, die am Auftrag und der Zuständigkeit dieses Archivs orientiert sind.<sup>21</sup> Eigens erwähnen möchte ich das Internet-Portal zu Konrad Adenauer, das als Bildungsarbeit im Netz richtungsweisend ist.<sup>22</sup>

Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik hat hier einen ganz klaren Auftrag. Ich habe ja bereits eingangs erwähnt, dass es nach dem Willen seiner Gründer die Wirksamkeit christlich-demokratischer Politik erforschen sollte.

Ganz konkret hat man schon 1973 an die Herausgabe eines Jahrbuchs der christlichen Demokratie gedacht, aber auch an Editionen und Monografien. Zudem sollte das Archiv – so explizit die Gründer – wissenschaftliche Auswertungen seiner Bestände anregen.<sup>23</sup> Kurzum: Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik war von Anfang an als Dokumentations- und Forschungsstelle konzipiert. Und so gehörte auch der Dialog mit der Forschung von Anbeginn zu seinem Auftrag.

Dies gilt nun freilich nicht für alle Archive. Das Ausmaß, in dem Archive Partner und Teil der Wissenschaft, aber auch Vermittler sind, variiert von Archivsparte zu Archivsparte und dann auch noch einmal innerhalb dieser, je nachdem wie der Träger und das Archiv dies vom eigenen Selbstverständnis her sehen. Es gibt Kommunalarchive, die in höchstem Maße zugleich Forschungsstelle für Stadtgeschichte sind. Oft sind sie ja auch als Institute für Stadtgeschichte ausgewiesen. Es gibt aber auch Staatsarchive, in denen kaum noch eine Auswertung der Bestände zu Forschungs- oder Vermittlungszwecken erfolgt, deren Tätigkeit weitgehend auf die Dienstleistung beschränkt ist.

Im Großen und Ganzen hat sich aber – das kann man heute als Ergebnis unserer Berufsbilddebatte sicher sagen – in allen Archivsparten die Linie als vorherrschend durchgesetzt, dass die historische Bildungsarbeit – in welcher Gestalt auch immer – eine essentielle Aufgabe des Archivs ist. Davon zeugen nicht zuletzt mehrere Fachtagungen, die sich in den letzten Jahren damit befassen haben.<sup>24</sup> Wir sind hier auf dem Weg zu einem kollektiven Selbstverständnis.<sup>25</sup> Ich persönlich halte das auch für richtig.

---

21 Auch hierzu sei nur auf die Website des Archivs für Christlich-Demokratische Politik verwiesen.

22 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Neues Internet-Portal: Konrad Adenauer 1876–1967*, in: *Archivar* 62 (2009), S. 156f.

23 Dokumente mit entsprechenden Aussagen der Gründer sind auf der Website des Archivs für Christlich-Demokratische Politik zugänglich (wie Anm. 7).

24 Vgl. dazu zuletzt: *Archive und Öffentlichkeit. 76. Deutscher Archivtag 2006 in Essen.* (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 11). Fulda 2007.

25 Robert KRETZSCHMAR, *Archive und Archivare – wohin? Meilensteine auf dem Weg der Entwicklung eines professionellen Archivwesens in Deutschland*, in: *Archivpflege in Westfalen-Lippe* 70 (2009), S. 8–14.

*Fazit und Perspektiven*

Wenn ich nun ein Fazit ziehe, dann hat das Archiv auf seinen verschiedenen Aufgabenfeldern unterschiedliche Beziehungen zur Wissenschaft, die sich mit den Begriffen Dienstleister, Partner und Teil der Wissenschaft greifen lassen.

Dienstleister ist das Archiv vor allem in seiner wesentlichen Zweckbestimmung, Überlieferung zu sichern, zu erhalten, zu erschließen und für die Nutzung bereit zu stellen. Diese Dienstleistungen nimmt es jedoch auf wissenschaftlichen Grundlagen wahr. Überlieferungsbildung ist im Kern eine wissenschaftliche Tätigkeit per se. Bei der Erhaltung, Erschließung und Bereitstellung bestehen differenzierte Verbindungen zu verschiedenen Wissenschaften. Ich habe sie benannt. Die Bedeutung der naturwissenschaftlichen, technischen Wissenschaften wird hierbei noch steigen. Partner der Wissenschaft ist das Archiv ebenfalls differenziert auf verschiedenen Arbeitsfeldern.

Diese Beziehungsgeflechte sind archivspezifisch. Sie unterscheiden das Archiv von der Bibliothek und von reinen Dokumentationsstellen, wie sie etwa bei Verlagen oder den Medien eingerichtet sind. Bei allen Gemeinsamkeiten besteht in diesem Punkt ein grundlegender Unterschied.

Welche Perspektiven sind nun daraus abzuleiten? Ich möchte drei Punkte ansprechen. Der erste betrifft die Archivwissenschaft, der zweite die Ausbildung, der dritte die Positionierung der Archive in der wissenschaftlichen Welt.

Zur Archivwissenschaft: Sie muss dringend weiterentwickelt werden.<sup>26</sup> Dazu müssen die quellenkundlichen, hilfswissenschaftlichen und archivwissenschaftlichen (ich meine damit die archivische Strukturlehre), aber auch die verwaltungswissenschaftlichen und informationswissenschaftlichen Anteile zusammengeführt werden. Die Archivwissenschaft ist dann die Lehre von der Entstehung und den Erscheinungsformen archivalischer Überlieferung sowie ihrer dauerhaften Erhaltung und Zugänglichmachung.

Die Archivgeschichte gehört mit dazu, da sie zentral für das Verständnis von Archivgut ist. Dass es in der Archivgeschichte noch viel zu untersuchen gibt und dazu geeignete Methoden zu entwickeln sind, darauf hat jüngst Wilfried Reininghaus aufmerksam gemacht.<sup>27</sup> Das ist aus meiner Sicht ein ganz zentraler Punkt im Verhältnis Archiv und Wissenschaft. Sehr unterstreichen kann ich auch den Wunsch, dass Archivgeschichte nicht nur aus der Binnensicht des Archivars geschrieben werden sollte. Wie fruchtbar externe Sichtweisen sein können, wurde ja in den letzten Jahren an der Beschäftigung mit dem Archiv-

26 Vgl. dazu KRETZSCHMAR, *Archivwissenschaft als Historische Hilfswissenschaft* (wie Anm. 15).

27 Wilfried REININGHAUS, *Archivgeschichte. Umriss einer untergründigen Subdisziplin*, in: *Archivar* 61 (2008), S. 352–360.

wesen im Nationalsozialismus deutlich.<sup>28</sup> Die Archive sollten viel häufiger Impulse an die Forschung geben, sich mit der Geschichte des Archivwesens im weiteren Kontext auseinander zu setzen.

Zunehmend – und das ist positiv zu werten – sind die Einrichtung Archiv und ihre Geschichte ja auch in den Blickpunkt der kulturwissenschaftlichen Forschung gerückt.<sup>29</sup> Ich verweise nur auf die auch im Feuilleton gern behandelten Fragestellungen zur Erinnerungskultur, zum Archiv als Erinnerungsort, zu seinen Funktionen im kulturellen Gedächtnis,<sup>30</sup> aber auch z. B. zu den Zusammenhängen zwischen Archiv, Wissen und Macht.<sup>31</sup> Hierzu möchte ich nun eher den Wunsch äußern, dass sich die Archivarinnen und Archivare mit ihrer unmittelbaren Sachkenntnis wesentlich stärker an der Diskussion beteiligen.<sup>32</sup> Denn manches, was da erforscht wird, erscheint mir doch etwas abgehoben und fern archivischer Lebenswelten in der Praxis<sup>33</sup> und zudem müssen die archivgeschichtlichen und kulturwissenschaftlichen Betrachtungen ja ebenfalls einfließen in eine fortzuentwickelnde Archivwissenschaft; sie müssen an geeigneter Stelle in diese integriert werden.<sup>34</sup>

Keineswegs möchte ich dagegen die Archivwissenschaft als Sammelsurium der verschiedensten Kenntnisse und Fähigkeiten sehen, die man für die Archivarbeit im Alltag braucht. Da gibt es viel zu vermitteln, das tatsächlich für die Ausbildung wichtig ist. Das Fach Archivwissenschaft muss jedoch ein eigenes wissenschaftliches Profil haben, das über das Archivwesen hinaus anerkannt ist.

---

28 Vgl. dazu den Tagungsband *Das deutsche Archivwesen und der Nationalsozialismus*. 75. Deutscher Archivtag 2005 in Stuttgart (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 10), Essen 2007, mit einer Reihe wertvoller Beiträge, die nicht von Archivarinnen und Archivaren verfasst wurden (so die Beiträge von Astrid M. ECKERT, Stefan LEHR, Massimiliano LIVI und Esther NEBLICH) sowie Stefan LEHR, *Ein fast vergessener „Osteinsatz“: Deutsche Archive im Generalgouvernement und im Reichskommissariat Ukraine* (Schriften des Bundesarchivs 68), Düsseldorf 2007.

29 Vgl. dazu die gute Zusammenfassung des aktuellen Diskurses bei Sabine BRENNER-WILCZEK/Gertrude CEPL-KAUFMANN/Max PLASSMANN, *Einführung in die moderne Archivarbeit*, Darmstadt 2006, S. 92ff.

30 Verwiesen sei hier nur auf Aleida ASSMANN, *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*, München 1999. – Die Bedeutung der Archive für die Erinnerungskultur stand im Zentrum des 77. Deutschen Archivtags; vgl. *Lebendige Erinnerungskultur für die Zukunft*. 77. Deutscher Archivtag 2007 in Mannheim (Tagungsdokumentationen zum Deutschen Archivtag 12), Fulda 2008.

31 Martina KESSEL, *Archiv, Wissen, Macht. Organisieren, Kontrollieren und Zerstören von Wissensbeständen von der Antike bis zur Gegenwart*, in: *Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland* 27 (2007), S. 17–46.

32 Wie etwa Dietmar SCHENK: *Kleine Theorie des Archivs*, Stuttgart 2007.

33 Vgl. Thomas NOTTHOFF, *Non-Diskursivität als Primärfunktion des Archivs? Ansatz zu einer Auseinandersetzung mit Wolfgang Ernsts medienästhetischem Archivbegriff*, in: *Archivar* 62 (2009), S. 153–156.

34 Dies werde ich demnächst in einem Beitrag näher ausführen.

Zur Ausbildung der Archivarinnen und Archivare (Punkt 2): Hier ist in der Folge von Bologna und durch die veränderten Anforderungen an den Beruf vieles im Fluss.<sup>35</sup> Im Ergebnis werden wir eine Vielfalt differenzierter und durchlässiger Ausbildungswege haben. Gerade vor diesem Hintergrund – bzw. ganz konkret der be- und entstehenden Curricula – sehe ich die Notwendigkeit, noch einmal sehr genau über die wissenschaftlichen Grundlagen des Archivarsberufs nachzudenken und die Erfordernis, die Archivwissenschaft im skizzierten Sinne für Forschung und Lehre neu zu systematisieren und fortzuschreiben.

Zentral sind und bleiben dabei – wie und wo immer sie in der Ausbildung vermittelt werden – historische Kompetenzen. In welcher Intensität sie vermittelt werden, wird für die einzelnen Abschlüsse zu differenzieren sein.

Ich halte aber daran fest, dass für bestimmte Funktionen die Qualifikation unverzichtbar ist, selbst historisch zu forschen, wie sie durch bestimmte Studienabschlüsse erworben werden kann.

Im Großen und Ganzen hat die Archivwissenschaft, haben die Archive, haben auch die Archivarinnen und Archivare noch nicht ihren Platz in der sich verändernden Forschungs- und Lehrlandschaft gefunden. Ich sehe hier positive Ansätze, aber noch nicht die richtige Positionierung.<sup>36</sup>

Damit zum dritten Punkt: zur Positionierung der Archive. Das Archivwesen unterscheidet sich durch das archivspezifische Beziehungsgeflecht zu verschiedenen Wissenschaften von anderen Bereichen, in deren Zentrum kulturelle Überlieferung steht. Bei der weiteren Profilierung des Berufs muss dieses Alleinstellungsmerkmal stärker akzentuiert werden, müssen die archivspezifischen Forschungsfelder stärker als solche ausgewiesen werden.

Die Grundlagenforschung im Sinne der skizzierten Archivwissenschaft ist vor allem von den Ausbildungsstätten zu leisten, wo immer sie angesiedelt und wie immer sie organisiert sind. Unabhängig davon muss die Archivwissenschaft unbedingt stärker an den Hochschulen verankert werden: von den Archivarinnen und Archivaren, die dort lehren. Und mit dem Ziel, die Archivwissenschaft als über das Archivwesen hinaus anerkannte Wissenschaft zu positionieren, deren Grundzüge auch Historikern bekannt sein müssen, zumindest solchen, die forschen wollen. Hier sehe ich zunehmend Defizite, die man nicht nur beklagen sollte. Man muss auch was dagegen tun. Es ist im Interesse der Archive, archivalische Quellenkunde zu vermitteln. Es ist im Interesse der Archive, Gegenstand akademischer Lehre zu sein. Recherchestrategien im Ar-

35 Vgl. dazu Frank M. BISCHOFF, *Zwischen Fachkompetenz und kulturellem Entertainment? Ein konturiertes Berufsbild als Ausgangspunkt archivspezifischer Aus-, Fort- und Weiterbildung*, in: *Beruf und Berufsbild des Archivars im Wandel* (wie Anm. 3), S. 67–97 sowie WALBERG, *Die archivarisches Ausbildung an der FH Potsdam* (wie Anm. 16).

36 Vgl. KRETZSCHMAR, *Werkzeug, Forschungsfeld, Lehrfach* (wie Anm. 15).

chiv müssen erlernt sein. Niemand ist geeigneter für die Lehre als Archivarinnen und Archivare.<sup>37</sup>

Wichtig ist aber auch, dass die Kontakte zwischen den Archiven und der historischen Forschung im Interesse beider intensiviert werden. Ich habe dies für die Überlieferungsbildung gezeigt und gemeinsame Projekte angesprochen, in denen Archivbestände erschlossen und ausgewertet werden. Hier sehe ich gerade für die zeitgeschichtliche Forschung große Möglichkeiten – in gleicher Weise auch für die Politikwissenschaft und die Sozialwissenschaften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Buchstab, ich komme zum Schluss. Mir ging es darum zu zeigen, in welcher differenzierter Weise die Archive Dienstleister, Partner und Teil der Wissenschaft sind. Das Archiv für Christlich-Demokratische Politik mit seinem klaren Auftrag als Dokumentations- und Forschungszentrum ist in diesem Sinne bestens aufgestellt. Dass dies so ist und das Archiv in der wissenschaftlichen Welt einen guten Namen hat, ist ganz wesentlich Ihr Verdienst, lieber Herr Buchstab, ist das Ergebnis Ihrer langjährigen Tätigkeit als Leiter der Hauptabteilung „Wissenschaftliche Dienste“ in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Erwähnen möchte ich noch, dass Sie sich neben dem Hauptamt auch seit vielen, vielen Jahren im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare engagieren: als Vorsitzender der Fachgruppe 6 „Archive der Parlamente, politischen Parteien, Stiftungen und Verbände“ und entsprechend auf internationaler Ebene im Internationalen Archivrat. Ein herzliches Dankeschön dafür im Namen unseres Verbands! Und alles Gute für die Zukunft.

Und Sie, lieber Herr Professor Küsters, beglückwünsche ich zu Ihrem schönen neuen Amt und darf auch Ihnen alles Gute wünschen.

---

37 Vgl. EBD.

# Stand und Perspektiven der Erforschung christlicher Demokratie<sup>1</sup>

Von Winfried Becker

Das Münchner Internet-Rezensionsorgan „Sehepunkte“ bemängelt in seiner Besprechung des 2002 erschienenen „Lexikons der Christlichen Demokratie in Deutschland“, in der Einleitung des voluminösen Bandes werde keine „einleuchtende Definition“ der christlichen Demokratie gegeben. Das mag eine berechtigte Kritik sein.<sup>2</sup> Aber der Historiker ist eigentlich eher zufrieden, wenn er seinen Gegenstand nicht nach Kilo und Gramm bemessen regelrecht vor sich hinstellen kann, hat er es doch mit der vielleicht am schwersten exakt zu erfassenden Materie überhaupt zu tun, mit dem Leben der Menschen auf allen Gebieten, soweit es in schriftlichen, mündlichen und dinglichen Zeugnissen der Überlieferung greifbar ist. Begriffliche Abstraktionen, natur- und wirtschaftswissenschaftlich zu ermittelnde Regelabläufe oder aus arrangierten Versuchsreihen abgeleitete Erkenntnisse sind zunächst seine Sache nicht. Indes skizziert das genannte Lexikon mit der gebotenen Knappheit die Vorgeschichte des parteigeschichtlichen Phänomens, seine internationalen Ausfaltungen, seine historischen und ideellen Voraussetzungen und die Gewinnung seiner „politischen und interkonfessionellen Prägnanz“ in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. In einem systematischen und einem biographischen Teil werden dann die Handlungsfelder und allerwichtigsten Handlungsträger der christlichen Demokratie in Deutschland wiederum eher knapp als ausführlich vorgestellt. Die vielen Autoren übten sich so in der historischen Arbeitsweise, einem vielschichtigen Phänomen auf deskriptive und analytische Weise auf die Spur zu kommen. Auch widersetzen sich einer gar publikumswirksamen „Definition“ die Offenheit und Unabgeschlossenheit von geschichtlichen Vorgängen und Prozessen, die noch in die Gegenwart hineinreichen. Allerdings können aus den überlieferten Zeugnissen der Vergangenheit von Parteien, aus Programmen und Personen, gewisse Erwartungen für deren Positionierung gegenüber Entwicklungen der Gegenwart abgeleitet werden: So ergibt sich aus der christlich-demokratischen Parteitradition die Ablehnung des ideologischen Kollektivismus, Egalitarismus und Staatssozialismus. Auch der schleichende Verfall tragender Werte der Zivilisation und Gesellschaft, den nicht nur pessi-

---

1 Der folgende Beitrag entspricht mit geringfügigen Überarbeitungen dem am 25. März 2009 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, gehaltenen Vortrag.

2 Carlies Maria RADDATZ, [www.sehepunkte.de/2003/01/pdf/3506707795.pdf](http://www.sehepunkte.de/2003/01/pdf/3506707795.pdf). (Abruf: 10.10.2009). Die Rezension erweckt im übrigen den Eindruck, als habe das Lexikon versäumt, die DDR-Geschichte genügend zu bearbeiten – die nicht sein Fokus sein konnte. Winfried BECKER/Günter BUCHSTAB/Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Rudolf MORSEY (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002.

mistische Zeitgenossen heute beobachten, kann einer Kultur der christlichen Demokratie nicht gleichgültig sein.

Voraussetzung für das Entstehen dieser politischen Kohorte und Kultur war der europaweite Umbruch der Französischen Revolution. Ein großer Pionier der einschlägigen Forschung, Hans Maier, hat denn auch zuerst nach Frankreich geblickt.<sup>3</sup> Es wäre erstaunlich gewesen, wenn das lange 19. Jahrhundert mit seiner charakteristischen Tendenz zur intellektuellen Säkularisierung, an dessen Anfang die großen Säkularisationen der kirchlichen Vermögen und Bildungsgüter in Frankreich und Deutschland standen, mit seiner Proklamation eines neuen, auf die immanente Vernunft und auf die ausschließlich individuelle Freiheit begründeten Menschenbildes keine Begleit- oder Gegenreaktionen hervorgerufen hätte. Dabei verkündete die „*démocratie chrétienne*“, vor allem der zweiten Phase (der 1880er und 1890er Jahre), keineswegs die Botschaft einer Rückkehr zum feudalen Staat, sondern bekannte sich durchaus zu den Selbstentfaltungswerten der Moderne. Sie teilte mit ihren Gegnern, den Radikalrepublikanern und Sozialisten, sogar bis zu einem gewissen Grade das Aufbegehren gegen die Unterdrückung eines Ancien Regime; sie verortete dieses aber nicht mehr in Königtum und Adel, sondern in den sozialen Imparitäten der entstehenden Industriegesellschaft. Sie berief sich ausdrücklich auf die schöpferischen, auf die zur ungehinderten Entfaltung drängenden natürlichen Schaffenskräfte des Menschen; angelegt sah sie diese in den Fähigkeiten und in der Freiheit, mit der Gott die menschlichen Geschöpfe nach seinem Plan und in seinem Namen ausgestattet habe. Sie gab der Verantwortung, der Freiheit, dem Fortschritts- und Glücksstreben des Menschen eine transzendente Letztfundierung, stellte zugleich aber ein *memento mori*, eine existentielle Einschränkung zur Debatte, die den Zauberlehrling vor dem verantwortungslosen Gebrauch der neu entdeckten magischen Kräfte zur Gestaltung einer besseren Politik und Gesellschaft warnte.

Die katholischen Demokraten waren im Frankreich der Dritten Republik eine Minderheit. Sie hatten nicht nur mit einer höchst selbstbewussten und aggressiven *Laïcité*, sondern auch mit ihren konservativen Konfessionsgenossen zu kämpfen, die die *Laizität* mit der Republik identifizierten und darum dieser aus der Revolution geborenen Staatsform ein fundamentales Misstrauen entgegenbrachten. Dennoch kann auf sie der Begriff der „christlichen Demokratie“ mit Berechtigung angewandt werden, weil sie ihn bewusst gebrauchten, sich ausdrücklich auf den Boden der Republik stellten und ein Programm spezifischen politischen und sozialen Inhalts entwarfen, das besonders gesellschaftliche und innerstaatliche Ordnungsprinzipien, so das Subsidiaritätsprinzip, enthielt. Gegen den Individualismus der Großen Revolution, der aber die

---

3 Hans MAIER, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, München 1959 (danach mehrere Aufl.).

Freiheitswerte der emanzipierten Nation allzu oft unduldsam, als unvereinbar mit Glauben und Kirche, als Vollzugskräfte eines staatlichen und nationalen Zentralismus interpretierte, setzten sie die Rückbesinnung auf die dem inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft förderlichen Kräfte, auf die beruflichen Organisationen und Vereinigungen, die Mitbestimmung und die Dezentralisation, die Kräfte der „Assoziation“ und der Familienbande, nicht zuletzt auf die Rolle der Kirche in der Gesellschaft.<sup>4</sup> So bahnte sich eine Auseinandersetzung mit den neuen kulturellen Kräften der Moderne an.<sup>5</sup>

Obwohl diese Ideen sich europaweit Bahn brachen und gerade im deutschen Sprachraum beredte Verfechter fanden, hat man in Deutschland, wie schon Hans Maier anmerkte, mit der Anwendung des Begriffs einige Schwierigkeiten, weil der dynastisch organisierte Staat nur mühsam und allmählich zu einem mit Zentralität und Kompetenz ausgestatteten Parlamentarismus und zu den entsprechend strukturierten Parteien fand. Dennoch boten die Einzelstaaten, so in Baden, Bayern, auch im westlichen und schlesischen Preußen, den christlichen Parteien, denen anders als im republikanischen Frankreich keine Auseinandersetzung mit der demokratischen Staatsdoktrin auferlegt war, Gelegenheit zur Entstehung und ersten Entwicklung. Ein zweiter charakteristischer Unterschied zu Frankreich trat hervor: In Deutschland war der Säkularismus zwar nicht so weit verbreitet wie dort, aber es herrschte ein die Gesellschaft tief spaltender, historisch weit zurückzufolgender konfessioneller Gegensatz, der dazu führte, dass nur de facto katholische Parteien entstehen konnten. Diese traten zwar ähnlich wie in Frankreich den zunehmend antiklerikal eingestellten Liberalen gegenüber, gerieten aber auch in Gegensatz zu den national eingestellten protestantischen Konservativen. Aber wo war hier die christliche Demokratie?

Mit dieser Frage nähern wir uns wieder dem eingangs aufgeworfenen Problem der Definition und zugleich den rezenten Forschungsbemühungen der Konrad-Adenauer-Stiftung und den mit dieser zusammenarbeitenden Historiker. Das „Lexikon der Christlichen Demokratie“ tat einen entschlossenen Schritt, als es, allerdings vorbereitet durch einige Sammelbände, Aufsätze und Monographien, die zeitgeschichtliche Semantik der Unterscheidung von Vor-

---

4 Yves-Marie HILAIRE, *Les catholiques sociaux précurseurs de la législation sociale en France (1840–1940)*, in: DERS., *Le temps retrouvé. Vingt-quatre regards sur deux siècles d'histoire religieuse et politique*. Préface de René RÉMOND, Lille 1998, S. 213–221; grundlegend: Jean-Marie MAYEUR, *Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne. XIXe et XXe siècles*, Paris 1980; für Belgien: Emmanuel GERARD/Paul WYNANTS (Hg.), *Histoire du mouvement ouvrier chrétien en Belgique*, Bd. 1, Löwen 1994.

5 Vgl. Michael BURLEIGH, *Earthly Powers. The Clash of Religion and Politics in Europe from the French Revolution to the Great War*, New York 2005; Alfredo CANAVERO/Jean-Dominique DURAND, *Il fattore religioso nell'integrazione europea*, Mailand 1999; Gérard CHOLVY (Hg.), *L'Eglise et la culture*. Actes de la Ve Université d'été d'histoire religieuse Vannes, 10–13 juillet 1996, Montpellier 1997.

und Frühgeschichte einer Partei oder Institution hinter sich ließ und die Deutsche Zentrumspartei, den politischen Katholizismus schon seit dem 19. Jahrhundert, unter dem Sammelbegriff „christliche Demokratie“ subsumierte. Diesen Schritt hatten Buchtitel vorbereitet wie der von Noel D. Cary, „The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer“<sup>6</sup> oder der Titel, der einer Ausgabe gesammelter Schriften von Rudolf Morsey vorangestellt war, der die Kontinuität im Spiegel eines reichen Historikerschaffens ansprach und so gewissermaßen Rückschlüsse vom behandelten Sujet auf dessen Identität nahelegte: „Von Windthorst bis Adenauer“<sup>7</sup>. Natürlich wollten die Herausgeber des Lexikons nicht in Abrede stellen, dass vor 1933 die meist von katholischer Seite unternommenen Versuche interkonfessioneller demokratischer Initiativen alle gescheitert waren. Wollte man aber aus dieser zutreffenden Faktenfeststellung die Nicht-Existenz christlicher Demokratie in Deutschland vor 1933 ableiten, dann müße man die Vergangenheit am Vorbild der kompakt und mit staatsgestaltender Mehrheit nach 1945 auftretenden Unionsparteien – was ebenso wie die Kontinuitätsanmutung als eine perspektivische Verzerrung ex post angesehen werden kann.

Will man indes den Begriff, den die Rezensentin aus ihrer Außenansicht eher als Buchbindersynthese wahrnahm, einer zukunftsfähigen Verwendung zuführen, so muss man einige positive Argumente heranziehen. Dass die an christlichen Werten orientierte Parteibildung vom deutschen Sonderweg beeinträchtigt wurde, minderte nicht die Ausbildung ihrer spezifischen Identität, denn diese schließt bei Parteien immer auch den intentionalen oder programmatischen Bereich mit ein. Dass programmatische Ziele in bestimmten historischen Situationen nicht erreicht werden, die breiter konditioniert sind als durch den Einfluss einzelner gesellschaftlicher Gruppen oder Parteien, lässt sich nicht als Argument gegen die Existenz und Realität solcher Gruppen anführen. Sonst hätte auch die SPD ihre Identität durch den Einstieg in den Bürgerfrieden des Ersten Weltkriegs oder die Zusammenarbeit mit noch aus dem Kaiserreich stammenden Führungsschichten der Weimarer Republik verlieren müssen. Idealtypisch bilden Parteien ein Kontinuum von Vorstellungen, die möglichst unverwechselbar und dennoch verallgemeinerungsfähig sein sollen, wenn sie einen produktiven Dialog mit dem Zeitgeist führen oder diesen gar dominieren wollen. Hier hatten die Zentrumspartei und schon ihre Vorläufer zumindest seit dem Kulturkampf einen bedeutsamen Fundus zu bieten, der die

6 Noel D. CARY, *The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer*, Cambridge, Mass./London 1996.

7 Rudolf MORSEY, *Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Paderborn 1997. Hier wird Adenauer umgekehrt aber offenbar mehr unter den Begriff des politischen Katholizismus subsumiert, der indes, wenn er für die Zeit nach 1945 gebraucht wird, definitionsbedürftig im Blick auf seine vorherigen Perioden ist.

politische Ideengeschichte um eigenständige Beiträge bereichert und der Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland zukunftsweisende Impulse verliehen hat.

Das mag an vier Punkten angedeutet werden, die in ihrem partei-programmatischen Charakter den Dialog mit der Allgemeinheit in Staat und Gesellschaft zu eröffnen geeignet waren. 1) Das Zentrum erweiterte den säkularen Begriff von Grundrechten um die Forderung nach dem freien Wirkungsraum für Religion und Kirche in einem Staat, der, den Weg zur Moderne beschreibend, genötigt war, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen seiner wertemäßigen Fundierung und dem Platz für religiöse Bekenntnisse zu finden. 2) Die Forderung nach Föderalismus im Staat richtete sich gegen die preußische Hegemonie, aber auch, grundsätzlicher, gegen die Bevormundung der Bürger durch eine zentralistische, uneingeschränkte Staatsgewalt, brachte so Gedankengut des Vormärz und eines territorialen Pluralismus in den sich modernisierenden und zugleich seine Herrschaft ausdehnenden Staat ein.<sup>8</sup> 3) Angesichts der Etablierung der Herrschaft des Stärkeren in der Industriegesellschaft sollte sich der Staat das Ziel setzen, ausgleichend zwischen den Interessengruppen zu wirken und das Wohl aller Volksklassen zu fördern. 4) Das Eintreten für die Rechte der im Kulturkampf verfolgten oder benachteiligten Katholiken suchte sich die parlamentarische und publizistische Bühne. Diese Form der zivilisierten Artikulation kirchlicher, kultureller und sozialer Interessen war der Entwicklung zum Parlamentarismus förderlich, obwohl die scheinbar unüberwindliche Minderheitssituation der deutschen Katholiken ihr Bekenntnis zum Mehrheitsparlamentarismus erschwerte. Die Zentrumspartei war kein Spaltpilz. Ihr erster Anführer Ludwig Windthorst hat den Weg zu einer demokratischen Verfassungsentwicklung beschritten, wenn er für die parlamentarische Kontrolle der Regierungsgewalt, für die Stärkung der Befugnisse des Reichstags durch Koalitionsbildungen und für das Grundrecht von Katholiken, Protestanten und Juden auf ungehinderte Religionsausübung eintrat. Seit den Reichstagswahlen von 1912 war der weltanschauliche Gegner des Zentrums, die SPD, die an Mandaten und Stimmen stärkste Partei im Kaiserreich; die Koalition des Zentrums mit ihr wie mit den anderen Parteien wurde durch starke konfessionelle und weltanschauliche Vorbehalte auf beiden Seiten erschwert, dennoch war der Weg zur „Integration“ der deutschen Katholiken vorgezeichnet.

Am Ende des Ersten Weltkriegs stand das föderalistisch aufgebaute Zentrum als unverwechselbare, angesehene, schwer zu übergehende Kraft neben den

---

8 Nachweis für Windthorst: Margaret L. ANDERSON, *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 14), Düsseldorf 1988; Paul COLONGE, *Ludwig Windthorst (1812–1891) (Sa pensée et son action politiques jusqu'en 1875)*, Bd. 1–2, Lille/Paris 1983.

konservativen, den liberalen und den sozialdemokratischen Parteien. Bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 trug es im Rheinland und in Berlin den Namenszusatz „Christliche Volkspartei“ oder „Christlich-demokratische Volkspartei“. Obwohl dieser Zusatz wieder verschwand und auch die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften, eine interkonfessionelle Partei aufzubauen, scheiterten,<sup>9</sup> weist die Absicht der Neubenennung darauf hin, dass mit dem Übergang zur republikanischen Staatsform auch der eigene Identitätskern stärker ins Bewusstsein rückte und nach neuer, zeitgemäßer Definierung verlangte. Das mögen ein paar weitere Belege verdeutlichen. Das Wirken Georg von Hertlings, des ersten Bayerischen Ministerpräsidenten, der als Parlamentarier aus den Reihen des Zentrums gekommen war, begriff der BVP-Abgeordnete Konrad Beyerle, Mitarbeiter am Verfassungswerk von Weimar, als ein Vermächtnis, wenn er am offenen Grabe versicherte: „Die christliche, demokratische Partei werde immerfort im Geiste des edlen Toten fortwirken“<sup>10</sup>. Die Perspektive Beyerles war einer neuen Zukunft zugewandt, würdigte dieser Professor der Rechte doch ausdrücklich Hertlings „Stellungnahme zu Friedensfragen“, die „bei Freund wie bei Feind“ eine „außergewöhnliche Beachtung“ gefunden hätten. Heinrich Held, bayerischer Ministerpräsident von 1924 bis 1933, legte bei einer der ersten Wahlveranstaltungen der Bayerischen Volkspartei vor einer Frauenversammlung in Vohenstrauß in der katholischen Oberpfalz „die Gründe für den Zusammenschluss von Katholiken und Protestanten und der Bayerischen Volkspartei dar“.<sup>11</sup>

Ausführlicher und fundierter formulierte der temperamentvollste Vorkämpfer der Bayerischen Volkspartei, der sozial engagierte Anwalt der Bauern Dr. Georg Heim, den Gründungsauftrag: „Die Volkspartei eine Neubildung, keine Firmenänderung!“<sup>12</sup> Dennoch war sie „kein Schmerzenskind der Revolution“. Heim verwies auf ihre Vorgeschichte: der Mitgründer Sebastian Schlittenbauer hatte „bereits vor Ausbruch der Revolution in der Zentrumsfraktion des Bayerischen Landtags ihre Gründung vertreten“. Unmissverständlich entwickelte Heim zwei neue, miteinander verbundene Konzeptionen: die entschlossene Erweiterung zur interkonfessionellen Partei und zugleich zur Sammelpartei. Es gelte, die Massen zu gewinnen, ob sie von links oder rechts oder aus der „gro-

9 Streben nach einer „christlichen Mittelpartei“: Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitgründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 41), Düsseldorf 2003, S. 208–220.

10 Die Beisetzung des Grafen Hertling, „Regensburger Anzeiger“, Nr. 17 vom 11.1.1919.

11 *Bericht aus Vohenstrauß vom 7. Januar 1919*, „Regensburger Anzeiger“, Nr. 13 vom 9.1.1919. Vgl. zur BVP-Gründung Claudia FRIEMBERGER, *Sebastian Schlittenbauer und die Anfänge der Bayerischen Volkspartei*, St. Ottilien 1998.

12 Titel eines Artikels von Heim im „Regensburger Anzeiger“, Nr. 623 vom 10.12.1918; daraus die folgenden Zitate. Herausgeber dieser Tageszeitung war Heims Mitstreiter Dr. Heinrich Held.

ßen Schar der Nichtwähler“ kämen. „Wir brauchen eine christlich-demokratische Partei, die alle christlichen Konfessionen und alle Stände in eine nach rechts und links erweiterte Schlachtlinie einreihet“. Heim war sich dabei bewusst, dass dem „alte Vorurteile, Erinnerungen an frühere Kämpfe, besonders auch das konfessionelle Moment“ im Wege standen. „Der Deutsche vergißt schwer“. Umso wichtiger erschien ihm die Besinnung auf „das Gemeinschaftliche, das alles überschattet, alles überzeugt, an das Christentum, dem die Welt von heute alle Errungenschaften wahrer Kultur verdankt“. Aus diesem Kulturbewusstsein leitete Held eine dreifache Verantwortung ab: Den „alles zerstörenden und zerschmetternden Materialismus“ abzuwehren, die Zukunft der nächsten Generationen zu sichern und die Heimat zu bewahren. Der demokratische Charakter der Partei war durch die gleichberechtigte Vertretung „jeglichen Stands“ und „jeder Sondergruppe“ zu sichern. Das zielte besonders auf die Gewährleistung der Mitwirkungsrechte der „protestantischen Mitglieder“ der Volkspartei, denen Heim jetzt schon seine „Mandate“ mit verdankte.

Carl Muth, der Redakteur der bedeutenden katholischen Kulturzeitschrift „Hochland“, wies dem Zentrum in der Republik, die den Katholiken und allen gesellschaftlichen Gruppen mehr Freiheit gewährte als das kaiserliche Deutschland, ebenfalls dezidiert die Rolle der Mitte zu. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sollten so eine ideell unterbaute, staatstragende Position gegenüber zwei Außenpositionen gewinnen: einmal gegen eine mögliche Neuaufgabe der (vor 1914 schon sichtbar gewordenen) liberalsozialistischen Kulturkampfkoalition oder eine „rein sozialistisch entwickelte Demokratie“; zum andern war die verbreitete, offen oder unterbewusst operierende konservative Opposition gegen die verfassungsmäßige Republik zu bekämpfen.<sup>13</sup> Muth rang sich sogar zu der Aussage durch: Die Demokratie der Zukunft werde christlich oder nicht mehr sein. Neben den politischen betonte er die gesellschaftlichen Aufgaben der christlichen Demokratie: die Erhaltung der subsidiären gesellschaftlichen Kräfte – Persönlichkeit, Familie, Beruf, die Garantie der Unabhängigkeit für die großen kulturellen Antriebe in der Religion, der Wissenschaft und Kunst, umfassen von den Traditionen eines bewährten Kulturstaats.

In der Praxis des politischen Lebens versuchte die Zentrumsparlei solchen theoretischen Einsichten Geltung zu verschaffen. Doch als minoritäre Kraft der Mitte wählte sie nicht die Kampfmethoden der ideologisch motivierten Eini-gelung, der Blockadestrategie oder des Bürgerkriegs, sondern trat als kompromissbereiter Koalitionspartner auf. Ihre erklärte Teilnahme an fast allen Kabinetten der Weimarer Republik sicherte diesem Staat eine gewisse Kontinuität und verschaffte ihr selbst Einfluss vor allem in der Kultur- und Sozialpolitik.

<sup>13</sup> Carl MUTH, *Res publica. Gedanken zur politischen Krise der Gegenwart*, in: Hochland 24/I (1926/27), S. 1–14.

Entgegen den oft wiederholten Klagen über die in Deutschland ausgebliebene demokratische und soziale Revolution und der wohlfeilen Rede von dem angeblich in Permanenz waltenden „Obrigkeitsstaat“ gilt die Feststellung, dass Deutschland auch eine demokratische Geschichte vor 1945 hat, und dies war nicht nur eine Geschichte der sozialen oder liberalen Demokratie.

So traf die nationalsozialistische Verfolgung denn auch mit voller Wucht die sogenannten Systemparteien Zentrum und Bayerische Volkspartei. Über die bayerische Schwester des Zentrums hält sich allerdings hartnäckig das Gerücht, diese habe wegen ihrer angeblich besonders nationalistischen und monarchistischen Orientierung eine Affinität zum Nationalsozialismus entwickelt, die indes nie näher definiert werden konnte. Es waren vielmehr die bayerischen Liberalen, die ihre national-unitarische Orientierung aus dem Kaiserreich in die Republik mitbrachten – was sie indes, wie etwa das Schicksal des Staatssekretärs und bayerischen Handelsministers Eduard Hamm zeigt, vor der nationalsozialistischen Verfolgung auch nicht bewahrte. Sowohl die kulturpolitisch-konfessionelle wie die dem säkularen Bereich zuzurechnende politische Leistung der beiden christlichen Parteien war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Über das Verhältnis, in dem diese beiden Komponenten des parteilichen Selbstverständnisses, die katholische und die politische, zueinander standen, hat Karsten Ruppert viel nachgedacht.<sup>14</sup> Im Grunde haben sich beide ergänzt, statt sich gegenseitig zu relativieren oder zu lähmen. Die nationalsozialistischen Verfolger setzten denn auch nach 1933 beide Pole der Parteiprogrammatik auf die Anklagebank: Sie rückten die weiter zu beobachtenden Regungen des „politischen Katholizismus“ ebenso in die Nähe des Vaterlandsverrats wie das Verhalten des untergegangenen Zentrums als einer „Systempartei“ d. h. einer Partei des von ihnen abgelehnten republikanischen „Systems“ des Weimarer Staates.

Es ist ein großes Verdienst Günter Buchstabs und seines engagierten Teams, die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur als Inkubationsphase (hier im ursprünglichen Sinne, nicht als Krankheitsbeginn verstanden) der nach 1945 aufblühenden christlichen Demokratie ermittelt zu haben. Aus den im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung verwahrten Akten wurde deutlich, dass die Angehörigen der christlichen Lager und vor allem die diese repräsentierenden Politiker nach 1933 unter argwöhnische Beobachtung und staatspolizeilichen Druck gerieten, bespitzelt, verfolgt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt

---

14 Vgl. Karsten RUPPERT, *Die weltanschaulich bedingte Politik der Deutschen Zentrumspartei in ihrer Weimarer Epoche*, in: *Historische Zeitschrift* 285 (2007), S. 49–97; DERS., *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 96), Düsseldorf 1992.

wurden.<sup>15</sup> Davon betroffen waren vor allem die Katholiken, aber auch die der Vereinnahmung durch das NS-Regime sich widersetzenden Teile der evangelischen Kirche. Die vielen zunächst unfassbar erscheinende Herrschaft eines verbrecherischen Regimes in einem hochzivilisierten Land führte Christen beider Konfessionen zusammen, die in ihrem religiösen Gewissen den letzten Anker zum inneren Überleben und zur geistigen Abwehr des die Mehrheit der Deutschen verführenden NS-Regimes fanden. Das sich allmählich abzeichnende Bündnis konnte aber erst durch den von außen erwirkten vollständigen Zusammenbruch des NS-Staates historische Relevanz gewinnen. Es beschränkt den Weg in eine gemeinsam zu gestaltende demokratische Zukunft. Die innenpolitischen Auswirkungen der Deutschland jahrhundertlang entzweienden Konfessionsspaltung konnten überwunden werden. Die Bedeutung dieser Vorgänge für den inneren Ausgleich im zweiten demokratischen Staatswesen, der „zweiten Chance“ für Deutschland (Fritz Stern), kann kaum überschätzt werden.

Der Widerstand oder die Resistenz der Christen wurzelte tief und verzweigt in gewachsenen Schichten der Politik und Gesellschaft. Diese aus der Betrachtung von Gesellschaft und Milieu sich ergebende Dimension von Widerstand ließ sich aber auf alle „widerständigen“ Kreise oder Gruppen beziehen. Widerstand trat als ein im weiten Sinne gefasstes soziales Phänomen in den Blick. Suchte man ihn näher zu ermitteln und zu lokalisieren und zugleich in einen Gesamtzusammenhang zu bringen, wurde neue Definitionen und Begriffe notwendig, die über rein rechtliche oder fest umrissene historische Vorstellungen von Widerstand hinausgingen, um einem neuen zeitgeschichtlichen Phänomen gerecht zu werden. So wurden von Forschern verschiedener Herkunft, die auch an unterschiedlichen Sujets arbeiteten, die Kriterien der passiven Resistenz, der Identitätswahrung durch Verweigerung, Distanzierung oder die bewusst und kalkuliert eingesetzte Haltung des „Abstands“ entwickelt.<sup>16</sup> Dabei muss mitgedacht werden, dass eine solche Abstandswahrung bzw. Widerstandshal-

---

15 Vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986; Winfried BECKER, *Politische Neuordnung aus der Erfahrung des Widerstands. Katholizismus und Union*, in: Peter STEINBACH (Hg.), *Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte*, Köln 1987, S. 261–292; Günter BUCHSTAB (Hg.), *Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930–1933*, Berlin 1984.

16 Klaus GOTTO/Hans Günter HOCKERTS/Konrad REPGEN, *Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPGEN (Hg.), *Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus*, 3. Aufl., Mainz 1990, S. 173–190; Konrad REPGEN, *Widerstand oder Abstand? Kirche und Katholiken in Deutschland 1933 bis 1945*, in: Klaus HILDEBRAND/Udo WENGST/Andreas WIRSCHING (Hg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008, S. 555–558.

tung unter den gegebenen Umständen nur insoweit möglich waren, als ein totalitäres Regime einen solchen Rückzug zuließ. Denn die für diese Regimes typische Kriminalisierungstendenz stempelte die Formen der Selbstbewahrung, die heute als harmlos oder unbedeutend erscheinen, zu staatsgefährlichen Widerstandsaktionen, die schwerste Sanktionen bis hin zur Todesstrafe nach sich ziehen konnten. Hier fanden die Arbeiten der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer Mitarbeiter Anschluss an einen großen Trend der Zeitgeschichtsforschung: Martin Broszat, der damalige Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, und seine Mitarbeiter,<sup>17</sup> Historiker des Bayerischen Hauptstaatsarchivs um Harald Jaeger und Hermann Rumschöttel<sup>18</sup> und der Düsseldorfer Zeit- und Landeshistoriker Peter Hüttenberger thematisierten in Auswertung neuer Quellen die Wandlungen und die Beharrungskräfte sozialer Milieus im Dritten Reich.<sup>19</sup> Es ergab sich ein gewisser Gleichklang zwischen der seit den siebziger Jahren in ihrer Notwendigkeit neu erkannten und bedachten Zeitgeschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und der zeitgeschichtlichen Forschung über die christlichen Parteien, der wohl nicht beabsichtigt oder geplant war. Beide Projektbereiche wiesen Parallelitäten in Fragestellungen und Begrifflichkeiten auf. Man sollte diese Gleichläufigkeit zweier moderner Forschungstendenzen nicht übertreiben, aber eine Interaktion der Frageansätze und Definitionsbestrebungen war unübersehbar, und – man nahm schlicht voneinander Kenntnis. Darum lassen sich die Ergebnisse der von der Stiftung herausgegebenen Werke nicht als isolierte Auftragsforschung abwerten.

Dass für die Verwissenschaftlichung des Themas Drittes Reich und Widerstand Handlungsbedarf bestand, zeigten mancherlei polemische Debatten. Die Diskussion darüber, ob nicht die Vorläufer der als „konservativ“ etikettierten Unionsparteien für das Aufkommen und den Sieg des Nationalsozialismus verantwortlich zu machen seien, erreichte sogar den Bundestag. Einen späten Kontrapunkt zu solchen irrlichternden Spekulationen setzte ein Sammelband von Lebensskizzen christlicher Widerständler. Er wurde unter dem Titel „Christliche Demokraten gegen Hitler“ als Taschenbuch der Öffentlichkeit vorgestellt, nachdem ältere Publikationen zu dieser Thematik aus der früheren,

---

17 Martin BROSZAT, *Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 293–309; DERS., *Vorwort*, in: DERS. u. a. (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte*, München 1977; vgl. auch die weiteren Bände (II–IV) dieses Projekts.

18 Harald JAEGER/Hermann RUMSCHÖTTEL, *Das Forschungsprojekt „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945“*. Ein Modell für die Zusammenarbeit von Archivaren und Historikern, in: Archivalische Zeitschrift 73 (1977), S. 209–220.

19 Peter HÜTTENBERGER, *Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“*, in: *Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion*. (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3), Göttingen 1977, S. 117–134. Vgl. Winfried BECKER, *Begriffe und Erscheinungsformen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus*, in: *Jahrbuch für Volkskunde* NF 12 (1989), S. 11–42.

theoretisch noch weniger ambitionierten Widerstandsforschung in Vergessenheit geraten waren.<sup>20</sup> Viele der hier und in anderen Bänden präsentierten, einem breiteren Publikum meist unbekanntem Persönlichkeiten der Unionsgeschichte waren nicht zuletzt auf Grund ihrer Auseinandersetzung mit dem Unrechtsregime zu Gestaltern der zweiten deutschen Demokratie geworden. Folglich leisten solche Publikationen Beiträge zu einem besseren Verständnis der demokratischen Staatsform und bereichern zugleich das fachlich-historische Spektrum. Denn die Sammelbiografien über christlich-demokratische Widerständler im Dritten Reich griffen, um die Erscheinungsformen und Motive der Nicht-Anpassung, des passiven Widerstands und der resistierenden Distanzierung zu erfassen, auf die biografisch-prosopografische Methode der Geschichtsschreibung zurück, die zunächst den Helden des 20. Juli 1944 vorbehalten gewesen und auf diese eingeschränkt worden war.<sup>21</sup> Auch sie liegen in einem modernen Forschungstrend. Denn eine methodisch eher konservativ einzustufende Biografie, die sich zum biografischen Dekonstruktivismus kontrovers stellt, hat in den letzten Jahrzehnten eine Renaissance erlebt, nachdem die akademischen Parteigänger der 1968er-Bewegung diese bewährte und anspruchsvolle Form der Historiografie als Dienst an einem überlebten Personenkult schon verabschiedet hatten. Aber Politik und Geschichte können verantwortlich nur gestaltet und gelebt werden von Menschen und Gruppen, die ihre Ziele und Antriebe als Individuen oder Gruppen eigenständig verfolgen und sich nicht von den allzeit mächtigen Zeittrends neutralisieren lassen.

Während der letzten Jahrzehnte fanden in den westlichen Nationen Säkularisierungsschübe statt, die durch die Wiedervereinigung und die Wende in den ehemaligen Staaten des Ostblocks verstärkt wurden; sie sind inzwischen selbst zu Objekten der Forschung geworden.<sup>22</sup> Danach gerät es fast schon zu einer Übung der historischen Verfremdung, an die Wiederbelebung christlicher Werte nach 1945 zu erinnern. Viele Menschen empfanden angesichts des gerade zusammengebrochenen NS-Regimes und der im anderen Teil Deutschlands fortlebenden kommunistischen Diktatur das Bedürfnis nach der Wiedergewinnung gültiger Maßstäbe für das politische und gesellschaftliche Zusammenleben. Eine Besinnung auf „die am Naturrecht orientierte humane Auffassung

20 Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004.

21 Vgl. Rudolf LILL/Heinrich OBERREUTER (Hg.), *20. Juli. Portraits des Widerstands*, Düsseldorf/Wien 1984.

22 Vgl. etwa Gérard CHOLVY/Yves-Marie HILAIRE, *Histoire religieuse de la France contemporaine*, Bd. 3: 1930–1988, Toulouse 1988, S. 306ff.; Jean-Marie MAYEUR/Charles et Luce PIETRI/André VAUCHEZ/Marc VENARD, *Histoire du christianisme*, Bd. 13: *Crises et renouveau (de 1958 à nos jours)*, Lonrai 2000; Erwin GATZ (Hg.), *Kirche und Katholizismus seit 1945*, Bd. 1: *Mittel-, West- und Nordeuropa*, Bd. 2: *Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa*, Bd. 3: *Italien und Spanien*, Bd. 4: *Die britischen Inseln und Nordamerika*, Paderborn 1998, 1999, 2005, 2002.

von Wert und Würde der Einzelperson<sup>23</sup> setzte ein. Die Botschaft der Kirchen wurde wieder respektiert. Der damit verbundene Mentalitätswandel, der allerdings nur Teile der Bevölkerung erfasste, bildete einen bedeutsamen Hintergrund für den nicht allein aus wirtschaftlichen Faktoren zu erklärenden, erstaunlichen Aufstieg der Unionsparteien. Aus einer längere Zeiträume in den Blick fassenden historischen Sicht handelte sich gewissermaßen um den Abschluss einer Parteibildung *sui generis*, die nun zum mehrheitsfähigen Durchbruch einer interkonfessionellen, sozialen, föderalistischen Volkspartei auf christlicher Wertebasis führte. Die christlichen Demokraten nahmen definitiv ihren Platz neben den drei anderen historisch gewachsenen politischen Angeboten für den Wähler ein; sie traten neben die liberale Partei, die sozialdemokratische Partei und deren linke Abspaltungen und die bereits der Geschichte angehörenden nationalistischen, vorher milieu- und sozialkonservativen Parteien, die im höheren Bürgertum und Adel ihre Anker geworfen hatten.

Ein typologischer Vergleich hat den Löwener Historiker Emiel Lamberts dazu bewogen, die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Parteien Europas dem konservativen Typus zuzuordnen.<sup>24</sup> Natürlich kommt es immer auf die Definitionskriterien an, und wegen ihrer Wertebindung mag man die christlichen Demokraten auch so nennen. Aber aus einer politisch-historischen Sicht erheben sich Zweifel, ob die Unionsparteien sich vollständig oder überhaupt unter diesem Begriff subsumieren lassen. Dagegen spricht die Geschichte der christlichen Demokratie in Deutschland, wenn wir unter dieser schon die Geschichte des politischen Katholizismus oder gewisser seiner Teile verstehen; denn der wurde von den früheren Konservativen immer wieder der Reichsfeindschaft bezichtigt und aus dem Kernbereich liberaler oder konservativer monarchischer Staatsauffassung hinausgewiesen. Ein nennenswerter Teil der evangelischen Christen war erst nach dem Niedergang des im Hohenzollernreich geschmiedeten protestantisch-nationalen Komplexes für die interkonfessionelle politische Zusammenarbeit zu gewinnen.<sup>25</sup> Die Umbruchsituation nach 1945, die Folgen der Vertreibung und Zerstörung, beraubten den Konservatismus seines herkömmlichen Milieus, obwohl spezielle Teilmilieus für verschiedene Parteien sich wieder regenerieren konnten. Auch die von den Nationalsozialisten proklamierte und praktizierte „Volksgemeinschaft“ sowie der

23 Winfried BECKER, *Religionsgemeinschaften und der Staat*, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, München 2008, S. 531–552, hier S. 532.

24 In seiner bemerkenswerten Abschiedsvorlesung: *De stille kracht in de Europese samenleving*, gehalten am 18. November 2006 an der Universität Löwen, [http://kadoc.kuleuven.be/pdf/stu/lamberts\\_afscheidscollege.pdf](http://kadoc.kuleuven.be/pdf/stu/lamberts_afscheidscollege.pdf) (Abruf: 2.9.2009).

25 Die damit verbundenen Schwierigkeiten arbeitet heraus Michael KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005.

Krieg hatten egalisierend gewirkt. Schließlich waren wesentliche Politikbereiche der von den Unionsparteien geführten Regierungen nicht restaurativ, sondern revisionistisch ausgerichtet; das haben besonders die Studien von Hans-Peter Schwarz über Adenauers Außenpolitik erwiesen.<sup>26</sup> Die Tagebücher und Briefe maßgeblicher Politik-Gestalter der frühen Bundesrepublik, z. B. von Otto Lenz und Heinrich Krone, die in vorbildlichen Editionen zugänglich gemacht worden sind,<sup>27</sup> offenbaren einen eigenständigen Gesinnungseinschlag, herrührend von christlichen Orientierungen, die den herkömmlichen pragmatischen, oft achtbaren Grundansatz politischen Handelns überlagern, wie er vor dem Einbruch des Nationalsozialismus vielfach den Ton in den politisch-konservativen Institutionen Deutschlands bestimmt hatte.

Dennoch war dem Selbstverständnis der Unionsparteien von Anfang an ein integrativer, über die eigene, historisch abgesicherte Kernsubstanz hinausweisender Zug eigen; nicht mehr nur eine Konfession, eine Klasse oder die eigene Nation sollten angesprochen werden; der Parteiname „Union“ war gerade anstelle des klassischen Parteibegriffs gewählt worden, um nicht einer engführenden Partialität anheimzufallen. Um dieser Novität und Eigentümlichkeit gerecht zu werden, haben manche Forscher von der Sammelpartei CDU gesprochen. Das von Klaus Gotto und Günter Buchstab herausgebrachte Pilot-Bändchen für die Aufschließung der Bestände des ACDP, „Die Gründung der Union“<sup>28</sup>, behandelte nach der „Tradition christlicher Grundwerte und Parteien“ die „soziale und gewerkschaftliche“, die „konservative“, die „liberale“ und die „föderalistische Tradition“ der CDU und CSU, exemplifiziert an einzelnen Repräsentanten dieser innerparteilichen Strömungen.

Einen besonderen Ausdruck haben diese integrativen Bestrebungen in dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft gefunden, die epochemachend wirkte, weil sie die Begriffsverbindung von liberal und wirtschaftlich auflöste, die Wirtschaft auf ihre sozialen Zwecke und auf die Bedürfnisse aller wirtschaftenden Menschen statt nur auf deren isolierten autogenen Eigenmechanismus ausrichtete. Allerdings bildeten die Vorstellungen, die die Nationalökonomie und ein für das staatliche Gemeinwohl eintretender Kameralismus in Deutsch-

26 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg. 1876–1952*, Stuttgart 1986, DERS., *Adenauer. Der Staatsmann. 1952–1967*, Stuttgart 1991.

27 Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11), Düsseldorf 1988; Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher*. Bd. 1: 1945–1961, Bd. 2: 1961–1966 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28, 44), Düsseldorf 1995, 2003.

28 Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten*, München 1981 (2. Aufl. 1990).

land entwickelt hatten, erste Wurzeln dieser neuen Wirtschaftsordnung.<sup>29</sup> Die Behebung der Wirtschaftsnot war neben der Sicherheitspolitik die wichtigste politische Aufgabe der Nachkriegszeit. Wenn Ludwig Erhard und Konrad Adenauer politisch überleben wollten, dann mussten sie hier nach neuen Wegen Ausschau halten. Das treffsichere Schlagwort „Wohlstand für alle“ verdeutlichte den integrativen Grundzug der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Behebung wirtschaftlicher Nöte auf der Basis einer freien Marktordnung und der wiederbelebten Produktivität eines klassischen Industriestaates sollten einer umfassenden sozialen Befriedung im Innern dienen. Das Anliegen, die Interessen aller Bevölkerungsschichten wenigstens sukzessive zu berücksichtigen, durchzieht die Redebeiträge Adenauers im Bundesvorstand der CDU, dessen inhaltsreiche Protokolle Günter Buchstab mustergültig ediert hat.<sup>30</sup>

Neuerdings geht man anscheinend daran, die Aufklärung als Teil des konservativen Fundus der Unionsparteien zu entdecken. Um für das angesprochene integrale Politikverständnis einen Beleg oder Vorläufer aus dieser fernen und vielgesichtigen Epoche zu finden, würde man allerdings weniger an das elitäre Diktum von Friedrich Schiller erinnern wollen, dass der Verstand weniger nur gegeben und die Vernunft ein Privileg der Götter sei, sondern eher an die *Federalist Papers* von 1788. Diese Artikel, die in ihrer Gesamtheit das Credo der unionistischen Reformpartei innerhalb der amerikanischen Verfassungsdiskussion spiegelten, bezogen Position gegen die Bildung von Fraktionen, von Kleingruppen, die nur den Eigensinn und die Sonderinteressen begünstigen würden. Sie sahen das Gemeinwohl am besten dadurch gewährleistet, dass Raum für breite und ansehnliche Mehrheiten geschaffen würde, die möglichst breite Interessen repräsentieren könnten, so dass die von Klüngeln favorisierten falschen und eigennütigen Prioritäten und Interessen nicht zum Zuge kämen.<sup>31</sup> Solche Überlegungen bleiben aktuell, man braucht nur an die schon seit den achtziger Jahren zu beobachtende, aber nun ein fortgeschrittenes Sta-

29 Vgl. Bernhard LÖFFLER, *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard* (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 162), Wiesbaden 2002.

30 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, Stuttgart 1986; *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, Düsseldorf 1990; *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994; *Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Düsseldorf 1998; Kurt Georg Kiesinger: *„Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969*, Düsseldorf 2005 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16, 24, 32, 50).

31 10. Artikel von James Madison, 27. Artikel von Alexander Hamilton. Alexander HAMILTON/James MADISON/John JAY, *Die Federalist-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter*, hg. von Angela ADAMS und Willi Paul ADAMS, Paderborn 1994, S. 50–58, 155–159.

dium erreichende Weimarisierung der deutschen Parteienlandschaft zu denken.

Die Parteienzersplitterung wie das Sinken der Wahlbeteiligung legen den Rückschluss auf die schwindende Integrationskraft der Unionsparteien, nicht nur der SPD, nahe. Das mag auch mit den Themen zusammenhängen, die in letzter Zeit, medial gesteuert, in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt wurden. Energiesparen ist nötig, gewiss, aber viele Menschen dürften über die brüskten legislativen Umsetzungen der neuen Ideale, z. B. des Klimaschutzes, die zunehmend an die Stelle früherer klassischer Politikfelder treten, verdrossen sein. Eine Volkspartei muss, statt sich geborgten höchsten Menschheitszielen zu verschreiben, auf die Normalität und die Grundbedürfnisse ihrer Bürger Rücksicht nehmen. Das geschieht nicht, wenn ein zu weit gehendes Energie-Einspar-Gesetz die Eigentumbildung im Haus- und Wohnungsbau abwürgt. Die Regierungen der Adenauer-Ära hatten sehr wohl den Normalbürger im Blick, und sie scheuten sich auch nicht, den Streit um die großen Fragen der politischen Orientierung zu führen und sich dabei ihre eigenen Ziele zu setzen und zu verteidigen: die Solidarität mit den demokratisch verfassten Nationen, auch mit kleinen wie der Schweiz, den Aufbau einer wehrhaften Demokratie und einer freiheitlichen Verfassungsordnung, die Soziale Marktwirtschaft. Die längste Zeit ihres Bestehens konnte die Union für entsprechende Kampagnen auf eine breite Stammwählerschaft zählen; heute läuft diese Klientel Gefahr, zu Gunsten des Schielens auf den wendigen Wechselwähler vernachlässigt und in ein reaktionäres Abseits verwiesen zu werden.<sup>32</sup> Angesichts der Skandalisierung vieler Vorgänge durch die Medien ist es die Aufgabe der Politik, entschlossen aufklärend zu wirken, Verbalisierungsbarrieren zu überwinden, wichtige Sachverhalte, die aus Absicht oder Nachlässigkeit verzeichnet werden, auf ihren Kern zurückzuführen und allgemeinverständlich zu erläutern, populistische Sprüche zu entlarven, zu zeigen, warum rasche, alle Beteiligten sofort zufrieden stellende Patentlösungen für die meisten Probleme nicht auf der Straße liegen. Für Strategien zur Wiedergewinnung klarer Mehrheiten stellt die Geschichte der Bundesrepublik genügend Fallbeispiele bereit. Adenauer vermochte auf der medialen Klaviatur glänzend zu spielen, auch wenn die von ihm praktizierten Methoden heute kaum mehr gangbar sind.<sup>33</sup>

---

32 Elisabeth Noelle-Neumann und Gerhard Schmidtchen entdeckten 1963 den „unentschiedenen Wähler“ als „besonders politisch“. Anja KRÜKE, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 149), Düsseldorf 2007, S. 463.

33 Hanns Jürgen KÜSTERS (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche* (Rhöndorfer Ausgabe), Bd. 1: 1950–1954, Berlin 1984; Bd. 2: 1955–1958, Berlin 1986; Bd. 3: 1959–1961, Berlin 1988; Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche*, Bd. 4: 1961–1963, Berlin 1992.

Natürlich ist zu sehen, dass gerade eine Mehrheitspartei sich bemühen muss, nicht den Anschluss an neue Entwicklungen zu verlieren. Sie ist darauf angewiesen, ein integratives *Aggiornamento* an die Strömungen der Gegenwart vorzunehmen. Für diejenigen, die sich mit der Geschichte der Union befassen, könnte dies heißen, die übergreifenden Zeitströmungen und Probleme noch mehr als bisher in die spezifischen Forschungsperspektiven mit einzubeziehen. Die Forschungsdesiderate wären dann nicht allein parteiengeschichtlich zu definieren und zudem weiterhin interdisziplinär anzugehen. Denn die politische Großgruppe, deren historisches Gedächtnis erhalten werden soll, hängt mit ihrer Weiterexistenz von der inneren und äußeren Entwicklung ab, von der Staat und Gesellschaft bestimmt werden. Wäre man dieses Programm vor 20 bis 30 Jahren vor dem Hintergrund des damals noch verbreiteten Fortschrittsparadigmas noch optimistisch angegangen, so befindet sich die Bundesrepublik Deutschland heute in einem Zustand, der vieles Bewährte und Gewohnte über Nacht grundlegend in Frage stellt. Natürlich sieht sich die große Koalition schon zum Nachweis ihres Existenzrechts zu häufigem und raschem Handeln gezwungen; aber das bringt nicht die Frage zum Verstummen, wie es um die Grundlagen dieses Handelns bestellt ist und wie lange der innerparteiliche Basiskonsens angesichts des Aktionismus extravertierter Kompromissfindungen noch Bestand haben kann.

Welche Botschaften lassen sich aus der eigenen Geschichte unter Berücksichtigung der allgemeinen Interessen ableiten? Die gut eingeführten Kolloquien zu Gedenktagen, historischen Jubiläen oder „Ären“ im Umkreis der Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“ haben zu achtbaren Ergebnissen geführt und können gute Ausgangspunkte sein.<sup>34</sup> Es mögen abschließend einige Forschungsfelder angedeutet werden, die problemorientiert konzipiert sein sollten, ohne die historischen Ereigniskomplexe und Details zu vernachlässigen.

Dass der Sozialstaat von der Wirtschaft abhängt, ist eine Binsenweisheit. Es gelang der frühen Bundesrepublik, diese Reziprozität in einer so fruchtbaren Weise herzustellen, dass erneut nach den positiven Bedingungsfaktoren und den Gründen für den Niedergang dieses erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialmodells gefragt werden müsste: nach den psychologischen Voraussetzungen, nach den Allokationen von Produktionsstätten und Kraftwerken, die neuerdings auf breiter Front von dem Populismus bunt zusammengewürfelter Verhinderungscoalitionen abgeschmettert werden, nach der Schaffung und Instandhaltung von Verkehrsinfrastrukturen, nach Technikbegeisterung oder Technikverteufelung, nach der Erhaltung oder der Auslagerung von Produktions- und Wirtschaftsstandorten. Statt der immerzu behaupteten Priorität des

---

<sup>34</sup> Vgl. *Die Ära Kohl im Gespräch* (für die Jahre 1991 bis 1998), in: HPM 14 (2007), S. 231–312.

Umweltschutzes das mediale Feld zu überlassen, müssten wieder die Notwendigkeiten der Existenz- und Versorgungssicherung oder der Vermögensbildung ins Bewusstsein gerückt werden. Glaubt man Zeitungsmeldungen, so lebt die Mehrzahl der Einwohner der neuen Bundeshauptstadt Berlin von Transfereinkommen. Hier wäre manchem grünen Politiker der Besuch der Berliner Stadtbibliothek zu empfehlen, wo leicht zugängliche Adressbücher des 19. und 20. Jahrhunderts den damals überbordenden Gewerbereichtum der preußischen Hauptstadt bezeugen. Die Besinnung auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft bleibt geboten. Deren Väter griffen zwar zu gewissen Normierungen, aber auf ihrem Programm stand alles andere als die Ausdehnung der Staatswirtschaft oder die wie ein höheres Fatum hingegenommene Staatsverschuldung beim Bund, bei den Ländern und den Kommunen. Mittlerweile braucht man auch keine Auskunft von Bevölkerungswissenschaftlern mehr, um zu erahnen, welche Auswirkungen der Geburtenrückgang auf die wirtschaftliche und sozialstaatliche Stabilität haben wird.

Darf der große Traditionskomplex christlicher Kultur dem neuen Gebot gänzlicher weltanschaulicher Neutralität in der Öffentlichkeit geopfert werden? Wichtige Beispiele aus der Geschichte zeigen, wie rasch die Existenz des Christentums bedroht und ausgelöscht werden oder einfach nur verschwinden kann (wie im 7. Jahrhundert in Nordafrika geschehen)<sup>35</sup>. Auch der moderne säkularisierte Staat zehrt immer noch von den Grundlagen der christlichen Religion: Man denke nur an die verbreiteten Zeugnisse christlicher Kultur in Gebräuchen, in Kunst und Architektur, die immer wieder Besucher aus aller Welt angezogen haben; an die Nächstenliebe und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums als Grundlagen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, an die Personwürde als die Basis für das Bürgerrecht und für den das Gewissen des einzelnen achtenden Rechtsstaat; an den Pluralismus und die Gewaltenteilung im inneren und äußeren Staats- und Verfassungsleben. Es gibt gute Argumente für die These, dass die für das europäische politische Denken charakteristische Gewaltenteilung ihre Wurzel in der Trennung und zugleich Zuordnung von Kirche und Staat hat, einer so nur im abendländischen Europa antreffbaren Eigentümlichkeit der gemeinsamen Entwicklung von Staat und Religion. Die Sorge für das irdische Wohl und das überirdische Heil wurde zwei verschiedenen Institutionen anvertraut, die aber zum Besten des gemeinsamen Objekts ihrer Zuwendung, des Menschen, kooperativ statt in feindseliger Grenzüberschreitung miteinander umgingen. Die christliche Orientierung bildete dann einen starken Damm gegen die Vereinnahmung durch Ersatzreligionen wie die NS-„Volksgemeinschaft“ oder den Sozialismus der angeblich klassenlosen Gesell-

---

35 Vgl. Gregor WURST, *Wo liegt das Heilige Land? Historische Bemerkungen zur Lage der orientalischen Christenheit*, in: zur debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern 30 (2009), S. 32f.

schaft. Wird sie im interkulturellen Dialog mit der islamischen Immigration bestehen können? Dieses Problemfeld birgt auch eine innerparteiliche Relevanz. Die Orientierung an den Normen und Werten des christlichen Selbstverständnisses hat das Verantwortungsgefühl gestärkt, interne Klassenschranken überwunden, hat eine Sachdifferenzen ausbalancierende und Spaltungen verhindernde weltanschauliche Konsensbasis geschaffen. Darum lohnte sich die Neuentdeckung gemeinsamer Grundlagen, fielen sie doch zusammen mit dem Ruf nach Orientierung und Ethik, der inmitten der polyphonen Artikulationen der Gesellschaft immer deutlicher vernehmbar wird. Freilich entsteht dann auch die Gefahr der Oktroierung neuer Ideale, etwa solcher Vorstellungen der Gleichheit und Gerechtigkeit, die den Einsatz von unbequemem Sachverstand oder die Akzeptanz unterschiedlicher Qualifikationen und Leistungen in Familie und Beruf perhorreszieren. Und hier könnte auch kritisches Potential freigesetzt werden, das fehlende oder falsche Bilder von Gesellschaft hinterfragt. Dabei haben die christlichen Parteien den Vorzug, nicht ein eigenes Glaubensbekenntnis basteln zu müssen, sondern gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die Sinnagenturen der Religionsgemeinschaften verweisen zu können.

Schließlich verdient im zusammenwachsenden Europa und im Zeitalter der Globalisierung die internationale Zusammenarbeit christlich-demokratischer Parteien permanente Beachtung. Die Geschichte der Unionsparteien hat in belgischen, schweizerischen, österreichischen, französischen und amerikanischen Publikationen oft aufmerksames und wohlwollendes Interesse gefunden; so sind verschiedene Sammelwerke und Fallstudien über die christlich-demokratischen Parteien der europäischen Staaten erschienen.<sup>36</sup> Dieser Parteienvergleich gab Gelegenheit, die noch weithin vorherrschende These vom negativen Sonderweg der deutschen Geschichte aufzugreifen und zu relativieren. Man könnte aus diesem Vergleich heraus sogar von einem eher positiven Sonderweg der deutschen Geschichte sprechen. Denn Deutschland hat, wohl nicht zuletzt wegen seiner Bikonfessionalität, den christlichen Kirchen günstige staatsrechtliche Regelungen der Religionsfreiheit hervorgebracht: was geschieht, wenn

---

36 Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen – Programmatik – Perspektiven*, Freiburg 2004; Thomas KSELMAN/Joseph A. BUTTIGIEG (Hg.), *European Christian Democracy. Historical Legacies and Comparative Perspectives*, Notre Dame, Indiana 2003; Michael GEHLER/Wolfram KAISER/Helmut WOHNOUT (Hg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Köln 2001; Paul COLONGE/Rudolf LILL (Hg.), *Histoire religieuse de l'Allemagne* (Histoire religieuse de l'Europe contemporaine, 4), Paris 2000; Emiel LAMBERTS (Hg.), *Christian Democracy in the European Union 1945/1995. Proceedings of the Leuven Colloquium, 15.–18. November 1995* (Kadoc-Studies 21), Löwen 1997; Ennio DI NOLFO (Hg.), *Power in Europe?*, Bd. 2: *Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957*, Berlin/New York 1992; Hugues PORTELLI/Thomas JANSEN (Hg.), *La Démocratie chrétienne, force internationale* (Collection „Recherches de Politiques Comparées“ Nr. 2), Nanterre 1986.

sie auf den Prüfstand der Antidiskriminierungs- und Egalisierungsbestrebungen der Europäischen Union gelangen? Jedenfalls bleibt es weiterhin ein Dienst am europäischen Geschichtsbewusstsein zu zeigen, wie sehr gerade die Zusammenschlüsse christlicher Parteien, so der *Nouvelles Equipes Internationales* mit ihrem namhaften deutschen Kontingent, der Einigung Westeuropas in einer Zeit vorgearbeitet haben, die auch in die ganz andere Richtung dauerhafter Krisen und Unsicherheiten hätte führen können.<sup>37</sup> Was die Bundesrepublik betrifft, die nach innen und außen eine ungleich bessere Ausgangsposition hatte als die Weimarer Republik und eine gesicherte internationale Stellung erringen konnte, so ist ihr außenpolitischer Weg durch viele methodisch anspruchsvolle einschlägige Quellenwerke, die auch die parlamentarischen Hintergründe und Anstöße ans Licht heben, bestens dokumentiert.<sup>38</sup>

Dieses wichtige Arbeitsgebiet der Zukunft bringt uns auf den Ort des historischen Gedächtnisses zurück, das der Jubilar mit großer Sachkenntnis und unermüdlicher Initiative jahrzehntelang auf höchst verdienstvolle Weise verwaltet, betreut, gemehrt und ausgewertet hat. Denn die schönsten Fragestellungen der Gegenwart können eine historische Beantwortung nicht finden, wenn die stillen Zeugen der historischen Prozesse, die Geschichtsquellen in ihrer Vielfalt und Differenziertheit, verrottet oder verloren sind. Der Versuch, die internationalen Beziehungen und die Verbreitung der christlichen Demokratie erneut aufzuarbeiten, könnte sich auf wertvolle Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik stützen. Die Parteienfamilie reichte nach dem Ersten Weltkrieg von den an das Mittelmeer, den Atlantik, die Nordsee grenzenden Ländern bis zu den Ufern der Newa. Die bisherige uneigennützigte Förderung keineswegs nur parteinaher und vor allem junger Historiker, die sich das ACDP stets hat angelegen sein lassen, wird, so lässt sich hoffen, auf diesen und anderen Feldern ihre Fortsetzung finden.

37 Vgl. jetzt Stefan DELUREANU, *Les Nouvelles Equipes Internationales. Per una rifondazione dell'Europa (1947–1965)*, Domagnano, San Marino 2006; Jean-Dominique DURAND (Hg.), *Le Nouvelles Equipes internationales. Un movimento cristiano per una nuova Europa*, Soveria Mannelli 2007.

38 Siehe oben Anm. 28, 30, 31; *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957*, Halbbd. 1–2, bearb. von Helge HEIDEMEYER, Düsseldorf 2003, *1957–1961*, Halbbd. 1–2, bearb. von Reinhard SCHIFFERS, Düsseldorf 2004, *1961–1966*, Teilbd. 1–4, bearb. von Corinna FRANZ, Düsseldorf 2004, *1966–1969*, Halbbd. 1–2 (mit CD-ROM), bearb. von Stefan MARX (im Druck); *Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1953*, Halbbd. 1–2, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 1998, *1953–1957*, Halbbd. 1–2, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 2002, *1957–1961*, Halbbd. 1–2, bearb. von Joachim WINTZER/Josef BOYER, Düsseldorf 2003, *1961–1965*, Halbbd. 1–2, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 2004, *1965–1969*, Halbbd. 1–2, bearb. von Joachim WINTZER, Düsseldorf 2006, *1969–1972*, bearb. von Joachim WINTZER/Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 2007 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe 11/I–V, 13/I–VI).

## AUS DEM ACDP

### **„... eigenwillig wie der Frankenwein!“ – Der Journalist, CSU-Abgeordnete und Zeitzeuge Max Schulze-Vorberg und sein Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik**

Von Christopher Beckmann

Das biografische Genre hat in der Geschichtsschreibung zur Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen 15 bis 20 Jahren eine Renaissance erlebt. Musste in den 1970er Jahren vielfach noch eine antipersonalistische Einstellung, eine „Individualitätsprüderie“<sup>1</sup> gar, konstatiert werden, so konnte Hans-Peter Schwarz mit Blick auf das politische Spitzenpersonal der „Bonner Republik“ – trotz eines deutlichen Rückstandes gegenüber der angelsächsischen Biografik – kürzlich feststellen: „Immerhin: die in Deutschland so lange vergessene Kunst des Verfassens politischer Biografien blüht wieder auf.“<sup>2</sup>

In der Tat hat inzwischen eine beachtliche Zahl von Präsidenten, Kanzlern, Ministern, Ministerpräsidenten, Parteiführern, Diplomaten und einzelnen Abgeordneten ihre Biografien gefunden. Hinzu kommt eine stetig wachsende Zahl an Memoiren.<sup>3</sup> Diese Entwicklung dokumentiert natürlich nicht eine Rückkehr zum geschichtswissenschaftlichen Credo eines Heinrich von Treitschke, wonach Männer Geschichte machen. Man kann sie wohl eher als Beleg für die wieder stärker ins Bewusstsein gerückte Erkenntnis deuten, dass der Faktor „Persönlichkeit“ in der Geschichte zwar „nur einer von vielen“ ist, seine Be-

---

1 Wilhelm BERGES, *Biographie und Autobiographie heute*. In: *Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag*, Berlin/New York 1972, S. 27–48, das Zitat S. 29.

2 Hans-Peter SCHWARZ, *Zeitgenössische politische Größen im Fokus der Biografien*, in: Klaus HILDEBRAND/Udo WENGST/Andreas WIRSCHING (Hg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008, S. 609–625, das Zitat S. 622. SCHWARZ selbst hat mit seiner zweibändigen Adenauer-Biografie einen wichtigen Anstoß zu der beschriebenen Renaissance gegeben. Bd. 1: *Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986; Bd. 2: *Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1991.

3 Vgl. mit zahlreichen Beispielen Udo WENGST, *Machen Männer wieder Geschichte? Der Stellenwert von Politikerbiografien in der Geschichtsschreibung über die Bundesrepublik Deutschland*, in: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING (wie Anm. 2), S. 627–639. S. auch seinen Literaturbericht über Deutsche Geschichte nach 1945, Teil IV: Autobiografische Zeugnisse und Biografien. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54 (2003), S. 455–467.

deutung aber letztlich vernünftigerweise nicht bestritten werden kann.<sup>4</sup> Zum einen können nämlich Geschichtsverläufe ohne die Berücksichtigung der Beteiligten als handelnde oder leidende Individuen nicht verstanden werden, zum anderen bietet die Biografie einen „individuellen Zugriff zu überindividuellen Problemen“<sup>5</sup>, wie etwa Horst Möller noch zu Zeiten der „Individualitätsprüderie“ festgestellt hat. Selbstverständlich bleibt es eine zentrale Aufgabe jedes Biografen, die „Biografiewürdigkeit“ seines Gegenstandes zu begründen und zu verdeutlichen, „welcher Erkenntnisgewinn für die historische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland aus der jeweiligen Biografie gezogen werden kann“. Udo Wengst hat in diesem Zusammenhang kürzlich darauf hingewiesen, dass Biografien häufig die Möglichkeit bieten, anhand eines Menschenlebens verschiedene historische Epochen zu behandeln, wodurch auch die Viten von Persönlichkeiten der zweiten Reihe interessant würden, die nie zu den Schalthebeln der Macht oder in einflussreiche Positionen gelangt sind.<sup>6</sup>

In stetig steigendem Maße sind mittlerweile auch Vertreter der sogenannten Vierten Gewalt – Verleger und Journalisten – für „biografiewürdig“ befunden worden, wie allgemein der politische Journalismus und die Medien stärker in den Blick der historischen Forschung gerückt sind.<sup>7</sup> Das Interesse an den Vertretern der schreibenden bzw. sendenden Zunft, aber auch an ihren Verlegern hat einen doppelten Grund. Zum einen ist da ihre Rolle als „Chronisten der modernen Zeit“, deren Arbeit, so Gregor Schöllgen, „eine unverzichtbare

4 Hans-Peter SCHWARZ, *Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten*, Berlin 1998, S. 11–18.

5 Horst MÖLLER, *Aufklärung in Preußen. Der Verleger, Publizist und Geschichtsschreiber Friedrich Nicolai*, Berlin 1974, S. 5.

6 WENGST, *Männer* (wie Anm. 3), S. 633 u. 636.

7 Vgl. den Überblick bei Andreas SCHULZ, *Der Aufstieg der „vierten Gewalt“*. *Medien, Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter der Massenkommunikation*, in: *Historische Zeitschrift* 270 (2000), S. 85–97. Zur Entstehung und zum Bedingungs- und Bedeutungswandel des politischen Journalismus in den vergangenen beiden Jahrhunderten s. die instruktiven Beiträge in: Clemens ZIMMERMANN (Hg.), *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert* (Schriften der Siebenpfeiffer-Stiftung 8), Ostfeldern 2006; darin zur Bundesrepublik Thomas MERGEL, *Politischer Journalismus und Politik in der Bundesrepublik*, S. 193–211. Vgl. ferner Christina von HODENBERG, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006. Zunehmend werden auch die lange beschwiegenen personellen Kontinuitäten zur NS-Zeit thematisiert, die in der Frühzeit der Bundesrepublik u. a. beim „Spiegel“ und bei der „Zeit“ stark ausgeprägt waren. Vgl. die Beiträge von Lutz HACHMEISTER, *Ein deutsches Nachrichtenmagazin. Der frühe „Spiegel“ und sein NS-Personal* und Mathias von der HEIDE/Christian WAGNER, *„Weiter rechts als die CDU.“ Das erste Jahrzehnt der „Zeit“*, in: Lutz HACHMEISTER/Friedemann SIERING, *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München 2002, S. 87–120 bzw. S. 165–184. S. auch Martin WEISS, *Journalisten: Worte als Taten*, in: Norbert FREI (Hg.), *Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt/M. 2001, S. 241–301 und Sigrun SCHMID, *Journalisten der frühen Nachkriegszeit. Eine kollektive Biographie am Beispiel Rheinland-Pfalz*, Köln 2000.

Grundlage jeder zeitgeschichtlichen Forschung“ bildet, „weil das Leben, in allen Bereichen und wie nie zuvor in der Geschichte, zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden ist“. <sup>8</sup> Hans-Peter Schwarz hat festgestellt, dass unter den Bedingungen der modernen Mediengesellschaft gerade die Journalisten oftmals bereits „eine erste, sehr dicke Humusschicht historiografischer Darstellung und Erkenntnis“ aufhäuferten. <sup>9</sup> Zum anderen haben große Verlegerpersönlichkeiten mit ihren Presseimperien ebenso einen beachtlichen gesellschaftlichen und politischen Einfluss entfaltet wie herausragende Persönlichkeiten unter den Journalisten, von denen manche gar – wie auch Max Schulze-Vorberg – den Platz auf der Pressetribüne mit einem Sitz im Parlament tauschten. Zumindest aber haben sie durch ihre Interaktion nicht nur mit der Öffentlichkeit, sondern auch mit den Politikern einen erheblichen, allerdings naturgemäß schwer zu bemessenden Einfluss ausgeübt. <sup>10</sup>

Insofern ist es wenig verwunderlich, dass etwa die Mitglieder der sog. „Hamburger Kumpanei“, also die in „Feindfreundschaft“ einander mal kooperierend, mal sich bekämpfend verbundenen Rudolf Augstein <sup>11</sup>, Gerd Bucerius <sup>12</sup> und Axel Springer <sup>13</sup> inzwischen namhafte Biografen gefunden haben. Über die von Bucerius gegründete „Zeit“ hieß es kürzlich, sie sei „wie kaum ein anderes Pressemedium [...] durchgehend mit der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik verbunden“ gewesen. <sup>14</sup> Und über Axel Springer schrieb sein Biograf, er habe „in der Zeitgeschichte der Bundesrepublik so breite Spuren hinterlassen wie außer ihm nur die Bundeskanzler, die Parteiführer und – auf seine eigene Weise – Rudolf Augstein vom *Spiegel*“. Springer sei mithin „eine wichtigere politische Figur als mancher Ministerpräsident oder Kabinettsminister jener Jahre“ gewesen. <sup>15</sup> Weitere einflussreiche Vertreter der schreibenden Zunft, die in den letzten Jahren Gegenstand von Biografien wurden, sind so unterschiedliche Figuren wie etwa Henri Nannen <sup>16</sup>, Sebastian

8 Gregor SCHÖLLGEN, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991*, Lizenzausgabe, Darmstadt 1996, S. 479.

9 SCHWARZ, *Zeitgenössische politische Größen* (wie Anm. 2), S. 611.

10 Vgl. Jochen HOFFMANN, *Inszenierung und Interpenetration. Das Zusammenspiel von Eliten aus Politik und Journalismus*, Wiesbaden 2003.

11 Peter MERSEBURGER, *Rudolf Augstein*, Stuttgart 2007.

12 Ralf DAHRENDORF, *Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit*, München 2000. Dort findet sich der Terminus „Freundfeind“ zur Charakterisierung des Verhältnisses von Bucerius zu Axel Springer (S. 171).

13 Hans-Peter SCHWARZ, *Axel Springer. Die Biographie*, Berlin 2008.

14 Axel SCHILDT, *Immer mit der Zeit: Der Weg der Wochenzeitung DIE ZEIT durch die Bonner Republik – eine Skizze*, in: Christian HAASE/Axel SCHILDT (Hg.), „Die Zeit“ und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 43), Göttingen 2008, S. 9–27, das Zitat S. 9.

15 SCHWARZ, *Axel Springer* (wie Anm. 12), S. 12 und 661.

16 Hermann SCHREIBER, *Henri Nannen. Drei Leben*, Gütersloh 1999.

Haffner<sup>17</sup> und Marion Gräfin Dönhoff<sup>18</sup>. Wenn man auch dem langjährigen Bonner Korrespondenten des Bayerischen Rundfunks und späteren CSU-Bundestagsabgeordneten Max Schulze-Vorberg sicherlich keine derartige Bedeutung für die Entwicklung der Bundesrepublik zusprechen kann, so war er doch als Journalist und Parlamentarier eine bemerkenswerte und interessante Persönlichkeit, dessen Nachlass darüber hinaus von beachtlichem Quellenwert ist.

### *Herkunft und journalistische Anfänge*

In die Wiege gelegt wurde Schulze-Vorberg der spätere, durchaus ungewöhnliche Lebenslauf sicherlich nicht. Wie für viele andere seiner Generation war auch für ihn der Zweite Weltkrieg ein einschneidendes und prägendes Ereignis, das seinem Leben eine unvermutete Wendung geben sollte.

Geboren wurde er am 23. Februar 1919 unter dem Namen Max Schulze als Sohn eines evangelischen Dachdeckers in Düsseldorf. Nach der mittleren Reife trat er zunächst in die Fußstapfen seines Vaters und erlernte im elterlichen Betrieb ebenfalls das Dachdecker-Handwerk. Als Soldat nahm er am Russland-Feldzug teil und wurde im Herbst 1941 vor Moskau schwer an der Hand verwundet. Die Verletzung bedeutete nicht nur das Ende seines Kampfeinsatzes, sie machte auch eine spätere Rückkehr in den erlernten Beruf unmöglich. Nach einem längeren Lazarettaufenthalt wurde Schulze einer „Invalideneinheit“ zugeteilt und erhielt im Rahmen eines Sonderlehrgangs für Kriegsteilnehmer in München die Möglichkeit, das Abitur nachzumachen. Nach Erlangung der Hochschulreife absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaften an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Alpen-Universität Innsbruck. Hier wurde er im März 1945 mit einer von Professor Hermann Jahrreiss betreuten Arbeit über „Die Präambel in den völkerrechtlichen Verträgen des Deutschen Reiches 1933–1944“ promoviert.<sup>19</sup>

Kurz nach Kriegsende heiratete Max Schulze die um fünf Jahre ältere, aus Oberbayern stammende Senta Wunder, am 14. April 1946 kam das erste Kind, Max-Ludwig, zur Welt. Der junge Doktor der Rechte sah sich damit vor die drängende Frage gestellt, wie er die kleine Familie ernähren konnte. So begann er, sich als freier Journalist zu betätigen und schrieb Ende der 1940er Jahre für

17 Uwe SOUTRUP, „*Ich bin nun mal Deutscher.*“ Sebastian Haffner. Eine Biographie, Berlin 2001; Ralf BECK, *Der traurige Patriot. Sebastian Haffner und die deutsche Frage*, Berlin 2005. Die posthume Veröffentlichung von Haffners 1939 entstandener „Geschichte eines Deutschen“ im Jahr 2000 löste gar eine regelrechte „Haffner-Welle“ aus. Vgl. Ulrich SCHLIE, *Geschichte Deutschlands als Teil privater Lebensgeschichte. Ein Rückblick auf die Haffner-Welle*, in: Historische Zeitschrift 278 (2004), S. 399–415.

18 Klaus HARPPRECHT, *Die Gräfin. Marion Dönhoff*, Reinbek 2008.

19 Ein Manuskript der schmalen, mit „Gut“ bewerteten Arbeit findet sich im Nachlass, ACDP 01-831-032/2.

den „Münchener Merkur“, den „Mühldorfer Anzeiger“ und einige andere bayrische Heimatblätter, die „Rhein-Zeitung“ in Koblenz, das „Rhein-Echo“ in Düsseldorf und die „Rheinpfalz“ in Neustadt an der Weinstraße.<sup>20</sup> Im Sommer 1948 verfasste er für die „Würzburger Allgemeine“ und die ebenfalls in Würzburg erscheinende „Main-Post“ Berichte über ein in der Stadt abgehaltenes und vom „American Friends Service Committee“ gesponsertes „International Work Camp“, an dem er selbst teilnahm. Die Teilnehmer aus zehn verschiedenen Ländern beteiligten sich an Aufräum- und Restaurierungsarbeiten in der am stärksten zerstörten Stadt Bayerns.<sup>21</sup> Die Redaktion der „Main-Post“ war von der Art der Berichterstattung offenbar so angetan, dass sie den angehenden Journalisten fragte, ob er nicht auch über die Arbeit des Parlamentarischen Rates in Bonn berichten wolle, aber offenbar ohne ihm einen festen Vertrag anzubieten.<sup>22</sup> Eine diesbezügliche Anfrage Schulzes beim Deutschen Presse Dienst wurde negativ beschieden. Man sei, so hieß es von dort, in Bonn „bereits durch zwei ausgezeichnete Journalisten vertreten“.<sup>23</sup> Der in Staatsrecht promovierte Jurist, der ein großes Interesse für Verfassungsfragen mitbrachte und schon den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee aus nächster Nähe beobachtet hatte,<sup>24</sup> machte sich dennoch auf die Reise und traf nach eigener Erinnerung am 3. oder 4. September 1948 in der rheinischen Universitätsstadt ein.<sup>25</sup>

#### *Berichterstatte über den Parlamentarischen Rat*

Er beschrieb es später als glücklichen Zufall, in Bonn gleich am ersten Tag dem pfälzischen Unionsabgeordneten Albert Finck<sup>26</sup> begegnet zu sein, dem späteren Kultusminister von Rheinland-Pfalz. Dieser sei von seiner Fraktion damit beauftragt gewesen, sich „um die jungen Journalisten in Bonn zu küm-

20 Eine Reihe von Manuskripten aus den Jahren 1947/48 findet sich in ACDP 01-831-010.

21 Maschamay GRADION, *Der Parlamentarische Rat aus der Sicht des Journalisten Max Schulze-Vorberg*, unveröffentlichte Mag., vorgelegt der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Bonn 2000, S. 12. Im Nachlass findet sich lediglich das Manuskript eines zweiseitigen Berichts für die „Würzburger Allgemeine“ vom 14.9.1948, ACDP 01-831-033/4. Dort auch ein umfangreicher „Final Report“ in englischer Sprache, der eine Liste der Teilnehmer enthält.

22 Für diese und andere Informationen danke ich Herrn Max-Raimund Schulze-Vorberg, Königswinter, sehr herzlich.

23 Schreiben der dpd-Chefredaktion an Schulze-Vorberg vom 4.9.1948, ACDP 01-831-010.

24 Vgl. Max SCHULZE-VORBERG, „*Von der Centralisation kein Heil*“. *Wie es zum Bundesrat kam*, in: Rudolf HRBEK (Hg.), *Miterlebt – mitgestaltet. Der Bundesrat im Rückblick*, Bonn 1989, S. 65–82.

25 GRADION (wie Anm. 21), S. 12.

26 Zu Finck s. Theo SCHWARZMÜLLER, *Albert Finck (1895–1956). Redakteur, Rheinland-Pfalz*, in: Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49*, Freiburg i. Br. 2008, S. 151–160.

mer“ und habe ihm beim Parlamentarischen Rat die Türen geöffnet. Finck habe ihn auch mit Konrad Adenauer bekannt gemacht, zu dem er bald ein gutes Verhältnis aufbaute.<sup>27</sup> Günstig für Schulze dürfte sich zudem ausgewirkt haben, dass der CSU-Politiker und Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Anton Pfeiffer,<sup>28</sup> den er bereits als Organisator und Leiter der Beratungen von Herrenchiemsee kennengelernt hatte, zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat gewählt wurde.

Der junge Journalist schickte seine Berichte anfangs an verschiedene Adressaten,<sup>29</sup> darunter auch an den amerikanischen Sender „Radio München“, der am 25. Januar 1949 in deutsche Hände übergang und zum Bayerischen Rundfunk wurde.<sup>30</sup> Dessen Chefredakteur Walter von Cube sei auf ihn aufmerksam geworden und habe ihn zu einem Besuch bei sich in München eingeladen. Um etwas vorweisen zu können, habe er, so Schulze-Vorberg rückblickend, ein Tonbandinterview mit Konrad Adenauer im Gepäck gehabt, dass er mit technischer Hilfe von Kollegen des Nordwestdeutschen Rundfunks in Bonn aufgezeichnet hatte. Von Cube habe dieses Band noch am selben Abend gesendet. Kurz darauf habe er den ersten Vertrag mit Radio München geschlossen und sei so zum Rundfunk-Korrespondenten geworden. Eine Anregung des der Familie bald freundschaftlich verbundenen Chefredakteurs war übrigens dafür ausschlaggebend, dass diese – das zweite Kind Richard Otto wurde am 30. Oktober 1948 geboren – ihren Namen erweiterte. Bis dahin hatte man schlicht „Schulze“ geheißen. Von Cube habe gemahnt, dass unter einem solchen Allerweltsnamen eine journalistische Laufbahn nur schwer zu verwirklichen sein werde, zumal in Bayern: „Bei Radio München können Sie heißen, wie Sie wollen, nur nicht Schulze.“<sup>31</sup> Die Wahl fiel auf den Namen des kleinen, zum oberbayerischen Erharting gehörenden Weilers Vorberg, in dem die junge Familie seit kurzem wohnte. Für die journalistische Tätigkeit wurde der Name sofort, d. h. ab Ende 1948 verwendet, die formelle Namensänderung erfolgte erst am 4. Februar 1953, gegen die damals beträchtliche Gebühr von 125 DM.<sup>32</sup> Allerdings handelte es sich um eine lohnende Investition. Aus dem Dachdecker

27 Interview mit Stefan Reker in: DERS.: *Der Deutsche Bundestag. Geschichte und Gegenwart im Spiegel von Parlamentariern aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 1999, S. 198–214, hier S. 200f.

28 Christiane REUTER, „Graue Eminenz der bayerischen Politik“. *Eine politische Biographie Anton Pfeiffers*, München 1987; neuerdings Thomas SCHLEMMER, *Anton Pfeiffer (1888–1957). Chef der Staatskanzlei, Bayern*, in: BUCHSTAB/KLEINMANN (wie Anm. 26), S. 289–298.

29 Einige Manuskripte in: ACDP 01-831-010.

30 Zur Geschichte des Bayerischen Rundfunks s. neuerdings die Jubiläumsschrift von Karl Otto SAUR, „Ein bisserl was geht immer“. *Die Geschichte des Bayerischen Rundfunks*, München 2009.

31 GRADION (wie Anm. 21), S. 16.

32 Vgl. Kopie der Entschließung der Regierung von Oberbayern, ACDP 01-831-032/1.

Max Schulze war ein Journalist mit dem einprägsamen Namen Schulze-Vorberg geworden, der gemeinsam mit der markanten Mikrofonstimme in den folgenden Jahrzehnten zu einem Markenzeichen werden sollte.

Bei seinem Einstieg in den Journalismus profitierte Schulze-Vorberg davon, dass aufgrund der zunächst rigiden Ausgrenzung nationalsozialistisch belasteter Journalisten durch die Besatzungsmächte, die der Presse eine wichtige Rolle im Rahmen der angestrebten „Re-Education“ zumaßen, in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein beträchtlicher Personalmangel herrschte. Gerade im Rundfunk fiel die Entnazifizierung deutlich durchgreifender aus als etwa im Printbereich. Das erlaubte es „journalistischen Dilettanten“, ohne die entsprechende Vorbildung, aber mit den erforderlichen Fähigkeiten, im Mediensektor Fuß zu fassen.<sup>33</sup>

Bereits damals war Bonn offenbar ein „ausgesprochen offener Informationsplatz“.<sup>34</sup> Zu denjenigen, die ihm Gespräche und Interviews gewährten, gehörten mit Konrad Adenauer, Theodor Heuss, Carlo Schmid und Anton Pfeiffer führende Persönlichkeiten unter den Verfassungseltern.

Schulze-Vorberg pflegte die Plenarsitzungen sowie die Verhandlungen des Hauptausschusses unter Leitung des von ihm als verfassungsrechtliche Kapazität besonders geschätzten SPD-Politikers Carlo Schmid persönlich zu verfolgen. Über die nicht-öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse habe er sich durch deren Vorsitzende informieren lassen.<sup>35</sup> Wie gut er über die Arbeit des Rates und seiner Ausschüsse, die Besprechungen mit den Vertretern der Besatzungsmächte, die innerfraktionellen Diskussionen und Streitigkeiten, aber auch die sehr wichtigen informellen Verhandlungen zwischen den Parteien sowie mit den gesellschaftlichen Interessenverbänden wie Kirchen und Gewerkschaften informiert war, zeigen vor allem seine nicht zur Veröffentlichung bestimmten Hintergrund- und Informationsberichte an seinen Chefredakteur von Cube. Da sein Heimatsender damals in Bonn nicht zu empfangen war, verteilte Schulze-Vorberg die Manuskripte seiner für die Ausstrahlung im Bayerischen Rundfunk vorgesehenen Berichte und Kommentare an Parlamentarier und andere Interessierte. Auf diese Weise steigerte er seinen Bekanntheitsgrad und erschloss sich neue Informationsmöglichkeiten. Zu seinem Erfolg trug ferner bei, dass seine Beiträge nicht im damals noch verbreiteten, eher für eine aka-

33 HODENBERG: *Konsens* (wie Anm. 7), S. 118–138.

34 So rückblickend der schweizerische Journalist Fred Luchsinger. DERS.: *Konrad Adenauer und die Auslandspresse*, in: Karl-Günther VON HASE (Hg.), *Konrad Adenauer und die Presse* (Rhöndorfer Gespräche 9), Bonn 1988, S. 70–765, das Zitat S. 70. S. auch den Diskussionsbeitrag von Otto SCHUMACHER-HELMOLD, EBD. S. 94ff.

35 Vgl. GRADION (wie Anm. 21), S. 15.

demische Elite bestimmten „Vorlesungsstil“ abgefasst waren, sondern sich in allgemeinverständlicher Sprache an ein breites Publikum richteten.<sup>36</sup>

*Bonner Chefkorrespondent des Bayerischen Rundfunks*

Nach Abschluss der Beratungen des Parlamentarischen Rates und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 übernahm Schulze-Vorberg die Funktion eines Chefkorrespondenten des Bayerischen Rundfunks in Bonn, die er bis 1965 behalten sollte.<sup>37</sup> Bei seiner Arbeit profitierte er in besonderer Weise von seinem guten Verhältnis zum Bundeskanzler. Nach einem Gespräch über die Politik des neuen Kanzlers Ludwig Erhard und dessen prekärer Verhältnis zu Konrad Adenauer notierte Ernst Majonica, der Vorsitzende des außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, im Januar 1964 in seinem Tagebuch: „Schulze-Vorberg trauert ihm [d. i. Adenauer] nach, da sehr gute Beziehungen zu A. gehabt.“<sup>38</sup> In der Tat gehörte dieser zu einem kleinen Kreis handverlesener, von jüngeren Korrespondenten als „Oberkollegen“<sup>39</sup> bezeichneten Journalisten, die nicht nur zu den legendären „Teegesprächen“<sup>40</sup> eingeladen wurden, sondern auch bei noch vertraulicheren Hintergrundgesprächen dabei sein durften. Auch in Adenauers Feriendomizil in Cadenabbia am Comer See wurde Schulze-Vorberg des Öfteren empfangen, meist gemeinsam mit seinem Kollegen und Freund Walter Henkels. Zudem begleitete er den Kanzler auf zahlreichen Auslandsreisen, wobei – wenig überraschend – später seine Teilnahme am berühmten Moskau-Besuch von 1955 besonders thematisiert wurde, auch von ihm selbst.<sup>41</sup> Wiederum zeigt er sich in seinen Berichten als aufmerksamer und gut informierter Beobachter sowie als Bewunderer des greisen Kanzlers, der „die Mentalität der Menschen in aller Welt erfasste“ und stets

36 1948 kritisierten dänische Experten an der deutschen Presse, die Angehörigen der schreibenden Zunft seien „mehr Schriftsteller als Journalisten, mehr Philosophen als Leitartikler“, während die Rundfunkkommentatoren sich eines durch eine komplizierte Sprache geprägten „Vorlesungsstils“ befleißigten. Zit. bei HODENBERG: *Konsens* (wie Anm. 7), S. 138.

37 Zu den Schwierigkeiten, eine seinen Aufgaben angemessene finanzielle und technische Ausstattung zu bekommen, s. das ausführliche Schreiben an die Chefredaktion des Bayerischen Rundfunks vom 8.10.1949, ACDP 01-831-010.

38 ACDP 01-349-002/9, NL Ernst Majonica, Eintrag vom 1. Januar 1964.

39 Diskussionsbeitrag von Wolfgang WIEDEMAYER in Tilman MAYER (Hg.), *Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer* (Rhöndorfer Gespräche 23), Bonn 2009, S. 224.

40 Hanns Jürgen KÜSTERS (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche*, Bd. 1: 1950–1954, Berlin 1984; Bd. 2: 1955–1958, Berlin 1986; Bd. 3: 1959–1961, Berlin 1988; Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche*, Bd. 4: 1961–1963, Berlin 1992.

41 Vgl. etwa Max SCHULZE-VORBERG, *Die Moskau-Reise 1955*, in: Dieter BLUMENWITZ, u. a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Beiträge von Weg- und Zeitgenossen*, Stuttgart 1976, S. 651–664.

„die Gunst der Stunde“ zu nutzen verstand, um der Bundesrepublik ein Comeback auf der internationalen Bühne zu verschaffen.<sup>42</sup> Die Auslandsreisen Adenauers waren nicht zuletzt ein „wesentlicher, routinemäßiger Bestandteil der Kanzler-PR“,<sup>43</sup> weshalb der Berichterstattung darüber besondere Bedeutung zukam. So trug auch Schulze-Vorbergs Berichterstattung über die legendäre Moskareise 1955 dazu bei, diese zu dem großen Medienereignis zu machen, das sie von Anfang bis Ende war. Die Liste der insgesamt 82 deutschen Journalisten, die den Kanzler begleiteten, liest sich aus heutiger Sicht in der Tat „wie ein Gotha des Journalismus der fünfziger Jahre“.<sup>44</sup> Sie konnten allerdings keine individuellen Interviews mit den Mitgliedern der deutschen Delegation führen, sondern waren im Wesentlichen auf die Pressekonferenzen der deutschen und sowjetischen Seite sowie die allabendlichen Kommuniqués angewiesen. Schulze-Vorberg bemerkte allerdings rückblickend, dass Adenauer großen Wert auf die Information der Presse gelegt habe und verwies in diesem Zusammenhang des Öfteren auf ein in seinem Besitz befindliches, „Streng Geheim“ gestempeltes Dokument, in dem verschiedene Szenarien der Moskauer Verhandlungen durchgespielt wurden.<sup>45</sup> Er implizierte damit, dass das in seinem Nachlass vorhandene Papier<sup>46</sup> ihm mit Wissen oder gar auf Wunsch des Kanzlers zugespielt worden sei. Die Formulierungen in dieser Vorlage, die unter maßgeblicher Mitarbeit des AA-Beamten und späteren Botschafters Josef Jansen entstanden sei, habe Adenauer „in Moskau sinngemäß oder sogar oft wörtlich genutzt“.<sup>47</sup> Dieser habe auch dafür gesorgt, dass er mit dem Mikrofon in den Spiridonowka-Palast durfte.<sup>48</sup> In der Tat existiert ein Bild, auf dem hinter den Hände schüttelnden Verhandlungsführern Nikolai Bulganin und

42 So in einem möglicherweise mit Blick auf das zu erwartende baldige Ableben Adenauers verfassten, auf den 17.4.1967 datierten Manuskript mit dem Titel „Mit Konrad Adenauer auf Reisen“, ACDP 01-831-019/2. S. dort auch die für die „Deutsche Welle“ verfassten Manuskripte „Adenauer in Moskau“, „Adenauer in Amerika“, „Adenauer in Japan“ (Oktober 1963). Weitere Reiseberichte finden sich im gesamten Nachlass.

43 Lars ROSUMEK, *Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel*, Frankfurt/M. 2007, S.73. Als markante Beispiele zu nennen, sind etwa der Filmbericht über die USA-Reise von 1953 („Ein Mann kämpft für sein Volk“) oder ein Kurzfilm über die legendären Aufenthalte des Kanzlers in Cadenabbia am Comer See („Ferien ohne Urlaub“).

44 Werner KILIAN, *Adenauers Reise nach Moskau*, Freiburg i. Br. 2005, S. 93.

45 S. etwa Max SCHULZE-VORBERG, *Konrad Adenauer und der Rundfunk*. In: VON HASE (wie Anm. 34), S. 76–81.

46 Es handelt sich um Unterlagen für ein vorbereitendes Gespräch mit Vertretern der Bundestagsfraktionen, ACDP 01-831-034/3. Zu den zahlreichen, z. T. sehr umfangreichen Ausarbeitungen des Auswärtigen Amtes zur Vorbereitung der Moskau-Reise s. KILIAN (wie Anm. 44), S. 49ff. Materialien Schulze-Vorbergs zu dieser Reise, darunter handschriftliche Aufzeichnungen, finden sich außerdem in: ACDP 01-831-012/2, -030/4 und -034/3.

47 „Das Parlament“ vom 10.1.1992: „Adenauer setzte weder in Moskau noch in Paris auf schwarz“.

48 SCHULZE-VORBERG, *Rundfunk* (wie Anm. 45), S. 81.

Adenauer der in sein Mikrofon sprechende Schulze-Vorberg zu sehen ist. In seiner Berichterstattung wie in seinen rückblickenden Schilderungen hob er übrigens neben der Festigkeit und Würde der Haltung Adenauers auch die wichtige Rolle hervor, die der der deutschen Delegation angehörende SPD-Politiker Carlo Schmid für eine gute Arbeitsatmosphäre und den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen spielte.<sup>49</sup>

Bemerkenswert und ein Beleg für das gute Verhältnis zum Kanzler ist der Entwurf einer Rundfunkansprache Adenauers im Bayerischen Rundfunk über die Ergebnisse und die Folgerungen einer Reise in die USA und nach Japan im Frühjahr 1960. Der – möglicherweise von Schulze-Vorberg stammende – Entwurf ist vom Kanzler persönlich durchkorrigiert. Wesentliche Elemente wurden in die endgültige Fassung übernommen.<sup>50</sup>

Die Hochschätzung, die Konrad Adenauer und das Bundespresseamt dem jungen Journalisten offenbar entgegenbrachten, dürfte verschiedene Gründe gehabt haben. Einmal hatte sich Schulze-Vorberg durch seine Berichterstattung über den Parlamentarischen Rat einen guten Ruf als kompetenter, verantwortungsbewusster und nötigenfalls auch diskreter Journalist erworben, dem es nicht in erster Linie um kurzfristige Publizität und vermeintliche oder tatsächliche „Sensationen“ ging – Eigenschaften, die der Kanzler an Journalisten besonders schätzte.<sup>51</sup> Des Weiteren teilte Schulze-Vorberg mit der deutlichen Befürwortung der Weststaatsgründung, der europäischen Integration und des transatlantischen Bündnisses die zentralen außenpolitischen Grundüberzeugungen Adenauers, die dieser nach seiner Kanzlerwahl in praktische Politik umzusetzen begann. Im Januar 1949 hatte er in einem Bericht an Walter von Cube geschrieben: „Mir scheint, dass wir alle Möglichkeiten ergreifen müßten, die uns vom Westen her, also von den Amerikanern, zur Wiedererrichtung einer eigenen Ordnung geboten werden. In allen Eventualitäten erscheint mir diese Politik, für die sie bisher so konsequent eingetreten sind, als die richtige.“<sup>52</sup> Die transatlantische Bindung stellte stets eine zentrale Achse im außenpolitischen Denken Schulze-Vorbergs dar, ein Anliegen, in dem er sich mit Adenauer einig wusste. Am Ende von dessen Kanzlerschaft hob er die Herstellung einer engen Beziehung zu den USA als eine der wichtigsten Leistungen hervor, „trotz einer unverkennbaren Enttäuschung in den letzten Jahren“, die er mit „Differenzen zwischen der idealistischen Grundstimmung der amerikanischen Politik und dem nüchternen Realismus“ des alten Kanzlers erklärte. Dennoch gelte: „Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten war, ist und bleibt

49 S. etwa SCHULZE-VORBERG, *Moskaureise* (wie Anm. 41), S. 662.

50 Der korrigierte Entwurf und das Manuskript der Sendung, beide datiert auf den 13.4.1960, in: ACDP 01-831-019/2.

51 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Konrad Adenauer, die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen*, in: VON HASE (wie Anm. 34), S. 13–31, hier S. 17.

52 Bericht vom 27.1.1949, ACDP 01-831-010.

aus der Sicht der Bundesrepublik das feste Fundament deutscher Politik überhaupt.<sup>53</sup>

Von besonderem Interesse schließlich dürfte für Adenauer, der der Bedeutung der Presse und der Medien bekanntlich einen besonders hohen Stellenwert einräumte,<sup>54</sup> gewesen sein, dass Schulze-Vorberg mit seinen in Bayern viel gehörten Berichten und Beiträgen eine wertvolle Möglichkeit bot, dort die Grundsätze seiner Politik und die daraus hervorgehenden Maßnahmen zu vermitteln.<sup>55</sup> Der stets auf die öffentlichkeitswirksame Vermittlung seiner Politik bedachte Bundeskanzler betrachtete in der Zeit vor dem Siegeszug des Fernsehens den Rundfunk als „ein größeres Propagandamittel als die Zeitung, wahrscheinlich wenigstens“<sup>56</sup>. Zudem schätzte der von Hans Ulrich Kempfski als „kommunikatives Genie“<sup>57</sup> charakterisierte „alte Fuchs“ die Möglichkeit, über den Rundfunk seine Vorstellungen – anders als oftmals in den Printmedien – unredigiert unters Volk zu bringen: „Bei der Presse bin ich immer darauf angewiesen, was der schreibende Journalist aus meinen Erklärungen macht, wie er sie kürzt usw., wie er sie interpretiert, mit welchen Überschriften er sie versieht. Bei euch im Rundfunk gehe ich davon aus, daß eine Erklärung, die ich abgebe, dann auch so gesendet wird, wie ich sie abgegeben habe. Das ist mir sehr wichtig.“ So läßt sich erklären, warum Adenauer schon im ersten Jahr ihrer Existenz viermal in der von Schulze-Vorberg entwickelten und verantworteten Sendereihe „Politik aus erster Hand“ sprach.<sup>58</sup>

Indes war es nicht allein der Kanzler, der seine Bedeutung als Berichterstatter und Kommentator hoch einschätzte. Auch Kurt Schumacher,<sup>59</sup> bis zu seinem frühen Tod im August 1952 Vorsitzender der SPD und schärfster Widersacher Konrad Adenauers, lud ihn regelmäßig zu einem „Konkurrenzunternehmen“

53 Adenauer in Amerika (datiert „im Oktober 1963“), ACDP 01-831-019/2.

54 S. u. a. neuerdings Magnus BRECHTKEN, „Finden Sie das so schön?“ *Über Medienorientierung und Imagebildung Konrad Adenauers*, in: HILDEBRAND/WENGST/WIRSCHING (wie Anm. 2), S. 211–223.

55 Schulze-Vorberg konstatierte rückblickend, die Resonanz der bayrischen Öffentlichkeit auf seine Berichte über die Beratung des Grundgesetzes in Bonn sei „erstaunlich“ gewesen. Vgl. GRADION (wie Anm. 21), S. 116. Zur Begründung zitierte er gern Konrad Adenauer, der ihm gegenüber geäußert habe, Bayern sei das einzige deutsche Land „mit echtem Staatsgefühl“. S. EBD. sowie SCHULZE-VORBERG, *Rundfunk* (wie Anm. 45), S. 76.

56 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8), 2. Aufl., Stuttgart 1986, S. 328.

57 Hans Ulrich KEMPSKI, *Um die Macht. Sternstunden und sonstige Abenteuer mit den Bonner Bundeskanzlern von 1949 bis 1999*, Berlin 1999, S. 46.

58 Das Zitat nach SCHULZE-VORBERG, *Rundfunk* (wie Anm. 45), S. 82f. Die Manuskripte der Sendungen u. a. in: ACDP 01-831-029/2.

59 Zu Schumacher s. Peter MERSEBURGER, *Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart 1995.

in seinem Wohnhaus auf dem Bonner Venusberg ein, sog. „Journalistenkaffees“, wo es, wie Schulze-Vorberg sich erinnerte, von Cognac befeuert, lebhafter und ungezwungener zugeht als bei Adenauers doch recht förmlich verlaufenden Pressetees im Palais Schaumburg.<sup>60</sup> Auch Schumacher sprach regelmäßig im Rahmen der BR-Reihe „Politik aus erster Hand“, oft in Reaktion auf dort gesendete Beiträge des Kanzlers.<sup>61</sup> Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es, als Schulze-Vorberg am 5. November 1958 den sowjetischen Botschafter Wladimir Smirnow in dieser Reihe eine Ansprache halten ließ. Es kam zu Protesten in der Presse und kurzzeitig auch aus dem Kanzleramt. Schulze-Vorberg und sein Chefredakteur Walter von Cube, der das Unternehmen unterstützt und im Anschluss an die Ausstrahlung der Rede Smirnows ein durchaus kritisches einordnendes Nachwort gesprochen hatte,<sup>62</sup> mussten eine lange Befragung durch den Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks über sich ergehen lassen. In deren Verlauf hatte Schulze-Vorberg sich mit dem Argument verteidigt, man habe „nichts anderes getan, als den russischen Botschafter auf eine Stufe mit den anderen Botschaftern“ zu stellen.<sup>63</sup> Möglicherweise waren es derartige Erfahrungen, die Schulze-Vorberg veranlassten, dem beim unter amerikanischer Leitung stehenden RIAS in Berlin tätigen Egon Bahr mit der neidvollen Begründung zu gratulieren, er „sei bei den Amerikanern freier als die Korrespondenten, die auf Ausgewogenheit unter Aufsicht der Gremien mit ihren Parteiräten achten müssten“.<sup>64</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der gebürtige Rheinländer Schulze-Vorberg mit seiner Arbeit in Bonn mitverantwortlich dafür war, dass der Bayerische Rundfunk seinerzeit als einer der bestinformierten und in der politischen Berichterstattung führenden deutschen Sender galt. Als aufmerksamer und kluger Beobachter der Bonner Szene begleitete er die Politik des ersten Bundeskanzlers und der von ihm geführten Bundesregierungen durchaus nicht unkritisch, befand sich aber in nahezu allen wichtigen Fragen auf der Linie des Bundeskanzlers. Die anfangs durchaus noch vorhandene Skepsis wich bald einer zustimmenden Bewunderung. Am 15. September 1949 hatte er nach der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler in seinem Bericht erklärt: „Adenauer, Zeit seines Lebens Kommunalpolitiker, anerkannter Kommunalpolitiker, geht in die große Politik. Ob er sie groß durchführt, wird sich zeigen. Wir wollen es

60 Max SCHULZE-VORBERG, *Kurt Schumacher aus der Sicht eines Journalisten*, in: *Nachdenken. Kurt Schumacher und seine Politik*, Bonn/Berlin 1996, S. 103–108, hier S. 103f.

61 EBD. S. 105f.

62 Wortlaut der Rede Smirnows und des „Nachworts“ in: ACDP 01-831-015/1. Dort auch Presseberichte, Kommentare und Korrespondenz zu der Angelegenheit sowie die Stellungnahme des Regierungssprechers Felix von Eckardt vor der Bundespressekonferenz.

63 Protokoll der Sitzung des BR-Rundfunkrats vom 17.11.1958, ebd. das Zitat S. 2.

64 Egon BAHR, *Zu meiner Zeit*, 2. Aufl., München 1996, S. 64.

hoffen im Interesse von uns allen.“<sup>65</sup> Am Ende der Amtszeit des Gründungskanzlers kamen die hohe Wertschätzung, die Schulze-Vorberg gegenüber dem politischen Werk wie auch der Person des „Alten von Rhöndorf“ gegenüber entwickelt hatte, in einem umfangreichen Beitrag zum Ausdruck, in dem er kurz vor der Ablösung durch Ludwig Erhard eine Bilanz der 15-jährigen politischen Arbeit Adenauers in Bonn zu ziehen versuchte. Als dessen herausragende Leistungen hob er die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, die Aussöhnung mit Frankreich, die Etablierung der parlamentarischen Demokratie und generell die Befriedung und Stabilisierung der zuvor zutiefst aufgewühlten deutschen Gesellschaft hervor. Die Zukunft werde einmal urteilen „über den Staatsmann, der spielend und ernst, innig und konzentriert gearbeitet hat für seinen Staat, in dem es in seiner Regierungszeit keinen Aufstand und keine Inflation, keinen Generalstreik und keine Arbeitslosigkeit gab und gibt – und in dem sich der mächtige Kanzler nicht nur den Mehrheitsentscheidungen beugte, sondern nun auch dem Grundgesetz der Demokratie als einer ‚Herrschaft auf Zeit‘“.<sup>66</sup>

#### *Abgeordneter des Deutschen Bundestages*

1965 entschloss sich Schulze-Vorberg, von den Höhen der Pressetribüne in die Niederungen des Plenarsaals zu wechseln, und bewarb sich – trotz anfänglicher Widerstände und Vorbehalte wegen seiner rheinischen Abstammung<sup>67</sup> – erfolgreich um die Direktkandidatur für die CSU im Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen. Später berichtete er, es sei der damalige bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel gewesen, der mit dem Vorschlag einer Kandidatur an ihn herangetreten sei. Offenbar habe, so mutmaßte er rückblickend, „die CSU-Führung meinen Bekanntheitsgrad für so interessant [gehalten], daß sie sich davon etwas versprach“.<sup>68</sup> Sicherlich hat den langjährigen Beobachter der Bonner Politik-Szene die Aussicht gereizt, einmal selbst gestaltend politisch tätig zu sein. Bei der Entscheidung, das Angebot einer Kandidatur anzunehmen, dürfte aber auch eine Rolle gespielt haben, dass das Verhältnis zur Spitze des Bayerischen Rundfunks inzwischen nicht mehr spannungsfrei war. Wiederholt hatte sich Schulze-Vorberg beim seit 1960 amtierenden Intendanten Christian Wallenreiter darüber beschwert, bei Fernsehsendungen aus Bonn nicht berücksichtigt

65 Manuskript, handschriftlich datiert auf den 15.9.1949, ACDP 01-831-019/2.

66 „Nach 15 Jahren. Ein Bericht über Konrad Adenauer.“ Manuskript (16 S.) vom 2.9.1963, ACDP 01-831-021/1, das Zitat S. 16.

67 Vgl. Rundschreiben der Vorsitzenden der Kreisverbände Kitzingen-Land und Gerolzhofen „An die Wahlmänner für die Aufstellung des Bundestagskandidaten im Stimmkreis Schweinfurt“ vom 23.3.1965, ACDP 01-831-014/2.

68 REKER (wie Anm. 27), S. 205f. und S. 199.

und überhaupt zunehmend an den Rand gedrängt worden zu sein.<sup>69</sup> Generell hatte seit den späten 1950er Jahren der Rundfunk einen Bedeutungsverlust erfahren und war als „Hegemon der häuslichen Freizeit“ zunehmend vom Fernsehen als dem neuen Leitmedium verdrängt worden.<sup>70</sup>

Vielleicht spielte auch ein seit Ende der 1950er Jahre sich allmählich vollziehender Wandel des journalistischen Klimas und Selbstverständnisses eine gewisse Rolle. Die Medienkritik an tatsächlichen oder vermeintlichen Missständen in der Bundesrepublik intensivierte und radikalisierte sich, nicht zuletzt durch das Auftreten neuer, anders sozialisierter Generationen von Journalisten, und entwickelte eine Tendenz zur Skandalisierung. Dies führte auch zu einer „Polarisierung im Journalismus“,<sup>71</sup> eine Entwicklung, die möglicherweise zu Schulze-Vorbergs Entschluss, in die aktive Politik zu wechseln, beitrug.

Als gute Voraussetzung für einen solchen Wechsel betrachtete er seine beruflichen Erfahrungen als Dachdecker und Journalist. Gerade Menschen mit „verschiedenen beruflichen Voraussetzungen“ seien, wie er später einmal in einem Interview erklärte, „im Bundestag sicher gut zu gebrauchen“.<sup>72</sup> Am 28. März 1965 setzte sich Schulze-Vorberg bei der Wahlmännerversammlung der CSU des Wahlkreises Schweinfurt/Kitzingen mit 18:12 Stimmen gegen seinen Mitbewerber, den Ebersbrunner Bürgermeister Hans Mahr, durch.<sup>73</sup> In den folgenden Wochen und Monaten stellte er sich in einer Vielzahl von Versammlungen den Bürgern seines Wahlkreises vor und konnte viel prominente Unterstützung für sich mobilisieren, allen voran Bundeskanzler Ludwig Erhard, außerdem die Ministerpräsidenten Goppel und Kurt Georg Kiesinger sowie den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß.<sup>74</sup> Seine Frau habe den hohen Zeitaufwand damit kommentiert, dass sie auf sein Kopfkissen ein Plakat mit der Aufschrift: „Hier ruhte mein Mann, bevor er ein CSU-Kandidat wurde!“ gelegt habe.<sup>75</sup> Bei der Wahl, die wegen des Todes eines konkurrierenden Kandidaten in Schweinfurt erst am 3. Oktober 1965 stattfand, setzte er sich deut-

69 Schreiben Schulze-Vorbergs an Wallenreiter vom 4.11.1963, 1.4.1964 und 28.4.1964, ACDP 01-831-017/2.

70 Axel SCHILDT, *Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren*, in: DERS./Arnold SYWOTTEK (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1998, S. 458–476.

71 HODENBERG: *Konsens* (wie Anm. 7), S. 293–440, das Zitat S. 365. Vgl. auch DIES., *Die Journalisten und der Aufbruch zur kritischen Öffentlichkeit*, in: Ulrich HERBERT (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 278–311. Manche Urteile der Autorin, speziell zur Ära Adenauer, sind durchaus diskussionsbedürftig.

72 Interview für den WDR-Schulfunk zum Thema „Was der Abgeordnete alles wissen muß“, gesendet am 1.2.1971, WDR III, Manuskript, ACDP 01-831-024/2.

73 Vgl. „Schweinfurter Volkszeitung“ vom 29.3.1965: „Schulze-Vorberg ist CSU-Kandidat“.

74 Unterlagen zum Wahlkampf in: ACDP 01-831-014/2.

75 Union Informations-Dienst vom 22.7.1965: „Als Kandidat der Union“.

lich gegen seine Konkurrenten durch, wobei sein Erststimmenergebnis die Zahl der Zweitstimmen für die CSU übertraf.<sup>76</sup> Diesen Erfolg wiederholte er – mit ähnlich deutlichen Ergebnissen – bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972.

Am 18. Oktober 1965 verabschiedete sich Schulze-Vorberg von seinen Hörern als Parlamentskorrespondent des Bayerischen Rundfunks. Er dankte den Kollegen beim Sender, „die vor 17 Jahren einem Rundfunkneuling eifrige Fehler nachsahen, ihm Mut zum offenen Bericht gaben“, ebenso „allen Hörern, die meine Bonner Berichte zustimmend oder kritisch begleiteten“. Er fügte hinzu: „Wohl jeder politischer Journalist verspürt einmal den Reiz, sich selbst als Politiker zu versuchen. Ich bin diesem Reiz erlegen, habe ein Mandat errungen, bin froh darüber, handeln zu müssen und doch weiter, wenn auch in anderen Formen, berichten zu können.“<sup>77</sup>

Im Deutschen Bundestag befasste er sich, wie angesichts seines bisherigen Berufes nicht anders zu erwarten, u. a. mit Medienfragen und leitete von 1972 bis 1974 die Medienkommission der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Hier plädierte er wiederholt für den Erhalt der Vielfalt der deutschen Presse, auch und gerade im lokalen und regionalen Bereich.<sup>78</sup> Er wurde Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und stellvertretender Vorsitzender des u. a. auf seine Anregung hin eingesetzten Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sein Hauptarbeitsgebiet als Abgeordneter wurde jedoch die Auswärtige Kulturpolitik. Am 18. März 1970 beschloss der Bundestag auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“. Sie erhielt den Auftrag, „Zielsetzung, Inhalt, Organisation und Finanzierung der bisherigen auswärtigen Kulturpolitik zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechende Reformvorschläge vorzulegen“. Ziel war es, Empfehlungen für eine bessere kulturelle Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu erarbeiten und dem Deutschen Bundestag vorzulegen.<sup>79</sup> Schulze-Vorberg gehörte der Kommission von Anfang an und wurde nach dem Tod des ersten Vorsitzenden, Berthold Martin von der CDU, am 14. Dezember 1973 zum neuen Vorsitzenden gewählt. Es erfüllte ihn mit Stolz, dass der Abschlussbericht<sup>80</sup> der Kommission, „die erste umfassende Konzeption und das erste offiziell und politisch verbindliche Konzept deutscher Aus-

76 Schulze-Vorberg erzielte 60,8 % der Erststimmen, die CSU erreichte bei den Zweitstimmen 57,2 %.

77 Manuskript in: ACDP 01-831-022/2.

78 Vgl. etwa „Neue Ruhr Zeitung“ Essen vom 6.10.1967: „Mit Leidenschaft eine Lanze für die Zeitung“ und „Die Meinungsvielfalt erhalten und stärken“, in: Deutschland-Union-Dienst, 21. Jg., Nr. 193 vom 11.10.1967, S. 1f. S. auch die Unterlagen in ACDP 01-831-008/1 und -008/2.

79 Sten. Ber. 6. WP, Bd. 72, 39. Sitzung, S. 2017.

80 Deutscher Bundestag, Drucksache 7/4121 vom 7.10.1975.

wärtiger Kulturpolitik“<sup>81</sup> vom Parlament einstimmig angenommen wurde. Darin findet sich u. a. die Forderung, dass die „Wahrnehmung kultureller Aufgaben im Ausland“ künftig für die deutschen Auslandsvertretungen „gleichrangig neben der Wahrnehmung politischer und wirtschaftlicher Aufgaben“ zu stehen habe. Die Ziele beschrieb er mit den Worten: „Unsere kulturelle Außenpolitik möge weiterhin Vorurteile beseitigen, Verständnis wecken, Vertrauen schaffen, Freunde gewinnen.“<sup>82</sup>

Intensiv befasste sich Schulze-Vorberg mit der geplanten Errichtung eines Kernkraftwerks im in seinem Wahlkreis liegenden Grafenrheinfeld. Bereits zu einer Zeit, als die Sozialdemokraten und der amtierende Bundeskanzler Willy Brandt noch verlangten, man müsse mit der Nutzung der Atomenergie „rascher, als bisher geplant, vorankommen“, verwies er auf die Risiken der Technologie, warnte vor einem sorglosen Umgang mit Kernreaktoren und mahnte den Schutz der Bevölkerung als oberste Priorität an. Zudem erhob er die Forderung: „Wir werden lernen müssen, Energie zu sparen, statt sie zu verschwenden.“<sup>83</sup> 1989 bezeichnete er, mit Blick auf die inzwischen gänzlich gewandelte Haltung der Sozialdemokraten zur Kernenergie, die bundesdeutschen Atomkraftwerke als „Brandt-Ruinen“.<sup>84</sup> Für einige Aufmerksamkeit sorgte auch sein im April im Rahmen der Bundestagsdebatte zum Weingesetz gehaltenes leidenschaftliches Plädoyer für den Schutz der fränkischen Bocksbeutelflasche, in deren Verlauf er eine Miniaturausgabe dieser Flaschenform aus der Tasche zog und dem Hohen Haus präsentierte.<sup>85</sup>

Innerhalb der CSU-Landesgruppe erwies sich der politische Seiteneinsteiger als Querdenker und eigenwilliger Kopf, der sich nicht ohne weiteres in die Fraktions- oder Landesgruppendisziplin einbinden ließ. So stimmte er am 30. Mai 1968 im Plenum als einziger Abgeordneter seiner Fraktion gegen die umkämpften Notstandsgesetze, weil er, wie er in einer zu Protokoll gegebenen Erklärung ausführte, der Auffassung war, es seien „so komplizierte Artikel entstanden, daß ihre Wirksamkeit gegen wirkliche Notstände bezweifelt werden kann ... Bei mir überwiegen die Bedenken.“<sup>86</sup> 1973 gehörte er zu den wenigen Mitgliedern der CSU-Landesgruppe, die bei der Abstimmung innerhalb der Gesamtfraktion über den gleichzeitigen UN-Betritt von Bundesrepublik und

81 Julia SATTLER, *Nationalkultur oder europäische Werte? Britische, deutsche und französische Auswärtige Kulturpolitik zwischen 1989 und 2003*, Wiesbaden 2007, S. 61.

82 So Schulze-Vorberg bei der Vorstellung des Berichts vor der Bundespressekonferenz, CSU-Pressemitteilungen Nr. 301/1975 vom 22.10.1975.

83 „Abendpost“ (Nachtausgabe) vom 14.1.1974: „Das Risiko bei den Atomkraftwerken“. S. auch die Unterlagen in: ACDP 01-831-007/2.

84 „Die Welt“ vom 26.8.1989 („Brandt-Ruinen“).

85 Wortlaut der „Bocksbeutelrede“ in: Sten. Ber. 5. WP, Bd. 69, 227. Sitzung am 23.4.1969, S. 12566–12568. S. auch die Unterlagen in: ACDP 01-831-006/2.

86 Sten. Ber. 5. WP, Bd. 67, 178. Sitzung, Anlage 10, S. 9661.

DDR ein zustimmendes Votum abgaben und das Vorhaben der Parteiführung ablehnten, gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anzustrengen.<sup>87</sup> Das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen brachte dann aus Sicht der CSU-Spitze die Ankündigung Schulze-Vorbergs, den Ende 1975 zur Verabschiedung anstehenden Verträgen zwischen der Bundesrepublik und Polen aus „politischen und christlichen Gründen“ zustimmen zu wollen. Man müsse „wirklich zwischen den kommunistischen Staaten zu differenzieren beginnen“. Gleichzeitig sei es so, „daß die Menschen drüben darauf warten, daß ihnen geholfen wird“, was sich vor allem auf die Gruppe der Volksdeutschen in Polen bezog.<sup>88</sup> Zudem berief er sich auf Adenauer, der erklärt habe, mit Polen müsse ein ähnlicher Ausgleich erreicht werden, wie er im Verhältnis zu Frankreich schon gelungen sei.<sup>89</sup> Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ notierte, dass mit diesem Ausscheren aus der vom CSU-Vorsitzenden Strauß vorgegebenen Linie<sup>90</sup> „die politische Karriere des Dr. Max Schulze-Vorberg unter Brüdern jedenfalls als beendet“ gelte<sup>91</sup>. Er selbst erklärte wenig später seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur und erläuterte, dass die Frage der sog. „Polenverträge“ nur „der letzte Punkt auf dem i“ gewesen sei. Es gebe schon länger „schwere politische Differenzen“ mit Franz Josef Strauß und der CSU-Führung. Diese hätten sich nunmehr so zugespielt, „dass er den Verzicht auf die Kandidatur für notwendig halte“.<sup>92</sup> Eine andere Version verbreiteten Strauß und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Richard Stücklen, in einer gemeinsamen Erklärung. Der „wirkliche Grund“ für den Verzicht Schulze-Vorbergs sei der in seinem Wahlkreis gewachsene „Unmut“ darüber, dass er – entgegen anderslautender Versprechungen – seinen Wohnsitz in Bad Godesberg behalten habe. Zudem seien

87 Vgl. dazu und zum Gesamtzusammenhang Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47), Düsseldorf 2005, S. 418–500.

88 Vgl. Interview mit dem „Kurier am Morgen“ vom 20.11.1975, Bandabschrift ACDP 01-831-006/1. Dort auch weitere Unterlagen. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen hatten Bundeskanzler Helmut Schmidt und der polnische Parteisekretär Edward Gierek in der Nacht vom 1. auf den 2.8.1975 am Rande des Helsinki-Gipfels der KSZE einen Kompromiss gefunden, der ein Renten- und Unfallversicherungsabkommen, die Pauschalabgeltung von Rentenansprüchen, einen Finanzkredit, eine großzügige Familienzusammenführung und ein langfristiges Kooperationsprogramm für Wirtschaft, Industrie und Technik vorsah. Vgl. AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 1975 Bd. 2, S. 1144–1148. Der Wortlaut der Verträge mit der Volksrepublik Polen in BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG 1975, S. 1193–1203.

89 S. etwa REKER (wie Anm. 27), S. 207f.

90 Vgl. den Brief von Franz Josef Strauß an Schulze-Vorberg vom 23.10.1975, ACDP 01-831-006/1.

91 „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 6.11.1975: „Der Mann, der ja sagte“.

92 „Frankfurter Rundschau“ vom 18.11.1975: „Schulze-Vorberg will nicht mehr“.

seine politischen Ambitionen nicht erfüllt worden, so etwa das Ansinnen, stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe werden zu wollen: „Die Mitglieder der Landesgruppe haben ihn zu seinem großen Bedauern nie dafür für politisch qualifiziert gehalten.“ Spricht hieraus schon ein großes Maß an Verärgerung gegenüber dem „Außenseiter“<sup>93</sup>, so kann man die abschließende Bemerkung, es sei fraglich, ob Schulze-Vorberg sich angesichts seines Verhaltens „den Ruf eines ernstzunehmenden Publizisten für die angeblich angestrebte Rückkehr in seinen Beruf wieder verschaffen kann“<sup>94</sup>, nur als unschönes Nachtreten bezeichnen. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Karl Carstens, erklärte der Angegriffene denn auch, die letztgenannte Aussage werde „unter Journalisten als der Versuch gewertet wird, meine zukünftige berufliche Tätigkeit zumindest zu stören“.<sup>95</sup> Nachfolger Schulze-Vorbergs als Abgeordneter für den Wahlkreis Schweinfurt/Kitzingen wurde der spätere CSU-Landesgruppenvorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos.

Schulze-Vorberg begründete seine unabhängigen, des Öfteren von der Fraktionslinie abweichenden Auffassungen übrigens mit der langjährigen Prägung durch den Journalistenberuf. Ein Journalist habe nämlich die Aufgabe, verschiedene Auffassungen „sauber darzustellen“, um dann – nach sorgfältiger Abwägung – eventuell einem Lösungsvorschlag den Vorzug zu geben. Als Politiker tue man sich dann eben schwer, „zu sagen, wir haben absolut recht, und die anderen haben absolut unrecht. Das macht die Sache schwer ...“. Besonders in der stark auf Franz Josef Strauß zugeschnittenen CSU habe man es – stärker als in der CDU – mit einer solchen Haltung schwer, da dort besonders großer Wert auf Einheitlichkeit gelegt werde. Am Ende seiner Abgeordneten-tätigkeit empfand er daher, wie er freimütig einräumte, durchaus auch „ein Stück Resignation“.<sup>96</sup>

### *Freier Journalist und Zeitzeuge*

Nach dem Ausscheiden aus dem Parlament wandte sich Schulze-Vorberg wieder dem Journalismus zu und schrieb als freier Mitarbeiter für verschiedene Blätter. U. a. war er Gastkolumnist der „Welt“ und des Bonner „General-Anzeigers“ und gehörte 1989 zu den Herausgebern einer Sonderausgabe der Wo-

93 Kommentar von Max Horné im Bayerischen Rundfunk am 26.11.1975, „Max Schulze-Vorberg – der Außenseiter“, Manuskript ACDP 01-831-006/1.

94 „Münchener Merkur“ vom 20.11.1975: „Erwartung nicht erfüllt“. S. auch dpa Nr. 203 vom 19.11.1975.

95 Schulze-Vorberg an Carstens, 22.11.1975 (Abschrift für die Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion), ACDP 01-831-006/1.

96 Interview mit dem SFB vom 3.1.1976, in: ACDP Dokumentation, AO Max Schulze-Vorberg.

chenzeitung „Das Parlament“ zum Thema „40 Jahre Bundeshauptstadt Bonn“. <sup>97</sup> Auch für den Bayerischen Rundfunk wurde er gelegentlich mit einigen Rundfunk-Beiträgen wieder aktiv. <sup>98</sup> Je weiter sich die Anfangsjahre der Bundesrepublik zeitlich entfernten und damit verstärkt in den Fokus der historischen Forschung gerieten, desto wichtiger wurde eine weitere Funktion: Max Schulze-Vorberg wurde mehr und mehr zu einem gefragten und gern gehörten Zeitzeugen, vor allem zu den Anfangsjahren und zur Frühgeschichte der „Bonner Republik“. So nahm er regelmäßig als Referent und Diskutant an den von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus veranstalteten „Rhöndorfer Gesprächen“ zur Politik des ersten Kanzlers teil, trat bei Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zur politischen Bildung als Referent auf und beteiligte sich an Podiumsdiskussionen im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Außerdem engagierte er sich als Mitglied des Kuratoriums des Ludger-Westrick-Preises für besondere Verdienste um den sozialen und inneren Frieden und um die Partnerschaft in den Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. <sup>99</sup>

Auch Schulze-Vorberg selbst wurde – zumindest ansatzweise – zum Gegenstand der historischen Forschung. Im Jahr 2000 stellte er sich mehrfach einer Examenskandidatin am Seminar für Zeitgeschichte und Politische Wissenschaften der Universität Bonn als Interviewpartner zur Verfügung und gewährte ihr für die Abfassung der Magisterarbeit auch Einsicht in zahlreiche seiner gesammelten Unterlagen. Die Arbeit trug den Titel „Der Parlamentarische Rat aus der Sicht des Journalisten Max Schulze-Vorberg“. <sup>100</sup>

Der Gedanke lag nahe, das umfangreiche Material aus fünf Jahrzehnten journalistischer und politischer Arbeit zu nutzen, um seinerseits Erinnerungen zu verfassen. Auch seine Familie wirkte immer wieder in diesem Sinne auf ihn ein. Indes gelangte das Projekt trotz umfangreicher, wenn auch offenbar sporadisch und nicht kontinuierlich betriebener Vorarbeiten nicht zum Abschluss. An den erhalten gebliebenen Entwürfen wird deutlich, dass Schulze-Vorberg wohl eher ein Meister der „kleinen Form“ war und sich doch recht schwer damit tat, große Materialmengen zu bündeln und in einer längeren Darstellung zu verarbeiten. Außerdem legte er bis ins hohe Alter hinein großen Wert auf die zeitintensive Pflege seiner Netzwerke und vielfältigen Kontakte und vermochte sich daher dem Memoiren-Projekt immer nur punktuell zu widmen. Angesichts seiner jahrzehntelangen Zeitzeugenschaft und der intimen Vertrautheit mit dem Bonner Parkett ist es bedauerlich, dass ihm sowohl die Zeit und die

---

<sup>97</sup> „Das Parlament“, Themenausgabe vom 5.5.1989.

<sup>98</sup> Vgl. den Auszug aus einem Verzeichnis des Archivs des Bayerischen Rundfunks, ACDP 01-831-033/5.

<sup>99</sup> S. die Unterlagen in ACDP 01-831-025/3.

<sup>100</sup> GRADION (wie Anm. 21).

Kraft als auch möglicherweise die rechte Lust dazu fehlten, seine Erinnerungen abzuschließen.

*Der Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik*

Der schriftliche Nachlass des am 21. März 2006 in Bonn verstorbenen Max Schulze-Vorberg wurde im April 2007 von der Familie dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik übergeben. Die archivarische Bearbeitung durch den Autor dieses Beitrags erfolgte im Verlauf des Jahres 2008. Das endverzeichnete Material umfasst 39 Archivkartons mit 118 Akteneinheiten unterschiedlichen Umfangs. In dem Material spiegeln sich die verschiedenen Perioden im Lebenslauf des Nachlassers seit 1945. Hier lassen sich – wie geschildert – drei große Phasen unterscheiden: Von 1948 bis 1965 fungierte Schulze-Vorberg als aufmerksamer journalistischer Beobachter und Kommentator des politischen Geschehens in der Hauptstadt der jungen Bundesrepublik. Hierauf folgte von 1965 bis 1976 die Phase als aktiver Politiker im Deutschen Bundestag mit den beschriebenen Arbeitsschwerpunkten. Danach nahm er als freier Journalist wieder die Rolle des Beobachters und Kommentators ein sowie – in steigendem Maße – die eines Zeitzeugen. Diese Dreiteilung des Lebenslaufs bestimmt auch die Struktur des Nachlasses. Während aus der Zeit vor 1945 so gut wie keine Unterlagen vorhanden sind, machen die chronologisch geordneten, insgesamt 23 Akteneinheiten umfassenden Berichte und Kommentare als Bonner Chefkorrespondent des Bayerischen Rundfunks einen wichtigen Teil des Bestandes aus. Hervorzuheben sind hier die bereits angesprochene Berichterstattung über die Arbeit des Parlamentarischen Rates, die nahezu alle Bereiche der Verfassungsschöpfung umfasst, darunter etwa auch das Problem der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und in diesem Zusammenhang das Wirken der vier weiblichen Mitglieder des Rates.<sup>101</sup> Von Bedeutung sind ferner die in der Regel als „Vertraulich“ gekennzeichneten, bis weit in die 1950er Jahre hinein in unregelmäßigen Abständen verfassten Hintergrund- und Informationsberichte an seinen Chefredakteur Walter von Cube, die Schulze-Vorberg als einen der wohl bestinformatierten Beobachter der Bonner Politikszene ausweisen. Hinzu kommen Manuskripte der von ihm verantworteten Sendereihen „Politik aus erster Hand“ und „Bayern fragt Bonn“, darunter Ansprachen von Konrad Adenauer<sup>102</sup>, Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Eugen Gerstenmaier, Thomas Dehler, Erich Ollenhauer und Ludwig Erhard. Ferner finden sich, je wichtiger das neue Medium wurde, vermehrt Niederschriften

101 ACDP 01-831-029/3. S. auch Schreiben Schulze-Vorbergs an den „Frauenfunk“ von Radio München, 21.11.1948, und seinen vom gleichen Tage datierenden Beitrag „Die Mütter der Verfassung“, ACDP 01-831-010.

102 Darunter das Manuskript der Ansprache des Kanzlers in der ersten Ausgabe von „Politik aus erster Hand“ am 7.2.1951, ACDP 01-831-029/2.

von Fernsehsendungen, an denen Schulze-Vorberg als Diskutant beteiligt war, so etwa vom 26. Oktober 1960 über „Herbert Wehner und der Kurs der Sozialdemokratie“<sup>103</sup>. Insgesamt sind in diesen Unterlagen fünfzehn Jahre politischen Geschehens im Bonner „Treibhaus“ (Wolfgang Koeppen) kontinuierlich beobachtet und kommentiert. Dabei war es möglicherweise die eigene, in späteren Würdigungen immer wieder hervorgehobene „Eigenwilligkeit“ und „Querköpfigkeit“<sup>104</sup> Schulze-Vorbergs, die in ihm anscheinend eine gewisse Vorliebe für kantige „Querköpfe“ in der Politik weckte. So beschäftigte er sich beispielsweise in mehreren Interviews und Porträts mit dem Diplomaten Hans Kroll, der vor allem während seiner Tätigkeit als Botschafter in Moskau wegen mancher Eigenmächtigkeit für Aufsehen gesorgt hatte,<sup>105</sup> sowie mit dem FDP-Politiker und zeitweiligen Justizminister Thomas Dehler.<sup>106</sup> Zu erwähnen sind auch die Berichte und Kommentare, die während oder nach den zahlreichen Reisen entstanden sind, die Schulze-Vorberg im journalistischen Gefolge Adenauers absolvierte.

Einen weiteren wichtigen, insgesamt 39 Akteneinheiten umfassenden Teil des Nachlasses bilden die aus der Tätigkeit Schulze-Vorbergs als Abgeordneter des Deutschen Bundestages hervorgegangenen Unterlagen. Hier finden sich neben der üblichen Korrespondenz mit Fraktionskollegen sowie zu Wahlkreisangelegenheiten und einigen Sachakten u. a. zwei Akten mit Anfragen an die Bundesregierung<sup>107</sup>, die belegen, wie ernst er die Kontrollfunktion des Parlamentariers gegenüber der Regierung nahm. Zwei weitere Einheiten enthalten Unterlagen der Arbeitsgruppe „Medienpolitik“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.<sup>108</sup> Besonders hervorzuheben sind die Unterlagen der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“. Enthalten sind hier Berichte über verschiedene Informationsreisen, u. a. in Ostblockstaaten,<sup>109</sup> außerdem Materialien zur Vorbereitung des Abschlussberichts sowie eine Dokumentation von dessen Bewertung durch Presse und Öffentlichkeit.

Insgesamt 18 Akteneinheiten umfassen die vielen, zumeist eher kleinen Erinnerungsstücke, die ganz überwiegend wohl als Vorarbeiten für Memoiren anzusehen sind. Hier handelt es sich um eine Mischung aus Kopien und Ori-

103 ACDP 01-831-017/1.

104 Vgl. etwa „Die Welt“ vom 23.2.1999: „Ein CSU-Querdenker aus dem Rheinland“ oder „General-Anzeiger Bonn“ vom 23.2.2004: „Schwindelfrei und niemals gleichgeschaltet“.

105 ACDP 01-831-021/1, -026/2 und -034/5. Zu Kroll s. Kordula KÜHLEM, *Hans Kroll (1898–1967). Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 53), Düsseldorf 2008.

106 S. etwa das Porträt in ACDP 01-831-019/1 sowie -026/2 und -034/5. Zu Dehler vgl. Udo WENGST, *Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie*, München 1997.

107 ACDP 01-831-009/1 und -037/5.

108 ACDP 01-831-008/1 und -008/2.

109 ACDP 01-831-004/1.

nalen von alten Manuskripten, handschriftlichen Dispositionen, Konzeptionen, Notizen und Entwürfen sowie zahlreichen maschinenschriftlich oder mit Hilfe des Computers verfassten Textbausteinen. Eher selten finden sich Entwürfe für einzelne Kapitel oder Unterkapitel. Das Material ist relativ unübersichtlich, weil Schulze-Vorberg einzelne Dokumente aus dem chronologischen Zusammenhang genommen und zu thematischen Sammlungen zusammengefasst hat, von wichtigen Stücken Kopien anfertigte und auf vielen Dokumenten handschriftliche Stichworte, Verweise, Erläuterungen und einordnende Formulierungen notierte. Im Verlaufe der archivarischen Bearbeitung wurde das Material, soweit möglich, grob geordnet. Recht weit ausgearbeitet ist in diesen Memoiren-Entwürfen ein Kapitel mit der Überschrift „Die Teegespräche“, in dem auch kurz auf die weit weniger bekannten „Journalistenkaffees“ des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher eingegangen wird. Schulze-Vorberg betonte dort noch einmal, wie angenehm es für die eingeladenen Journalisten gewesen sei, „die Ausführungen des Bundeskanzlers in ihre Bonner Berichte einzubauen, als ‚eigene Weisheit‘ weiterzugeben, wie Dr. Adenauer uns manchmal empfahl, und der Chefredaktion ‚exklusive Informationen‘ liefern zu können“.<sup>110</sup> Auch die „Memoiren“ Schulze-Vorbergs zeigen noch einmal, in welchem Maße dieser mit den entscheidenden politischen Weichenstellungen des Gründungskanzlers übereinstimmte. Zeit seines Lebens verteidigte er die „Grundlegung der Bundesrepublik“<sup>111</sup>, wie sie in der Ära Adenauer erfolgt war.

Sicherlich bietet der im ACDP verwahrte Nachlass keine Veranlassung, Teile der deutschen Geschichte in der Besatzungszeit und der Ära Adenauer neu- oder umzuschreiben. Sein Wert besteht vielmehr darin, vor allem die innenpolitische, aber auch – mittels der Reiseberichte – die außenpolitischen Entwicklungen jener Jahre durch einen intimen Kenner der Bonner Szene in großer Dichte beschrieben und kommentiert zu finden. Dabei ist die Kombination von zur Veröffentlichung bestimmten und vertraulichen Berichten von besonderem Reiz. Manches, was bereits bekannt war, wird durch farbige Schilderungen und pointierte Formulierungen atmosphärisch greifbar. Das gilt neben den zeitgenössischen Berichten auch für die rückblickend verfassten Erinnerungsstücke und -fragmente, denen natürlich oftmals ein gerüttelt Maß an nachträglicher Interpretation und Stilisierung innewohnt. Auch einzelne Dokumente verdienen besondere Hervorhebung, so der genannte, von Adenauer eigenhändig redigierte Redentwurf<sup>112</sup> oder die Ausarbeitung zur Vorbereitung der Moskau-Reise<sup>113</sup>.

110 ACDP 01-831-019/2.

111 Kurt SONTHEIMER, *Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik*, 3. Aufl., München 2003.

112 S. Anm. 46.

113 S. Anm. 50.

Max Schulze-Vorberg war und blieb ein unabhängiger Kopf, der sich in kein Schema pressen ließ und aus seiner Meinung weder als Journalist noch als Politiker einen Hehl machte. Das zeigen die im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit entstandenen Unterlagen ebenso wie die überlieferten Zeugnisse seiner politischen Arbeit. Sein Widerstand gegen den Kurs der Parteiführung um Franz Josef Strauß Mitte der 1970er Jahre trug ihm die Charakterisierung als „CSU-Querdenker aus dem Rheinland“ ein.<sup>114</sup> Dennoch ist Schulze-Vorberg stärker als Journalist denn als Politiker in Erinnerung geblieben. Er war zwar – das gilt vor allem mit Blick auf seine Rolle in der Enquete-Kommission „Auswärtige Kulturpolitik“ – auch Gestalter, vor allem aber war und blieb er bis zum Schluss ein „akribischer Beobachter der deutschen Politik“: Aufmerksam, eigenständig und „eigenwillig wie der Frankenwein“.<sup>115</sup>

---

114 „Die Welt“ vom 23.2.1999 („Ein CSU-Querdenker aus dem Rheinland“).

115 Ebd.



Abb. 1 Staatsbesuch Konrad Adenauers in Moskau 1955. Links am Bildrand der in sein Mikrofon sprechende Schulze-Vorberg.  
Quelle: Ullstein-Bilderdienst



Abb. 2 Mit Oppositionsführer Kurt Schumacher (SPD), wahrscheinlich bei der Aufzeichnung einer Sendung der Reihe „Politik aus erster Hand“ Anfang der 50er Jahre.  
Quelle: ACDP



Abb. 3 Mit Ehefrau Senta und Konrad Adenauer, wahrscheinlich Anfang der 60er Jahre.  
Quelle: ACDP



Abb. 4 Plädoyer für den Schutz der fränkischen Bocksbeutelflasche im Deutschen Bundestag 1969.  
Quelle: ACDP

# Frauen in der CDU – Zur Überlieferung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Von Angela Keller-Kühne

„Als Minderheit im noch immer von Männern dominierten Bereich der Politik sind die weiblichen Abgeordneten besonderen Erwartungen und Anforderungen ausgesetzt: Ihnen obliegt nicht nur die volle Mitgestaltung in allen Politikbereichen, sondern zugleich die Wahrnehmung und Durchsetzung spezifischer frauenpolitischer Interessen und Anliegen; vor allem das letztere erfordert Überzeugungskraft, Diplomatie und gelegentlich auch Hartnäckigkeit, wenn ‚männliche Widerstände‘ überwunden werden müssen.“ So formulierte 1990 der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger in seinem Grußwort anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.<sup>1</sup>

Dass christliche Demokratinnen Politik gestaltet haben und sich gegen Widerstände ihrer männlichen Kollegen durchsetzen mussten und auch durchgesetzt haben, dokumentieren die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik in vielfacher Hinsicht. Die Archivdatenbank „Faust“ führt Benutzer und Benutzerinnen zu über 1.400 Dokumenten. Darüber hinaus sprechen ca. 400 Wahlplakate, die sich in der Plakatsammlung des Archivs befinden, Frauen als Wählerinnen an. In der Zentralen Dokumentation können Materialien zu Politikerinnen abgefragt werden, seien es biographische Daten, Reden in parlamentarischen Debatten, Pressemitteilungen und weitere sonstige öffentliche Äußerungen. Die vollständig überlieferten Pressemitteilungen der CDU-Bundespartei und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ermöglichen eine umfangreiche Information über frauenpolitische Themen und die Arbeit von Politikerinnen seit Gründung der Bundesrepublik.<sup>2</sup>

Die Anlagen zum Bericht des Generalsekretärs auf dem Bundesparteitag über die Situation der Frauen in der CDU<sup>3</sup>, Biographien und Schriften christlicher Demokratinnen, Festschriften zu Jubiläen der Frauen-Union (auch auf regionaler und lokaler Ebene), Protokolle der Bundesdelegiertentage, Ge-

---

1 *10 Jahre Politik von Frauen für Frauen. 1980–1990*, hg. von der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bonn 1990.

2 Eine detaillierte Übersicht über die Presseorgane der CDU auf regionaler und überregionaler Ebene befindet sich im Anhang der Bestandsübersicht des Archivs für Christlich-Demokratische Politik: Günter BUCHSTAB (Hg.), *Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik. Kurzübersicht*, 5. erw. Aufl., Sankt Augustin 2004. Eine Online-Version steht im Internet unter [www.kas.de/wf/de/71.3772/](http://www.kas.de/wf/de/71.3772/) (Abruf: 9.9.2009) zur Verfügung.

3 Der Frauenbericht des Generalsekretärs liegt ab 1985 vor, seit 2007 wird er als Gleichstellungsbericht bezeichnet.

schäftsberichte, Satzungen, Publikationen zu aktuellen Themen, Informationsbroschüren, Kongressdokumentationen und die Mitgliederzeitschrift „Frau und Politik“ stehen in der Bibliothek zur Verfügung.

Die Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik bilden so die Grundlage für umfangreiche Forschungsarbeiten zu frauenpolitischen Themen. Neben der Präsentation der Bestände im Rahmen von eigenen Ausstellungen zum 40- und 50-jährigen Jubiläum der Frauen-Union<sup>4</sup> sowie der Bereitstellung von Archivalien für Leihgeber<sup>5</sup> erfuhren diese eine umfangreiche Nutzung für zahlreiche Publikationen. Zu nennen sind u. a. die biographischen Beiträge im Lexikon der Christlichen Demokratie<sup>6</sup>, biographische<sup>7</sup> und soziologische Studien<sup>8</sup>, Arbeiten zur Geschichte von Frauenverbänden, Festschriften für Jubiläen<sup>9</sup> sowie Rundfunk- und Fernsehbeiträge.

Zu den wichtigsten Quellen zählen die von 83 Mandats- und Funktionsträgerinnen der CDU überlieferten persönlichen Unterlagen. Natürlich haben Frauen auch in den Aktenbeständen von Männern Spuren hinterlassen. Ein Beispiel ist der Nachlass von Adenauers langjährigem Familienminister Franz-

- 
- 4 Günter BUCHSTAB/Angela KELLER, *Für Gleichberechtigung und Partnerschaft. Christlich-Demokratische Frauen in der Politik. Katalog zur Ausstellung*, Sankt Augustin 1990; Angela KELLER-KÜHNE/Sabine KLEIN, *50 Jahre Frauen-Union der CDU. Katalog zur Ausstellung*, Sankt Augustin 1998.
  - 5 Zu nennen sind u. a. Ausstellung des Frauenmuseums Bonn zum Frauenwahlrecht und die Ausstellung „Fremde Schwestern“ des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.
  - 6 Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002.
  - 7 Irmgard H. GRIMM-VOGEL, *Maria Friedemann geb. Fritzle*, in: *50 Jahre Bund Katholischer Akademikerinnen 1952–2002*, Festschrift Bornheim 2002, S. 35–42. Hermann-Josef LÖHR, *Dr. Else Missong-Peerenbom. Erste Linzerin mit Doktorhut*, Linz/Rhein 2008. Nina STENGER, *Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986): Erste Gesundheitsministerin der Bundesrepublik Deutschland. Leben und Werk*, Diss. Heidelberg 2003. Heike DRUMMER/Jutta ZWILLING (Hg.), *Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Porträt einer streitbaren Politikerin*, Freiburg i. Br. 2001. Clärenore STINNES, *Im Auto durch zwei Welten. Die erste Autofahrt einer Frau um die Welt. 1927 bis 1929*, Wien 1996. Carl-Axel SÖDERSTRÖM, *Söderströms Photo-Tagebuch. 1927–1929. Die erste Autofahrt einer Frau um die Welt*, hg. von Michael KUBALL/Clärenore SÖDERSTRÖM, Frankfurt 1981. Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hg.), *Die Gründung der Union. Tradition, Entstehung und Repräsentanten*, 2. Aufl., München 1990.
  - 8 Petra HOLZ, *Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1946 bis 1960*. Königstein/Ts. 2004. Corinna FRANZ/Oliver GNAD, *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 2005. Marion RÖWEKAMP, *Juristinnen. Lexikon zu Leben und Werk*, Baden-Baden 2005. Uta C. SCHMIDT, „Das Problem heißt Schlüsselkind.“ Die „Schlüsselkinderzählung“ als geschlechterpolitische Inszenierung im Kalten Krieg. Einführende Überlegungen zu „Geschlecht“ und „Kalter Krieg“, in: Thomas LINDENBERGER (Hg.), *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 171–202.
  - 9 Angela KELLER-KÜHNE/Sabine KLEIN (Wie Anm. 4).

Josef Wuermeling. Wuermeling prägte über neun Jahre das Frauen- und Familienbild der CDU mit. Die in seinem Nachlass hinterlassenen Leserbriefe, Reden, Artikel und die umfangreiche Korrespondenz mit Familienverbänden und Kirchen sind eine schier unerschöpfliche Quelle für das konservative Frauen- und Familienbild jener Jahre.<sup>10</sup>

### *Personenbestände*

Bei den persönlichen Unterlagen von Politikerinnen ergibt sich ein vielschichtiges Bild. Es handelt sich um Aktenbestände unterschiedlichsten Umfangs und Inhalts von Mitgründerinnen der Partei<sup>11</sup>, Ministerinnen auf Bundes-<sup>12</sup> und Landesebene<sup>13</sup>, Parlamentarischen Staatssekretärinnen<sup>14</sup>, Bundestags-<sup>15</sup>, Landtags-<sup>16</sup>, Europaabgeordneten<sup>17</sup>, aber auch Mitgliedern regionaler Parlamente<sup>18</sup>. Überliefert sind des Weiteren Aktenbestände der Vorsitzenden der Frauen-Union auf Bundes-<sup>19</sup> und Landesebene<sup>20</sup> und anderer Vereinigungen<sup>21</sup>, weiblicher Mitglieder im CDU-Bundesausschuss<sup>22</sup>, Parlamentarischer Geschäftsführerinnen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion<sup>23</sup> sowie der Vorsitzenden der Gruppe der Frauen der CDU/CSU im Deutschen Bundestag<sup>24</sup>.

10 Eine detaillierte Beschreibung des Nachlasses kann der Übersicht über die Bestände des Archivs entnommen werden.

11 Hildegard von der Gablentz, Mathilde Gantenberg, Hanna Gerig, Else Peerenboom-Mission.

12 Ursula Lehr, Angela Merkel, Elisabeth Schwarzhaupt, Dorothee Wilms.

13 Tanja Gönner, Annemarie Griesinger, Lena Ohnsorge, Barbara Schäfer-Wiegand.

14 Sabine Bergmann-Pohl, Lieselotte Berger, Maria Böhmer, Gertrud Dempwolf.

15 Else Ackermann, Brigitte Baumeister, Ursula Benedix-Engler, Lieselotte Berger, Maria Böhmer, Gertrud Dempwolf, Margarete Engländer, Elisabeth Enseling, Ilse Falk, Tanja Gönner, Annemarie Griesinger, Marlis Gräfin vom Hagen, Renate Hellwig, Karin Jeltsch, Margot Kalinke, Marie-Elisabeth Klee, Ursula Lehr, Editha Limbach, Doris Pack, Liselotte Pieser, Elisabeth Pitz-Savelsberg, Elisabeth Schwarzhaupt, Bärbel Sothmann, Maria Stommel, Erika Reinhardt, Paula Riede, Rita Süßmuth, Irma Tübler, Roswitha Verhülsdonk, Helga Wex, Roswitha Wisniewski.

16 Johanna Arenhövel, Maria Friedemann, Hildegard von der Gablentz, Mathilde Gantenberg, Annemarie Griesinger, Renate Hellwig, Gisela Neubauer, Lena Ohnsorge, Elisabeth Pitz-Savelsberg, Ulla Schmidt, Barbara Schäfer-Wiegand.

17 Marlene Lenz, Doris Pack, Gabriele Peus-Bispinck.

18 Christine Arlt-Palmer, Dorothea Gröner-Geyer, Maria Roos, Maria Stürz.

19 Helga Wex, Rita Süßmuth, Maria Böhmer.

20 Ursula Benedix-Engler, Ursula Besser, Maria Böhmer, Maria Friedemann, Marlis Gräfin vom Hagen, Margot Kalinke, Margarete Kuppe, Ruth Matthaes, Hedwig Matuschek, Paula Riede, Ortrun Schätzle, Annemarie Schuster, Barbara Schäfer-Wiegand, Maria Stommel, Roswitha Verhülsdonk, Roswitha Wisniewski.

21 Annemarie Griesinger und Erika Reinhardt (Senioren-Union Baden-Württemberg), Maria Roos (Junge Union Rheinland).

22 Brigitte Baumeister.

23 Brigitte Baumeister, Ilse Falk, Dorothee Wilms.

24 Bärbel Sothmann, Roswitha Verhülsdonk.

Diese Schriftgutbestände unterschiedlicher zeitlicher und inhaltlicher Bandbreite enthalten biografische Sammlungen, Reden, Veröffentlichungen, Korrespondenzen und Aufzeichnungen aus der Abgeordnetentätigkeit und dem vorparlamentarischen Raum. Die Nachlässe der Politikerinnen umfassen Unterlagen aus den Gründungs- und Anfangsjahren, in einigen Fällen auch aus der Vorkriegszeit, bis in die jüngste Gegenwart. Die Bestände dokumentieren u. a. die Aufbauleistung von Frauen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Forderung nach der Beteiligung der Frauen an Ämtern und Mandaten sowie den Einfluss von Frauen auf laufende Gesetzgebungsverfahren. Von herausragender Bedeutung ist der Nachlass der ersten Bundesministerin Elisabeth Schwarzhaupt. Anhand der Unterlagen wird die Diskussion um ein modernes Frauen- und Familienbild besonders deutlich. Die in ihrem Nachlass überlieferten Reden, Aufzeichnungen und Ausarbeitungen zur Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches und insbesondere zur Abschaffung des sogenannten Stichentscheids standen im Gegensatz zur Auffassung vieler Fraktionskollegen. Auch Helene Weber, damals Vorsitzende der Frauenvereinigung und Abgeordnete des Deutschen Bundestages, stand für ein konservatives Frauen- und Familienbild.

Da von Helene Weber kein persönlicher Nachlass vorhanden ist, sind diese Unterlagen besonders wertvoll.<sup>25</sup> Von besonderer historischer Bedeutung sind auch die Akten über die Anfänge der Frauenausschüsse in den westlichen Besatzungszonen,<sup>26</sup> die Weber als eine ihrer Gründerinnen entscheidend prägte. Neben Sitzungsprotokollen der Frauenausschüsse und Aufzeichnungen über die Tätigkeit Webers im Parlamentarischen Rat<sup>27</sup> sind auch die Vorgänge um die Berufung einer Frau in das Kabinett Adenauer in Form von Karikaturen, Telegrammen und Briefen dokumentiert.

### *Organisationsbestände*

Da nicht von jeder bedeutenden Unions-Politikerin persönliche Unterlagen vorhanden sind, bilden die Aktenbestände der Frauen-Union, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Bundespartei und der regionalen Organisationsbestände der CDU eine wichtige Ersatz- und Ergänzungsdokumentation.

25 Von Helene Weber existiert im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte ein Nachlasssplitter.

26 Unterlagen der regionalen Frauenausschüsse, die bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück gehen, befinden sich in den im ACDP verwahrten Aktenbeständen der Landes- und Bezirksverbände der CDU.

27 Zur Rolle von Helene Weber im Parlamentarischen Rat vgl. Wolfgang TISCHNER, *Helene Weber (1881–1962)*, in: Günter BUCHSTAB/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49*, Freiburg i. Br. 2008, S. 374-384.

Die Akten der Frauen-Union<sup>28</sup> konnten bereits 1976, kurz nach der Gründung des Archivs,<sup>29</sup> gesichert werden. Sie beinhalten Unterlagen aus der Gründungs- und Anfangszeit, die Akten der Vorsitzenden und der Bundesdelegiertentage. Anträge zu den Bundesparteitagen, Hearings, Einberufung von Kommissionen und Arbeitskreisen sowie Stellungnahmen und Ausarbeitungen zu frauen- und familienpolitischen Themen dokumentieren das Ringen innerhalb der Frauen-Union, aber auch innerhalb der CDU, um ein zeitgemäßes Frauen- und Familienbild.

Deutlich wird anhand dieses Archivbestands darüber hinaus auch die Vernetzung der Unionsfrauen mit Frauenorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene.

Auch die Arbeit von Webers Nachfolgerin, Aenne Brauksiepe,<sup>30</sup> ist fast ausschließlich anhand des Aktenbestandes der Frauen-Union und der von ihr geführten umfangreichen Korrespondenz, die sich in anderen Nachlässen des Archivs befindet, nachvollziehbar. Von ihr ist kein persönlicher Nachlass vorhanden. In die Amtszeit von Aenne Brauksiepe fallen die ersten frauenpolitischen Kongresse der CDU. 1964 fand in Bochum der Kongress „Frau und Arbeitswelt morgen“ statt, der sich erstmals in der Geschichte der CDU mit den Problemen der berufstätigen Frauen beschäftigte. Fünf Jahre später wurde in Ludwigshafen ein weiterer Kongress unter dem Motto „Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit“ veranstaltet, der sich mit der Partnerschaft von Mann und Frau auf nationaler und internationaler Ebene befasste. Damit wurde der Weg für ein modernes, den Lebensrealitäten entsprechendes Frauenbild frei. Aenne Brauksiepe forderte die Rechte der Hausfrau und Mutter, der alleinstehenden berufstätigen Frau und der berufstätigen Mutter ein.

In der Ära Brauksiepe wurde, wie sich anhand der Akten der Frauen-Union und auch der CDU-Bundespartei belegen lässt, das Fundament für ein neues frauenpolitisches Programm unter ihrer Nachfolgerin Helga Wex gelegt.

---

28 Die Anfänge der Frauen-Union gehen auf die am 1. Mai 1948 gegründete Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU zurück. 1951 wurde der Bundesfrauenausschuss der CDU gegründet, aus dem 1956 die Frauenvereinigung hervorging. 1988 erfolgte die Umbenennung in Frauen-Union.

29 In den folgenden Jahren gelang auch die Sicherung der Akten der Frauen-Union auf Landesebene. Eigene Archivbestände sind für die Landesverbände Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen und Schleswig-Holstein vorhanden. Die Materialien aus den Landesverbänden Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind im Bestand des jeweiligen CDU-Landesverbandes zu finden. Unterlagen aus den Bezirken und Kreisen konnten im Rahmen der Aktenübernahme bei den entsprechenden Organisationseinheiten gesichert werden.

30 Angela KELLER-KÜHNE/Sabine KLEIN (wie Anm. 4), S. 103, 130–133.

### Aktenbestand Bundespartei

Von Helga Wex ist über den Aktenbestand der Frauen-Union hinaus auch der persönliche Nachlass vorhanden. Diese beiden Archivbestände sind neben den entsprechenden Akten der Bundespartei für die programmatischen Veränderungen in der Frauenpolitik der CDU wegweisend. Von besonderer Bedeutung sind die Unterlagen zum Essener Bundesparteitag 1985, auf dem sich erstmals eine große Volkspartei schwerpunktmäßig mit den Belangen der Frauen beschäftigte. Die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung, Erziehungsgeld und die Gleichwertigkeit von Familien- und Berufstätigkeit stehen seitdem für das neue Frauen- und Familienbild der CDU.

Im Aktenbestand der Bundespartei, der insgesamt 1.200 laufende Meter Schriftgut enthält, sind neben den Akten der Bundesfachausschüsse Frauen-, Familien- und Sozialpolitik (ab 1952)<sup>31</sup>, des Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)<sup>32</sup>, der Christdemokraten für das Leben (CDL) ab Mitte der 1980er Jahre, die Protokolle der Sitzungen des Bundesvorstands, des Präsidiums, die Anträge der Frauen-Union zu den Bundesparteitagen und Stellungnahmen zur Diskussion um das Grundsatzprogramm der CDU einschlägig. Weitere Materialien befinden sich in der Korrespondenz des Parteivorsitzenden sowie in den Nachlässen der Vorstandsmitglieder und in den Akten der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, in der die Werbestrategie und Werbemittel für die Zielgruppe Frauen bei den Bundestagswahlen entwickelt werden. Über die Anzahl der weiblichen CDU-Mitglieder sowie über den Frauen-Anteil an den Mandats- und Funktionsträgern informiert der seit 1988 auf den Bundesparteitagen als Anlage zum Bericht des Generalsekretärs vorgelegte Frauenbericht (ab 2007 Bericht zur politischen Gleichstellung von Männern und Frauen), der über das Angebot der Bibliothek zur Verfügung steht.

---

31 Bis 1981 oblag dem Bundesfachausschuss Sozialpolitik die Zuständigkeit für die Frauen- und Familienpolitik. Am 3.6.1981 wurde aus dem Bundesfachausschuss Sozialpolitik der Bundesfachausschuss Familienpolitik herausgelöst. Ziel war die „Verwirklichung der Grundsätze der Gleichberechtigung, der Partnerschaft und der Wahlfreiheit von Mann und Frau in Familie und Beruf.“ Die Zuständigkeit für die Frauenpolitik verblieb bis zum 15.1.1988 beim Bundesfachausschuss Sozialpolitik. Als Aufgaben des neu gegründeten Bundesfachausschusses Frauenpolitik vermerkt das Protokoll der konstituierenden Sitzung die konkrete Umsetzung der Essener Leitsätze und des C 3-Beschlusses des Mainzer Bundesparteitags 1986. Vgl. dazu: *Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden 1988*, Bonn 1988.

32 Unterlagen des BACDJ und seiner einzelnen Arbeitskreise sind ab Anfang der 1970er Jahre überliefert, ACDP 07-001, Bestand CDU-Bundespartei. Eine weitere wichtige Quelle ist auch der im ACDP verwahrte Nachlass des langjährigen Vorsitzenden Friedrich Vogel, in dem sich auch Unterlagen der Fachkommissionen, wie beispielsweise Ehe- und Familienrecht befinden, ACDP 01-616.

### Regionale Organisationsbestände

Eine weitere wichtige Quelle für die Gründungs- und Anfangsjahre zur Arbeit der Frauen in der CDU sind die regionalen Organisationsbestände. Hier sind insbesondere die in der ehemaligen SBZ/DDR angefallenen Unterlagen, die nach dem Ende der DDR vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik übernommen werden konnten, von Bedeutung. Diese Aktenbestände zeigen in eindrucksvoller Weise, wie in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Frauen unter großen Schwierigkeiten politisch tätig waren und sich bis zum Juni 1950 der Gleichschaltung der CDU-Frauenorganisationen durch die Überführung der Frauenausschüsse in den Demokratischen Frauenbund (DFD) widersetzen und ihre politische Arbeit von der Sowjetischen Militäradministration und der SED behindert wurde.<sup>33</sup>

Bei Parteiveranstaltungen und Landtagsdebatten schrieb, wie die im Archiv vorhandenen Erinnerungen der Thüringer Landtagsabgeordneten Esther Maria von Coelln belegen, ein sowjetischer Offizier mit. Redeverbote und Verhaftungen waren die Folge. Insgesamt lässt sich anhand der Archivbestände das Schicksal von über 200 Frauen dokumentieren, die aufgrund ihrer politischen Überzeugung verfolgt und verhaftet wurden. An diese Frauen erinnert die Dokumentation „Verfolgt und entrechtet: Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945–1961“.<sup>34</sup>

### Aktenbestand CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die vielfältigen Initiativen der Parlamentarierinnen der Unionsfraktion ab den 1980er Jahren dokumentieren die Akten der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.<sup>35</sup> Diese Unterlagen, die nach Ordnung und Erschließung für die Forschung im Rahmen der Benutzungsordnung zur Verfügung stehen, dokumentieren die Tätigkeit der weiblichen Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen des Bundestages und in den Arbeitskreisen der Fraktion.

33 Vgl. hierzu die Stellungnahme von CDU-Frauen aus dem Kreis Cottbus vom 27.2.1947: „Für uns ist jedoch die Bildung des Demokratischen Frauenbundes nicht der richtige Weg. Für eine Einheitsorganisation kann er der weltanschaulichen Eigenart seiner Mitglieder nicht gerecht werden. Wir bedauern es unendlich, daß diese Gründung des Demokratischen Frauenbundes zu einer Angelegenheit der Frauenausschüsse gemacht worden ist; denn da die Frauenausschüsse Arbeitsgemeinschaften der Parteien sind, werden die Parteien dazu gezwungen, Stellung zu nehmen. Es ist nicht der Fall, daß die CDU sich an der Gründung beteiligt hat ... Diese Absicht schmälert nicht das Geringste unseren Willen, ... mit aller Kraft dem Frieden zu dienen.“, ACDP 03-033-026, Bestand Landesverband Brandenburg.

34 Günter BUCHSTAB (Hg.), *Verfolgt und entrechtet – Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1954–1961. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 1998.

35 Vgl. Anm. 1.

Die Akten zeigen die Forderungen der Frauen hinsichtlich der Vertretung im Vorstand der Bundestagsfraktion sowie in den Ausschüssen des Parlaments und Mitsprache bei der Vergabe von Ministerposten. Gut dokumentiert sind u. a. die Auseinandersetzungen mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Benennung der Nachfolgerin von Rita Süßmuth für das Amt der Ministerin für Frauen- und Familienangelegenheiten. Als besondere sachthemenatische Schwerpunkte sind der Schutz des ungeborenen Lebens, die Wiedereingliederung in den Beruf, die soziale Absicherung der Frauen im Alter und die Novelle des Artikels 3 des Grundgesetzes und das Gleichberechtigungsgesetz zu nennen. Auch pochten die Frauen, wie die Akten belegen, auf die Umsetzung der Mainzer und Wiesbadener Parteitagebeschlüsse zur Verbesserung der Chancen von Frauen bei der Vergabe von Ämtern und Mandaten.

Gesichert und für die Benutzung zugänglich gemacht werden konnten darüber hinaus auch die persönlichen Papiere der langjährigen Vorsitzenden der Gruppe der Frauen, Roswitha Verhülsdonk und Bärbel Sothmann.

Politik für Frauen und Politik von Frauen ist auch in den Akten des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dokumentiert.

Annemarie Griesinger und Helga Wex waren stellvertretende Vorsitzende, Brigitte Baumeister, Agnes Hürland Büning und Ingrid Roitzsch Parlamentarische Geschäftsführerinnen. Darüber hinaus prägten Frauen als Vorsitzende die Arbeit der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen, standen Kommissionen vor und traten als Sprecherinnen für ihre Fraktion auf.<sup>36</sup>

In den Akten des Vorstands und der Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion spiegelt sich auf breiter Ebene die in der Bundesrepublik geführte Diskussion um die gesetzgeberischen Initiativen auf den Gebieten der Frauenpolitik, Gleichstellungspolitik und Familienpolitik wider. Von besonderem Interesse sind die Akten des Arbeitskreises Recht, in denen sich die Unterlagen zu Ehe- und Familienrecht, Scheidungsrecht, Reform des Unehelichenrechts und zur Auseinandersetzung um die Reform des § 218 befinden. Die Akten der Arbeitskreise/-gruppen wie Familie, Senioren, Frauen enthalten umfangreiche Materialien zur Familien- und Jugendgesetzgebung, Altersversorgung/Rentenversicherung (insbesondere Altersversorgung der Frauen) und Mutterschutzgesetzgebung.

---

36 Arbeitsgruppe Familie und Senioren (Ursula Männle), Arbeitsgruppe Frauen und Jugend (Claudia Nolte), Arbeitsgruppe Familie, Frauen, Senioren und Jugend (Maria Eichhorn), Arbeitsgruppe Finanzen (Gerda Hasselfeldt), Sprecherin Aussiedler (Eva-Maria Kors), Sprecherin Kultur (Erika Steinbach), Sektenbeauftragte (Ortrun Schätzle).

## Europäische Ebene

Es war ein Glücksfall, dass die Akten der Europäischen Frauen-Union (EFU) über viele Jahre hinweg in der Bundesgeschäftsstelle der CDU geführt wurden und sich so die internationale Arbeit christlicher Demokratinnen bis in die Anfangsjahre, bis 1954, zurückverfolgen lässt.<sup>37</sup>

Überliefert sind die Protokolle der Generalversammlungen, des Rates, der Kommissionen, des Vorstands, des Generalsekretariats sowie Unterlagen der Deutschen Sektion. Auch finden Benutzer und Benutzerinnen eine biografische Sammlung zu den führenden Persönlichkeiten sowie Reden der ersten deutschen Vorsitzenden Maria Probst (1963–1967). Nach dem Tod von Maria Probst wurde Charlotte Fera (1967–1973) zu ihrer Nachfolgerin gewählt.<sup>38</sup>

Eine wichtige Bestandsergänzung zu den Organisationsakten ab Mitte/Ende der 1970er Jahre ist der persönliche Nachlass der Generalsekretärin der EFU, langjährigen Europaabgeordneten und Vizepräsidentin der EVP-Frauen Marlene Lenz. Mit der Sicherung und Erschließung der umfangreichen Korrespondenz, Reden, Tätigkeitsberichte, Sitzungsunterlagen und sachthematischen Ausarbeitungen zu Frauenfragen auf europäischer und internationaler Ebene ist es gelungen, darüber hinaus auch die Unterlagen der Frauensektion der EVP/EUCD (einschließlich Unterlagen der Deutschen Gruppe ab 1979), der Union Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF) ab 1974 und der Europa-Sektion der Frauen der CDU/CSU (ab 1980) für die Benutzung zugänglich zu machen.

## Sammlungen

### Andere Organisationen und Institutionen

Im Archiv für Christlich-Demokratische Politik befinden sich darüber hinaus auch die Akten des Verbandes Weiblicher Angestellter sowie des Deutschen Landfrauenbundes und seiner Gründerin Elisabeth Boehm. Der persönliche Nachlass von Elisabeth Boehm enthält neben Aufzeichnungen zur Geschichte der Landfrauenbewegung (1894–1920) Manuskripte und Ausarbeitungen zur Bildung und Ausbildung der Landfrauen sowie zur Gesundheitsvorsorge. Auch ist die Verbindung von Elisabeth Boehm zu führenden Persönlichkeiten der Frauenbewegung wie Gertrud Bäumer dokumentiert. Bemerkenswert sind die umfangreichen Reiseberichte Boehms und die Fotosammlung, die das Alltags-

<sup>37</sup> Es handelt sich um die Akten aus dem Büro der Generalsekretärin der EFU, Marlene Lenz (1968–1973), einschließlich Vorakten ab 1954.

<sup>38</sup> Vgl. Angela KELLER-KÜHNE: *50 Jahre Europäische Frauen-Union*, in: *Frau und Politik* 4/5 (2003), S. 13–15. Von Charlotte Fera ist kein persönlicher Nachlass vorhanden. Der Nachlass von Maria Probst (CSU) befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz.

leben der Frauen im ländlichen Raum in den 1920er und 1930er Jahren dokumentieren.

Für Forschungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse berufstätiger Frauen ist der 1889 als Frauengewerkschaft gegründete Verband Weiblicher Angestellter eine bedeutende Quelle.

Der am 6. Februar 1889 in den Berliner Zeitungen von der Frauenrechtlerin Minna Cauer veröffentlichte Aufruf wandte sich an „alle Damen, welche als Kontoristinnen, Kassiererinnen, Verkäuferinnen, Directricen, Expedientinnen usw. mit festem monatlichen Gehalt angestellt sind und einem zu gründenden kaufmännischen und gewerblichen Hilfsverein für Damen beitreten wollen“. Ziel und Zweck des Vereins waren „Rat- und Auskunfterteilung, kostenlose Stellenvermittlung für alle Berufszweige, freie ärztliche Behandlung und Gewährung von Unterstützung“.

Korrespondenzen, Protokolle des Präsidiums und Handakten der Vorsitzenden und Mitgliederkarteen dokumentieren die Arbeit des Verbandes von 1912 bis 1933 und von 1945 bis 2003.<sup>39</sup> Die berufliche Bildung und Fortbildung von Frauen, der Abschluss von Tarifverträgen für einzelne Berufsgruppen, die Regelung der Arbeitszeit, Kündigungsschutz und die Interessenvertretung des Verbandes bei den Sozialwahlen bilden die inhaltlichen Schwerpunkte. In den Akten lassen sich u. a. Spuren der Berliner CDU-Gründerin Katharina Müller finden, die bereits 1933 im Verband aktiv war. Umfangreiche Konvolute sind auch von der langjährigen Vorsitzenden Margot Kalinke vorhanden. Über ihre Tätigkeit für den Verband Weiblicher Angestellter hinaus befindet sich im Archiv auch der persönliche Nachlass von Margot Kalinke. Auch in ihrer Zeit als Abgeordnete im Deutschen Bundestag war die soziale Absicherung berufstätiger Frauen (insbesondere Renten- und Krankenversicherung) einer ihrer Arbeitsschwerpunkte.

## Audiovisuelles Sammlungsgut

### Fotobestand

Im Bildarchiv, das ca. 290.000 Fotos verwahrt, finden Benutzer und Benutzerinnen eine alphabetisch abgelegte Porträtsammlung von Ministerinnen, Abgeordneten des Deutschen Bundestages, der Länderparlamente und des Europäischen Parlaments sowie Porträts der Vorsitzenden der Frauen-Union auf Bundes- und Landesebene und von Mitgründerinnen der CDU wie Mathilde Gantenberg, Hanna Gerig, Katharina Müller, Elfriede Nebgen, Maria Sevnich. Des Weiteren verfügt das Bildarchiv über eine bis in die Anfangsjahre zurückgehende fotografische Dokumentation zur Geschichte der Frauen-Uni-

---

<sup>39</sup> Der Verband wurde 1933 aufgelöst und 1945 wieder gegründet. 2003 erfolgte die Selbstauflösung durch die Mitgliederversammlung.

on. Außer Aufnahmen von Bundesdelegiertentagen und Jubiläumsveranstaltungen sind wichtige Eckpunkte fotografisch dokumentiert, wie z.B. die Sitzung des Frauenausschusses der CDU in Berlin und in der Sowjetischen Besatzungszone von 1946 in der Reichsgeschäftsstelle, die konstituierende Sitzung des Bundesfrauenausschusses auf dem Bundesparteitag 1951 in Karlsruhe, die Gründung der gesamtdeutschen Frauen-Union 1990 sowie die Wahlen zum Bundesvorstand auf den Bundesdelegiertentagen. Überliefert sind auch Fotos von Generalversammlungen der Europäischen Frauen-Union sowie der von der CDU (ab 1964) abgehaltenen Frauenkongresse. Zu den besonders interessanten Dokumenten zählt ein Gruppenbild des Zentrumsvorstands von 1924, dem die Reichstagsabgeordnete Hedwig Dransfeld und die badische Landtagsabgeordnete Klara Philipp angehörten.

#### Flugblätter und Plakate

Spuren von Frauen als Wahlkämpferinnen lassen sich nicht nur in den Bildbeständen, sondern auch in der Plakat- und Flugblattsammlung finden. Diese Sammlungen umfassen schwerpunktmäßig personenbezogene Plakate und Flugblätter von Kandidatinnen für verschiedene parlamentarische Gremien sowie speziell an Frauen gerichtete Wahlaufrufe der CDU ab 1945. Besonders wertvoll sind Flugblätter von den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung 1919, den Wahlen zum Reichstag und den Landtagen bis 1933, die sich in dem im Archiv vorhandenen Sammlungsbestand zum Zentrum befinden.

Es besteht die Möglichkeit, im Plakatbestand über eine normierte Schlagwort- und Personenliste zu recherchieren. Plakate zu den Bundestagswahlen sind darüber hinaus über eine Datenbank im Internet einsehbar.

Plakate und Flugblätter werden in Ausstellungen des Archivs gezeigt oder als Leihgaben zur Verfügung gestellt. Eine grundlegende wissenschaftliche Analyse, die sich mit der Veränderung der Darstellung der Frauen in der politischen Werbung der CDU in Plakaten, Kleinwerbemitteln, Flugblättern oder Filme beschäftigt, bleibt jedoch ein Desiderat.

## **Wiederentdeckt: Die Tagebücher des schleswig-holsteinischen Innenministers Paul Pagel (29.12.1894–11.8.1955)**

*Gründungsjahre und Regierungskrisen Schleswig-Holsteins im Spiegel  
einer zeitgenössischen Quelle*

**Von Dorothea Oelze**

Der Beruf des Archivars erschöpft sich bekanntlich nicht nur in der landläufig als staubig verschrienen Bearbeitung von Akten. Recherchen zum Verbleib von Beständen und Dokumenten prägen in gleichem Maße den Alltag und können in manchen Fällen eigenwillige und spannende Wege nehmen und dem vermeintlich trockenen Archivarsberuf einen nahezu detektivischen Reiz verleihen. So ist es dem Archiv für Christlich-Demokratische Politik im Jahr 2009 geglückt, wertvolle Quellen zur Erschließung der frühen politischen Entwicklung in Schleswig-Holstein aufzuspüren und zu akquirieren. Es handelt sich dabei um die lange verloren geglaubten Tagebücher des 1955 verstorbenen Paul Pagel. Dieser war in der Nachkriegszeit sowohl auf Kreisebene als Landrat und Gründer der CDU im Kreis Segeberg als auch auf Landesebene als Volkswohlfahrtsminister, Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten sowie als Innen- und Kultusminister maßgeblich an der politischen Entwicklung in Schleswig-Holstein beteiligt.

Der potentielle Wert dieser Tagebücher als historische Quelle hatte sich schon in einer 1964 veröffentlichten Studie von Heinz Josef Varain gezeigt, in der er die Entstehungsgeschichte und die Beziehungen von Parteien und Verbänden in den ersten beiden Jahrzehnten Schleswig-Holsteins untersucht und in der er mitunter recht ausführlich aus den Tagebüchern zitiert hatte.<sup>1</sup> Dies war bislang das einzige Mal, dass der Forschung der Zugang zu den persönlichen Unterlagen Pagels gewährt worden war. Seitdem hat die Forschung stets nur indirekt aus den Tagebüchern zitieren können und sich dabei auf die Veröffentlichung Varains berufen. Mit den Quellen selbst hat seit 1964 niemand mehr arbeiten können.

In den vergangenen Jahren waren Recherchen des ACDP und auswärtiger Wissenschaftler ergebnislos geblieben und der Verbleib der Tagebücher unge-

---

<sup>1</sup> Heinz Josef VARAIN, *Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihrer Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945–1958* (Staat und Politik 7), Köln/Opladen 1964. Varain hatte damals, wie in einem Telefonat geklärt werden konnte, die Erlaubnis zur Nutzung der Tagebücher von Marga Pagel (31.12.1919–13.5.2001) erhalten und in deren Haus Einsicht in die Dokumente genommen.

klärt, so dass Peter Wulf 2007 zu dem Urteil kam: „Das ... Tagebuch Pagels muss leider als verloren gelten.“<sup>2</sup>

In diesem Beitrag sollen die wiederentdeckten Tagebücher vorgestellt und ein Einblick in ihre Form und ihren Inhalt gewährt werden. Um sie in den Gesamtzusammenhang des Nachlasses von Pagel stellen und bewerten zu können, wird kurz die Bestandsgeschichte des gesamten Nachlasses von Paul Pagel, der sich im ACDP befindet, erläutert und dargestellt, welche Recherchen zur Akquisition der Tagebücher führten. Knapp wird anschließend die Biographie Pagels skizziert, um so zu klären, welche inhaltlichen Erwartungen an die Tagebücher gestellt werden können. Vor diesem Hintergrund werden in der Folge der Quellenwert der Tagebücher, ihre Form und auch ihre Schwerpunktsetzung charakterisiert.

Zuletzt geben vier Auszüge aus den Tagebüchern Pagels einen Einblick in die Beobachtungen und Beurteilungen eines Zeitgenossen zu politisch bedeutsamen Ereignissen der frühen Geschichte Schleswig-Holsteins.

#### *Der Nachlass von Paul Pagel im Archiv für Christlich-Demokratische Politik*

Der Bestand des Nachlasses von Paul Pagel wurde im Frühjahr 1981 angelegt, als seine Witwe, Marga Pagel, die persönlichen schriftlichen Unterlagen Pagels dem Archiv übereignete.<sup>3</sup> Es handelte sich dabei um einen laufenden Meter Akten, der vor allem Presseauschnitte zu seiner Person, Unterlagen zu seiner Tätigkeit als Landrat und einige persönliche Urkunden wie Schulzeugnisse enthielt. Von besonderem Interesse waren hier eine Akte zur Gründung des CDU-Kreisverbands Segeberg im Jahr 1945 und der frühen Entwicklung des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein sowie drei Faszikel mit persönlicher und politischer Korrespondenz Pagels.

Marga Pagel war damals noch nicht bereit, die Tagebücher ihres Mannes der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Möglicherweise waren Anfeindungen, die sich als Reaktion auf die 1964 veröffentlichten Zitate aus den Tagebüchern ihres Mannes ergaben, noch in den achtziger Jahren die Ursache ihrer Zurückhaltung: Zu viele Zeitgenossen aus den politischen Gründungsjahren Schleswig-Holsteins seien zur Zeit der damaligen Veröffentlichung noch aktiv gewesen und hätten sich von den zum Teil recht unverblühten Anmerkungen Pagels angegriffen gefühlt.

2003 erfolgte über die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Bad Segeberg eine Nachlieferung zum Bestand. Die Erben der im Jahr 2001 verstorbenen Marga Pagel nutzten die Verbindung der Kreisgeschäftsstelle zum Archiv, um weitere

2 Peter WULF, *Der Landesfürst. Carl Schröter und die schleswig-holsteinische CDU 1945–1951*, in: ZGSHG 132 (2007), S. 211–254, S. 247.

3 ACDP 01-287, NL Paul Pagel.

Unterlagen Pagels abzugeben. Der Bestand wurde dabei um Dokumente zu dessen Arbeit als Landrat, Innen- und Kultusminister, um Reden sowie um eine weitere Sammlung von Presseausschnitten über seine Person ergänzt. Die Tagebücher allerdings wurden auch nach dem Tod von Marga Pagel nicht abgegeben, sie schienen im Nachlass der Verstorbenen nicht mehr vorzuliegen.

Im Herbst 2008 schließlich erfolgte eine weitere Nachlieferung aus der Geschäftsstelle des CDU-Kreisverbands; Unterlagen, die beim Umzug der Kreisgeschäftsstelle entdeckt worden waren. Diese beinhalteten vor allem persönliches Material Pagels wie Ausweise, eine Reihe Taschenkalender der Jahre 1942 bis 1955, Korrespondenz und Redemanuskripte.

Bei der Aktenabholung gab der Kreisgeschäftsführer von Segeberg, Uwe Voss, einen Hinweis zum möglichen Verbleib der Tagebücher Pagels. Während er inzwischen den Kontakt zu den Erben Marga Pagels verloren hatte, war ihm bekannt geworden, dass der frühere Kreisvorsitzende der CDU in Segeberg und heutige Landesgeschäftsführer der Senioren-Union in Mecklenburg-Vorpommern, Uwe Menke, Unterlagen von Pagel besitzen sollte. Diesem Hinweis folgend konnten besagte Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern akquiriert werden, wobei Gründungsunterlagen des CDU-Kreisverbands Segeberg und einige maschinenschriftliche Abschriften aus den Tagebüchern Pagels zu Tage traten. Machten diese Abschriften auch Hoffnung – die eigentlichen Tagebücher blieben unauffindbar.

Die Wahrscheinlichkeit, dass der Nachlass Pagels mit seinen Tagebüchern vervollständigt werden könnte, schien nun recht gering: Die Ehe zwischen Marga und Paul Pagel war kinderlos geblieben und auch nachdem sie, noch recht jung, verwitwet war, blieb Marga ohne eigene Nachkommen. Nach den vorliegenden Informationen hatten die Erben von Marga Pagel, deren Verwandtschaftsverhältnis zu dem Zeitpunkt nicht klar bestimmt werden konnte, alle Materialien, die sich nach deren Tod noch im Haus befanden, an das Archiv weitergegeben. Das Archiv und auch die historische Forschung standen nun vor der Frage, ob Marga Pagel, nach den Erfahrungen mit der Veröffentlichung von Heinz Josef Varain, für die Vernichtung der Bücher Sorge getragen hatte.

Die Nachlieferungen des Jahres 2008 sowie die Modernisierung von Verzeichnungsrichtlinien und -grundsätzen machten eine grundlegende Überarbeitung des Bestandes und eine Neuverzeichnung notwendig. So kamen wichtige Anstöße, die zur Akquisition der Tagebücher führten, schließlich aus dem Bestand selbst.

Pagel war erst in zweiter Ehe mit Marga verheiratet. Er hatte 1919 Ilse Johanna Wiener geheiratet. Da Ilse jüdischer Abstammung war, wurden die beiden gemeinsamen Kinder, Hanna und Hans-Joachim, 1936 nach London geschickt, um sie vor Demütigungen und Anfeindungen zu schützen, die sie als „Halbjuden“ im nationalsozialistischen Deutschland erwarteten. Nach der Zu-

spitzung der Lage in Folge der „Reichskristallnacht“ reiste die Mutter ebenfalls 1939 nach London aus, wo sie 1952 verstarb, ohne jemals wieder nach Deutschland zurückgekehrt zu sein. Auch die Kinder blieben in England und gründeten dort Familien.

In der privaten Korrespondenz Pagels zeigte sich, dass zumindest der Kontakt zu seiner Tochter nie abgerissen war, weshalb sich vermuten ließ, dass Marga Pagel vor ihrem Tod eine Übereignung der Tagebücher an die leibliche Tochter Pagels veranlasst haben könnte. Diesem Gedanken folgend konnte eine Adresse von Hanna Berent (geb. Pagel) ermittelt werden. In einem Schreiben an die Tochter Pagels wurde die Quellenlage erläutert und die Frage nach dem Verbleib der Tagebücher gestellt. Die Eheleute Berent teilten in ihrer Antwort mit, dass sie lediglich in Besitz eines einseitigen Auszuges aus dem Tagebuch seien. Weitere Angaben zu deren Verbleib seien leider nicht möglich. Freundlicherweise leiteten sie aber die Adresse von Kristian Draeger weiter, dem Neffen und Erben von Marga Pagel, eben jenem Verwandten, der bereits 2003 Akten an die CDU-Kreisgeschäftsstelle abgegeben hatte.

Eine entsprechende Anfrage bei diesem ergab, dass sich die Tagebücher und neben diesen weiteres Material wie Fotografien, Ton- und Filmaufnahmen noch in Familienbesitz befanden, er aber bereit sei, diese als Depositum im Archiv zu hinterlegen.

Dieser Vorgang demonstriert deutlich, wie wichtig der direkte Kontakt zwischen Nachlassgeber und dem Archiv ist. Nur auf diesem Wege kann eine vollständige Übersicht über das vorhandene Material gewonnen, der dokumentarische Wert bestimmt und dem Nachlassgeber vermittelt werden. Dies wiederum ist die Grundlage für eine vollständige oder zumindest geordnete Aktenübergabe, bei der eventuelle Lücken dokumentiert und begründet werden können.

Inzwischen hat der größte Teil dieses Materials seinen Eingang in die Magazine des Archivs gefunden. Es handelt sich dabei um Akten zur „Deutschen Bauernzeitung“<sup>4</sup>, Korrespondenz, Tonbandaufzeichnungen, Fotoalben und 19 Tagebücher. Der Nachlass Paul Pagels hat mit dem Eingang der letzten Nachlieferungen einen Umfang von nahezu viereinhalb laufenden Metern erreicht und beinhaltet Dokumente aus den Jahren 1907 bis 1955. Eine Einsicht in den Bestand ist grundsätzlich möglich. Bei dem zuletzt eingegangenen Material, darunter auch den Tagebüchern, ist zuvor allerdings eine Einsichtsgenehmigung des Eigentümers einzuholen.<sup>5</sup>

---

4 Die „Deutsche Bauernzeitung“ war eine von Pagel initiierte und herausgegebene überparteiliche Wochenzeitung für die Landwirtschaft, die im Jahre 1948 ihre erste Ausgabe veröffentlichte.

5 Aktuelle Informationen zum Aktenbestand Pagels und zu den Benutzungsbedingungen zum Nachlass finden sich in der Bestandsübersicht des Archivs auf der Seite [www.kas.de/wf/de/71.3772/](http://www.kas.de/wf/de/71.3772/) (Abruf: 20.7.2009).

*Ein Leben in Verantwortung für die Menschen*

Aus der Bearbeitung des Nachlasses und der Lektüre der Tagebücher lässt sich schließen, dass Pagels zentrale Motivation für sein Wirken in dem Wissen um die Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl und in der Sorge um das staatliche Ordnungswesen zu suchen ist. Diese Wertvorstellungen haben seine beruflichen und persönlichen Entscheidungen maßgeblich bestimmt und damit auch seinen politischen Werdegang geprägt.

Am 29. Dezember 1894 in der Gemeinde Bredenfelde in Mecklenburg-Vorpommern als einer von drei Söhnen einer Bauernfamilie geboren, wurde ihm der Besuch eines humanistischen Gymnasiums in Strelitz ermöglicht. Nach dem Abitur im Jahr 1914 immatrikulierte er sich an der Universität Greifswald für die Fächer Landwirtschaftskunde und Staatswissenschaften. Er meldete sich jedoch noch im gleichen Jahr aus „Pflichtgefühl gegen die Heimat“<sup>6</sup> freiwillig zum Kriegsdienst, den er zunächst in Weißrussland und Litauen, zum Schluss an der Mosel und in Wetzlar ableistete. Bereits seit 1915 setzte er sich mit den Ideen Friedrich Naumanns auseinander, trat nach dem Krieg in die DDP ein und engagierte sich hier während seines in Berlin und Greifswald wiederaufgenommenen Studiums vor allem bei den Jungdemokraten. 1920 beendete er sein Studium mit einer Promotion in Landwirtschaftswissenschaft, an die er 1932 eine weitere Doktorarbeit in Staatswissenschaften anschloss.<sup>7</sup>

Die Zeit von 1920 bis 1925 scheint vor allem durch Auslandsaufenthalte und landwirtschaftliche Studienreisen in die USA und die skandinavischen Länder geprägt gewesen zu sein. Ob ihn seine Frau Ilse auf seinen Reisen begleitete, ist nicht klar. Ab 1925 arbeitete er als Kreisrat und Stellvertretender Landrat in der kommunalen Verwaltung von Strelitz, wechselte aber 1928 nach Greifswald, um dort als Direktor die Leitung des Arbeitsamtes zu übernehmen. In Folge des 1933 erlassenen „Gesetzes zur Wiedereinführung des Berufsbeamtentums“ wurde er frühzeitig in den Ruhestand versetzt. Welche Gründe in Pagels Fall zu seiner Entlassung führten, ist nicht klar; vermuten lassen sich hier aber seine Ehe mit einer Frau jüdischer Abstammung und seine Mitgliedschaft in der DDP. In der Folgezeit betätigte er sich von Berlin aus freiberuflich, mitunter in der Medienabteilung der IG Farben oder als Verwalter schwedischer Ländereien.

Während des Dritten Reiches zählte Pagel zum Führungskreis der liberalen Widerstandsgruppe um den Juristen Ernst Strassmann und den Kaufmann

---

6 So Pagel in einem Feldpostbrief vom 24.6.1946 an Ilse Wiener, in: ACDP 01-287-017/3.

7 In der Landwirtschaftswissenschaft promovierte er mit der 1923 veröffentlichten Arbeit: *Die Verschiebung der landwirtschaftlichen Grundbesitzverhältnisse nach Betriebsgrößen in Mecklenburg insbesondere unter dem Einfluß des Bodenrechtes* (Druck: Strelitz 1923). Im Februar 1932 erfolgte seine Promotion in Staatswissenschaften mit der Arbeit: *Verwaltungsreform der deutschen Sozialversicherung* (Druck: Greifswald 1932).

Hans Robinsohn.<sup>8</sup> Dieser unterhielt Verbindungen zu zahlreichen anderen Widerstandskreisen und bemühte sich vor allem um eine programmatische Gestaltung der deutschen Politik nach dem Ende des Nationalsozialismus und die Fortbildung von Multiplikatoren zur Verbreitung des demokratischen Gedankens, der mit ihrer Hilfe in der Bevölkerung verankert werden sollte. Nachdem Hans Robinsohn bereits 1939 nach Dänemark emigriert war und Ernst Strassmann schließlich im August 1942 von der Gestapo verhaftet wurde, stellte die Gruppe ihre Aktivitäten ein.

1945 floh Pagel vor den heranrückenden sowjetischen Truppen aus Berlin, um bei Bekannten in Schleswig-Holstein Unterschlupf zu finden. In Bad Segeberg, wo er unterwegs mit dem Wagen liegenblieb, wurde er auf Grund seiner guten Englischkenntnisse zu den Verhandlungen mit der britischen Militärregierung hinzugezogen. 1946 wurde er von der Militärregierung zum Landrat des Kreises Segeberg ernannt und bis 1950 mehrfach in dieses Amt wiedergewählt. Im Zuge seiner kommunalen Tätigkeit entwickelte er viele wirtschaftliche und soziale Initiativen, um die Ordnung im Landkreis vorantreiben und so zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung beitragen zu können. Aus diesem Grund initiierte er auch im September 1945 die Gründung der CDP, der Christlich-Demokratischen Partei, die ihm zur Durchsetzung seiner Interessen unerlässlich erschien. Als Mecklenburger war Pagel protestantischer Konfession, allerdings nicht praktizierender Christ; Dogmen und interkonfessionelle Auseinandersetzungen waren ihm fremd. Von apriorischer Bedeutung waren ihm jedoch die ethischen Grundsätze des Christentums. Diese Anschauung wirkte sich als integratives Element bei der Gründung der CDP in Segeberg aus und stellte sich in seiner praxisorientierten Haltung in Konfliktsituationen immer wieder aufs Neue dar.

1946 wurde die Partei in CDU umbenannt und schloss sich mit anderen Kreisverbänden zum CDU-Landesverband Schleswig-Holstein zusammen. Pagel blieb bis zu seinem Tod 1955 Kreisvorsitzender des CDU-Kreisverbands Segeberg.

1946 bis 1947 vertrat Pagel den Kreis Segeberg im zweiten ernannten Landtag Schleswig-Holsteins. Hier bekleidete er 1947 kurzzeitig das Amt des Ministers für Volkswohlfahrt und vertrat zeitgleich den erkrankten Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten<sup>9</sup>.

---

8 Ausführlich untersucht Horst Sassin die Robinsohn-Strassmann-Gruppe in seiner Dissertation: DERS., *Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942*, (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte 30), Hamburg 1993. Aufmerksam auf diesen Widerstandskreis machte ein Aufsatz von Wolfgang Benz: DERS., *Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 437–471.

9 Hans Bundtzen (1883–1948), CDU, 1946–1948 MdL Schleswig-Holstein, 1946–1947 Landesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

In den Verhandlungen zur Regierungsbildung im Vorfeld der Landtagswahl 1950 wurde Paul Pagel von der CDU zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten nominiert. Seine Kandidatur scheiterte jedoch bei der Abstimmung im Landtag am 7. August 1950 an den Stimmen des BHE, der seine Zustimmung zu dieser Personalentscheidung nicht geben wollte. Die Ablehnung des BHE ergab sich aus einer Vielzahl von Gründen: So warf der BHE Pagel eine allzu enge Verbindung zur britischen Militärregierung vor, da seine beiden Kinder die britische Staatsbürgerschaft besaßen und sein Sohn sogar als Besatzungsoffizier in Deutschland stationiert war. Schwerer dürften jedoch die politischen Einwände gegen Pagel gewogen haben. Dieser hatte sich im Vorfeld stets gegen eine Koalition mit dem BHE und für eine umfassende Entnazifizierung der politischen Entscheidungsträger ausgesprochen. Daneben instrumentalisierte der BHE diese Entscheidung, um eine gewichtigere Rolle in den Verhandlungen zur Regierungsbildung zu erlangen und so die eigenen Interessen wirksamer zu vertreten.<sup>10</sup>

Nach der Regierungsbildung unter dem nunmehr von Pagel vorgeschlagenen Ministerpräsidenten Walter Bartram übernahm Pagel bis 1954 das Kultusministerium und bis zu seinem Tod das Innenministerium. In diesen Ämtern übte er unter den Ministerpräsidenten Bartram, Lübke und von Hassel großen Einfluss auf die Regelung der zentralen politischen Fragen der frühen Geschichte Schleswig-Holsteins aus, so bei der Entnazifizierung, der Schulpolitik und der Verwaltungsreform. Auf Bundesebene vertrat er Schleswig-Holstein bei Innenministerkonferenzen, in der Kultusministerkonferenz, im Bundesrat und als Stellvertreter des Ministerpräsidenten.

Am 11. August 1955 verstarb er plötzlich in Folge eines zweiten Herzinfarkts. Zahlreiche Politiker ehrten den Verstorbenen und betonten seine Leistungen für das Land Schleswig-Holstein.

Pagel verstand Parteipolitik und die Übernahme politischer Verantwortung nicht als Wert an sich, sondern als Mittel, möglichst große gesellschaftliche und soziale Wirkung zu erzielen. Er kann deswegen nicht als reiner Parteipolitiker verstanden werden. Das Handeln im Spannungsfeld des Gegensatzes von Parteipolitik und Pragmatismus belastete ihn während seiner politischen Arbeit stets und hat vor allem auch zu andauernden Auseinandersetzungen mit Anhängern der gegnerischen wie auch der eigenen Partei geführt. Mitunter deshalb hatte er wiederholt einen Rücktritt von politischen Ämtern in der CDU und im Land erwogen. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel hat Pagels Wirken in einer Rundfunkansprache am 11. August

---

10 Zu den Gründen vor allem: Thomas SCHÄFER, *Die Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft 1950–1958. Mit einem Beitrag zur Entstehung des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten“* (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 92), Neumünster 1987, S. 61 und Heinz Josef VARAIN (wie Anm. 1), S. 221.

1955 treffend zusammengefasst: „Er wurde von einem starken Pflichtbewusstsein getragen, ohne sich selbst, ohne sein krankes Herz zu schonen, wie es nötig gewesen wäre. Er wurde getragen von einem hohen Idealismus, von einem gar nicht zu zermürbenden Glauben an das Gute im Menschen. ... Auch ihm war die Partei niemals Selbstzweck, sondern der ihm gemäÙe und beste Weg zu einer demokratisch-parlamentarischen Neuordnung unseres Staates.“<sup>11</sup>

### *Die Tagebücher Paul Pagels als historische Quellen*

In seinen Tagebüchern hat Paul Pagel seine Gedanken zum politischen und privaten Tagesgeschehen gleichberechtigt nebeneinander niedergeschrieben. Der Erhaltungszustand der Tagebücher ist sehr gut, und auch die Handschrift Pagels ist glücklicherweise gut lesbar.<sup>12</sup> Allerdings sind die Tagebücher, wie auch die Taschenkalender Pagels, durchsetzt von in griechischen Buchstaben chiffrierten Textpassagen. Aus dem Kontext, in den diese Passagen eingebettet sind, lässt sich jedoch vermuten, dass Pagel so besonders private oder intime Gedanken notierte.

Pagel hat, so geht aus seiner Feldpost der Jahre 1915 und 1916 hervor, bereits als junger Mann begonnen, Tagebuch zu führen.<sup>13</sup> Das älteste überlieferte Tagebuch dokumentiert den Zeitraum vom 14. Oktober 1927 bis zum 12. August 1929. Darin fallen besonders seine Anmerkungen zur Politik im Landtag des Freistaates Mecklenburg-Strelitz, der DDP im Allgemeinen und zu Pagels eigenem Engagement in der DDP auf. So geht daraus hervor, dass er im Agrarausschuss der DDP tätig war und in Kontakt mit Theodor Heuss stand. Auch seine Versetzung nach Greifswald im Oktober 1928 und die dortige Tätigkeit im Arbeitsamt sind hier belegt.

Von 1928 bis 1943 ist eine Überlieferungslücke zu verzeichnen, so dass keine unmittelbaren Dokumente zu Pagels Wirken in der Robinsohn-Strassmann-Gruppe oder zu seinen beruflichen Beschäftigungen während des Dritten Reiches vorliegen. Auch die Taschenkalender und Notizhefte im Nachlass setzen erst mit dem Jahr 1942 ein und enthalten überwiegend Notizen privater Natur. Ob Pagel während des Dritten Reiches überhaupt Tagebuch geführt hat oder diese Aufzeichnungen möglicherweise nach der Verhaftung Ernst Strassmanns im Jahr 1942 vernichtete, ist unklar, zumal er, wie er später in einem

---

11 ACDP 03-006-146/3, LV Schleswig-Holstein.

12 Zur Ergänzung der Tagebücher und als Hilfestellung bei der Benutzung können die Taschenkalender und Notizhefte Pagels hinzugezogen werden. (ACDP 01-287-018/8 und -011).

13 ACDP 01-287-017/3.

Brief schreibt, seit 1923 dem Nationalsozialismus in „erbitterter Kampfstellung“ begegnet sei und sich ab 1938 im Untergrund bewegt habe.<sup>14</sup>

Vom 1. Januar 1944 an bis zum Tod Pagels am 11. August 1955 liegen die Tagebücher vollständig vor; der letzte Eintrag stammt vom 30. Juli 1955.

Pagel bemüht sich in seinen Tagebüchern selbstverständlich nicht um eine objektive Betrachtung der politischen Verhältnisse, sondern beobachtet, wertet und urteilt in freizügiger Weise und mit zum Teil unverblühten Worten. Die Subjektivität der Quelle hat jedoch einen eigenen Reiz, gewährt sie doch einen Einblick in die Hoffnungen, Zweifel und Ängste eines Mannes, der die Politik Schleswig-Holsteins in den Anfangsjahren maßgeblich mitgestaltet hat.

Bei seinen Beobachtungen und Bemerkungen zu den politischen Entwicklungen fällt auf, dass im zeitlichen Verlauf verschiedene Schwerpunkte gesetzt werden, die die Entwicklung seiner politischen Tätigkeit nachzeichnen: So behandeln die Tagebücher des Zeitraums 1945 bis 1949 überwiegend Pagels Tätigkeit als Landrat des Kreises Segeberg, seine Aufbauarbeit und damit verbunden die Beziehungen zur britischen Militärregierung vor Ort. Ab 1950 wechselte er von der kommunalen Ebene der Politik auf die Landesebene und legte folglich ab 1949 bis 1951 vor allem seine Gedanken zur Arbeit der Landesregierungen und zum Verhältnis der Koalitionsparteien, insbesondere zum BHE, nieder. Die inner- und interparteilichen Auseinandersetzungen bei Regierungsbildungen, Kabinettskonflikte im Regierungsalltag und personelle Beurteilungen nehmen hier großen Raum ein. Dies nimmt nicht Wunder, waren die Jahre 1950 und 1951 für die CDU in Schleswig-Holstein in besonderem Maße durch Konfrontation und Affären geprägt: Nach der gewonnenen Landtagswahl 1950 scheiterte die CDU mit ihrem Ministerpräsidentenkandidaten Pagel bei einem Misstrauensantrag gegen den SPD-Ministerpräsidenten Bruno Diekmann. Die folgenden Koalitionsgespräche zwischen CDU, FDP, DP und BHE gestalteten sich, gerade in Personalfragen, äußerst schwierig, und man einigte sich nach zähen Verhandlungen schließlich auf Walter Bartram als Ministerpräsidenten. Dieser verstrickte sich jedoch bereits 1951 mit der „Kieler Nachrichten-Affäre“ in eine parteiinterne Auseinandersetzung mit dem Schleswig-Holsteinischen CDU-Landesvorsitzenden Carl Schröter, in der Vorwürfe der Vorteilsnahme und Ehrverletzung erhoben wurden.<sup>15</sup> Entzündet hatte sich der Konflikt an der Beteiligung Carl Schröters und anderer an der Zeitung „Kieler Nachrichten“. Bartram hatte aus diesem Grund ein CDU-Ehrengerichtsverfahren gegen Schröter eingeleitet. Von diesem Gericht entlastet, strengte nun wiederum Schröter ein Verfahren gegen den amtierenden Ministerpräsidenten wegen Ehrverletzung an. Der Konflikt gipfelte 1951 im Rück-

---

14 ACDP 01-287-002/1.

15 Siehe dazu u. a. WULF, *Der Landesfürst* (wie Anm. 2), S. 244–248; Heinz Josef VARAIN (wie Anm. 1), S. 220–230.

tritt des Landesvorsitzenden Schröter, dem kurz später auch der Rücktritt des Ministerpräsidenten folgte. Als Nachfolger Bartrams wurde Friedrich-Wilhelm Lübke berufen.<sup>16</sup>

Ab 1952 dominieren in den Tagebüchern Anmerkungen oder inhaltliche Abwägungen zu Sitzungen des Kabinetts, zu Friedrich-Wilhelm Lübke sowie zu Gesetzgebungsverfahren und Initiativen des Innen- oder Kultusministeriums. Dabei handelt es sich überwiegend um innenpolitische Themen wie die Verwaltungsreform, die Sicherheit Helgolands und die Verhandlungen der Landesregierung mit der Bundesregierung, um mittels des Finanzausgleichs haushaltspolitischen Handlungsspielraum in Schleswig-Holstein zu gewinnen.

Mit der Verschlechterung des Gesundheitszustands von Ministerpräsident Lübke wurde Pagel ab Anfang 1953 vermehrt mit der Vertretung Lübkes bei Ministerpräsidentenkonferenzen, im Bundesrat und bei Konferenzen der CDU-Landesvorsitzenden betraut. Pagels Tätigkeiten auf Bundesebene bleiben bis zu diesem Zeitpunkt in den Tagebüchern nur gering beleuchtet, sie können allenfalls empirisch erfasst, weniger jedoch inhaltlich ausgewertet werden. Mit der zunehmenden Vertretung Lübkes legt er jedoch ausführliche Berichte zu den Treffen mit bundesdeutschen Politikern nieder. Darin fasst er nicht nur die inhaltlichen Aspekte der Sitzungen zusammen, sondern referiert auch Diskussionen und die Lageberichte des Bundeskanzlers Adenauer im CDU-Bundesvorstand.

Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der Beschreibung der frühen organisatorischen und vor allem personellen Entwicklung der CDU in Schleswig-Holstein. Von besonderer Bedeutung ist hier sicherlich sein Blick auf die oben bereits erwähnte „Kieler Nachrichten-Affäre“.

Ab 1951 nimmt der Informationsgehalt der Tagebücher zur innerparteilichen Entwicklung der CDU jedoch ab. Es fällt auf, dass sie sich kaum als Quelle zur Geschichte des CDU-Kreisverbands Segeberg eignen, da diese politische Ebene nahezu keinen Niederschlag in den Notizen gefunden hat.

Mit Ausnahme der Bundestagswahl 1953 werden die Vorbereitung von Landtagswahlen und die Führung von Wahlkämpfen in den Tagebüchern nur gestreift und scheinen in Pagels politischer Arbeit keine bedeutende Rolle gespielt zu haben.

Neben den eigentlichen Tagebüchern sind zwei Kladden mit den Durchschriften der Briefe überliefert, die er 1951 von einer mehrwöchigen USA-Reise regelmäßig an Marga schrieb, mit der er zu dieser Zeit noch nicht verheiratet war. Da für diesen Zeitraum Tagebucheinträge fehlen, hat Pagel wohl die Briefsammlungen als Tagebuchersatz angelegt. Die Reise absolvierte er zu-

---

16 Zur sogenannten „Kieler Nachrichten-Affäre“ siehe: Katharina OTZEN, *Lizenzpresse, Altverleger und Politik. Kontroversen um die „Kieler Nachrichten“ in den Jahren 1945–1952* (Duisburger Studien 2), Sankt Augustin 1980.

nächst als politischer Vertreter Schleswig-Holsteins in Washington und New York, verlängerte den Aufenthalt jedoch mit dem Besuch eines Kameraden aus dem Ersten Weltkrieg in Florida.

*Auszüge aus den Tagebüchern von Paul Pagel*

Nachdem der generelle Gehalt der Tagebücher erläutert wurde, sollen sie in einigen Auszügen vorgestellt werden. Diese gewähren einen Einblick in den Aufbau der Tagebücher, die Perspektive Pagels sowie in seine Sprache und Polemisierungen. Ausgewählt wurden Passagen zu einigen Wendepunkten in Pagels politischem Leben.

Die Tagebucheinträge zur Gründung des CDP-Kreisverbands Segeberg durch Pagel sind von der Forschung in Auszügen bereits zitiert worden<sup>17</sup>, sollen hier jedoch in ihrem ganzen Umfang vorgestellt werden. Weiterhin wurde eine Beurteilung der Landesregierung Schleswig-Holsteins unter Walter Bartram und nach dem Scheitern von Pagels eigener Ministerpräsidentenkandidatur, ausgewählt. Hier wird seine Einflussnahme auf personelle Entscheidungen deutlich, die er sich als ehemaliger Spitzenkandidat vorbehielt. Wie der nächste Auszug zeigt, zog der Konflikt zwischen Walter Bartram und Carl Schröter auch bundespolitische Kreise: Konrad Adenauer ließ sich von Paul Pagel über die Vorgänge in Schleswig-Holstein berichten, um gegebenenfalls eingreifen zu können, sollte die CDU-Mehrheit im Bundesrat dadurch gefährdet werden. Im letzten Abschnitt schildert Pagel nach der Landtagswahl 1954 die Bildung der Regierung von Hassel, der er zwar weiterhin angehörte, in die er jedoch wenig Hoffnung zu setzen schien.

Die Exzerpte werden mit biographischen Angaben und einigen Anmerkungen kommentiert. Mit Ausnahme der Angleichung der Orthographie wurde nicht korrigierend in den Text eingegriffen.

---

<sup>17</sup> Zuerst bei Heinz Josef VARAIN (wie Anm. 1), S. 41. Ein Auszug dieses Tagebucheintrags ist als einziger später von Marga Pagel abgetippt und dem CDU-Landesverband Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt worden, in: ACDP 03-006-103/1. Daraus zit. Horst-walter Heitzer, DERS., *Die CDU in der britischen Zone 1945–1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 12), Düsseldorf 1988, S. 108.

Kükels<sup>18</sup>, 16. September 1945 [Gründung der CDP in Segeberg]<sup>19</sup>

Vorgestern hörte ich durch Radio von der Zulassung von Parteien durch die Engländer. Ich überlegte mir die Sache in der Nacht und beschloß schnell zu handeln. Am Morgen (15.9.1945) bat ich Rickers<sup>20</sup>, einige in Betracht kommende Herren zu interessieren. Er brachte einen Pastor Jaeger<sup>21</sup> u. Studienrat Alms<sup>22</sup> zu mir, mit denen ich das Nötige besprach. Kurz entschlossen fuhr ich zur Mil. Reg. [Militärregierung] u. bat Major Carswell<sup>23</sup> um eine Unterredung. Ich zitierte die beiden und Rickers hin, wo wir den Antrag auf Zulassung einer christlich-demokratischen Partei stellten. Carswell sagte zu. Doch müssen noch eine Reihe Formalien erfüllt werden. Das liegt nun bei mir. U. a. auch das ganze Programm, Satzungen usw. zu entwerfen. Ob der Name richtig ist, weiß ich nicht, habe aber im Gefühl, daß er gehen wird.<sup>24</sup> Die Partei gilt zunächst für den Kreis Segeberg. Es bedarf besonderer Genehmigung, sie über den Kreis hinaus auszudehnen. Der Weg ist mir nicht im Ganzen klar, im Einzelnen muß noch Vieles ausgearbeitet werden. Das wird noch viel Zeit in Anspruch nehmen. [...] Die CDP (Chr. Dem. Partei) soll alles außer Kommunisten und Sozialisten umfassen, einschl. Zentrum.<sup>25</sup>

18 Paul Pagel hat auch während seiner Tätigkeit im Landtag und in der Landesregierung von Schleswig-Holstein seinen Wohnort Kükels, einem kleinen Dorf bei Bad Segeberg, beibehalten.

19 ACDP 01-287-019/4.

20 Willy Rickers (1882–1957), CDU, ev., 1946–1957 MdL Schleswig-Holstein, 1946 Landesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die später zwischen Pagel und Rickers aufgetretenen Konflikte scheinen vor allem aus dem Bereich des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens herzuführen, haben sich dann jedoch auch auf ihre politische Tätigkeiten in Kreis und Land ausgedehnt.

21 Carl Friedrich Jaeger (1900–1998), ev., seit 1937 Pastor in Bad Segeberg.

22 Biographische Angaben konnten nicht ermittelt werden. Auch Anfragen bei verschiedenen Archiven blieben ergebnislos.

23 Biographische Angaben konnten nicht ermittelt werden. Auch Anfragen bei verschiedenen Archiven blieben ergebnislos.

24 Wie Peter Wulf treffend formuliert, war das „C“ der CDP/CDU für Pagel nicht „praktische Politikanweisung“ (Peter WULF, *Sammlung rechts von der Sozialdemokratie. Geschichte der CDU in Schleswig-Holstein 1945/1946*, in: ZGSHG 126 (2001), S. 119–156, S. 136), sondern vielmehr der kleinste gemeinsame Nenner des gesellschaftlichen Zusammenlebens, auf den er die Arbeit seiner Partei gründen wollte. So schreibt er in einem Tagebucheintrag vom 20.9.1945: „Gibt es überhaupt eine andere Grundlage für die abendländische Kultur als das Christentum? Ich finde keinen, der das mit „Ja“ beantworten kann.“ (ACDP 01-287-019/4) Dies bedeutet auch, dass es für Pagel keinen Grund für eine Konkurrenz der Konfessionen in der CDU geben konnte. Das Christentum sei im Allgemeinen „politische Realität“, wie er in den handschriftlichen Notizen für eine zwar undatierte, aber auf den Zeitraum 1945/1946 einzugrenzende Rede festhält. (ACDP 01-287-015/3).

25 Zum Programm der CDP in Segeberg und ihrer Fundierung auf christlichen Werten finden sich in Pagels Nachlass zahlreiche Hinweise. Besonders ist hier auf die private und politische Korrespondenz, seine Reden (v. a. zu Jahrestagen der Gründung des Kreisverbands,

*Kükels, 22. Oktober 1950 [Beurteilung der neu gebildeten Landesregierung unter Walter Bartram]*<sup>26</sup>

Ich sehe, daß ich von dieser Ministerzeit seit dem 5.9. noch kein Wort geschrieben habe.<sup>27</sup> Wahrscheinlich weil ich die Geschichte für sehr unsicher halte. Koalition Wahlblock und BHE. Min. Präs. Dr. Bartram<sup>28</sup>, von mir ausgewählt, wahrscheinlich überstürzt, denn er hat nicht annähernd gehalten, was ich mir von ihm als ehemaligem Unilever (größter Margarine, Öl- usw. Konzern der Welt) Direktor versprochen habe. Außerdem ist er Reiter. Ich bin sehr enttäuscht. Aber es hätte auch wohl nicht viel geholfen, wenn er weniger ungeschickt gewesen wäre. Jedenfalls erreicht hat der BHE, daß ich nicht M.P. wurde.<sup>29</sup> Ob ich noch heute ihr Erzfeind bin, weiß ich nicht. Mit Kraft<sup>30</sup> als Fin. Min. u. Stellv. M.P. habe ich mich ganz gut eingelebt, obwohl ich überzeugt bin, daß er auch heute noch kein Vertrauen zu mir hat. Das Kabinett sieht so aus: Dr. Bartram, M.P. (CDU), Kraft, Stellv. M.P. u. Finanzminister (BHE), ich Innenminister und Kultusminister, weswegen ich sehr angegriffen wurde, besonders von den Schulmeistern, die einen eigenen Kultusmin. u. Landesdir. haben wollen. Das will ich wegen Kostenersparnis [sic]. Damit habe ich mich vorläufig auch im Landtag durchgesetzt. Wittenburg<sup>31</sup> Landw. u. Justizmin. (DP), der farblose Biedermann, leider auch aus Mecklg. [Mecklenburg]<sup>32</sup>, Dr.

---

in: ACDP 01-287-015/3) und auf einen von Pagel handschriftlich korrigierten Programm-entwurf (in: ACDP 01-287-015/1) hinzuweisen.

26 ACDP 01-287-019/9.

27 Das Datum 5.9. bezieht sich rein auf den letzten Tagebucheintrag Pagels und bezeichnet keinen äußeren Vorgang.

28 Walter Bartram (1893–1971), CDU, 1952–1957 MdL Schleswig-Holstein, 1950–1951 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1952–1957 MdB.

29 Siehe oben und Anm. 10.

30 Waldemar Kraft (1898–1977), GB/BHE, 1950–1953 MdL Schleswig-Holstein, 1950–1953 Finanzminister in Schleswig-Holstein, 1951–1953 Justizminister in Schleswig-Holstein, 1953–1961 MdB, 1953–1956 Bundesminister für besondere Aufgaben.

31 Otto Wittenburg (1891–1976), DP, 1950–1951 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Schleswig-Holstein, 1949–1957 MdB.

32 Pagel stammte ursprünglich aus dem Herzogtum Mecklenburg-Strelitz und war bis 1933 in der kommunalen Verwaltung des Freistaates von Mecklenburg-Strelitz beschäftigt. Er war 1945 in Folge der Flucht vor russischen Truppen nach Schleswig-Holstein gekommen und dort als Flüchtling aufgenommen worden. Auch in der CDU Schleswig-Holsteins wurde Pagel, bezeichnet als „einheimischer Flüchtling“, 1951 als Vertreter der Flüchtlinge in der CDU in den Landesvorstand gewählt (in: ACDP 03-006-015/1).

Andersen<sup>33</sup> Wirtsch. Min. (FDP) und Asbach<sup>34</sup> Sozialm. (BHE), eine unmögliche DAF-Figur<sup>35</sup>, Kreishauptmann im besetzten Gebiet gewesen.

Zwischen diesen Brüdern muss ich nun vermitteln. Bartram kann es gar nicht, ist sehr eitel und ehrgeizig. Kann nicht sprechen, nur etwa: Seid umschlungen Millionen. Der alte PG [Parteigenosse der NSDAP] will sein Herzblut für die Demokratie vergießen, wie er im Landtag sagte, stellt Landesdirektor (Schulfreund u. Köseener SCer<sup>36</sup>) ein, der SS-Obersturmbahnführer gewesen sein soll, knickt von SPD angegriffen sofort zusammen. – BHE will heraus schlagen, was irgendwie möglich ist auf Kosten der Einheimischen. Frak.führer [Fraktionsführer] Dr. Gille<sup>37</sup> brutaler Typ, sehr gerissen, auch alter PG (wie übrigens alle außer mir), will offenbar Konflikte suchen.

Dies Kabinett ist gegen mein Votum gebildet. Ausdrücklich und immerwährend habe ich gewarnt. Aber die Novizen in der Fraktion waren zu gierig auf die Reg. Bildung. Ich fürchte, wir haben das bald zu bezahlen, weil sich einheimische Parteien bilden wollen.

*Bonn, 10. Mai 1951 [Konflikt Schröter – Bartram]<sup>38</sup>*

Ich soll nachher den Bundeskanzler Adenauer treffen, um ihm zu berichten über die politischen Verhältnisse in Schl. Holstein, besonders über Schröter<sup>39</sup>–Bartram.<sup>40</sup> Der Zank ist unerträglich. Ein Teil will mich an Stelle Bartrams, ein anderer Teil gar nicht.<sup>41</sup> Mir scheint es besser zu sein, mich zurückzuhalten. [...]

Dann abends bei Adenauer, der mich allein empfing. Ich blieb etwa 1 Stunde dort und besprach die CDU-Situation ganz offen mit ihm bei einer Tasse Kaffee.

33 Hermann Andersen (1901–1989), FDP, 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein, 1950–1952 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein.

34 Hans-Adolf Asbach (1904–1976), GB/BHE (ab 1961 GDP), 1950–1962 MdL Schleswig-Holstein, 1950–1957 Minister für Arbeit, Soziales und Vertriebene in Schleswig-Holstein, seit 1954 Vorsitzender des BHE/GB.

35 In der Deutschen Arbeitsfront (DAF) wurden 1933 nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten alle deutschen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zusammengefasst.

36 Der Köseener Senioren-Convents-Verband ist ein 1848 gegründeter Dachverband von deutschen, österreichischen und schweizerischen Studenten-Corps. 1935 wurde er aufgelöst, konstituierte sich jedoch 1951 wieder neu.

37 Alfred Gille (1901–1971), BHE/GB (ab 1961 GDP), 1950–1954 und 1958–1962 MdL Schleswig-Holstein, 1953–1958 MdB.

38 ACDP 01-287-019/10.

39 Carl Schröter (1887–1952), CDU, 1947–1950 MdL Schleswig-Holstein, 1949–1952 MdB, 1946–1951 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Schleswig-Holstein.

40 Siehe Anm. 15 und 16.

41 Paul Pagel wurde im Zuge der Regierungskrise neben dem Hochschullehrer und CDU-Abgeordneten Hermann Hans von Mangoldt als möglicher Nachfolger Walter Bartrams gehandelt.

Er war ziemlich betroffen über meine Beurteilung Schröters, die ihm der Herzog von Holstein aber auch etwa so gegeben zu haben schien.<sup>42</sup> Er (A.) [Adenauer] habe Schröter dies gesagt; Schr. [Schröter] habe aber alles bestritten. Ich sagte A., daß wir von Schröter befreit werden müßten. Er habe das Vertrauen verloren schon wegen der Kie. Na. [„Kieler Nachrichten“], die uns ständig belaste. Auch an den übrigen Vorwürfen sei manches. Ich sei überzeugt, daß Schr. seinen Aufwand nicht mit Pension und Abg. Diäten [Abgeordnetendiäten] bestreiten könne. Das bestätigte A. Er müsse also andere Einkünfte haben. Und die Vorwürfe der persönlichen Verwendung von Parteigeldern gewönne an Wahrscheinlichkeit, desgl. derjenigen der Provisionsannahme.

A. erzählte mir zu meiner Überraschung, daß Schröter mich als M. P. vorgeschlagen habe. Offenbar glaubt er selbst nicht mehr, einen anderen durchzukommen. [...]

Er [Adenauer] fragte mich, ob es ihm bei dem Stand der Dinge noch möglich wäre, Schröter im Auswärtigen Dienst im Ausland unterzubringen. Vertraulich. Australien.

Fazit: Schröter u. Bartram müßten friedlich verschwinden.<sup>43</sup>

*Kükels, 13. Oktober 1954 [Bildung der Landesregierung von Hassel]<sup>44</sup>*

Von Hassel<sup>45</sup> ist am Montag, dem 11.X., Min. Präs. geworden gegen Kandidatur Emcke<sup>46</sup>, Kiel, dessen Ehrgeiz grenzenlos zu sein scheint. Ich ging zum

42 Als „Herzog von Holstein“ wird hier wahrscheinlich Carl Schröter selbst bezeichnet, über dessen Dominanz in der CDU Schleswig-Holsteins nicht hinweggesehen werden konnte. Konrad Adenauer hatte Carl Schröter am 7.5.1951 empfangen und ihm dabei möglicherweise die Gelegenheit gegeben, sich zur Affäre zu äußern. Der Eindruck, den Schröter dabei hinterließ, überzeugte Adenauer offensichtlich nicht.

43 Bei einem Treffen von Vertretern des Landesvorstands der CDU und den CDU-Kreisvorsitzenden von Schleswig-Holstein am 3.6.1951 wurde Carl Schröter zum Rücktritt von seinem Amt als Landesvorsitzender der CDU bewegt. Pagel nahm für sich in Anspruch, diese als Treffen von Oeversee bekannt gewordene Zusammenkunft initiiert zu haben (Tagebucheintrag vom 6.6.1951, in: ACDP 01-287-019/10) und wurde als möglicher Nachfolger Schröters gehandelt (Protokoll der Landesvorstandssitzung vom 11.6.1951, in: ACDP 03-006-106/2). Offiziell trat Schröter am 16.6.1951 von seinem Amt zurück. Walter Bartrams ebenfalls vorab verabredeter Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten erfolgte erst am 25.6.1951. Neben seiner Verwicklung in die „Kieler Nachrichten-Affäre“ war auch die Erfolglosigkeit der Landesregierung bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung in Fragen des Länderfinanzausgleichs ausschlaggebend für diesen Schritt.

44 ACDP 01-287-019/15.

45 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), CDU, 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein, 1953/1954 und 1965–1980 MdB, 1954–1962 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1962–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1969–1972 Präsident des Deutschen Bundestags.

46 Max Emcke (1892–1982), CDU (1950 ausgetreten), 1947–1950 MdL Schleswig-Holstein. Emcke kandidierte ebenfalls für das Amt des Ministerpräsidenten, unterlag bei der Abstimmung jedoch mit 28 zu 36 Stimmen gegen von Hassel.

Landtag. V.H. [von Hassel] bekam 36 Stimmen von 69, d. h. eine über notwendiger Majorität. Das war meine. Emcke bekam 28 bei drei Enthaltungen. Aber es war schon knapp. Schreckliche Aufregung, die ich in gar keiner Weise zu teilen vermochte. Man sagt dem Kabinettt größte Gebrechlichkeit nach, mit Recht. So sah es auch aus bei der ersten Kab. Sitz. [Kabinettsitzung] gestern. V.H. ist wirklich noch ein Anfänger. Man legte Wert darauf, mich im Kabinettt zu haben. Kult. Min. [Kultusministerium] ist noch nicht besetzt. Hat sich v.H. noch vorbehalten. Am 2. Nov. ist der nächste Landtag. Der Kampf wird beginnen. V.H. will mit Opposition paktieren, ein Zeichen der Unsicherheit extremer Leute, obwohl v.H. reiner Opportunist ist. Ich bin neugierig, wie er Zug in die ungeordnete Kolonne des Kabinetts bekommen will.

Der Kardinalfehler war der Beschluß des Parteivorstands, der auf Asbach-Schaefer<sup>47</sup> aufbaute,<sup>48</sup> die die alte Koalition verhandelten und dumme Redensarten in die Presse brachten.

Hassel wird die Aufgabe, die Führung Schlesw. Holsteins politisch im Bund zu erreichen, nicht erfüllen können. Er steht in der Phalanx der alten Ministerpräsidenten<sup>49</sup> und dem alten Adenauer + Schäffer<sup>50</sup> gegenüber, ohne irgendeine wirksame Hilfe seitens des Finanzministers, der reiner Schwachmann ist. Er wollte ordentl. Mitgl. des Bundesrates werden, weil es alle Finanzminister seien. Ich habe ihm das zerschlagen mit der Bemerkung, daß er ja jederzeit als Vertreter eintreten könnte, das Tagegeld bekäme er dann auch.

---

47 Carl Anton Schaefer (1890–1974), GB/BHE (ab 1958 CDU), 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein, 1953–1961 Finanzminister und 1953–1954 Justizminister in Schleswig-Holstein.

48 In der Sitzung vom 20.9.1954 beschloss der CDU-Landesvorstand, wieder eine gemeinsame Landesregierung mit dem BHE anzustreben. Die FDP sollte nach Möglichkeit ebenfalls hinzugezogen werden, aber nicht unter zu großen Zugeständnissen. Pagel wies in dieser Sitzung darauf hin, dass die Ziele des BHE weitgehend deckungsgleich mit denen der CDU seien und deshalb Bedingungen des BHE „belanglos“ seien (ACDP 03-006-108/1).

49 Mit Ausnahme des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Walther Schreiber, der seit 1953 im Amt war, und von Georg August Zinn, seit 1950 Ministerpräsident Hessens, waren alle Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland bereits seit den späten vierziger Jahren im Amt und in den folgenden Wahlen darin bestätigt worden. Pagel befürchtete in diesem Kommentar offensichtlich Schwierigkeiten, die sich für den erst 41-jährigen von Hassel in den Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten ergeben würden, deren Zusammenarbeit bereits durch jahrelange Beziehungen geprägt war.

50 Vor allem die strukturellen Bedingungen in Schleswig-Holstein und die Beteiligung der Länder an den Kriegsfolgelasten und Besatzungskosten führten dazu, dass das Land auf die finanzielle Unterstützung aus dem Bund und den anderen Ländern angewiesen war. Bereits unter den Regierungen Bartram und Lübke war diese Frage von zentraler Bedeutung gewesen. Fritz Schäffer, von 1949 bis 1957 Bundesfinanzminister, und die anderen Ministerpräsidenten waren daher wichtige Verhandlungspartner, um die politische Stabilität Schleswig-Holsteins zu sichern.

Gewarnt vor Volksschulfinanzierungsgesetz weg. [wegen] konfessioneller Streitmöglichkeit. V.H. hat hier kein Fingerspitzengefühl. Ich habe es mir auch erst erwerben müssen. Jedenfalls könnte er darüber fallen. Und es wird nicht an Bemühungen fehlen, ihn zu stürzen.

Stellv. des M.P. ist nun Asbach geworden. Ich habe das hingenommen, weil ich krank war.<sup>51</sup> Sonst wäre es nicht geschehen. Es muß ohnehin sorgfältig jeweils geprüft werden, ob und wann sich ein Absprung bieten sollte. Das Kabinett ist eine Ansammlung von Unzulänglichkeiten, die der Verwaltung sehr schnell unterliegen werden. V.H. hat überhaupt kein Ziel und hat sich auf dies sehr unsichere Gelände des M.P. aus Ehrgeiz hinausgewagt. Er wäre für drei Jahre im Bundestag besser aufgehoben gewesen.

---

51 Pagel hatte im Mai 1954 einen ersten Herzinfarkt erlitten und war in Folge dessen wiederholt krank.



Abb. 1 Pagel mit Konrad Adenauer, möglicherweise auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 16./17. Februar 1955 in Düsseldorf. Links im Bild hinter Adenauer Karl Arnold, links hinter Pagel Heinrich Vockel.

Quelle: ACDP



Abb. 2 Pagel als Landarbeiter in Miami, Florida (1936)  
Quelle: ACDP



Abb. 3 Pagel als Innen- und Kultusminister Schleswig-Holsteins (um 1952)  
Quelle: ACDP

## **Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2008–2009**

### *Editionen, Handbücher, Lexika*

- ADENAUER, Konrad: Adenauer. Die letzten Lebensjahre 1963–1967. Briefe und Aufzeichnungen. Gespräche, Interviews und Reden. Bd. 1: Oktober 1963 – September 1965. Bd. 2: September 1965 – April 1967. Bearb. von Hans Peter MENSING (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe). Paderborn 2009.
- DÜDING, Dieter: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteienlandtag (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus). Düsseldorf 2008.
- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 18: 1965. Bearb. von Josef HENKE und Christoph SEEMANN. München 2008.
- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Kabinettsausschuß für Wirtschaft. Bd. 4: 1958–1961. Bearb. von Uta RÖSSEL. München 2008.
- SCHMITT, Karl/OPPELLAND, Torsten (Hg.): Parteien in Thüringen. Ein Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 16). Düsseldorf 2008.

### *Monographien, Aufsätze, Sammelbände*

#### Deutschland

- AGETHEN, Manfred: Freie Wahlen als Erfolg der Friedlichen Revolution. Tagung in Berlin, 4. März 2009. In: Deutschland Archiv 42 (2009) 3, S. 529–531.
- ALEMANN, Ulrich von/SPIER, Tim: Die deutschen Parteien unter veränderten Rahmenbedingungen. In: Uwe ANDERSEN (Hg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Schwalbach/Ts. 2009, S. 32–49.
- ALTGELD, Wolfgang: Demokratiegründung in Westdeutschland. In: Mut 44 (2009) 501, S. 28–48.
- ANDERSEN, Uwe: Konstanten und Veränderungen im deutschen Parteiensystem. In: DERS. (Hg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Schwalbach/Ts. 2009, S. 69–89.
- DERS.: Landtagswahl in Hessen – Start in das „Superwahljahr“ 2009. In: DERS. (Hg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Schwalbach/Ts. 2009, S. 148–154.
- ARNOLD, Gerhard: Leitlinien für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Positionen der Unions-Parteien. In: Civis mit Sonde (2008) 1/2, S. 45–48.

- AßLÄNDER, Michael S./ULRICH, Peter (Hg.): 60 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Illusionen und Reinterpretationen einer ordnungspolitischen Integrationsformel (St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 44). Bern 2009.
- BAJOHR, Frank: Hamburg, DIE ZEIT und die Liberalisierung der Bundesrepublik. In: Christian HAASE/Axel SCHILDT (Hg.): „DIE ZEIT“ und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung. Göttingen 2008, S. 84–99.
- BASSEWITZ, Sebastian von (Hg.): Angela Merkel. Das Porträt. München 2009.
- BAUMANN, Ansbert: „Il va démolir l'Europe!“ Le retour de de Gaulle en 1958 inquiétait le chancelier Adenauer. In: Documents 63 (2008) 6, S. 34–36.
- BAUS, Ralf Thomas (Hg.): Zur Zukunft der Volksparteien. Das Parteiensystem unter den Bedingungen zunehmender Fragmentierung. Sankt Augustin 2009.
- BECKER, Winfried: Der politische und soziale Katholizismus. In: Anton RAUSCHER u. a. (Hg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre. Berlin 2008, S. 175–192.
- DERS.: Was bedeuten konservativ und christdemokratisch heute? Hintergrund und Relevanz einer geistig-politischen Haltung. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 476, S. 63–68.
- DERS.: Windthorst und die Polen. Der Einsatz des führenden Parlamentarier für die polnische Minderheit im Bismarckreich. In: Historisches Jahrbuch 128 (2008) S. 277–324.
- BECKMANN, Christopher: Lambert Lensing (1889–1965). In: Westfälische Lebensbilder 18 (2009), S. 126–145.
- BECKMANN, Rainer: Der Parlamentarische Rat und das „keimende Leben“. In: Der Staat 47 (2008) 4, S. 551–572.
- BENTZ, Holger: Die Abschaffung der Bezirksregierungen in Niedersachsen – ein Reformprojekt unter Idealbedingungen? Eine politikwissenschaftliche Analyse am Beispiel eines zentralen Reformvorhabens der CDU/FDP-Regierungskoalition in Niedersachsen (2003–2008) (Europäische Hochschulschriften: Reihe 31, Politikwissenschaft 570). Frankfurt/M. 2009.
- BEVERS, Jürgen: Der Mann hinter Adenauer. Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik. Berlin 2009.
- BLÜM, Norbert: „Gerechtigkeit“. Im Andenken an Oswald von Nell-Breuning. In: Die Neue Ordnung 63 (2009) 3, S. 164–172.
- BÖHMER, Wolfgang: „Lieber die unbarmherzige Wahrheit als eine barmherzige Lüge“. Ausgewählte Reden und Interviews 2002–2008. Über ein Land im Umbruch. Halle (Saale) 2008.
- BÖSCH, Frank: „Keine Experimente“. Adenauer als alternder Staatsmann. In: Gerhard PAUL (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 2: 1949 bis heute. Bonn 2008, S. 194–201.

- DERS.: Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren. In: Konrad H. JARAUSCH (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 296–309.
- BOMMARIUS, Christian: Das Grundgesetz. Eine Biographie. Berlin 2009.
- BORCHARD, Michael: Die Volksparteien und der Wertewandel. In: KRONENBERG/MAYER, S. 277–290.
- BOSWELL, Christina/HOUGH, Dan: Politicizing Migration. Opportunity or Liability for the Centre-Right in Germany? In: Journal of European Public Policy 15 (2008) 3, S. 331–348.
- BRAUN, Michael: Cadenabbia als literarischer und politischer Ort. In: Deutschland Archiv 42 (2009) 1, S. 43–47.
- BREIT, Gotthard/MASSING, Peter: Krise des Parteienstaates? In: Uwe ANDERSEN (Hg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Schwalbach/Ts. 2009, S. 162–169.
- BRUNS, Tissy: Parteien in der Mediendemokratie. In: KRONENBERG/MAYER, S. 304–314.
- BUCHSTAB, Günter: Konrad Adenauer – Vater aller politischen Grundsatzentscheidungen der Nachkriegszeit? In: Beatrix BOUVIER/Michael SCHNEIDER (Hg.): Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven. Bonn 2008, S. 113–121.
- DERS./KLEINMANN, Hans-Otto (Hg.): In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49. Freiburg i. Br. 2008.
- BUTZLAFF, Felix/HARM, Stine/WALTER, Franz (Hg.): Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009 (Göttinger Studien zur Parteienforschung). Wiesbaden 2009.
- CONZE, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009.
- CORDES, Malte: Medienbeteiligungen politischer Parteien. Zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Unternehmensbeteiligungen politischer Parteien in Presse, Rundfunk und Neuen Medien (Internationale Göttinger Reihe – Rechtswissenschaften 13). Göttingen 2009.
- CREUZBERGER, Stefan: Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969 (Schriften des Bundesarchivs 69). Düsseldorf 2008.
- D'ANTONIO, Oliver/MUNIMUS, Bettina: Die Graue Koalition. Wie Deutschlands Volksparteien altern. In: BUTZLAFF, S. 237–266.
- DECKER, Frank: Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 40 (2009) 2, S. 431–453.
- DERS.: Das Regierungssystem des Grundgesetzes. Eine Bilanz nach sechzig Jahren. In: Mut 44 (2009) 501, S. 66–77.

- DETLING, Daniel (Hg.): Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Warnfried Dettling. Wiesbaden 2008.
- DREISCHER, Stephan: Die CDU in Brandenburg. In: Jakob LEMPP (Hg.): Parteien in Brandenburg. Berlin 2008, S. 91–123.
- EDINGER, Michael: Parteikohäsion und Parteidistanzen: Intrafraktionelle Geschlossenheit und interfraktionelle Unterschiede im Thüringer Landtag. In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 297–316.
- ELZER, Herbert: Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und die „kleine Wiedervereinigung“. Die Bundesministerien im außenpolitischen Ringen um die Saar 1949 bis 1955 (Geschichte, Politik und Gesellschaft 9). St. Ingbert 2008.
- DERS.: Die Schmeisser-Affäre. Herbert Blankenhorn, der „Spiegel“ und die Umtriebe des französischen Geheimdienstes im Nachkriegsdeutschland (1946–1958) (Historische Mitteilungen, Beih. 68). Stuttgart 2008.
- ERHARD, Ludwig: Wohlstand für alle. Bearb. von Wolfram LANGER. Köln 2009.
- ERHARD, Rudolf: Edmund Stoiber. Aufstieg und Fall. Köln 2008.
- FELDKAMP, Michael F.: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes. Überarb. Neuausg. Göttingen 2008.
- FORKMANN, Daniela/SCHULZ, Frauke: Von einem veränderten Charisma. Führungsstile in der Politik. In: BUTZLAFF, S. 267–294.
- Franz-Josef-Strauß-Preis 2008. Dokumentation der Preisverleihung an Premierminister Jean-Claude Juncker am 5. September 2008. Mit Beitr. von Jean-Claude JUNCKER u. a. München 2008.
- FREUDENBERG, André: Freiheitlich-konservative Kleinparteien im wiedervereinigten Deutschland. Bund Freier Bürger, Deutsche Partei, Deutsche Soziale Union, Partei Rechtsstaatlicher Offensive. Leipzig 2009.
- GABRIEL, Oscar W./VÖLKL, Kerstin: Landtagswahlen im kooperativen Föderalismus. In: Jahrbuch des Föderalismus 10 (2009), S. 236–248.
- GALETTI, Nino: Die Wahl fiel auf Bonn. Zur Gründung des Parlamentarischen Rates vor sechzig Jahren. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 466, S. 55–58.
- GASSETT, Philipp: Zweimal Große Koalitionen 1966 bis 1969 und seit 2005. In: SCHWARZ: Bundesrepublik, S. 99–119.
- GAST, Henrik/KRANENPOHL, Uwe: Große Koalition – schwacher Bundestag? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (2008) 16, S. 18–23.
- GEIßLER, Heiner: Ou Topos. Suche nach dem Ort, den es geben müsste. Köln 2009.
- GEPPERT, Dominik: Beharrung im Wandel: unionsdominierte Bundesregierungen. In: SCHWARZ: Bundesrepublik, S. 57–76.
- GÖRTEMAKER, Manfred: Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert 16). Berlin 2009.

- DERS.: Kanzlerdemokratie. In: SCHWARZ: Bundesrepublik, S. 229–252.
- GÖSMANN, Sven (Hg.): Unsere Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen. Neun Porträts von Rudolf Amelunxen bis Jürgen Rüttgers. Düsseldorf 2008.
- GOTTO, Klaus: Zäsur oder Betriebsunfall? Die Wahl in Bayern 2008 und die CSU. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 468, S. 57–60.
- GRAW, Ansgar: „Linksruck“? Deutschlands Parteien in der Weltwirtschaftskrise. In: KRONENBERG/MAYER, S. 230–258.
- HALLERMANN, Andreas: Wahl, Sympathie und Bindung: Die Thüringer und ihre Parteien im Wahljahr 2009. In: LIEHEGENER/OPPELLAND, S. 317–329.
- HANISCH, Klaudia/KOHLMANN, Sebastian: Die CDU. Eine Partei nach dem Ende ihrer selbst. In: BUTZLAFF, S. 11–35.
- HARM, Stine: Mitten in Deutschland. Eine Annäherung an die von den Parteien stets umworbene Mitte. In: BUTZLAFF, S. 211–235.
- HARTLEB, Florian: Götterdämmerung für die CSU. In: Deutschland Archiv 41 (2008) 6, S. 965–968.
- HEFTY, Georg Paul: Zeugnisse der Selbstverwirklichung. Die Grundsatzprogramme von CDU und SPD. In: Die Politische Meinung 59 (2008) 459, S. 55–62.
- HENKEL, Michael: Die Bundespräsidentenwahl im Parteienkonflikt. In: LIEHEGENER/OPPELLAND, S. 91–104.
- HENNECKE, Hans Jörg: Jürgen Rüttgers (geb. 1951). In: GÖSMANN, S. 238–264.
- DERS.: Die neuen Grundsatzprogramme der deutschen Parteien aus ordnungspolitischer Sicht. In: Ordo 59 (2008) S. 115–142.
- HENNING, Christian/LINHART, Eric/SHIKANO, Susumu (Hg.): Parteienwettbewerb, Wählerverhalten und Koalitionsbildung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Urban Pappi. Baden-Baden 2009.
- HEPBURN, Eve: The Neglected Nation: The CSU and the territorial Cleavage in Bavarian party politics. In: German Politics 17 (2008) 2, S. 184–202.
- HERDEGEN, Matthias u. a. (Hg.): Staatsrecht und Politik. Festschrift für Roman Herzog zum 75. Geburtstag. München 2009.
- HERING, Martin: Welfare State restructuring without Grand Coalitions: the Role of informal cooperation in blame avoidance. In: German Politics 17 (2008) 2, S. 165–183.
- HERLES, Helmut: „Ich bin Optimist geblieben“. Zum 80. Geburtstag von Eduard Ackermann. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 469, S. 49.
- Für Roman Herzog. Vernunft und Politik im 21. Jahrhundert. Hg. von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Hamburg 2009.
- HETRODT, Ewald: Günther Beckstein. Die Biografie. Lahr/Schwarzwald 2008.

- HÖNIGSBERGER, Herbert: Der parlamentarische Arm. Gewerkschafter im Bundestag zwischen politischer Logik und Interessenvertretung (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 95). Berlin 2008.
- HÖPFINGER, Renate (Red.): Von der Leidenschaft, der res publica zu dienen. Franz Josef Strauß 1915–1988. München 2008.
- HORNHUES, Karl-Heinz: Namibia Episoden – politisch – anekdotisch. Göttingen 2008.
- HÜPPE, Hubert: Biopolitik im Streit der Parteien. Zur Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen. In: Manfred SPIEKER (Hg.): Biopolitik. Probleme des Lebensschutzes in der Demokratie. Paderborn 2009, S. 117–128.
- HÜWEL, Detlev: Karl Arnold (1901–1958). In: GÖSMANN, S. 42–69.
- ISMAYR, Wolfgang: Funktionen und Willensbildung des Deutschen Bundestages im Wandel. In: Helmar SCHÖNE/Julia von BLUMENTHAL (Hg.): Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag. Baden-Baden 2009, S. 95–127.
- JÄGER, Armin: Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Civis mit Sonde* (2009) 1, S. 34–39.
- JESSE, Eckhard: Parteien und Parteiensystem in den neuen Bundesländern. In: KRONENBERG/MAYER, S. 291–303.
- JUN, Uwe: Parteienforschung. In: Uwe ANDERSEN (Hg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Schwalbach/Ts. 2009, S. 10–31.
- KANDIL, Mario: Wollte Adenauer die Wiedervereinigung? Die europäische Integrationspolitik der Bundeskabinette 1949–1957. Eine kritische Bestandsaufnahme. Stegen am Ammersee 2009.
- KARPEN, Ulrich: Der „Kreisauer Kreis“: Kleine Gemeinschaften in Gesellschaft und Staat. In: *Jahrbuch des Föderalismus* 9 (2008), S. 117–129.
- KIRSCH, Jan-Holger: „Hier geht es um den Kern unseres Selbstverständnisses als Nation“. Helmut Kohl und die Genese des Holocaust-Gedenkens als bundesdeutscher Staatsräson. In: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 43/44 (2008), S. 40–48.
- KLATT, Johanna/WALTER, Franz: Politik und Gesellschaft am Ende der zweiten Großen Koalition und was folgt? Konklusion und Ausblick. In: BUTZLAFF, S. 295–322.
- KLECHA, Stephan/WIRRIES, Clemens: Die CSU. Der lange Abschied von einem Mythos. In: BUTZLAFF, S. 157–182.
- KOCH-WEGENER, Annette: Erhard und die FDP – Aufstieg eines Wirtschaftsministers, Sturz eines Kanzlers? In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 20 (2008), S. 129–151.
- KÖSTERS, Christoph/LIEDHEGENER, Antonius/TISCHNER, Wolfgang: Religion, Politik und Demokratie. Deutscher Katholizismus und Bürgergesellschaft

- in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Historisches Jahrbuch* 127 (2007), S. 353–392.
- KORTE, Karl-Rudolf: Ende der Volksparteien? Parteienwettbewerb in Deutschland: Die politische Landschaft verändert sich. In: *Zeitzeichen* 9 (2008) 9, S. 8–11.
- DERS.: „Und ich gucke mir das an“. Angela Merkels Weg zur Macht. Eine Fallstudie. In: Martina LÖW (Hg.): *Geschlecht und Macht. Analysen zum Spannungsfeld von Arbeit, Bildung und Familie*. Wiesbaden 2009, S. 16–28.
- DERS.: Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl, Europawahl. Schwalbach/Ts. 2009.
- KOß, Michael: Staatliche Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb. Die Entwicklung der Finanzierungsregimes in Deutschland, Schweden, Großbritannien und Frankreich. Wiesbaden 2008.
- KRONENBERG, Volker: Jürgen Rüttgers. Eine politische Biografie. München 2009.
- DERS.: Laboratorium der Erneuerung? Die Volkspartei CDU in Nordrhein-Westfalen. In: KRONENBERG/MAYER, S. 60–81.
- DERS./MAYER, Tilman (Hg.): *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen*. Freiburg i.Br. 2009.
- KROPP, Sabine/RIEMANN, Silke: Parlamentarismus. In: SCHWARZ: *Bundesrepublik*, S. 253–277.
- KUBINA, Michael: „... die keine Ahnung von der DDR haben“. Die Wende der Blockparteien und die Blockparteien in der „Wende“. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* (2009) 25, S. 3–21.
- KUCKART, Leonhard: Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf Parteien und Vereinigungen. In: *Civis mit Sonde* (2008) 1/2, S. 49–51.
- KÜHNEL, Steffen/NIEDERMAYER, Oskar/WESTLE, Bettina (Hg.): *Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten*. Wiesbaden 2009.
- KÜPPERS, Arnd: Soziale Gerechtigkeit in der christlich-sozialen Tradition. Zur Genese eines ethischen Prinzips. In: *Die Politische Meinung* 53 (2008) 469, S. 63–67.
- KÜPPERS, Heinrich: *Johannes Hoffmann (1890–1967). Biographie eines Deutschen (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 54)*. Düsseldorf 2008.
- KÜRSCHNER, Isabelle: *Den Männern überlassen wir's nicht! Erfolgreiche Frauen in der CSU*. Baden-Baden 2009.
- KUES, Hermann/RUH, Ulrich: „Von selbst funktioniert nichts mehr“. Ein Gespräch mit Hermann Kues über die CDU, das „C“ und die Kirchen. In: *Herder Korrespondenz* 62 (2008) 9, S. 447–451.
- KURBJUWEIT, Dirk: *Angela Merkel. Die Kanzlerin für alle?* München 2009.

- LAMMERT, Norbert: Zwischenrufe. Politische Reden über Geschichte und Kultur, Demokratie und Religion. Berlin 2008.
- LANGGUTH, Gerd: Kohl, Schröder, Merkel. Machtmenschen. München 2009.
- DERS.: Das Machtprinzip der Angela Merkel. In: Matthias MACHNIG/Reinhard BÜTIKOFER (Hg.): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen. Hamburg 2009, S. 29–39.
- LAU, Mariam: Die letzte Volkspartei. Angela Merkel und die Modernisierung der CDU. München 2009.
- LAUMANN, Karl-Josef: Würde, Teilhabe, Gerechtigkeit. Eine christlich-soziale Agenda für das 21. Jahrhundert. München 2009.
- LENSKI, Daniel: Von Heuss bis Carstens. Das Amtsverständnis der ersten fünf Bundespräsidenten unter besonderer Berücksichtigung ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen. Leipzig 2009.
- LIEDHEGENER, Antonius: Krise der Parteien und kein Ende? Zur zivilgesellschaftlichen Verankerung der bundesdeutschen Parteiendemokratie. In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 211–230.
- DERS./OPPELLAND, Torsten (Hg.): Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt (Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft 14). Baden-Baden 2009.
- LÖFFLER, Bernhard: Auf dem Weg zu einer „thematisch-modalen“ Biographie Ludwig Erhards. Über methodische Probleme und konzeptionelle Leitlinien biographischer Forschung. In: Historisches Jahrbuch 127 (2007), S. 487–519.
- LOHMANN, Martin: Das Kreuz mit dem C. Wie christlich ist die Union? Kevelaer 2009.
- LOHSE, Eckart/WEHNER, Markus: Rosenkrieg. Die große Koalition 2005–2009. Köln 2009.
- LORENZ, Robert/MICUS, Matthias (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie (Göttinger Studien zur Parteienforschung). Wiesbaden 2009.
- LUDWIG, Christian: Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundeswahlgesetz vom Juli 2008. In: Civis mit Sonde (2008) 1/2, S. 39–44.
- LÜHMANN, Michael: Verdrängte Vergangenheit. Die CDU und die „Blockflöten“. In: Deutschland Archiv 42 (2009) 1, S. 96–104.
- DERS.: Die Zukunft der „anderen“ Vergangenheit. Erkundungen im Labor Ostdeutschland. In: BUTZLAFF, S. 183–209.
- LÜTGEMEIER-DAVIN, Reinhold: Wilhelm Elfes – Ein CDU-Politiker gegen die Wiederaufrüstung. In: Detlef BALD/Wolfram WETTE (Hg.): Alternativen zur Wiederbewaffnung. Friedenskonzeptionen in Westdeutschland 1945–1955. Essen 2008, S. 87–105.
- MACHNIG, Matthias/RASCHKE, Joachim (Hg.): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen. Hamburg 2009.

- MAIER, Jürgen: Altparteien in der Defensive: Zum aktuellen Stand des Bedeutungsverlusts von CDU/CSU, SPD und FDP im Spiegel von Umfragedaten. In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 231–242.
- MARX, Dorothea: Landtagsabgeordnete im Fokus der Medien. Ihre Sicht auf Entstehung, Wirkung und Qualität landespolitischer Berichterstattung. Baden-Baden 2009.
- MARX, Reinhard: Dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 475, S. 5–10.
- MARX, Stefan: Franz Meyers (1908–2002). In: GÖSMANN, S. 98–125.
- MAYER, Tilman (Hg.): Medienmacht und Öffentlichkeit in der Ära Adenauer (Rhöndorfer Gespräche 23). Bonn 2009.
- DERS.: Von der Mitte her denken. Das bürgerliche Lager und das Potential der Volksparteien. In: KRONENBERG/MAYER, S. 12–25.
- MERKEL, Wolfgang: Der Parteienverächter. Wider den publizistischen Stammtisch – ein Zwischenruf. In: WZB-Mitteilungen (2009) 124, S. 13–16.
- MERZ, Friedrich: Mehr Kapitalismus wagen. Wege zu einer gerechten Gesellschaft. München 2008.
- METZLER, Gabriele: Das Sozialstaatsprinzip. In: Der Bürger im Staat 59 (2009) 1, S. 38–45.
- MIELKE, Gerd: The Misfit. Angela Merkel und ihr zweiter Versuch, einen ordentlichen Wahlkampf für die Union zu machen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen (2009) 2, S. 9–19.
- MILLER, Bernhard: Informelle Einflussnahme? Parlamentarier im Koalitionsausschuss. In: Helmar SCHÖNE/Julia von BLUMENTHAL (Hg.): Parlamentarismusforschung in Deutschland. Ergebnisse und Perspektiven 40 Jahre nach Erscheinen von Gerhard Loewenbergs Standardwerk zum Deutschen Bundestag. Baden-Baden 2009, S. 129–154.
- MÖLLER, Horst: Das Amt des Bundespräsidenten. Über Institutionen, Funktionen und Persönlichkeiten. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 474, S. 47–53.
- MÖLLERS, Christoph: Vom Altern einer Verfassung. 60 Jahre Grundgesetz. Essay. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) 18–19, S. 5–7.
- MORSEY, Rudolf: Georg Schreiber (1882–1963). In: Westfälische Lebensbilder 18 (2009), S. 110–125.
- DERS.: Hans Berger – Chef des Bundespräsidialamts 1965–1969 bei Bundespräsident Lübke. In: HERDEGEN, S. 299–311.
- DERS.: Heinrich Lübke (1894–1972). In: Westfälische Lebensbilder 18 (2009), S. 146–163.
- NEUBERT, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

- NEUGEBAUER, Gero: Die Unterschicht und die Parteien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 58 (2008) 33–34, S. 31–38.
- NICLAUß, Karlheinz: Die Bundesregierung im Verfassungssystem. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 59 (2009) 18–19, S. 33–40.
- DERS.: Kiesinger und Merkel in der Großen Koalition. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 58 (2008) 16, S. 3–10.
- DERS.: Parlament und Zweite Kammer in der westdeutschen Verfassungsdiskussion von 1946 bis zum Parlamentarischen Rat. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 39 (2008) 3, S. 595–611.
- NIEDERMAYER, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2008. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (2009) 2, S. 370–382.
- NONN, Christoph: Rudolf Amelunxen (1888–1969). In: GÖSMANN, S. 14–41.
- OBBER, Katharina: Schwarz-grüne Koalitionen in nordrhein-westfälischen Kommunen. *Erfahrungen und Perspektiven* (Münchner Beiträge zur politischen Systemforschung 3). Baden-Baden 2008.
- OBBERNDÖRFER, Dieter/MIELKE, Gerd/EITH, Ulrich: Vom Zweieinhalb- zum Fünf-Parteiensystem: neue Bündnisse oder alte Lager? In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 257–269.
- OBBERREUTER, Heinrich: Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft? In: KRONENBERG/MAYER, S. 43–59.
- DERS. (Hg.): *Unentschieden. Die erzwungene Koalition*. München 2009.
- OCKENFELS, Wolfgang: *Wie viel Staat braucht die Marktwirtschaft?* (Kirche und Gesellschaft 361). Köln 2009.
- OPPELLAND, Torsten: Parteien als geschichtspolitische Akteure. In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 57–72.
- PAUL, Gerhard: Die Kanzlerin. Die vielen Gesichter der Angela Merkel. In: DERS. (Hg.): *Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 2: 1949 bis heute*. Bonn 2008, S. 742–749.
- PETELIN, Boris V.: Die CDU/CSU und die Vereinigung Deutschlands. Zur Rolle der Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90. In: *Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen* 2 (2005), S. 109–124.
- PETRING, Alexander: Scheinbare Stärke. Warum manche Große Koalition auch schwach sein kann. In: *WZB-Mitteilungen* (2009) 124, S. 17–20.
- PIEPENSCHNEIDER, Melanie/STAPPACHER, Burkard (Hg.): *Was Europa ausmacht. Namen, Daten und Fakten zur Europäischen Union*. 2. Aufl. Sankt Augustin 2009.
- PLÖHN, Jürgen: Ein Vorzeige-Präsident wird 75. Roman Herzog zum Geburtstag. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 472, S. 45–49.
- POGORELSKAJA, Svetlana V.: *Angela Merkel. Političeskij portret (Serija Političeskie portrety)*. Moskau 2008.

- POPOVIC, Tihomir T.: Keine Mauern im Kopf. Die CDU und die Migranten. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 473, S. 62–63.
- RAABE, Stephan: Im Anlitz der Geschichte. Tiefere Ursachen und Lösungsansätze des Streits um Erika Steinbach. In: Die Politische Meinung 54 (2009), 473, S. 55–61.
- RAMSAUER, Peter (Hg.): Weichenstellungen für Deutschland und Europa. Theo Waigel. Stationen eines Politikers. München 2009.
- RAUSCHER, Anton: Das christliche Menschenbild. In: DERS. u. a. (Hg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre. Berlin 2008, S. 3–23.
- DERS.: Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft. In: DERS. u. a. (Hg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre. Berlin 2008, S. 539–548.
- DERS.: Die Wertorientierung des Grundgesetzes. In: DERS. u. a. (Hg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre. Berlin 2008, S. 845–858.
- RECKER, Marie-Luise: Das neue Deutschland entsteht. In: Damals 41 (2009) 5, S. 10–13.
- DIES.: Kleinere Parteien im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20 (2008), S. 13–28.
- DIES.: Die Verabschiedung des Grundgesetzes. In: Der Bürger im Staat 59 (2009) 1, S. 4–10.
- RESING, Volker: Angela Merkel. Die Protestantin. Ein Porträt. Leipzig 2009.
- RICHTER, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 38). Göttingen 2009.
- RIETER, Heinz/ZWEYNERT, Joachim (Hg.): „Wort und Wirkung“. Wilhelm Röpkes Bedeutung für die Gegenwart (Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie 34). Marburg 2009.
- RÖDDER, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009.
- DERS.: Was heißt heute konservativ? Das Maß der Mitte im politischen Denken, Entscheiden und Handeln (2. Teil). In: Die Politische Meinung 53 (2008) 466, S. 59–63.
- RÖTTGEN, Norbert: Deutschlands beste Jahre kommen noch. Warum wir keine Angst vor der Zukunft haben müssen. München 2009.
- ROLL, Evelyn: Die Kanzlerin. Angela Merkels Weg zur Macht. Erw. und akt. Neuausg. Berlin 2009.
- ROTTE, Ralph/SCHWARZ, Christoph: Wo ist die Strategie? Anmerkungen zum CDU/CSU-Entwurf „Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland“. In: Liberal 50 (2008) 3, S. 36–41.
- RUDZIO, Wolfgang: Informelles Regieren – Koalitionsmanagement der Regierung Merkel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (2008) 16, S. 11–17.

- RÜTTGERS, Jürgen: Christlich – sozial – europäisch. Karl Arnold als politischer Begründer Nordrhein-Westfalens. In: *Die Politische Meinung* 53 (2008) 464, S. 68–72.
- SAUER, Thomas: Die CDU. In: SCHMITT/OPPELLAND, S. 41–137.
- SCHÄFER, Matthias: Zwischen Eigennutz und Gier. Soziale Marktwirtschaft im Zeichen der Finanzmarktkrise. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 475, S. 34–38.
- SCHÄUBLE, Wolfgang: Braucht unsere Gesellschaft Religion? Vom Wert des Glaubens. Berlin 2009.
- SCHARNAGL, Wilfried: Mein Strauß. Staatsmann und Freund. Neuried 2008.
- SCHARTAU, Florian: Kommunalwahlen als Gradmesser für die Volksparteien. Veränderte Bedingungen und neue Spielregeln. In: *Die Politische Meinung* 54 (2009) 475, S. 72–76.
- SCHEURLE, Christoph: Die deutschen Kanzler im Fernsehen. Theatrale Darstellungsstrategien von Politikern im Schlüsselmedium der Nachkriegsgeschichte. Bielefeld 2009.
- SCHMID, Josef/ZOLLEIS, Udo: Entwicklung ausgewählter Parteien: Dramatische Krisen – oder geplanter Wandel? In: Uwe ANDERSEN (Hg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Schwalbach/Ts. 2009, S. 50–68.
- SCHMIDT, Giselher: Architekt der absoluten Mehrheit. Franz Meyers zum 100. Geburtstag. In: *Die Politische Meinung* 53 (2008) 464, S. 73–74.
- SCHMITT, Karl: Thüringen 1990: Die Neuformierung einer Parteienlandschaft. In: SCHMITT/OPPELLAND, S. 21–39.
- DERS./OPPELLAND, Torsten: Gelungene Konsolidierung? Parteien und Parteiensystem in Thüringen 1990–2007. In: DIES., S. 471–493.
- SCHMITT-BECK, Rüdiger/FAAS, Thorsten: Die hessische Landtagswahl vom 18. Januar 2009: der „ewige Koch“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (2009) 2, S. 358–370.
- SCHMITZ, Sven-Uwe: Konservativismus. Wiesbaden 2009.
- SCHUMANN, Siegfried: Strukturierte Einstellungen – Einstellungsstrukturen: Überlegungen am Beispiel der Parteisympathie. In: Hanna KASPAR/Harald SCHOEN u. a. (Hg.): Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 2009, S. 203–219.
- SCHÖPPNER, Klaus-Peter: Neue Koalitionsstrategien braucht das Land. In: KRONENBERG/MAYER, S. 259–276.
- SCHWAN, Heribert/STEININGER, Rolf: Die Bonner Republik 1949–1998. Berlin 2009.
- SCHWARZ, Hans-Peter (Koord.): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. München 2008.
- DERS.: Memoirenfron und Memoirenlust, oder: Warum und wie schreiben unsere Spitzenpolitiker ihre Erinnerungen? Beobachtungen eines geneigten Lesers. In: HERDEGEN, S. 485–505.

- DERS.: Woran scheitern deutsche Bundeskanzler? In: LIEDHEGENER/OPPEL-LAND, S. 73-90.
- SCHWIEBELMANN, Christian: Blockflöten im Parteienkonzert? Das Beispiel der Nordost-CDU von der Gründung bis zur Gegenwart. In: Deutschland Archiv 42 (2009) 3, S. 414-424.
- DERS.: Die politische „Wende“ 1989/90 und die Christdemokraten im Norden der DDR. In: Zeitgeschichte regional 12 (2008) 2, S. 89-104.
- SEHRBROCK, Ingrid: Stimme für Arbeit und Gerechtigkeit. Sechzig Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 475, S. 27-33.
- SHAFIR, Shlomo: Nahum Goldmann and Germany after World War II. In: Mark A. RAIDER (Ed.): Nahum Goldmann. Statesman Without State. New York 2009, S. 207-231.
- SOMMERLING, Rüdiger: Helmut Kohl. „Marathon“-Kanzler. Reden, Reportagen, Politikerstimmen aus 13 Jahren. Bonn 2008 [1 Audio-CD].
- SPÄTH, Lothar/PRINZING, Marlies: „Wir schaffen das“. Antworten auf die Krise. Perspektiven für die Zukunft. Lahr 2009.
- STOCK, Alexander: Neumitglieder im Visier. Das Rekrutierungsmanagement der politischen Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände. Marburg 2008.
- STRAUB, Franz Georg: Mein Vater. Erinnerungen. München 2008.
- STROHMEIER, Gerd: Quo vadis CSU? Die bayerische Landtagswahl 2008 und ihre Folgen. In: KRONENBERG/MAYER, S. 143-161.
- STÜWE, Klaus: Der Bundesrat in Zeiten Großer Koalitionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 58 (2008) 16, S. 24-31.
- SUTOR, Bernhard: Politische Tugenden. In: Anton RAUSCHER u. a. (Hg.): Handbuch der Katholischen Soziallehre. Berlin 2008, S. 899-907.
- SZATKOWSKI, Tim: Auftakt zur Wende. Koalitionspolitik und Bundespräsidentenwahl im Jahr 1979. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 474, S. 67-72.
- DERS.: Deutsche Nation. Bundespräsident Karl Carstens im Deutschland- und Identitätsdiskurs seiner Zeit. In: Deutschland Archiv 42 (2009) 3, S. 425-433.
- TIETZE, Klaudia: Einwanderung und die deutschen Parteien. Akzeptanz und Abwehr von Migranten im Widerstreit in der Programmatik von SPD, FDP, den Grünen und CDU/CSU (Studien zu Migration und Minderheiten 19). Berlin 2008.
- TIMMERMANN, Heiner: Adenauers Westbindung und die Anfänge der europäischen Einigung. Sankt Augustin 2009.
- UERTZ, Rudolf: CDU, Christentum und Politik. Vortrag im Rahmen der Konferenz „Religion und Politik in Geschichte und Gegenwart“, Universität Siegen, Fachbereich 1: Sozialwissenschaften, Theologie, Philosophie, 11.

- März 2008. In: Jürgen BELLERS (Hg.): Religion und Politik im internationalen Vergleich. Velbert 2008, S. 9–24.
- VOGEL, Bernhard: Regieren in Thüringen. Erfahrungen aus der Praxis. In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 287–295.
- VOGT, Helmut: Der Parlamentarische Rat in Bonn. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) 18–19, S. 41–46.
- VOLK, Christian: Im Auftrag der Jugend? Jugendorganisationen der Volksparteien und ihre politischen Themen – die Junge Union Baden-Württemberg als Beispiel. Marburg 2008.
- VORLÄNDER, Hans: Die Deutschen und ihre Verfassung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) 18–19, S. 8–18.
- WALTER, Franz: Charismatiker und Effizienzen. Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik. Frankfurt/M. 2009.
- DERS.: Farblose und entkoppelte Oligarchien – das Parteiensystem. In: SCHWARZ: Bundesrepublik, S. 299–317.
- DERS.: Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld 2009.
- WEBERT, Karin: Die Opposition im Deutschen Bundestag 1990–2005. Hamburg 2009.
- WEIL, Johannes: Von einer Stimme – zur absoluten Mehrheit. Die Bundestagswahlen 1949, 1953 und 1957 im Vergleich. Gießen 2008.
- WENZEL, Rüdiger: Die große Verschiebung? Das Ringen um den Lastenausgleich im Nachkriegsdeutschland von den ersten Vorarbeiten bis zur Verabschiedung des Gesetzes 1952 (Historische Mitteilungen, Beih. 70). Stuttgart 2008.
- WIEMEYER, Joachim: Das Engagement von Christen in politischen Parteien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 59 (2009) 14, S. 2–32.
- WILIARTY, Sarah Elise: Angela Merkel's Path to Power: The Role of Internal Party Dynamics and Leadership. In: German Politics 17 (2008) 1, S. 81–96.
- DIES.: Chancellor Angela Merkel – A Sign of Hope or the Exception that proves the Rule? In: Politics & Gender 4 (2008) 3, S. 485–496.
- WILKE, Manfred/BARON, Udo: Die Kampagne gegen Stanislaw Tillich. Die DDR-Vergangenheit der CDU. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 473, S. 49–54.
- WILMS, Dorothee: Ungeahnte Dimensionen. Deutschlandforschung und der Prozess der Wiedervereinigung. In: Die Politische Meinung 54 (2009) 475, S. 67–71.
- WIRSCHING, Andreas: „Ich gehe nicht frohen Herzens“. In: Damals 40 (2008) 10, S. 10–13.
- WÖHRLE, Tobias: Leo Wohleb. Eine politische Biographie. „Treuhand der alten badischen Überlieferung“. Karlsruhe 2008.

- WOLFF, Jürgen H.: Entwicklungspolitik in deutschen Parteiprogrammen – eine kritische Analyse. In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 467–483.
- WOZNY, Benjamin: Die CDU/CSU in der Opposition 1998 bis 2005. Politische Opposition zwischen Konfrontation, Kooperation und Regeneration. Saarbrücken 2008.
- ZEITLER, Benjamin: Getrennt marschieren, geeint schlagen? Die Organisation der CDU-Kampagnen zu den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005. In: Politische Studien 59 (2008) 417, S. 53–69.
- ZICK, Rolf: Die CDU in Niedersachsen. Eine Chronik. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2. Aufl. Sankt Augustin 2009.
- ZIMMERMANN, Olaf/GEIBLER, Theo (Hg.): Kulturpolitik der Parteien. Visionen, Programmatik, Geschichte und Differenzen. (Aus Politik und Kultur 3). Berlin 2008.
- ZUR HAUSEN, Clemens: Der Beitrag der „Europaparteien“ zur Demokratisierung der Europäischen Union. Marburg 2008.

#### Europa/Lateinamerika

- BALE, Tim: Turning round the Telescope. Centre-Right Parties and Immigration and Integration Policy in Europe. In: Journal of European Public Policy 15 (2008) 3, S. 315–330.
- DERS./SZCZERBIAK, Aleks: Why is There no Christian Democracy in Poland – and why should we care? In: Party Politics 14 (2008) 3, S. 479–500.
- BINDER, Dieter A./WASSERMANN, Heinz P.: Die steirische Volkspartei oder die Wiederkehr der Landstände. Graz 2008.
- DELGADO, Mariano/NEUHOLD, David (Hg.): Politik aus christlicher Verantwortung. Ein Ländervergleich Österreich – Schweiz. Innsbruck 2008.
- Dos partidos, dos programas. Visiones y conceptos comunes. Diferencias y similitudes en la CDU alemana y el PDC chileno / Centro de Estudios y Gestión para el Desarrollo Santiago de Chile, Fundación Konrad Adenauer. Santiago de Chile 2008.
- EICHTINGER, Martin/WOHNOUT, Helmut: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte. Wien 2008.
- FISCHER-BOLLIN, Peter (Ed.): Economía Social de Mercado. In: Diálogo político 26 (2009) 1, S. 9–193.
- FREY, Timotheos: Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg. Baden-Baden 2009.
- FRANZMANN, Simon: Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 37 (2008) 1, S. 79–98.

- GRANIERI, Ronald J.: Politics in C Minor. The CDU/CSU Between Germany and Europe Since the Secular Sixties. In: *Central European History* 42 (2009) 1, S. 1–32.
- HANLEY, David L.: *Beyond the Nation State. Parties in the Era of European Integration*. Basingstoke 2008.
- JAHNKE, Marion: Die gescheiterte Große Koalition in Österreich – und ein Vergleich mit Deutschland. In: *Civis mit Sonde* (2008) 1/2, S. 25–30.
- KERSBERGEN, Kees van: The Christian Democratic Phoenix and modern unsecular Politics. In: *Party Politics* 14 (2008) 3, S. 259–279.
- DERS./MANOW, Philip (Ed.): *Religion, Class Coalitions, and Welfare States*. Cambridge 2009.
- LANGEN, Werner: The Impact of the German CDU/CSU Delegation in the European Parliament. In: Gerhard WAHLERS (Hg.): *Korea, Germany and the European Union*. Seoul 2007, S. 113–126.
- MADELEY, John T. S.: Christian Democracy and the Origins of European Union. In: *Religion, State and Society* 37 (2009) 1 & 2, S. 228–230.
- MÜLLER, Jan-Werner: Am Ende einer Erfolgsgeschichte? Über die europäische Christdemokratie. In: *Merkur* 63 (2009) 5, S. 441–446.
- NOTAKER, Hallvard: Access and Allies. European Center-Right Parties and the Collective Development of Campaign Management in the 1980s. In: *The International Journal of Press/Politics* 14 (2009) 1, S. 21–39.
- PÖTTERING, Hans-Gert: *Im Dienste Europas. Reden aus den Jahren 2007–2009*. Bonn 2009.
- Renovación del humanismo cristiano en América Latina / Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA)*. México 2008.
- RINSCHKE, Günter: Die Bedeutung christlicher Demokraten für die Entwicklung Europas. In: Wolfram HILZ u. a. (Hg.): *Auf dem Weg zu mehr Demokratie und Bürgernähe. Europas Zukunft nach dem Lissabonner Vertrag*. Sankt Augustin 2009, S. 129–142.
- RISSO, Linda: Cracks in a Facade of Unity. The French and Italian Christian Democrats and the Launch of the European Integration Process, 1945–1957. In: *Religion, State and Society* 37 (2009) 1 & 2, S. 99–114.
- SCHIRMANN, Sylvain (Dir.): *Robert Schuman et les Pères de l'Europe. Cultures politiques et années de formation. Actes du colloque de Metz du 10 au 12 octobre 2007 organisé par la Maison de Robert Schuman et le Réseau des Maisons des Pères de l'Europe* (Publications de la Maison de Robert Schuman: Etudes et travaux 1). Brüssel 2008.
- SCHMITT, Hermann/PÜTZ, Christine: Zur Stellung der deutschen Parteien im europäischen Parteiensystem. In: Uwe ANDERSEN (Hg.): *Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung* (Politische Bildung 42, 2009,1). Schwalbach/Ts. 2009, S. 90–111.

- SCHRÖTTER, Dieter von: Nachbar Schweiz: Rechtspopulismus als Bewährungsprobe für die Konkordanzdemokratie. In: LIEDHEGENER/OPPELLAND, S. 433–451.
- ŠTEFANČIK, Radoslav: Christlich-demokratische Parteien in der Slowakei. Trnava 2008.
- TRAUSCH, Gilbert (Hg.): CSV – Spiegelbild eines Landes und seiner Politik? Geschichte der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs im 20. Jahrhundert. Luxemburg 2008.
- VYTISKA, Herbert: Österreich nach der Wahl. Die ÖVP steht an einer entscheidenden Wegkreuzung. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 468, S. 61–64.
- WORMS, Bernhard: Die Europäische Senioren-Union. Politische Interessenvertretung der Älteren in Europa. In: Die Politische Meinung 53 (2008) 469, S. 11–14.

## Abstracts\*

*Andreas Grau:* Searching for the missing votes. The after-effects of the failed vote of no confidence Brandt/Barzel (pp. 1–17)

Why the constructive vote of no confidence against Chancellor Brandt failed on 27 April 1972 remains unresolved to this day. This essay examines the different attempts at investigation within and outside the Bundestag up to the present and also outlines the legal debate relating to scandal.

*Günther Heydemann:* The development of population and economy in unified Germany in phases of both positive and negative growth (pp. 19–35)

This essay describes the demographic effects of the economic transformation process in the East German states since reunification. While the major trends – migration, superannuation of the population, job cutbacks – are readily enumerated, a more detailed view also reveals centres of growth and areas of immigration in the new federal states.

*Kordula Kühlem:* “Party truce”: The meaning and use of this concept in relations between Bonn and Moscow from 1958 to 1963 (pp. 37–56)

In dealings with the Soviet leadership, Adenauer several times made use of the idea of a “party truce”, in which renunciation of reciprocal media attacks and time-limited acceptance of the status quo were intended to go hand in hand with the preparation of free elections within the GDR. This concept was devised among others by Hans Kroll, who kept in close touch with Khrushchev both as ambassador of the Federal Republic of Germany and after his retirement from the Foreign Service.

*Günther Rüter:* Thomas Mann’s view of Germany in the Goethe year 1949 (pp. 57–80)

With the help of substantial source evidence, this essay describes Thomas Mann’s ambivalent relationship towards Germany and German guilt in connection with his journey to the Goethe bi-centennial celebrations at Frankfurt and Weimar in 1949. His abstention from criticising the detention camps in the Soviet occupation zone/GDR is also discussed.

*Peter Rütters:* The German National Sales Clerk Association and National Socialism (pp. 81–108)

This essay examines the relationship between the Sales Clerk Association and National Socialism before the “takeover” and the following enforced political conformity of the association. The author concludes that despite some overlapping of interests the association main-

---

\* Aus dem Deutschen übersetzt von Denise Lindsay.

tained no special relationship with the National Socialist German Workers Party. The insistence on representing trade union interests is seen as the main reason for the ban on former top officials after 1933, some of whom thereafter aligned themselves with the resistance movement.

*Christian Schwießelmann:* Between external control and co-responsibility: Insights into the CDU in the north of the GDR (pp. 109–153)

The Social Unity Party of Germany developed a subtly graded system for controlling the bloc party CDU both in Mecklenburg and in the northern districts of the GDR; a system incorporating straightforward “guidance”, intraparty control within the CDU and surveillance by the Ministry for State Security. The depiction of this development in the individual district associations helps to create a differentiated contribution to the history of the East German CDU.

*Tim Szatkowski:* The election of Karl Carstens as Federal President on May 23, 1979 – A day of intellectual and moral renewal? (pp. 155–178)

Contrary to fears or expectations before his election, Carstens interpreted the duties accorded to him by Basic Law quite strictly. He placed the main emphasis of his administration on working to achieve the efficient integration of the common weal.

*Rudolf Uertz:* Christian-social trade unionists within the German Federation of Trade Unionists (pp. 179–194)

The essay describes how Christian-social trade unionists contributed to the foundation and consolidation of the unified trade union. It outlines the areas of tension experienced by Christian-socialist trade unionists in relation to their fellow party members within the union parties and their trade unionist colleagues within the German Federation of Trade Unions as well as the challenge posed to the unified trade union by the founding of the Christian Trade Union Federation during the late 1950s.

*Volker Wahl:* Max Kolter (1900–1945) – The first representative of the Christian democrats in Thuringia in 1945 (pp. 195–198)

This short contribution gives an outline biography of Max Kolter, who before he was deposed by the Soviet occupation force in November 1945 was the first provincial chairman of the CDU and head of the Thuringia regional authority for agriculture and forestry after the Second World War.

*Gerhard Wettig:* Alois Mertes and the CDU/CSU's attitude towards the social-liberal Federal Government's Eastern agreements (pp. 199–216)

Pushing through the mutual resolution as a workable basis for relations with the Soviet Union constitutes the historic achievement of Barzel and his political colleagues. Mertes, both as a political adviser on formulating the concept and as a political combatant to whom the Union's concord on the implementation of the detente based on this concept was due, had a substantial share in these events.

## COLLOQUY FOR GÜNTER BUCHSTAB

*Hans-Peter Schwarz:* Contemporary historiography by contemporaries. Observations on stages of development in new and contemporary history (pp. 217–232)

The essay outlines the development in the classical areas of German Federal contemporary history from the Weimar republic up to the Federal Republic of Germany governed by Angela Merkel, and finally calls attention to research voids.

*Robert Kretzschmar:* The archive as a service provider, partner and part of historical research (pp. 233–246)

The interdependence of archives and historical research for the areas of tradition, conservation, description and evaluation is discussed, taking the Archive of Christian-Democratic Policy as an example.

*Winfried Becker:* State of research and perspectives in the study of Christian democracy (pp. 247–265)

Christian democracy's line of development since the 19<sup>th</sup> century is concisely sketched and linked to the most recent research approaches. Future fields of activity are seen among others in researching international cooperation between Christian-democratic parties.

## NEWS FROM THE ACDP

*Christopher Beckmann:* "...as individual as Franconian wine!" Max Schulze-Vorberg, journalist, Member of Parliament (CSU), contemporary witness and his personal papers at the Archive of Christian-Democratic Policy (pp. 267–291)

Max Schulze-Vorberg (1919–2006) was among the most prominent journalists of the "Bonn republic". As a correspondent of Bavarian Broadcasting he accompanied and commented on the work of the Parliamentary Council and the development of the Federal Republic during the era Adenauer – observant, independent-minded and always optimally briefed. From 1965

to 1976 he was a Member of Parliament for the Christian-Social Union, focusing his attention on foreign cultural and educational policy. He later evolved into a contemporary witness who was very much in demand. This essay depicts the exceptional life career of Schulze-Vorberg and describes his personal files which are stored at the Archive of Christian-Democratic Policy.

*Angela Keller-Kühne: Women in the CDU, as documented in the Archive of Christian-Democratic Policy (pp. 293–303)*

The catastrophe of 1945 was also a time of opportunity for women. Female politicians belonging to both denominations were involved in establishing and building up the Christian-Democratic Union. Within the women's committees they called for the consideration of women for appointments and mandates in addition to dealing with the problems of everyday life. Up to the present day, the call for participation in politics runs like a golden thread through the personal files of female Christian democrats that are held at the Archive of Christian-Democratic Policy. As documented by these sources, women have nevertheless contributed decisively to forming the political landscape. The traces they left behind in their personal documents and in the record groups of the CDU and its parliamentary group are outlined in this essay.

*Dorothea Oelze: Rediscovered. The diaries of Paul Pagel (29.12.1894–11.8.1955), minister of the interior in Schleswig-Holstein (pp. 305–323)*

This contribution gives an outline of the discovery of diaries belonging to Paul Pagel, a former minister of the interior and of education and cultural affairs in Schleswig-Holstein. In addition, it deals with Pagel's biography and also describes important developments of state during the early 1950s, among others the formation of governments and the Kiel news scandal. Four extracts from the diaries convey an impression of the value of this source and give an insight into the minister's intellectual world and his judgement on central political issues of his time.

## Résumés\*

*Andreas Grau:* À la recherche des voix manquantes. Les répercussions de l'échec du vote de défiance Brandt/Barzel (p. 1–17)

On s'interroge aujourd'hui encore sur les raisons pour lesquelles le vote de défiance constructif organisé le 27 avril 1972 à l'encontre du chancelier Willy Brandt s'est soldé par un échec. L'article examine les diverses tentatives d'explication données jusqu'à ce jour au sein du Bundestag comme à l'extérieur et décrit en outre les conflits juridiques et le scandale.

*Günther Heydemann:* Développement démographique et économique dans l'Allemagne unie entre processus de croissance et d'atrophie (p. 19–35)

La contribution décrit les répercussions démographiques de la mutation économique dans les Länder orientaux de l'Allemagne depuis l'unification. Alors qu'il est aisé d'identifier les grandes tendances – émigration, vieillissement, suppressions d'emploi – une étude plus détaillée permet de mettre aussi au jour des pôles de croissance et des régions d'immigration dans les nouveaux Länder allemands.

*Kordula Kühlem:* «Burgfrieden»: sens et usage du concept entre Bonn et Moscou 1958–1963 (p. 37–56)

Adenauer a fait appel à plusieurs reprises à la notion de «Burgfrieden» dans ses relations avec les dirigeants soviétiques. En vue de préparer la voie à des élections libres en RDA, les deux camps renonçaient à s'attaquer mutuellement dans la presse et acceptaient provisoirement le statu quo. Ce projet avait été forgé avec l'aide de Hans Kroll qui avait noué de bons contacts avec Khrouchtchev lorsqu'il était ambassadeur de la République fédérale d'Allemagne en URSS et les avait conservés après avoir quitté ses fonctions diplomatiques.

*Günther Rüter:* Thomas Mann et sa vision de l'Allemagne durant l'année Goethe en 1949 (p. 57–80)

En s'appuyant sur de nombreuses sources, l'article décrit le rapport ambivalent que Thomas Mann a entretenu avec l'Allemagne et la culpabilité allemande lors de son voyage organisé à Francfort et Weimar en l'honneur des célébrations de l'année Goethe en 1949. Il aborde également son refus de critiquer les camps d'internement de la zone d'occupation soviétique/RDA.

---

\* Aus dem Deutschen übersetzt von Valentine Meunier.

*Peter Rütters:* Le Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV) et le nazisme (p. 81–108)

Cette contribution étudie les rapports de l'Association nationale allemande des commis (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband ou DHV) avec le nazisme avant la prise de pouvoir de ces derniers et la mise au pas de l'association qui s'ensuivit. Elle met en lumière qu'en dépit de certains intérêts communs le DHV n'a pas noué de relations privilégiées avec le NSDAP. L'Association a fermement continué à défendre des intérêts syndicaux, activité qui sera considérée comme motif majeur de l'exclusion des anciens haut-fonctionnaires après 1933. Certains d'entre eux rejoindront la résistance.

*Christian Schwießelmann:* Entre contrôle externe et coresponsabilité: perspectives internes de la CDU dans le nord de la RDA (p. 109–153)

Le SED a mis au point un système hiérarchique très subtil pour contrôler le parti du bloc qu'était la CDU dans le Mecklembourg et dans les districts (*Bezirke*) septentrionaux de la RDA. Il conjugait des « injonctions » directes, un contrôle interne du parti et une surveillance par la Stasi. La mise en perspective de la situation dans les diverses sections régionales permet de dresser un portrait nuancé de l'histoire de la CDU-Est.

*Tim Szatkowski:* L'élection de Karl Carstens à la présidence de la République le 23 mai 1979 – un tournant moral et spirituel? (p. 155–178)

Contrairement aux espoirs ou craintes qui ont précédé son élection, Carstens a interprété au sens propre les fonctions qui lui incombaient en vertu de la Loi fondamentale. Il a placé son mandat sous le signe de l'impact de l'intégration pour la communauté nationale.

*Rudolf Uertz:* Les syndiqués chrétiens-sociaux au sein du DGB (p. 179–194)

L'article s'intéresse à la contribution des syndiqués chrétiens-sociaux dans la fondation et la consolidation du syndicat unitaire. Il présente aussi les champs de conflits des chrétiens-sociaux, écartelés entre leurs camarades de parti de l'Union et leurs collègues syndicalistes au sein du DGB, ainsi que le défi posé au syndicat unitaire par la fondation de la confédération syndicale chrétienne à la fin des années 1950.

*Volker Wahl:* Max Kolter (1900–1945) – le premier représentant des chrétiens-démocrates de Thuringe en 1945 (p. 195–198)

Le terme de miscellanées est sans doute le plus pertinent pour décrire le parcours de Max Kolter, qui fut le premier président régional de la CDU après la seconde guerre mondiale et le directeur l'Office thuringien de l'agriculture et de la sylviculture, avant d'être démis de ses fonctions par les forces d'occupation soviétiques en novembre 1945.

*Gerhard Wettig:* Alois Mertes et la position de la CDU/CSU sur les traités avec les pays de l'Est conclus par le gouvernement fédéral social-libéral (p. 199–216)

La contribution historique de Barzel et de ses compagnons politiques a été d'imposer la résolution commune comme une base solide des relations avec l'Union soviétique. Conseiller et instigateur de la formulation du projet, mais aussi combattant politique à qui l'on doit l'unité de l'Union lors de la phase de concrétisation de la politique de détente qui s'ensuivit, Mertes a contribué de façon décisive à ces événements.

## COLLOQUE POUR GÜNTER BUCHSTAB

*Hans-Peter Schwarz:* L'historiographie du temps présent par des contemporains. Observations des phases d'évolution de l'histoire contemporaine de l'Allemagne fédérale (p. 217–232)

La contribution esquisse certaines évolutions qui ont marqué les champs classiques de la recherche en histoire contemporaine de l'Allemagne – de la République de Weimar à aujourd'hui – et pointe en conclusion les domaines encore délaissés.

*Robert Kretschmar:* Les archives: prestataire de service, partenaire et acteur de la recherche (p. 233–246)

En s'appuyant sur l'ACDP, la contribution débat des interdépendances des archives et de la recherche historique dans les domaines de la constitution du patrimoine archivistique, de la conservation, de l'exploitation et de la mise en valeur.

*Winfried Becker:* État et perspectives de l'investigation de la démocratie chrétienne (p. 247–265)

L'article retrace brièvement les grandes évolutions de la démocratie chrétienne depuis le 19<sup>e</sup> siècle et les rattache à des approches actuelles de la recherche. Il montre que l'exploration de la coopération internationale des partis chrétiens-démocrates constituera l'un des domaines de recherche des années à venir.

## NOUVELLES DE L'ACDP

*Christopher Beckmann:* «... Un homme de caractère» – Le journaliste, député CSU et témoin de l'époque Max Schulze-Vorberg et le fonds de ses écrits dans les Archives de la politique chrétienne-démocrate (p. 267–291)

Max Schulze-Vorberg (1919–2006) fut l'un des journalistes les plus marquants de la «République de Bonn». Correspondant de la chaîne de radio Bayerischer Rundfunk, il a suivi et commenté le travail du Conseil parlementaire et le développement de la République fédérale

d'Allemagne de l'ère Adenauer. De 1965 à 1976, il fut député CSU au Bundestag, où il se spécialisa sur les questions de politique culturelle étrangère. La contribution retrace le parcours insolite de Schulze-Vorberg et décrit le fonds de ses écrits conservé aux Archives de la politique chrétienne-démocrate.

*Angela Keller-Kühne*: Les femmes au sein de la CDU – Leur trace dans les Archives de la politique chrétienne-démocrate (p. 293–303)

Des femmes politiques des deux confessions ont pris part à la fondation et à l'essor de la CDU. La revendication de participation aux affaires politiques formulées par les chrétiennes-démocrates traverse tel un fil rouge les documents conservés aux Archives de la politique chrétienne-démocrate, et ce jusqu'à la période la plus récente. Au demeurant, les sources en attestent, les femmes ont contribué de manière décisive à modeler le paysage politique. Cette contribution présente les traces qu'elles ont laissées dans leurs propres écrits, dans les fonds des sections locales de la CDU ou dans les dossiers du groupe parlementaire.

*Dorothea Oelze*: Une redécouverte: les carnets de Paul Pagel (29.12.1894–11.8.1955), ministre de l'Intérieur du Schleswig-Holstein (p. 305–323)

L'article esquisse la (re-)découverte des carnets de Paul Pagel, ancien ministre de l'Intérieur et de la Culture du Schleswig-Holstein. Il retrace parallèlement la biographie de Pagel et les développements importants de la politique régionale du Schleswig-Holstein au début des années 1950, dont les formations gouvernementales et le scandale médiatique de Kiel. Quatre extraits des carnets donnent un aperçu de leur valeur, de la pensée et des opinions du ministre sur les événements politiques cruciaux de son temps.

## Zusammenfassungen

*Andreas Grau:* Auf der Suche nach den fehlenden Stimmen 1972. Zu den Nachwirkungen des gescheiterten Misstrauensvotums Barzel/Brandt (S. 1–17)

Warum das konstruktive Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt am 27. April 1972 scheiterte, ist bis heute nicht geklärt. Der Aufsatz geht den verschiedenen Aufklärungsversuchen innerhalb und außerhalb des Deutschen Bundestages bis heute nach und schildert außerdem die juristischen Auseinandersetzungen um den Skandal.

*Günther Heydemann:* Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung im vereinten Deutschland zwischen Wachstums- und Schrumpfungprozessen (S. 19–35)

Der Beitrag beschreibt die demographischen Folgen der Transformation der Wirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern seit der Wiedervereinigung. Während die großen Trends – Abwanderung, Überalterung, Arbeitsplatzabbau – leicht zu benennen sind, offenbart der Blick ins Detail auch Wachstumskerne und Zuzugsgebiete in den neuen Ländern.

*Kordula Kühlem:* „Burgfrieden“: Die Bedeutung und Verwendung des Begriffs zwischen Bonn und Moskau 1958–1963 (S. 37–56)

Adenauer brachte gegenüber der sowjetischen Führung mehrfach den Gedanken eines „Burgfriedens“ ins Spiel, bei dem unter Verzicht auf gegenseitige Presseangriffe und der zeitlich begrenzten Akzeptanz des Status quo freie Wahlen in der DDR vorbereitet werden sollten. Mitentwickelt wurde das Konzept von Hans Kroll, der als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, aber auch nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst, einen engen Kontakt zu Chruschtschow entwickelt hatte.

*Günther Rüter:* Thomas Manns Deutschlandbilder im Goethejahr 1949 (S. 57–80)

Der Aufsatz beschreibt anhand von umfangreichen Quellenbelegen Thomas Manns ambivalentes Verhältnis zu Deutschland und deutscher Schuld im Umfeld seiner Reise zu den Goethefeierlichkeiten in Frankfurt und Weimar 1949. Dabei wird auch sein Verzicht auf eine Kritik an den Internierungslagern in der SBZ/DDR thematisiert.

*Peter Rütters:* Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV) und der Nationalsozialismus (S. 81–108)

Untersucht werden das Verhältnis des DHV zum Nationalsozialismus vor der „Machtergreifung“ und die anschließende Gleichschaltung des Verbandes. Dabei wird herausgearbeitet, dass der DHV trotz partieller Interessenüberschneidungen keine privilegierten Beziehungen

zur NSDAP unterhielt. Im Beharren auf einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung wird der Hauptgrund für die Ausgrenzung der ehemaligen Spitzenfunktionäre nach 1933 gesehen, die sich dann teilweise dem Widerstand anschlossen.

*Christian Schwießelmann:* Zwischen Fremdsteuerung und Mitverantwortung: Innenansichten der CDU im Norden der DDR (S. 109–153)

Zur Kontrolle der Blockpartei CDU in Mecklenburg bzw. den nördlichen Bezirken der DDR entwickelte die SED ein feingestaffelltes System, bei dem direkte „Anleitung“, parteiinterne Kontrolle innerhalb der Union und Überwachung durch das MfS ineinandergriffen. Anhand der Schilderung der Entwicklung in den einzelnen Bezirksverbänden entsteht ein differenzierter Beitrag zur Geschichte der Ost-CDU.

*Tim Szatkowski:* Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten am 23. Mai 1979 – Ein Tag der geistig-moralischen Wende? (S. 155–178)

Anders als vor seiner Wahl befürchtet oder erhofft wurde, deutete Carstens die ihm nach dem Grundgesetz zufallenden Aufgaben eng. Er legte den Schwerpunkt seiner Amtsführung vor allem auf die Integrationswirkung für das Gemeinwesen.

*Rudolf Uertz:* Christlich-soziale Gewerkschafter im DGB (S. 179–194)

Der Aufsatz schildert den Beitrag der christlich-sozialen Gewerkschafter zur Gründung und Konsolidierung der Einheitsgewerkschaft. Dargestellt werden auch die Spannungsfelder der Christlich-Sozialen zwischen ihren Parteifreunden in den Unionsparteien und ihren Gewerkschaftskollegen im DGB sowie die Herausforderung der Einheitsgewerkschaft durch die Gründung des Christlichen Gewerkschaftsbundes in den späten 1950er Jahren.

*Volker Wahl:* Max Kolter (1900–1945) – der erste Repräsentant der Christlichen Demokraten in Thüringen 1945 (S. 195–198)

Die Miscelle skizziert den Lebenslauf von Max Kolter, der nach dem Zweiten Weltkrieg als erster CDU-Landesvorsitzender und Direktor des Thüringer Landesamtes für Land- und Forstwirtschaft amtierte, bevor er von der sowjetischen Besatzungsmacht im November 1945 abgesetzt wurde.

*Gerhard Wettig:* Alois Mertes und die Haltung der CDU/CSU zu den Ostverträgen der sozialliberalen Bundesregierung (S. 199–216)

Die historische Leistung Barzels und seiner politischen Weggefährten war, die Gemeinsame EntschlieÙung als tragfähige Grundlage der Beziehungen zur Sowjetunion durchgesetzt zu haben. Als Ideen- und Ratgeber bei der Formulierung des Konzepts und als politischer Kämpfer, dem die Geschlossenheit der Union bei der Durchführung des darauf gegründeten Spannungskurses mit zu verdanken war, hatte Mertes daran wesentlichen Anteil.

## KOLLOQUIUM FÜR GÜNTER BUCHSTAB

*Hans-Peter Schwarz:* Zeitgeschichtsschreibung durch Zeitgenossen. Beobachtungen zu den Entwicklungsphasen neuerer und neuester deutscher Zeitgeschichte (S. 217–232)

Der Beitrag skizziert Entwicklungen auf den klassischen Feldern bundesdeutscher Zeitgeschichtsforschung von der Weimarer Republik bis hin zur Gegenwart und macht abschließend auf Forschungsdesiderate aufmerksam.

*Robert Kretzschmar :* Archive als Dienstleister, Partner und Teil der Wissenschaft (S. 233–246)

Die Interdependenzen von Archiven und historischer Forschung werden am Beispiel des ACDP für die Bereiche Überlieferungsbildung, Bestandserhaltung, Erschließung und Auswertung diskutiert.

*Winfried Becker:* Stand und Perspektiven der Erforschung christlicher Demokratie (S. 247–265)

Die Entwicklungslinien der christlichen Demokratie seit dem 19. Jahrhundert werden knapp skizziert und mit aktuellen Forschungsansätzen verknüpft. Die Arbeitsgebiete der Zukunft werden u. a. in der Erforschung der internationalen Zusammenarbeit der christlich-demokratischen Parteien gesehen.

## AUS DEM ACDP

*Christopher Beckmann:* „... eigenwillig wie der Frankenwein!“ – Der Journalist, CSU-Abgeordnete und Zeitzeuge Max Schulze-Vorberg und sein Nachlass im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (S. 267–291)

Max Schulze-Vorberg (1919–2006) war einer der profiliertesten Journalisten der „Bonner Republik“. Als Korrespondent des Bayerischen Rundfunks begleitete und kommentierte er die Arbeit des Parlamentarischen Rates und die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Von 1965 bis 1976 saß er als Abgeordneter der CSU im Deutschen Bundestag, wo einer seiner Arbeitsschwerpunkte die Auswärtige Kulturpolitik wurde. Der Beitrag schildert den ungewöhnlichen Lebenslauf Schulze-Vorbergs und beschreibt seinen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik aufbewahrten Nachlass.

*Angela Keller-Kühne:* Frauen in der CDU – Zur Überlieferung im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (S. 293–303)

Politikerinnen beider Konfessionen waren an der Gründung und am Aufbau der CDU beteiligt. Die Forderung nach politischer Partizipation durchzieht die im Archiv für Christlich-

Demokratische Politik vorhandenen Unterlagen christlicher Demokratinnen wie ein roter Faden bis in die jüngste Gegenwart. Dennoch haben Frauen Entscheidendes, wie die Quellen dokumentieren, zur Gestaltung der politischen Landschaft beigetragen. Die von ihnen hinterlassenen Spuren in ihren persönlichen Nachlässen sowie in den Organisationsbeständen der CDU und den Akten der Fraktion werden in diesem Beitrag vorgestellt.

*Dorothea Oelze: Wiederentdeckt: Die Tagebücher des schleswig-holsteinischen Innenministers Paul Pagel (29.12.1894–11.8.1955) (S. 305–323)*

Der Beitrag skizziert die (Wieder-)Entdeckung der Tagebücher des früheren schleswig-holsteinischen Innen- und Kultusministers Paul Pagel. Daneben behandelt er Pagels Biographie sowie wichtige landespolitische Entwicklungen Schleswig-Holsteins in den frühen 1950er Jahren, unter anderem Regierungsbildungen und die Kieler Nachrichten-Affäre. Vier Auszüge aus den Tagebüchern vermitteln einen Eindruck ihres Quellenwertes und gewähren Einblicke in die Gedankenwelt und Urteile des Ministers zu zentralen politischen Vorgängen dieser Zeit.

## Mitarbeiter dieses Bandes

- Winfried Becker*, Dr. phil., Professor em. für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Passau
- Christopher Beckmann*, M.A., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Andreas Grau*, Dr. phil., wiss. Mitarbeiter, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Günther Heydemann*, Dr. phil., Professor für Neuere und Zeitgeschichte, Universität Leipzig, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts
- Angela Keller-Kühne*, Dr. phil., wiss. Mitarbeiterin, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Robert Kretzschmar*, Dr. phil., Präsident des Landesarchivs Baden-Württemberg, Honorarprofessor an der Universität Tübingen für Archivkunde, Paläografie und Landesgeschichte
- Kordula Kühlem*, Dr. phil., wiss. Mitarbeiterin der Universität Bonn am Institut für Geschichte und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
- Dorothea Oelze*, M.A., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Günther Rütger*, Dr. phil., Leiter der HA Begabtenförderung und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Honorarprofessor an der Universität Bonn am Seminar für politische Wissenschaft und Soziologie
- Peter Rütters*, Dr. phil., Privatdozent für Politikwissenschaft, FU Berlin
- Hans-Peter Schwarz*, Dr. phil., Dr. h.c., Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Gauting
- Christian Schwießelmann*, Dr. rer. pol., Aufbauhörer an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Tim Christian Szatkowski*, Dr. phil., wiss. Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte, Berlin
- Rudolf Uertz*, Dr. phil., Referent der HA Wissenschaftliche Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt
- Volker Wahl*, Dr. phil., bis 2008 Direktor des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar
- Gerhard Wettig*, Dr. phil., 54472 Kommen